Denkwürdiges aus meinem Leben: teil. Die deutsche Periode. 2. ...

Johann Caspar Bluntschli, Rudolf Seyerlen


Swi 2276.2
SIGILL: COLL: HARVARD: CANTAB: NOV: ANGL: 1650.
CHRISTO ET ECCLESIAE
BOUGHT WITH
THE INCOME FROM
THE BEQUEST OF
CHARLES MINOT,
OF SOMERVILLE,
(Class of 1828,)
24 Sept., 1884.



DENKWÜRDIGES
AUS MEINEM LEBEN

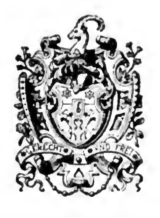
VON

J. C. BLUNTSCHLI.

III. BAND.

HEIDELBERG.

(1861—1881).



NÖRDLINGEN 1884.
VERLAG DER C. H. BECK'SCHEN BUCHHANDLUNG.

DENKWÜRDIGES
AUS MEINEM LEBEN

VON

J. C. BLUNTSCHLI.

AUF VERANLASSUNG DER FAMILIE DURCHGESEHEN UND VERÖFFENTLICHT

VON

DR. RUDOLF SEYERLEN.

DRITTER TEIL.

DIE DEUTSCHE PERIODE.

ZWEITE HÄLFTE.

HEIDELBERG 1861—1881.

NÖRDLINGEN 1884.

VERLAG DER C. H. BECK'SCHEN BUCHHANDLUNG.

DRUCK VON C. H. BECK IN NÖRDLINGEN.

Zweiter Teil.

Die Deutsche Periode.

Zweite Hälfte.

Heidelberg 1861 bis 1881.

1.

Berufung nach Heidelberg durch Roggenbach betrieben. Politischer Umschwung in Baden von 1860. Frühere Geschichte Badens. Natur des Landes und Charakter der Bevölkerung. Der Kirchenstreit und das Concordat von 1859. Widerstand der Kammern. Proclamation des Grossherzogs vom 7. April 1860. Liberales Ministerium und Streben desselben. Stabel, Lamey, Roggenbach. Liberale Gesetze. Für nationale Bundesreform.

Wie vorzüglich politische Gründe mich bestimmt hatten, den Ruf nach Heidelberg anzunehmen und München zu verlassen, wo ich einen fruchtbaren akademischen Wirkungskreis, liebe Freunde und Collegen gefunden, ein Haus gebaut und besessen hatte und von nächsten Verwandten scheiden musste, so war auch die badische Regierung nicht ausschliesslich durch das Bedürfnis, den Lehrstuhl für Statswissenschaften wieder zu besetzen, sondern zugleich durch politische Motive veranlasst worden, mich zu berufen.

Meine Berufung wurde von dem Minister des Auswärtigen, Freiherrn von Roggenbach, mit Energie betrieben. Er hatte sich darüber mit dem Grossherzog Friedrich von Baden und mit dem Minister des Innern, Dr. Lamey, in's Einverständnis gesetzt. In Ostende hatte Roggenbach den preussischen Statsminister von Auerswald

gesprochen. Die Rede kam auf den Tod Stahl's. Dann bemerkte Auerswald: „Wir werden nun Bluntschli nach Berlin berufen,“ worauf ihm Roggenbach erwiderte: „Da thun Sie sehr wohl, aber Sie müssen sich eilen, wenn wir Ihnen nicht zuvorkommen sollen.“ Nun betrieb Roggenbach die Berufung mit solcher Eile, dass er dem Berliner Ministerium den Vorsprung leicht abgewann. Ich hatte auf die erste Anfrage hin offen geäussert: „Ich lege einen vorzüglichen Wert darauf, dass ich neben der akademischen Wirksamkeit eine bestimmte Aussicht auf eine praktische Thätigkeit erhalte, die mit meinen Studien übereinstimmt, wie insbesondere auf dem Gebiete der Gesetzgebung. Wenn irgend ein Grund für meinen Entschluss entscheidend ist und mich bewegt, München zu verlassen, so ist es das hier unbefriedigte Bedürfnis meiner Natur, mit der wissenschaftlichen eine praktische Thätigkeit zu verbinden“ (7. Sept.). Ganz dasselbe hatte ich auch dem bayerischen Minister von Zwehl erklärt, der mich in München zu halten suchte. Auch der bayerische Justizminister von Mulzer bemühte sich, mich für die bayerische Gesetzgebung zu verwenden. Der König aber zögerte unschlüssig, während ich von Karlsruhe her gedrängt wurde. Roggenbach schrieb mir:

„Wir hoffen in einem Land, welches durch die Stürme der letzten Jahrzehnte einen grossen Teil intelligenter und energischer Charaktere verloren hat, vor allem eine Persönlichkeit wieder zu gewinnen, welche nicht nur durch die Lehre die Jugend aufzurichten vermag, sondern die derselben auch auf dem Gebiete praktischer Politik als ein Vorbild männlicher und tüchtiger Leistung vorleuchten könnte. Seine Königliche Hoheit der Grossherzog teilt ganz

diese Auffassung der Stellung, welche wir Sie gerne einnehmen sehen würden" (19. Sept.).

Er teilte mir mit, dass ich sofort zum Mitglied der Ersten Kammer von dem Grossherzog ernannt würde.

In ähnlichem Sinne schrieb mir auch Lamey, welchem die Universitätsangelegenheiten zunächst unterstellt waren. Lamey teilte mir auch mit, dass die juristische Facultät zu Heidelberg, obwohl aufgefordert, Vorschläge zur Wiederbesetzung des Lehrstuhles von Mohl zu machen, solche noch nicht gemacht, und dass die Statsregierung deshalb es vorgezogen habe, die Sache unmittelbar an die Hand zu nehmen und ohne Zögerung durchzuführen.

In dem Grossherzogtum Baden war im Jahr 1860 eine gründliche Wendung der Politik eingetreten, in entschieden liberalem Sinne. Es war damals auch für die deutsche Nation eine Zeit angebrochen, in welcher die Hoffnungen auf liberale Reformen und auf eine politische Einigung reiche und kräftige Blüten trieben. Die Revolution von 1848 und 1849 mit ihren unreifen Theorien und mit ihren Ausschweifungen war schon halb vergessen, die Reaction der früheren polizeilich-bureaukratischen Regierungsmethode hatte sich durch ihren bleiernen Druck, der auf allem Leben lastete, und durch die Hemmnisse, welche sie jedem Fortschritte entgegensetzte, missliebig und verhasst gemacht. Die nationale Bewegung und die Einigung Italiens, das ebenso wie Deutschland vom Mittelalter her an der Zerklüftung und Zerbröckelung in mittlere und kleine Staten gelitten, wirkte als ein leuchtendes Vorbild auch auf viele Deutsche. In Preussen hatte der Prinzregent Wilhelm die Zügel der Regierung anstatt seines kranken Bruders Friedrich Wilhelm IV. ergriffen. Die

Politik einer halb mittelalterlichen Romantik wurde nun verdrängt durch eine nüchtern-verständige, aber der Pflicht des Regenten gegen das Volk wohl- und vollbewusste Politik. Der Prinzregent berief zuerst ein liberales Ministerium. Sämtliche deutsche Fürsten waren im Juni 1860 um ihn in Baden-Baden versammelt und einig, die Integrität Deutschlands gegen jeden Angriff Napoleon's III. zu wahren. Nur Österreich war bei dieser Versammlung nicht vertreten. Der Kaiser Napoleon war aber selber erschienen, um seine friedliche Gesinnung zu bezeugen. Der deutsche Nationalverein erinnerte fort und fort die Nation an das Bedürfnis politischer Einigung zu einem nationalen Bundesstate.

Das Land Baden, ein schmaler Streifen des rechten Rheinufers von den Bergen des Schwarzwaldes und des Odenwaldes begrenzt, Süddeutschland wie ein Ellbogen an seiner südlichen Grenze gegen die Schweiz und an der westlichen gegen Frankreich umspannend, wurde schon lange wie ein Versuchsfeld deutschen Statslebens und das badische Volk wie die Avantgarde der deutschen Volksbewegung angesehen. In den Zwanzigerjahren hatte die badische Kammer die Aufmerksamkeit von ganz Deutschland auf sich gezogen. Zuerst in dem Ständehause zu Karlsruhe zeigten sich die Anfänge parlamentarischen Wirkens. Mochten immerhin die damaligen liberalen Führer, Rotteck, Welcker, Duttlinger, Itzstein und Andere, noch zu sehr von den abstracten Principien der französischen Revolution und den formalen Doctrinen der französischen Publicisten eingenommen, mochte ihr Liberalismus auch mit radikalen Neigungen vielfach versetzt und gemischt sein, sie haben dennoch sich ein sehr grosses Verdienst

um die deutsche Nation erworben, für welche sie gegen den überlieferten Absolutismus der Regierungen tapfer gekämpft, deren politisches Bewusstsein sie geweckt und gehoben hatten. Manche Reform in der Verwaltung, der Rechtspflege, der Wirtschaft war durch sie angeregt oder erstritten worden. Das Volk hatte in der badischen Kammer frühzeitig beredte und warme Vertreter seiner Rechte und seiner Wünsche gefunden.

Dann aber legte sich im Jahr 1832 die schwere Hand des deutschen Bundestages auf das vorwärts strebende Volk und drückte es nieder. Die Bundesbeschlüsse gegen die Pressfreiheit, wider die politischen Vereine, für Überwachung der Universitäten, die Beschränkung der Lehrfreiheit wie der Verbindungen unter den Studenten, die Censur, welche über die Kammern selber und die freie Rede in denselben geübt wurde, lasteten mit ihrer Geist, Bildung und Freiheit lähmenden Wucht während vieler Jahre schwer auf dem Lande.

Als dann im Frühjahr 1848 die Revolution das morsche Gebäude des bureaukratischen und dynastischen Regimentes in Trümmer schlug, wurde Baden zum Tummelplatze der revolutionären Leidenschaften, sowohl der im Lande selbst entfesselten, als der von aussen her importierten. Die Massen empörten sich, die Truppen hielten die Treue nicht und gingen zu den Aufständischen über, die Dynastie wurde flüchtig, die Republik ward proclamiert. Die Unfähigkeit des bureaukratischen Regimentes war nun ebenso klar geworden, wie die politische Unreife des Volkes.

Dann kamen die Preussen, von dem Prinzen Wilhelm geführt, und stellten die Ordnung wieder her, nicht ohne Kampf und nicht ohne standrechtliche Gewalt. Dem aus

dem Grabe wiedererstandenen Bundestage entsprach die wiederhergestellte Bureaukratie, welche die Zustände vor der Revolution möglichst erneuerte. Einige und wichtige Errungenschaften der deutschen Volkserhebung von 1848 waren freilich nicht wieder ungeschehen zu machen. Mit der statlichen Reaction ging die kirchliche Hand in Hand, welche für das Ansehen und die Macht des States um so gefährlicher war, als zwei Dritteile der Gesamtbevölkerung des Landes katholisch und nur ein Dritteil der Bevölkerung, aber zugleich die Dynastie und eine Mehrheit der höheren Beamtung protestantisch waren. Das Streben, der Autorität des Grossherzogs die Autorität des Erzbischofs von Freiburg an die Seite zu stellen oder gar überzuordnen, schien den kirchlichen Eiferern und Ehrgeizigen keineswegs aussichtslos.

Das Grossherzogtum war erst in dem ersten Jahrzehent dieses Jahrhunderts aus den alten badischen Markgrafschaften, der protestantischen und der katholischen, dem früher österreichischen Breisgau, der rechtsrheinischen Rheinpfalz, den bischöflichen Ländern und Herrschaften auf dem rechten Rheinufer infolge der Einwirkung der französischen Revolution und der Anordnung Napoleons I. unter dem weisen und wohlwollenden Fürsten Carl Friedrich zusammengefügt worden. Die Verfassung von 1818 einigte die verschiedenen Bestandteile des badischen Volkes in den beiden Kammern zu einer gemeinsamen Vertretung und kräftigte das Bewusstsein statlicher Zusammengehörigkeit.

In der südlichen Hälfte des Landes, am Oberrhein und im Schwarzwald bis an die Murg, wohnte der Stamm der Allemannen, obwohl von den schweizerischen und den elsässischen Allemannen seit Jahrhunderten politisch ge-

trennt, doch noch immer durch die allemannische Mundart, die allemannische Sitte und den allemannischen Volkscharakter diesen nahe verwandt. Unter den deutschen Stämmen hat der allemannische von jeher sich durch ein starkes Gefühl für allgemeine persönliche Freiheit, das gelegentlich in derben Trotz und Unfügsamkeit ausartet, hervorgethan. Es ist nicht Zufall, dass die Statenbildung der schweizerischen Länder und Städte eine republikanische geworden und im Kampfe mit dem Adel und der habsburgischen Dynastie errungen worden ist. Die Allemannen der alt-badischen Markgrafschaft hingen freilich mit Liebe an ihrem alten Fürstenhause; aber die allemannischen Bewohner der südlichen Schwarzwaldthäler in dem sogenannten Hotzenlande protestierten noch lange fort gegen die Einverleibung in das Grossherzogtum und wollten nur den Kaiser in Wien als ihr rechtmässiges Oberhaupt anerkennen. Zur Zeit der Revolution von 1848 fand die radikale Republik im Oberlande ihre kräftigsten Verteidiger.

Die nördliche Hälfte war gemischter, teils aus schwäbischen, teils und hauptsächlich aus pfälzischen Stammeselementen. Aus der Zeit der Kurfürsten von der Pfalz, die früher in Heidelberg auf dem prächtigen Schlosse, später in Mannheim residiert hatten, lebten noch viele bedeutende Erinnerungen fort. Die Art der Pfälzer ist beweglicher und erregbarer, als die Weise der kälteren Allemannen. Ihre Phantasie ist entzündlicher. Sie erfassen rasch neue Entwürfe und stürzen sich mit heissem Eifer in ein Unternehmen. Dann entwickeln sie auch einen kühnen ungestümen Mut. Aber bald erlahmt wieder der ungestüme Drang, und verdampft die Glut der Gemüter. Plötzliche und schroffe Wechsel in den Stimmungen und

in den Meinungen der Pfälzer sind deshalb keine seltene Erscheinung. Ihre Gunst oder Ungunst ist gelegentlich launisch und heftig, wie das Aprilwetter.

In confessioneller Beziehung war das allemannische Oberland überwiegend katholisch. In der älteren Geistlichkeit lebte noch etwas fort von der humanen Gesinnung und der duldsamen Milde des Zeitalters der Aufklärung. Gerne erinnerten sich die Besseren an die segensreiche Wirksamkeit des Generalvikars von Wessenberg, der an einer zeitgemässen Fortbildung der katholischen Kirche im Frieden mit der Culturentwicklung und mit dem State gearbeitet hatte, schliesslich aber der römischen Curie unterlegen war, weil die deutschen Regierungen in ihrem Restaurationseifer von 1815 es versäumten, dem wieder nach Rom zurückgeführten Papsttum die unerlässlichen Zugeständnisse für eine relative Selbständigkeit einer deutschen Nationalkirche abzunötigen. Die jüngere Geistlichkeit dagegen war grossenteils in dem Geiste des wieder erweckten Jesuitenordens erzogen, dadurch aber in einen Widerstreit geraten mit den Welt- und Statsansichten der gutenteils liberal gesinnten Bevölkerung.

Auch in der protestantischen Kirche war eine reactionäre Strömung mächtig geworden. Der Oberkirchenrat, den gelehrten Prälaten Ullmann an der Spitze, versuchte eine katholisierende Agende in den Cultus einzuführen, gegen deren Annahme sich die misstrauischen Gemeinden sträubten. Besonders in der Pfalz war das oft gewaltsame Eingreifen der früheren Kurfürsten nicht vergessen. Sie hatte zu schwer gelitten unter dem wechselnden Drucke bald lutherisch, bald calvinistisch-reformiert, bald katholisch gesinnter Landesherren, welche den wahn-

sinnigen Spruch der Hofjuristen: Cujus est regio ejus est religio, verwirklichen wollten und die Gewissen arg bedrängt hatten. Die in Baden seit 1819 unierten evangelischen Gemeinden wollten sich daher nicht von Karlsruhe, wie früher von Heidelberg, ihre kirchlichen Gebräuche vorschreiben und verändern lassen. Das Verlangen einer allgemeinen Landessynode, in welcher auch die evangelischen Gemeinden und die Laien vertreten seien, war die Antwort auf jene Neuerung. Die liberale Opposition fand an der Universität Heidelberg geistige Führer und in den gebildeten Volksklassen kräftige Unterstützung.

Nach dem österreichischen Vorbilde und ähnlich wie das Königreich Württemberg versuchte auch die grossherzogliche Regierung Badens durch unmittelbare Unterhandlung mit dem päpstlichen Stuhle den Kirchenstreit, der sie beunruhigte, friedlich auszugleichen. Nach mehrjährigen Erörterungen wurde am 28. Juni 1859 eine „Vereinbarung zwischen dem Papste Pius IX. und dem Grossherzog Friedrich von Baden“, das sogenannte Concordat, zu Rom von den Bevollmächtigten, dem Cardinal von Reisach für Pius IX. und dem Freiherrn von Berckheim und F. C. Rosshirt für Baden unterzeichnet.

Aber das Concordat brachte den Frieden nicht und erfüllte die Hoffnungen nicht, die man von demselben für das Streben der Kirchengewalt und für das bureaukratische Regierungssystem erwartet hatte. Im Gegenteil, es rief den lauten Widerspruch der liberalen Katholiken, welche von demselben eine völlige Knechtung des Geistes und der Bildung fürchteten, und der Protestanten, welche in den Privilegien, die dem Erzbischofe von Freiburg zugestanden waren, eine unerlaubte Anmaassung und eine Bedrohung

ihrer Rechte und ihres Friedens witterten, und überdem aller derer hervor, welche für die Würde und die Hoheit des modernen States ein lebhaftes Mitgefühl hatten. Mehr noch als der Inhalt des Concordats verletzte die Form desselben, welche ohne Mitwirkung der Volksvertretung ausgebildet worden und reichliche Spuren mittelalterlicher und klerikaler Denkweise verriet.

Beide Kammern sprachen sich dahin aus, dass die Bestimmungen des Concordates nur dann rechtskräftig und rechtsverbindlich für Baden werden könnten, wenn dieselben mit Zustimmung der Kammern in Gesetzesform verkündet würden. Der Grossherzog selber wurde bedenklich gegen ein Festhalten an der Übereinkunft und wollte keinen Verfassungsstreit. Es vollzog sich so im Frühjahr 1860 ein völliger Umschwung der badischen Politik. Die liberalen Ideen gewannen einen entschiedenen Sieg und eine kräftige Vertretung.

Am 2. April wurde das Ministerium von Meysenberg und Stengel entlassen. Stabel, Lamey und Roggenbach übernahmen die Leitung der Geschäfte.

Der Grossherzog erliess am 7. April eine Proclamation, in welcher er seinen Entschluss erklärte: „die berechtigte Selbständigkeit der katholischen Kirche durch ein verfassungsmässiges Gesetz anzuerkennen und zu schützen."

In der That kam ein Gesetz über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im State (vom 9. Oct. 1860) zu Stande, welches die Selbständigkeit beider Kirchen gewährleistet und in vollem Maasse ihnen freie Bewegung einräumt, aber zugleich die Hoheitsrechte des States anerkennt, alle öffentlichen Schulen der Leitung und alle Unterrichts- und Erziehungsanstalten der Aufsicht

der Statsregierung unterordnet und die Freiheit der Personen auch gegen Missbräuche der Kirchengewalt schützt. Das Gesetz ist wesentlich das Werk Lamey's und zwar in liberalem und modernem, aber zugleich in einem das Recht der Kirchen sorgsam achtenden Geiste verfasst.

Eine Folge der damaligen Kämpfe war überdem die Einführung einer neuen Kirchenverfassung für die evangelisch-protestantische Landeskirche, welche im Jahr 1861 (5. Sept.) eingeführt wurde. Sie ruhte auf dem Princip der Gemeinde im Gegensatze zu einer ausschliesslichen Herrschaft der Geistlichen. Es wurden in jeder Pfarrgemeinde eine Kirchengemeindeversammlung und ein Kirchengemeinderat eingerichtet, in welchen eine Mehrzahl von weltlichen Mitgliedern mit den Ortsgeistlichen zusammenwirkten. Ebenso wurde für den Bezirk eine Diöcesansynode und für das ganze Land eine Generalsynode geschaffen, in welcher Geistliche und weltliche Abgeordnete in gleicher Anzahl die Vertretung der Gemeinde ausübten. Das hergebrachte bischöfliche Amt des Landesherrn wurde beibehalten, dem Oberkirchenrate aber, welcher in seinem Namen das Kirchenregiment ausübte, auch ein Ausschuss der Generalsynode beigegeben.

Als der Grossherzog den Landtag am 30. August 1860 schloss, sprach er in der Thronrede die denkwürdigen Worte aus: „Gewissenhaft abwägend die Rechte meiner Krone und die verfassungsmässigen Befugnisse der Stände, aufrichtig bemüht, den Kirchen eine würdige und freie Stellung zu geben, suchte ich friedlichen Einklang unter den öffentlichen Gewalten zu schaffen, damit für das Heil meines geliebten Volkes alle Kräfte zusammenwirken. Ich konnte nicht finden, dass ein Gegensatz sei zwischen Fürsten-

recht und Volksrecht; ich wollte nicht trennen, was zusammengehört und sich wechselseitig ergänzt: Fürst und Volk unauflöslich vereint unter dem gemeinsamen schützenden Banner einer in Wort und That geheiligten Verfassung."

Dass ich mit dieser Wendung und solchen Grundsätzen sympathisierte, versteht sich nach meiner Natur und meiner wissenschaftlichen Überzeugung von selbst.

Ich brachte der fürstlichen Regierung und dem Lande eine herzliche Neigung entgegen und wurde auch sehr freundlich aufgenommen. Nach wenig Wochen schon fühlte ich mich in Baden heimischer, als vorher nach vielen Jahren in Bayern. Die allemannische Rasse in mir hatte natürlich auch einen Anteil an diesem Heimatsgefühle.

Der Statsminister Dr. Stabel, der formell an der Spitze des Gesamt-Ministeriums stand und das Justizministerium leitete, war ein durchgebildeter Jurist, von verständigem Urteile, der Rechtsformen mächtig. Er gehörte zwar der älteren Schule an, aber er war bereit, auch jede Reform vorzunehmen oder zuzulassen, wenn ihm das Bedürfnis derselben nachgewiesen war. An den Reformen der badischen Justiz, die nun folgten, hatte er einen erheblichen Anteil und erwarb sich um die Verwaltung zahlreiche Verdienste. Er war ein geschäftskundiger, redlicher und fleissiger Mann, der wie bei dem Grossherzog, so auch bei den Ständen Vertrauen genoss. Die spätere plötzliche und rücksichtslose Entlassung, der er ausgesetzt wurde, stand in einem auffälligen Gegensatze zu der Bedeutung seiner Stellung und zu den Ansprüchen auf Anerkennung, die ihm gebührten.

Das wichtige Ministerium des Innern verwaltete

Dr. Lamey, früher Professor des badischen Rechtes in Freiburg, der in hohem Grade das Vertrauen der liberalen Partei in der Kammer und im Lande besass. Lamey war neben Professor Häusser von Heidelberg der beste Redner der zweiten Kammer, im persönlichen Verkehr sehr liebenswürdig, offen, bequem, von Natur dem Idealen zugeneigt, allem Despotismus wie aller Rohheit feind, wohlwollend gegen Andere, billig denkend auch gegen Gegner. Er war gewissermaassen die Personification des badischen Liberalismus, welcher ähnlich dem französischen Liberalismus noch eine naive Vorliebe hatte für abstracte Ideen von Freiheit und Gleichheit und im Vertrauen auf die Güte der Menschennatur das Heil von dem Laissez aller, Laissez passer erwartete; aber es war in Baden diese Vorliebe durch die Erfahrungen der Revolution sehr ernüchtert und besonnener geworden. Die Ziele des badischen Liberalismus waren freilich nicht so hoch und die Mittel, über die er verfügte, nicht so mächtig, wie die des französischen Liberalismus. Jener strebte höchstens aus Baden einen Musterstat zu machen für andere deutsche Staten, nicht aber darnach, die Welt zu befreien und Europa zu führen oder zu beherrschen. Derselbe war sich aber bewusst, dass er durch seine Lage und seine Geschichte angewiesen sei, in Deutschland voranzugehen mit den zeitgemässen Reformen in Recht und Verwaltung, überall die Mitwirkung auch der Bürger an der Seite der Beamten anzuregen und die politische und bürgerliche Freiheit Aller zu fördern. Eine neue Ordnung des Verhältnisses von Stat und Kirche, die Einführung der Gewerbefreiheit, eine Organisation der Bezirks- und Kreisverwaltung, welche den Gedanken der Selbstverwaltung und des Repräsentativstates wirksam machte, eine Ver-

besserung des Gerichtsverfahrens, ebenfalls mit Zuzug von bürgerlichen Schöffen in der untersten Instanz, im Geiste der Mündlichkeit und Öffentlichkeit, Hebung der Volksschule, Förderung des wissenschaftlichen Lebens, Stärkung auch des Einflusses der Volksvertretung auf die Statsleitung, das waren die nächsten Ziele, welche man zu erreichen hoffte.

Die herkömmlichen Schwächen des süddeutschen und auch des badischen Wesens neben ihren Vorzügen waren in Lamey ebenfalls wahrzunehmen, vor allem jene behagliche Gemütlichkeit, welche leicht zu sorgloser Bummelei wurde und den norddeutschen, zu strammer Pünktlichkeit und strenger Ordnung eingeschulten Beamten unbegreiflich vorkam, sodann die urdeutsche Art, auch in der Politik den Gefühlen einen mächtigen, die verständige Erwägung oft durchkreuzenden Anteil zu gönnen.

In den inneren Angelegenheiten war Lamey im Ministerium der geistige Führer. Mehrere der wichtigsten Reformgesetze waren von ihm entworfen und durchgesetzt worden. In der äusseren, wesentlich deutschen Politik folgte er der Führung Roggenbach's langsam, zuweilen zögernd nach. Auch darin war er ein echter Süddeutscher, dass ihm die particulare Eigenart des Landes näher am Herzen lag, als die nationale Einigung von Deutschland, zumal wenn sie das drohende Antlitz preussischer Hegemonie zeigte und Österreich ausschloss.

Um so entschiedener war Roggenbach der Vertreter der nationalen Sache. Freiherr Franz von Roggenbach war der jüngste unter den badischen Ministern, aber schon deshalb günstiger gestellt als die anderen, weil er mit dem Grossherzog von Jugend her und seit den

Universitätsstudien persönlich befreundet war. War in Stabel die Art des gutgeschulten, pflichttreuen und umsichtigen Beamten, in Lamey die Art des hochgebildeten, bürgerlichen Politikers und Redners sichtbar geworden, so repräsentierte Roggenbach den frei- und hochgesinnten adeligen Statsmann, der sich sicher auch auf dem Parketboden des Königsschlosses bewegte und mit fürstlichen Personen, ohne anzustossen, wie mit seines Gleichen verkehrte. In der Kammer stand er als Redner und Debatter hinter Lamey weit zurück. Wenn Lamey sprach, so lauschten Alle mit gehobener Spannung seinem klaren, freien, oft schwunghaften Vortrage. Den Reden Roggenbach's zu folgen, war mühsam, und es war den Meisten schwer, oft allzuschwer, aus den verschlungenen Perioden, voll von Zwischensätzen und Anspielungen, herauszufinden, was der Redner wollte. Dagegen überragte Roggenbach den beredten Lamey in dem feineren statsmännischen Gespräch und in der diplomatischen Kunst, Menschen zu ergründen und auf Einzelne zu wirken. Er entwickelte damals eine ungewöhnliche Thatkraft und zugleich eine seltene Gewandtheit in der Auffindung und Benutzung von Mitteln und war voll von Ideen und Hoffnungen. Mich zog sein jugendlich männliches Wesen sehr an, das ich liebte.

Auch Roggenbach wollte die Existenz der süddeutschen Staten nicht aufgeben und zog eine bundesstatliche Verfassung von Deutschland dem einfachen Einheitsstate vor. Aber es war ihm klar, dass die Bundesreform nur von Preussen zu erwarten und nur durch Preussen ernstlich durchzuführen sei, und er betrachtete die preussische Hegemonie als notwendig und berechtigt. Österreich galt ihm als Hindernis, nicht als Freund der nationalen Statenbildung.

Den anderen deutschen Königreichen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Hannover, traute er weder die Kraft, noch den Willen zu, das Verlangen der deutschen Nation zu befriedigen. Er wusste wohl, dass auch in Baden der Particularismus volkstümlich und das Misstrauen und die Abneigung gegen Preussen sehr verbreitet seien. Dennoch schien ihm Baden berufen, auch in diesem Streben für eine nationale Bundesreform voranzugehen. Seine von Frankreich, unter Umständen auch von Bayern bedrohte Lage war des preussischen Schutzes bedürftig. Das grossherzogliche Haus war durch die Vermählung des Grossherzogs mit einer Tochter des Prinzen von Preussen mit dem preussischen Königshause enge verbunden. In den politisch reifsten Kreisen der Bevölkerung fand die preussenfreundliche Richtung des Nationalvereins Verständnis und Unterstützung. Der Grossherzog ward für dieselbe gewonnen. So durfte Roggenbach es wagen, die Politik, welche damals als die „kleindeutsche“ verschrieen ward, amtlich zu vertreten. Die „grossdeutsche“ Politik schien nur gross, in Wahrheit bedeutete sie Verzicht auf eine energische Einigung und Erhebung der deutschen Macht, Fortdauer der unseligen, jede Entwickelung hemmenden Zwietracht zwischen Österreich und Preussen, die particularistische Zerklüftung und damit die Schwäche Deutschlands.

Ich fühlte mich auch persönlich, wie politisch, lebhaft von Roggenbach angezogen und setzte grosse Hoffnung auf ihn. Ich hatte schon viele deutsche Minister kennen gelernt, aber keinen, der so ganz frei war von bureaukratischer Enge und Gebundenheit. Er empfing mich wie einen alten Freund in herzlichster Weise.

Auch die lange brach gelegene Seite meiner Natur, der Trieb zu politischer Thätigkeit, schien endlich in Baden sich entfalten zu können.

2.

Die Universität Heidelberg. Professoren und Studenten. Geselligkeit. Die Erste Kammer und der Landtag von 1861/1863. Die Collegen. Meine Auffassung der deutschen Politik. Die Reformgesetze über die Gerichtsverfassung und die Innere Verwaltung. Das Regentschaftsgesetz.

Die im Jahr 1386 gegründete Universität Heidelberg, an welcher ich nun als Professor der Statswissenschaften zu lehren berufen war, hatte zu Anfang des Jahrhunderts durch den früheren Markgrafen und einzigen Kurfürsten, dann ersten Grossherzog Karl Friedrich von Baden eine gründliche Reform erfahren. Seither war insbesondere die juristische Facultät zu einem weithin leuchtenden Ansehen gelangt. Die Studierenden der Jurisprudenz, welche in Heidelberg zusammenströmten, überragten in ihrer Anzahl die Studenten der drei anderen Facultäten zusammengenommen. Die badischen Studenten stellten verglichen mit den Studenten aus anderen deutschen Ländern, insbesondere aus Preussen, nur einen geringen Procentsatz dar. Überdem fanden sich auch viele ausserdeutsche Studenten ein, aus der Schweiz, aus Russland, Nordamerika, England, Ungarn, Serbien, Griechenland, Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Die Universität hatte infolge dessen durchaus nicht den Charakter einer blossen Landeshochschule, sondern den einer deutschen Weltuniversität. Es war damals auch noch nicht die Unsitte der späteren Jahre

eingerissen, dass das Sommersemester sehr stark und das Wintersemester nur spärlich besucht wurde. Vielmehr hielt Geheimrat von Vangerow durch seine Pandekten, die er im Winter las, die Mehrzahl der Juristen fest.

Vangerow war ein höchst beliebter und glänzender Lehrer. Sein wissenschaftlicher Gesichtskreis war nicht weit; derselbe beschränkte sich fast ausschliesslich auf das römische Recht. Aber auf diesem Gebiete war er zu Hause, wie auf einer Domäne, die ihm zur Wirtschaft überlassen war. Er verstand es, seine Kenntnis vom römischem Rechte den Zuhörern in leicht fasslicher und überzeugender Weise mitzuteilen. Was ihn aber vor den meisten Docenten auszeichnete, das war die eigentümliche, jugendliche Begeisterung, von der er selber ergriffen war, und die er in zündender Weise auf seine Zuhörer wie ein heiliges Feuer übertrug, die Begeisterung für die Weisheit der römischen Juristen und die Herrlichkeit des römischen Rechtes. Ich habe oft lächeln müssen, wenn ich wahrnahm, mit welchem begeisterten Eifer er sogar für die lex Cincia und die lex Falcidia schwärmte, als hänge die Welt von der richtigen Einsicht in diese Dinge ab; aber ich musste gestehen, gerade diese Wärme ziehe die jugendlichen Gemüter der Studierenden unwiderstehlich an. Auf die Umgestaltung der Rechtsordnung durch germanische und deutsche Rechtsideen und Institutionen nahm er möglichst wenig Rücksicht. Er lehrte in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts das römische Recht in Deutschland ganz so, wie es ein italienischer Jurist im achtzehnten Jahrhundert auf einer italienischen Universität auch hätte lehren können. Die moderne Staten- und Rechtsbildung seit der Revolution war für ihn in keiner Weise bestimmend.

Andere Collegen an der Juristenfacultät waren: Geheimrat Mittermaier, welcher bereits in das Greisenalter vorgerückt war, aber noch immer unermüdlich fleissig daran arbeitete, jeden Fortschritt der Wissenschaft zu unterstützen und die gesetzgeberischen und schriftstellerischen Werke auch der fremden Staten und Nationen in Deutschland einzuführen.

Hofrat Zöpfl, mein Specialcollege als Lehrer des deutschen Stats- und des Völkerrechts, hatte sich um die deutsche Rechtsgeschichte grosse Verdienste erworben und das deutsche Bundes- und Landesrecht in fleissig gearbeiteter und verständiger Form dargestellt. In religiöser und in politischer Hinsicht harmonierten wir nicht. Ohne gerade für seine Person sehr kirchlich und gläubig zu sein, war er doch ein Vertreter der katholischen Partei und verhielt sich gegen die liberalen Ideen misstrauisch und abgeneigt. Das deutsche Bundesrecht, mir ein Gräuel, erschien ihm ganz zweckgemäss; an dem Particularismus der Länder hielt er fest, eine bundesstatliche Reform schien ihm gefährlich und bedrohlich. Aber er war bei alledem ein durchaus freundlicher und liebenswürdiger College, mit dem sich sogar über die Gegensätze der Parteirichtung bequem und unbefangen verhandeln liess.

Der Kirchenrechtslehrer Hofrat Rosshirt war auch schon ein alter Herr, voll Büchergelehrsamkeit, aber nicht frei von jener bei Gelehrten nicht seltenen Confusion, welche unverdauliche Gegensätze ruhig verträgt, Grosses und Kleines, Wahres und Falsches wie die verhackten Stoffe einer Wurst mengt. Er galt als ein entschiedener Ultramontaner, war aber trotzdem nicht völlig gesichert gegen die deutsche Urteilsfreiheit, welche sich auch in ihm zuweilen

wider die römische Autorität zweifelnd und verneinend erhob. Er hatte einmal in Rom dem Papste bemerkt: Die Deutschen haben alle ein wenig Ketzerei im Leibe, von der sie nicht lassen können.

Hofrat Renaud las über deutsches Privatrecht, was ich bisher in München als Hauptfach betrieben hatte und worauf ich nun in Heidelberg verzichtete. Er hatte auf seine Vorlesungen einen ungewöhnlichen Fleiss verwendet und war durch eine sorgfältige Formulierung der juristischen Begriffe und durch eine scharfsinnige, das Einzelne und Kleine ordnende Logik ausgezeichnet. Als Docent eiferte er Vangerow nach, freilich ohne dessen sprühende Begeisterung.

Von Professoren anderer Facultäten waren es vorzüglich die Theologen Rothe, Schenkel und Hitzig, von Medicinern Friedreich und Helmholtz, von Philosophen Rau (Nationalökonom), Häusser (Historiker), Holtzmann (Germanist), Kirchhoff (Physiker), Stark (Archäolog), Blum (Mineralog) und Wattenbach (Historiker), mit denen ich oft und gerne verkehrte.

Ich wagte es, nun auch über Politik, nicht bloss über Allgemeines Statsrecht, wie in München, Vorträge zu halten. Die Luft in Heidelberg gestattete eine freie, wissenschaftliche Behandlung. Natürlich enthielt ich mich, die politischen Tagesfragen zur Sprache zu bringen. Meine Absicht war durchaus nicht, die Studierenden politisch aufzuregen und für eine Partei zu gewinnen. Aber ich wollte sie wissenschaftlich denken lehren und in principieller Betrachtung der politischen Gegensätze und Entwickelungen üben. Dadurch sollten sie für das spätere praktisch-politische Leben vorbereitet werden. Je mehr

ich davon überzeugt war, dass die Deutschen politisch noch ungebildet und unreif seien, um so dringender schien es mir, dass die deutsche studierende Jugend und dass die künftigen Statsbeamten vertraut gemacht würden mit den statlichen Begriffen, Mitteln und Aufgaben.

Ich habe während meiner akademischen Thätigkeit als Lehrer zwar auch manche sehr fähige und für die Statswissenschaften begeisterte deutsche Studierende kennen gelernt und gefunden, dass nicht alle Samenkörner, die ich ausgestreut, auf steinigem Boden verkümmert sind. Aber im Grossen und Ganzen habe ich doch immer wieder erfahren, dass Amerikaner, Engländer, Schweizer und sogar Russen im Durchschnitt mehr Verständnis für die Statslehre und eine lebhaftere Neigung zu diesen Studien bewährten, als der Durchschnitt der deutschen Studierenden.

Die meisten Heidelberger Studenten und fast alle Juristen stammten aus höher gebildeten und wohlhabenden Familien. In dieser Hinsicht war der Unterschied von München, wo nur eine Minderheit das volle Collegienhonorar zu zahlen im Stande war, sehr auffällig. Die internationale Mannigfaltigkeit und die Bildung der Studenten erhöhten natürlich auch die Ansprüche an den Lehrer. Es musste daher auf die Vorträge mehr Fleiss und Sorgfalt verwendet werden, als auf manchen anderen Universitäten, wo die Docenten oft ihre alten Hefte ein Jahr wie das andere bequem ablasen.

Das gesellschaftliche Leben in Heidelberg gefiel mir nicht so gut, wie früher das in München. Ich vermisste die Einfachheit und Gemütlichkeit des Münchner Lebens und fand, dass in Heidelberg auf üppige Mahlzeiten zu viel Wert gelegt werde, bei denen die Materie auf den

Geist drückt. Das Vortreten des Weines freilich gegenüber dem Biere behagte mir, und ich zog das leichte, gesprächige Wesen der Pfalz dem schwerfälligen, halbstummen Brüten vor, wie ich es in München auch erlebt hatte. Aber der Luxus der Bewirtung, welcher in Heidelberg überhandgenommen hatte, schien mir für die durchweg beschränkte Ökonomie der Professorenfamilien unverhältnismässig gross und nicht geeignet, eine heitere Geselligkeit zu fördern und ihre Fortdauer zu sichern. Ich habe oft mit meiner Frau versucht, diesen schädlichen Aufwand zu ermässigen, aber mit sehr geringem Erfolge.

In gewisser Hinsicht hatte Heidelberg, an der grossen Rheinstrasse gelegen, durch die Universität, das Schloss und die reizende Natur eine bedeutende Anzahl Fremder anziehend, etwas Grossstädtisches. In anderen Beziehungen aber musste ich doch auf viele Genüsse und Annehmlichkeiten, besonders künstlerische, verzichten, an die ich mich in München gewöhnt hatte. In der engen und kleinen Stadt kannte, beachtete und kritisierte Jeder die Anderen. Die Klatschsucht fand einen üppigen Boden, auf dem sie lustig in's Kraut schoss. Es war etwas Enges und Kleinliches und zugleich Unruhiges und Zappeliges in dem Heidelberger Leben, das sehr abstach gegen einige grossartige und bedeutende Züge, die ebenfalls vorhanden waren.

Im December 1861 war der badische Landtag in Karlsruhe eröffnet worden, an dem ich nun, als vom Grossherzog ernanntes Mitglied der Ersten Kammer, teilnahm.

Roggenbach hatte gleich von Anfang an den Entschluss der Regierung verkündet, mit Offenheit, mit Mut und mit Beharrlichkeit dem Ziele zuzustreben, das er als Schaffung einer höchsten Bundesgewalt bezeichnete, welche

die gerechten Ansprüche des deutschen Volks befriedige. Den Vorschlag, welchen vorher der Sächsische Minister von Beust gemacht hatte, nannte er einen Stein, statt des Stückes Brot, das die Nation verlange. Der Grundgedanke war, kein Einheitsstat, aber ein Bundesstat, in welchem alle Regierungen und das gesammte Volk zusammenwirken, um die gemeinsamen nationalen Interessen zu befriedigen, ein engerer Bund, um den lähmenden Dualismus zu vermeiden, ohne Österreich, aber mit Preussen, und ein weiterer Bund des engeren Bundes mit Österreich, um den Frieden zu sichern.

Oft wurden in dem gastlichen Hause Roggenbach's die wechselnden Aussichten und Mittel dieser bundesstatlichen Reform besprochen. Vorzugsweise traf ich da mit Jolly zusammen, welcher durch Roggenbach als Rat in das Ministerium des Innern gebracht worden und als Vertreter der Universität Heidelberg mein College in der Ersten Kammer war. Zuweilen nahm auch der Schwager Jolly's, Professor Baumgarten, mit mir in München schon befreundet und ebenfalls ein lebhafter Politiker, an den Gesprächen im engeren Kreise teil. Jolly, ein Universitätsfreund Roggenbach's, war diesem ganz ergeben. Er machte damals seine parlamentarische und politische Schule, und ich gewahrte mit Vergnügen, dass er auch von mir, dem älteren und geübteren Redner und Debatter, Manches willig und geschickt erlerne.

Obwohl ein Neuling in Baden wurde ich doch von den Collegen in der Ersten Kammer freundlich aufgenommen, so dass ich sehr bald mich in derselben heimisch fühlte und sogar eine unbestrittene Autorität gewann. Von den Prinzen des grossherzoglichen Hauses beehrte mich

vorzüglich Prinz Wilhelm mit seinem Vertrauen. Die Mehrzahl der Grundherren in der Kammer nahm freilich eine ganz andere politische Parteistellung ein. Einige derselben waren entschiedene und eifrige Ultramontane, wie z. B. Freiherr von Stotzingen und Freiherr von Andlaw; Andere neigten zu Österreich hin, wie mein Nachbar zur Linken, Graf von Berlichingen, welcher in der österreichischen Armee gedient hatte, durch ein natürlich freies Wesen mir sympathisch. Wieder Andere waren ängstlich gegen jede eingreifende liberale und nationale Reform und hielten die bestehenden Zustände für erträglich. Entschieden auf unserer Seite stand voraus unter den Grundherren mein Nachbar zur Rechten, Freiherr von Göler von Mauer, und unter den Standesherren der Fürst von Löwenstein-Werthheim.

Mein Vorgänger in der Professur, Robert von Mohl, nun badischer Bundestagsgesandter in Frankfurt am Main, war ebenfalls mein College in der Kammer. Mohl war ein grosser Gelehrter, ein Bücherkenner ersten Ranges, redlich, wohlwollend, als College liebenswürdig, als Politiker verständig, rücksichtsvoll. Aber den specifisch-statsmännischen Nerv, den ich bei Roggenbach fand, konnte ich in ihm nicht entdecken. Er war dazu zu doctrinär und zu ängstlich. In ruhigen Zeiten und unter einer grossen Leitung konnte er vortrefflich wirken und Bedeutendes leisten. Kritischen Zeiten und ihren Gefahren war er nicht gewachsen.

Neben Jolly war als Vertreter der Universität Freiburg Hofrat Schmidt Mitglied unserer Kammer, mit dem ich vortrefflich stand, ferner Prälat Holtzmann, Statsrat Weigel und Andere.

Meine politische Stellung in der Kammer trat schon in der ersten Verhandlung über die Antwortsadresse auf die Thronrede sehr klar zu Tage (10. Dec. 1861). Ich sprach es aus: „Die Bedeutung der Thronrede liegt in der Art, wie sie die deutsche Frage behandelt. Der allgemein verbreitete Glaube, dass die deutschen Fürsten kein Stück ihres Hoheitsrechts zu Gunsten des Gesamtvaterlandes abgeben könnten, ist durch Seine Königliche Hoheit zerstört worden. Der Grossherzog hat offen ausgesprochen, dass er freudig den Teil der eigenen Hoheit opfern wolle, den das Gesamtvaterland zu seiner grösseren Hoheit bedürfe.

„Der Entwurf verlangt nicht, dass Österreich aus Deutschland herausgedrängt werde. Er will im Gegenteil, dass die bestehenden stats- und völkerrechtlichen Bande, die Österreich mit dem übrigen Deutschland verbinden, erhalten bleiben und noch verstärkt werden. Aber man kann nicht über das Mögliche hinaus. Österreich ist ein durchaus selbständiges, aus verschiedenen Nationalitäten aufgebautes Reich, dem es sogar schwer wird, die Einheit in sich zu begründen, das unmöglich an einer einheitlichen Entfaltung Deutschlands teilnehmen kann.

„Die Österreicher wollen selbst nicht in diese enge Beziehung zu uns treten, und wenn sie es wollten, sie könnten es nicht. Die magyarischen, slavischen, italienischen Elemente dürfen nicht ignoriert werden. Der österreichische Statsmann muss seinen Centralpunkt in Wien oder in Pesth, er kann denselben nicht in Deutschland suchen.

„Ein grosser Stat mit eigenen Interessen und eigener Macht kann sich nicht majorisieren, er kann sich nicht von einer ausser ihm liegenden Macht leiten lassen; das



ist eine Thatsache, mit der man rechnen muss. Österreich ist eine Grossmacht für sich. Wir können seine besten Freunde und Alliierten sein, aber wir können nicht mit diesem State zusammenwachsen. Das wäre gegen alle Geschichte."

Über die Notwendigkeit und Art der deutschen Bundesreform — ohne Österreich — bemerkte ich: „In den fünfzig Jahren seines Bestandes hat der deutsche Bund keine einzige nationale That zu Stande gebracht. Alle seine Handlungen waren negativ. In einer Zeit, in welcher alle Nationen nach einheitlicher Gestaltung ringen, kann eine Behörde, über welche die Geschichte so urteilt, unmöglich die grosse deutsche Nation vertreten und führen.

„Nicht in den Menschen und ihren Schwächen, sondern in den Institutionen, in der Organisation ist der Grundfehler zu finden. Deshalb verlangt unser Adressentwurf, dass die neue Organisation in Übereinstimmung mit den Repräsentativverfassungen der einzelnen Staten gebracht werde.

„Als der deutsche Bund geschaffen wurde, waren die meisten deutschen Staten absolut regiert. Der Bund war daher eine Oligarchie der absoluten Regierungen. Jetzt sind die deutschen Staten constitutionelle Monarchien geworden. Deshalb passt die heutige absolute Bundesverfassung nicht mehr zu den heutigen Landesverfassungen. Wenn so das Ganze mit den Teilen nicht im Einklang ist, dann müssen fortwährend Reibungen und Hemmnisse eintreten. Wenn umgekehrt die Harmonie des Ganzen mit den Teilen hergestellt wird, so ist augenblicklich eine Menge von Hader beseitigt.

„Wir wollen keine constituierende Versammlung spielen.

Wir legen im Gegenteil einen grossen Wert darauf, dass die Initiative zu der Bundesreform von der Regierung ausgehe. Wir wollen lediglich die Regierung unterstützen, wenn sie vorgeht.

„Es handelt sich nicht darum, Deutschland preussisch zu machen, wie man uns fälschlich vorwirft. Wir halten fest an unserer Selbständigkeit in allen inneren statlichen Beziehungen. Aber wenn es gilt, die Organisation Deutschlands nach aussen zu kräftigen, dann weist die Macht der realen Verhältnisse unbestreitbar auf Preussen hin. Die deutsche Nation, so reich an Männern und Kräften, will auch ihr Gewicht in die Wagschale der Welt werfen, und es muss daher in den Machtverhältnissen Deutschlands eine gründliche Ändernng vorgehen. Eine Repräsentation des deutschen Volkes bei der Centralgewalt soll aber eine Garantie dafür bieten, dass die Politik derselben eine deutsche sei."

Auf dem Landtage von 1861/63 war ich in der Ersten Kammer Berichterstatter über die drei wichtigen Gesetzesvorlagen: 1) die Gerichtsverfassung von Stabel, 2) die Innere Verwaltung von Lamey und 3) das Regentschaftsgesetz von Roggenbach bearbeitet.

Die neue Gerichtsverfassung führte zuerst den Beizug von Schöffen aus den Bürgern ein, welche gemeinsam mit den Amtsrichtern, als den juristisch gebildeten Berufsbeamten, die Polizeiübertretungen und kleinen Vergehen beurteilen sollten. In dem Berichte wird nachgewiesen, dass das Institut der Schöffengerichte in diesem Sinne zuerst in Hannover ausgebildet worden sei. Der Bericht spricht sich mit Wärme für diese Reform aus: „Zwar ist es sehr möglich, dass in unserem Lande die

Einführung der Schöffen von manchen Bürgern anfangs als eine unwillkommene Belästigung ungerne gesehen wird, und dass auch einzelne Amtsrichter vorerst einiges Misstrauen und Abneigung gegen die Mitwirkung der Schöffen nur schwer überwinden werden. Indessen ist der hohe Vorzug einer volkstümlichen Rechtspflege nicht anders als durch die lebendige Teilnahme des Volkes an ihren Mühen und Arbeiten zu erreichen. Viele Bürger werden auch von Anfang an in dieser neu eröffneten Teilnahme ein wichtiges Volksrecht erkennen, welches durch die Übung der entsprechenden Volkspflicht nicht zu teuer erkauft wird; die Übung selbst aber wird die Fähigkeit der Mitwirkung erhöhen, und die juristisch gebildeten Amtsrichter werden bald erfahren, dass das Ansehen und die Gesundheit der Rechtspflege durch diese Verbindung mit dem Volksleben und der Volksmeinung gestärkt werden. Ohne Schöffen wird die Durchführung der Öffentlichkeit, Mündlichkeit und des Anklageverfahrens kaum möglich. Will man diese Dinge ernstlich, so muss man den Amtsrichter aus der Atmosphäre der jetzigen Amtsstube in die Atmosphäre eines öffentlichen Gerichtssaales versetzen und zwischen der Untersuchung, die er vorerst allein vornimmt, und der Beurteilung, die er nicht allein vornehmen soll, schärfer unterscheiden; das Mittel dazu sind die Schöffen. Will man ferner die Handhabung der Strafpolizei, welche bisher nirgends populär und von dem allgemeinen Misstrauen umgeben war, dem Volksverständnisse näher bringen und Vertrauen zu derselben wecken, so ist auch die wechselnde Mitwirkung von angesehenen und ehrbaren Männern aus dem Volke ein geeignetes Mittel."

Entschieden sprach ich mich gegen ständige und für wechselnde Schöffen auf dieser Stufe der Gerichte aus.

Über den Grundplan findet sich in dem Berichte folgende Bemerkung, die heute noch für die deutsche Gerichtsverfassung passt:

„In dieser neuen Organisation fällt Jedermann auf, dass auf der untersten und der obersten Stufe der Strafgerichtsbarkeit zu den rechtsgelehrten Statsrichtern Privatmänner aus dem Volk, von denen keine juristische Bildung erwartet wird, beigezogen werden, dort als Schöffen, und hier als Geschworene, während auf der mittleren Stufe die Gerichtsbarkeit von Collegien verwaltet wird, die ausschliesslich aus rechtsgelehrten Statsdienern bestehen. Dennoch muss man zugestehen, dass die Wahl von drei verschiedenen Stylen für die drei verschiedenen Stockwerke desselben Gerichtsgebäudes doch nicht bloss darin ihren Grund hat, dass man den alten Mittelbau aus Bequemlichkeit bestehen liess, und vorerst einen erhöhten modernen Stock (die Schwurgerichte) über demselben aufrichtete, und wiederum später zu ebener Erde eine modische Änderung (die Schöffengerichte) haben wollte. Es gibt auch innere Gründe, welche eine Umgestaltung des Mittelbaues in ein Schöffen- oder ein Schwurgericht, wenigstens zur Zeit noch, abraten. Ein Collegium von rechtsgelehrten Richtern bietet zwar weniger Garantien dar für eine durchgebildete Rechtspflege als ein Schwurgericht, aber höhere Garantien als ein Schöffengericht und, wenn nur das Anklageverfahren sowie die Öffentlichkeit und Mündlichkeit zur Wahrheit geworden sind, auch hinreichende Garantien. Diese Gerichte sollen und können in gewissem Sinne dem regelmässigen Durchschnittsstand einer wohl eingerichteten Strafrechtspflege entsprechen. In der Regel urteilen sie allein, ohne Geschworne. Wenn aber entweder die

besondere Schwere eines Verbrechens oder die eigentümliche Natur einer Vergehensart eine gesteigerte Sorgfalt der Behandlung erfordert, dann werden Geschworne beigezogen, und wenn auf der entgegengesetzten Seite geringfügige Fälle vorliegen, für welche ein Verfahren vor diesen Collegialgerichten als zu umständlich und unverhältnismässig kostbar erscheint, so wird es vorgezogen, derlei Straffälle kurzweg in einem den Leuten näher stehenden Schöffengerichte zu erledigen."

Mit Bezug auf die Privatrechtspflege sprach sich der Bericht für eine erweiterte Competenz der Kreisgerichte (in Preussen Bezirksgerichte) als Collegien aus, gegen das in Deutschland herkömmliche schwerfällige System der drei Instanzen und für das System von zwei Instanzen, sowie für facultative Einrichtung von Handelsgerichten.

Noch eingreifender war die Reform der inneren Verwaltung. Bisher war das Land in vier Kreise (nach preussischem Sprachgebrauche Bezirke) mit besonderen Kreisregierungen eingeteilt. Diese Kreisregierungen wurden nun aufgehoben und die Regierung in Karlsruhe bei dem Ministerium des Innern concentriert. Wohl aber sollten sogenannte Landescommissäre, welche zu dem Ministerium des Innern gehören und, ohne eine besondere Instanz zu bilden, in ihrem Amtssprengel wohnen, die Beziehungen der Centralregierung zu den betreffenden Landesgegenden vermitteln und lebendig erhalten. Das Institut erinnert einigermaassen an die Sendboten Karls des Grossen.

Die bisherige Zahl von 64 Amtsbezirken sollte vermindert, und es sollten den obrigkeitlich gesetzten und besoldeten Amtmännern nun Bezirksräte aus dem Volk beigeordnet werden. Der Bericht führte aus, dass das

Institut der Bezirksräte als Ehrenamt nicht in dem Grade neu sei, als es Vielen scheine, indem schon in der altgermanischen und in der mittelalterlich-deutschen Verfassung durchweg zur Seite der obrigkeitlichen Grafen, Richter, Vögte, Schultheissen auch Beiräte aus dem Volke, als Schöffen, sowohl an der Rechtspflege als an der Verwaltung teilgenommen hatten. Das Institut ist verschieden von der englischen Selbstverwaltung in den Grafschaften, indem in Deutschland die Polizei nicht durch die Aristokratie auf ihre Kosten verwaltet werden kann, sondern besoldeten Berufsämtern übertragen werden muss, die auch in vielen Hinsichten besser verwalten, als die englischen Friedensrichter. Dasselbe hat eher einige Ähnlichkeit mit den französischen Praefecturräten und mit schweizerischen Einrichtungen. Indessen sollen bei uns die Bezirksräte weniger abhängig von den Bezirksamtmännern und ihnen eine selbständigere Wirksamkeit eingeräumt werden.

Die neue Institution mit den alljährlich wechselnden Bezirksräten aus den angesehenen Bürgern der Bezirke hat sich sehr bewährt und ist sehr bald volkstümlich geworden. Die Berufsbeamten erwarben durch diese Verbindung mit Ehrenämtern mehr Einsicht in die Bedürfnisse der Gemeinden und der Bevölkerung und wurden darin geübt, sich allgemein verständlich auszudrücken. Die Bürger hinwieder lernten die öffentlichen Zustände und die Gesetze besser kennen. Die öffentliche Ordnung gewann Klarheit und Festigkeit. In vielen Fällen handelte der Bezirksamtmann für sich allein; in anderen wichtigeren musste er den Beirat der Bezirksräte vernehmen; in wieder anderen bildete er mit den Bezirksräten gemeinsam ein Collegium, insbesondere auch das Verwaltungsgericht erster

Instanz. Endlich übten die einzelnen Bezirksräte auch für sich Funktionen aus der Armenpflege und der Polizei.

Weniger glücklich war die Bildung der sogenannten Kreise (nach norddeutschem Sprachgebrauche Bezirke) mit ihren jährlichen Kreisversammlungen und Kreisausschüssen. Das Land wurde so in elf Kreise zerlegt und den Bezirken und Gemeinden eine Vertretung eingeräumt, um für gemeinsame Interessen der Kultur und Wirtschaft durch Selbstverwaltung zu sorgen.

Die Wirksamkeit der Kreise beruhte darauf, dass dieselben gemeinsame Anstalten gründeten. Es konnte das, wie der Bericht ausführte, auf drei Wegen geschehen, indem Gemeindeanstalten zu Kreisanstalten erhoben wurden, oder indem der Kreis Leistungen auf sich nahm, die bisher der Stat getragen hatte, oder indem ganz neue Anstalten geschaffen wurden. In den beiden ersten Fällen wurden die Leistungen der Bürger nur anders verteilt, die Steuern nicht erleichtert; im dritten Falle wurden neue Opfer verlangt. Es konnte so manches Nützliche geschehen, aber die Gefahr lag nahe, dass die Lasten erheblich vergrössert werden. Ohne die Hilfe der Berufsbeamten waren überdem die Mitglieder der Kreisausschüsse kaum befähigt, diese schweren Sorgen auf sich zu nehmen und die Geschäfte durchzuführen. Die Kreise waren überdem zu klein und zu beschränkt in den ökonomischen und geistigen Kräften für grosse Aufgaben. Der Bericht verhält sich in dieser Beziehung vorsichtig und verheimlicht seine Zweifel nicht.

Mit Vorliebe behandelt der Bericht die Einrichtung einer Verwaltungsrechtspflege. Derselbe ist später oft zur Beleuchtung dieser Frage benutzt worden. Die

Gründe für eine von den Civilgerichten getrennte Verwaltungsrechtspflege wurden nachdrücklich hervorgehoben, insbesondere:

1) die eigentümliche, von dem Privatrechte durchaus verschiedene Natur des Verwaltungsrechts, das als öffentliches Recht notwendig abhängig bleibt von dem State, während das Privatrecht auch gegen den Stat zu schützen sei;
2) das Bedürfnis einer statsrechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Vorbildung der Richter über streitiges Verwaltungsrecht, im Gegensatze zu der bloss civilistischen Bildung der Civilrichter;
3) die Gefahr, dass eine vorzugsweise formale Jurisprudenz, an welche die Civilrichter gewöhnt sind, geradezu verderblich auf das öffentliche Recht wirken müsste, und die Bedürfnisse des Statslebens schädigen würde;
4) das Interesse an der Herstellung und Ausbildung eines grundsätzlichen Verwaltungsrechtes;
5) die Gefahr, dass die Verwaltung, wenn die Civilgerichte auch verwaltungsrechtliche Streitigkeiten an sich ziehen, gereizt werde, Competenzconflicte zu erheben und das Rechtsverfahren überhaupt zu hemmen;
6) die Gefahr, dass, wenn umgekehrt die Civilgerichte sich durch verwaltungsrechtliche Processe an ein freieres Verfahren gewöhnen und auf den Stat Rücksicht zu nehmen lernen, dann diese Angewöhnung schädlich einwirke auf die Behandlung privatrechtlicher Processe.

Die Erste Kammer trug im Interesse einer vertrauenswürdigen Verwaltungsrechtspflege darauf an, dass eine wohl-

geordnete Processordnung eingeführt, und dass die Grundsätze der Öffentlichkeit und Mündlichkeit auf dieselbe angewendet werden. Ihre Anträge wurden denn auch in das Gesetz aufgenommen.

Das dritte Gesetz über die Regentschaft kam nicht zu Stande, da die Regierung gegenüber den mancherlei Schwierigkeiten, die sich zeigten, es vorzog, die Vorlage zurückzuziehen. Mein Bericht hebt den statsrechtlichen und verfassungsmässigen Grundcharakter der Regentschaft im Gegensatze zu den überlieferten privatfürstenrechtlichen Ansichten und Übungen nachdrücklich hervor. Die Einigung der Regierung mit den beiden Kammern ward daher entscheidend für alle Fragen; die Mitwirkung der fürstlichen Agnaten sollte beachtet werden, aber keineswegs die für den Stat nötige Anordnung behindern.

3.

Einleitung zu dem deutschen Abgeordnetentage. Vorversammlung in Frankfurt. Süddeutsche Zeitung nach Frankfurt. Bildung eines Ausschusses. Das Verhältnis der Deutsch-Österreicher. Verhandlung mit Rechbaur und Brinz. In Augsburg bei Völk. Deutscher Juristentag in Wien. Besprechung mit den Österreichern. Schmerling. In Pesth. Eötvös und die Ungarn.

Dem deutschen Nationalverein war ich in München nicht beigetreten. Wohl aber waren mehrere politische Freunde von mir, wie voraus Carl Brater, dabei sehr beteiligt und war ich mit dem Streben derselben wesentlich einverstanden. In Baden wurde neuerdings erwogen, ob wir nicht in grosser Zahl auf Ein Mal beitreten sollen. Der Vollzug wurde aber verschoben, bis eine neue Ge-

legenheit sich zeige, welche auch dem Volke den Beitritt verständlich mache.

Dagegen wurde nun von meinen politischen Freunden und mir ein anderes Mittel ergriffen, die liberale und nationale Partei durch ganz Deutschland hindurch zu einigen. Im Mai 1862 wurde zu Deidesheim in dem gastlichen Hause des Abgeordneten Buhl, in dem sich ausser mir noch Brater, Dr. Varrentrapp, Lammers und Lang einfanden, verabredet, eine Anzahl liberaler Abgeordneter aus verschiedenen deutschen Ländern nach Frankfurt zu einer Vorbesprechung einzuladen. Die Pfingstversammlung zu Frankfurt war die Folge davon. Es waren dazu unter Anderen erschienen: aus Preussen von Hoverbeck, Cetto, von Unruh; aus Bayern Dr. Barth, Völk, Brater, Buhl; aus Hannover von Bennigsen; aus Württemberg Probst, Schott, Seeger und Ammermüller; aus Baden Häusser, Jolly; aus Hessen Metz; aus Nassau Lenz; aus Meklenburg Moritz Wiggers; aus Bremen Dr. Pfeiffer. Ich ward zum Vorsitzenden und Dr. Barth zum Vicepräsidenten gewählt. Die Versammlung beschloss, einen allgemeinen Abgeordnetentag der liberalen Partei auszuschreiben. Wurden so die politischen Vertrauensmänner geeinigt, so konnte von da aus auf die öffentliche Meinung der Nation ein bedeutender Einfluss ausgeübt und ein gemeinsames Vorgehen in den Landtagen gefördert werden.

Um auch die journalistischen Kräfte in Süddeutschland im Interesse der Partei zu einigen, wurde eben damals die Fusion der süddeutschen, bisher von Brater in München redigierten Zeitung und der Zeit, welche Dr. Lammers in Frankfurt redigiert hatte, beschlossen. Die beiden Zeitungen machten sich eine schädliche Concurrenz, und keine von beiden konnte ohne finanzielle

Beihilfe der Partei bestehen. Von der Einigung hoffte man erhöhte Wirksamkeit und geringere Kosten. Brater siedelte nun mit der süddeutschen Zeitung nach Frankfurt über, Lammers trat der Redaction bei; die Zeit hörte auf.

Zu rechter Fruchtbarkeit gelangte aber das Blatt auch hier nicht, trotz des zähen Fleisses und der Sorgfalt seiner Redactoren. Der Frankfurter Boden war nicht günstig. Es überwogen weit kaufmännische Interessen über die politischen, und die allgemeine Strömung war dem preussischen State, von dem aus allein doch die politische Einigung Deutschlands möglich war, abgeneigt. Die nationale Politik wurde in Süddeutschland noch mit Misstrauen wie eine Gefahr für die particuläre Freiheit und für die beliebte Gemütlichkeit betrachtet. Die Massen hatten eher mit Österreich als mit Preussen Sympathien, auch in den Grossherzogtümern Baden und Hessen; die in Frankfurt, Württemberg und Bayern standen vollends der nationalen Agitation kalt oder feindlich entgegen.

Die sehr mässigen Hoffnungen waren überdem niedergehalten durch die Nachrichten aus Berlin, die Unschlüssigkeit des liberalen Ministeriums, und die beginnende Spannung zwischen dem Könige, welcher auf die Reorganisation des preussischen Heeres hindrängte, und dem Landtage, welcher die Mittel dazu nicht bewilligen wollte. Auch persönliche Erlebnisse drückten auf meine Stimmung. Im August starb plötzlich der Freund, in dessen Hause wir die Abgeordnetenversammlung beschlossen hatten, Franz Peter Buhl, einer der seltenen Männer, auf deren Thatkraft und Treue man sich verlassen konnte. Ich schrieb damals in mein Tagebuch: „Der Himmel bevölkert sich mit meinen besten Freunden. Da wird's für mich einsam

hier." Auch Karl Brater, mir politisch, wissenschaftlich und persönlich auf's engste verbunden, war ein kranker, schwindsüchtiger Mann geworden, der dem nahen Grabe mühsam zuschlich und nur noch ein paar Jahre unter uns leben konnte.

Schon in der Pfingstversammlung zu Frankfurt war das Verhältnis zu den Deutsch-Österreichern als die schwierigste Frage erkannt worden. Man war allseitig einig darüber, dass nicht ein neuer ständiger Verein gebildet, aber dass von Zeit zu Zeit Zusammenkünfte der deutschen Abgeordneten aus den verschiedenen Landtagen veranstaltet werden sollten, um über Fragen von allgemeinem deutschem Interesse, insbesondere über die deutsche Verfassungsfrage sich zu verständigen und eine gleichmässige Haltung zu verabreden. Alle Abgeordnete deutscher Kammern, sowohl gegenwärtige als frühere, welche „die Einigung und die freiheitliche Entwickelung Deutschlands anstreben", sollten zur Teilnahme aufgefordert werden. Diese Formel umfasste auch die Deutsch-Österreicher. Aber der Gegensatz der sogenannten Grossdeutschen und der sogenannten Kleindeutschen war auch in Frankfurt deutlich hervorgetreten. Jene hielten eine Einigung mit Aufnahme der Österreicher noch für möglich, diese nicht. Man verständigte sich nun sowohl darüber, dass auch die deutsch-österreichischen Abgeordneten eingeladen werden sollten, um das Verhältnis zu ihnen aufzuklären, als auch darüber, dass „die Einigung Deutschlands nicht aufgehalten" werden dürfe, wenn sich herausstellen sollte, dass die Deutsch-Österreicher nicht in der Lage seien, mitzuwirken. Die Hauptschwierigkeit der deutschen Bundesreform konnte nicht ignoriert werden. Sie musste entweder überwunden,

oder es musste auf die Reform verzichtet werden. Jenes schien, dieses war unmöglich.

Von dem niedergesetzten Ausschuss, der sich durch Cooptation ergänzen durfte, erhielt ich den Auftrag, zunächst mit den Abgeordneten Brinz in Prag, den ich von München her kannte, und Rechbaur in Wien zu verhandeln, und den deutsch-österreichischen Abgeordneten sechs Stellen in unserem Ausschusse anzubieten. Mein Brief vom 19. Juni wurde von Rechbaur sehr freundlich und mit patriotischer Wärme beantwortet; aber es wurde von demselben zugleich bemerkt, dass er für sich nicht handeln könne und vorerst ein Einverständnis unter seinen Collegen versucht werden müsse.

Am 27. Juli erfolgte endlich die officielle Antwort von Brinz und Rechbaur im Namen auch ihrer politischen Freunde. Die Österreicher beschwerten sich darüber, dass sie anders eingeladen werden, als alle anderen deutschen Abgeordneten, und betonten nachdrücklich ihre vollkommene Gleichberechtigung, mit den Anderen teilzunehmen an dem deutschen Reformwerke, und ihr Vollgefühl des deutschen Volksbewusstseins und der geschichtlichen Zusammengehörigkeit mit Deutschland. Sie erklärten sich bereit, an Verhandlungen teilzunehmen, aber zugleich, dass eine grosse Versammlung von Hunderten ungeeignet sei, die Beziehungen leidenschaftslos zu erörtern. Indem sie die täglich wachsende Notwendigkeit einer Einigung aller deutschen Länder und der freiheitlichen Entwickelung anerkannten, schlugen sie vorerst eine Versammlung „in kleinerem Maasstabe“ vor, von höchstens 50 Mitgliedern, mit möglichst gleichmässiger Vertretung der gross- und der kleindeutschen Richtung. Über ihren Beitritt zu dem

Frankfurter Ausschusse sprachen sie sich nicht aus. Sie wollten sich offenbar eine spätere Entschliessung vorbehalten und vorläufig sich nicht binden.

Diese Antwort war geeignet, die ohnehin in dem Ausschuss vorhandene Unklarheit zu steigern und die Fähigkeit zu gemeinsamem Handeln vollends in unfruchtbaren Gefühlsergüssen aufzubrauchen. Dennoch liess sich eine Besprechung mit den Deutsch-Österreichern nicht umgehen. Ich machte den Vorschlag, dass der deutsche Juristentag, welcher im August in Wien versammelt wurde, dazu benutzt werde, indem ungefähr 10—12 Mitglieder aus den übrigen deutschen Staten mit ebenso viel Abgeordneten aus Österreich zusammentreten und das Verhältnis in freier, nicht vorgreiflicher Weise besprechen sollten.

Zugleich lud ich die Mitglieder des Ausschusses nach Augsburg ein, um hier über eine Erwiderung an die Österreicher, oder mindestens über unsere Haltung in Wien zu beschliessen.

Der Entwurf einer Erwiderung stellt die damalige Lage und unsere Meinung so deutlich dar, dass ich denselben hier im Auszuge aufnehme:

„Der Grundgedanke der eingeleiteten Zusammenkünfte von Abgeordneten der liberalen Reformpartei aus den verschiedenen deutschen Kammern bezieht sich nicht ausschliesslich auf die deutsche Bundesreform. Vielmehr ist es die Absicht, in allen wichtigen Fragen von gemeinsamem Interesse, welche in Ermangelung eines nationalen Parlamentes den Kammern der Einzelstaten vorgelegt werden, eine Verständigung und ein möglichst gleichartiges Verfahren zu fördern. Sollen aber diese Zusammenkünfte sich nicht in unfruchtbaren Kämpfen erfolglos abmühen,

so muss unter ihren Teilnehmern trotz aller Mannigfaltigkeit der Meinungen im Einzelnen doch im Grossen und Ganzen eine wesentliche Gemeinschaft des politischen Strebens bestehen. Deshalb wurde die moralische Bedingung festgesetzt, dass nur solche Abgeordnete einzuladen seien, welche aufrichtig die Einigung und die freiheitliche Entwickelung Deutschlands anstreben.

„Wenn in der Vorversammlung zu Frankfurt Zweifel geäussert wurden, ob ein fruchtbares Zusammenwirken mit deutsch-österreichischen Kammermitgliedern möglich sei, so beruhen dieselben nicht auf irgend einem Vorurteil gegen die Ehrenhaftigkeit und Tüchtigkeit des deutsch-östereichischen Volksstammes, sondern lediglich auf der Erwägung von thatsächlichen Schwierigkeiten, die Niemand übersehen kann, und auf der vielfältig vorhandenen Unklarheit über das Verhältnis von Deutsch-Österreich zu der deutschen Reform.

„Vielleicht dient es dazu, die so nötige Klärung zu fördern, wenn wir die Zweifel, welche sich uns aus der Geschichte und dem Verfassungsbestand von Österreich ergeben, genauer formulieren:

„Das wachsende Verlangen der deutschen Nation nach Einigung ist nicht auf Auflösung der Einzelstaten und nicht auf Bildung eines Einheitsstates, aber auch nicht bloss und nicht einmal wesentlich auf Ausbildung einer nationalen Rechts- und Culturgemeinschaft, sondern vorzugsweise auf Gestaltung einer deutschen politischen Gesamtmacht mit Bezug auf die auswärtige Politik gerichtet. Die deutsche Nation verlangt, aus dem unwürdigen Zustande ihrer gegenwärtigen Gebundenheit, Zerfahrenheit und Ohnmacht erlöst zu werden. Sie verlangt als deutsches

Volk unter den grossen Völkern der Erde einen ehrenhaften Platz einzunehmen. Sie wird dazu weder durch eitlen Ehrgeiz, noch durch verwerfliche Herrschsucht verleitet. Sie nimmt einfach das heilige Recht einer grossen Nation in Anspruch, die Gaben, die Gott ihrer Natur verliehen hat, zu entwickeln und ihre Bestimmung zu erfüllen. Sie übt eine Pflicht gegen sich selber und gegen die Welt aus, indem sie nicht mehr ruht, bis sie die nötige Form ihres politischen Gesamtlebens hervorgebracht haben wird.

„Gerade in dieser entscheidenden Beziehung aber der äusseren politischen Machtstellung ist die Lage aller anderen deutschen Bundesländer wesentlich verschieden von der Lage von Deutsch-Österreich. Alle anderen deutschen Stämme leben gegenwärtig schon in ausschliesslich oder doch ganz überwiegend deutschen Staten. Sobald in den Fürsten und Völkern dieser Staten das Nationalbewusstsein wach und wirksam wird, so bedarf es nur des Entschlusses, für den Bereich der äusseren Beziehungen gemeinsame Organe zu schaffen, eine Centralgewalt, welche die Einheit des deutschen Willens und der deutschen That verbürgt, und ein gemeinsames Parlament, welches die Einheit der nationalen Controle und Mitwirkung sichert.

„Im Grunde können alle diese deutschen Staten bei solcher Reform nur gewinnen. Unter ihnen ist Preussen der einzige Stat, welcher bereits eine europäische Macht ist und seine Meinung in der äusseren Politik geltend machen kann. Aber um das zu thun, war und ist Preussen genötigt, seine Volkskräfte bis zum Äussersten anzuspannen. Wenn Preussen daher an den deutschen Bundesstat seine specifische preussische Selbständigkeit in den äusseren Be-

ziehungen hingibt, so empfängt es doch an Sicherheit und an geistigem und materiellem Machtzuwachs von seinen Bundesgenossen mehr, als es der Gesamtheit zum Opfer bringt. Die deutschen Kleinstaten aber und die deutschen Mittelstaten — wir nehmen auch den stärksten und gewichtigsten, Bayern, nicht aus — haben bisher fast keinen Anteil an der europäischen Politik nehmen können. Ihre Verbindung war bisher nur stark genug, um eine Art Gleichgewicht von Preussen und Österreich in der Schwebe zu erhalten, aber nicht willens- und thatkräftig genug, um als positive europäische Macht zu handeln. Diese Staten gewinnen erst in allen äusseren Beziehungen politische Lebensfähigkeit, wenn sie sich mit dem deutschen Grossstate zu einer deutschen Gesamtmacht zusammenschliessen. Die Selbständigkeit ihrer Fürsten und Völker in Gesetzgebung, Regierung, Rechtspflege kann gewahrt bleiben, wie das Beispiel der nordamerikanischen Union und der Schweiz zeigt, wenngleich der deutsche Gesamtstat in dem Umfange des deutschen Bundesbereiches ebenfalls in Gesetzgebung, Regierung, Rechtspflege souverän wird.

„Anders erscheint das Verhältnis der deutsch-österreichischen Länder. Seit Jahrhunderten ist ihr Geschick mit dem Geschicke zahlreicher und grosser nicht-deutscher Völker enge verflochten. Man kann, ohne der Sprache Gewalt anzuthun, und die Bedeutung der ungarischen, slavischen, italienischen und romanischen Völker des Kaiserstates allzu gering zu schätzen, schwerlich behaupten, dass Österreich ein ausschliesslich oder auch nur überwiegend deutscher Stat sei. Aber dieses aus verschiedenen Völkern zusammengefügte Österreich ist seit Jahrhunderten immer mehr zu einer eigentümlichen europäischen

Macht zusammengewachsen. In der Existenz eines österreichischen Kaisertums hat es die Einheit des Willens und der That schon lange gefunden, nach der die zerstreuten Glieder des deutschen Reiches bis jetzt vergeblich gestrebt haben. Die gegenwärtige Reichsverfassung macht den Versuch, diese Einheit auch in einem gemeinsamen Reichstage, als der Gesamtrepräsentation aller österreichischen Völker, zu stärken und ihr neue Organe zu schaffen. Die Deutsch-Österreicher sind zur Zeit also einem nicht wesentlich deutschen Reiche einverleibt, aber sie haben an der Weltstellung und Machtentfaltung dieses grossen Reiches mit ihren Vorzügen und Leiden einen lebendigen Anteil. Sie haben eine einheitliche Centralgewalt, sie haben, wenn ihre Reichsverfassung durchgeführt wird, ein gemeinsames Parlament, sie haben eine europäische Bedeutung.

„Wer unbefangen diesen Gegensatz zwischen Deutschland und Österreich erwägt, dem drängt sich die Frage auf: Können und wollen die Deutsch-Österreicher mit den übrigen Deutschen in dem Reformbestreben sich verbinden?"

Ich zählte dann vier Richtungen auf, die sich für die Deutsch-Österreicher als möglich eröffnen, und fragte, für welche derselben sie sich entschieden?

Rechbaur und Brinz stimmten in ihrer Auffassung keineswegs zusammen. Dennoch handelten sie vorerst gemeinsam. Rechbaur war unter den bedeutenderen Abgeordneten des österreichischen Reichstages der, welcher am entschiedensten das deutsche Reformstreben anerkannte und persönlich geneigt war, so weit als möglich sich uns anzunähern. Er hätte selbst die österreichische Verfassung ändern helfen, um ein Einverständnis zu ermöglichen.

Brinz, kein geborener Österreicher, sondern ein als Professor nach Österreich berufener Bayer, betrieb die Politik durchaus als Gemütssache und Herzensangelegenheit. Er fühlte sich den Czechen gegenüber entschieden als Deutscher und legte den grössten Wert auf die Verbindung mit Deutschland, so sehr, dass er nicht anstand, den übrigen Deutschen zuzumuten, sie möchten eher auf die Bundesreform verzichten, als sich von Österreich scheiden. Er war ein ebenso geistreicher als ideal gesinnter und ehrlicher Patriot, auch ein vorzüglicher Redner, aber für die reale Macht der Verhältnisse und für eine Politik voraus des Kopfes hatte er wenig Verständnis. Im Anschluss an Baron Lerchenfeld und andere grossdeutsche Particularisten hatte er eine schroff ablehnende Stellung gegen unsere Anträge angenommen, auch gegen eine Besprechung in Wien protestiert und sogar eine grossdeutsche Gegenversammlung in Vorschlag gebracht. Später ist auch er durch die grossen Ereignisse von 1870/71 von diesen Banden befreit und ein Freund des deutschen Reiches geworden.

Eine Versammlung des Ausschusses, welche am 19. August in Augsburg bei Völk stattfand, in welcher aber Bennigsen und Fries vergeblich erwartet wurden, beschloss, den Abgeordnetentag nach Weimar auszuschreiben, und ermächtigte uns, in Wien mit den Deutsch-Österreichern zu verhandeln.

Die Gefahr, dass der deutsche Juristentag in Wien für die österreichische Bundespolitik benutzt und sogar ein Votum des Juristentages zu Gunsten der von Sachsen (Beust) vorgeschlagenen Delegiertenversammlung, anstatt eines durch Volkswahlen ernannten Parlamentes veranlasst werde, lag nahe. Ein Antrag in diesem Sinne

wurde in der Deputation des Juristentages durch einen Württemberger gestellt. Ich verlangte im Gegenteil, dass der Juristentag seine neutrale Stellung sorgfältig wahre. Der Bericht der Deputation wurde dann auch in diesem Sinne redigiert.

Wien entfaltete alle seine Reize, um die deutschen Gäste zu gewinnen. Die Festlichkeiten waren überaus glänzend. Die Stadt hatte die Mitglieder des Juristentages zu einem Bankette eingeladen, für welches der Oberbürgermeister 40,000 Gulden bewilligt hatte. Er hatte die Stadtverordneten nicht einmal gefragt, ob er eine so grosse Summe verwenden dürfe, und erhielt dann später den Dank dafür von den Stadtverordneten, dass er so gehandelt. Die Säle bei Sperl waren prachtvoll geschmückt, die Bilder der deutschen Universitätsstädte waren zur Decoration benutzt, die Draperie von schwarz-rot-gold, die Beleuchtung durch unzählige Gasflammen glänzend. Das Essen wurde an dem Buffet bezogen; aber reichlich, da für die Person 6 Gulden gerechnet war. Der Champagner floss in Strömen. Am meisten frappierten mich die Gesänge der Wiener Gesangvereine. Es wurden nur deutsche Lieder gesungen und in der That in solcher Vollkommenheit und mit solcher Begeisterung, dass nach jedem Liede ein stürmischer Jubel ausbrach. In der Jugend brach die deutsche Gesinnung mit einer Stärke hervor, welche ich den lebenslustigen und leichten Wienern nicht zugetraut hatte.

In der Plenarversammlung am 25. August, die sehr zahlreich auch von Österreichern besucht war — es waren ungefähr 1600 Mitglieder anwesend — hatte Freund Ihering das Referat über die Frage der richterlichen Prüfung von Gesetzen und Verordnungen. Der Mangel an stats-

rechtlicher Bildung trat bei dem ausgezeichneten Civilisten bedenklich hervor. Ich sah mich deshalb genötigt, meine Meinung ergänzend auszusprechen, und führte in einer unvorbereiteten Rede aus: 1) dass die politische Notwendigkeit bei uns dahin treibe, dass der Gesetzgeber selber über die Verfassungsmässigkeit der Gesetze entscheide und mit bindender Autorität gegenüber den Gerichten; 2) dass die Entwickelung des constitutionellen Rechtes den Kammern eine positive Mitwirkung bei der Gesetzgebung zusichere, so dass auch ihnen die Initiative zustehen müsse.

Die Rede fand grossen Beifall, obwohl sie sich keineswegs durch die Form, sondern höchstens durch die Entschiedenheit des Inhalts auszeichnete. Ich erlebte dabei einen Hauptspass. Der österreichische Regierungsrat Weil erzählte mir am Tage darauf, er habe die ganze Nacht nicht schlafen können, weil er sich Vorwürfe gemacht habe, dass er mir nicht bei der zweiten These entgegengetreten sei und für die Theorie, dass der Fürst allein der Gesetzgeber sei, plaidiert habe. Der gute Mann hatte an mir zum „Wildauer“ werden und einen Orden verdienen wollen, und nun erfahren, dass ihm der Mut dazu fehle. Ja er musste sogar erleben, dass die österreichischen Minister meine Rede sehr beifällig aufgenommen hatten.

In Schönbrunn, wo die Präsidenten des Juristentags und der Abteilungen — Wächter war wieder als Präsident gewählt worden, ich hatte das Präsidium der ersten und zweiten Abteilung erhalten — dem Erzherzog Rainer als dem Stellvertreter des Kaisers vorgestellt wurden, sah ich den leitenden Statsminister von Schmerling zuerst. Er führte mich an der Hand auf die Altane des Schlosses

und zeigte mir den herrlichen Anblick. Auch er war sehr liebenswürdig. Er sagte mir: „Sie haben gesehen, wie schnell man hier die Lichter anzündet," — indem er auf das Anzünden der vielen Flammen an den Lustern durch den verbindenden Faden anspielte —. „Es geht vorwärts bei uns. Wir haben seit zwei Jahren keine Krawalle mehr. Die einzige unangenehme Geschichte, die wir hatten, war die von Freund Berger mit Schuselka, und die wäre kaum passiert, wenn ich damals in Wien gewesen wäre. Sie fürchten mich doch. Wenn man Freiheit der Vereine und der Presse, und Organe für die öffentliche Meinung gibt, dann hat man ein Recht, die Strassenaufläufe nicht zu dulden. Ich würde sie niemals dulden, da die Leute nun in legalen Formen sich aussprechen können."

Abends sah ich in dem Hotel von Schmerling's auch den preussischen Gesandten von Werther, der mich schon in der Schweiz gekannt hatte. Ich sprach sehr frei mit ihm über das Ungeschick der preussischen Noten. Er meinte, es wäre gut, wenn ich nach Berlin ginge und den Herren vorstellte, woran es fehle. Ich sah auch den Erzbischof Rauscher da: „ein gescheidtes Pfaffengesicht".

Am 27. kam es nun doch zu einer vertraulichen Besprechung mit den Deutsch-Österreichern über die Reform. Von deutscher Seite nahmen daran teil: Bluntschli, Fries, Josef Pfeiffer, Planck, Probst, Völk; von österreichischer Dr. Berger, Brestel, Kaiser, Kuranda, Mühlfeld, Rechbaur, Schreiner, Schuselka, Unger und Andere.

Ich eröffnete, indem ich folgende vier mögliche Richtungen der österreichischen Politik unterschied und die Frage stellte, für welche sich die Deutsch-Österreicher entscheiden:

I. Beherrschung der mittleren und kleineren Staten durch Österreich;

II. Fortdauer der jetzigen Zustände, d. h. Österreich erhebt nicht den Anspruch auf ausschliessliche Hegemonie in Deutschland, aber es hindert die deutsche Einigung und Machtentfaltung durch sein Veto;

III. Ein verjüngtes und geeinigtes Österreich verbindet sich mit einem verjüngten und geeinigten Deutschland;

IV. Deutsch-Österreich gibt die österreichische Gesamtstatsverfassung auf, und einigt sich mit den anderen deutschen Ländern zu einem deutschen Gesamtstate.

Kuranda beklagte sich, dass ich zu wenig Gemüt für Österreich gezeigt habe und nur kalten Verstand.

Berger: „Österreich ist noch nicht fertig. Aber Deutschland ebensowenig. Beide wollen erst werden. Daher das Schwanken und die Unklarheit. Das aber steht für uns fest: Wir können uns kein Deutschland denken ohne Deutsch-Österreich. Wie denkt ihr denn über jene vier Kategorien? Wollt ihr ein vergrössertes Preussen oder ein grosses Deutschland?“

Bluntschli: „Über die Kategorien haben wir uns zunächst nicht zu äussern. Die Deutsch-Österreicher müssen am besten wissen, was sie wollen. Das aber können wir sagen: Wir verwerfen unbedingt die Politik I. und II. Wir wollen auch nicht ein Aufgehen von Deutschland in Preussen. Aber wir können uns nicht verbergen, dass die deutsche Centralgewalt eine andere sein muss, je nachdem Deutsch-Österreich daran teilnimmt oder nicht.“

Berger: „Es sind Anknüpfungspunkte da, sobald es

sich nicht um ein blosses Grosspreussen handelt. Wir sind einig, dass ein deutsches Parlament nötig sei, welches durch das Volk gewählt wird, und nicht bloss eine Delegiertenversammlung der Landtage. Auch wir wollen eine starke deutsche Centralgewalt. Österreich wird hier so weit gehen, als Preussen gehen kann, und sich so weit unterordnen, als sich Preussen unterordnet. Darauf kann man sich verlassen."

Schuselka: „Unter allen Umständen wollen wir zu Deutschland gehören und mit Deutschland sein. Wenn es nicht anders geht, als mit der Republik, so sind wir auch für die Republik."

Dagegen protestierte nun ein anderer Österreicher (Brestel?) mit Wärme, der von der Republik nichts wissen wollte und erklärte, ihn würden auch die gegenwärtigen Reformanträge befriedigen.

Rechbaur bezeugt seine von Herzen deutsche Gesinnung und versichert, dass dieselbe nicht bloss in Wien, sondern ebenso in Ober-Österreich im Wachstum begriffen und so stark sei, dass, wenn um der Verbindung mit Deutschland willen Änderungen in der österreichischen Verfassung nötig werden, sie unbedenklich die Februarverfassung ändern würden.

Diese Behauptung wurde von keinem Deutsch-Österreicher widersprochen, von einem noch dahin erweitert: Wir müssen die Februarverfassung modificieren, sowohl wegen Deutschland, als wegen Ungarn. Auch dagegen erhob sich kein Widerspruch. Nur wurde die Schwierigkeit betont, das jetzt schon öffentlich auszusprechen, teils um Schmerling zu schonen, der für die liberale Sache nötig sei, teils um nicht sofort wieder Alles in Frage zu stellen.

Man müsse vorher über das Maas der Änderung klar geworden sein.

Planck machte auf die Notwendigkeit einer starken Centralgewalt aufmerksam, abgesehen von dem deutschen Parlament, und fragte die Österreicher, ob sie sich eine Organisation der Centralgewalt im Sinne der Reichsverfassung von 1849 gefallen lassen?

Sie wichen der Frage durch die Bemerkung aus, dass im jetzigen Momente eine bestimmte Antwort unmöglich sei, und dass die Organisation von 1849 auch in Deutschland, abgesehen von Österreich, auf grosse Hindernisse stossen würde.

Völk wies mit Nachdruck darauf hin, dass unter den Grossdeutschen sich ein starkes Contingent von Absolutisten, Ultramontanen und Particularisten befinde, und dass mit diesen überhaupt kein Einverständnis möglich sei. Der Nationalverein habe das Verdienst, die Idee der deutschen Nationalität im Flusse zu erhalten.

Auf eine Frage von Berger, ob wir die Souveränetät der einzelnen Staten beseitigen wollen, erwiderte ich: Keineswegs. Die Souveränetät derselben soll erhalten bleiben, ähnlich wie die der Staten in Nordamerika und der Kantone in der Schweiz; aber für die gemeinsamen Angelegenheiten von Deutschland muss die Souveränetät des Bundes in der Gesetzgebung, der Regierung und der Rechtspflege ausgebildet und wirksam werden.

Schliesslich sprachen die Österreicher ihr Bedauern aus, dass die Versammlung des Abgeordnetentages in Weimar, statt in Frankfurt abgehalten werden solle. Nach Frankfurt wären mehr Österreicher gekommen. Doch sagten

Rechbaur und Berger zu, die Einladung nach Weimar mit zu unterschreiben.

Alle, die gesprochen hatten, erklärten sich für ein Parlament, nicht für eine Delegiertenversammlung, wie das von Österreich und den Mittelstaten verabredete Project vorgeschlagen hatte. Eine liberale Entwickelung, behaupteten die Österreicher, sei nur im Anschluss an Deutschland möglich. Wiederholt erklärten sie, sie machen durchaus nicht den Anspruch, Deutschland zu leiten, sie würden im Gegenteil einer deutschen Leitung willig folgen; nur nicht einer specifisch preussischen.

28. August. Ich besuchte den Ministerialrat Bernhard Meyer. Er machte mir den Eindruck eines resignierten Mannes in einer falschen Stellung. Er war unzufrieden über den Sturz von Bach und die Erhebung der Liberalen.

Bei dem Festessen toastierte Schmerling auf „die demnächst zu vollziehende Einigung aller deutschen Fürsten und Stämme". Er hatte augenscheinlich auf einen noch nicht hervorgetretenen Plan Österreichs angespielt, der sich später als Project des Frankfurter Fürstencongresses entpuppte.

Mühlfeld beging die Taktlosigkeit, in Gegenwart der deutschen Gäste in seiner Tischrede zu sagen: Das Unglück von Deutschland sei durch den Verzicht des Kaisers Franz II. auf die deutsche Kaiserkrone herbeigeführt worden. Die kindische Behauptung konnte nur den Sinn haben, dass der Kaiser von Österreich wieder deutscher Kaiser werden müsse. Schlagfertig erwiderte mein alter Studiengenosse, Freund Seckendorf: Die Niederlegung der deutschen Krone durch Franz II. war eine Pflicht-

ausübung desselben, da er ausser Stande gewesen, die deutsche Kaiserwürde zu wahren. Die Erneuerung der deutschen Kaiserwürde werde auch nur der Lohn für neue Pflichterfüllung sein gegen die deutsche Nation. Ob Österreich oder Preussen oder wer sonst dazu berufen werde, das werden erst grosse Ereignisse und Verdienste, wahrscheinlich der Sieg in der Schlacht zeigen.

29. August. Fahrt auf den Semmering. Grossartige Gebirgsbahn; ob rentabel, fraglich. Bei der Tafel erhielt ich den Auftrag, Schmerling, welcher ein Hoch auf den Juristentag ausbringen wollte, zu antworten.

Schmerling hatte in seiner Tischrede auf „unsere lieben Gäste, doch nicht unsere Gäste, unsere Freunde, unsere deutschen Brüder“ insbesondere auf den Geist der Humanität hingewiesen, der die Verhandlungen durchweht habe, und war dann auf die politische Bedeutung des Juristentages gekommen: „Sie haben nicht bloss für ihre eigentliche Aufgabe, Sie haben in höherem Sinne des Wortes für Deutschland gewirkt, auch in politischer Beziehung. In dem Rechte liegt die Macht. Wenn Sie deutsches Recht geschaffen haben, werden Sie deutsche Macht geschaffen haben.“ (Bravo!)

Meine Erwiderung, die mit dem Hoch auf den Statsminister von Schmerling schloss, wurde mit grossem Jubel aufgenommen, aber in den Zeitungen im Interesse der Parteiwünsche vielfältig missdeutet und entstellt. Manche Pointe wurde absichtlich verschwiegen, andere Äusserungen wurden einseitig überspannt. Ich hatte vorerst die Liebenswürdigkeit der Wiener erwähnt, auf die wir gefasst waren, dann an die Pracht der Feste erinnert, welche alle anderen deutschen Städte nötige, jeden Wettbewerb mit Wien

in dieser Hinsicht aufzugeben und für die Zukunft zu grösserer Einfachheit dränge. Aber ich constatierte zugleich den Eindruck, dass in Einer Beziehung unsere Erwartungen weit übertroffen worden seien. Wir haben erfahren, „dass das deutsche Bewusstsein in dieser Stadt mächtiger ist und tiefer sitzt, als wir uns früher gedacht hatten." Dann ging auch ich auf die politische Bedeutung des Juristentages über: „Alle diese Erscheinungen, die wir seit mehreren Jahren in Deutschland in den vielfältigsten Zweigen des Lebens wiederfinden, alle diese Vereine der Sänger, der Turner, der Schützen, der Volkswirte, der Juristen u. s. f. haben eine politische Bedeutung. Sie sind Symptome eines politischen Lebens, das in der Nation ist und wächst. Ich möchte alle diese Vereine mit Bächen vergleichen, die einem grossen Strome zufliessen, mit Bächen, die fort und fort grösser werden, bis der Strom sie zusammenfasst und fortreisst. So zieht durch das Herz und den Kopf der deutschen Nation ein elektrischer Strom der Einigung, der uns Alle mitführt und der auch den mitnimmt, der nicht mitgehen will." Gegenüber einer Äusserung von Hye, der blosse Gefühlspolitik empfohlen hatte, bemerkte ich: „Es ist heute sehr wahr gesagt worden, auch dem Herzen gebühre ein mächtiger Anteil an der Politik. Gewiss, das wäre keine richtige Politik, die mit dem Herzen in Widerspruch wäre. Die deutsche Politik kann der Rücksicht auf das Gemütsleben nicht entbehren, sie empfängt von da aus ihre mächtigsten, tiefsten und stärksten Antriebe. Aber, meine Herren, ebenso wahr ist es, dass in dem Menschen Gemüt und Verstand vereinigt sein müssen, und nur das ist die richtige Politik, in der Kopf und Herz sich zusammenfinden. Es sind nun

wahrlich grosse Schwierigkeiten da, welche dem Drange der deutschen Nation nach Einigung entgegenstehen. Sie werden nicht erwarten, dass ich mich hier darüber ausspreche. Das wäre unziemlich. Aber darüber kann kein Zweifel sein, die Institutionen sind weit zurückgeblieben hinter den Anforderungen der deutschen Völker. Das bestehende Bundesrecht bedarf einer gründlichen, tiefeinschneidenden Reform. Wir bedürfen einer energischen Concentration der politischen Macht, und wir bedürfen der Organe des gemeinsamen Willens und des gemeinsamen Rechtsbewusstseins. Wie das zu gestalten sei, darüber haben wir nicht zu entscheiden. Aber dass das notwendig sei, das dürfen wir sagen, und das muss überall gesagt werden." Damit war auch das Missverständnis beseitigt, als ob das Bundesrecht die von uns gewollte Macht sei, und es war die Notwendigkeit einer neuen Organisation betont. Gerade das verschwiegen die grossdeutschen Zeitungen.

Am Schluss wendete ich mich an Schmerling: „Ich habe es von jeher als das Zeichen eines echten Statsmannes erkannt, wenn ich gesehen habe, dass ein Mann von höchster Stellung und grösstem Einfluss sich trotzdem als einfacher Mensch geriert. Diese liebenswürdige Erscheinung verehren wir auch in dem Statsminister." Schmerling umarmte nach dem feurigen Hoch unseren Präsidenten Wächter.

Am 30. August machte ich die Fahrt nach Pesth mit einigen wenigen Freunden mit, unter denen auch Ihering war. Auf dem Schwabenberge besuchte ich Baron Eötvös, der da oben ein Landhaus bewohnte, von wo er weit umher die Stadt und die Ebene bis zu den Pusten hinaus überblickte.

Mich interessierte es sehr, die Ansicht eines ungarischen Statsmannes zu hören. Er sagte:

„Gegenwärtig ist mitten in Europa, da wo Deutschland sein sollte, ein grosses Loch. Gäbe es eine deutsche Macht, so käme Europa in Ordnung. Die ungarische Frage hängt von der deutschen ab, und die orientalische von beiden.

„Mit den Deutsch-Österreichern haben wir nicht reden können. Auf die Frage: „Wie denkt ihr euch die deutsche Aufgabe?“ haben sie nur abweichend geantwortet, ohne ein Gefühl für die deutsche Sache. Mit Leuten ohne Nationalgefühl können wir nichts machen. Das sind Knechte und Diener der Macht, weiter nichts. Mit den Böhmen sind wir auch nicht vorgegangen, weil wir fürchten, uns in unlösbare Dinge zu verwickeln. Böhmen verhält sich zu Deutschland, wie Kroatien zu Ungarn. Nur sind wir Ungarn Kroatien gegenüber in einer schwierigeren Lage, weil Kroatien ganz slavisch ist, während Böhmen zu einem starken Teile deutsch ist. Aber beide Länder sind mit den Hauptländern historisch und rechtlich verbunden.

„Wenn in Österreich eine deutsche Partei entsteht — und einige Symptome der Art haben auch wir bemerkt —, so werden wir uns mit derselben leicht verständigen. Je mehr Deutschland in sich einig und stark wird, um so besser für uns. Wir müssen uns an Deutschland anlehnen, um in dem Meere von Slaven uns halten zu können. Wir haben unsere Civilisation von den Deutschen empfangen, während die Polen sie von den Franzosen haben. Das ist ein wichtiger Unterschied zwischen Ungarn und Polen. Wir haben keinen Hass gegen die Deutschen, nur gegen die österreichische Regierung und ihre deutschen

Helfer war unsere Abneigung gerichtet. Jeder Ungar unterscheidet gegenwärtig zwischen „Deutschen“ und „Österreichern“. Die Einführung der ungarischen Tracht war nur ein Mittel, die Partei zu zählen. Wir wissen, dass wir die europäische Tracht haben müssen, und ich bin nicht vernarrt in den ungarischen Rock und die Mütze. Aber wir hatten keine Presse, keinen Landtag und mussten immer hören, es gebe nur wenige unruhige Köpfe in Ungarn, die unzufrieden seien. Darauf mussten wir antworten und zeigen, wie gross die Unzufriedenheit sei. Nun hiess es, wer zufrieden ist, der kleide sich deutsch und trage den Cylinderhut. Wer unzufrieden ist, der kleide sich ungarisch. Und bald waren nur noch ungarische Kleider zu sehen. Auch die Deutschen in Pesth und Ofen trugen sich meist ungarisch.

„Würden wir in den Reichstag eintreten, so würden wir momentan Alles gewinnen. Wir bekämen die Leitung Österreichs, weil wir besser zusammenhalten und parlamentarisch geschult sind. Trotzdem gehen wir auf die Lockung nicht ein. Auf die Dauer ginge es doch nicht. Wir wären zu schwach, um diese Position zu behaupten. Deutsche und Slaven würden reagieren. Der Gesamtstat Österreich bedeutet einen künftigen Krieg zwischen Deutschland, das Deutsch-Österreich haben will, und Österreich. In diesem Kriege würden wir wahrscheinlich verbluten und ohne Nutzen, sogar ohne Ruhm, weil es zugleich für uns ein Krieg wider die Civilisation wäre. Wir sind zwar Barbaren; aber so dumm sind wir doch nicht, um immer wieder als Trenkhusaren zu dienen, bloss um der Dynastie Habsburg willen. Wir wollen Frieden mit der deutschen Nation, nicht Krieg. Deshalb halten wir aus, wenngleich

der jetzige Zustand traurig ist. Wir warten auf die deutsche Einigung.

„Die andere Gefahr ist ein grosses Slavenreich. Die Slaven haben die Mehrheit in Österreich. Freilich ist das nur eine Masse. Die Deutschen und die Ungarn sind ihr überlegen. Aber eine Masse wird gefährlich, wenn sie Führer findet. Die Führer bekämen die Slaven. Diese sind für Absolutismus und für Ultramontanismus empfänglich. Ein absoluter Hof, eine hohe Aristokratie und das Pfaffentum könnten sich auf die Slaven stützen, und dann wäre aller Fortschritt aus. Das fürchten wir am meisten; und deshalb sind wir wider die Gesamtstatsverfassung.

„Schmerling hat sich durch seine Verwirkungstheorie und sein Verhalten gegen Ungarn diesem verfeindet. Das ist schlimm; denn wir geben zu, dass er für die liberale Entwickelung von Deutsch-Österreich nicht leicht zu entbehren sein wird. Es ist das eine unglückliche Complication.

„Unsere hohe Hofaristokratie (Esterhazy u. s. w.) in Wien hat im Lande gar keinen Einfluss.“

Über das Schulwesen bemerkte Eötvös: „Das hat sich allerdings unter der österreichischen Herrschaft verbessert. Aber sie haben die protestantischen Schulen unterdrückt und uns nur den Abhub ihrer österreichischen Lehrkräfte geschickt, die ja ohnedies weit hinter den deutschen zurückstehen. Die ungarische Reaction war daher hier etwas gereizt. Indessen die guten Einrichtungen behielten wir bei, und das Übrige wird sich wieder machen lassen.“

Die Schlusspointe war: „Wenn die deutsche Reformpartei und die Ungarn zusammenwirken, so werden wir auch die Regierung in Wien zwingen, auf diese Bahn

einzulenken, d. h. eine deutsche Macht in Europa, in Personalunion mit Ungarn. Nur wenn wir ganz an Deutschland verzweifeln müssen, sehen wir uns nach anderen Bündnissen um, bevor wir untergehen."

In Wien wurde der Vorstand des Juristentages noch dem Kaiser Franz Joseph vorgestellt. Auch der Kaiser betonte seine deutsche Politik: „Ich bin zwar vor Allem österreichisch, dabei aber entschieden deutsch und wünsche den innigsten Anschluss an Deutschland."

Am 8. September war ich wieder in Heidelberg zurück.

4.

Die Spannung der Gegensätze im Jahr 1862. Handelsvertrag mit Frankreich und Krisis des Zollvereins. Das Delegiertenproject der Mittelstaten. Versammlung der liberalen deutschen Abgeordneten in Weimar im September. Organisation des Abgeordnetentages und Sechsunddreissiger Ausschuss. Grossdeutsche Gegenversammlung. Der Frankfurter Fürstencongress im August 1863. Die Reformacte. Widerspruch Preussens. Persönliches. Geheimrat. Akademische Krankenhaus-Commission. Schweizerreise.

Das Jahr 1862 war nicht fruchtbar an grossen Ereignissen, aber tief bewegt von dem Widerstreite der Parteien, welche ihre Kräfte sammelten, spätere Kämpfe vorbereiteten und noch um den zweifelhaften Sieg mit einander rangen.

Noch schwankte auch in dem nordamerikanischen Bürgerkriege das Glück der Waffen. Bald siegte die nordstatliche Unionsarmee, bald das südstatliche Heer der Conföderation.

Als am 20. September der Präsident Lincoln alle Sclaven in den aufständischen Südstaten vom 1. Januar 1863 an für frei erklärte, fand er in Deutschland allgemeinen und lauten Beifall, obwohl man sich nicht verhehlte, dass diese befreiende That ein starker Eingriff in das gesetzliche Recht des Landes war, und über die Folgen derselben noch manche Bedenken walteten. Die Freude über den grossen Fortschritt für die Menschheit überwog alle Zweifel.

In Italien wogte der Kampf um Rom. Im Frühjahr hatte der Papst Pius IX. die Notwendigkeit der päpstlichen Herrschaft über Rom und den Kirchenstat feierlich verkündet und durch ein Concil von Bischöfen im Sommer bestätigen lassen. Im August unternahm Garibaldi einen Freischarenzug, um Rom von der Herrschaft des Papstes zu befreien, wurde aber durch die Truppen des Königs von Italien bei Aspromonte geschlagen und gefangen genommen, bald darauf aber amnestiert und auf seine Insel Caprera gesandt. Bei der Haltung Frankreichs, welches Rom noch besetzt hielt, war der Entscheid der römischen Frage noch unmöglich.

Die Verwirrung in Deutschland war unleidlich geworden. Der Conflict zwischen der preussischen Regierung, welche die Reorganisation des Heeres mit Nachdruck betrieb, und dem Abgeordnetenhause, welches die Geldmittel dafür verweigerte, hatte zu offenem Bruch zwischen den beiden politischen Potenzen geführt. Das Ministerium von der Heydt hatte sich vergeblich bemüht, eine günstigere Stimmung zu bewirken, und hatte weichen müssen. Nun wurde der energischere Freiherr von Bismarck von dem Könige berufen (24. Sept.) und war entschlossen, allem

Widerspruch der Kammer trotzend, das für notwendig erkannte Werk durchzusetzen. Bismarck hatte damals noch den Ruf eines Junkers, der die liberalen Ideen verachtete. Die öffentliche Meinung betrachtete ihn nicht bloss mit lästigem Misstrauen, sondern mit offenkundigem Hass. Dass er grosse patriotische Pläne erwog und unverdrossen an ihrer Verwirklichung arbeitete, war der Welt verborgen, und sehr Wenige wussten die Schwierigkeiten zu würdigen, welchen er, ganz abgesehen von den preussenfeindlichen Mächten, in Preussen selber sowohl bei der Volksvertretung als und mehr noch an dem Hofe begegnete, und die er schliesslich zu überwinden verstand.

Die einzige grosse Schöpfung in Deutschland während der Restaurationsperiode seit 1815, der von Preussen in's Leben gerufene deutsche Zollverein, war damals ebenfalls in Frage gestellt. Preussen hatte einen Handelsvertrag mit Frankreich im Mai 1862 abgeschlossen, gegen welchen Bayern, Württemberg, Hannover und andere verbündete Staten Einsprache erhoben. Die damalige Richtung der preussischen Zollpolitik wurde von denselben als freihändlerisch bekämpft. Überdem arbeitete Österreich mit aller Macht an der Sprengung des Zollvereins, wenn es ihm nicht gelinge, sich an die Spitze desselben zu bringen. So sah sich Preussen genötigt, am 26. August den Zollverein zu kündigen und dadurch seinerseits auf die widerstrebenden Mittelstaten einen Druck zu üben.

Nur in der kurhessischen Verfassungsfrage hatte sich die preussische Politik, indem sie den tyrannischen Kurfürsten zwang, die Verfassung herzustellen, welche dem Lande 1832 verliehen worden war, der Zustimmung der öffentlichen Meinung zu erfreuen. Die Energie

des preussischen Vorgehens hatte sogar den widerstrebenden Bundestag und seine Leitung zu gemeinsamen Beschlüssen nachgeschleppt.

In Frankfurt hatten Österreich, alle deutschen Königreiche ausser Preussen, die beiden Hessen und Nassau den Antrag gestellt, eine aus Delegierten der Ständekammern zusammengesetzte Vertretung zu berufen, welcher die Gesetzesentwürfe über Civilprocess und Obligationenrecht zur Beratung vorzulegen seien (14. Aug. 1862). Damit sollte zugleich der Weg der deutschen Bundesreform bezeichnet und eröffnet werden. Man hoffte so, wie der Bericht der Mehrheit sich ausdrückte, das Wesen der Bundesverfassung als eines Bundes souveräner Staten zu erhalten, eine bundesstatliche Concentration zu vermeiden und die Wünsche der Nation zu beschwichtigen.

Die Minderheit in der Commission bildeten Preussen und Baden. Preussen erklärte, keiner Ausdehnung der Bundescompetenz zustimmen zu können, wenn nicht gleichzeitig Garantien dafür geschaffen werden, dass der Wille und die Interessen der grossen Mehrheit der Nation zur Geltung kommen. Die vorgeschlagene Delegiertenversammlung mit bloss beratender Stimme könne nicht einmal als Abschlagszahlung von den Freunden einer nationalen Reform angenommen werden. Auch Baden hielt das vorgeschlagene Mittel zu einer Bundesreform für ungeeignet.

So standen sich die Parteien in der Bundesversammlung schroff gegenüber; ebenso in der Nation, nur in umgekehrtem Verhältnis der Zahl.

Selbst in der Frage über das Verhältnis der Herzogtümer Holstein und Schleswig zu einander und zu Dänemark bestand zwischen Österreich und Preussen kein

Einverständnis, so dass jede der beiden Grossmächte selbständig ihre Forderungen an Dänemark stellte.

In diese Zeit fiel die nach Weimar auf den 28. bis 30. September berufene Versammlung deutscher Abgeordneter, zu welcher ich im Auftrage der Commission die Einladung besorgt hatte.

Vorher erfuhr ich noch eine der Widerwärtigkeiten, wie sie dem politischen Thun sich aufdrängen. Ein Herr Reinhard von Neustadt an der Saale, im Jahr 1848 Abgeordneter, der mich nicht kannte und den ich nicht kannte, hielt sich für berufen, einen überaus plumpen und verläumderischen Schmähartikel gegen mich in einem Nürnberger Blatte drucken zu lassen und zu verbreiten. Ich wurde darin als ein Wüterich geschildert, der 1839 mit Kanonen auf seine Mitbürger habe schiessen lassen und als Chef der Polizei grausame politische Verfolgung gegen freisinnige Männer geübt habe, und es wurde beantragt, mich nicht an dem liberalen Abgeordnetentag zu dulden.

Dieser unsinnige rohe Angriff wurde feiner und schlauer, aber nicht minder gehässig von der Neuen Frankfurter Zeitung (Kolb) unterstützt. Bei der argen Unwissenheit, die in Deutschland über schweizerische Zustände und Vorgänge zu Hause war, konnte momentan das Tollste geglaubt werden. Den feindlichen Parteiinteressen konnte es nützlich erscheinen, mich zur Zeit der Abgeordnetenversammlung auszuschliessen.

Indessen der Schlag in's Wasser machte Geräusch, aber erreichte Nichts. Ich sah den Pasquillanten zuerst in Weimar, wohin er mit einem ganzen Stoss von Schmähartikeln gekommen war, in der Absicht, meine Ächtung zu verlangen und sich einen Namen zu machen. Meine

bayerischen Bekannten erzählten mir, dieser Reinhard sei schon 1848 die Verlegenheit seiner Partei gewesen. Er sah in der That mit seinem roten Weingesicht so wenig respectabel aus, dass ich meinen früheren Entschluss, ihn wegen Verläumdung und Beschimpfung vor Gericht zu belangen, fallen liess. Seine radikalen Freunde hielten ihn ab, seinen Antrag in der Versammlung zu stellen. Sie sagten ihm, er selber würde riskieren, fortgewiesen zu werden. An Taktlosigkeiten mancher Freunde fehlte es freilich auch nicht. Aber ich erlebte die Freude, dass die liberale Schweizer Presse ganz entschieden den abgeschmackten Angriff verurteilte und meine Ehre verfocht. Die Neue Zürcher Zeitung schloss einen Artikel vom 24. September mit den Worten: „Es ist uns nicht bange, dass die unserem Landsmann angedrohte Brutalität nicht den verdienten Abscheu in Deutschland ernten werde. Wir betrachten es auch als eine Ehrensache für die Schweiz, dass unser Mitbürger der Drohung entgegengehe und dem Tage in Weimar nicht fern bleibe. Macte virtute!"

In der Versammlung waren etwas über 200 Mitglieder erschienen. Die Österreicher fehlten. Dr. Rechbaur und Dr. Berger, welche anfänglich zugesagt hatten und in der Liste der Einladenden genannt waren, hatten ihre Unterschrift infolge eines Beschlusses ihrer Collegen im Reichstage zurückgenommen.

Die Mitglieder des Nationalvereins waren zahlreich vertreten, aber verhältnismässig wenige preussische Abgeordnete, unter denen Behrend (Danzig), von Bunsen, F. Fischer, Dr. Lette, von Rönne, zwei von Saucken, Schulze-Delitzsch. Gleichzeitig war das preussische Abgeordnetenhaus versammelt. Liberale und radikale Elemente waren

noch sehr gemischt. Zu jenen rechnete ich Barth, Brater, Völk aus Bayern, Häusser und Jolly aus Baden, Ötker aus Kassel, von Bennigsen und Planck aus Hannover.

Im Auftrage des vorbereitenden Ausschusses hatte ich über die Thätigkeit desselben und über die Verhandlungen mit den Österreichern in Wien zur Zeit des Juristentages und seither zu berichten.

Die Hauptgegenstände der Verhandlung bezogen sich auf die deutsche Bundesreform, die Handelsverträge und die Organisation eines Abgeordnetentages, in Ermangelung eines deutschen Parlaments.

Mit sehr grosser Mehrheit gegen eine Minderheit von nur vier Stimmen sprach sich die Versammlung für eine bundesstatliche Einigung Deutschlands aus, für ein deutsches Parlament, das auf freien Volkswahlen beruhe, für die Aufnahme auch von Deutsch-Österreich in den Bundesstat, wenn dieselbe möglich, im entgegengesetzten Falle für eine nationale Fortbildung ohne Österreich, gegen eine Ausdehnung des Bundesstats auf die bisher nicht im deutschen Bunde befindlichen österreichischen Länder, gegen das Project einer Delegiertenversammlung und für Herstellung einer deutschen Executivgewalt unter Mitwirkung des Parlamentes.

Heinrich von Gagern war ebenfalls in Weimar erschienen und suchte in der Versammlung die grossdeutsche Ansicht zu vertreten, aber ohne Erfolg.

Die Fortdauer des Zollvereins wurde, bis zur Erreichung eines Bundesstates, als ein dringendes Interesse der deutschen Nation bezeichnet, aber eine Verbesserung auch seiner Verfassung verlangt.

Endlich wurden Satzungen für den deutschen Ab-

geordnetentag beschlossen, um über wichtige Fragen von gemeinsamem Interesse eine Verständigung unter den Kammern der deutschen Länder und ein gleichartiges Verfahren im Sinne der Einigung und freiheitlichen Entwickelung Deutschlands zu fördern.

An dem Sechsunddreissiger Ausschusse, welcher diese Versammlungen vorbereiten sollte, hatte ich Teil, so lange er bestand, d. h. bis zu dem Kriege von 1866, welcher der bundesstatlichen Verfassung zum Durchbruch verhalf.

Die liberale Partei hatte sich so aus dem Norden und dem Süden, aus allen deutschen Kammern — nur Österreich ausgenommen, das bei Seite stand — zusammengefunden und war organisiert. Sie hatte sich entschieden für eine bundesstatliche Reform erklärt.

Noch in demselben Jahre wurde der Versuch gemacht, ihr in Frankfurt eine Versammlung derer entgegenzustellen, welche sich an die Pläne der von Österreich begünstigten Mittelstaten anschlossen und sich mit einer grossdeutschen Conföderation begnügten.

In der That kam am 28. October in Frankfurt eine grosse Versammlung zu Stande, welche mit grosser Mehrheit sich zwar auch für eine Bundesreform, aber auf der Grundlage des bestehenden Bundesrechtes, mit einem Directorium als Executive und einer Delegiertenversammlung, ferner für Ablehnung des Handelsvertrages mit Frankreich aussprach und einen deutschen Reformverein gründete, dessen oberster Grundsatz sei „Erhaltung der vollen Integrität Deutschlands“ d. h. Verzicht auf eine bundesstatliche Organisation ohne Österreich.

Die Versammlung war eher ein grossdeutscher Parteiverein, der dem Nationalverein entgegenwirken wollte, nicht

wie die von Weimar eine Einigung der liberalen Kammermitglieder. Die bayerischen Particularisten und die Ultramontanen waren darin vorzugsweise thätig, aber eine Anzahl — besonders württembergischer — Demokraten mischte die rötliche Farbe mit der schwarzen und weiss-blauen. Eine innere Harmonie war zwischen den verschiedenartigen Elementen nicht vorhanden. Nur die Abneigung gegen Preussen hielt sie zusammen.

Nachdem im Januar 1863 der Antrag Österreichs und der vier mittelstatlichen Königreiche auf Einberufung einer Delegiertenversammlung für die Civilprocessordnung und das Obligationenrecht im Bundesrate abgelehnt worden und der Zwiespalt mit Preussen drohend geworden war, unternahm der Kaiser von Österreich das Wagnis, von sich aus die sämtlichen deutschen Fürsten zu einem Fürstentage nach Frankfurt einzuladen, um gemeinsam die Frage der Bundesreform zu lösen. 31. Juli 1863.

In der österreichischen Denkschrift wurde anerkannt, dass die Bundesverträge von 1814/15 „in ihren Fundamenten erschüttert“, der Widerspruch zwischen den Verfassungen der verbündeten Staten und der Bundesverfassung der Vermittlung bedürftig und die Forderung einer gründlichen Bundesreform berechtigt seien. Die österreichischen Vorschläge zu derselben gingen von dem Gedanken aus, dass der Bund, bisher ein Bund der Fürsten, zu einem Bunde der Fürsten und Völker umgebildet, die Executivgewalt verstärkt und den Völkerschaften eine constitutionelle Mitwirkung gesichert werden müsse, aber beides nur in der Form des Staten-Bundes, d. h. eines Directoriums und einer aus den Landtagen hervorgehenden Volksvertretung. Aber obwohl anerkannt wurde, dass ohne Preussens

Zustimmung die Reform unausführbar sei, wurde das ganze Project einseitig von Österreich, ohne Verabredung mit Preussen, ausgearbeitet und vorgelegt.

Die sämtlichen deutschen Fürsten, mit Ausnahme des Königs von Preussen, waren der Einladung gefolgt. Am 17. August wurde der Fürstencongress von dem Kaiser von Österreich eröffnet und demselben eine rasche Beschlussfassung im Sinne der Anträge empfohlen. Nochmals wurde der König von Preussen von der ganzen Fürstenversammlung gebeten, sich einzufinden. Schon glaubte der König von Sachsen, der die Einladung nach Baden-Baden überbrachte, wo der König Wilhelm verweilte, diesen zur Zustimmung bestimmt zu haben. Aber der aussergewöhnlichen Energie Bismarck's, der den König beschwor, nichts zu thun, was mit der Ehre und der Wohlfahrt des preussischen States unvereinbar sei, glückte es, den König von dem verhängnisvollen Schritte abzuhalten.

Der König lehnte ab, weil er sich nicht für berechtigt halte, ohne den Rat seiner Minister an den Verhandlungen sich zu beteiligen und bindende Erklärungen abzugeben; und Bismarck fügte erläuternd bei, dass der österreichische Reformplan „weder der berechtigten Stellung der preussischen Monarchie, noch den berechtigten Interessen des deutschen Volkes entspreche". Preussen würde Gefahr laufen, „die Kräfte des Landes Zwecken dienstbar zu machen, welche seinen Interessen fremd sind."

In der That, wenn man erwägt, dass das Project

1) die Verkoppelung von Österreich und Preussen in dem deutschen Bunde und damit den inneren Widerstreit zweier Grossmächte nicht bloss beibehielt, sondern sogar Österreich trotz seiner magyarischen, slavischen, italienischen

und rumänischen Völkerschaften der vorzugsweise deutschen Grossmacht Preussen in Deutschland mehr als bisher überordnete,

2) dem deutschen Volke weder eine einheitliche Leitung und Regierung, noch eine irgend genügende Vertretung gewährte,

so überzeugte man sich, dass der Vorwurf nicht ungerecht war.

Die preussische Ablehnung drückte der „Reformacte“, obwohl sie von allen anderen Fürsten unterzeichnet war, den Stempel der Ungiltigkeit und Unwirksamkeit auf. Um dieselbe Preussen aufzunötigen, hätte es eines Krieges bedurft. Dazu waren aber die mittelstatlichen Könige um so weniger bereit, als sie selber in Frankfurt den österreichischen Hochdruck widerwillig verspürt hatten. Zwar hatte nur der Grossherzog von Baden, den Roggenbach nach Frankfurt begleitet hatte, es gewagt, einige erhebliche Bedenken in der Fürstenversammlung auszusprechen und Vorbehalte zu machen. Aber den Königen war es gar nicht unerwünscht, dass das Project, welches ihre Souveränetät doch einigermaassen beschränkt und sie Österreich dienstbar gemacht hätte, an dem Nein Preussens zerschelle.

Alle bisherigen Versuche, die Bundesreform durch Vereinbarung zu vollziehen, waren gescheitert. Die von der Nationalversammlung 1849 beschlossene Reichsverfassung, das unter preussischer Führung unternommene Erfurterwerk, die sächsisch-bayerischen Projecte der Mittelstaten, die österreichische Reformacte des Fürstentages hatten jedesmal den Widerspruch und Widerstand von inneren Kräften hervorgerufen, die im Frieden nicht zu

überwinden waren. Der Stachel aber war in dem Herzen der Nation zurückgeblieben und forderte trotzdem eine Lösung, die ohne Gewalt nicht möglich war. Bismarck war sich dieser Sachlage wohl bewusst und bereitete im Stillen die Mittel vor, um das Verlangen der Nation zu erfüllen.

Auf Baden wirkte der Frankfurter Fürstentag günstig. Der Grossherzog hatte in den liberal und national gesinnten Kreisen durch seine zwar bescheidene, aber mutige und volkstümliche Haltung an Ansehen gewonnen und war der populärste deutsche Fürst geworden. Roggenbach war in der Krisis gewachsen. Es bedeutete viel, dass Bismarck dem liberalen badischen Minister ausdrücklich für sein Verfahren in Frankfurt danken liess. Der allgemeine Eindruck in Deutschland und in Europa war, dass Österreich eine schwere diplomatische Niederlage erlitten habe.

Im Juni 1863 fand die Eröffnung der badischen Eisenbahn in Constanz statt. Der Grossherzog nahm an dem Festessen Teil. Die Schweiz war durch Dubs vertreten. Mein Toast auf die Verbrüderung Badens und der Schweiz wurde beifällig aufgenommen. Als ich nach Heidelberg zurückkehrte, erfuhr ich meine schon beschlossene Ernennung zum Geheimen Rat und erhielt den Auftrag, das Präsidium in der akademischen Krankenhauscommission zu übernehmen. Die Erfüllung dieser Aufgabe ward dadurch erschwert, dass die beiden Directoren der Kliniken, der Mediciner, Professor Friedreich, mir als Hausarzt befreundet, und der Chirurg, der alte Geheimerat Chelius, keineswegs harmonierten. Der Präsident war daher genötigt, fortwährend vermittelnd einzuwirken und, wenn das unmöglich oder erfolglos war, eine Mehrheit zu bilden, der

sich die Minderheit nur widerwillig fügte. In diese Periode fiel dann auch der Beschluss und die Ausführung eines grossen Neubaues der akademischen Krankenhäuser. Für die erforderlichen Bewilligungen wirkte ich nach Kräften mit, aber die Ausführung leitete das Ministerium direct.

Im Sommer 1863 besuchte ich mit meiner Familie die Schweiz. Wir reisten über Zürich und Bern in's Oberland und verblieben einige Zeit am Giessbach. Hier lernte ich die Familie Löning kennen.

5.

Beginn der Action gegen Dänemark. Deutsche Bewegung nach dem Tode Königs Christian VII. von Dänemark für Befreiung der Herzogtümer von dänischer Herrschaft. Meine Betonung der nationalen und völkerrechtlichen Seite der Frage im Unterschied von der dynastischen. Sechsunddreissiger Ausschuss. Preussen und Österreich im Gegensatz zu der Bundesmehrheit. Dänischer Krieg. Conferenz in London. Friedensschluss. Streitfrage über die Länderherrschaft. Meine Motion zur Reform der Ersten Kammer. Grosser Erfolg in der Kammer.

Endlich reifte aus den langen peinlichen Erwartungen und Spannungen heraus eine greifbare Frucht der nationalen Entwickelung. Der Tod des Königs Christian VII. von Dänemark am 15. November 1863 bot die Gelegenheit, die deutschen Herzogtümer von der drückenden Dänenherrschaft zu befreien, und einmütig war die ganze Nation trotz des Londoner Protokolls von 1852 und trotz der Abmahnungen Englands und der Warnungen anderer Grossmächte entschlossen, die reife Frucht zu pflücken.

Schon vorher hatte der deutsche Bund die Execution in den Herzogtümern Holstein und Lauenburg gegen Däne-

mark beschlossen, um die Rechte dieser zum deutschen Bunde gehörigen Herzogtümer wider den dänischen Druck zu schützen. Nun ward es möglich, geradezu Trennung derselben von Dänemark und die erneuerte Verbindung mit Schleswig zu fordern. Der Herzog Friedrich von Augustenburg wurde nach dem herkömmlichen deutschen Fürstenrechte als der rechtmässige Thronerbe von Schleswig-Holstein betrachtet und in den deutschen Herzogtümern von der Ritterschaft, den Städten und dem Landvolk grossenteils anerkannt, freilich im Widerspruch mit dem dänischen Königsgesetze von 1852 und dem Londoner Vertrage der Grossmächte mit Dänemark, welche die Einheit der dänischen Gesamtmonarchie erhalten wollten und den dänischen Königen auch die Landesherrschaft in den deutschen Herzogtümern zusicherten.

Eine Hauptschwierigkeit bestand darin, dass die beiden deutschen Grossmächte den Londoner Vertrag von 1852 ebenfalls unterzeichnet hatten. Der österreichischen Politik sagte derselbe überhaupt zu, die preussische hatte sich nur ungern dazu bewegen lassen, um nicht isoliert zu werden, aber sie fühlte sich nun zunächst gebunden. Nur der Bund war von jeder derartigen Verpflichtung frei, da ihm der Londoner Vertrag nicht zur Gutheissung vorgelegt worden war. Einzelne Bundesfürsten, wie voraus der Herzog Ernst von Koburg-Gotha und der Grossherzog von Baden, erkannten das Recht des Herzogs Friedrich ohne Verzug an, andere und selbst die Könige von Bayern und Sachsen zeigten sich geneigt, in derselben Richtung vorzugehen. Am Bunde blieb einstweilen die Vertretung von Holstein und Lauenburg unbesetzt. Die Frage war eine offene.

Mit einer seltenen Einmütigkeit und mit ungewohnter

Stärke verlangte die öffentliche Meinung in Deutschland die Lostrennung der Herzogtümer von Dänemark. Die Universitäten prüften die Rechtsansprüche des Herzogs Friedrich und fanden dieselben begründet. Parteiversammlungen, Volksversammlungen, Kammern im Norden und im Süden verlangten einstimmig sowohl im Namen der Legitimität als im Namen der Nationalität, dass die Herzogtümer beisammen bleiben, worauf sie ein natürliches und urkundliches Recht haben.

Meine persönliche Auffassung der Frage war der Bewegung entschieden zugeneigt, aber sie unterschied sich dadurch von der Meinung vieler rechtskundiger Collegen, dass ich auf das nationale Moment das entscheidende Gewicht legte, und das dynastisch-erbrechtliche mir von untergeordnetem Werte zu sein schien. Ich sprach mich darüber als Berichterstatter der Adresse an den Grossherzog in der ersten Kammer am 10. December ganz offen aus, ohne einen Widerspruch zu erfahren.

Die Hauptstelle meiner Rede lautete:

„Die schleswig-holsteinische Frage hat nun Alle überrascht. Anfangs war die öffentliche Meinung noch unentschieden; aber bald hat sich eine steigende Aufregung entwickelt, die durch den Widerstand, den sie fand, nur erhöht wurde.

„Viele Gründe wirkten zusammen. Die deutsche Nation fühlte zunächst, dass hier eine der wichtigsten Fragen des deutschen Rechts zur Entscheidung kommen müsse. Sie achtet das Recht hoch als etwas Heiliges, und Willkür ist ihrem Herzen verhasst. Auf Seite der deutschen Fürsten wird das Interesse des Rechts der Legitimität noch lebhafter sein; denn wenn hier das legitime Recht eines

deutschen Fürsten nicht zur Anerkennung kommt, so wird auch das legitime Recht anderer deutscher Fürsten in den Augen des Volkes geschädigt. Die Art, wie in Schleswig-Holstein eine Reihe von Geistlichen und Beamten ihre Existenz für ihr Gewissen einsetzten, ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die Macht des Rechtsgefühls tief in dem Herzen der Nation begründet ist.

„Dennoch ist dies nicht das entscheidende Moment. Die Bayern, gewiss ein dynastisch fühlendes Volk, sind bei der Vertreibung des Königs von Griechenland, obwohl eines Prinzen aus dem bayerischen Königshause, ziemlich kühl geblieben, und jetzt sind sie warm geworden, obwohl der Herzog von Augustenburg ein ihnen fremder Fürst ist. Es müssen also stärkere Ursachen wirken. In der That, das Volksrecht und das Princip der Nationalität sind hier ebenfalls in Frage, und das regt die Nation im tiefsten Innern auf.

„Die Frage, wer ein Volk regiere und zu regieren berechtigt sei, ist zunächst eine Frage des Statsrechtes, nicht des Völkerrechtes, des Landesrechtes, nicht des Bundesrechtes. Die deutsche Nation fühlt, dass das Volk der Herzogtümer mitzureden habe, dass das Recht dieses Volkes durch das Protokoll von 1852 auf das tiefste verletzt worden sei.

„Es hat freilich eine Zeit gegeben, in der man diese Dinge anders betrachtet und solche Rechtsfragen wie einen Civilprocess zwischen verschiedenen Privaterben behandelt und entschieden hat. Damals hatten wir in Deutschland auch Gerichte, welche darüber urteilen konnten, die Reichsgerichte. Das ist seither anders geworden. Nach der Meinung aller civilisierten Völker sind die Fragen über Re-

gierung nicht abzulösen von den Volksrechten, und die Anerkennung des Volkes ist die sicherste Grundlage für das Regierungsrecht des Fürsten. Das Volk muss daher gehört werden und hat eine entscheidende Stimme. Schon im Mittelalter ist diese Auffassung hier und da zur Geltung gelangt. Revolutionen grosser Völker haben den Satz dem öffentlichen Bewusstsein klar gemacht und zu europäischer Geltung gebracht. Auch friedliche Vorgänge sind schon früher in dieser Weise entschieden worden. Die Wahl der Könige von Preussen als Fürsten von Neuchatel und die Berufung der oldenburgischen Dynastie selber zu Herzogen von Schleswig-Holstein mögen als Beispiele dienen.

„Wenn alle Juristen der Welt über das legitime Erbrecht des Hauses Stuart in England und der älteren Linie der Bourbonen in Frankreich einig sein mussten, so sind trotzdem nicht der Sohn Jakobs II. in England und nicht Heinrich V. in Frankreich Könige geworden, weil der entscheidende Factor, der Volkswille, dieselben nicht anerkannt und gegen sie entschieden hat. So ist auch für Schleswig-Holstein in der Streitfrage die Zustimmung des Landes und die Anerkennung des Volkes von entscheidender Bedeutung. Das hat man bisher nicht genug beachtet. Nur die grossherzogliche Regierung hat in ihrer Frankfurter Abstimmung gezeigt, dass sie auch dieses Volksrecht vollkommen respectiere.

„Dieser Auffassung steht der Londoner Vertrag gegenüber, in welchem die Mächte sagen: „Wir anerkennen, dass es ein europäisches Interesse ist, dass der dänische Stat beisammen gehalten werde, und deshalb ist es uns recht, wenn Ein Haus in allen diesen Ländern succediert.

„Der Vertrag gründet keine neue Thronfolge, er stellt

nur die einheitliche Thronfolge im Gesamtstat als wünschenswert dar. Er weiss, dass die Ordnung dieser Thronfolge Sache des Landes selbst ist. In Dänemark ist eine solche vollkommen legal mit Zustimmung der Volksvertretung zu Stande gekommen, aber für Schleswig-Holstein nicht. Hätten die Stände in Schleswig-Holstein die dänische Thronfolgeordnung gutgeheissen, so hätte das deutsche Volk weder ein Recht, noch eine Veranlassung, sich dagegen aufzulehnen. Das aber ist nicht geschehen, und darum heisst es dem Volke der Herzogtümer einen fremden Fürsten mit fremder Gewalt aufdrängen, wenn diese Frage der Cognition der schleswig-holsteinischen Stände entzogen und von Dänemark allein entschieden wird. Das ist eine Vergewaltigung, welche die Existenz alles öffentlichen Rechtes angreift. Von dem Augenblicke an, wo man dem Volke der Herzogtümer Gelegenheit gäbe, sich durch seine Stände auszusprechen, würden auch alle Erinnerungen der fremden Mächte aufhören; denn Frankreich und England haben jenes Princip längst anerkannt. Man hätte auch gewiss nicht gewagt, einem anderen Volke in Europa zuzumuten, dass es sich einem Herrn unterwerfe, den fremde Mächte ihm aufnötigen. Aber Deutschland gegenüber meinte man auch das wagen zu dürfen. Damit steht aber die Frage der Ehre in innigstem Zusammenhang. Der Nation brennt die Schmach auf der Seele, welche sie schon so lange hat tragen müssen. Das ganze Londoner Protokoll hat keine Spur an sich von deutschem Recht und deutscher Ehre, obwohl es deutsche Länder betrifft. Durch die ganze Nation geht das Gefühl, dass jene Stämme im Norden etwas Besseres verdienen, als zum Schemel gemacht zu werden, auf dem der dänische Übermut seinen Fuss ruhen lässt.

Wenn dort den Deutschen verboten wurde, mit unserem Herrgott deutsch zu reden, wenn man die dortigen Deutschen von den Zuflüssen deutscher Cultur abschneiden wollte, so geht das der deutschen Nation an's Herz, die allezeit das religiöse und geistige Leben auf's Höchste geachtet hat. In allen Gemütern flammt das Gefühl verletzter Ehre auf. Der Deutsche will künftig auch anderen Nationen offen in's Auge blicken können. Das aber ist unmöglich, so lange man der deutschen Nation Dinge zu bieten wagt, die keine andere Nation sich würde gefallen lassen.

„Wenn nicht Ehre und Recht hier schliesslich den Sieg erringen, wenn Legitimität und Nationalität gleichzeitig mit Füssen getreten werden dürften, dann würde das Rechts- und Ehrgefühl der Nation furchtbar erschüttert werden. Wir würden schauderhaften Zeiten entgegengehen, Zeiten, in denen Reaction und Revolution im Innern sich mit wechselndem Erfolge rauften und von Aussen jede Schmach und jede Misshandlung sich häufte. Es hängt Alles daran. Wir müssen Alles einsetzen, dann werden wir Alles gewinnen.

„Eine Nation, die so viel hunderttausend Soldaten seit Menschenaltern erzieht und erhält, darf sich auch nicht vor der Drohung eines europäischen Krieges fürchten. Eine Nation von der Grösse der deutschen, die für ihr Recht und ihre Ehre einsteht, wird auch aus einem schweren Kriege siegreich hervorgehen."

Es hatte sogar den Anschein, dass in dieser Frage die beiden Hauptparteien, sogenannte Grossdeutsche und Kleindeutsche, zusammengehen und gemeinsam für die Befreiung der Herzogtümer von Dänemark eintreten werden. Auf den 21. December war eine grosse Versammlung von

Mitgliedern der verschiedenen deutschen Landtage nach Frankfurt am Main eingeladen worden. An der Vorberatung im Ausschuss nahm ich lebhaften Anteil; in der öffentlichen Versammlung selbst sprach ich nicht. Es war nicht leicht, eine Einigung des Ausschusses zu erzielen. Insbesondere erhob der bayerische Abgeordnete von Lerchenfeld, von dem Österreicher Mühlfeld, einem Vertrauensmann des Statsministers von Schmerling, unterstützt, öfter seine Bedenken und drohte mit Secession. Auch andere Bayern, wie von Hegnenberg, Pözl, obwohl unserer Auffassung näher stehend, schlossen sich zuletzt an ihren Führer an. Endlich kam doch eine Erklärung zu Stande, welche einstimmig von der grossen Versammlung gutgeheissen wurde.

Es wurde darin gesagt, dass die Thronfolge des Herzogs Friedrich zugleich die Geltendmachung der Rechte Deutschlands an Schleswig-Holstein bedeute, und es wurde die Verpflichtung des deutschen Volkes ausgesprochen, „für seine verletzte Ehre, für sein gefährdetes Recht, für seine unterdrückten Stammesgenossen und ihren rechtmässigen Fürsten jedes Opfer zu bringen".

Die Versammlung zählte nahezu 500 Abgeordnete, die meisten aus Süddeutschland, 102 Bayern, 70 Frankfurter, 49 Württemberger, 43 Badener, 42 Hessen-Darmstädter, 32 Kurhessen, 21 Nassauer, aber nur 47 Preussen und gar nur 7 Österreicher.

In dem Sechsunddreissiger Ausschuss, welcher die Verbindung der Abgeordneten zu vermitteln und eine gesetzliche Thätigkeit im Sinne der gefassten Beschlüsse zu entfalten hatte, waren fast alle deutschen Länder vertreten, trotz der Protestation mancher Bayern, Württemberger und Österreicher. Es wurden in den Ausschuss gewählt aus

Österreich: Rechbaur, Fleck und Gross; aus Preussen: von Unruh, Löwe, Schulze-Delitzsch, F. Dunker, von Hoverbeck, Twesten, Pauli und von Sybel; aus Bayern: K. Barth, Kolb, Völk, Crämer und Feustel; aus Sachsen: Haberkorn und Männer; aus Hannover: von Bennigsen und Miquel; aus Württemberg: L. Seeger und Fetzer; aus Baden: Häusser und Bluntschli; aus Kurhessen: Nebelthau; aus Hessen-Darmstadt: Metz; aus Weimar: Fries; aus Koburg: Streit; aus Gotha: Henneberg; aus Frankfurt: Müller und G. Varentrapp; aus Hamburg: Godefroy; aus Bremen: Pfeiffer; aus Nassau: Lang und aus Holstein: Wiggers.

Die österreichische und preussische Regierung betrachteten die Erregung der Nation mit unverhohlenem Misstrauen. Am 31. December 1863 noch richteten sie an die übrigen deutschen Landesregierungen eine identische Note, worin sie das Beginnen des Abgeordnetentages als revolutionär verurteilten und erklärten, sie werden die Fortdauer eines permanenten Ausschusses als Centralausschusses für ganz Deutschland an dem Sitze des Bundestages ebenso wenig dulden, als seine Wiederwahl an einem anderen Orte von Deutschland.

Auch andere deutsche Staten, wie insbesondere Bayern und Hannover, untersagten den Vereinen ihres Landes, mit dem Sechsunddreissiger Ausschuss in Verbindung zu treten.

Aber so stark war die Bewegung in Deutschland bereits geworden, dass die Mittelstaten unter Führung von Bayern und Sachsen es wagten, die deutsche Politik selbständig am Bunde zu bestimmen und sich der Leitung von Österreich und Preussen zu entziehen.

Freilich wurden sie aus diesem Traume von Bundesherrlichkeit durch die beiden Grossmächte sehr unsanft

aufgeschreckt. Österreich warnte Bayern in seiner Note vom 10. Januar 1864, dass „das Majorisierungsrecht des Bundes seine gesetzlichen Grenzen habe, und dass der Bund diese Grenzen namentlich dann mit einiger Vorsicht werde einhalten müssen, wenn es sich darum handle, Österreich und Preussen zu überstimmen“. Als trotzdem der Bund sich weigerte, dem Antrag von Österreich und Preussen zuzustimmen, Schleswig auf Grundlage der Vorverhandlungen von 1851/52 als Pfand zu besetzen, nahmen die beiden Grossmächte die Sache ausschliesslich in ihre Hand. Preussische und österreichische Truppen rückten auf dem Marsch nach Schleswig in Holstein ein, unter dem Oberbefehl des preussischen Generals Wrangel, und die deutschen Bundestruppen sahen sich genötigt, denselben auszuweichen und sich zurückzuziehen.

Das eigenmächtige Vorgehen der beiden Grossmächte erregte in Deutschland um so heftigere Entrüstung, als der geistige Leiter dieser Politik, Freiherr von Bismarck, noch immer sich auf das Londoner Protokoll und die Verhandlungen desselben berief. Auch Österreich folgte dieser Politik nur mit halber Neigung. Es wollte Preussen nicht allein im Norden wirtschaften lassen, deshalb ging es mit. Aber trotz aller Bedenken freute man sich doch wieder der energischen That und jubelte über die Erstürmung der Düppeler Schanzen durch die Preussen (18. April). Als dann die Conferenz der europäischen Mächte zu London zusammentrat, um einen Waffenstillstand oder den Frieden mit Dänemark zu vermitteln, sah man es gerne, dass Preussen sich von dem Vertrage von 1852 nunmehr entschieden lossagte und Anträge stellte, welche das Recht der Deutschen in den Herzogtümern sichern sollten. Ja

es fing die Einsicht, dass Bismarck die Absicht habe, das nationale Verlangen einigermaassen zu befriedigen, in manchen Köpfen an aufzudämmern. Freilich traute man ihm nicht zu, dass er ebenso das Recht des Herzogs Friedrich beachten werde; indessen das war Vielen nur als ein Mittel für das nationale Ziel von Bedeutung.

Als Dänemark auch den englischen Vermittlungsvorschlag ablehnte, und die Londoner Conferenz ohne Resultat zu Ende ging (22. Juni), wurde der Kampf erneuert.

Während aller Verhandlungen unterhielten überall in Deutschland die schleswig-holsteinischen Vereine und zahlreiche Volksversammlungen die Aufregung, und der Sechsunddreissiger Ausschuss fuhr ungestört fort, die Bewegung in nationaler Richtung zu leiten. Ohne Zweifel hatte auch diese Agitation einen erheblichen Anteil an der Entwickelung, — ohne die Macht der öffentlichen Meinung wären die deutschen Grossmächte und voraus der leitende preussische Statsmann nicht so entschieden vorgegangen, — aber sie war zugleich ein Symptom des ohnehin entsetzlichen Wirrwarrs der deutschen Zustände, wo Preussen und Österreich bald misstrauisch einander entgegenwirkten, bald einträchtig gegen die deutschen Mittel- und Kleinstaten am Bunde zusammenstanden.

Endlich sah sich Dänemark genötigt, um Frieden zu bitten, und es kam im October (30.) der Friede zu Stande, ohne Beteiligung des deutschen Bundes, zwischen Dänemark einerseits und Österreich und Preussen andererseits. Dänemark trat an diese beiden Mächte sein Recht auf Holstein, Schleswig und Lauenburg ab, wogegen den Ländern die Übernahme der Kriegskosten und eines Teils der dänischen Statsschuld auferlegt wurde. Die beiden Mächte

teilten dem Bunde den Friedensvertrag mit und stellten den Antrag, die Bundesexecution nun als beendigt zu erklären (1. Dec.). Der Antrag wurde trotz des Widerspruches von Bayern, Sachsen u. a. mit 9 Stimmen angenommen.

Aber nun trat wieder die Frage in den Vordergrund, wem die von der Krone Dänemark befreiten Herzogtümer definitiv zugehören? Der Wiener Friede hatte den Entscheid darüber ausschliesslich den Deutschen vorbehalten. Unmöglich konnte der Bund dabei umgangen werden.

Österreich, welches sich anfangs schroff gegen Herzog Friedrich erklärt hatte, schien nun geneigt, die Ansprüche desselben zu begünstigen. Die Schöpfung eines neuen Mittelstates im Norden von Preussen erschien der österreichischen Politik als erwünscht. Preussen dagegen sah darin eine schwere Gefährdung seiner Sicherheit und wollte sich die Herrschaft einer neuen Dynastie nur gefallen lassen, wenn dieselbe sich entschieden an die preussische Politik anschliesse und Zugeständnisse mit Bezug auf das Heerwesen und die Marine mache, welche die politische Führung Preussens sicherten. Wenn nicht, so zog Preussen vor, sich selber die eroberten Länder anzueignen. Die Grossherzoge von Oldenburg erhoben ebenfalls dynastische Ansprüche auf das streitige Gebiet. Die deutschen Mittel- und Kleinstaten und noch mehr der nichtpreussische Teil der Nation waren den Ansprüchen des Hauses Augustenburg fortwährend zugeneigt.

In diesem Sinne sprach sich auch der Sechsunddreissiger Ausschuss aus. Er betonte nachdrücklich das Recht der Bevölkerung der Herzogtümer, sich selbst zu bestimmen. Dass Schleswig in den deutschen Bund eintrete, und die Herzogtümer sich an den Zollverein anschliessen,

betrachtete er als selbstverständlich. Einer Verständigung mit Preussen über andere Bedingungen trat er keineswegs entgegen, hielt aber an dem Rechte des Herzogs fest.

Ich merke zum Schluss noch meine Thätigkeit in der badischen Kammer an. — In der Ersten Kammer Badens fühlte ich mich bereits so sicher, dass ich es wagen durfte, die Mängel ihrer Organisation in derselben öffentlich zur Sprache zu bringen und eine Reform zu beantragen. Die Erste Kammer hatte zu jener Zeit auch bei dem Volke eine gute Meinung und eine bedeutende Autorität erworben, so dass man hoffen durfte, eine Reform, welche die Garantie für ihre Wirksamkeit erhöhte, werde auf keinen hindernden Widerspruch stossen.

Als Mängel bezeichnete ich die geringe Zahl der Mitglieder, indem in der Regel nur auf 12 bis 18 anwesende Teilnehmer gerechnet werden könne, für die Würde und für die Aufgaben eines repräsentativen Gesetzgebungskörpers zu wenige; ferner den Übelstand, dass ein Hauptbestandteil der Kammer, die acht grundherrlichen Abgeordneten, eine ständische Grundlage haben, welche seit Aufhebung der Grundherrschaft nur als Erinnerung an frühere Zustände, nicht mehr als eine reale Macht betrachtet werden könne, und dass ein anderer Hauptbestandteil, die von dem Grossherzog je auf eine Session (2 Jahre) ernannten acht Mitglieder, wegen der kurzen Amtsdauer von der Regierung abhängiger erscheinen, als es wünschbar sei; endlich hob ich das Bedürfnis einer Ergänzung durch andere geeignete Elemente hervor.

Über meine Auffassung der Ersten Kammer sprach ich mich in meiner Motion vom 27. Februar 1864 folgendermaassen aus:

„Unter den drei Factoren, welche vereint die gesetzgebende Gewalt ausüben, nimmt die Erste Kammer wesentlich eine Mittelstellung ein. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen und müssen es stets in Erinnerung behalten, dass die beiden anderen Factoren, der Fürst und die Volksvertretung, mächtiger und einflussreicher sind. In dem Fürsten ist die ganze Statsgewalt concentriert; die Zweite Kammer ruht auf den grossen Volksklassen, deren Kräfte viel grösser sind, als die, auf welche eine Erste Kammer gestützt werden kann. In keinem früheren Zeitalter sind diese beiden politischen Potenzen, Regierungsmacht und Macht der grossen Volksklassen, stärker gewesen als gegenwärtig. Sie werden nicht bloss durch die reale Macht, sondern ebenso durch die Ideen unserer Zeit unterstützt. Im Mittelalter konnte von einer herrschenden Stellung der Aristokratie gesprochen werden. Gegenwärtig ist das unmöglich.

„Die Erste Kammer kann sich nicht auf die Regierungsgewalt und ebenso wenig auf das unmittelbare Vertrauen der grossen Volksklassen stützen, da sie nicht von diesen gewählt wird. Die Grundlage ihrer Stellung besteht immer auf individueller Auszeichnung, auf körperschaftlichen Interessen, auf hervorragenden Klassen, mit Einem Worte auf Minderheiten, die um ihrer Vorzüge willen und wegen der höheren Interessen, welche sie vertreten, einer Berücksichtigung auch bei der Gesetzgebung würdig sind. Es ist daher eine ihrer wichtigsten, wenngleich nicht immer populären Aufgaben, die Interessen der höheren und Culturbedürfnisse, die dem allgemeinen Verständnisse weniger nahe liegen, und das Recht der Minderheit zu wahren. Um so nötiger aber ist es, ihre Stellung

so zu stärken, dass sie diese Aufgabe erfüllen kann, soweit dieses im Interesse des ganzen Volkes liegt.

„Ich halte die Existenz einer Ersten Kammer für eine Grundbedingung des constitutionellen States. Ein Mittelglied zwischen Fürst und Zweiter Kammer ist für beide und für die friedliche Entwickelung des ganzen States unentbehrlich. Es wäre ein Unglück, wenn dieselbe durch irgend eine leidenschaftliche Strömung beseitigt werden sollte. Will man aber einem solchen Unglück zuvorkommen, so muss man dafür sorgen, dass die Erste Kammer in den realen Verhältnissen der gesellschaftlichen Zustände tiefe und starke Wurzeln habe.

„Meines Erachtens darf die Erste Kammer nicht als ein Hemmschuh aufgefasst werden, um eine allzu rasche Bewegung etwa der Zweiten Kammer zu behindern. Wohl soll sie ermässigen und vermittelnd wirken, aber auch nach Umständen ergänzend, berichtigend und fördernd. Ich bin auch nicht der Ansicht, dass die Bedeutung der Ersten Kammer eine ausschliesslich conservative sei. Es ist möglich und nicht verfassungswidrig, dass die Regierung liberaler ist als die Zweite Kammer, und ebenso kann es vorkommen, dass die Zweite Kammer conservativer ist, als die Erste Kammer. Die politische Richtung der Ersten Kammer ist also nicht notwendig liberal oder conservativ. Wohl aber hat dieselbe richtig verstanden insofern eine aristokratische Bedeutung, als sie die höheren Elemente und Interessen der Gesellschaft repräsentiert.“

Die Hauptänderungen, welche meine Motion vorschlug, waren: a) Zulassung von Stellvertretern der Standesherren, aus Mitgliedern einer standesherrlichen Familie. Es war das ein Zugeständnis, welches an privatrechtliche

Verhältnisse erinnerte und eine Ausnahme von der Regel des öffentlichen Rechtes bildete; aber dasselbe konnte damit begründet werden, dass die standesherrliche Beteiligung überhaupt noch eine Erinnerung an mittelalterliche Zustände war, und die Standesherren oft gleichzeitig Mitglieder mehrerer Erster Kammern in deutschen Ländern waren und doch nur an Einem Orte ihre Rechte persönlich ausüben konnten.

b) Auch für den katholischen Landesbischof und den protestantischen Prälaten wurde in Verhinderungsfällen eine Stellvertretung angeordnet.

c) Die Vertretung der Grundherren sollte in eine Vertretung des grossen Grundbesitzes umgewandelt werden. Damit war eine verständliche und an sich bedeutende Grundlage gewonnen, im Gegensatz zu der antiquierten und in manchen Fällen nur fictiven der angeblichen Grundherrlichkeit. Die bedeutenden Elemente der bisherigen Grundherren blieben in der neuen Gestalt noch an der Spitze, wenngleich sie einige Ergänzung aus nichtgrundherrlichen Landbesitzern und damit eine Auffrischung erhielten. Als Bedingung des Stimmrechtes für diese Abgeordneten nahm ich ein Grundsteuercapital von mindestens 50,000 Gulden an, welches seit mindestens fünf Jahren derselben Familie gehörte.

d) Eine Vertretung der grossen Industrie und des grossen Capitalvermögens sollte hinzukommen und durch sechs neue Abgeordnete bewerkstelligt werden, welche in zwei Wahlversammlungen von denjenigen Industriellen und Capitalisten gewählt werden, welche wenigstens 100,000 Gulden Gewerbe- oder bewegliches Capital seit 5 Jahren versteuern.

e) Ausser den beiden Landesuniversitäten sollte auch die polytechnische Schule in Karlsruhe einen Vertreter auf vier Jahre wählen.

f) Die Städte mit mehr als 20,000 Einwohnern sollten ebenfalls einen Vertreter senden, gewählt von dem Stadtrat und Bürgerausschuss.

g) Die von dem Grossherzog ernannten Mitglieder sollen auf 8 Jahre ernannt und je zur Hälfte alle 4 Jahre erneuert werden.

Endlich schlug ich vor: „Wenn eine dauernde Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Kammern über einen Gesetzesentwurf entsteht, welche das Zustandekommen des Gesetzes verhindert, so treten vereinigte Ausschüsse beider Kammern in gleicher Zahl zusammen, um eine Vereinbarung zu versuchen. Der Mehrheitsantrag dieser vereinigten Ausschüsse wird beiden Kammern zu einfacher Annahme oder Verwerfung vorgelegt und die Stimmen werden durchgezählt. Ergibt sich nun eine Mehrheit, so gilt dieselbe als Meinung beider Kammern."

Unter dem Vorsitze des Prinzen Wilhelm von Baden wurde die Reformfrage in mehreren Sitzungen vom 4. bis 7. Juni behandelt. Der von Hofrat Schmidt verfasste Bericht der Commission sprach sich durchweg günstig für die Reform aus. Auch in der Kammer fand dieselbe kräftige Unterstützung, insbesondere auch durch den geistreichen und tapferen Grafen Berlichingen, der eine vermehrte Vertretung der Grossgrundbesitzer und eine Begünstigung des ritterschaftlichen Stammguts- und Lehensbesitzes verlangte, durch den Berichterstatter Schmidt, den Fürsten von Löwenstein-Wertheim und den Ministerialrat Dr. Jolly. Geheimerat Mohl hatte zwar Bedenken gegen die

Idee einer Classenvertretung und gegen eine Berücksichtigung der grösseren Städte, liess dieselben aber schliesslich fallen oder wurde überstimmt. Dagegen gelang es ihm, den Schlussartikel der vereinigten Kammerausschüsse zu Falle zu bringen. Der Präsident Prinz Wilhelm war ebenfalls für die Reform gewonnen. Die Regierung widersprach nicht, aber verpflichtete sich noch nicht, ohne vorher auch die Zweite Kammer gehört zu haben, dieselbe durchzuführen.

Dem Wesen nach wurden die Reformanträge — mit geringen Abänderungen meiner Motion — schliesslich einstimmig als Adresse an den Grossherzog angenommen.

Ich war über diesen Erfolg so erfreut, dass ich in mein Tagebuch schrieb:

„Das Wunder ist geschehen. Eine aristokratische Körperschaft reformiert sich selbst, ohne alle Nötigung von Aussen. Ist das auch schon dagewesen in der Geschichte?"

6.

Gesetz über die Volksschule. Referat in Durlach über die Haltung der protestantischen Kirche. Anregung zur Bildung des deutschen Protestantenvereins in Durlach. Versammlung der Reformfreunde in Frankfurt. Verhandlung in Gotha mit der preussischen Unionspartei. Stiftung des Protestantenvereins. Schenkel's Leben Jesu. Proteste dagegen. Kampf für wissenschaftliche Freiheit. Meine Vorträge in Karlsruhe über die Geschichte der Bekenntnisfreiheit. Geschichte des allgemeinen Statsrechts und der Politik.

In die geistig bewegte, in liberaler Richtung aufstrebende Zeit, die mir in hohem Grade sympathisch war,

fallen auch einige Culturbestrebungen und litterarische Arbeiten, welche in dieser Biographie erwähnt werden müssen.

Wir hatten von Heidelberg aus eine Versammlung von protestantischen Geistlichen und Laien veranstaltet, welche eine freie mit der heutigen Cultur harmonische Entwickelung der Kirche anstrebten. In dieser zahlreich besuchten „evangelischen Conferenz" zu Durlach vom 3. August hatte ich das Referat über das Verhältnis der Kirche zur Schule übernommen.

Es lag damals der Entwurf eines neuen Schulgesetzes auf der Grundlage des Kirchengesetzes von 1860 vor, welcher hauptsächlich von dem Oberschuldirector Knies, früher Professor der Nationalökonomie in Freiburg, bearbeitet war und in manchen, insbesondere kirchlich enggesinnten Kreisen auf Widerspruch stiess, dagegen den Beifall der liberalen Partei fand.

Mein Bericht und unsere Anträge waren dieser Schulreform günstig. Eine von der Geistlichkeit beherrschte Volksschule war nach dem Verfassungsgesetze von 1860 nicht mehr möglich. Die Volksschule war entschieden Statsanstalt geworden. Nur mit Bezug auf den Religionsunterricht, der auch in der neuen Vorlage als ein obligatorischer Unterrichtszweig der Volksschule anerkannt blieb, war eine Aufsicht und Einwirkung der Kirche zugestanden. Wir erklärten uns bestimmt für diese Anordnung und gegen eine Einrichtung, welche die Religion ganz aus der Volksschule verwies und die Gefahr herbeirief, dass dann den religionslosen Statsschulen religionsübereifrige Kirchenschulen entgegengesetzt werden, und unter den Kindern schon ein heftiger Zwiespalt verursacht werde. Damit, dass der Ortspfarrer oder die verschiedenen Ortspfarrer in dem Orts-

schulrate von Amtswegen Sitz und Stimme erhalten, aber keineswegs einen Rechtsanspruch auf den Vorsitz bekommen, waren wir einverstanden und die Versammlung stimmte zu.

Gemischte Schulen im Gegensatze zu reinen Confessionsschulen hielten wir für eine notwendige Folge der grundgesetzlichen Reform und auch deshalb für zweckmässig, weil die confessionelle Schule nicht mehr zu dem interconfessionell gewordenen Stats- und Gemeindeleben passe und eine völlige Scheidung der Volksjugend nach Confessionen für das Gemeinschaftsleben in der Gemeinde und im Stat schädlich sei.

Dagegen verlangte die Conferenz, dass der Religionsunterricht mit drei, statt bloss mit zwei Stunden berücksichtigt werde.

Vorzugsweise die katholische Geistlichkeit war mit der Schulreform unzufrieden und bekämpfte dieselbe mit solcher Leidenschaft, dass den katholischen Pfarrern untersagt wurde, in den Ortsschulrat einzutreten. Sie musste erst erfahren, dass diese negative Haltung ihren Einfluss auf das Schulwesen vollends entkräfte, bis sie sich endlich entschloss, sich der gesetzlichen Ordnung zu fügen.

Auf derselben Durlacher Versammlung kam auch zum ersten Mal die Stiftung eines deutschen Protestantenvereins zur Sprache. Die katholischen Kirchen in Deutschland waren durch ihren universellen von Rom aus geleiteten Organismus verbunden, und die ultramontane durch den Jesuitenorden, mit dem auch der Papst Pius IX. sich schliesslich eng verbündet hatte, eifrig geschürte Reaction war in sichtbarem Wachstume begriffen. Die protestantischen Landeskirchen aber hatten seit der Auflösung des

alten Corpus evangelicorum jede gemeinsame Organisation eingebüsst. Die sogen. Eisenacher evangelische „Kirchenconferenz“ war nur ein loser Verband der Oberkirchenräte und Consistorien und nicht geeignet, das protestantische freiere Bewusstsein zu vertreten. In derselben war ein lichtscheuer, veraltete Dogmen als Gesetz verehrender und eine engherzige und kurzsichtige Gesinnung für allein berechtigt erklärender Geist herrschend geworden. Auch die freie Vereinigung des sogenannten „Kirchentages“, in dem die orthodoxen lutherischen Pastoren den Ton angaben, konnte dem protestantischen Bewusstsein nicht genügen.

In Baden hatte die Landeskirche eine Synodalverfassung errungen, das Recht der Gemeinden anerkannt, der freien Forschung auch in der Theologie Raum verschafft und so eine innerliche Reform vollzogen, welcher die Kirchenconferenz misstrauisch und feindlich gegenüberstand. Das Bedürfnis, den errungenen Fortschritt der badischen Kirche zu sichern und sich mit den verwandten Elementen in Deutschland zu verbinden, wurde lebhaft empfunden.

Professor Schenkel in Heidelberg hatte es übernommen, als Berichterstatter den Plan eines deutschen Protestantentages darzulegen, welcher das Gemeindeprincip als Grundlage der protestantischen Kirchenverfassung zur Geltung bringe und auf eine deutsche Nationalkirche als letztes Ziel hinarbeite. Der Gedanke wurde einstimmig gutgeheissen.

Noch in demselben Jahre 1863, am 30. September, wurde in Frankfurt am Main eine Versammlung abgehalten, welcher Geistliche und weltliche Protestanten aus verschiedenen Landeskirchen beiwohnten. Dieselbe entwarf

ein Statut für einen deutschen Protestantenverein, erwählte einen engeren Ausschuss, um den Verein zu organisieren, und ordnete die Berufung eines allgemeinen deutschen Protestantentags an.

Ich nahm an diesen Verhandlungen als Vorsitzender der Versammlung und des Ausschusses Anteil. Es kam zunächst darauf an, mit dem preussischen Unionsverein, der vorzüglich von Dr. Krause geleitet wurde, sich zu verständigen. Am 4. October 1864 kam dieses Einverständnis zu Gotha zu Stande in dem Hause des Vorstandes der Gothaer Landeskirche, Dr. Schwarz. Von Berlin hatten Dr. Krause und Dr. Fischer, von Heidelberg Bluntschli, Rothe und Zittel an der Verhandlung teilgenommen.

In den leitenden Ausschüssen fanden sich damals Männer von verschiedenen Fractionen, aber sämtlich Freunde der protestantischen Freiheit und Gewissenhaftigkeit zusammen. Ich nenne die beiden Vertreter des positiven Glaubens, Baumgarten aus Rostock und Ewald aus Göttingen, den Schüler Schleiermacher's Dr. Krause aus Berlin, welcher den Verein vor jeder demokratischen Ausschreitung zurückzuhalten bemüht war, den idealistischen und innigen Rothe, den für die Vereinssache überaus thätigen Schenkel und den geistreichen und gelehrten Professor Holtzmann, sämtlich von Heidelberg, den Superintendenten Meyer in Koburg, die Geistlichen Schiffmann von Stettin, Schellenberg von Mannheim, Zittel von Heidelberg, Rosenhagen in Dresden, Steinacker in Buttelstädt, die Weltlichen Professor von Holtzendorff in Berlin, Exter in der Rheinpfalz.

Eher störend als förderlich wirkte auf die Ausbreitung

und die Autorität des neuen Vereines das damals erschienene Buch von Schenkel: „Das Charakterbild Jesu". Vorzüglich unter einem Teile der protestantischen Pfarrgeistlichkeit erregte dasselbe heftige Entrüstung. Eine Anzahl badischer Pfarrer, denen sich dann auch ausser Baden viele anschlossen, erliess einen öffentlichen Protest gegen das Werk, welches nach ihrer Meinung die göttlichen Heilswahrheiten verleugne und entstelle und den kirchlichen Glauben erschüttere. Sie verlangten geradezu die Absetzung des Verfassers als Professors der Theologie und Vorstandes des Predigerseminars. Auch an dem badischen Hofe war man sehr verstimmt.

Mich erinnerte dieser Sturm einigermaassen an die früher in Zürich erlebte kirchliche Bewegung gegen David Strauss. Indessen lag die Sache doch anders. Das Buch von Schenkel war freilich, indem es den geschichtlichen Jesus menschlich schilderte, wohl im Widerspruch mit dem herkömmlichen Dogma, aber durchaus nicht ein Angriff auf das Christentum, sondern hatte eher die Absicht, die Leser, denen es ein fassbares, von mythischen Beigaben gereinigtes, einer kritischen Beleuchtung der Quellen entnommenes Bild vor die Augen stellte, mit dem Stifter der christlichen Religion vertrauter zu machen und für denselben einzunehmen. Wie Viele sich ein Bild von Gott zu machen suchen, indem sie ihr eigenes Ideal verherrlichen, so hatte der Schenkel'sche Jesus auch die Charakterzüge eines grossen und vollkommenen Reformers und Agitators an sich.

Mich, der ich durch die Rohmer'sche Psychologie eine weit höhere und trotzdem menschliche Vorstellung von Christus gewonnen hatte und dem das bedeutendere

Buch von Theodor Rohmer bekannt war, konnte natürlich das „Charakterbild“ Schenkel's nicht befriedigen; aber ich erkannte das Recht desselben an, seine wissenschaftliche Überzeugung auszusprechen, und missbilligte entschieden die Verfolgungssucht der Zeloten. Die akademische Lehrfreiheit durfte ihr nicht gebunden überliefert werden.

Aus einem Briefe an meine Frau vom 14. Juni 1864. „Mit Rothe habe ich heute im Eisenbahnwagen ein Gespräch gehabt, in dem ich ihm die Lehre von Individuum und Rasse zu erklären suchte, von der er noch nichts wusste. Er ahnte, dass Christus von da aus eine Erklärung seines einzigen Wesens finde, welche seiner religiösen Auffassung viel näher ist, als die kritisch-historische in dem Schenkel'schen Buche. Aber er hat seinen Frieden ohnedem und bedarf daher ihrer nicht. Seine liebenswürdige Verbindung eines kindlich frommen Glaubens und einer zuversichtlichen Geistesfreiheit machte mir immer einen wohlthätigen Eindruck.“

Für den Protestantenverein war die Gefahr gross, dass man ihn mit Schenkel, der denselben zuerst beantragt hatte und ein eifriger Führer desselben war, identificiere. Diesen Irrtum suchten auch die Heidelberger zu vermeiden, wohl bewusst, dass selbst unter ihnen, mehr aber noch in Norddeutschland sehr verschiedene Meinungen vertreten seien. Allerdings standen sie in Baden entschieden für die Berechtigung ein sowohl der wissenschaftlichen Lehrfreiheit, als einer Betrachtungsweise von Christus, wie sie dem Schenkel'schen Buche zu Grunde lag, innerhalb der protestantischen Kirche. Der Antrag auf kirchliche Bannung Schenkel's wurde denn auch von dem Oberkirchenrate am 17. Aug. 1864 abgelehnt, und so der Verfolgung eine Schranke gezogen.

Während dieser gährenden Zeit hielt ich in Karlsruhe zwei Vorträge (am 12. und 19. December 1863) vor einem gemischten Publicum über Bekenntniszwang und Bekenntnisfreiheit, welche später unter dem Titel: Geschichte des Rechtes der religiösen Bekenntnisfreiheit gedruckt wurden.[1]) Dem zweiten Vortrage wohnten auch die Grossherzogin von Baden und der Kronprinz von Preussen mit seiner Gemahlin bei. Die Kronprinzessin erzählte mir nachher, der Papst habe das Buch von Rénan in seinem Zimmer im Vatikan verbrannt. Der alte Professor Eisenlohr, welcher diese Vorträge veranstaltet hatte, umarmte und küsste mich nach dem Schlusse vor Vergnügen, und doch hatte ich nur bekannte Thatsachen und schlichte Wahrheiten, ohne allen Schmuck der Rede, gemeinverständlich ausgesprochen.

Ob diese Vorträge zu der Abweisung des Angriffs auf Schenkel beigetragen haben, mag zweifelhaft bleiben. Aber dass sie die Hitze der Verfolgung auch in entscheidenden Karlsruher Kreisen abkühlten und den glücklichen Ausgang des widrigen Handels förderten, ist klar.

Für die neuere Geschichte der deutschen Wissenschaften, welche im Auftrage des Königs Maximilian II. von Bayern verfasst werden sollte, hatte ich die Geschichte des Allgemeinen Statsrechts und der Politik übernommen. Meine Arbeit sollte die Reihenfolge ähnlicher Werke beginnen. Ich beendigte dieselbe am 10. Februar 1864. Ich nahm auf die Werke der alten Hellenen und Römer keine Rücksicht, ebensowenig auf die Werke des Mittelalters, sondern begann mit Machiavelli.

[1]) Vergl. Gesammelte Kleine Schriften von J. C. Bluntschli. I. Band. Nördlingen, Beck, 1879. S. 101 ff.

Indem ich von da an die Entwickelung der neueren Statswissenschaft in grossen Zügen darstellte, brachte ich die verschiedenen Richtungen und Wandlungen der Wissenschaft in Zusammenhang mit dem Gange der weltgeschichtlichen Ereignisse und mit dem Kampfe der Parteien. Es kam mir darauf an, die einzelnen Autoren getreu zu charakterisieren, und die Wechselwirkung ihrer Ideen und der Zeitentwickelung darzustellen. Die Arbeiten der Deutschen beachtete ich, nach der Anlage des Gesamtwerkes, vorzüglich, aber weder ausschliesslich noch schmeichlerisch, sondern gerecht und frei nach meinem Wahlspruch.

Das Buch erlebte bald eine zweite Auflage.

7.

Italienische Reise.

Im Frühjahr 1864 war es mir endlich vergönnt, einen längst gehegten Wunsch zu erfüllen und Italien zu bereisen. Ich hatte vorher nur Venedig gesehen. Diesmal reiste ich in Gesellschaft von Professor Eisenlohr aus Karlsruhe, dem Physiker, über Genf, Lyon und Marseille nach der Genuesischen Küste. Aus den damaligen Briefen und der Erinnerung merke ich Einiges an über meine Erlebnisse und über die Eindrücke, die ich empfing.

Valence, 18. März. „Mich vergnügt es, den Spuren des Frühlings nachzugehen. Als wir Karlsruhe verliessen, war noch Alles wintergrau, kaum hier und dort ein grüner Grasfleck zu sehen. Von Emmendingen an in dem schönen Markgrafenlande zeigten sich einzelne Wiesen und Saatfelder in jungem grünem Schmuck. In Basel gab es ganze

Rasenplätze, die frisch bewachsen waren. Die Bäume und die Sträucher aber hatten noch nirgends Laub. Nur die schwellenden Knospen deuteten auf baldigen Aufsprung. In der Schweiz traf ich's nicht anders. Am Genfersee waren die Rasenplätze noch nicht so weit vorgerückt, als in Basel. Den ersten im Freien blühenden Obstbaum, einen Mandelbaum, sahen wir in Vienne, einer keck am Felsen und auf lieblichen Höhen angebauten, verkommenen Stadt. Auf dem schönen Hofe (belle cour) zu Lyon hielten Verkäuferinnen eine Menge blühender Pflanzen feil, und ich kaufte mir den ersten Veilchenstrauss."

In der Gegend von Avignon sahen wir zum ersten Male Olivenbäume. Die grauen Ölbäume haben etwas Düsteres, Melancholisches. Die Provence ist wohl bebaut, und das Rhônethal überaus reizend. Ich hatte mir dasselbe nicht so wild-milde vorgestellt. Oft wechseln nackte Felsen mit üppigen und reichen Geländen, und die grüne Ebene wird von blauen Gebirgszügen eingerahmt. Die Geister wurden hier früher geweckt, als in unserem Norden, aber wieder von der alten Autorität unterdrückt. Hier erhoben sich die denkenden Albigenser und wurden von Innocenz III. als Ketzer mit Feuer und Schwert vernichtet. Als im sechszehnten Jahrhundert die Reformierten hier wiederum feste Sitze zu gründen versuchten, kam die katholische Liga über sie und rottete die Reform aus. Im XVII. und XVIII. Jahrhundert erneuerte sich in den Cevennen der alte Kampf wider den Geistesdruck der römischen Hierarchie, und wiederum siegte die brutale Gewalt, welche Ludwig XIV. der Pfaffheit dienstbar machte.

„Es fällt dem deutschen Reisenden in Frankreich sehr auf, dass überall eine starke Hand die Ordnung schützt.

Die Verwaltung der Eisenbahnen ist geregelter, als bei uns, und strenger, aber zugleich höflicher. Der Geist der Ordnung bedeutet nicht launischen Druck, sondern Dienstleistung für Jedermann. In Marseille erfüllten mich die ungeheuren Werke Napoleon's mit Achtung vor dem Kaiser. Der neue Seehafen und die Rue Impériale sind colossale Unternehmungen. Napoleon hat hier der Arbeit grosse Aufgaben gezeigt und dieselbe in fruchtbare Bewegung gesetzt. Das sollten unsere Fürsten und Minister von ihm lernen. Wenn man die Eisenbahn an der Meeresküste, die fast überall durch Felsbrüche oder Tunnels oder auf Dämmen sich mühsam durcharbeitet, mit unseren deutschen Eisenbahnen in der Ebene vergleicht, so sieht man, mit wie viel grösseren Schwierigkeiten dort die Menschen zu ringen gewöhnt sind, und begreift es, dass sie trotz der schlechten Schulen ihren Verstand geübt und entwickelt haben.

„In Toulon sind wir in einem Boote ein wenig hinausgefahren in die See; eine anmutige Fahrt, obwohl wir zuweilen von dem Schaum der Wogen tüchtig bespritzt worden sind. Die Kriegsmarine in Toulon macht aber einen viel ernsteren Eindruck, als die geschäftige Handelsmarine in Marseille. Mit dieser können wir Deutsche wohl die Concurrenz aushalten, aber der Anblick jener ist beschämend für uns. So lange wir keine Einheit haben, wird bei uns nichts rechtes werden. In Toulon besuchten wir das Kriegsschiff Agesilas mit 130 Kanonen und 900 Mann. Es war zur Abfahrt gerüstet. Auch das Linienschiff, welches den Erzherzog Maximilian in sein neues Kaiserreich Mexico bringen soll, lag in der Rhede von Toulon.

„Seit Avignon ist der Frühling in voller Blüte zu

schauen. Die Vegetation wie die Lage von Nizza ist prachtvoll. Schon blühen einige Rosen. Die Cypressen erreichen hier die Höhe unserer Tannenbäume. Oleanderbäume, Aloen, Agaven und Palmenbäume im Freien geben der Pflanzenwelt ein für uns fremdes Aussehen. Ich sah grosse Pfefferbäume und eine prächtige Dattelpalme, die von Dattelbüscheln als von Trauben voll hing. Die Ölbäume, die in der Provence noch klein und unansehnlich waren, sind an dieser Meeresküste so gross und breit, wie unsere Apfel- und Birnbäume. Man sieht ganze Wälder von Ölbäumen; dagegen leider, selbst an den Bergen und auf den Höhen, nur sehr spärlich Wälder von wildem Holz. Die kahlen ausgeholzten Berge sind eine schwere Verschuldung der Menschen, welche die von der Natur so gesegnete Gegend des Rhônethales entstellt und krank gemacht hat. Die Folge dieser Ausreutung der Wälder ist ein schroffer Wechsel zwischen Dürre und Überschwemmung. Das Erdreich kann das Regenwasser nicht festhalten; es fliesst sofort ab und reisst immer wieder die fruchtbare Erdkruste weg. Weite Strecken sind von Steingerölle aus den Bergen überdeckt und zur Wüste gemacht. Die Zerstörung war in kurzer Zeit vollbracht, die Wiederbewaldung wird, wenn überhaupt möglich, die Anstrengung von vielen Menschenaltern erfordern. Man sollte einen Orden stiften, der sich dieser Aufgabe widmet."

Die Reise von Nizza nach Genua war schön, aber beschwerlich. 25 Stunden in einer französischen Diligence zu fahren, ist nicht sehr angenehm. Den Tag über sassen wir oben auf der Banquette, bei Nacht sehr enge in dem Coupé. Aber die Aussicht war, so oft der Regen nachliess und die Schleier fielen, überaus reizend. Die Küste

wird durch vorspringende, zum Teil hohe Berge gebildet, deren Abhänge und deren Thäler durch eine südliche Vegetation geschmückt sind. Ölbäume und Feigenbäume steigen weit hinauf auf die Höhe. Aber höher hinauf werden die Berge rauh, kahl und wild, zu ernster Öde. In der Tiefe aber, öfter angelehnt an die Vorsprünge des Gebirgs, zeigen sich kleine Städte und Burgen. Dann breitet sich das Meer aus und bespült mit schäumenden Wogen die Küste. Es gab eine Zeit, in der räuberische Saracenen das Leben hier unsicher machten. Man sieht hier und dort einen verfallenen Wachtturm und Befestigungen, die zur Zuflucht der Bewohner dienten. Diese Erinnerung an das Mittelalter ist heute nur ein romantischer Schmuck der Landschaft. Damals warnten und sicherten diese Bauten vor grossen Gefahren. Moderner sind die zahlreichen Villen an der Küste, obwohl auch hier manche englische Villa in mittelalterlichem Stile mit Mauern und Türmen eine heute sinnlose Komödie spielt.

In Genua hielten wir uns nur einen Tag auf, erfreuten uns des Anblicks der amphitheatralisch um den Golf her an die Berge aufsteigenden Stadt und ihres belebten Hafens, und fuhren dann in der nächsten Nacht mit dem Dampfboote nach Livorno.

In Florenz trafen wir mit meinem Sohne Fritz zusammen, der mich nun auf der weiteren Reise begleitete. Da wir in der Charwoche hier anlangten, und um Ostern die Sammlungen geschlossen blieben, so entschlossen wir uns rasch, nach Neapel zu fahren und erst auf dem Rückwege Florenz, das mich bei dem ersten Anblicke entzückte, näher zu betrachten.

Es war ein grosses Loos, Grossherzog von Toscana zu

sein und im Palazzo Pitti zu wohnen. Hätten die Herren mehr Vaterlandsliebe als Fürstendünkel gehabt, so sässen sie noch darin, wenn auch vielleicht als Statthalter des Königs von Italien. Nun ist's für immer vorbei.

Wir hatten eine prächtige Seefahrt von Mittag bis zum nächstfolgenden Mittag. Das Meer war nur wenig bewegt von einem uns günstigen Nordwinde, der Himmel blau. Die Sonne am Tage und der Mond und die Sterne bei Nacht leuchteten in vollem Glanze. Man wird auf dieser Fahrt oft an Napoleon I. erinnert. Man sieht die Insel Elba in der Nähe, und in der Ferne taucht Corsica aus dem Meere auf. Elba erschien mir viel grösser, als ich erwartet hatte; für den vormaligen Herrn von Europa freilich war dieselbe zu klein. Der verwundete Adler konnte sich in dem anmutigen Garten nicht mehr wohl fühlen.

Über alle Beschreibung prächtig war die Einfahrt in den Golf von Neapel zwischen dem Vorgebirge Mycene, wo einst Cicero sich der herrlichen Natur erfreut hat, und der Insel Procida mit ihrer burgähnlichen Häusergruppe, an der lieblichen Insel Ischia vorüber, vor uns das andere südliche Horn des Golfes mit der scharf geschnittenen Insel Capri und dem hohen, von einer Wolke bedeckten Vesuv. Allmälich kamen die befestigten Inselchen in Sicht, besonders das Fort Nicera, und in der Höhe über dem Königspalast drohen die Geschütze von St. Elmo. Endlich die ungeheure Uferstadt im mächtigen Bogen eines riesigen von der Natur selbst gebauten Amphitheaters.

Sogar mit der Zudringlichkeit und der Prellerei der Bootsleute und Facchini ging es uns in Neapel besser als in Livorno. Wir hatten dort einen jähen und heftigen Kampf mit den Bootsleuten zu bestehen und unterlagen

vollständig, obwohl wir das urkundliche Recht und sogar den Ausspruch der Polizeibeamten für uns hatten. Wir mussten schliesslich doch die Herausgabe unseres Gepäckes an Bord des Dampfschiffes (Christoforo Colombo) mit Bezahlung einer um 50% erhöhten Tarifgebühr erkaufen. Der Schiffscapitän that nichts, um seine Passagiere zu schützen. Meine Gefährten führten „den Kampf um's Recht". Ich hielt mich passiv. Aber ich überzeugte mich, dass es unmöglich sei, ohne ein kleines Opfer loszukommen, und war dazu geneigt. Deutsche nehmen diese Dinge zu ernst und zu pedantisch. Mit Humor, einiger Sicherheit im Handeln und Geben lässt sich's leidlich zu Ende kommen. Trotz aller Gier, etwas über ihre legitime Forderung hinaus zu gewinnen, sind die Kerle gutmütig und geben sich oft mit einer Kleinigkeit zufrieden. Sie würden sich aber für entehrt halten, wenn sie nur das bekämen, was ihnen von Rechtswegen zukommt. In manchen Fällen ist der Droschkenkutscher schon mit einer angebrannten Cigarre zufrieden, die er ruhig von dem Herrn annimmt und in den Mund steckt.

Am Ostersonntag besuchten wir einige Kirchen von Neapel und fuhren dann nach Pozzuoli. Die Stadt ist nicht schön, aber die Leute sind malerisch interessant. Wir wandten uns, von einem Führer geleitet, zum Serapistempel, der auch darum merkwürdig ist, weil er die grossen Veränderungen ersehen lässt, welche jene ganze Gegend im Laufe der Zeiten erfahren hat. Ursprünglich war der Tempel natürlich auf trockenem Lande; aber jetzt werden die Füsse der noch stehenden Tempelsäulen vom Meerwasser umflossen. In der Zwischenzeit waren die Säulen bis über Manneshöhe im Meeresufer gebadet, und eine

Menge von Muschelthieren, die nur im Meere leben, hatten sich daran angebaut. Wenn man erwägt, dass jenseits der Bucht der Monte nuovo, ein ganz ansehnlicher Berg, im XVI. Jahrhundert aus der Tiefe emporgehoben worden ist, so befremdet diese Hebung und Senkung des Tempelbodens nicht sehr.

Sehr bedeutend ist das Amphitheater in Pozzuoli, das vom Kaiser Caligula gebaut worden ist. 30,000 Zuschauer konnten da rings umher Platz nehmen. Aus den unterirdischen Gewölben wurden die wilden Tiere mit einer Maschine auf die Arena gehoben und auf die Menschen gehetzt, die hier um ihr Leben mit den Bestien kämpfen mussten. An diesem scheusslichen Schauspiele weideten sich die vornehmen und die gemeinen Römer und liessen ihre erschlafften Nerven durch diese fürchterlichen Kämpfe aufregen. Man begreift es, dass die Germanen zu wilder Wut und zu tötlichem Hasse gegen die Römer gereizt wurden, wenn sie hörten, dass ihre stolzen Krieger und Brüder als Gefangene dazu verwendet wurden, den wollüstigen Blutdurst ihrer Feinde zu stillen. Wenn auch nicht die Völkerwanderung, wie ein Freund meinte, so erklärt sich doch ein Teil der wilden Zerstörung der römischen Städte durch die Barbaren daraus, dass diese sich rächen wollten an der unmenschlichen Civilisation der Römer.

Eine Flasche Falerner mit Austern schmeckte vorzüglich. Die Kneipe lag am Meere; dunkler Eingang, hoher getünchter Saal, eine echt italienische Landkneipe. Die Wirtin eine Frau mit scharfem schönen Profil, wie eine Juno.

Abends im Theater San Carlo, dem grössten Theater,

das ich bisher gesehen. Auch die Pariser und Wiener fassen nicht so viel Menschen. Aber das Stück Rigoletto von Verdi gefiel mir nicht, obwohl Einzelnes gut gesungen wurde. Wir wohnten im Hotel de Russie, wo fast nur Engländer zu sehen sind.

Neapel, 30. März. „Das war ein Heidenwetter über Ostern, immer Wind, Regen, Kälte. Gestern hatten wir hier um Mittag nur 10° Wärme; und das soll ein neapolitanischer Frühling sein! Indessen so kann es nicht lange bleiben. Der Kampf in der Luft, der sich zuweilen in Blitz und Donner entladet, wird bald durchgerungen sein. Es ist heute doch schon besser, als gestern und war gestern besser, als am Ostersonntag. Wir möchten nach Pompeji.

„In dem Museum (früher Borbonico, jetzt nationale) haben wir uns gestern zum ersten Mal umgesehen. Der obere Teil, die Gemäldesammlung, bedarf noch der Sichtung. Es ist auch viel Unbedeutendes neben sehr Schönem da. Aber unten in den Marmor- und Broncesälen, wo auch die pompejanischen Fresken zu sehen sind, ist ein Reichtum von antiker Schönheit angesammelt, der alle Erwartung übertrifft."

31. März. „Als wir gestern nach Pompeji fuhren, war das Wetter gut, der Anblick der brandenden Wogen bei Portici, der Vorstadt von Neapel, und der Blick nach der Insel Capri köstlich. Aber während wir durch die Todtenstadt wanderten, kamen die Regengüsse wieder, und auf den nahen Bergen, am Vesuv und bei Castellamare schneite es bis tief hinab. Trotz unserer Überzieher froren wir.

„Die Abbildungen von Pompeji helfen nicht viel. Man muss die Stadt sehen und in den engen Gassen mit den

hohen Trottoirs und den ausgefahrenen Fahrgeleisen in der Mitte mit ihrem kyklopischen Pflaster herumgehen, um den rechten Eindruck zu bekommen. Man wird etwa drei Stunden lang herumgeführt und betritt dann bald dieses, bald jenes Haus oder geht über das Forum in einen Tempel, dann besucht man ein Theater und sieht sich in dem weiten Amphitheater um. Die Stadt war nicht so unbedeutend und klein, wie sie oft von den Gelehrten geschildert worden ist. Ich denke, sie hatte etwa den Umfang von Zürich, und da sie am Meere lag und an dem Golf von Neapel, wo einst die vornehme Römerwelt ihre heitersten Lebensgenüsse aufsuchte, so war sie jedenfalls reicher geschmückt, als eine blosse Landstadt. Auch die einzelnen Häuser sind nicht so klein, als wir nach den Beschreibungen vermutet hatten. Das antike vollständige Römerhaus nimmt einen grossen Raum ein, weil im Innern die Anlage für Garten, Hof, Spaziergänge sich ausstreckt, und um diese Mitte her die ein- und zweistöckigen Wohn- und Schlafzimmer gelagert sind. Sicher sind noch heute manche Motive dieser köstlichen Gliederung zu benutzen, besonders für Villen. Man darf nur nicht copieren wollen. Ebenso ist ein Forum prachtvoll und brauchbar zugleich. In dieser Hinsicht sind wieder manche treffliche Motive zu benutzen. Unsere Marktplätze sind ohne Styl, nur zufällig und roh von Privathäusern eingefasst. Die alten Fora aber waren regelmässig längliche Vierecke mit Säulenhallen, Statuen und Gemälden, mit Tempeln und Statsgebäuden von allen Seiten umschlossen.

„Auch die Wandgemälde sind reizend. Mit wenig Mitteln wird viel gesagt. Die Formen sind durchweg edel und schön. Freilich sind auch die Zeichen antiker Sinn-

lichkeit und Wollust überall zu sehen. Nach der Strasse hin gibt es viele Inschriften, zuweilen auch grobe. Z. B. Otiosis non locus, discede morator. (Für Müssige ist hier kein Platz, geh' weiter du Säumer!)

„Trotz des ungünstigen Wetters war der Tag höchst genussreich. Wir trafen hier mit dem alten Welcker zusammen, der mit Tochter und Enkelin reiste. Bei dem Consul von Mohl hatten wir ihn getroffen. Da hörten wir auch von Räubergeschichten. Vor ein paar Wochen standen hier einige der berüchtigsten Räuber vor Gericht. Jeder von ihnen bot seinem Advokaten 1000 Louisdor an, wenn er ihn von der Todesstrafe rette. Man sieht, die Herren sind gut bei Casse. Wenn man hört, dass in kurzer Zeit eine Bande 80,000 Frcs. erbeutet, und dass jüngst ein einzelner Mann (ein Bankdirector) 40,000 Gulden zahlen musste, um sich loszukaufen, so begreift man das. Im Übrigen ist gegenwärtig Neapel sicherer als früher, und die Ordnung wird besser gehandhabt. Hoffentlich kommen wir morgen nach Sorrent. Die Gegend von Castellamare war noch vor Kurzem sehr gefährdet durch Räuber. Jetzt ist sie sicher."

Nachschrift. „Wir waren einen Tag länger in Neapel geblieben, in der Hoffnung, den Vesuv besteigen zu können. Bei schönem Wetter fuhren wir nach Sorrent und übernachteten da in der Villa Ruspoli, wo früher Vangerow, Häusser und Bunsen gewohnt hatten. Aber am Tage darauf war der Himmel wieder bewölkt und unter Regengeplätscher kehrten wir nach Neapel zurück.

„Eine schönere Fahrt, als die von Castellamare nach Sorrent gibt es schwerlich in der Welt. Der Wechsel der Aussichten ist ungemein belohnend. Jede Windung der

Strasse entrollt wieder ein neues bezauberndes Bild. Anderwärts sieht man die Berge, oder das Meer, oder liebliche Thäler. Aber hier ist Alles beisammen: Meer und Inseln, Schneeberge und milde Anhöhen, Städte und Gärten, wilde Schluchten und Felsen und hinwieder üppige Pflanzungen von Citronen, Pomeranzen, Oliven. Wir fanden die Strasse scharf bewacht. Von Zeit zu Zeit begegneten wir Posten von Soldaten und Nationalgarden, alles aus Vorsicht gegen die Räuber, welche im vorigen Herbste auf dieser Strasse wiederholt Reisende angefallen und in die Berge mitgeschleppt hatten.

„Die zauberhaft schöne Natur von Sorrent hat mich entzückt. Da lernte ich zuerst den dreifachen Reflex erst des Sonnenscheines, dann seiner Rückstrahlung und endlich einer wiederholten Spiegelung der letzteren kennen. Von solcher Lichthelle haben wir in dem grauen Norden keinen Begriff.

„In Neapel besuchten wir das Museum zum zweiten Mal. Der Hochgenuss, während einiger Stunden unter und mit den Göttern und ihren menschlichen Genossen des classischen Altertums zu leben, ist unbeschreiblich. Man lernt dabei das Heidentum kennen und hochschätzen. Griechen und Römer haben die menschliche Natur in ihrer schönsten Gestalt dargestellt und den menschlichen Körper vergöttlicht. Wenn auch darin manches übertrieben und zu viel sinnliches Behagen ist, so hat das Christentum umgekehrt seinen Eifer gegen das „Fleisch“ übertrieben und das Recht des Körpers verkannt. Unsere Zeit und die Zukunft werden das rechte Gleichgewicht schon finden und herstellen. Unwillkürlich drängte sich die Erinnerung an „die Götter Griechenlands“ von Schiller mir auf. „Da

ihr noch die schöne Welt regiertet, wie ganz anders war es da" — die Verse wiederholte ich mir immer in Gedanken. Ach, hätte der arme Dichter Italien und diese Götterbilder mit leiblichen Augen sehen können, so hätte er seiner Empfindung einen noch wärmeren Ausdruck gegeben. Es ist bewundernswürdig, dass er die antike Schönheit des Lebens, auch ohne es gesehen zu haben, so wohl begriffen hat."

Rom 5. April. „Bedenke es wohl, mein treues Herz, dass dieser Brief aus der ewigen Stadt an dich gelangt. Ich bin wirklich in Rom und habe auch schon „den Papst gesehen". Der alte Herr sah übrigens recht krank aus. Es musste ihm schwer genug werden, sich zu den Feierlichkeiten herzugeben. Dennoch segnete er, indem er in der Kirche (sopra Minerva) auf seinem hohen Stuhle umhergetragen wurde, das Volk — oder vielmehr die neugierigen Fremden, welche gekommen waren, um den Papst zu sehen — mit einer salbungsvollen feinen und würdigen Grazie, wie sie nur in Rom zu finden ist.

„An dem Abend, als wir hier ankamen (3. April), wurde die Peterskirche mit Fackeln und Lampen beleuchtet. Kaum im Gasthofe (Hotel Minerva) angelangt, sahen wir von der hohen Dachzinne aus die Lichter der Peterskuppel ihre Farbe wechseln. Nicht wahr, das ist ein glorioser Empfang. Wir fuhren dann zur Kirche, um das wundervolle Schauspiel in der Nähe zu sehen, welches die grossartige Architektur der Kirche und der weiten Säulenbogen vor derselben in magischem Glanze zeigt. Wir hatten vorher nichts von dieser Festlichkeit gewusst und erst unterwegs erfahren, dass die Beleuchtung, die sonst zu Ostern stattfindet, auf heute verschoben worden sei.

„Auch das berühmte Feuerwerk mit der Girandola, dem Feuergarbenbüschel, auf der Piazza del popolo haben wir gestern Abend im heftigsten Gedränge unter dem Volk stehend gesehen, aber unter dem Schutze von Schweizersoldaten des Papstes, die auch Zuschauer waren. Du weisst, ich mache mir nicht viel aus Feuerwerk, das momentan blendet, aber den Geist nicht nährt. Aber das war doch bei weitem das prachtvollste Feuerwerk, das ich je gesehen habe, und immerhin waren die Bilder der aufsteigenden Raketen mit Sternenbüscheln, die Feuergarben mit bunten Farben, die scheinbare Beschiessung einer Stadt mit Feuerkugeln und die plötzliche Erleuchtung des ganzen grossen, von Menschen besetzten Platzes überraschend reich und glänzend. Rom versteht es, auf die Massen zu wirken.“

Die Eisenbahnfahrt von Neapel nach Rom ist sehr schön. Sie ging über Capua, St. Germano, ein Amphitheater, welches die Natur selbst aus einem Kreise hoher Berge gebaut hat, in der Höhe das berühmte Kloster Monte Cassino, dann durch die ernste menschen- und häuserleere, aber teilweise üppige Campagna von Rom, deren Anblick auf die grosse Hauptstadt der vergangenen Welt würdig vorbereitet; zuletzt kamen die langen Acquäducten auf Pfeilern in Bogen, welche den Weg nach dem alten Rom weisen.

Die Physiognomie ist, von verschiedenen Höhen betrachtet, immer schön. Der Boden, auf dem die Stadt erbaut ist, erscheint in grossen, wellenförmigen Linien bewegt. Aus den bald gesenkten, bald gehobenen Häusermassen erheben sich die Kuppeln der zahlreichen Kirchen, burgartige Paläste, grossartige Ruinen der Vorzeit.

Vor allem hat mir die Peterskirche ausserordentlich

gefallen. Sie wird in Deutschland ebenso unterschätzt, wie die gothischen Dome überschätzt werden. Die vollendete, klare Schönheit der Peterskuppel wird weniger gewürdigt, als das dunkle, verworrene, zackige Streben der gothischen Türme. Der gothische Styl ist der wahre Styl des Mittelalters, in dem sich gemütlich träumen lässt, die Renaissance der Peterskirche ist dem Mittelalter entwachsen. Es ist Etwas von antikem und von reformatorischem Geist darin.

Ich habe ganz denselben Eindruck hier von Raphael bekommen. Er ist mit dem Alter freier geworden. Seine ersten Gemälde sind noch gebunden an die fromme, gläubige Überlieferung des Mittelalters. Dann fängt er an, auch die heilige Familie natürlicher, menschlicher aufzufassen und darzustellen. Zuletzt ist er durch das Verständnis der classischen Kunst und durch die Verehrung ihrer Formenschönheit ganz frei geworden. Man kann so in seinen Werken die allmäliche Erhebung aus dem kindlich-gläubigen Gefühlsleben zu dem selbstbewussten freien, menschlichen Geistesleben deutlich wahrnehmen. Die Verklärung Christi, eines der schönsten Gemälde Raphael's, wird nicht mehr als eine wirkliche Geschichte, sondern nur als die Vision eines kranken Kindes dargestellt. Nur dieses sieht in seiner Phantasie den verklärten Christus, die Jünger des Herrn sehen ihn nicht. Eine solche Darstellung wäre im XIII. Jahrhundert noch unmöglich gewesen. Aber das XVI. Jahrhundert war von reformatorischem Geiste ergriffen, und man wagte es, Mythen menschlich zu betrachten. Ebenso zeigt sich in der „Schule von Athen“ die Erneuerung der alten griechischen Bildung und ihre befreiende Wirkung auf den Geist Raphael's ganz

klar. Die Stanzen im Vatican haben mich besonders entzückt. Auch aus ihnen leuchtet einem der von den Alten geschulte, geniale Künstler der Reformperiode entgegen.

„Nächst dem Colosseum, wo wir einen Capuziner predigen hörten und einen vermummten römischen Fürsten Almosen sammeln sahen, haben mich die Kaiserpaläste ganz besonders interessiert, die Napoleon III. ausgraben lässt. Als noch das Forum mit seinen Tempeln und Monumenten und das Colosseum wie eine wunderbar herrliche Marmorstadt in frischer Schönheit erglänzte, da musste der Anblick vom Mons Palatinus aus einem Kaiserpalaste über alle Beschreibung prachtvoll gewesen sein, viel, viel schöner als das heutige Rom. Die Ruinen des alten Rom vermögen heute noch dem ganzen künstlerischen Reichtum des Mittelalters und der Neuzeit in dem neuen Rom das Gleichgewicht zu halten. Die Kaiserbauten waren ganz colossal. Man sieht heute noch in den ungeheuren Fundamenten, Gewölben, Riesenräumen den Stempel der Weltherrschaft eingedrückt. Wie majestätisch müssen diese Paläste gewesen sein, als sie noch unversehrt und in reichstem Schmucke sich erhoben.

„Das heutige Rom hat gar nicht das Ansehen einer modernen Grossstadt. Abends um 10 Uhr ist Alles schon ganz still auf den Strassen. Die Post gibt nur während ein paar Stunden des Tages Briefe aus. Das Leben ist hier teilweise wie in einer kleinen Landstadt. Nur von Pfaffen wimmelt es hier, und neben ihnen machen sich die Rothosen bemerklich. Allein die Denkmäler und die Kirchen bezeugen den grossen Styl.“

9. April. „Im Vatican Raphael's Loggien besichtigt. Dann in der Paulskirche, einer modernen Basilika von

ungeheuren Dimensionen und mit colossalen Säulen. Die Kirche steht ganz in der Einsamkeit, ohne Gemeinde, ein Denkmal päpstlicher Herrlichkeit.

Endlich in Pietro in Vinculo mit dem Moses von Michel Angelo. Das Bild hat etwas Überwältigendes, Riesiges, Titanisches und ist doch schön, sehr schön."

10. April. „Fahrt nach Frascati. Eine schöne Römerin, vermutlich aus dem Bürgerstande, war mit im Wagen, die ihr Kind stillte. Das Bild hat mir sehr imponiert. Der Schnitt ihrer Physiognomie war edel, scharf und fein zugleich. Ihre Haltung hatte etwas natürlich Stolzes und Hohes. Die sichere, durchaus nicht rohe, aber auch nicht verlegene Art, wie sie das Kind, das schreien wollte, an ihre Brust legte und dadurch befriedigte, hat mich überrascht. Es kam mir vor, wie wenn eine Geschichte von Jahrtausenden an diesen Menschen gearbeitet und das alte kaiserliche Rom den Nachkommen ein unverlöschliches Gepräge aufgedrückt hätte. Man sieht dergleichen nur hier. Die Römerinnen scheinen männlicher als die Römer. Der alte geschichtliche Römergeist hat sich in den Frauen besser conserviert. Sie haben weniger Geschichte gemacht und sind daher weniger von der Geschichte aufgerieben worden."

11. April. „Im Pantheon. Scharfes Licht von oben, herrliche Kuppel, enormer Römerstyl. Dennoch ist die Kuppel von St. Peter grösser, als die des Pantheon, welche dem neueren Kuppelbau als Vorbild gedient hat. Wir stiegen hinauf bis zum Knopf. Es ist ein sonderbares Gefühl, über einem hohlen, 400' hohen leeren Raum zu stehen. Auch der Anblick auf den Dächern der Peterskirche wirkt bedeutend. Es ist wie ein von Künstlerhand organisiertes Hochgebirge. Die Peterskirche wird immer schöner, je

länger und je öfter man sie sieht. So ist's auch mit Rom."

12. April. „In St. Maria Maggiore, der künftigen Grabstätte für Pio IX., dann nach dem Lateran. Die stolze Inschrift: Sacrosancta Lateranensis ecclesia, omnium Urbis et Orbis ecclesiarum mater et caput zeigt einen Hochflug der Weltherrschaft, wie er nur in Rom möglich ist."

13. April. „Abreise über Civita Vecchia: arge Passplackerei und amtliche Erpressung. Wir hatten versäumt, eine Erlaubnis zum Verlassen des Landes zu Rom uns geben zu lassen, und mussten nun doppelte Gebühren zahlen. Dass man auch einen Pass brauche zum Ausgang aus dem Lande, war uns neu. Die Pfaffen und Aristokraten Roms haben die herrliche Natur für sich in Beschlag genommen und das Leben zerstört. Wie ganz anders sieht es aus in dem heiteren, fröhlichen Toscana!"

Florenz, den 16. April. „Seit vorgestern Abend sind wir wieder in der reizenden Blumenstadt. Sie hat Nichts von ihrer Anziehungskraft für uns verloren, obwohl wir inzwischen die Schönheit Neapels und die Hoheit Roms gesehen. Von Italien kann ich nicht scheiden, ohne die Sehnsucht mitzunehmen, in diesem durch Natur und Kunst so wunderbar ausgestatteten Lande einen längeren Aufenthalt und dann mit Familie zu nehmen. Ich möchte in Rom arbeiten. Nirgends in der Welt kann man einen grösseren Styl fordern. Dort muss der „Gottesbegriff" revidiert werden.

Wir treten heute Abend noch die Rückreise an über Bologna, Mailand, den Splügen, Zürich."

8.

Eine Ministerkrisis. Roggenbach. Der Grossherzog. Lamey, Knies, Edelsheim. Frage meines Eintrittes in das Ministerium und meine Stellung zu demselben. Altasiatische Gottes- und Weltansichten. Rohmer'sche Sätze von Gott. Biographie. Die Encyclica Pius' IX. Rundschreiben der Loge Ruprecht zu den 5 Rosen. Erster Protestantentag in Eisenach. Internationaler Congress in Bern. In Paris. Der neue Rheinbund.

Innerhalb des badischen Ministeriums entstanden zunächst über die Frage der Volksschule Differenzen. Der Oberschuldirector Knies betrieb die Reform der Volksschule mit grossem Nachdruck, aber in einer Weise, mit der sich Roggenbach nicht befreunden konnte. Auch mit Jolly, dem Referenten über Schulwesen im Ministerium des Innern, geriet Knies in Streit. Mir machte Knies damals den Eindruck eines zähen, logisch-scharfen, etwas doctrinären, von einer kalten Leidenschaft getriebenen Reformers. Er erinnerte mich an Calvin. Roggenbach war katholisch und hatte schon deshalb keine Neigung mitzugehen. Seine Auffassung, die er mir aussprach, war: „So lange die Schule eine confessionelle ist, darf sie nicht in fortwährendem Hader mit der Kirche bleiben, die doch die Vertreterin der Confession ist. Etwas anderes ist die confessionslose, reine Statsschule. Die Gemeinden mögen dieselbe beschliessen, aber man darf sie den Gemeinden nicht aufzwingen. Man hat bis jetzt Nichts erreicht als Streit und das Verderben der Schule. Dazu wolle er seinen Namen nicht hergeben. Erst wenn er gehe, könne er öffentlich darüber reden. Zum Gehen sei er schon lange entschieden und warte nur auf die schickliche Zeit, um die Dinge zu lösen."

Mir war diese Eröffnung im December 1864 schmerzlich. Ich sah Roggenbach sehr ungern aus dem Ministerium scheiden und suchte auf ihn einzuwirken, dass er bleibe. Freilich war ich überzeugt, dass seine aristokratische Natur dem bürgerlichen Wesen der meisten badischen Abgeordneten und Beamten fremd und unverständlich sei. Das Peinliche der Lage wurde noch verschärft durch eine Einladung an mich, über die Bedingungen nachzudenken, unter denen ich in das Ministerium eintreten würde, wenn der Antrag an mich gelange.

Ich stand zwar den Ansichten, welche über die Schulreform herrschend geworden, näher als Roggenbach. Eine religionslose Statsschule verwarf ich, dagegen war mir eine interconfessionelle Volksschule erwünscht. Aber ich fühlte kein Verlangen, meine bisherige Universitätsstellung mit einem Ministerposten umzutauschen.

Acht Tage nach diesem Gespräch mit Roggenbach war ich bei dem Grossherzog beinahe zwei Stunden. Er war sehr vertraut, aber äusserte über die Ministerkrisis Nichts. Über die deutsche Politik dagegen sprach er viel und offen. Ich habe mir das Bedeutendste unmittelbar nachher notiert. Er sagte: „Ich habe in Frankfurt es gesehen. Die deutschen Fürsten sind nicht geneigt, von ihren Rechten an die deutsche Centralgewalt ein erhebliches Opfer zu bringen. Es ist unmöglich, durch friedliche Unterhandlung und Vereinbarung eine deutsche Verfassung zu Stande zu bringen. Der Widerstand muss gebrochen werden, und das kann nur geschehen entweder durch eine Revolution oder durch eine mächtige Regierung. Die Abhandlung von Treitschke über Bundesstat und Einheitsstat hat viel Wahres. Sie werden mir zugeben, dass ich einige

Resignation zeige, indem ich das sage. Es ist wirklich notwendig, dass die ganze äussere Politik (das Militärwesen inbegriffen) in Eine Hand komme."

Ich erwiderte: „Allerdings, mehr als eine gewöhnliche Resignation. Mir geht Treitschke sogar zu weit in der unitarischen Tendenz. Ich möchte noch die innere Autonomie retten und bin der Meinung, die Fürsten bekämen dann eine schöne Aufgabe, wenn sie von dem militärischen und diplomatischen Schein befreit würden. Dann könnten sie sich der Wirtschaft und der Cultur des Volkes vorzugsweise annehmen und darin viel Nützliches leisten."

Über seine Reise im Lande sagte er: „Die Leute wissen noch nicht von ihrer Freiheit Gebrauch zu machen. Mir haben Manche erklärt, sie würden nun ganz nach meinen Wünschen ihr Amt versehen. Ich habe ihnen sagen müssen: So ist's nicht gemeint. Ihr sollt nach eurem Gewissen und nach eurer Einsicht frei verwalten. Es geht eben nur allmälig vorwärts."

Endlich betonte er das Bedürfnis eines deutschen Parlaments „als Gegengewicht gegen die regierende Gewalt und je nach Umständen als eine Stütze derselben und der Freiheit."

1865. 7. Januar. „Ich habe Roggenbach bei Gelegenheit meines Vortrages in Karlsruhe über Buddha nur zwei Minuten gesehen. Er hat mit dem Grossherzog definitiv gesprochen und geht eben zu Stabel, um diesem seinen Entschluss des Rücktrittes amtlich zu eröffnen. Ob Knies ebenfalls fallen wird? Auch über Schenkel ist Roggenbach unwillig. Er sagte: „Wenn Schenkel den Propheten spielen will, so sollte es nicht aus sicherem Verstecke sein."

„Das Ministerium ist vollständig desorganisiert. Roggenbach war früher der politische Leiter und vermittelte mit dem Grossherzog. Lamey repräsentierte in der Kammer und ist seinerseits mit Roggenbach unzufrieden. Lamey hat mehr badisches und süddeutsches Selbstgefühl, ist gegen Preussen misstrauisch, hat grossdeutsche und particularistische Neigungen, welche seine im Grunde nationale Gesinnung gelegentlich durchkreuzen. Knies schafft in seinem Oberschulrat eine besondere Nebenregierung für das Schulwesen und hat durch Baron Ungern-Sternberg Fühlung mit dem Hofe. Darüber ist Roggenbach wütend, Lamey ärgerlich. Ohne Einheit kann keine Regierung bestehen, und an dieser Einheit der Centralleitung fehlt es. Das Statsministerium muss wieder Autorität bekommen, und die Beamten müssen wissen, wer im Lande regiert."

Später. „Roggenbach drang wiederholt in mich, dass ich seine Stelle übernehme. Ich lehnte das bestimmt ab, schon weil ich für höfische Formen kein Geschick habe und doch in dieser Stellung genötigt wäre, voraus zu Baden mit Fürsten und Höfen oft zu verkehren. Eher noch könnte ich Minister ohne Portefeuille werden in der Weise, wie Statsrat Nüsslin."

2. April. „Lamey hat Schenkel gebeten, seine Stelle als Seminardirector freiwillig niederzulegen. Es war das ein Fehler, den Lamey wohl aus Rücksicht auf den Hof gemacht hat. Schenkel hat abgelehnt und fühlt sich seither doppelt sicher. Er weiss, dass Lamey ihn nicht entlassen oder seiner Dienste entheben wird. Er schrieb an Lamey, sie sollen es nicht machen, wie die Zürcher Liberalen, die 1839 Strauss pensionierten und doch hinterdrein weggejagt wurden. Mich ärgert der Vergleich. Wenn

wirklich das badische Volk und die badische Geistlichkeit einstimmig oder mit erdrückender Mehrheit die Entlassung Schenkel's verlangten, so würde er ohne allen Zweifel weichen müssen. Ich sagte ihm das heute scharf und schroff. Mich reizte die eitle Selbstbespiegelung des Mannes. Er ist ein Agitator, aber kein Reformator."

23. April. „Am 20—22. April in Karlsruhe. Ausführlich mit Roggenbach über das Ministerium verhandelt. Meine Bemühung, ihn festzuhalten, war vergeblich. Er wollte auch nicht an einem neugebildeten Ministerium teilnehmen. Zuletzt drang ich darauf, wenn er ausscheide, so sollte das als eine Auflösung des ganzen Ministeriums behandelt werden. Der Körper kann nicht fortleben, wenn das Haupt weg ist. Es bedarf eines neugebildeten Körpers mit neuem Kopf. Wenn Baron Edelsheim, der bisherige Gesandte in Wien, das Ministerium des grossherzoglichen Hauses und des Äussern erhält und zugleich Präsident des Gesamtministeriums wird, und wenn Lamey das Innere behält, Stabel die Justiz, Vogelmann die Finanzen, und wenn ich für den Cultus im weitesten Sinne berufen werde, dann würde der Eindruck einer Abschwächung des liberalen Regimentes vielleicht vermieden, der sicher eintritt, wenn nur Roggenbach durch Edelsheim ersetzt wird. Meine Bedingung des Eintrittes, und zwar sine qua non, war: ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz und selbstverständlich ein neues Pressgesetz. Überdem erklärte ich für höchst wünschenswert die Bildung eines aus wechselnden Vertrauensmännern bestehenden Statsrates, zu vielseitiger und sachkundiger Vorberatung über die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten. Auch die Führer in den Kammern müssten dabei berücksichtigt werden."

Im Sommer 1865. „Ein Artikel von Lamey in der Karlsruher Zeitung verkündet erneuertes Einverständnis mit Roggenbach. Ich war erfreut, von dieser Einigung zu hören, und schrieb an Lamey, indem ich ihm meine Stellung bezeichnete, betonte aber die Notwendigkeit, dass der geistigen Bewegung der Zeit eine aufmerksame Pflege zu Teil werde, und dass die Leitung in Karlsruhe klar und bestimmt in Idee und Action sei."

1. October. „Roggenbach ist nun aus dem Ministerium ausgetreten, aber noch Freund und Ratgeber des Grossherzogs. Für mich ist das ein grosser Verlust. Die Tage von Aranjuez sind nun auch in der Ersten Kammer vorüber.

„Edelsheim ist wirklich an Roggenbach's Stelle getreten. Bedeutet das eine Schwenkung zu den Würzburgern und zu Österreich? Als ich das badische Schiff bestieg, hatte es einen sicheren, vielleicht einen ganz anderen Curs. Die nationale Einigung unter Preussens Führung bestimmte die Richtung."

Ich habe meine Zweifel und die Frage in der Ersten Kammer offen ausgesprochen. Die Antwort war nicht sehr klar und deshalb unbefriedigend. So lange Roggenbach am Steuer war, so lange hatte ich keinen Zweifel. Jetzt war's anders. Ich traute auch Lamey nicht eine energische Leitung in der bisherigen Richtung zu, weil seine Sympathie eher particularistisch und grossdeutsch war. Edelsheim hatte wohl dieselben Sympathien und Antipathien noch eifriger.

Bei der Umänderung wurde auch Knies seiner Direction des Oberschulrats enthoben und als Professor der Statswissenschaft nach Heidelberg versetzt. Das wurde von

Vielen als ein Zugeständnis an die Curie betrachtet. Der Hauptgrund aber war offenbar innerhalb der Regierung zu suchen. Knies war für die Minister ein widerborstiges Element, das sich nicht bequem fügte. Von seiner Mittelstelle aus wollte er selber regieren. Das konnte das Ministerium nicht dulden, da die Einheit in der Regierung doch noch wichtiger ist, als der Schulstreit.

Ich war der Gefahr, zum Minister gemacht zu werden, glücklich entgangen. Wenn die politische Schwenkung der eigentliche Sinn der Änderung war, dann war es freilich selbstverständlich, dass ich nicht dabei sei.

Einige Monate früher, im Juli, hatte ich auch den Zähringer Löwenorden erhalten bei Gelegenheit der Taufe des Prinzen, also nach Hofsitte als Zeichen persönlicher Gunst.

Ich beschäftigte mich in dieser Zeit wieder mit religiösen Fragen. Im Winter 1864/65 hielt ich in Karlsruhe mehrere öffentliche Vorträge über „altasiatische Gottes- und Weltideen“, welche dann im Jahr 1866 unter diesem Titel bei C. H. Beck in Nördlingen erschienen sind. Ich besprach darin den Brahmaismus, Buddhismus, Mosaismus und die Lehre des Konfutsü, sowie die Wirkungen dieser Religionen und Philosophien auf das Statsleben. Der Gegensatz der europäischen Gottes- und Weltansichten wurde eher angedeutet, als ausgeführt. Die Schrift fand bei manchen Denkenden eine gute Aufnahme, aber wurde nur wenig bekannt.

Zu Ostern 1865 arbeitete ich „die Sätze von Gott“ im Geiste der Rohmer'schen Wissenschaft nochmals um. Die Darstellung ist lebendiger und grösser geworden. Aber die Mitwelt hat sie nicht begriffen.

An Ernst Rohmer berichtete ich, dass nun die Biographie Friedrich Rohmer's in der Hauptsache vollendet sei. Die Geschichte der Rohmer'schen Wissenschaft wird erst dadurch klar werden.

Die Encyclica des Papstes Pius IX. am 8. December 1864 mit dem Syllabus errorum war das Kriegsmanifest des kirchlichen Absolutismus wider die moderne Welt und ihre Cultur. Ich schrieb damals: „Das Papsttum hat den Verstand, aber nicht die Erinnerung an seine frühere Grösse verloren. Es hält mit dem Eigensinn des Alters daran fest bis zur Narrheit. Aber es wird nötig, der päpstlichen Formulierung der modernen Irrtümer eine ebenso scharfe und eine klare Formulierung der „modernen Wahrheiten und der päpstlichen Irrtümer“ entgegenzusetzen, damit der Unterschied der mittelalterlichen und der modernen Weltanschauung deutlich werde.“ Ich habe diesen Gedanken auszuführen mir vorgenommen, es ist aber nichts daraus geworden.

Dagegen verfasste ich das Rundschreiben der Loge Ruprecht zu den fünf Rosen in Heidelberg vom 14. October 1865 an ihre Schwesterlogen als Antwort auf die päpstliche Verdammung des Freimaurerbundes. Dieses Rundschreiben hat innerhalb und auch ausserhalb der Freimaurer-Kreise viel Beifall gefunden und wurde in mehrere Sprachen übersetzt. Es mag daher auch in dieser Biographie eine Stelle finden.

Ehrw. und gel. Brüder!

„Ihnen allen ist ohne Zweifel die Ansprache zur Kenntnis gekommen, welche Seine Heiligkeit der Papst Pius IX. am 25. September dieses Jahres an die zu Rom versammelten Cardinäle gehalten hat. Sie wissen, dass er

darin unseren Bund verdammt und unsere katholischen Brüder mit dem kirchlichen Banne bedroht.

„Es ist nicht das erste Mal, dass ein römischer Papst gegen unseren ehrwürdigen Orden seinen Bannstrahl geschleudert hat. Schon Clemens XII. hat das am 28. April 1738 gethan, und Benedict XIV. hat das Verdammungsurteil seines Vorgängers am 18. März 1751 bestätigt und näher begründet. Auch seither ist Ähnliches geschehen durch Pius VII. und Leo XII., freilich jedesmal, wie der gegenwärtige Papst es lebhaft beklagt, ohne Erfolg.

„Diese Verurteilungen des päpstlichen Stuhls haben keine Ähnlichkeit mit den Urteilen unserer Gerichtshöfe. Den Anstoss dazu geben heimliche Anschwärzungen, welche dem Beschuldigten nicht mitgeteilt werden. Es gibt keine öffentliche Anklage und gar keine Verteidigung, weder eine öffentliche noch eine geheime. Alle Garantien für eine unparteiische Rechtspflege und ein sicheres Urteil fehlen dort. Der Verdacht ersetzt den Beweis, die Schuld wird vermutet; man wird verurteilt, ohne gehört zu sein. Ist es denn zu verwundern, wenn die öffentliche Meinung solchen Urteilen kein Vertrauen zuwendet und dieselben gering schätzt?

„Der Bund der Freimaurer ist als eine Gesellschaft freier Männer wohl den Statsgesetzen, aber, da er kein kirchliches Institut ist und als solcher keiner Kirche angehört, keiner kirchlichen Autorität unterthan. Für unseren Bund ist daher die päpstliche Verdammung ohne alle bindende Kraft. Wenn aber das Oberhaupt der katholischen Kirche uns ungehört verdammt, so wollen wir dagegen die Gründe hören und prüfen, womit es seine Meinung stützt.

„Der erste und gewichtigste Grund, welchen alle Päpste ihrem Verdammungsurteil vorangestellt haben, ist der Vorwurf, dass unser Bund Männer von verschiedenen Religionen und Sekten als Brüder einige. Dadurch wird, wie Benedict XIV. sich ausdrückte, die Reinheit der katholischen Religion getrübt.

„Dieser erste und schwerste Vorwurf, meine Brüder, gestehen wir es offen, ist in Wahrheit begründet. Wenn es ein Verbrechen ist, dass Männer verschiedenen Glaubens ohne Rücksicht auf ihr kirchliches Bekenntnis sich freundlich die Hände reichen, so sind wir dieses Verbrechens geständig und schuldig. Allerdings hat unser Verein von Ursprung an und mit der Zeit immer entschiedener sich zu der Wahrheit bekannt, dass es unter allen Religionen ehrbare und tüchtige Männer gebe, wohl wert, einander als Brüder zu achten und zu lieben. Zu allen Zeiten hat der Maurerbund jede Verfolgung eines Menschen seines abweichenden Glaubens wegen für ein Vergehen an der Menschheit gehalten. Die sittliche Pflichterfüllung wird wirklich von den Maurern weit höher geschätzt, als alle Rechtgläubigkeit. Aber diese Grundsätze, welche geraume Zeit sich in den Logen verbergen mussten, sind schon lange trotz aller Abmahnung der kirchlichen Eiferer zu Grundsätzen der gebildeten Welt geworden und haben ihre Bestätigung gefunden in den Gesetzen aller civilisierten Staten. Wird die Maurerei deshalb verdammt, so sind die gebildete Welt und die civilisierten Staten derselben Verdammnis teilhaft.

„Gott sei Dank, ein aus diesem Grunde geschleuderter Bannstrahl zündet in unserem Zeitalter nicht mehr, aber er erhellt das nächtliche Dunkel der Unduldsamkeit, das

ihn geboren hat. Er zeigt der Welt, wie weit man noch in Rom zurückgeblieben ist hinter den sittlichen Fortschritten der Menschheit.

„Als zweiten Grund seiner Verdammung führt Benedict XIV. das Geheimnis an, in welches unser Bund sich hülle. In der That hat das Geheimnis, welches wir geloben, von jeher viel Misstrauen erweckt und zu mancher Missdeutung den Vorwand gegeben. Sie wissen aber auch, welche grobe Missverständnisse, und leider nicht bloss ausserhalb des Bruderkreises sich daran knüpfen. Weder die Grundsätze noch die Ziele des Bundes, weder seine Existenz noch seine Mitglieder an ihrem Wohnsitz sind heute noch geheim. Wer irgend will, kann sich über alles dieses leicht unterrichten. Geheim sollen bleiben die Erkennungszeichen, damit die Brüder überall sich leichter auch in der Fremde finden, und geheim die inneren Arbeiten der Loge, damit hier das persönliche Vertrauen sich voller entfalte und die Meinung sich freier äussere. Die stille und persönliche Einwirkung, welche der Bund auf den Charakter und das sittliche Leben seiner Glieder ausübt, bedarf dieses Schutzes. Ist es denn in der katholischen Kirche anders? Ist die Beichte öffentlich oder geheim? Werden die Verhandlungen der katholischen Orden und Behörden öffentlich gepflogen? Hat nicht jede Familie, jeder engere Freundeskreis, jede Privatgesellschaft auch ihre Geheimnisse für sich? Vielleicht, meine Brüder, sind unsere Logen in dieser Hinsicht noch allzu ängstlich in einer Zeit, welche die Öffentlichkeit liebt. Aber nimmermehr kann diese scheue Sorgfalt ein Verbrechen genannt werden, welches eine Verurteilung rechtfertigt.

„Die alte, mit schweren Strafen drohende maurerische

Eidesformel hat dem Papst Benedict XIV. als dritter Verdammungsgrund dienen müssen, und auch Pius IX. legt darauf noch ein schweres Gewicht. Sie wissen, meine Brüder, dass jene alte Eidesformel schon lange ausser Übung ist und nur noch als eine geschichtliche Thatsache aus einer untergegangenen Periode mitgeteilt wird. Sie wissen, dass wir dem einfachen Worte des ehrlichen Mannes mehr vertrauen, als überspannten Eidschwüren, welche die Phantasie erhitzen und den Verstand erkälten. Dieser dritte Grund also, niemals von Belang, existiert gegenwärtig nur noch in der Einbildung.

„Wenn Benedict XIV. sich ferner auf das römische Recht beruft, welches keinerlei Einigungen und Körperschaften dulde, die nicht zuvor die Genehmigung des Stats erhalten haben, und daraus einen vierten Grund ableitet, so wird damit das Recht der Kirche gar nicht berührt. Die meisten civilisierten Staten aber, die hier allein zu entscheiden berufen sind, haben unseren Orden schon viel früher unangefochten bestehen und gewähren lassen, als sie (im Gegensatz zu dem römischen Kaiserrecht) das allgemeine Recht der Vereinsfreiheit anerkannt haben. Damit fällt denn auch der fünfte Grund haltlos in sich zusammen, dass einzelne Regierungen den Bund verboten haben. Wo das ausnahmsweise geschieht, da lösen sich die Logen dieses Landes sofort pflichtmässig auf, und bewähren gerade dadurch ihren Gehorsam gegen das Landesgesetz.

„Endlich führt Benedict XIV. als letzten Grund seiner Verdammung an, dass viele kluge und ehrbare Männer eine ungünstige Meinung von dem Bunde haben. Wie wenig aber darauf eine Verurteilung zu gründen sei, das

sollte, denken wir, auch in Rom schon deshalb klar sein, weil es ohne Zweifel ebenfalls viele kluge und ehrbare Männer gibt, welche eine ungünstige Meinung von sämtlichen kirchlichen Orden und Klöstern, ja sogar von der ganzen römischen Hierarchie haben.

„Von allen diesen Gründen hat also nur der erste Wahrheit und Gewicht. Aber derselbe Grund, aus dem der Papst uns verdammt, ist in den Augen der civilisierten Welt der höchste Ruhm unseres Bundes.'

„Pius IX. beschwert sich über die Lässigkeit der Bischöfe, welche sich zu weich und schläfrig gezeigt haben in dem Vollzug des päpstlichen Bannfluchs, und über die katholischen Fürsten, welche versäumt haben, unseren Verein mit Gewalt zu unterdrücken, er klagt sogar den Himmel an, welcher die Schlaffheit der Herrscher geduldet habe.

„Weit heftiger als seine Vorgänger auf dem päpstlichen Stuhle spricht sich Pius IX. gegen die Freimaurer aus. Es hat zwar zu keinen Zeiten dem römischen Styl an schrecklichen Worten gefehlt. Wenn aber der gegenwärtige Erlass Pius' IX. die früheren Verdammungen in leidenschaftlichen Zornausbrüchen überbietet, so dürfen wir das als ein sicheres Zeichen des verderblichen Einflusses betrachten, welchen unsere schlimmsten und unversöhnlichen Feinde, die Jesuiten, auf das Gemüt und das Urteil eines von Natur milden Papstes erworben haben.

„Er nennt unseren Bund eine verbrecherische Sekte, obwohl ihm kein anderes Verbrechen als das humaner Duldsamkeit nachgewiesen wird, und eine unsittliche Sekte, obwohl das sittliche Gesetz das eigentliche Lebensprincip der Maurerei ist. Er beschuldigt uns, die Revolutionen und Kriege verschuldet zu haben, durch welche Europa in

Brand gesteckt worden, während alle Welt weiss, dass die Erschütterungen und Kriege in Europa von ganz anderen und mächtigeren Kräften veranlasst worden sind, als uns zur Verfügung stehen, und es für jeden Kundigen offenbar ist, dass unser Bund von seinen Mitgliedern gewissenhafte Beachtung der Statsgesetze fordert, dass die Logen verfassungsmässig sich jeder activen Teilnahme an den politischen Kämpfen der Gegenwart enthalten und ausschliesslich humane und sittliche Zwecke verfolgen, dass unsere Bauhütten Stätten des Friedens und ein neutraler Boden sind, dessen Schwellen die Leidenschaft der Parteien nicht überschreiten darf. Er wirft uns vor, wir seien von glühendem Hass gegen die christliche Religion erfüllt, ungeachtet wir grundsätzlich jeden aufrichtigen Glauben achten, ungeachtet die Mehrzahl der Brüder sich zur christlichen Religion bekennt, ungeachtet das sittliche Ideal, welches Christus der Welt in seinem Leben wie in seiner Lehre offenbar gemacht hat, von einem sittlichen Verein unmöglich anders als mit Bewunderung und Verehrung betrachtet werden kann. Er nennt uns sogar feindlich gesinnt gegen Gott, obwohl wir unsere Gebete zu Gott richten und aus dem göttlichen Urquell alles sittlichen Lebens unsere sittliche Stärkung schöpfen.

„Vergeblich ruft er die Gewalt des States wider uns um Hilfe an; die Statsautorität hat keine Besorgnis vor unserem Wirken, sie weiss zu gut, dass wir friedliche und treue Statsbürger sind.

„Folgen wir, meine Brüder, nicht dem Beispiel des römischen Kirchenfürsten. Erwidern wir nicht die ungerechte Beschuldigung. Setzen wir dem kirchlichen Fluche nicht unsere Verwünschung entgegen. Bedauern wir die

unglückliche Verblendung eines ehrwürdigen Greises, dessen Seele getäuscht und missleitet worden ist. Bitten wir den allmächtigen und allwissenden Gott, dass er das Trugbild zerstöre, welches den Zorneseifer des Papstes entflammt hat, und den Geist desselben die schlichte Wahrheit erkennen lasse, damit auch er seinen Fluch in Segen wandle."

Vorher hatte ich in Eisenach am 6. und 7. Juni den ersten Protestantentag als Präsident geleitet. Die Versammlung war sehr gelungen, trotz der inneren Schwierigkeiten. Die Rede von Rothe über die Frage, durch welche Mittel können die der Kirche entfremdeten Mitglieder ihr wieder gewonnen werden, machte einen tiefen Eindruck. In Rothe ist eine echt-religiöse Glaubensinnigkeit mit weitherziger Geistesfreiheit geeint. Das wirkt erwärmend und befreiend auch auf Andere. Ich sprach meine Ansicht in der Eröffnungsrede so aus:

„Der Protestantenverein erkennt die Notwendigkeit der Alternative: „Bruch mit dem Christentum oder mit der geistigen Entwickelung der heutigen Zeit, entweder Verzicht auf den Glauben oder auf die Wissenschaft, entweder Religion oder Cultur" nicht an. Es scheint uns eine solche im Widerspruch mit der menschlichen Natur an sich, insofern diese die Anlage zu beidem und das Bedürfnis nach beidem aufweist, insonderheit aber mit der Natur, dem Streben und der Geschichte der deutschen Nation, die von jeher mit der Religion und der Geistesfreiheit Ernst gemacht und in diesem doppelseitigen Bestreben jede andere Nation überflügelt hat."

Die inneren Gegensätze in dem Vereine traten wohl hervor, aber wurden friedlich versöhnt durch die Anerkennung wechselseitiger Freiheit. Die Hauptredner waren

Superintendent Meyer von Koburg, Rothe von Heidelberg, von Holtzendorff aus Berlin, Dr. Schwarz von Gotha und Professor Ewald von Göttingen. Schenkel hielt sich absichtlich reserviert.

Noch an einer anderen grösseren Versammlung, dem sogenannten internationalen Congress in Bern, nahm ich Teil zu Ende August 1865. Mein alter Freund Gonzenbach hatte mich ersucht, nach Bern zu kommen und das Präsidium der ersten Section zu übernehmen. Die Versammlung, an welcher die Franzosen sich vornehmlich beteiligten, interessierte mich um ihrer äusseren Erscheinung willen. Ich schrieb damals:

„In Bern habe ich die alte Gironde und den alten Berg in neuen Exemplaren gesehen und gehört. Würden diese Männer zur Macht gelangen, so würden sie kaum anders handeln, als ihre Gesinnungsgenossen in der früheren Revolution. Ihre Leidenschaften sind sehr leicht zu erhitzen und in Brand zu setzen. Der Advocat du Marest, der da war, ist ein grosser Rhetor. Seine Rede ist voll Schwung und Leidenschaft und reisst die Hörer fort. Im Allgemeinen regierte die Phrase zu viel. Es war zu wenig Ernst mit der Sache. Die Meisten wollten brillieren und glaubten das mit schönen Worten und faulen Gedanken zu thun. Das war übrigens der allgemeine Eindruck, nicht bloss bei den wenigen Deutschen und den zahlreichen Schweizern, sondern ebenso bei den Italienern, den Belgiern und sogar bei manchen Franzosen selber. Unter den radikalen Franzosen fiel mir besonders Floquet auf als Radikaler par excellence. Manche französische Redner ergriffen auch das Wort, um Reden zu halten, die sie in Paris nicht halten durften.

„Ein wissenschaftlicher Congress erträgt nicht so viel Rednerei und nicht so viel Partei-Politik, und international ist er nicht, wo die französische Nationalität so völlig dominiert.“

Ich reiste noch vor dem Schlusse der Sitzung ab, um meinen Sohn Fritz in Paris (er war dort so eben als Elève in die École des beaux arts aufgenommen worden) zu besuchen und wieder die Weltstadt zu schauen. Die schöne und lebensfrohe Stadt gefiel mir ungemein. Ich wurde von meinem alten Studienfreunde Dr. Kern, dem Schweizer Gesandten, bei dem auch der junge Dr. Roth als Volontair arbeitete, sehr freundlich aufgenommen; ebenso bei Laboulaye auf seinem „kleinen Gute“ bei Versailles. Seine zweite Frau ist sehr katholisch gesinnt, dabei aber lebhaft. In dem Hause des Akademikers, der freier dachte, wurde doch am Freitag nur Fastenspeise serviert; nur für uns, die Fremden und die Häretiker, gab es auch Fleisch. Laboulaye's Buch „Paris en Amérique“ hatte grossen Erfolg. Doch wird es nicht gelingen, die Franzosen zu amerikanisieren. Laboulaye war in seinen Nerven etwas abgehetzt; er hatte zu viel gearbeitet.

Aus meinem Tagebuch: „In Paris sah ich auch im Louvre den Grossherzog von Baden. Er sprach mir von einem Plane, die Mittelstaten, Baden inbegriffen, zu einem neutralen Bunde zu vereinigen, um dem Drucke des Bismarck'schen Regimentes widerstehen zu können. Ich glaube nicht daran und bezweifle, dass das glücke, auch wenn es ernstlich gewollt werden sollte. Die Gefahr wäre trotz der angeblichen Neutralität das französische Protectorat. Jedenfalls könnte der Kampf mit Preussen nur dann vermieden werden, wenn man Preussen den Norden über-

liesse. Ich halte es für unmöglich, die preussische Hegemonie im Norden aufzuhalten, und meine, dass nur für den Süden noch eine Weile die Selbständigkeit zu erhalten ist, und nur, wenn neben der Neutralität eine liberale Politik in grösserem Style als bisher aufkäme. Aber auch das glaube ich nicht, und am Ende ist das Alles gar nicht wünschenswert. Die Einheit der Nation käme auf lange hin in die Brüche. Was wird Roggenbach dazu sagen? Es wäre der neue Rheinbund, allerdings ohne die napoleonische Begründung, aber nicht ohne Anlehnung an Napoleon. Das aber ist nicht das Ziel der deutschen Bewegung. Der Grossherzog fürchtet die Reaction Preussens und Österreichs vielleicht zu sehr."

Diese Mitteilung ging der Wandlung des Ministeriums voraus. Offenbar war Edelsheim mit dem Zusammenschluss der Mittelstaten einverstanden; ich nicht.

9.

Die Wendung der badischen Politik durch Edelsheim. Die beiden Kammern. Bismarck. Der Grossherzog. Im 36er Ausschuss. Meine Rede vom 14. Mai 1866. Persönliche Bedrohung. Die Universität. Schenkel, Gervinus. Haltung während des Krieges. Brief an Dubs. Friedenswünsche. Gelzer. Ein neues Ministerium ohne mich.

Während der Widerstreit der Parteien und der Interessen zu offenem Kriege trieb, fühlte ich den Boden unter den Füssen wanken. Im Ministerium arbeitete v. Edelsheim auf Anschluss Badens an die Würzburger Politik der Mittelstaten, d. h. gegen die nationale Einigung von Deutschland und für Fortdauer der Bundesmisère. Unter

seinen Collegen fand er wenig Widerstand. Nur die Erinnerung an die rühmliche Haltung Badens in den letzten Jahren und die Scheu des Grossherzogs vor solchem Abfall hinderten oder erschwerten ein entschiedenes Vorgehen in der veränderten Richtung.

Der Minister suchte eine Unterstützung bei der zweiten Kammer und coquettierte mit der Fortschrittspartei, welche sich in derselben aus der früheren liberalen Partei heraus zu bilden anschickte. Dieselbe hatte mehr Talente und bessere Redner als die gemässigte, aber ängstliche Mehrheit. Von Edelsheim, obwohl innerlich ein absolutistischer Junker, schmeichelte doch den radikalen Tendenzen, die gelegentlich hervorbrachen. Er konnte mit Recht sich sagen, wenn erst Österreich und der alte Bund über Preussen gesiegt und die nationale Bewegung erdrückt haben werden. dann werde es leicht sein, allen Ausschreitungen der Kammer zu begegnen. Er verlangte als Preis lediglich Unterstützung seiner Bundespolitik.

Ich sah dieses Schwanken mit Besorgnis. Auf der einen Seite standen Eckhard. Pickford, Kiefer, von Feder, Moll, auf der anderen Kirsner, Kusel, Obkircher, Pagenstecher, Friedrich. Jene wurden in eine falsche Stellung verlockt, diesen fehlte es an Energie des Willens und an geistiger Begabung. Ich warnte die Freunde, so gut ich vermochte, vor dem Verderben der Clubbeschlüsse, aber ich hatte das Vertrauen nicht, dass das Unheil abzuwenden sei.

Die Erste Kammer wurde von der Regierung arg vernachlässigt. Von Edelsheim witterte in mir einen entschiedenen Gegner und begünstigte die Angriffe der Presse gegen mich.

Die Mehrheit der Grundherren stand auf der Seite Österreichs. Auch in der Beamtenwelt und voraus in dem Volke war die Abneigung gegen Preussen und die hergebrachte Vorliebe für Österreich sehr verbreitet. Der katholische Klerus arbeitete unverdrossen, diese Stimmung aufzuregen.

Inzwischen arbeitete Bismarck auf den Krieg mit Österreich hin, den er als notwendig erkannt hatte; aber lange vergeblich. Immer wieder scheute der König vor der entscheidenden That zurück. Im Jahr 1865 war es nahe daran, und Preussen sehr gut, Österreich gar nicht vorbereitet. Da vermittelten die Frauen, voraus die drei Schwestern, die Erzherzogin Sophie, die verwittwete Königin von Preussen Elisabeth und die Königin von Sachsen. So kam es zu dem Vertrage von Gastein, der den Krieg nicht beseitigte, nur vertagte.

Bismarck selbst hatte sich gelegentlich in dem kecken Bilde über die Lage geäussert: „Ich führe das Pferd mühsam bis an den Graben, in der Hoffnung, dass es den Sprung wage. Aber ich muss immer wieder zurückgehen und es von neuem versuchen.“ Er dachte wohl, es gelingt zuletzt doch.

Mich störte an der Bismarck'schen Politik nur das, dass er nicht das Volk zu gewinnen suchte. Ich schrieb damals: „Ohne das Hallo des Volkes geht es eben nicht. Das ist der colossale Fehler Bismarck's, dass er mit den Junkern, statt mit dem Volk operiert.“ Ich habe ihm seither Abbitte geleistet. Er kannte die preussische Armee und den König besser und beurteilte sie richtiger.

Im März 1866 hatte ich eine lange Audienz bei dem Grossherzog, in welcher die inneren und die äusseren Ver-

hältnisse besprochen wurden. Ich teilte ihm bei diesem Anlass meinen Gedanken mit über die Bildung eines Statsrates, der aus den hervorragenden Mitgliedern beider Kammern und anderen Notabilitäten gemischt und geeignet sei, die wichtigsten Dinge im Stillen vorzuberaten, bevor sie an die Kammern gelangen. So könne die Autorität wieder gestärkt und der Zerfahrenheit und dem Clubwesen entgegengewirkt werden. Das Amt müsse ein Ehrenamt sein, ohne Besoldung. Wir bedürfen, da die Kammern doch unfähig sind zu regieren, einer gemessenen Führung. Gegenwärtig werden die Kammern mit Neuerungen überladen und daneben fehle es an ernster Durchführung in der Executive. Es sei zu viel Bummelei in dem Geschäftsgang. Der Grossherzog glaubte damals, Bayern sei doch zur Neutralität entschlossen. Pfordten habe auf die Lockspeise angebissen, die Bismarck ihm angeboten. Die Folge zeigte, dass das ein Irrtum war.

An den Sitzungen des Sechsunddreissiger Ausschusses des deutschen Abgeordnetentages nahm ich meistens Anteil, ohne Hoffnung viel auszurichten, aber in der Absicht Baden nicht unvertreten zu lassen, da Häusser krank und ausser Stande war, den Verhandlungen beizuwohnen. Nur Einmal, in der Sitzung vom 7. April, griff ich entschiedener ein, indem ich ausführte, es komme jetzt darauf an, den verderblichen Conflict zwischen Bismarck und Abgeordnetenhaus in den Hintergrund zu drängen und eine völlige Änderung der Bühne rasch zu bewirken, welche auch auf die Liberalen günstig wirke. Das einzige Mittel sei, frischweg und entschieden eine durchgreifende Bundesreform zu beantragen. Um diese Frage werden sich alle Freunde der nationalen Einigung Deutschlands auf einer

Seite mit der preussischen Regierung zusammenfinden und so geeinigt den Anhängern der alten Bundeswirtschaft entgegentreten.

Der Vorschlag wurde vornehmlich von preussischen Mitgliedern bekämpft, die es nicht über sich vermochten, mit Bismarck zusammenzugehen. Ich schrieb in mein Tagebuch: „Die preussischen Liberalen beweisen, wie wenig reif der politische Geist in ihnen ist. Sie halten ihre Opposition gegen Bismarck auch jetzt noch fest, wo der preussische Stat in Gefahr ist, statt sich zu verständigen und dadurch für die liberale Wandlung Preussens eine sichere Aussicht zu eröffnen, indem sie ihre nationale Pflicht in grossartiger Weise erfüllen. Der Doctrinarismus und die Jurisprudenz stecken doch tief im Blute der Deutschen.“

Ich erfuhr zu meiner persönlichen Genugthuung erst nach dem 7. April, dass Bismarck ganz aus demselben Grundgedanken heraus den Antrag auf Berufung eines deutschen Parlamentes bereits gestellt habe. Natürlich entging ich dem falschen Verdacht nicht, dass ich davon schon vor meiner Anregung im Sechsunddreissiger Ausschuss etwas gewusst habe.

Alles trieb dem Kriege zu. Österreich rüstete mit Macht. Preussen schien allmälich aus der politischen Angriffsstellung in die militärische Defensive gedrängt zu werden. Mir war sehr zweifelhaft geworden, ob Baden seiner früheren Politik treu bleiben werde und könne. Die günstigste, noch mögliche Chance schien mir die Neutralität in dem Zweikampfe der beiden Grossmächte.

Ich entschloss mich, meine Meinung rückhaltlos auszusprechen und zugleich die Regierung zu veranlassen, dass sie über ihre Entschlüsse dem Lande Kenntnis gebe.

Meine Rede in der Sitzung der Ersten Kammer vom 14. Mai war in jener Zeit ein Wagnis. Denn es gab sehr Wenige in Baden, welche dieselbe billigten, und sehr Viele, welche durch dieselbe zu heftigem Widerspruche und zum Hasse gereizt wurden, und selbst von denen, die im Herzen einverstanden waren, hielten die Meisten es für klüger, ihr Einverständnis zu verbergen. Später freilich ist es anders geworden. Nach dem Siege von Königgrätz wandelte sich die öffentliche Meinung.

Ich teile die Rede nach der stenographischen Aufzeichnung mit:

„Ich habe die Interpellation über die Haltung Badens in der grossen deutschen Krisis in der doppelten Absicht unternommen, für's Erste, damit die hohe Kammer eine Gelegenheit erhalte, ihre Ansicht über die Frage zu äussern, welche alle Gemüter spannt und aufregt, und zweitens, damit auch der Statsregierung eine Gelegenheit geboten werde, sich vor dem Lande über die politische Richtung auszusprechen, in welcher sie die Angelegenheiten des Landes zu führen gedenkt. Der furchtbare Ernst der Lage und die grossen Gefahren, welche von allen Seiten drohen, machen es notwendig, dass die versammelten Kammern nicht mit geschlossenen Augen daran vorübergehen, sondern dieselben scharf in's Auge fassen. Es ist eine alte Erfahrung, dass Gefahren nicht grösser werden, wenn man ihnen mutig in's Angesicht schaut, und nicht kleiner, wenn man sich vor ihnen verbirgt. Die Dinge sind schon so weit gekommen, dass die blosse Furcht vor dem drohenden Kriege bereits alle Kreditverhältnisse erschüttert hat, ja, dass man bereits zweifeln kann, ob nicht die Furcht vor dem Kriege ein grösseres Übel sei, als der Krieg selbst. Überdem

herrscht in der öffentlichen Meinung des Landes eine unglaubliche Unklarheit und Unsicherheit, die dringend einer Klärung bedarf. Jedermann fragt, wie denkt denn die Grossherzogliche Regierung in dem schweren Conflikte sich zu verhalten? Was für eine Stellung nehmen wir dazu ein? Es ist das Naturell der Süddeutschen, dass sie leicht ihr Urteil durch Sympathien und Antipathien bestimmen lassen und eher nach dem Drange des Herzens, als nach dem Gedanken des Kopfes Partei ergreifen. Dennoch ist in einer so gefahrvollen Zeit es voraus nötig, dass der Kopf klar bleibe, und die kalte ruhige Erwägung aller Gründe die Richtung bezeichne, welche die Politik einzuschlagen hat. Dann mag auch die Leidenschaft des Herzens mitwirken, um den Entschluss zu vollziehen.

„Bekanntlich habe ich am 9. Dec. v. J., nach dem Rücktritt des Frhrn. v. Roggenbach aus dem Amte, an die Grossh. Statsregierung die Frage gestellt, ob dieser Austritt nicht eine Änderung in der Politik der Regierung bedeute oder zur Folge haben werde? Die damalige Antwort des Statsministeriums war ein entschiedenes Nein. Seither hat meines Wissens auch das Statsministerium keinen Schritt gethan, welcher mit der damaligen Zusage nicht in Übereinstimmung wäre. So viel ich sehe, verfolgt das Statsministerium heute noch im Allgemeinen die liberale und nationale Richtung, welche die Periode seit 1860 charakterisiert. In einer Beziehung nur ist die öffentliche Meinung etwas unsicher geworden, und scheint es mir wünschenswert, dass das Ministerium sich ausspreche und die Zweifel beseitige. Ich bedauere, dass der Herr Minister des Auswärtigen nicht anwesend ist, um die Gerüchte widerlegen zu können, welche nun einmal über seine poli-

tische Neigung und Richtung umlaufen. Ich kann meine Augen vor der Thatsache nicht verschliessen, dass seit längerer Zeit und fortwährend beharrlich die ganze deutsche Presse ausser Baden, und sogar die von der Diplomatie inspirierte Presse behauptet, Herr v. Edelsheim befolge in der äusseren Politik eine geradezu entgegengesetzte Richtung, als Herr v. Roggenbach. Insbesondere suche er beharrlich, so weit als möglich sich in Verbindung mit den Mittelstaten an die Politik Österreichs anzuschliessen. Ich weis nicht, ob diese Angaben der Presse begründet sind oder nicht. Ich durfte sie aber heute nicht verschweigen, trotzdem nicht, als es mir persönlich unangenehm ist, sie zur Sprache zu bringen, und konnte um so weniger darüber hinweggehen, als Herr v. Edelsheim doch später sich erklären kann. In welcher Lage sich gerade die politischen Freunde des Ministeriums zuweilen fühlten und, wenn jene Behauptungen richtig sind, fühlen müssen, kann ich am besten in einem Bilde verdeutlichen. Ein europäischer Reisender hat ein Schiff bestiegen, welches nach Newyork fuhr. Die Fahrt ging glücklich von statten. Als man sich Amerika zu nähern glaubte, wurde plötzlich der Steuermann gewechselt. Der Reisende fragte den Schiffskapitän: Das wird doch nicht gar eine Änderung des Reiseziels bedeuten? Gewiss nicht, antwortete dieser. Der Reisende ist ganz beruhigt. Aber als er eines schönen Morgens erwacht, sieht er den Golf von Mexiko vor sich. Besorgt fragt er wieder: Wir werden doch nicht etwa in Verakruz statt in Newyork ausschiffen? Es hilft ihm nichts, wenn ihm nun gesagt wird: Der Himmel in Mexiko ist schöner, die Sonne wärmer, die Natur fruchtbarer, die Blumenfülle prächtiger, als in dem rauheren Norden. Sein Reiseziel

war doch nicht die schöne Natur Mexiko's, sondern der Verkehr mit den kalten und arbeitsamen Menschen von Nordamerika. So halte ich auch jetzt eine beruhigende Antwort über die Richtung und die Ziele der Politik unserer Statsregierung für höchst wünschenswert, sogar für notwendig. Je grösser und je gefährlicher die Krisis ist, um so bestimmter muss man wissen, was man will, und auch das Land muss wissen, in welcher Richtung es geführt wird.

„In einem Punkte sind wohl bei uns so ziemlich alle Parteien einverstanden. Wir Alle wünschen Erhaltung des Friedens, wir Alle scheuen die furchtbaren Übel des Krieges. Aber schon darin weichen die Meinungen ab, wo denn die Ursache der Kriegsgefahr zu suchen, und mit welchen Mitteln dieselbe zu verhindern sei. In Süddeutschland ist die Meinung sehr verbreitet, dass die Ursache der Kriegsgefahr wesentlich in einem Manne zu suchen sei, der die Leitung der preussischen Statsgewalt inne habe. Tausende meinen, wenn es gelänge, den Grafen Bismarck aus dem Amt zu entfernen, so wäre der Friede gesichert. Ich gebe zu, dass auf diese Eine Person ein erheblicher Teil der schweren Verschuldung fällt, welche auch eine Ursache davon ist, dass der derzeitige Conflikt eine so kriegerische Gestalt angenommen hat. Aber ich bestreite es, dass dieses oder ein anderes Individuum die alleinige oder selbst die entscheidende Ursache der Kriegsgefahr sei. Auch die Verwickelung der schleswig-holsteinischen Frage halte ich nicht für die tiefste und mächtigste Ursache derselben. Nicht einzelne Personen, nicht einmal der Streit über die Herzogtümer vermögen eine so furchtbare Erscheinung zu erklären, wie dieser drohende Krieg zwischen Österreich

und Preussen ist. Die Grundursache der Kriegsgefahr ist und bleibt die Unnatur der deutschen Zustände, welche absolut einer Umgestaltung bedürfen. Ein Blick auf die Landkarte, eine Überschau über die Geschichte des deutschen Bundes machen es sofort klar, dass die Grundfrage die ist, in welchem Verhältnisse stehen Österreich und Preussen zu Deutschland? Wie sie jetzt sind, können die Dinge unmöglich bleiben. Der Widerstreit der beiden Mächte kann nur durch eine Neugestaltung von Deutschland ein Ende finden, sei es, dass dieselbe durch friedliche Unterhandlung erreicht werde, was unser Aller Glück wäre, sei es, dass der Krieg darüber entscheide. So lange diese Neugestaltung nicht vollzogen ist, so lange dauert die Kriegsgefahr fort, gleichviel ob sie heute vertagt werde oder nicht.

„Wenn aber der Krieg zwischen den beiden deutschen Mächten wirklich ausbrechen sollte, trotz unserer Friedensliebe und obwohl wir für den Frieden gearbeitet haben, dann entsteht für uns die Frage: Sollen wir für eine der beiden Mächte Partei ergreifen, sei es für Österreich oder für Preussen? Nach meiner Meinung dürfen wir uns keiner von beiden anschliessen.

„Wir können und dürfen, wie die Dinge zur Zeit stehen, nicht für Preussen Partei ergreifen. Wir sind weder einverstanden mit den Wegen und Mitteln der preussischen Politik, welche zu dem gegenwärtigen Conflikte geführt haben, noch sind uns die Ziele der preussischen Politik so klar, dass wir uns dafür begeistern können. Unsere Lage im Südwesten von Deutschland, welche diesmal freilich glücklicher ist, als die der meisten anderen deutschen Staten, nötigt uns überdem, auf die süddeutsche

Stimmung Rücksicht zu nehmen. Der Graf Bismarck aber steht seit Jahren mit der öffentlichen Meinung auf einem sehr gespannten Fusse. Er hatte derselben vor Jahren seine Verachtung allzu scharf und höhnisch gezeigt, als dass sie das leicht hätte vergessen können. Dafür hat ihm die öffentliche Meinung mit dem reizbarsten Misstrauen und dem leidenschaftlichsten Hasse reichlich vergolten. Diese Nichtachtung der öffentlichen Meinung ist in Deutschland noch gefährlicher, als anderwärts, weil die Deutschen mit Vorliebe und Eifer moralische Kritik üben und noch sehr wenig gewöhnt sind, politisch zu denken. Daher ist denn die Leidenschaft jenes Hasses so gross, dass ganz verständige Männer plötzlich alle Besinnung verlieren, wenn sie nur an den Namen Bismarck erinnert werden, und die Dinge nicht mehr sehen, wie sie sind. Dann kommt es ihnen vor, als stehe ein Ungeheuer vor ihnen mit einem weit geöffneten Rachen, gierig, sie sämtlich zu verschlingen. Aus lauter Furcht vor Bismarck stürzen sie dann blindlings mitten in die Gefahren hinein, vor denen sie sich fürchten. Wenn wirklich es der Wahlspruch des Geschlechtes Bismarck und dieser Wahlspruch auch wahr ist: „Viel Feinde, viel Ehr", so darf man keck behaupten, es gibt keinen Mann in Deutschland, auf dessen Haupt sich mehr Ehren häuften, als den Grafen Bismarck; denn keiner hat mehr Feinde. Die öffentliche Meinung urteilt ganz besonders rasch und keck ab über ungewöhnliche Menschen, und doch ist nichts schwerer, als in der Seele ungewöhnlicher Menschen richtig zu lesen. So ganz unmöglich ist es doch nicht, dass sich die öffentliche Meinung auch über den Grafen Bismarck täuscht, wie sie schon oft sich getäuscht hat. In einem Punkte wenigstens hat sie sich sicher ge-

täuscht. Sie hat den Grafen Bismarck für den Typus gehalten aller Reaction, für den ausgesprochensten Vertreter der feudalen Partei und des preussischen Junkertums. Die Kreuzzeitung dürfte doch diese Vorstellung berichtigen. Nichts ist gewisser, und Jeder kann sich in der Kreuzzeitung davon überzeugen, die ächten Reactionäre, Feudalen und Junker haben gegen den Grafen Bismarck ein fast ebenso grosses Misstrauen, als die liberale Partei, und vielleicht keinen geringeren Hass. Sie sehen in ihm den Zerstörer des Feudalismus und der Legimität und den Buhlen der Revolution.

„Möglich wäre es freilich, dass für jetzt die Entferuung des Grafen Bismarck aus dem Amte eine Verständigung mit Österreich zuwege brächte. Schon hat Herr v. Gerlach die Weisheit des ersten Olmütz gepriesen. Käme die Junkerpartei, welche hinter Bismarck auf seinen Fall lauert, an's Ruder, und sie hätte die grössten Chancen, dann käme auch ein zweites härteres Olmütz, und aus diesem faulen Frieden würde eine weit ärgere und gewaltthätigere Reaction hervorgehen, als nach dem ersten Olmütz, eine Reaction, der auch wir in Baden uns nicht zu erwehren vermöchten.

„Aber es handelt sich schon lange nicht mehr um den Grafen Bismarck, sondern um den preussischen Stat, der den Grafen Bismarck überleben wird. Es ist nun einmal unbestreitbar, dass die Neugestaltung von Deutschland nur mit Preussen möglich ist, ohne Preussen niemals. Die Mission des preussischen States für Deutschland bleibt, wenn auch die Ministerien in Preussen wechseln. Die Pflichten, welche auf dem preussischen Volke liegen, und die schweren Lasten, die es zu tragen hat, sind in unleugbarem Zu-

sammenhang mit den Aufgaben für Deutschland, welche Preussen zu vollziehen hat. Preussen und Deutschland stehen und fallen zusammen, sie lassen sich niemals trennen. Preussen ist ein moderner Stat, dessen Grösse ohne Deutschlands Grösse nicht zu denken ist. Diese Notwendigkeit der Verhältnisse wird immer entschiedener hervortreten und zuletzt durchdringen. Diese Notwendigkeit wird auch einen Umschwung in der preussischen Politik erzwingen. So energisch und thatkräftig der Graf Bismarck sein mag, ohne Frieden mit dem preussischen Volk und ohne Verständigung mit der deutschen Nation ist die Mission Preussens nicht durchzuführen. Weder die Gewalt allein, im Widerspruch mit dem Volkswillen, noch der Volkswille ohne die Statsgewalt vermögen es. Erst von dem Augenblick an, wo beide zusammengehen, ist die Erreichung des Zieles möglich. Das ist der innerste Kern der Frage.

„Vorerst hält Preussen, dessen gespaltener Leib unnatürlich durch Norddeutschland hingestreckt ist, das ganze in sich zerklüftete Norddeutschland zusammen. Beide sind in einander verschlungen und zunächst auf einander angewiesen. Und es ist wahrhaftig nicht billig, dass Preussen allein alle Lasten dieses Zusammenhaltes trage und dafür noch bei jedem Schritte auf Schwierigkeiten in seiner Bewegung stosse. Aber auch wir sind und nicht bloss durch den Zollverein und unsere wirtschaftlichen Interessen, sondern ebenso durch unsere Kultur und unsere politischen Interessen mit Preussen dauernd verbunden. Auf dem State Preussen ruht die Hoffnung, ruht die Zukunft von Deutschland. Wir im Süden von Deutschland können einstweilen bei der Unklarheit der Situation und der Ziele uns zurückhalten von einer Parteinahme für Preussen, aber

niemals dürfen wir mitwirken, dass Preussen erniedrigt oder gar, wie es bereits laut gefordert wird, Preussen vernichtet werde, und mit Preussen die Zukunft von Deutschland.

„Wir können daher unmöglich mit Österreich zu Felde ziehen wider Preussen. Mit Österreich gehen, das heisst im jetzigen Augenblick gegen Preussen marschieren. Auch Österreich hat eine Aufgabe vom Schicksal empfangen, aber von ganz anderer Art. Wie Preussen ein moderner Einheitsstat, so ist Österreich ein mittelalterlicher, aus den verschiedensten Nationalitäten und Fürstentümern zusammengefügter Stat. Die Grösse Österreichs gehört noch dem Mittelalter an. Seine Ideen sind die der vergangenenen Zeiten. Für Österreich wider Preussen in's Feld ziehen, das heisst wider die Strömung der Weltgeschichte gehen, das heisst für die Vergangenheit wider die Zukunft kämpfen. Preussens Mission ist notwendig die liberale, Österreichs Aufgabe notwendig die konservative. Aber Manches, was früher zu conservieren ein Interesse hatte, ist bereits abgestorben und in der Auflösung, der Verwesung verfallen. Sollen wir auch dafür uns bewaffnen?

„Der leidenschaftliche Preussenhass, der nicht ohne schwere Schuld der gegenwärtigen preussischen Regierung wieder in vielen Süddeutschen entzündet worden ist, hat bereits wunderliche Ausgeburten der Tollheit veranlasst. In dem württembergischen Statsanzeiger ist nämlich der deutsche Stat Preussen als ein grosser Slavenstat bezeichnet und der Schwerpunkt von Deutschland nach dem Süden verlegt worden. Ich verwundere mich nicht mehr, wenn dem Slavenstat Preussen der rein-deutsche Stat Österreich entgegengesetzt wird. Inzwischen haben aber die That-

sachen doch auch noch ihr Gewicht. Von den 19¼ Millionen Preussen sind nur 2½ Millionen Slaven und fast 17 Millionen Deutsche. In Österreich sind nicht völlig 8 Millionen Deutsche mit 15 Millionen Slaven, 5 Millionen Magyaren, 5½ Millionen Romanen und 1 Million Juden verbunden. Diese Thatsache ist durch keine Parteiverblendung zu beseitigen. Aus ihr folgt mit Notwendigkeit, dass die Aufgabe der österreichischen Regierung nicht die deutsche sein kann, sondern die, für die Völker des Ostens zu sorgen, sein muss. Erhaltung dieses Völkerconglomerats ist die erste Aufgabe Österreichs, Entwickelung des modernen Lebens die Mission Preussens. In Berlin haben sie zuweilen ganz verschrobene Theorien erdacht. Wenn man die Terminologie Stahl's anwendet, so bedeutet Preussen die Revolution, und Österreich die Legitimität; denn Stahl heisst alle Entwickelung, allen Fortschritt, alle liberalen Ideen und Bestrebungen, die ganze Atmosphäre, in der allein der preussische Stat leben kann, Revolution und alle alten kirchlichen und dynastischen Überlieferungen Legitimität. Preussen bedeutet Neugestaltung von Deutschland, Österreich bedeutet künstliche Erhaltung der gegenwärtigen Bundeszustände.

„Wenn wir also nicht mit Preussen und noch weniger mit Österreich an dem Kriege teilnehmen können, was bleibt uns dann Anderes übrig, als die Neutralität in dem Kampfe der beiden Grossstaten? Ich habe mich gefreut wahrzunehmen, dass Bayern eine besonnenere Haltung in der letzten Zeit eingenommen hat. Bayern ist, wie der ganze Süden, in der glücklichen Lage, sich zunächst jeder Teilnahme am Kriege enthalten zu können. Die Neutralität ist Bayerns, wie des ganzen Südens natürliche und daher richtige Politik.

Die norddeutschen Staten sind nicht so glücklich gelegen. Wir können das nicht ändern und dürfen nicht unsere vorteilhafte Lage verderben lassen. Wenn Bayern diesmal die Zeit und deren Gunst versteht, wenn Bayern die Neutralität des Südens wahrt, unterstützt von den übrigen süddeutschen Staten, seinen freien Bundesgenossen, dann bleibt unser Wohlstand geschützt, werden unsere Kräfte geschont und wir bewahren uns eine bedeutsame Stimme für die endliche Neugestaltung von Deutschland. Die Neutralität der Südstaten ist ebenso das Interesse dieser, wie das Interesse Deutschlands. Sie ist auch die einzig vernünftige und zweckmässige Politik im Verhältnis zum Ausland. Das sollte doch jedem politischen Kopf sofort klar sein. Alle Gefahren, welche uns vielleicht von Westen her drohen, vermindern sich, wenn der Süden von Deutschland neutral und infolge dessen der Westen von Deutschland von dem Kriege wesentlich verschont bleibt, wenn der Krieg im Osten localisiert wird. Alle diese Gefahren wachsen ungeheuer, wenn der Süden nachgeschleppt wird in den Krieg mit Preussen.

„Auch für die Neutralität muss man gerüstet sein. Aber diese Rüstungen können mässig und sie dürfen nicht offensiv sein. Wir dürfen uns nicht hinreissen lassen, den Krieg zu schüren. Auch unter uns gibt es hitzigere Elemente, und es scheint, die württembergische Regierung drängt zum Vorgehen. Schon seit Langem wird mit allen Mitteln der Diplomatie und der Intrigue an einer Koalition gearbeitet der Mittelstaten zum Anschluss an Österreich gegen Preussen. Es ist schon so weit gekommen, dass das 8. Armeekorps zusammengezogen und einem österreichischen General zur Verfügung gestellt werden soll.

Dann ist unser Land in der Gewalt der österreichischen Politik, und was das heute bedeutet, das sollte wenigstens der liberalen Partei nicht mehr zweifelhaft sein. Vor so nahen und so dringenden Gefahren für unser Land muss man die Augen offen halten.

„Defensivrüstungen dagegen scheinen mir angezeigt: und da würde ich weiter gehen, als Viele. Im Interesse der Landesverteidigung und um zu verhindern, dass nicht willkürlich über das Grossherzogtum Baden disponiert werde, wie über ein herrenloses Gebiet, das bequem als Entschädigungsmaterial verwertet wird, sollte die Wehrkraft des Volkes ausgebildet und erhöht werden. Es würde gar nicht schaden und wenig kosten, wenn einstweilen die jungen Männer, ohne ihrem Beruf entfremdet zu werden, dennoch in allen Bezirken täglich ein paar Stunden und an Sonntagen mehr eingeübt würden. Es wäre so schwer nicht, um den Kern unseres Heeres her eine Volks- und Landwehr anzureihen und die bewaffnete Verteidigungskraft des Landes auf 40,000 bis 50,000 Mann zu steigern. Das kann in Verbindung mit unserer günstigen Lage unter Umständen völlig ausreichen, um das Land vor einer fremden Besitznahme zu retten.

„Wird aber die Neutralität als die richtige Politik erkannt, so muss man auch am Bundestage dieselbe sorgfältig beachten. In dieser Hinsicht bedauere ich, dass bei der letzten Abstimmung Baden geholfen hat, eine Mehrheit zu bilden. Der Bundesbeschluss klingt zwar sehr unverfänglich und hat eigentlich, besonders nach der Erklärung Bayerns, wenig auf sich. Aber die Spitze desselben war doch gegen Preussen gerichtet, und das ist in einem kritischen Augenblick gefährlich. Wollte man ernstlich neutral

sein, so war es nicht schwer, an die beiden Parteien dieselbe Anfrage zu richten, und sowohl Preussen als Österreich und Sachsen zum Frieden zu mahnen. Das scheint mir überhaupt eine sehr grosse Gefahr, dass allmälich durch scheinbar unschuldige und unvorgreifliche Bundesbeschlüsse eine wirkliche Feindseligkeit eingeleitet und der beabsichtigten Koalition, die zum Kriege reift, Vorschub geleistet werde. Man kann so unvermerkt in den Krieg hineingleiten, während man die Absicht hat, den Krieg zu verhindern und zu vermeiden.

„Es ist überhaupt eine wunderliche Sache um die Formen des Bundestages und des Bundesrechtes. Im normalen Zustande freilich und bis eine neue Verfassung erreicht ist, wird man sich sorgfältig dem bestehenden Bundesrechte unterordnen müssen. Aber dasselbe ist doch so beschaffen, dass eine absolute Geltung desselben von Niemanden behauptet wird, der noch gesunden Sinn hat. Erlauben Sie mir, da auch in dieser Hinsicht oft seltsame Meinungen gehört werden, wenigstens zwei Beispiele zu erwähnen, an denen sich der Wert des formellen Bundesrechtes bei anormalem Gebrauch ermessen lässt. Die Einrichtung der beiden Versammlungen im Plenum und im engen Rat ist so beschaffen, dass möglicherweise im Plenum Österreich, Preussen, Bayern, Sachsen und Hannover zusammen mit 20 Stimmen gegenüber einer Zweidrittelmehrheit von 48 Stimmen der übrigen deutschen Staten in der Minderheit bleiben können, und dass im engeren Rat eine Mehrheit von 9 Stimmen, aus lauter Kleinstaten mit zusammen nicht einmal 5 Millionen Bevölkerung, einer Minderheit befehlen kann, in welcher sich Österreich, Preussen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Hannover, Baden und

die beiden Hessen mit 8 Stimmen, aber einer deutschen Bundesbevölkerung von über 40 Millionen und einer Gesamtbevölkerung von 70 Millionen zusammenfinden. Ich denke, es ist doch Jedermann klar, auch wenn er noch so juristisch korrekt denkt und noch so sehr die Rechtsform verehrt, dass eine solche Mehrheit einfach ausgelacht würde, wenn sie Ernst machen wollte. Das formelle Bundesrecht existiert aber nur unter der stillschweigenden Voraussetzung, dass man es nicht wider den Willen der Grossmächte im Bunde zur Anwendung bringe. Kein Bundesbeschluss ist ausführbar, wenn eine der beiden Grossmächte in der Minderheit und ernstlich entschlossen ist, sich nicht zu fügen. Es ist die natürliche Schranke alles öffentlichen Rechtes, dass es nur so lange und nur so weit gilt, als es ausführbar ist.

„Das andere Beispiel ist das: Alle Welt ist einig, sämtliche Regierungen der deutschen Staten haben es erklärt, dass die gegenwärtige Bundesverfassung unhaltbar geworden sei und dringend einer Reform bedürfe. Diese Bundesreform aber ist, wenn das formelle Bundesrecht absolut gelten sollte, eine Unmöglichkeit; die deutsche Nation muss in dem alten Bundesrecht verharren und darin zu Grunde gehen; denn das Bundesrecht fordert Einstimmigkeit für alle Bundesreformen, und diese ist niemals zu erzielen.

„Es kann also, wenn wir im Frieden leben wollen, das Bundesrecht nicht maassgebend sein in den anormalen Fällen, wo es zwischen den deutschen Grossmächten zum offenen Bruche kommt, oder wo die Bundesverfassung selbst umgebildet werden muss. Also Neutralität während des Krieges der beiden Grossmächte, so lange als möglich, aber

nicht mehr Neutralität, wenn es zur Neugestaltung des Bundes kommt, d. h. wenn das Ziel vor Augen steht, nach dem alle patriotischen Gedanken hinstreben und alle Gemüter sehnsüchtig verlangen. Dann aber wird nicht bloss die innere Schwierigkeit, es wird auch die äussere zu beachten und zu überwinden sein. Sie wissen, der vormalige Minister und jetzige Abgeordnete Thiers hat das im gesetzgebenden Körper zu Paris zur Sprache gebracht in einer von Vielen bewunderten und lebhaft beklatschten Rede. Die Rede ist glänzend in der Form, und sie ist zugleich der Ausdruck der Meinungen, wie sie in den politisierenden Bürgerkreisen von Paris in Umlauf sind. Aber wenn man auf den Kern der Rede sieht, so ist sie klein, niedrig, sogar verächtlich. Indem Herr Thiers die Eroberung der Elbherzogtümer kritisierte, hat er manches Wahre gesagt. Indessen wir Deutsche lassen uns alle die zum Teil gerechten Einwände, welche gegen die Legitimitiät der Rechtstitel und den Weg zu der Besitznahme erhoben werden können, nicht zu sehr anfechten. Wir halten uns an das grosse Recht einer Nation, ihre unterdrückten Brüder zu befreien. Wir freuen uns darüber, dass zum ersten Mal seit Jahrhunderten endlich wieder Deutschland eine active Politik selbständig getrieben hat und mit Erfolg betrieben hat. Das ist aber nicht der eigentliche Kern der Rede von Thiers. Der Grundgedanke derselben ist: Frankreich ist ein grosser und mächtiger Stat, Frankreich hat Einheit des Willens und Freiheit der Action. Aber damit Frankreich ein mächtiger Stat bleibe, müssen seine Nachbarn Italien und Deutschland ohnmächtig, zerrissen, gebunden bleiben. Herr Thiers schämte sich nicht, heute noch diese Plattheit als politische Weisheit zu verkünden,

und ein grosser Teil der Versammlung schämte sich nicht, dieser Erbärmlichkeit ihren Beifall zu spenden. Was würde man von einem Menschen sagen, der sich seiner gesunden Glieder, seines hellen Kopfes und seiner kräftigen Arme rühmt, aber hinzufügt: Selbstverständlich kann ich diese Eigenschaften nur behalten, wenn ich neben einem Buckligen, einem Lahmen und einem Blödsinnigen stehe! Wenn der Kaiser Napoleon diese Rede für eine Schmach ansah, so hatte er dazu volles Recht. So niedrig denkt Napoleon nicht, weder von Frankreich, noch von den anderen Völkern. Er versteht es besser, das Verlangen anderer Nationen zu würdigen, das beweisen sein Verhalten gegen Italien und seine ganze Handelspolitik. Ein rechter Stat erschrickt nicht, wenn neben ihm auch rechte Staten bestehen. Die Völker sind nicht berufen, einander in der Entwickelung zu hemmen, sondern in edlem Wetteifer mit einander zu arbeiten an den grossen Aufgaben der Civilisation und der Humanität. Jene Politik des kleinlichen Neides und eines erbärmlichen Hasses ist eine veraltete, unwürdige Politik. Es ist die Politik, welche Herr Thiers repräsentiert, und wir haben Ursache, nicht unzufrieden zu sein, dass die Leitung von Frankreich nicht mehr in den Händen des Herrn Thiers, sondern eines Statsmannes ist, der grösser denkt und weiss, dass der Friede und die Wohlfahrt der Völker nicht möglich ist, wenn nicht ihre gerechten Verlangen zeitgemäss erfüllt werden.

„Aber mögen die Franzosen denken wie sie wollen. Davon machen wir unsere Politik doch nicht abhängig. Wir haben unser eigenes nationales Bewusstsein und werden uns nur von diesem bestimmen lassen. Wir sind auch kräftig genug, uns selber zu helfen. Die deutsche Nation

ist noch in einem starken körperlichen und geistigen Wachstum begriffen. Wir geben jährlich über hunderttausend Menschen an andere Weltteile ab, und trotzdem nimmt unsere Bevölkerung fortwährend weit erheblicher zu, als die französische, welche fast gar nicht auswandert. Ich fürchte also auch jene französischen Gelüste nach dem deutschen Rheine, welche Herr Thiers auch vor einem Vierteljahrhundert aufreizte, nicht so sehr. Auch die Franzosen und Paris haben ein Interesse an dem Frieden, nicht bloss wir; auch sie müssen die Kriege mit uns fürchten. Wir wären sogar im Stande, wieder zu holen, was wir in einem unglücklichen Augenblick vielleicht verlieren müssten.

„Wer immer uns an unserer notwendigen Entwickelung verhindern will, mit dem haben wir es zu thun, und wer er sei, wir fürchten ihn nicht. Das ist die ächte liberale Aufgabe der Zeit. In der Rede des Herrn Thiers sehe ich nichts Liberales. Wenn jene erbärmliche Politik liberale Politik wäre, dann würde ich den Namen eines Liberalen mit Verachtung von mir werfen.

„Also lassen wir uns nicht beirren. Arbeiten wir rüstig vorwärts an der Neugestaltung des Bundes. Dafür brauchen wir das Parlament. Preussen hat es angeboten, greifen wir zu und lassen wir uns nicht zurückschrecken durch Angst vor dem gefährlichen Manne, der uns das Angebot übermittelt hat. Vertrauen wir auch etwas den eigenen Kräften. Es wäre ja das kläglichste testimonium paupertatis, wenn die Liberalen aus lauter Furcht vor Bismarck sich nicht getrauten, mit dem Lenker der preussischen Statsgewalt über die Bundesreform zu verhandeln. Die deutsche Reform ist grösser als irgend einer, der sie einleitet oder an ihr mithilft. Für dieses grosse Ziel setzen

wir alle unsere Kräfte ein. Das ist das Werk, das wir nie aus den Augen verlieren dürfen.

„Ich erlaube mir daher, folgenden Antrag zu stellen:

die Erste Kammer wolle sich über die politische Haltung Badens im Zerwürfnisse zwischen den beiden deutschen Grossmächten dahin aussprechen:

1) Unsere erste Pflicht ist, auf Erhaltung des Friedens hinzuarbeiten. Kommt es dennoch zum Kriege zwischen den beiden Mächten, so ist es unser dringendes Interesse und zugleich ein günstiges Moment für die spätere Herstellung des Friedens, dass wir keiner der beiden Mächte in den Krieg folgen, sondern uns möglichst lange neutral verhalten und versuchen, uns für diese Neutralität mit den übrigen süddeutschen Staten zu verständigen.

2) Diese Haltung darf nicht durch Kriegsrüstungen von offensivem Charakter verdorben, und es dürfen nicht unsere Volkskräfte ohne Not und voreilig aufgezehrt werden. Wohl aber ist die Wehrkraft des badischen Volkes zum Zwecke der Verteidigung des Landes inzwischen auszubilden und zu erhöhen.

3) Ebensowenig darf diese Haltung durch Abstimmungen am Bundestage, welche in ihren Folgen zum Kriege führen, gefährdet werden. Wenn auch Baden seine Bundespflichten jederzeit treu erfüllt hat und ferner erfüllen wird, so kann es doch unmöglich das formelle Bundesrecht in dem Momente noch als oberstes Gesetz betrachten, in welchem die ganze Existenz der gegenwärtigen — allseitig als unhaltbar erkannten — Bundesverfassung selbst in Frage steht und ein Bruch zwischen den beiden deutschen Grossmächten die Grundbedingungen zerstört, auf welchen das derzeitige deutsche Bundesrecht ruht. Vielmehr wird

sich für diesen Fall Baden seine freien Entschliessungen als selbständiger Stat vorbehalten müssen.

4) Deutschland weiss, dass der Grossherzog von Baden und sein treues Volk jederzeit bereit sind, zu einer Umgestaltung des deutschen Bundes mitzuwirken, welche dem deutschen Volke eine einheitliche politische Action und zugleich die Freiheit der nationalen Entwickelung sichert. Zu diesem Behuf ist der Vorschlag Preussens auf Berufung eines deutschen Parlaments nachdrücklich zu unterstützen."

Die Erste Kammer kam an diesem Tage zu keinem Beschlusse. Das Ministerium verlangte Vertagung, bis von Edelsheim anwesend sei, und diese musste zugestanden werden. Inzwischen gingen die Ereignisse darüber hinweg. Ich ward nun aber wegen dieser Rede einer heftigen Verfolgung der Presse ausgesetzt. Die Angriffe wurden hauptsächlich von den demokratischen Particularisten unternommen und von der ultramontanen Presse unterstützt.

Weil ich gewagt hatte, dem allgemeinen Verdammungsurteile gegen Bismarck ein Fragezeichen entgegenzusetzen und zu nochmaliger Überlegung aufzufordern, wurde ich nun „Bismarck" gescholten. Selbst an der Universität wurden die Studierenden, freilich ohne Erfolg, gegen mich zu verhetzen gesucht. Die Verläumdungen und Entstellungen wurden so arg, dass ich mich genötigt sah, in der Kammer selbst eine Erklärung dagegen abzugeben. Es wiederholte sich, in modificierter Fassung, der Scandal des Weimarer Abgeordnetentages. Ich habe aber auch damals wieder erfahren, dass alle Schmähartikel, so widerwärtig sie im Moment empfunden werden und so schädlich sie für einige Zeit wirken mögen, doch nicht die

Macht haben, die Ehre eines aufrichtigen Charakters dauernd zu verdunkeln. Das Präsidium der Kammer, Prinz Wilhelm, dankte mir für meine offene Erklärung und sprach im Namen der ganzen Kammer die Anerkennung und ausgezeichnete Achtung meiner Person und meiner Wirksamkeit aus.

Als ich einige Tage nach meiner Rede zu dem Sechsunddreissiger Ausschuss nach Frankfurt kam, fand ich die Stimmung der Abgeordneten weniger kriegerisch, als ich erwartet hatte. Nur die Frankfurter und die anwesenden Abgeordneten von Schleswig-Holstein verwarfen jede Neutralität der Südstaten als Verrat und forderten Krieg gegen die preussische Regierung. In Frankfurt hatten sich die Besitzer österreichischer Papiere mit den Demokraten verbündet. Die Demokraten waren überall partikularistisch und antipreussisch gesinnt. Von Österreich hofften sie eher eine gemütliche Anarchie. Trotzdem erklärte sich auch der Abgeordnetentag, der am 20. Mai in dem Saalbau zusammentrat, mit sehr grosser Mehrheit gegen den Bürgerkrieg und für eine neutrale Haltung von Südwestdeutschland. Die Badener, Hessen und Nassauer gaben den Ausschlag. Die Preussen waren nur schwach vertreten, unter 235 Abgeordneten nur 18. Die gährenden Leidenschaften zeigten ihr wildes Antlitz teils durch mehrere Kanonenschläge, welche während der Beratung in dem starkbesetzten Saal — das Publikum hatte Zutritt — unvermutet losgefeuert wurden, teils auf einer Volksversammlung, die gleichzeitig abgehalten wurde.

In Heidelberg war es damals auch nicht geheuer. Wenn ich von Karlsruhe nach Hause kam, so wurde ich oft von feindlichen, oder von scheuen Blicken begleitet.

Auch ein Mordanschlag auf meine Person, der „besser ausgeführt werde, als der des jungen Blind gegen Bismarck", ward mir schriftlich angemeldet. Die Drohung, dass meine Wohnung gestürmt werde, kam mir von verschiedenen Seiten zu. Aber in Heidelberg hatte ich auch Freunde. Die Schützen liessen mir erklären, dass sie, wenn irgend eine Gefahr drohe, sofort mit den Waffen mir zu Hilfe kommen werden. Ich habe nachher erfahren, dass sie in mancher Nacht, während ich ruhig schlief, patroullierten. Auch in der Feuerwehr hatte ich manche Gönner. Ich verspürte damals die stille Wirksamkeit der Freimaurer zu meinen Gunsten. Das freilich war mir klar: Wenn Österreich über Preussen siegte, dann war meine Stellung an der Universität unhaltbar, und ich konnte nicht länger in Baden bleiben. Für alle Fälle hatte ich mir einen längeren Urlaub geben lassen, machte aber keinen Gebrauch davon, sondern blieb ruhig in Heidelberg und setzte meine Vorlesungen fort.

Auch unter den Professoren sah es scheu aus. Die Mehrzahl stand auf Seite der Bundesmehrheit und Österreichs, einige preussische Collegen wagten nicht, sich offen für Preussen zu erklären. Am meisten befremdete mich, dass Schenkel sich laut und heftig für den Krieg gegen Preussen aussprach. Er nahm es der badischen Regierung übel, dass sie nicht schon in der Sitzung des Bundestages vom 14. Juni mit der Mehrheit gegen Preussen gestimmt, sondern sich der Stimme enthalten habe, und prophezeite mit stolzer Zuversicht den erwünschten Sieg Österreichs und des Bundes. Der gerechte Unwille über die kirchliche Politik des Berliner Oberkirchenrates verblendete ihn so sehr, dass er im Ernste wähnte, der Protestantismus würde

nur gewinnen können, wenn das katholische Haus Habsburg die protestantischen Hohenzollern überwältigte. In der theologischen Facultät herrschte Schenkel. Nur Holtzmann und Nippold waren auf Seite der nationalen Bewegung mit Preussen. Vangerow hatte ein geteiltes Herz. Politisch hielt er zu Preussen, aber sein Sohn war in der österreichischen Armee. Häusser lag krank und war anfangs sehr besorgt, die Preussen wagen zu viel, indem sie in Böhmen einrücken. Die Schlacht von Königgrätz nahm ihm die Furcht vom Herzen. Nun war er glücklich darüber, dass endlich Deutschland von der schweren Last des österreichischen Druckes befreit worden.

Während des Krieges brachte ich die meiste Zeit auf dem Museum zu, wo sich einige wenige tapfere Männer täglich zusammenfanden und die Ereignisse sorgfältig beobachteten. Dazu gehörten Professor Holtzmann, Professor Cantor, der jederzeit genau angeben konnte, wo gerade die einzelnen preussischen Regimenter standen, die Brüder Pagenstecher, Dr. August Eisenlohr. Die anfänglichen falschen Siegesbulletins der Österreicher wurden dann kritisch erwogen und mit sicheren Angaben über die Märsche der Armeen verglichen. Wir wurden sehr bald die Lügen gewahr. Aber auch wir wurden durch die unerhörte Kürze des Feldzugs und die überwältigenden Siege des preussischen Heeres überrascht. Am 16. Juni hatte die preussische Armee zuerst die sächsische Grenze überschritten, und schon am 3. Juli war der Feldzug durch den Sieg bei Königgrätz entschieden. So rasch hatten die Franzosen und Italiener in der Lombardei nicht und entfernt nicht so entschieden über die österreichische Armee gesiegt. Wir begriffen es, dass man in Paris „Beklemmungen“ verspürte.

Es hatte einen Moment sich eine neue Wetterwolke an dem Horizonte von Westen her gezeigt. Napoleon III. schien geneigt, sich einzumischen, zunächst indem er von Österreich Venetien an sich abgeben liess, um es dann an Italien wieder zu vergeben und so sich das Patronat über Italien zu sichern. Ich besuchte nun Gervinus, der auffallenderweise wie die Meisten für den Bund und Österreich Partei ergriffen hatte, weil er es Bismarck nicht verzeihen konnte, dass dieser nach seiner eigenen Art und nicht nach dem Concepte von Gervinus Deutschland durch Preussen einigte. Ich stellte ihm vor, wenn der Krieg mit Frankreich drohe, müssen alle Deutschen zusammenstehen, gleichviel ob sie in der deutschen Frage verschieden dächten. Ich ersuchte ihn, mit mir zu diesem Zwecke zusammenzuwirken und von Heidelberg aus einen Aufruf zu gemeinsamer Action zu erlassen. Ich meinte, die Vaterlandsliebe werde den Parteieifer und die Parteieitelkeit überwinden. Er lehnte aber jede Teilnahme ab, indem er sich nun aller Action enthalte, und beklagte sich lebhaft über die unritterliche Kriegführung der Preussen, welche mit ungleichen Waffen gefochten und die Überlegenheit ihres Zündnadelgewehres zur Besiegung Österreichs benutzt haben! Solche wunderliche Blasen stiegen damals in den erregten Gemütern auf.

Wir hatten in Heidelberg ein Nest von Demagogen, die sich anfangs sehr frech gebärdeten und sich offenbar als Mitglieder des künftigen revolutionären Wohlfahrtsausschusses fühlten, Seinguerlet, Freese, Brüggemann, Grün. Es war für uns eine unheimliche Zeit. Die Schlacht von Königgrätz änderte auf einmal die Scene. Die roten Journalisten verliessen uns, die drohenden Mienen wurden glätter

und freundlicher. Die Stimmung in den Massen schlug gänzlich um. Manche bekannten nun redlich, dass ich, als ich meine viel angefochtene Rede vom 14. Mai gehalten, die Zustände richtiger beurteilt habe, als sie und die Meisten.

Ich schrieb während des Krieges, am 23. Juni einen ausführlichen Brief an Dubs über meine Auffassung der Lage, der so klar und entschieden ist, dass er wohl hier eine Stelle verdient.

Heidelberg, 23. Juni 1866. „Gestatten Sie mir, meine Auffassung von dem jetzigen Kriege Ihnen in einigen Zügen etwas schärfer zu zeichnen, als ich es zuvor gethan. Sie stimmt freilich mit dem Bilde wenig überein, das man sich in der Schweiz macht, und noch weniger mit den in Süddeutschland aufgeregten Volksgefühlen.

„Nach meiner Ansicht ist der gegenwärtige Krieg nichts anderes, als die deutsche Revolution in Kriegsform, geleitet von oben, statt von unten, der Natur der Monarchie gemäss.

„Der deutsche Bund, für den sich jetzt Süddeutschland erhebt, ist der Niederschlag der dynastischen Bildungen des Mittelalters, nichts als eine Garantie, welche sich die deutschen Fürsten unter dem Protectorat früher Österreichs und Preussens, später Österreichs sogar gegen Preussen wechselseitig gewähren. Die deutsche Nation hat demselben keinen Fortschritt zu verdanken, wohl aber die Hemmung jeder nationalen Entwickelung zuzuschreiben. Die alte Tagsatzung von 1848 in der Schweiz besass doch noch die Möglichkeit des Fortschritts, man konnte liberale Gesandte hinschicken. Der Bundestag in Frankfurt hat diese Möglichkeit nicht in sich, denn die deutschen Fürsten

bleiben, und deren Geist ist in der grossen Mehrzahl der Vergangenheit zugewendet. Sie beugen sich vor Habsburg in Erinnerung an das alte Kaisertum und sind wütend, dass einer ihresgleichen, ein Hohenzoller, sich als ihnen übergeordnet gebärden will. Es gibt nur wenige deutsche Fürsten, wie die Thüringischen teilweise, die Grossherzoge von Baden und Oldenburg, die bereit sind, etwas von ihrer Souveränetät für Deutschland hinzugeben. Die übrigen geben lieber Land und Krone preis, als das Geringste auf von der Eitelkeit und Rechthaberei, die ihre Seele füllt. Beweis: Hannover und Kurhessen.

„Ohne die Dynastenverschwörung, deren willfährige Diener die Herren v. Beust, Varnbühler, Dalwigk, Pfordten, [v. Edelsheim (gegen seinen Fürsten)] sind, wäre es vielleicht zum Kriege zwischen Österreich und Preussen, aber zu keinem deutschen Kriege gekommen.

„Europa hat sich verändert. Die übrigen Völker bilden bereits moderne und wesentlich nationale Staten. Deutschland allein, mitten in Europa, ist kein moderner und kein nationaler Stat und wird, wenn es in seinen mittelalterlich-dynastisch-particularistischen Zuständen verharrt, eine Null in Europa und der Prügeljunge für die anderen Mächte bleiben.

„Ein Ansatz, um aus diesem Elend herauszukommen, liegt nur in Preussen. Österreich ist auf die Erhaltung jener verderblichen Zustände angewiesen. Preussen ist trotz allem Junkertum dennoch ein moderner und ein deutsch nationaler Stat. Würde Preussen vernichtet, so wäre es für eine Generation wenigstens aus mit jedem Fortschritt. Wenn Preussen siegt, so siegt es nur, indem es sich not-

gedrungen mit den modernen Ideen verbindet und für diese sein Blut vergiesst.

„Hätte Graf Bismarck ebenso verstanden, die öffentliche Meinung vorher günstig zu stimmen, wie er sie tief verletzt und verbittert hat, so würde das nunmehr auch den Massen längst klar oder doch leicht klar zu machen sein. Allmälich wird nunmehr das den Völkern in Norddeutschland klar, aber im Süden ist es nur einer kleinen Minderheit verständlich, in der freilich die intelligenteren Teile der Bevölkerung sehr stark vertreten sind. Es ist ein grosses Unglück, dass Bismarck zuviel nur auf den König und zu wenig auf das Volk gesehen hat. Dieser Fehler scheint gegenwärtig corrigiert werden zu wollen, aber das ist eben nicht mehr leicht.

„Zur Stunde schon ist Preussen mit Norddeutschland geeinigt, und in Bälde haben wir im Norden einen grossen deutschen Stat, der doch etwas anderes sein wird, als das jetzige unnatürlich gespaltene und zur Grossmacht aufgeschraubte Preussen.

„Den Plan, nach Berlin zu marschieren, Preussen den Frieden zu dictieren, den einzigen Stat, der eine Zukunft hat, zu zerlegen und zu zertrümmern, für den Österreich sich durch die thörichte Versprechung der mittelstatlichen Hilfe zum Krieg hat begeistern lassen, halte ich für Thorheit und bin der Meinung, dass die Weltgeschichte nicht rückwärts, sondern vorwärts geht. Ich sehe mit Hoffnung in die Zukunft.

„Italien und Deutschland können nichts werden, so lange Habsburg über sie herrscht. Die Herrschaft Habsburgs ist und bleibt das grösste Hindernis aller Civilisation. Pfaffen, Dynasten und Ritter würden allenthalben

in Deutschland, voraus im Süden zur Herrschaft kommen, wenn Österreich siegte, und meines Erachtens würde die Schweiz bald merken, dass ein siegreiches Österreich, welches in Süddeutschland Herr wäre, welches Restauration, Legitimität und Ultramontanismus als seine Principien und Tendenzen bekennt, auch auf die Schweiz einen ganz anderen Druck üben würde, als ein Österreich von 1848 bis 1866, das überall unsicher, zurückgeworfen, bedroht war.

„Freilich kann auch ein deutscher Einheits- oder Bundesstat für die Schweiz ein gefährlicher Nachbar werden. Indessen ist das auf die Dauer doch nicht zu verhindern, und es halten sich dann doch vier Grossstaten um die Schweiz her die Wage, was besser ist, als ein restaurativer und zwei moderne. Sodann war in dem preussischen Project dem deutschen Süden, der der Schweiz besonders nahe steht, eine relative politische Selbständigkeit zugestanden, welche auch für die Schweiz beruhigend sein konnte. Ob das, wenn Preussen siegt, noch gestattet wird, ist mir zweifelhaft. Man darf nie vergessen, dass trotz allem Preussenhasse in Süddeutschland viele Preussenfeinde ganz offen erklären: Wenn die letzte Frage an uns kommt, ob wir österreichisch oder preussisch werden sollen, und nichts anderes übrig bleibt, als sich für eins von beiden zu entscheiden, dann „preussisch und nicht österreichisch". Nur die Ultramontanen, und mit Recht, wollen heute schon am liebsten österreichisch werden, für alle anderen bedeutet das geistige Verkommenheit und ökonomischen Ruin.

„Am auffallendsten ist's, dass die rote Demokratie auch für Österreich schwärmt, oder richtiger mit Österreich geht. In der Hoffnung, Preussen zu vernichten, benutzt Österreich diese Menschen und wird sie hinterdrein er-

11*

drücken. Ich kenne nur einen plausiblen Grund für jene Haltung. Diese Partei, welche demokratische Revolution in Deutschland will und dann in Frankreich, — fürchtet Preussen mehr als Österreich; Chancen hat sie aber keine. Denn die schwarz-rot-goldene Fahne, welche an dem österreichischen Bundespalais in Frankfurt herausgehängt worden, bleibt nur so lange hängen, als man den deutschen Michel mit Kindertand zu amüsieren hofft.

„Sie haben keine Vorstellung davon, in welchem Grade die Deutschen unpolitisch sind. Sie treiben Juristerei, kritisieren über Alles und Jedes, sind voll von moralischen Erwägungen; aber vom Stat haben sie noch keine Vorstellung, und die Politik ist ihnen im Herzensgrunde verhasst, weil die liebe „Gemütlichkeit" bei Bier und Sang dabei aufhört. Die deutsche Bildung sogar ist unstatlich. Dennoch muss die Nation zum State erzogen werden, die philisterhafte Sicherheit des Urteils, die gelehrte Schulweisheit der Professoren, die Schwätzerei der Kammern, das macht keinen Stat. Nur die harte Schule zunächst des Krieges, dann der Thaten, wird allmälich eine Änderung bewirken und neue Generationen bilden. Geschieht das nicht, dann hat die deutsche Nation ihre politische Existenz und Zukunft verloren und ist und wird nur, wie die Hellenen der späteren Zeit, ein Seminar für Lehrer und Hofmeister: dann kann sie in Wissenschaft, Religion und Kunst u. s. f. noch für die Welt etwas leisten, aber politisch ist es aus.

„Sie sehen, ich komme kaum zu Ende mit dem flüchtig hingeworfenen Bilde. Aber ich hoffe, Sie werden mich nun verstehen, wenn ich sage: der jetzige Krieg ist der umgekehrte Sonderbundskrieg, der zur Wiedergeburt führt."

Wie ganz anders die Preussen gerüstet waren, als unsere süddeutschen Bundesgenossen, welche unter dem Oberbefehl des Prinzen Karl von Bayern, die Badener zunächst mit Prinz Wilhelm unter dem Prinzen Alexander von Hessen, ohne Einheit und ohne Energie eine Art Bundeskrieg führen sollten, das zeigte sich in kleinen Dingen. Als die Württemberger durch Heidelberg marschierten, sahen sie zuerst sich hier nach Karten um in den Buchhandlungen und fanden natürlich nur Weniges und Ungenügendes. Die preussischen Truppen waren mit Generalstabskarten wohl versehen und kannten jeden Weg und Steg. Die Bundestruppen spürten überall nach Spionen und verdächtigten eine Menge unschuldiger Leute als Spione, sogar unseren Privatdocenten Dr. Dörgens, die preussischen Truppen ängstigten ihrerseits auf dem linken Rheinufer die Bevölkerung und die Feinde mit dem Scheine einer Übermacht, die bald da, bald dort Quartier bestellte, in Wahrheit aber aus exponierten Compagnien bestand. Die Bummelei unter den Süddeutschen war gross, und es kam vor, dass eine schwer mit Wein beladene Mannschaft mit ihrem ebenso betrunkenen Hauptmanne am Bahnhofe sich nur mit Mühe zusammenfand. Die Preussen, als sie Heidelberg besetzt hatten, übten sich täglich auf dem Paradeplatz, und Rüstung und Schuhzeug wurden genau inspiciert. Die stramme Disciplin hörte nie bei ihnen auf.

Als Alles entschieden war und die grossherzogliche Regierung noch immer zögerte, den Weg zum Frieden zu betreten, wurde das Friedensverlangen auch in der Bevölkerung laut. Ich schrieb damals sehr eindringlich in diesem Sinne an den Grossherzog. Der Brief vom 17. Juli führt aus, dass alle Bedingungen, unter denen Baden an

der sogenannten Bundesexecution auf Seite Österreichs gegen Preussen teilnahm, zerstört seien und eine möglichst rasche Rückkehr zu der nationalen Politik auf Seite Preussens dringender als je geboten sei und fährt dann fort:

„Alles das ist Euer Königl. Hoheit besser als mir bekannt. Nicht um das zu sagen, hätte ich gewagt, eine Audienz zu erbitten. Aber Eines muss ich sagen, weil es vielleicht Keiner so sagt.

„Die wahre Rettung kann einzig und allein von der fürstlichen Initiative, nur von Euer Königl. Hoheit Selber kommen.

„In Deutschland entscheiden die Fürsten über die grosse Politik, im Guten wie im Schlimmen. Der gegenwärtige Krieg beweist das unwiderleglich. Es ist ein Segen Gottes, dass Baden von einem Fürsten regiert wird, welcher hochherzig für sein Volk und zugleich für die nationale Entwickelung Deutschlands gesinnt ist. Auf Eure Königl. Hoheit ganz allein sieht das badische Volk nunmehr, seitdem es ängstlich geworden ist und unsicher, ob seine mancherlei Führer es richtig zu leiten wissen.

„Die Wendung kann nicht kommen von den Kammern. Die Erste Kammer, ich sage das nicht ohne innere Befriedigung, hat ernstlich vor dem Abwege gewarnt, aber war und ist nicht stark genug, um der Politik die Richtung zu geben. Die Zweite Kammer, anfangs besonnen und nichts weniger als geneigt, den Krieg wider Preussen zu fördern oder zu unterstützen, hat dennoch am Ende eine bloss leidende Rolle gespielt und überdem sich ebenfalls machtlos erwiesen.

„Sie kann endlich nicht kommen von dem Volke, das sich ganz unreif gezeigt hat für die Erkenntnis der grossen

politischen Aufgabe und grossenteils seine bewährten Führer verlassen hat, um je den extremsten Verführern ein williges Ohr zu leihen. Die beiden Extreme, das schwarze und das rote, waren einige Zeit mächtiger als die verständige Mitte, und das Wort: „das Volk soll sich rühren" hat keine guten Folgen gehabt. Baden war an dem Rande einer Revolution. — Die Besinnung ist zurückgekehrt und ein unzweideutiger, starker Umschwung eingetreten. Alles Volk sehnt sich nach Frieden."

Im Herzen hatte der Grossherzog wohl denselben Wunsch, aber vielleicht nahm er nach Art der Fürsten Anstoss an diesem Schritte und sah darin eine ungeziemende Anmaassung eines Unberufenen, vielleicht hatte er Scheu, mich zu Rate zu ziehen, da ich kurz vorher von der schwarzen und der roten Presse, als der gefährlichste Gegner derselben, auf's heftigste angegriffen und gewissermaassen geächtet worden war. Er zog es vor, Professor Gelzer aus Basel kommen zu lassen und denselben mit geheimen Aufträgen an den König von Preussen, seinen Schwiegervater, zu senden. Die weiche gemütliche und dabei doch geistreiche, zugleich aufrichtige und nachgiebige, hingebende Weise Gelzer's war ihm offenbar weit sympathischer, als meine derbere und kräftigere Natur. Sicher wurde er auch vielfältig vor mir, als dem „gefährlichen Fremden" gewarnt, und es fehlte ihm der scharfe Blick, um in meinem Innern zu lesen. Besorgnis und Scheu drängten das keimende Vertrauen immer wieder zurück. Dennoch will ich es nicht verschweigen, dass ich lange die Überzeugung festhielt, wenn er mir ganz und voll vertrauen wollte, so würde dieses Vertrauen gerechtfertigt und reichlich vergolten werden.

Die Fortsetzung des Bundeskrieges nach den vernichtenden Schlägen, welche Österreich erlitten, war ganz sinnlos, und jeder Tropfen Blut, der jetzt noch vergossen wurde, zwecklos vergeudet. Erst am 24. Juli wurde der Minister Edelsheim entlassen und am 28. Juli das neue Ministerium gebildet. Stabel ward Statsminister und, obwohl eher ein Jurist als ein Statsmann, zugleich Minister des Äussern; Mathy erhielt das Finanzministerium, Jolly das Innere, v. Freydorff die Justiz. —

Mein Eintritt kam wieder in Frage, und Jolly befürwortete denselben, die öffentliche Meinung erwartete dieses. Ich selbst wäre damals eher als früher bereit gewesen. Aber die Bedenken des Hofes und die Gegner verhinderten es. Der Grossherzog mochte fühlen, dass etwas verfehlt sei, und zeigte mir bei einer Audienz alle Liebenswürdigkeit, die ihm eigen ist. Er hielt mich über drei Stunden fest und sprach sehr vertraut über Alles. Aber gerade damals empfing ich den Eindruck, dass er in höherem Grade die Eigenschaften eines nobeln Privatmannes, als eines Regenten habe.

Auch Roggenbach hatte meine Berufung für notwendig gehalten. Trotzdem wurde ich in den Skat gelegt. Damals kränkte mich das; später war ich vergnügt darüber.

Zu Neujahr 1867 erhielt ich das Komthurkreuz des Zähringer Ordens mit einem freundlichen Schreiben von Jolly; anstatt einer politischen Wirksamkeit — Flittergold.

10.

Kriegsrecht und Modernes Völkerrecht der civilisierten Staten. Ehrenbezeugung der Universitäten Wien und Moskau. Litterarische und medicinische Pläne. In der Schweiz. Die Neugestaltung Deutschlands und die Schweiz. Der norddeutsche Bundesrat. Meine Wahl in die badische Generalsynode und zum Präsidenten derselben. Ankauf eines Gartens und Hausbau. Juristentag in München. Helmes. Erste Kammer. Protestantentag in Neustadt. Bundesrat oder Zollparlament? Plötzliche Entlassung der Minister Stabel und Ludwig. Neubildung des Ministeriums durch Jolly. Weder ich noch Lamey berücksichtigt. Der Grossherzog. Entschluss mich zurückzuziehen. Wahl in's Zollparlament.

Auch während der Kämpfe um die Neugestaltung Deutschlands ruhten die wissenschaftlichen Pläne und Arbeiten nicht.

Im Spätherbst 1865 fasste ich den Entschluss, das Völkerrecht in der Form eines Rechtsbuches zu bearbeiten und unmittelbar vor dem Ausbruche des deutschen Krieges vom Sommer 1866 erschien als ein vorweg genommener Bestandteil dieses Werkes „das moderne Kriegsrecht der civilisierten Staten".

Die von Professor Franz Lieber verfasste Instruction des Präsidenten Lincoln an die nordamerikanische Armee über ihr Verhalten während des Krieges der Union gegen die Secession gab mir den Anstoss zu diesem Versuche und Lieber selbst ermutigte mich sehr in meinem Vorhaben.

Zunächst hoffte ich durch klare Aussprache des Kriegsrechtes, wie es den heutigen Sitten und den Ansichten der civilisierten Welt entspreche, wohlthätig einzuwirken und wollte vor Barbarei und Wildheit auch die Führer abmahnen. Ich dachte so einigermaassen denselben

Zweck mit ähnlichen Mitteln zu fördern, wie ihn Lincoln mit Hilfe Lieber's, freilich in der wirksameren Form statlicher Autorität erreicht hatte.

In der Hauptsache schienen mir die nordamerikanischen Vorschriften ganz ebenso in Europa anwendbar, und ich bemühte mich nur, dieselben teils juristisch schärfer auszuprägen, teils zu ergänzen. Immer aber wollte ich ebenso die Sicherheit der Armee und die Energie der Kriegsführung beachten, wie das natürliche Recht der friedlichen Bevölkerung vor Missbrauch der militärischen Gewalt schützen. Von der falschen Sentimentalität, welche, um Einzelnen kleine Leiden zu ersparen, über ganze Völker und Staten grosse Leiden und Opfer herbeizieht, wusste ich mich frei.

Auch im Übrigen hatte ich bei der „Codificierung" des Völkerrechtes, die ich wagte, nicht die Absicht, ein System des Völkerrechtes für die Schule zu schreiben. Ich war von dem Glauben erfüllt, dass das Völkerrecht in einer notwendigen Wechselwirkung stehe mit der wachsenden Civilisation, und dass jeder grosse Fortschritt der Menschheit zugleich ein Fortschritt des Völkerrechtes sei.

Noch im November 1865 führte ich diesen Gedanken in einem öffentlichen Vortrage „über die Bedeutung und die Fortschritte des modernen Völkerrechtes" aus, welcher sodann in der Sammlung wissenschaftlicher Vorträge von Virchow und von Holtzendorff erschienen ist und eine nochmalige Auflage erlebt hat, die ich dann als Einleitung zu dem Hauptwerke: „das moderne Völkerrecht der civilisierten Staten als Rechtsbuch dargestellt", erste Auflage, Nördlingen 1867, wieder aufnahm.

Die Weltgeschichte gab ein unwiderlegliches Zeugnis

für die langsame, aber stetige Vervollkommnung des Völkerrechtes. Dieser notwendigen und tröstlichen Entwickelung sollte das Rechtsbuch folgen und in ihrem Geiste mitarbeiten. Sie sollte sich nicht begnügen, die in Verträgen oder alten Gewohnheiten überlieferten Rechtsvorschriften zu wiederholen, — das schien mir teils überflüssig, weil dafür die älteren Bücher genügten, teils unerwünscht, weil eher geeignet, den Fortschritt zu hindern, als zu fördern. Dasselbe durfte aber auch nicht einem erträumten Ideale einer unsichern Zukunft nachjagen. Ich hatte vielmehr die Absicht, in dem Geiste des gegenwärtigen, geläuterten Rechtsbewusstseins der civilisierten Welt und nach ihren heutigen Bedürfnissen die für notwendig und brauchbar erkannten Rechtsnormen klar und richtig auszusprechen. So hoffte ich der Fortbildung des Völkerrechtes zu dienen.

Es überraschte mich nicht sehr, dass diese Absicht in Amerika, in Frankreich und in Russland rascher erkannt und unbedenklicher gebilligt wurde, als in Deutschland. Überall aber wurde das Werk günstig aufgenommen, und vielfältig auch in praktischen Fällen als Autorität benutzt. Es wurde in mehrere Sprachen übersetzt. Das deutsche Original und die französische, von meinem Freund und vormaligen Schüler Dr. Lardy, schweizerischem Legationsrat in Paris, gefertigte Übersetzung erlebte in kurzer Zeit mehrere Auflagen.

Zwei wissenschaftliche Auszeichnungen, welche ich gegen Ende d. J. 1865 aus Wien und aus Moskau erhielt, betrachtete ich als „Herbstblumen“. Die Wiener Universität hatte mich bei Gelegenheit ihrer fünfhundertjährigen Jubiläumsfeier zum Ehrenmitgliede ihres politisch-juristischen Doctor-Collegiums erwählt und mir eine schöne Ur-

kunde zustellen lassen, und die Universität Moskau hatte mich ebenso zum Ehrenmitgliede ihrer Körperschaft ernannt.

Zu Neujahr 1866 fasste ich den Plan, eine moderne Statslehre für Gebildete zu schreiben, der später ausgeführt wurde; ferner den Vorsatz, in ähnlicher Weise, wie ich die altasiatischen Gottes- und Weltanschauungen in ihrer Beziehung zum State dargestellt hatte, auch die Wirkung der hellenischen Religion und der alt-römischen auf den Stat und sodann die des Christentums in seinen verschiedenen Confessionen und Entwickelungsperioden ebenso zu betrachten. Dieser Vorsatz ist aber bisher nicht zur Ausführung gelangt.

Dagegen arbeitete ich nochmals die Darstellung der Rohmer'schen Lehre von Gott durch, die mir immer höchste Befriedigung gewährte. Wann wird endlich dieses Licht die Welt erleuchten?

Als Präsident der akademischen Krankenhaus-Commission beschäftigte ich mich damals auch mit medicinischen Interessen, die meiner Neigung und Kenntnis ferne lagen. Erinnern will ich aber, dass ich in der Kammer und im Ministerium für Errichtung eines neuen akademischen Krankenhauses thätig war und überdem zwei neue Institute in Vorschlag brachte:

1) eine Abteilung der medicinischen Facultät für Heranbildung von Ärztinnen für weibliche Krankheiten, mit dem Rechte, denselben auch den Doctortitel zu verleihen,

2) die Ausbildung von Krankenpflegerinnen, analog den grauen Schwestern und den Diakonissinnen, aber ohne confessionelle Beschränkung. Ich dachte

dieselben „Samariterinnen“ zu nennen und als Orden zu organisieren.

Dieser Gedanke ist in der Hauptsache in Karlsruhe, aber immerhin in religiös engerem Geiste verwirklicht worden, als ich es gewünscht habe.

Die Sommerferien nach dem Kriege 1866 brachte ich grösstenteils zu meiner Erholung in der Schweiz zu, vorerst bei meinem Freunde, Landammann Roth in Teuffen, dann in dem lieben Brunnen am Vierwaldstädtersee, zuletzt in Zürich, wo ich Dubs sprach. Es lag mir daran, die Schweiz aufzuklären nicht bloss über die deutschen Ereignisse, sondern vorzüglich über die veränderten Verhältnisse. Die Schweiz war bisher gewöhnt, immer nach Westen zu blicken und von Paris her das Schicksal kommen zu sehen. Erst in zweiter Linie kam Österreich. Italien und Deutschland, innerlich gespalten, schienen machtlos. Nun trat Preussen mit dem norddeutschen Bunde als Frankreich ebenbürtige Grossmacht hervor und übte auch auf Süddeutschland eine starke Anziehung aus. Für die Schweiz war die Verschiebung der Machtverhältnisse überaus wichtig. Schon bisher war sie durch ihre Sprache und Kultur mit Deutschland innig verbunden. Nun war sie berufen, auch politisch mit dem neugegründeten deutschen State in engeren Verkehr zu treten. Ich betrachtete das als ein glückliches Ereignis für die Schweiz; denn Deutschland bedrohte ihre Freiheit nicht, und hinderte vielmehr jede Bedrohung von anderer Seite.

In einer anonymen Schrift: Die Neugestaltung Deutschlands und die Schweiz, die noch im September 1866 in Zürich erschien, zeichnete ich den politischen Geist der deutschen Ereignisse und die Wirkungen der Neuge-

staltung für die Schweiz. Die Schrift wurde in Deutschland nur sehr wenig beachtet, aber in der Schweiz mit grossem Interesse gelesen und überlegt. Meine Autorschaft blieb der Vermutung nicht verborgen. Gelegentlich wurde es mir verübelt, dass ich „den Schweizern sage, wie sie denken sollen“. Aber gerade die selbständig denkenden Politiker fanden sich durch die Schrift angeregt und billigten dieselbe. Es kam damals in leitenden Kreisen sogar der Gedanke zur Sprache, mich als Gesandten der Schweiz nach Berlin zu senden, wo jedenfalls nun eine neue Gesandtschaft errichtet werden musste. Dieser Gedanke hatte für mich etwas Lockendes. Die Schweiz in Deutschland zu vertreten, schien mir eine schöne Aufgabe und ein würdiger Abschluss meines politischen Lebens. Aber es sprach auch Manches in meinen Verhältnissen dagegen. Ich war den schweizerischen Zuständen und Parteien doch fremd geworden; die alten Gegner waren zwar im Grossen freundlicher gestimmt, aber es gab auch unversöhnliche und gehässige Feinde, welche mir eine solche Wirksamkeit missgönnt und sehr erschwert hätten. Die ganze Stellung war unsicher und mein Vermögen zu unbedeutend für solches Wagnis. Der Bundesrat zog es vor und mit Recht, vorerst einen schweizerischen allgemein verehrten Statsmann (Landammann Heer aus Glarus) provisorisch und dann den Oberst Hammer von Solothurn definitiv als Gesandten nach Berlin zu schicken, dessen Nachfolger später der Sohn meines Freundes Roth, Dr. Arnold Roth von Teuffen wurde.

Bald nachher im Februar 1867 hörte ich in Karlsruhe, dass die badische Regierung die Absicht gehabt habe, mich als badischen Gesandten zu dem Zollbundesrate nach Berlin zu senden, aber bei einer vorläufigen Anfrage in

Berlin deshalb auf Widerspruch gestossen sei, weil diese Ernennung als Eintritt Badens in den Nordbund gedeutet würde, was zur Zeit zu vermeiden sei. Aus demselben Grunde sei auch der Besuch des Grossherzogs in Berlin damals verbeten worden. Ich ersah aus dieser mich überraschenden Mitteilung, dass das Ministerium daran gedacht hatte, mir eine politische Wirksamkeit zu verschaffen. Die Stellung im Bundesrate hätte mir auch besser zugesagt, als eine Wahl in's Zollparlament. Um eine neue parlamentarische Thätigkeit zu beginnen, war ich nicht mehr jung genug. Die Bedenken in Berlin begriff ich; sie waren sogar ehrenvoll für meine Gesinnung und meinen Kredit, aber sie verrieten zugleich eine Pause in der politischen Einigung.

Um so ruhiger konnte ich nun an den friedlichen Arbeiten der evangelischen Generalsynode in Karlsruhe mich beteiligen, in welche ich von den Wahlmännern der Diöcese Ladenburg-Weinheim gewählt worden war. Die Synode wählte mich zu ihrem Präsidenten. Ich bemühte mich, und nicht ohne Erfolg, das Princip zur Anerkennung zu bringen, dass die Theologen und Geistlichen, welche an den heiligen Schriften und an der hergebrachten Kirchenlehre eine wissenschaftliche Kritik üben, nicht minder berechtigt seien, für die Kirche zu arbeiten, wie die, welche an den alten Bekenntnisformeln ängstlich oder hartnäckig festhalten. Dabei suchte ich den in der Natur der Dinge und in der Geschichte der Kirche wie der Wissenschaft begründeten Gegensatz frei zu halten von dem durchaus untergeordneten Streit über das Buch von Schenkel. Die freiere Richtung erlangte einen entschiedenen Sieg, der um so nachhaltiger wirkte, je mehr er von Mässigung und

Wohlwollen begleitet ward. Der Grossherzog liess uns gewähren, aber seine Neigung war nicht auf unserer Seite.

In Durlach wurde ein schönes Schlussfest gefeiert. Lamey hielt einen feurigen Toast auf das Präsidium. Ich hatte ihn noch nie so glänzend reden gehört.

Ich hatte schon früher oft gewünscht, in Heidelberg ein eigenes Haus mit Garten zu besitzen. Da mein Münchner Haus verkauft war, so hatte ich die Mittel zu solchem Erwerbe. Ich benutzte nun die Gelegenheit, als der Pfarrgarten neben der Peterskirche öffentlich versteigert wurde, denselben zu kaufen und blieb Meistbieter mit 10,000 Gulden. Als ich erfuhr, dass die Stadt den Garten zu erhalten wünsche, liess ich erklären, ich trete in diesem Falle zurück. Aber der Bürgermeister rechnete darauf, dass mein Kauf nicht ratificiert werde und er dann noch über Ankauf mit der Oberkirchenbehörde unterhandeln könne, und nahm an der Steigerung keinen Teil. Zu seiner Überraschung kam die Nachricht von der Genehmigung meines Angebots aus Karlsruhe an demselben Tage nach Heidelberg, an welchem der Bürgermeister den Bürgerausschuss mit der Versicherung beruhigte, dass der Garten nicht verkauft werde.

Das Grundstück war überaus günstig gelegen, aber in einem verwahrlosten Zustande und durch eine höher gelegene Strasse zwischen Kirche und Garten gedrückt. Ich wusste aber, dass diese Strasse abgetragen und in einen Platz und Fussweg umgewandelt werde, und vertraute dem Geschick meines Sohnes Fritz, dass er dem Garten ein freundlicheres und helleres Aussehen verschaffen werde.

Der Bau des neuen Hauses wurde nun durch Fritz rüstig in Angriff genommen und innerhalb Jahresfrist

vollendet. Es war dies der erste Privatbau, den er unternahm. Der Styl des Hauses war modern mit Anklängen an eine schweizerische Villa. Eine geräumige Veranda mit hohem Bogen hatte die Aussicht in den Garten, an die grünen mit Kastanien bewaldeten Berge, auf die Peterskirche, deren Turm von Architekt Frank in reinem gothischen Styl luftig aufblühend soeben ausgebaut worden war. Über den Fenstern meiner Wohnung wurden kurze passende Sprüche in Arabesken angebracht, welche später Nachahmung fanden und fortwährend die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden anzogen; in der Mitte der Veranda: Weisheit regiere, auf beiden Seiten: Friede walte, Liebe wohne, Ehre ziere, Arbeit wirke, Freude lohne, Treue halte. Die Bilder und Sprüche wurden in der damals zuerst wieder angewendeten Sgraffitomanier ausgeführt. Der Garten war klein, aber so sinnig durchgearbeitet, dass ich Blumenbeete, Rasenplätze, Obst- und Zierbäume, Weinreben und Koniferen, einen Hügel mit Gartenhaus und einen erhöhten Weg von Felsen eingerahmt besitze. Immer weht vom Klingenteich her eine frische Waldluft und erfrischt den Abend auch an heissen und schwülen Tagen. Die reizende Aussicht war vor störenden Bauten gesichert. Die Besitzung ist der ganzen Familie ein liebes Heim geworden.

Im August nahm ich an einer Versammlung süddeutscher Abgeordneter in Stuttgart Teil, um den Anschluss des Südens an den norddeutschen Bund zu betreiben. Man kam da überein, diese Einigung nicht direct in Einem Sprung, sondern auf dem Umwege eines militärischen und eines Zollbündnisses zu erreichen.

Gegen Ende August machte ich einen Besuch in

München und warf auch einen Blick in den Juristentag, der dort versammelt war. Ich hatte im Ganzen den Eindruck, dass der Verein durch die grosse Umgestaltung von Deutschland seine nationale Bedeutung verloren habe. Die grossen Fragen sind nun erledigt, für Detailfragen taugen grosse Versammlungen nichts.

Ich erlebte in München eine seltene Freude. Als Student zu Bonn 1828/29 war ich öfters mit einem Studiengenossen Helmes aus Bayern zusammen, von dem ich seither nichts gehört, und der mir dennoch eine treue Anhänglichkeit bewahrt hatte. Helmes hatte inzwischen ein gedrücktes und ärmliches Dasein als Secretär des Obergerichts geführt. Ohne eigenes Vermögen hatte er geheiratet und lebte mit seiner Frau und Kindern von der dürftigen Besoldung von nur 700 Gulden. Dennoch hielt er sich geistig über Wasser, indem er noch von der Liebe zu der Schelling'schen Philosophie gehoben war. In seiner Wohnung, welche die Frau ohne Magd besorgte, sah es ganz anständig aus. In seinem Berufe war er sehr brauchbar, nur zu sehr, indem Andere seine Arbeit ausbeuteten und ihn in der abhängigen Schreiberstellung zurückhielten. Er hatte sich bei mir in Erinnerung gebracht. Als ich ihn nun zu Hause aufsuchte, konnte er im Anfang vor Freude und Rührung nicht reden. Dann musste seine Frau ihr Sonntagskleid anziehen und die für seine Verhältnisse enorme Verschwendung begehen, eine Flasche Champagner und Kuchen holen zu lassen. Er liess sich's nicht nehmen, den alten Freund so zu ehren, und ich hatte das Gefühl, niemals eine grössere Ehre erlebt zu haben. Als ich wegging, überkam mich jene stürmische Rührung, die sich nur in den bedeutendsten Momenten, dann aber mit einer

erschütternden Gewalt bei mir einstellt, und ich musste weinen. Nachher sprach ich den Präsidenten von Heinz und bat ihn dringend, dass er die unbegreifliche Schmach einer so fortgesetzten Unterdrückung beseitige und heile.

Anfangs September war ich wieder in Karlsruhe im Landtage. Die Thronrede des Grossherzogs verkündete offen „den festen Entschluss, der nationalen Einigung mit dem norddeutschen Bunde unausgesetzt nachzustreben und gerne die Opfer zu bringen, die mit dem Eintritt in dieselbe unzertrennlich verbunden sind." Das war eine kühne und patriotische That, mit der ich lebhaft sympathisierte.

Die nahezu einstimmig von der Ersten Kammer gutgeheissene Antwort auf die Thronrede war von mir verfasst. Sie sprach das Bedürfnis der nationalen Einigung mit den Worten aus:

„Ihre Ruhe und ihren inneren Frieden wird die deutsche Nation erst dann wieder finden, wenn die endliche Form gefunden sein wird, um zwischen der bereits erreichten Einigung der norddeutschen Macht und den süddeutschen Staten die notwendige nationale Verbindung herzustellen und vollkommener zu gestalten und damit dem deutschen Volke die Bedingungen seines Lebens und seiner Wohlfahrt zu schaffen. Und Europa wird erst dann wieder zum Vollgefühl seines gesicherten Friedens gelangen, wenn die Neugestaltung Deutschlands diesseits und jenseits des Mains vollzogen sein wird; denn die Einigung Deutschlands bedeutet die Wahrung des natürlichen Rechtes, die Achtung der Völkerfreiheit, den friedlichen Fortschritt der Kultur und die notwendige Beschränkung aller Eroberungspolitik."

Im Übrigen erklärte sich die Adresse für:

1) möglichste Einheit der auswärtigen Politik und des Heeres;
2) möglichste Gemeinschaft des bürgerlichen Rechtes und des wirtschaftlichen Verkehrs;
3) möglichste Selbständigkeit und Freiheit der einzelnen Länder mit Bezug auf innere Verwaltung, Kulturanstalten und Wirtschaft.

In den Tagen vom 25. bis 27. September war der Protestantentag in Neustadt an der Haardt versammelt. Vergeblich suchte ich mich der Leitung desselben zu entziehen. Ich musste präsidieren. Die Pfälzer hatten es verstanden, aus der Versammlung ein grossartiges Volksfest zu machen. Die Stimmung war zugleich gehoben, ernst und freudig. Das Blut des Volkes pulsierte da. Ich dachte, die Hofprediger in Berlin werden sich doch vergeblich abmühen, um die freiere Bewegung innerhalb des religiösen Lebens zu erdrücken und zu ersticken.

Das Häuflein derer, welche Friedrich Rohmer im Leben nahe gestanden waren und von seiner Wissenschaft Kenntnis erhalten hatten, war schon sehr klein geworden. Eine Zusammenkunft schien notwendig und sie wurde im Herbste zu Ulm veranstaltet, wo Dr. Widenmann wohnte. Ausser diesem und mir waren noch anwesend Heinrich Hottinger, Heinrich Schulthess und Ernst Rohmer. Der Beschluss, die Wissenschaft und das Leben Friedrich Rohmer's in einigen Bänden herauszugeben, wurde gefasst. Die Darstellung des Gottesbegriffs hatte ich übernommen, ebenso des Lebens. Widenmann wollte „Erkenntnis und Bekenntnis“ schreiben und die sechzehn Grundkräfte darstellen. Für die Logik schien Seyerlen geeignet und gewonnen.

Um indessen auf das politische Gebiet zurückzukommen, so war, wie schon bemerkt, für einmal keine Aussicht für den Bundesrat vorhanden. Dagegen eröffnete sich die Wahl in den Reichstag, und ich sann auf Mittel, wie der Zutritt zu demselben auch in anderen als Zollfragen ermöglicht werden könnte. In Bretten und Aglasterhausen zeigte ich mich den Wählern und hielt öffentliche Reden über meine Auffassung der Lage und der Aufgaben.

In der Ersten Kammer bemühte ich mich damals mit Erfolg, über das Schulgesetz eine Verständigung der Regierung und der Zweiten Kammer zu vermitteln und als Berichterstatter über das Ministerverantwortlichkeitsgesetz in der Hauptsache meine politische Auffassung im Gegensatze zu einer formal-juristischen durchzusetzen.

Da starb am 4. Februar 1868 plötzlich der Statsminister Mathy, der in hohem Grade das Vertrauen des Grossherzogs besessen hatte. Ein Ersatz, um die politische Lücke auszufüllen, war unbedingt notwendig; daneben musste für die Finanzen und den Handel eine technische Kraft gewonnen werden. Indessen kam die Neubildung des Ministeriums überhaupt zur Sprache, und der Grossherzog verhandelte darüber mit Jolly ganz im Stillen, so dass auch die anderen Minister nichts davon erfuhren. Auch ich hörte nichts.

Am 12. Februar wohnte ich in der Loge der Ersten Kammer der Verhandlung der Zweiten bei, welche über eine sehr bedeutende Erhöhung des Kriegsbudgets um zwei Millionen Beschluss fasste. Ich sah, wie der in der Kammer beliebte Kriegsminister Ludwig sich anstrengte, diese Bewilligung zu empfehlen, und wie erfreut er war, die Zustimmung der Kammer zu erwerben. Ich hatte keine

Ahnung davon, dass Jolly, der am Ministertisch neben ihm sass und ihn unterstützte, die Entlassung seines Collegen bereits in der Tasche hatte.

An dem Abend dieses Tages, als ich mich bereitete, zu dem Balle zu gehen, zu welchem der Minister v. Freydorff die Mitglieder der Kammern eingeladen hatte, erhielt ich die erste Nachricht über die Bildung eines neuen Ministeriums durch ein Billet von Jolly, der mir zugleich anzeigte, dass zu seinem Bedauern mein Name nicht in der Combination sei. Bald darauf erschien der Schwager Jolly's, Professor Baumgarten, bei mir, um mir Näheres zu berichten. Jolly habe dem Grossherzog geraten, mir die Bildung des Ministeriums zu übertragen, dieser habe aber vorgezogen, mit Jolly zu verhandeln. Darauf habe Jolly mich für das Justizministerium vorgeschlagen, auf die Bedenken des Grossherzogs jedoch, welcher fürchte, durch mich weiter gedrängt zu werden, als er wünsche, die Sache aufgegeben.

Unter den Abgeordneten war viel Verblüfftheit und Unmut. Lamey war schwer verletzt, so ganz bei Seite gedrückt worden zu sein. Die neuen Minister sind politische Neulinge und keiner von ihnen ist auch nur einigermaassen Jolly ebenbürtig. Es ist offenbar ein bureaukratisches Ministerium, in dem Jolly unbedingt allein herrscht, der einzige Statsmann.

Als ich Stabel besuchte, erzählte mir dieser mit Thränen, wie rücksichtslos ihm begegnet worden sei. Stabel hatte keine Ahnung, dass sein Ministerium irgendwie in Frage sei, und in der letzten Zeit noch persönlich mit dem Grossherzog verhandelt. „Hätte der Grossherzog auch nur mit einem Worte angedeutet, dass mein Ausscheiden nötig

oder erwünscht sei, so hätte ich sofort mich zur Verfügung gestellt.“ Aber es geschah nicht. Als Minister war Stabel noch zu dem Balle eingeladen, und er hatte eine Nichte einführen wollen. Nur zufällig ging er noch, bevor er sich zu dem Balle ankleidete, auf das Ministerium und fand hier zuerst ein kurzes Billet von Jolly vor, welches ihm seine Entlassung ankündigte. Hätte er dieses Billet nicht zufällig noch gesehen, so wäre ihm die Beschämung nicht erspart worden, als vermeintlicher, aber entlassener Minister mit seiner Dame vor seinen Collegen und dem Hofe auf dem Balle zu erscheinen.

Es war mir in der That unverständlich, wie ein so rücksichtsloses Verfahren gegen einen Mann geübt wurde, welcher die höchsten Stellen des Landes und ehrenhaft bekleidet hatte. Für das Unziemliche dieser Behandlung hatte Jolly offenbar kein Verständnis. Damals schon sah ich voraus, dass sich dieses an ihm rächen und auch er dereinst in ähnlich rücksichtsloser Weise aus dem Amte entlassen werde.

In der Nacht nach dem Balle überlegte ich mir die Sache, und je mehr ich darüber nachdachte, desto weniger gefiel sie mir. Seit Jahren hatte ich mich bemüht, politisches Denken und Handeln zu Ehren zu bringen, und fand nun am Schlusse die Bureaukratie trotziger und die Hofintrigue mächtiger als zuvor. Die ganze politische Lage war so, dass ich schicklicherweise nicht zu umgehen war, und trotzdem wurde ich umgangen. Ich überlegte, ob es nicht richtig sei, mich ganz auf meine akademische Stellung zurückzuziehen und auch aus der Ersten Kammer auszutreten, und war dazu geneigt.

Ich ging darauf zu Prinz Wilhelm und eröffnete ihm

meine Absicht. Er schien mir erstaunt über das Geschehene und sagte mir, noch vor einer halben Stunde habe ihm der neue Kriegsminister, der preussische General von Beyer, seine Erwartung ausgesprochen, dass ich in das Ministerium eintreten werde. Als ich dann meinen Schmerz über das unverdiente „Misstrauen des Grossherzogs gegen meine Person“ nicht zu verhehlen vermochte und er meine innere Aufregung sah, so rückte er deutlicher heraus. Er sagte mir, der Grund liege nicht in einem Misstrauen, sondern in der Charakterverschiedenheit. Er bat mich schliesslich dringend, nicht fortzugehen, bis er den Grossherzog gesprochen habe. Abends berichtete er mir, dass der Grossherzog mich selber zu sprechen wünsche, und ihm bezeugt habe, er habe durchaus kein Misstrauen gegen mich; im Gegenteil wünsche er mich für eine spätere Zeit zu erhalten. Auch brachte er zur Sprache, dass von meinen „weitgehenden Äusserungen in religiöser Hinsicht“ gesprochen worden sei. Offenbar lag da das Hauptbedenken. Da ist mir der Einfluss des Berliner Hofchristentums sichtbar geworden; der Pferdefuss der theologischen Politik trat zu Tage.

Ich war nun in Karlsruhe gebunden und konnte nicht vor dem Schlussakte weg. Aber ich hatte nicht den geringsten Glauben, dass die Dinge noch anders und besser würden. Auch dem neuen Ministerium Jolly gegenüber fühlte ich mich völlig frei. Es war ohne mein Wissen und in durchaus bureaukratischer Richtung gebildet worden. Der Rückfall in frühere Zustände war nicht aufzuhalten; er war gewollt. Jolly selber hatte sich in dieser Sache wie gegen seine früheren Collegen rücksichtslos, so gegen mich unzuverlässig und dem Grossherzog gegenüber

schwach benommen. Vielleicht war es ihm doch erwünscht, Niemanden neben sich zu haben, der ihm politisch unbequem werden konnte. Nun war er allein, und alle anderen beugten sich vor ihm. Ich hatte das Bewusstsein, dass ich im umgekehrten Falle anders gehandelt hätte.

Bei dem Schlussdiner im Schlosse zeichnete mich der Grossherzog auffällig aus. Er versicherte mich seines vollen Vertrauens und äusserte seine Absicht, mich zu „schonen", da noch manche Änderungen kommen könnten, d. h. er stellte mich zurück, um mich im Notfall hervorzuholen. Ich erwiderte, ich sei nicht mehr so jung, um meine Zeit und Kraft auf unfruchtbare Dinge zu verwenden, ich müsse haushalten mit meinen Mitteln, und würde daher, wenn ich sähe, dass eine politische Thätigkeit für mich nicht offen sei, die Jahre, die mir noch vergönnt sein möchten, ganz der Wissenschaft zuwenden.

Am 18. Februar fanden die Volkswahlen zum Zollparlamente statt. In meinem Wahlkreise Bretten-Eppingen-Mosbach wurde mir von den verbündeten Ultramontanen und protestantischen Orthodoxen der Führer der letzteren, Pfarrer Mühlhäuser, als Candidat entgegengesetzt. Die Bauern beteiligten sich massenhaft an der Wahl. Ich siegte mit 11,162 Stimmen gegen 5514 Stimmen, die für Mühlhäuser abgegeben wurden. Im Übrigen fielen die Wahlen nicht so günstig für die Liberalen aus, wie man erwartet hatte. Die gebildeten Mittelklassen, der dritte Stand, sind in manchen Wahlkreisen von den Bauern geschlagen worden, welche ihren Pfarrern folgten.

Für die Führer der Zweiten Kammer war dieser Ausfall der Wahlen sehr entmutigend. Das kann keine Volksvertretung ertragen, gleichzeitig von oben her, wie bei der

Bildung des neuen Ministeriums, und durch die unmittelbaren Volkswahlen ebenso übergangen zu werden. Mir schien eine Auflösung der Kammer geboten, um wieder eine Harmonie herzustellen. Aber das war nicht die Weise des Grossherzogs, und Jolly wollte ebenfalls lieber bureaukratisch verwalten, als politisch regieren.

11.

Im Zollparlament 1868. Die Frage einer Adresse auf die Thronrede. Eine Besprechung mit Bismarck. Bancroft. Tschitscherine. Kirchliche Zustände in Berlin. Tagesordnung beschlossen. Eindruck. Weitere Berliner Erlebnisse im Mai 1868.

Am 27. April wurde das deutsche Zollparlament, die erste anerkannte Vertretung des deutschen Volkes, in Berlin eröffnet. Über diese Zeit habe ich mir täglich Notizen aufgezeichnet, welche ich hier im Auszuge benutze.

27. April. „Vorerst Gottesdienst in der Schlosskapelle, einer schönen neuen Kuppel des Schlosses. Der von guten Sängern ausgeführte Chorgesang hallt und wirkt vortrefflich; dagegen findet die Einzelstimme des Predigers zu viel Nachhall. Der Oberhofprediger Hoffmann, ein geborener Schwabe, machte mir den Eindruck eines stark-sinnlichen Kirchenmannes, der jedenfalls sein Christentum mit reichen weltlichen Genüssen zu verbinden weiss, aber durchaus nicht eines Fanatikers, nicht einmal einer specifisch-religiösen Natur. Die Form des Gottesdienstes gefiel mir. Sie ist nicht so nüchtern, wie der reformierte Gottesdienst und doch nicht so überschwenglich, wie der katholische.

„Die Versammlung im weissen Saal war sehr zahlreich und glänzend. Ich traf viele alte Bekannte, leider

oft nur dem Gesicht und der Haltung nach, nicht mehr dem Namen nach Bekannte, manche derselben in Uniform. Einen fast komischen Eindruck machte es mir, als Graf Bismarck die Thronrede dem bayerischen Gesandten übergab, damit dieser dieselbe halte, bis jener den König in den Saal geleitet habe. Dann nahm Bismarck sie ihm ab und überreichte sie dem König zum Verlesen. Bismarck sah aus wie ein Recke aus der Zeit der Nibelungen, riesenhaft, gewaltig, mit den durchbohrenden Augen und den waldigen Augenbrauen. Ob die Thronrede mit dem Bundesrate vereinbart worden, weiss ich nicht, aber ich bezweifle nicht, dass vielen verbündeten Regierungen es überhaupt unangenehm war, dass der König von Preussen, gleichsam als Haupt des ganzen Bundeskörpers, eine Thronrede halte. Der bayerische Gesandte brachte den Toast aus auf „König Wilhelm", welcher mich an die Adresse „König Victor Emanuel" erinnerte, womit die mittelstatliche Diplomatie nach 1861 die Anerkennung des Königs von Italien zu umgehen gesucht hat.

„Der König gefiel mir ausgezeichnet. Wohlwollen und Heiterkeit strahlten ihm aus dem Antlitz. Dabei erschien er mir sehr kräftig und rüstig, eher wie ein Mann in den Fünfzigerjahren, nicht wie ein Greis von 71 Jahren. Er verbeugte sich wiederholt gegen die Versammlung und las die Thronrede mit fester Stimme.

„Zwischen den Clubs wird über die Wahl des Präsidenten verhandelt. Die Liberal-Nationalen waren für Simson, Hohenlohe, Roggenbach. Die beiden ersten Wahlen sind fast notwendig. Nur die dritte ist zweifelhaft. Roggenbach wurde vorgeschlagen, um den unitarischen Standpunkt oder doch den nationalen schärfer zu bezeichnen. Man wusste

im Norden noch nicht, dass Roggenbach heute Hohenlohe näher steht, als uns. Ich schlug Bennigsen als Dritten vor, weil zwei Süddeutsche neben einem Norddeutschen unverhältnismässig seien. Es zeigte sich aber bald, dass Bennigsen bei den anderen Fractionen nicht durchzusetzen sei. Auch ich kam von verschiedenen Seiten in Vorschlag; aber teils lehnte ich entschieden ab, teils wäre meine Wahl noch schwieriger, als die Roggenbach's gewesen. Die Liberal-Conservativen wollen nicht von ihrem Vertreter, Herzog von Ujest lassen, obwohl die Zumutung, zwei Fürsten Hohenlohe zu wählen, sehr stark ist. Die Conservativen hätten den Compromiss mit uns eingegangen, wenn ihnen nicht die Liberal-Conservativen den unwiderstehlichen Trumpf eines preussischen Aristokraten ausgespielt hätten.

„Auch die Frage einer Adresse als Antwort auf die Thronrede wurde besprochen. Es wäre das die bequemste Gelegenheit, das Verhältnis des Südens zum Norden zu klären und die Gegner zu nötigen, sich auszusprechen. In unserer Fraction ist die Neigung dazu überwiegend. Bamberger schlug sogar einen Entwurf vor, der aber verunglückt war. Eine Commission, in die ich gewählt ward, sollte eine neue Redaction versuchen. Die Bayern halten sich bei Seite. Die bayerischen Ultramontanen und Particularisten sind eng verbündet.

„Heute Vormittag zeigte mir Roggenbach einige Stadtteile. Vor 40 Jahren war Berlin nur Residenzstadt, heute ist sie eine grosse Handels- und Fabrikstadt. Abends war ich mit Forckenbeck und Bennigsen im Tiergarten. Diese beiden ragen vor den meisten durch politischen Verstand hervor. Ich kann mir denken, dass Forckenbeck ein äusserst gewandter Präsident einer grossen Versammlung

ist. Berlin thut nichts zum Empfang des ersten Parlaments. Der Ausfall der süddeutschen Wahlen scheint die Stimmung gedrückt zu haben.

„Manche fürchten, dass die Particularisten „wütend abgehen werden“, wenn sie durch eine Adressdebatte gereizt werden. Die liberalen Bayern vorzüglich haben diese Furcht. Wer aber beweisen wollte, dass das Parlament nicht zu einer Antwort auf die Thronrede berechtigt sei, der würde zugleich beweisen, dass der König nicht berechtigt war, das Parlament in einer Thronrede anzusprechen. Ich bin noch nicht sicher, ob Bismarck eine wünscht oder nicht wünscht. Aber ich bin der Meinung, dass dieselbe seiner Politik förderlich werden könnte. Hohenlohe ist dagegen, ebenso Roggenbach. Vielleicht klärt sich die Sache, wenn ein Entwurf vorliegt.“

28. April. „Vormittag: Constituierung der Abteilungen. Ich bin in der vierten und wurde zum Vorsitzenden gewählt, nicht ohne Parteikampf. Der Herzog von Ratibor war der Candidat der Gegner. Erst in der zweiten Abstimmung kam die Wahl heraus. Jeder von uns beiden hatte 18 Stimmen. Dann fiel die 19. auf mich. Gleich nachher machte ich die Bekanntschaft des Herzogs. In meiner Abteilung sind drei Minister: v. Mühler aus Preussen, v. Mittnacht aus Württemberg und v. Schrenk aus Bayern. Es ist überhaupt höchst merkwürdig, wie stark in dem Parlamente Parteien und Stände gemischt sind. Es ist doch ein weiter Weg von dem Königlichen Prinzen Albrecht von Preussen bis zu Herrn Bebel aus Leipzig; und doch sind alle — „Collegen“. Es ist derselbe demokratische Zug wie in der Landwehr. Das wechselseitige Verhältnis ist übrigens unbefangen und doch höflich.

„Die Präsidentenwahl fiel anders aus, als erwartet worden, und zwar durch den Beitritt der Particularisten zu den Conservativen und Freiconservativen. Die Liberal-Nationalen waren anfangs so zornig, dass sie den Frei-Conservativen den Kartel kündigen wollten. Allmälich aber beruhigten sie sich wieder, indem sie sahen, dass eher persönliche als politische Rücksichten jene bestimmt hatten, den Herzog von Ujest statt Roggenbach zu wählen. Es ist ihnen doch unangenehm, dass sie mit Hilfe der Preussenfeinde gesiegt hatten.

„Nachher war Diner aller Parlamentsmitglieder im königlichen Schloss. Es mochten ungefähr 500 Personen anwesend sein. Wir Abgeordnete aus dem Süden speisten im weissen Saale, wo auch die königliche Tafel war. Von Badenern hatten sich nur Lindau und Bissing ausgeschlossen. Von den Württembergern war nur eine Minderheit erschienen, 7 gegen 9, die wegblieben; unter jenen doch Probst, der mir sagte, er fürchte nichts für seine Grundsätze, wenn er schon im Schlosse speise; unter diesen Schäffle, Mohl, Österlen. Ich machte Bekanntschaft mit dem General Steinmetz, mit Savigny und Windthorst.

„Die geschmückten Säle und die glänzende Versammlung weckten das Gefühl eines grossen States. Das Diner war weniger reich, als es in München und Karlsruhe zu sein pflegt. Die Süddeutschen wurden von ihren Gesandten vorgestellt. Der König erschien wieder sehr heiter. Er macht einen durchaus natürlichen und gesunden Eindruck, auch geistig. Die Königin ist mit einem seltenen Gedächtnis begabt, aber mir kam es vor, dass ihre Nerven aufgeregt waren. Wie Vieles müssen diese Fürsten doch aushalten, was meine starken Nerven bis zur Raserei

reizen würde. Wie viele durchsichtige Larven sehen sie alle Tage um sich, mit lächelnden Mienen und innerlicher Fäulnis! Wäre ich verurteilt, an einem Hofe zu leben, so glaube ich, ich würde ein Menschenfeind. Ich kam müde nach Hause."

28. April. „Noch immer schwankt die Frage: Adresse oder nicht? Viele drohen mit Austritt, wenn eine Adresse beschlossen würde. Bismarck hatte dem Grafen Schwerin gesagt, er könne sich weder dafür noch dagegen erklären, jenes nicht, weil es dann hiesse, er habe die Adresse bestellt, dieses nicht, weil er sich für den Fall, dass doch eine Adresse beschlossen würde, keiner Niederlage aussetzen wolle. Das heisst doch wohl, er ist für die Adresse, wenn sie Aussicht hat. Das bestärkt mich in meiner Ansicht, dass die Thronrede mit Absicht so gehalten ist, damit eine Adresse dasselbe deutlicher im Namen des Volkes erkläre.

„Abends war ich zum Thee in das königliche Palais geladen. Die Räume sind sehr schön; besonders der Eingang durch einen Palmenwald gefiel mir, ebenso die blendend weisse Rotunde. Niemann und die Lucca sangen ausgezeichnet. Ich unterhielt mich vortrefflich mit Graf Luxburg, einem meiner ersten Schüler in München, den ich oft bei Dönniges gesehen. Er ist ganz derselbe geblieben. Es waren übrigens nur etwa ein Dutzend Abgeordnete anwesend."

29. April. „Die Sitzung war interessant, weil zum ersten Mal der Particularismus eine Schlappe erlitt. Das bayerische Gesetz wurde mit grosser Gemütsruhe der Bürste der nationalen Logik unterworfen. Als mein Freund Feustel dasselbe damit verteidigte, dass jeder Bayer nur zwanzig

Kreuzer zu bezahlen brauche, um als Wähler zu gelten, wurde er zu seinem Erstaunen durch allgemeines Gelächter daran erinnert, dass ein solches Eintrittsrecht unerlaubt sei. Die Bayern hatten zuvor gewarnt, man solle die gefährliche Sache nicht berühren, und nun erklärten zwei Bayern, die sich als Redner gegen den Antrag Miquel's eingeschrieben hatten, sie würden demselben zustimmen. Nur die verhärteten Particularisten und ein Teil der Conservativen stimmten dagegen, die grosse Mehrheit dafür. Ein Beispiel ist nun gegeben, dass auch Bayern eine höhere deutsche Macht über sich hat.

„Mein Antrag auf Zulassung der Südstaten zu gemeinsamen gesetzgeberischen Arbeiten des Nordbundes findet bis jetzt vielen Anklang, auch ausserhalb der nationalliberalen Partei."

30. April. „Hohenlohe hatte Roggenbach gesagt, jedes einseitige Vorgehen von Baden und Hessen mache den bayerischen Plan einer Vertragsverfassung unmöglich. Was heisst Vertragsverfassung? Offenbar das Gegenteil einer wirklichen Verfassung. Jenes ist zuzugeben, aber der Gedanke ist falsch und wir dürfen nicht, um einen falschen Gedanken zu nähren, auf die natürliche Entwickelung verzichten.

„In dem gestrigen Club erschienen auch einige Bayern. Sie sprachen ihre Bedenken aus, aber gaben zu, wenn der Antrag gestellt werde, so würden auch sie sich in nationalem Sinne äussern müssen. Eine Aussprache über die Situation wird nach allen Seiten hin klären, und das Gewitter wird die Luft von bösen Dünsten reinigen. Die Schwaben werden nicht zu reden wagen, wie in Stuttgart und verlieren dann ihren Ruhm in Schwaben. Oder wenn

sie so reden, so werden sie hier von aller Welt ausgelacht. Die preussischen Conservativen aber werden merken, dass sie nicht mit jenen zusammen gehen können. Jede Debatte wird dem nationalen Gedanken förderlich sein.

„An Bismarck schrieb ich heute und bat um eine Unterredung. Er lud mich umgehend auf heute Abend ein. Meine Unterredung mit Graf Bismarck dauerte Abends von 9 bis 10½ Uhr. Ich war höchst bequem mit ihm allein in seinem Arbeitszimmer, bei einem Glase Bier und mit Cigarren. Den Inhalt des Gesprächs habe ich unmittelbar nachher aufgeschrieben.

„Erst brachte ich die Adressfrage zur Sprache. Bismarck verhehlte nicht seinen Ärger über die Haltung der Liberalnationalen in der Frage der Verantwortlichkeit der Behörde für Schulden. Er bemerkte: „Ich habe das Wort gebraucht: setzt uns nur in den Sattel, wir werden schon reiten. Ich habe diese Zuversicht nicht mehr. Sie nötigen uns, als Stallmeister zu reiten, und dabei kommt man nicht vorwärts. Sie haben mir vorgeworfen, ich habe sie brüsquieren wollen. Hätte ich auch zu viel gesagt, so war das kein Grund, die Sache zu stören. Ich war in Wahrheit voll Rücksichten. Ich werde künftig diplomatischer verfahren und anfangs weniger gewähren müssen, um nachher durch Zugeständnisse das Nötige zu erhalten. Wir leben nicht in einer Zeit, wo der Kreisrichter, der nichts von Politik versteht — das ist ja nicht seine Sache — über politische Dinge entscheiden kann."

„Darin gab ich dem Grafen Recht und bemerkte, ich habe das meinen Freunden auch gesagt, dass sie einen grossen politischen Fehler gemacht haben, aber ich sprach meine Verwunderung aus, dass man nicht einen Ausweg

gefunden habe, denn ich sehe, dass der Ausgang auch jenen unangenehm sei und sie nicht wünschen, Bismarck zu hemmen."

Bismarck: „Es sind kluge Leute darunter und gerade die Klügsten haben das gethan, Miquel, der kleine Lasker u. s. f. Die Doctrin steckt ihnen noch im Leibe. Sie kommen nicht darüber hinaus, und die kleine Eitelkeit der Partei spielt noch eine allzu grosse Rolle. Hätten sie das nicht gethan, so wäre die Thronrede noch viel entschiedener in nationalem Sinne ausgefallen. Über die Adresse kann ich mich nicht erklären. Sage ich, dass ich einverstanden sei, so heisst es, Bismarck hat die Adresse bestellt, und ich muss die Verantwortlichkeit dafür übernehmen. Ich weiss aber nicht, wie die Beratung ausfällt. Bis auf einen gewissen Grad ist sie unberechenbar."

Bluntschli: „Die ganze Debatte würde nur zur Klärung dienen, und die preussischen Conservativen würden erfahren, dass sie unmöglich mit den süddeutschen Particularisten zusammen gehen können. Der ganze Widerspruch scheint mir nur aus der Besorgnis des Fürsten Hohenlohe zu entspringen, dass seine Stellung gefährdet würde. Ich halte diese Furcht für irrig. Die Luft würde freier und reiner."

Bismarck: „Darauf allein kommt es an. Die Frage ist: Wird die Beratung eher den verhaltenen Gift entleeren und dadurch wohlthätig wirken, oder die Erbitterung vergrössern? Darüber lässt sich streiten."

„Er deutete aber an, dass seine Natur und Anschauung eher für, als gegen eine Erörterung spreche.

„Nun ging das Gespräch auf Grösseres über."

Bismarck: „Es wird Ihnen vielleicht phantastisch

vorkommen, wenn ich behaupte, es ist unter den Völkern wie in der Natur, die einen sind männlich, die anderen weiblich. Die Germanen sind so sehr männlich, dass sie für sich allein geradezu unregierbar sind. Jeder lebt nach seiner Eigenart. Wenn sie aber zusammengefasst sind, dann sind sie wie ein Strom, der Alles vor sich niederwirft, unwiderstehlich. Weiblich dagegen sind die Slaven und die Kelten. Sie bringen es zu nichts aus sich, sie sind nicht zeugungsfähig. Die Russen können nichts machen ohne die Deutschen. Sie können nicht arbeiten, aber sie sind leicht zu führen. Sie haben keine Widerstandskraft und folgen ihren Herren. Auch die Kelten sind nichts als eine passive Masse. Erst als die Germanen hinzutraten, erst durch die Mischung entstanden statliche Völker. So die Engländer und auch die Spanier, solange noch Gothen an ihrer Spitze waren, die Franzosen, solange das fränkische Element leitete. Die französische Revolution hat dasselbe ausgestossen und damit der keltischen Natur wieder das Übergewicht verschafft. Das macht die Franzosen geneigt, sich der Autorität zu unterwerfen. Die Westphalen und die Schwaben sind echte Germanen und wenig gemischt, deshalb aber auch so schwer an den Stat zu gewöhnen. Wenn sie aber von einem nationalen Gedanken erfasst sind, und dann wild werden, so schlagen sie Felsen zusammen. Das aber ist selten. In der Regel will jedes Dorf und jeder Bauer für sich sein. In den Preussen ist eine starke Mischung von slavischen und germanischen Elementen. Das ist eine Hauptursache ihrer statlichen Brauchbarkeit. Sie haben etwas von der Fügsamkeit des slavischen Wesens an sich und zugleich etwas von der Kraft und Männlichkeit der Germanen."

Bluntschli: „Ich habe immer die Germanen für unstatliche Naturen gehalten, die nur schwer zum State zu erziehen seien, aber Ihre Bemerkung zündet mir ein Licht an, welches die specifische Befähigung der Preussen für den Stat klar macht, ganz im Gegensatze zu den anderen deutschen Stämmen.“

Bismarck: „Dazu kommt ein Zweites. Die Hohenzollern haben von Anfang an ein wirkliches Fürstentum aufgerichtet und den widerspenstigen Adel dem State unterworfen. Meine Familie gehört zu dem Adel, der auf dem linken Ufer der Elbe wohnte und auf der Seite der fürstlichen Macht kämpfte, um den Adel auf dem rechten Elbufer zu bezwingen. Überall sonst in Deutschland hat der Adel eine Unabhängigkeit behauptet, mit der kein Stat bestehen kann. Nur in Preussen hat er gelernt, sich dem State zu fügen und dem State zu dienen.

„Allerdings haben die Fürsten absolut regiert, aber ihr Absolutismus hat doch dem State gedient, nicht ihren Personen. Sie haben zuweilen auch adelige Herren hängen lassen, um zu zeigen, dass Niemand in Preussen dem Gesetze entgegen handeln dürfe.

„So ist Preussen gewachsen. Wie klein war es noch unter Friedrich dem Grossen, der es aussprach, dass der Fürst der erste Statsdiener sei. Diese Lehre haben die Hohenzollern nicht vergessen. In diesem Geiste werden sie erzogen, und er ist in ihr Blut übergegangen.“

Mit meiner Bemerkung, dass das Princip: „Fürstentum ist Statsdienst“ den entschiedensten Bruch mit dem ganzen mittelalterlichen Fürstentum bedeute und der Übergang zu der modernen Statenbildung sei, erklärte sich der Graf ganz einverstanden.

Dann fuhr Bismarck fort: „Die Scheu vor Frankreich hält mich keinen Augenblick von weiterem Vorgehen in der deutschen Sache ab. Ich fürchte Frankreich nicht. Wir sind den Franzosen weit überlegen, allerdings vor einem Jahre noch mehr als jetzt, aber auch jetzt. Ich sage das nicht, um zu renommieren. Das ist mir ganz fremd. Wir haben die Sache ganz genau überlegt. Alle unsere Generale haben dieselbe Meinung. Freilich können die Franzosen durch einen raschen Überfall bis nach Mainz und Coblenz kommen. Dann aber ist's aus und sie stossen auf einen Widerstand, den sie nicht brechen. Sie haben nicht mehr als 300,000 Mann zum Angriff, und wir können ihnen an jedem entscheidenden Punkte eine grössere Macht entgegensetzen. Im letzten Krieg hatten wir 640,000 Mann in den Waffen, und noch immer war Stoff vorrätig. Gegen die Franzosen marschieren Alle bis auf die 36jährigen Männer, wenn es nicht anders sein kann. Es ist etwas anderes, für den eigenen Herd streiten, als in ein fremdes Land eindringen.

„Möglich, dass die Franzosen durch Überraschung im Süden vordringen. Ich glaube es zwar nicht, denn in diesem Falle brauchen sie dafür doch jedenfalls 50,000 Mann, welche sie dann an dem Orte entbehren müssen, wo es zur Entscheidung kommt. Aber für diesen Fall empfehle ich Ihnen: Lassen Sie die Franzosen wegnehmen, was sie kriegen können, aber geben Sie ihnen nichts. Unterhandeln Sie nicht, machen Sie keine Zugeständnisse. Im äussersten Falle gehen einige Orte und Personen zu Grunde, aber das Ganze wird schliesslich gewinnen und die Verluste werden Ihnen reichlich ersetzt werden.

„Ich schätze den einzelnen Franzosen doch nicht

höher als den Deutschen. Wir haben aber die Überzahl. Wenn nicht Gott uns ungünstig und den Franzosen günstig ist, so werden wir einen französischen Angriff abschlagen und nach dem Siege nach Paris marschieren. Napoleon weiss, dass wir so stark sind; deshalb behalten wir den Frieden. Ich rechne mit Zuversicht darauf. Das deutsche Volk, militärisch geeinigt, ist die grösste Macht der Welt und hat Nichts zu fürchten.

„Österreich wird unter allen Umständen neutral bleiben. Abgesehen von seinen Finanzverhältnissen kann es keinen Krieg führen. Alle seine Interessen sind dagegen. Die Deutsch-Österreicher wissen, dass der Krieg, der für Österreich einen günstigen Verlauf nähme, sie wieder um ihre Errungenschaften bringen würde. Die Ungarn wissen ebenso, dass ein siegreiches österreichisches Heer sie wieder um ihre Verfassung brächte. Die österreichischen Slaven sind den russischen Einwirkungen ausgesetzt. Im Notfall halten wir mit Russland Österreich gänzlich im Schach. Sie werden es nicht wagen, das Schwert aus der Scheide zu ziehen. Ein paar Erzherzöge freilich wären dazu immer bereit. Aber was hat Österreich für ein Interesse, seine Existenz auf's Spiel zu setzen? Es wäre verloren, sogar dann, wenn Frankreich siegte, denn dann stünde es völlig ohnmächtig vor dem französischen Sieger und müsste thun, was dieser vorschriebe.

„Den Russen brauchen wir gar nichts zu geben für eine eventuelle Allianz in einem Kriege mit Frankreich. Ihre schwache Seite ist Polen. Ein französisches Bataillon würde Polen zum Aufstand bringen. Die Russen können die Franzosen als Alliierte nicht brauchen, ohne dass diese sie in ihren wichtigsten Interessen bedrohen würden. Es

gibt nur etwa 5 Millionen Polen. Das Übrige (Litthauen) ist früher von den Polen unterworfenes russisches Land. Die Polen sind genötigt, in ähnlicher Weise auf uns zu sehen und sich an uns anzulehnen, wie die Ungarn. Das wird sich ganz von selber so machen und ist heute schon wahrnehmbar. Wenn die Russen fortfahren, die Polen zu vernichten, so wird das nur um so bälder kommen.

„Mit England stehen wir ausgezeichnet. Die Engländer hatten sich früher auf Österreich gestützt, weil sie darin eine Sicherheit gegen Frankreich fanden, und weil sie glaubten, dass Österreich in Deutschland die leitende Macht sei. Seit dem Kriege von 1866 haben sie als praktische Leute auf eine andere Karte gesetzt. Sie haben Nichts gegen eine nationale Gestaltung von Deutschland einzuwenden. Sie ist ihnen ganz recht.

„Der Empfang des Kronprinzen in Italien hat Niemanden überrascht, als den Kronprinzen selber. Der König hat ihn hingeschickt, weil wir wussten, dass er enthusiastisch empfangen werde, und weil wir ein Ministerium La Marmora verhindern wollten. Das hat gewirkt. Ein uns feindliches Ministerium ist nicht möglich.

„Sie sehen, wir sind unserer Sache sicher, und wir wollen im Frieden an der Entwickelung von Deutschland arbeiten.“

Ich brachte nun meinen Antrag zur Sprache für ein gesetzgeberisches Zusammenwirken des Südens mit dem Norden, je nach der Wahl des ersteren.

Bismarck: „Wir haben nach dem Sprüchwort eine Seele gerettet. Wir haben ganz denselben Gedanken. Dabei muss ich freilich sagen: Ich werde vielleicht genötigt sein, mich nicht ganz so scharf dafür auszusprechen und

unter Umständen zu diplomatisieren. Meine Stellung macht mir das zur Pflicht."

Auch die von mir geäusserte Meinung, dass wir durchaus nicht stille stehen dürfen, sondern in dem Parlament einen Schritt vorwärts machen müssen, bestätigte er vollständig: „Wir können nur dann die Dinge sich ruhig entwickeln lassen, wenn wir wirklich für Entwickelung sorgen. Stillstand wäre Rückschritt."

Als ich die Unmöglichkeit, mit blossen Verträgen zu helfen, auseinandersetzte und als Beispiel das Civilprocessgesetz erwähnte, sagte er: „Nehmen sie als Beispiel die Freizügigkeit, die gegenwärtig in Frage ist. Wir werden den Antrag der Bayern ablehnen, ganz wohlwollend. Wir wollen Bayern schonen und ihm Zeit lassen, sich zu besinnen. Aber diese Dinge lassen sich nur durch eine gemeinsame Gesetzgebung ordnen, nicht durch Verträge. Da würden wir, wie früher im Zollverein, riskieren, 12 Jahre lang stille stehen zu müssen und nur bei der Erneuerung einen Schritt thun zu können. Das geht nicht."

Dann kam Bismarck auf 1866 zu sprechen: „Nach der Schlacht von Königgrätz war ich ganz allein für den Frieden. Alle waren gegen mich; es ist gar nicht zu sagen. Der König war ungehalten, die Generale tobten über den Civilisten. Ich erklärte dem Könige: „Ich werde die Verantwortlichkeit der Fortsetzung des Krieges nicht auf mich nehmen und zurücktreten. Aber wenn der König trotzdem Krieg führen und meinethalb ein oströmisches Kaiserreich gründen und nach Konstantinopel ziehen wolle, so erbitte ich mir eine Stelle bei der activen Armee, um zu beweisen, dass es mir nicht am Mute fehle. Wir hatten damals

die Cholera im Leib. Die Franzosen konnten eine Diversion in Süddeutschland machen. Der Sieg über sie hätte viel, auch deutsches Blut gekostet. Ich war der Meinung, wir haben eine Höhe erreicht, von wo aus die Wasser ganz von selber abwärts fliessen, ohne Gewalt.

„Auch die Indemnität durchzusetzen war sehr schwierig. Die anderen Minister wollten nicht. Der König sah darin eine Gefahr für seine Ehre. Er wolle nicht „Abbitte thun“ vor den Kammern. Ich habe oft ansetzen und Alles anstrengen müssen, um ihm begreiflich zu machen, dass hier Indemnität nichts Anderes heisse als: Hätten die Kammern Alles gekannt, so hätten sie rebus sic stantibus ähnlich gehandelt wie wir.

„Der König hat, nach Art der Hohenzollern, ein lebhaftes Pflichtgefühl gegen den Stat. Er arbeitet den ganzen Tag und lässt sich Alles vortragen. Ich habe ihn mehr als Einmal bei wichtigen Gelegenheiten mitten in der Nacht wecken lassen und ihm im Bette Befehle zur Genehmigung und Unterschrift vorgelegt. Nichts ist ihm erwünschter, als etwa die Inspicierung eines Regiments. Dennoch, wenn er eben im Begriffe wäre, zur Inspicierung eines neuen Garderegiments hinauszureiten, und ich ihm sagen liesse, ich habe Vortrag zu machen, so wird er zwar sehr ärgerlich sein über die Durchkreuzung seines Wunsches, aber er wird dableiben und mich anhören. Er war als Militär erzogen worden, ohne einen Gedanken, an die Regierung zu kommen. Aber als er dennoch zur Regierung kam, fing er sofort an zu arbeiten und möglichst viel nachzuholen. Er las nun fleissig, und nach richtiger Methode — von hinten, Acten. Anfangs ging es schwer, aber der sechzigjährige Mann hat sich doch viel bälder,

als zu erwarten war, in die Geschäfte hineingearbeitet. Seine einzige Erholung ist Abends das Theater.

„Dabei hat der König das Bewusstsein, dass seine Befehle von der Armee unbedingt befolgt werden. Wenn er mir sagte: „Schicken Sie alle die Herren des Abgeordnetenhauses nach Spandau", so sage ich nicht, dass ich das als constitutioneller Minister thun würde (mit Lächeln), aber ich sage, dass der König, und nicht ohne Grund, überzeugt sei, dass sein Befehl von der Armee befolgt würde.

„Als es sich nach dem Kriege um die Indemnität handelte, war auch die Frage nach Erneuerung des Absolutismus wieder hervorgetreten. Ich bin persönlich kein Anhänger irgend eines Verfassungssystems. Man kann einen Stat mit Erfolg auch absolut regieren."

Bluntschli: „Unter Umständen gewiss. Aber für ein civilisiertes Volk in unserer Zeit nicht mehr. Der Absolutismus ist nur möglich, wenn grosse Allen weit überlegene Individuen ihn ausüben. Dafür aber haben die Völker gar keine Gewähr."

Bismarck: „Allerdings nicht und auch dafür nicht, dass diese Individuen gut sind. Der absolute Regent muss überdem sehr viele Rücksichten nehmen, die der constitutionelle nicht zu nehmen braucht. Dieser kann die Verantwortlichkeit auf die Majoritäten abladen, jener nicht. Ich erklärte damals den Herren: „Man kann Preussen auch absolut regieren, und es ist unter dem absoluten Regiment gross geworden. Aber es geht nicht, dass man bald so, bald so regiere. Der Stat kann nicht gedeihen, wenn er von einem System zum anderen schwankt. Habt ihr die Einwilligung des Kronprinzen zur Wiedereinführung des

absoluten Regiments? Wenn nicht, so dürfen wir die Wege der Verfassung nicht verlassen und nicht zum Absolutismus zurückkehren; denn dieser würde doch nicht länger halten, als bis zur Thronbesteigung des Kronprinzen. Diese Erwägung hat durchgeschlagen, da man wusste, dass der Kronprinz nicht zustimmen würde."

Über den Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund bemerkte Bismarck: „Wir müssen Bayern schonen. Wäre Baden im Nordbunde, so müsste Württemberg nachfolgen. Nun, das hätte so viel nicht auf sich. Aber Bayern würde diese Umarmung als eine Bedrohung empfinden und sich vielleicht dadurch zu falschen Schritten treiben lassen. Am Ende müssten wir dann Bayern mit den Waffen zwingen. Das wünsche ich zu vermeiden. Es soll mit meinem Willen kein deutsches Blut mehr im Kampf von Deutschen mit Deutschen vergossen werden.

„Wir wollen den Bayern Zeit lassen, dass sie sich besinnen können. Sie müssen inzwischen an den Wänden herum tasten und nach einem Ausweg suchen, sie werden keinen finden. Dann werden sie sich schliesslich in ihr Schicksal fügen.

„Wir haben Zeit, weil wir den Krieg nicht zu fürchten brauchen. Es lässt sich Alles friedlich mit Bayern abmachen. Allerdings dürfen wir nicht stille stehen. Es muss vorwärts gehen. Aber schonen wollen wir die Bayern. Ich habe das auch Ihrem Grossherzog gesagt."

„Als ich einmal an die Notwendigkeit erinnerte, der Nation auch eine geistige Befriedigung zu verschaffen, erklärte sich Bismarck einverstanden, aber dieser Punkt wurde nicht näher besprochen, bleibt daher für später vorbehalten.

„So reckenhaft und fast antediluvianisch mir der Mann

erschienen war, als ich ihn zum ersten Mal erblickte, so machte er mir nun bei dieser Unterredung einen ganz andern Eindruck. Er war überaus liebenswürdig und bei seiner staunenswerten Offenheit durchaus behaglich. Oft lachte er ganz von Herzen. Seine Stimme offenbarte auch zarte und sogar weiche Empfindungen. Ein paar Mal aber leuchteten die Augen wie Blitze. Ich war in hohem Grade von der ganzen genialen Weise befriedigt."

3. Mai. „Savigny, dem ich auf der Strasse begegnete, verhehlte mir seine Verstimmung gegen Bismarck nicht, ohne ihn zu nennen. Er entwickelte seine Bedenken gegen die Adressdebatte. Die Particularisten wollen den Saal verlassen, bis die Beratung vorüber sei, wenn es dazu kommen sollte. Das wäre ja ganz gut; sie würden sich dadurch nur um so mehr blamieren. Aus seinen Äusserungen ersah ich, dass die Conservativen eine sehr geringe Meinung haben von der Regierungsfähigkeit der Liberal-Nationalen. Schuld ist die Vielrednerei. Die Conservativen sind zwar Freunde der preussischen Macht, aber voll Bedenken gegen den „liberalen Schwindel". Die Unionsversuche von 1849 sind nach Savigny nur daran gescheitert, dass der preussische Adel die Union nicht wollte. Seither aber habe derselbe doch in dem Verständnis der nationalen Politik grosse Fortschritte gemacht.

„Abends zum Diner bei dem amerikanischen Gesandten Bancroft, der mich vorher aufgesucht hatte. Es waren noch eingeladen Virchow, Löwe mit Frau und Bamberger. Bancroft spricht gut deutsch und hat in Deutschland 1820 promoviert. Er wird also 1870 sein Jubiläum feiern. Daran wollen wir uns erinnern. Seine Frau spricht nur englisch und ein wenig „french". Die Unterhaltung war

daher nicht leicht und doch lebhaft. Es fiel ihr — Frauen haben darin ein Urteil — die gänzliche Verschiedenheit auf der „Gesellschaft“ in England, Amerika, Frankreich auf der einen Seite und in Berlin auf der andern Seite. Dort findet sich alles zusammen, was von Bedeutung ist, und man trifft einen grossen Reichtum an interessanten Menschen. Hier dagegen bewegt sich die Gesellschaft in ganz engen, kleinen Kreisen. Es sind immer dieselben Personen, die man je nach seinem Stande überall trifft. „Wir (Bancrofts) allein sehen auch Andere.“ Virchow bemerkte, das sei für die litterarischen Männer ein Glück, sie würden zu viel Zeit für ihre Arbeiten verlieren. Mir scheint jene Wahrnehmung auch viele politische Missgriffe zu erklären. Unsere Gesellschaft ist noch ständisch exclusiv, während die Institutionen des Stats auf der Mischung aller Classen beruhen. Das ist ein Widerspruch zwischen Stat und Gesellschaft.

„Bancroft sagte mir, er sei beinahe der Einzige unter den hiesigen Gesandten, der von Herzen der Einigung Deutschlands zugethan sei. Als ich auch den italienischen Gesandten nannte, schien er damit einverstanden.

„Zu Hause traf ich eine Karte meines Freundes Tschitscherine, der mich zweimal aufgesucht hatte und Abends nach Petersburg abreist. Ich suchte und traf ihn. Er kam von Paris und geht auf sein Gut. Den Statsdienst hat er aufgegeben. Mit der Einigung Deutschlands erklärte er sich in abstracto einverstanden, aber nicht in concreto, wie Preussen sie vollzogen habe, d. h. ihm ist die Einheit als Phrase recht, aber nicht als derbe Wirklichkeit. Er meinte, Deutschland habe seit 1815 Nichts zu fürchten gehabt. — Wohl, aber auch Nichts zu sagen.

„Aus Allem sehe ich, dass die Russen den deutschen Stat fürchten. Das drückte er so aus: „Einheit ist ganz gut, aber Einheit, die aus dem Recht und der Freiheit erwächst, und nicht die Einheit eines Militärstates". Ich verteidigte natürlich unsre Position, brachte dann aber die Rede auf Polen.

Tschitscherine: „Wir haben für die Polen Wohlwollen gehabt und ihnen Wielopolsky gegeben. Der hätte es machen können. Da wurde er durch die polnische Revolution gestört und nun brauste das russische Nationalgefühl auf. Wir wollen alle Litthauen russificieren. Das ist ursprünglich russischer Boden, den die Polen erobert hatten. Wir waren daher im Recht, den polnischen Gutsherren in Litthauen zu sagen: Verkauft eure Güter und zieht nach Polen. Aber es war unlogisch, wie es geschehen ist, zu sagen: Ihr dürft nicht in Litthauen bleiben, ihr müsst nach Polen, aber ihr sollt auch in Polen zu Russen werden. Wir können wohl Litthauen russisch machen, aber keineswegs Polen. Das ist meine Überzeugung. Einige meiner Freunde gehen einen Schritt weiter, und sie sind gegenwärtig in der Leitung. Diese sagen: Wir können freilich nicht ganz Polen, aber einen Teil von Polen russisch machen, Polen bis an die Weichsel. Das Polen westlich von der Weichsel müssen wir an Deutschland überlassen."

Ich: „Wir werden keine Lust haben, eine fremde Nation einzuverleiben. Das erhöht nicht die Macht, sondern schafft nur Verlegenheit. Wir können uns zu einem selbständigen Polen ebenso freundlich stellen, wie zu Ungarn."

Tschitscherine: „Ich teile Ihnen die Meinung meiner Freunde mit, ich bin damit nicht einverstanden. Eine neue Teilung Polens verbindet Russland mit Deutschland (NB.

durch ein gemeinsames Verbrechen). Sie können Ihren Teil germanisieren. Aber auch ich glaube nicht, dass diese Vernichtung Polens möglich sei. Wir Russen leiden gegenwärtig an der Verdauung. Wir brauchen, wie Sie auch, Ruhe, um zu verdauen."

Als ich ihn an ein früheres Wort (in München) erinnerte, dass in Russland der Kaiser allein die entscheidende Macht sei und Alles übrige Nichts, nur eine passive Masse, erwiederte er: Damals ja, jetzt nicht mehr.

Ich: „Wer hat denn jetzt die Macht?"

Tschitscherine: „Niemand, der Zufall, wenn Sie wollen; es ist Alles aufgelöst."

Ich: „Dann wird auch nichts daraus werden."

Tschitscherine: „Seit zwei Jahren haben wir Pressfreiheit. Ich habe selbst ein politisches Buch geschrieben. Ihr Allgemeines Statsrecht ist wirklich in's Russische übersetzt worden, zunächst der Erste Teil. Ich bin ersucht worden — damals hatten wir noch die Censur — bei dem Minister die Erlaubnis einzuholen. Die Sache ist bis an den Kaiser gekommen, und der Kaiser hat die Erlaubnis erteilt."

Er sprach viel von Recht, das durch das gewaltsame Vorgehen Preussens verletzt worden sei, Dynastenrecht, Bundesrecht, sogar Naturrecht, weil die Bevölkerung nicht abstimmte. Wenn die Russen von Recht reden, so kann man doch nur lächeln. Er selber hatte mir vor Jahren ausgeführt, dass die Russen den Rechtsbegriff überhaupt nicht kennen. Ich begnügte mich übrigens, ihn auf das natürliche Recht der Entwickelung eines grossen Volkes hinzuweisen, welches doch weit höher stehe, als das geschriebene Bundesrecht, und zu erwidern, dass nur die Ab-

stimmung des gesamten deutschen Volkes, welche je durch die Wahlen zum Reichstag vorliege, und nicht der Particularismus einzelner Stämme und Provinzen über das Schicksal des Ganzen entscheiden könne. Meine Versicherung, dass die Deutschen in Amerika, Afrika, Asien überall besser, als die im Inland erkennen, wie viel wir gewonnen haben, reizte ihn zu der Bemerkung, dass seither in Russland die öffentliche Meinung den Deutschen weniger günstig geworden, weil man Besorgnis habe, dass sie um sich greifen. — Sie trauen uns Angriffe zu, während wir niemals Freunde angreifen."

10. Mai. „Ein ruhiger Tag. Ich habe die Cartons von Cornelius gesehen. Alles grosser Styl mit Einer bedeutungsvollen Ausnahme. Eine Farbenskizze stellt den König Friedrich Wilhelm IV. mit dem königlichen Hofe dar, knieend, wie ein Bischof, vor dem Altar, auf dem ein goldenes Kreuz steht. Auf Wolkenschichten darüber erheben sich Propheten, Heilige, Engel bis hinauf zu dem Herrn. Eine krankhaftere und gemachtere Frömmigkeit ist mir noch nie vorgekommen. Das ganze Bild ist katholisierende Romantik, ohne alle Wahrheit und ohne alle Lebensfähigkeit, und trotzdem leider Gottes ein Spiegel, in dem sich eine ganze Geistesrichtung unsrer Zeit darstellt.

„Abends bei den Männern des Unionsvereins. Die religiösen Zustände Berlins sind schauerlich. Die Massen verhalten sich völlig teilnahmlos und negativ. Die grosse Mehrzahl der Geistlichen dagegen bekennt eine engbeschränkte Orthodoxie. In den höhern Regionen ist übrigens auch noch einer wider den andern, wie insbesondere der Oberhofprediger Hoffmann und der Cultusminister von Mühler, beziehungsweise Frau von Mühler (Ministerium Adelheid).

Jener will die Union halten, dieser sie untergraben. Noch wird in Berlin bei durchaus politischen Anstellungen sehr auf kirchliche Rechtgläubigkeit gesehen. Das geschieht noch im neunzehnten Jahrhundert und in dem State Friedrichs des Grossen. Der König ist nicht exclusiv, aber seine Umgebung grösstenteils; der Kronprinz denkt freier. Die Kronprinzessin wird von der Heuchelei abgestossen und durchschaut sie.

„Ich wurde ersucht, in dem Vereine einen Vortrag zu halten über den Zusammenhang der politischen Freiheit mit der religiösen. Ich habe geringe Erwartungen von der Wirksamkeit einer solchen Rede, aber ich will mich in den Jahren, die ich noch zu leben habe, keiner Pflicht entziehen, wenn sie an mich heran kommt. Je resignierter ich bin, um so freier werde ich."

6. Mai. „Die Adresse hat wenig Chancen. Schlimm wäre, wenn die einfache Tagesordnung beschlossen würde. Für dieselbe stimmen 1) die süddeutschen Particularisten, 2) die Conservativen grossenteils, 3) die Fortschrittspartei, 4) die Socialisten und 5) die Polen. Gegen dieselbe stimmen: 1) die National-Liberalen, 2) die Freiconservativen, 3) die Fraction Bockum-Dolffs und 4) einige Wilde.

„Lasker rechnet auf 165 Stimmen gegen die einfache Tagesordnung. Entweder soll ich oder Lasker gegen dieselbe sprechen, insbesondere ich dann, wenn der Ausgang zweifelhaft ist, damit ein Süddeutscher zu Wort komme. Wird die einfache Tagesordnung beschlossen, dann hat auch mein Hauptantrag keine Aussicht mehr. Deshalb ist die Sache wichtiger, als die Meisten wissen."

7. Mai. „Für die heutige Frage hängt Alles davon ab, ob es noch gelingen wird, einige Conservative herüber

zu ziehen, dass sie mit uns gegen die Tagesordnung stimmen. Ich werde sie bei der Ehre und bei ihren Vorurteilen zu packen suchen; aber sie sind sehr bockbeinig. Von den Fortschrittsmännern und den Polen ist's böswillig, dass sie für Tagesordnung stimmen. Nur die Particularisten sind dabei in bona fide und handeln zugleich im Sinne ihrer Politik verständig."

8. Mai. „Wir sind geschlagen worden bei der Abstimmung, trotz des Sieges in der Debatte. Wir wussten das bei Beginn der Sitzung, da wir berichtet wurden, die Conservativen hätten die Instruction erhalten, für die einfache Tagesordnung zu stimmen. Ich sah während meiner Rede gegen die Tagesordnung ein starkes Schwanken in den Reihen der Gegner. Manche wussten augenscheinlich nicht mehr, ob sie stimmen sollten, wie ihnen vorher empfohlen worden war, oder wie sie es jetzt für richtiger hielten. Da stellte Bismarck, indem er mit Moltke sprach, die schwankenden Reihen wieder her. Viele stimmten dann „ja" ganz widerwillig. Manche Conservative gestanden das hinterdrein selber zu.

„Damit ist's entschieden. Die Entwickelung ist zum Stillstand gekommen. Mein Hauptantrag unterbleibt nun selbstverständlich. Roggenbach und die liberalen Bayern haben moralisch unsre Niederlage verschuldet, jener, indem er sich von Anfang an dagegen aussprach und die Conservativen zum Widerstand ermutigte; diese, indem sie sich mit den Fortschrittsmännern, statt mit uns verbanden und dadurch unsre Position schwächten. Jetzt sind sie beide mit uns in der Minderheit geblieben."

9. Mai. „Ich bemerke heute mehr Verstimmung als gestern. Das Gefühl, dass das Parlament „die Blume ver-

loren", ist allgemein. Ein Andrer sagte: „Der Rahm ist abgeschöpft, und die wässrige Milch ist geblieben."

10. Mai. In Potsdam. „Der Gesamteindruck war geistiger und freier als in Versailles, wenn auch nicht so gross. Die Erinnerung an Friedrich den Grossen ist noch sehr lebendig in der Anlage des Ganzen und im Detail. Man erkennt in jenem das Genie und findet in diesem die kleinen Launen und Liebhabereien grosser Könige. Cäsarische Anklänge werden oft vernehmbar. Es war doch furchtbar kühn, drei Beherrscherinnen grosser Staten, die beiden Kaiserinnen Maria Theresia von Österreich und Katharina II. von Russland samt der Marquise von Pompadour auf der Höhe des neuen Palais in dem freien Kostüm hellenischer Grazien zu Trägerinnen der preussischen Königskrone zu machen und aller Welt zu zeigen. Mich frappirte auch die Liebhaberei des Königs, alle Gebäude mit Statuen und Skulpturen zu beleben. Wie ungeniert hat er in seinem Wohnzimmer in einer Reihe von Bildern seine Geliebte, die Tänzerin Barberini, als Nymphe und sich selber malen lassen, wie er ihr, halb Hirte, halb Faun, naht.

„Das Orangeriehaus von Friedrich Wilhelm IV. in florentinischem Styl ist in Verbindung mit den Terrassen prächtig, aber die Raphaelgallerie gibt ein falsches Bild von Raphael, freilich entsprechend den in Deutschland herrschenden Vorstellungen. In Rom lernt man Raphael besser auch von der heiteren und freieren Seite kennen, nicht als Heiligenmaler, sondern wie einen durch die hellenische Kunst befreiten neuerstandenen Athener.

„Ich versammelte die liberalen Süddeutschen zu einer Besprechung. In dem Parlamente selber ist nichts zu

machen, nur nebenher. Das Parlament ist ein colossales und prachtvolles Instrument, aber man kann darauf nichts spielen. Vielleicht kommt ein grosser Moment, in dem man einen mächtigen Akkord intonieren kann. Dann hat es seinen Dienst gethan und kann zerlegt werden. Einstweilen kann das Parlament weder leben noch sterben.

„Vielleicht kommt es zu einer Erklärung der Süddeutschen, dass sie mit dem Norddeutschen Bunde eine Gesetzesgemeinschaft wünschen. Der Schwerpunkt liegt aber auch dann im Reichstage, nicht im Zollparlament. Auch das geht nur, wenn Bismarck es für zeitgemäss hält.

„In der Fractionssitzung der Liberalnationalen brachte Barth zur Sprache, dass für Bayern ein Präcipuum gewährt werden müsse, nämlich a) ein selbständiges Gesandtenrecht und b) ein selbständiges Heer. In allem Anderen könnte Bayern sich dem Norddeutschen Bunde unterordnen. Wären wir erst so weit, die Schwaben würden uns dann nicht aufhalten.

„Es ist auf Decentralisation der Verwaltung zu dringen. Die provincielle Autonomie macht es den anderen deutschen Ländern möglich, sich einzufügen. Nur die Politik muss straff im Centrum geleitet und die Rechtsgemeinschaft über ganz Deutschland ausgebreitet werden.

„Die Überlegenheit der Norddeutschen zeigt sich auffallend, aber auch ihre spröde Härte. Das ist ein Volk von Stahl, bereit, Alles niederzusäbeln, was sich seinem Wachstum widersetzt.

„Bei dem Diner bei Prinz Albrecht sagte mir der württembergische Minister Mittnacht: „Wenn es zum Kriege kommt, dann wird Deutschland sehr rasch zu Einem Ganzen zusammengeschmiedet. Auch wir wollen von den Fran-

zosen nichts wissen und werden treu zur Nation stehen. Über die süddeutschen Demokraten sprach er sich sehr wegwerfend aus.

„Der Minister von Schleinitz sagte mir: „Wenn wir über den Main gehen, so haben wir nicht bloss die Franzosen, sondern auch Österreich gegen uns. In diesem Falle begegnen wir einer französisch-österreichischen Allianz.“ Er meinte, sogar die Schaffung eines gemeinsamen Organs für die Gesetzgebung würde die Frage auf die Spitze treiben.

„Bei einer neuen Zusammenkunft liberaler Süddeutscher mit den Führern der Liberalnationalen kam folgende Erklärung zu Stande, welche ich in Vorschlag gebracht hatte: „Bis die Ausdehnung des Norddeutschen Bundes auf das gesamte Deutschland erreicht wird, sind wir entschlossen, dahin zu wirken, dass einem jeden der süddeutschen Staten die Möglichkeit gewährt wird, für einzelne Fälle der Gesetzgebung seine Vertreter im Zollbundesrat und im Zollparlament an den Verhandlungen und Beschlüssen des Norddeutschen Bundesrates und Reichstags teilnehmen zu lassen und in dieser Weise Gemeinsamkeit der betreffenden Gesetze und ihrer Vollziehung für das Gebiet des Norddeutschen Bundes und des zur Teilnahme zugelassenen Südstates herbeizuführen.“

15. Mai. „Gestern Diner bei Bismarck. Ungefähr 40 Personen. Ich sass zwischeu H. von Rothschild und Graf Bethusy-Huc (frei-conservativ). Als Wirt war Bismarck sehr liebenswürdig, politisch blieb er reserviert. Im Garten sagte er mir, er könne Nachts nur etwa zwei Stunden schlafen, er müsse viele Stunden warten, bis ein wenig Schlaf komme. Er wolle auf Monate weggehen zu seiner Erholung. Schon deshalb will er jede grosse Unternehmung

vertagen. Kommt der Krieg, wie Moltke glaubt, dann ist's anders. Dann wird er wie Cavour sein Leben einsetzen.

„Obwohl Bismarck sehr gewandt und sicher ist in seiner Rede, so scheint er mir doch nicht angelegt zu einem Leiter des Parlaments. Er überwirft sich zu leicht mit den Parteien und Personen, und es fehlen ihm die Vermittler, welche die momentane Gereiztheit abspannen und ausglätten. Und nun soll er gar mit drei Parlamenten verhandeln, den preussischen Kammern, dem Reichstage und dem Zollparlamente. Dieses Räderwerk wäre für einen parlamentarischen Minister unhandbar, und nun soll ein Mann von so gewaltiger Natur wie Bismarck mit dieser Maschine arbeiten. Er kann dieselbe in Bewegung setzen, aber dann nicht hindern, dass die Räder, ohne etwas zu leisten, brausend umlaufen. Das Ende wird freilich sein, dass Abgeordnetenhaus und Zollparlament sich zuletzt im Reichstage auflösen, der dann aber der Diäten nicht entbehren kann. Gegenwärtig ist die Kraftverschwendung ungeheuer."

15. Mai. „Die Erklärung bleibt erfolglos. Ein Teil der Bayern will nur insgeheim dazu stimmen, nicht unterschreiben. Am Ende behält der stumme Moltke Recht, der Alles mit dem Degen machen will. Die Liberalen vermögen nichts ohne Bismarck und unterstützen ihn doch nur halb. Die Conservativen haben mehr Chance, wenn Nichts wird, weil sie im Besitze der Gewalt sind. In Preussen sind Äusseres, Heer und Finanzen gut, Inneres und Kultus lassen viel zu wünschen übrig. Letztere sind aber im Frieden entscheidend. Schlimme Aussichten für die nächste Zeit.

„Ich dachte ernstlich an die Heimreise, da doch Nichts zu machen sei. Simson hielt mich zurück: „Wenn Sie gehen,

so bedeutet das: Das Zollparlament hat Fiasco gemacht, und das darf nicht sein."

„Abends sprach ich in dem Unionsverein über die nationale Bedeutung des Protestanten-Vereins. Das Publicum war nicht sehr zahlreich. Die Berliner kümmern sich um religiöse und kirchliche Fragen wenig und am wenigsten die freigesinnten."

16. Mai. „Die Tabakfrage wurde entschieden. Die meisten Süddeutschen aus beiden Lagern stimmten gegen den Antrag Twesten, der die Mehrheit erhielt; nur Bamberger und ich stimmten mit dieser. Die Gefahr war gross, dass gar keine Mehrheit zu Stande komme. Dann jubilierten die Particularisten, und das Parlament war völlig diskreditiert. Der Süden muss lernen, dass die blosse Negation nicht geht. Delbrück winkte durch seine Handbewegung den Conservativen, aufzustehen. Die Naivetät erregte schallendes Gelächter."

17. Mai. „Vertrauliche Unterredung mit Simson. Die Liberal-Nationalen wollen sich nicht einfach der Führung Bismarck's hingeben; sie verlangen Garantien auch für die liberalen Interessen. Ohne einen oder ein paar Minister von dieser Partei halte ich eine Allianz mit Bismarck für unmöglich. Graf Eulenburg ist durchaus nicht ohne Begabung, aber zu schwerer ernster Arbeit nicht geneigt. Mühler ist ein fähiger Rat, aber ein nichtiger Minister; die Leitung des Cultus ist blödsinnig borniert. Vieles wird durch die Intriguen der Frau von Mühler und anderer Damen bestimmt. Die kirchlichen Zustände sind heillos verfahren. Der Minister untergräbt die Union, auf der die Zukunft der evangelischen Kirche beruht. Bei der Besetzung der Lehrstühle der Theologie wird nach wissenschaftlicher Be-

fähigung nichts gefragt; je orthodoxer, desto mehr Aussicht. In den Synoden Vorschläge über Kirchenzucht, Hausgebet und dergleichen, nur nicht über praktische Dinge. Preussen ist hier unter dem Niveau der deutschen Wissenschaft, nicht mehr an der Spitze des geistigen Lebens. Dennoch kann die Verbesserung im Kultusministerium auf sich warten lassen. Dringender sind die Reformen im Innern, in Gemeinde, Kreis, Provinz. Die Entwickelung des deutschen States kann nur von innen heraus kommen. Der Krieg kann die Bahn eröffnen, aber das Werk nicht bauen. Mit dem Degen kann man ein Land erobern, nicht ein Volk regieren. Die Lage vieler preussischer Beamter ist elend. Man sollte dieselben auf die Hälfte reducieren und dann die bleibenden besser besolden. Simson versicherte, dass manche Kreisrichter höchstens an zwei Tagen in der Woche Fleisch auf dem Tische haben. Die Universitätsstipendien verlocken arme Jünglinge, denen doch die Mittel auch später fehlen.

„Von dem Kronprinzen erzählte Simson ein merkwürdiges Wort. Jener hatte diesen über die Interpellation Bennigsens in der Luxemburgersache befragt. Darauf hatte Simson erwidert: „Wenn Frankreich und Holland bereits abgeschlossen haben, so bedeutet das den Krieg.“ Ganz erregt sagte nun der Kronprinz: „Sie haben den Krieg nicht gesehen. Hätten Sie ihn gesehen, so würden Sie das Wort nicht so ruhig aussprechen. Ich habe den Krieg erfahren, und ich muss Ihnen sagen, es ist die grösste Pflicht, wenn es irgend möglich ist, den Krieg zu vermeiden.“

„In der That, Krieg zu machen ist eine furchtbare Verschuldung. Sogar wenn ein Statsmann die Notwendigkeit des Krieges voraus sieht, darf er ihn nicht künstlich

herbeiziehen, ausser wenn er ein Genie und des Schicksals sicher ist. Sonst heisst das Gott versuchen. Aber den Krieg, wenn er kommt, erwarten und bestehen, das ist Mannespflicht. Besser, der nächste Krieg sei ein Angriffskrieg der Franzosen, als ein Angriffskrieg der Deutschen. In jenem Falle ist die öffentliche Meinung und der Himmel mit uns.

„Hier ist man auf Alles gefasst; aber man will den Angriff erwarten, und Napoleon sich hinein stürzen lassen. Über den endlichen Sieg der Germanen über die Romanen hat Simson so wenig Zweifel als ich und zwar aus weltgeschichtlichen und psychologischen Gründen."

18. Mai. „Endlich brach die politische Debatte doch los. Offenbar hat Bismarck den wachsenden Übermut der Particularisten dämpfen und sich den Liberalen wieder nähern wollen. Er schlug dem hessischen Bundesgesandten ziemlich derb auf den Kopf und erhob gegen das Ausland einen warnenden Finger. Es war vergnüglich, die Nationalliberalen Bamberger und Lasker mit den Fortschrittsmännern Löwe und Waldeck, dem Bayern Völk und dem Conservativen Wagener in Einer Linie kämpfen zu sehen wider Ultramontane, Particularisten und Socialisten. Wie ein Riese erhob sich Bismarck. Als er das schneidige Wort sprach: „Der Deutsche kennt die Furcht nicht", ging ein elektrischer Schlag durch die ganze Versammlung. Auch an heitern Momenten fehlte es nicht. Sogar der schweigsame Moltke, der nie eine Miene verzieht und immer wie eine Statue ruhig sitzt oder steht, konnte dem schallenden Gelächter nicht widerstehen und lachte herzlich mit, als Windthorst in seiner Angst erklärte, die Nähe des Generals Moltke habe für ihn eine beruhigende Wirkung. Zufällig stand

Moltke ziemlich ferne von Windthorst, dagegen General Steinmetz ganz nahe. Der Gegensatz war überaus komisch. Ich glaube nicht, dass eine andere grosse Versammlung so leicht zu Heiterkeit und Lachen erregt wird, wie unser Parlament oder das preussische Abgeordnetenhaus. Dennoch bedeutet das durchaus nicht, wie ich früher vermutet hatte, bevor ich's erlebte, eine leichte und frivole Gesinnung. Es ist vielmehr der kalte, klare Verstand, verbunden mit überlegener Ironie, die sich so äussern. Der alte Fritz hat das seinem Volke so eingepflanzt, wie Moses seinen Juden den religiösen Eifer."

20. Mai. „Die Petroleumsteuer fällt. Es ging nicht, dass das Parlament gleichzeitig den Weinzoll herabsetzte und eine neue Steuer einführte, welche den Massen lästig ist. Der vierte Stand hätte sich mit Recht über die Vertretung des dritten Standes beklagt. An sich hatte ich nichts gegen die Petroleumsteuer und enthielt mich daher der Abstimmung.

„Bei dem Diner der Partei im Hotel de Russie brachte ich den Toast aus auf die liberal-nationale Partei und sprach auch einige Wahrheiten über sie aus, die nicht schmeichelhaft waren, das wurde aber gut aufgenommen.

„Ich ging mit Bennigsen allein nach Hause. Wir sprachen über Bismarck und sein Verhältnis zur Partei. Es ist in dem antediluvianischen Manne eine seltsame Verbindung von lauterster Offenheit und tiefster Verschlagenheit, von rückhaltloser Wahrhaftigkeit und bewusster Täuschung. Er muss die Diplomaten fürchterlich angelogen haben. In den Fällen, in denen er mit Forckenbeck und Bennigsen unterhandelt hatte, war er wahr und fest, und nur die Oberfläche mit trügerischem Schaume bedeckt.

„Auch Bennigsen meinte, die Äusserung Bismarcks im Parlament sei nicht durch Probst veranlasst worden. Er wollte einen drohenden Finger gegen Paris erheben. Es scheint in der That, als treiben wir, wenn nicht dem Kriege, doch der Kriegsgefahr entgegen.

„Simson spricht Musik. Seine Rede klingt wie Orgelton feierlich und voll, pathetisch. Völk spricht aus der breiten Brust heraus mit Gemütskraft und Wärme. Forckenbeck und Bennigsen sprechen vom Kopf aus, wie die meisten Norddeutschen, logisch scharf und rasch. Am schneidigsten spricht Lasker und äusserst gewandt. Von der Fortschrittspartei sind nur Löwe-Calbe und Schultze-Delitzsch ebenbürtige Redner. Bethusy-Huc ist ein warmer Patriot, aber als Redner nicht so sicher. Braun ist gelegentlich glänzend und pikant, aber er hat etwas Überschüssiges, was wieder den Eindruck schwächt und aufhebt."

22. Mai. „Bei Fürst Hohenlohe nach Verabredung. Am Schluss kam Völderndorff hinzu.

„Der Gedanke, den ich ihm entwickelte, schien ihm einzuleuchten. Wenn sich Bayern an die Spitze der Mittelstaten stellt, so wird es nichts erreichen; denn in diesem Falle greift es die Lebensbedingung der deutschen Entwickelung an. Unsere Zeit lässt keine Würzburger Politik mehr zu. Wenn dagegen Bayern im Gefühl seines Schwergewichtes für sich allein eine bevorzugte Stellung anstrebt, so hat es Chance des Erfolges für sich und hilft uns andern zu nationaler Einigung. Es kann in eine Stellung zu Deutschland kommen, wie der Mond zur Erde. Im grossen muss es dem Laufe dieses folgen, aber als relativer Statskörper. In der Gesetzgebung muss Einheit sein. Da ist kein Vorrecht möglich; wohl aber in der Diplomatie, ob-

wohl eine bayerische Diplomatie wenig bedeutet, und die bayerischen Interessen in den deutschen enthalten sind und am Ende auch besser vom Ganzen besorgt werden. Auch in dem Militärwesen, obgleich es für dasselbe besser wäre, unter die preussische Leitung zu kommen. Es sind das Zugeständnisse an die reale Machtstellung und an die Schwierigkeiten der Lage, nicht an sich zweckmässige Einrichtungen. Vielleicht liesse sich noch eine Ehrenstellung finden, analog dem früheren Reichsvikariat, aber sie dürfte nur eine formelle Ehre sein, dem bayerischen Stolze zu genügen. Wenn das Bundespräsidium, was es im Grunde sein soll, zur Monarchie ausgebildet und mit demselben eine eigentliche Regierungsgewalt mit Bundesministern verbunden wird, dann könnte Bayern vielleicht einen Ehrenvorsitz im Bundesrate bekommen, der auch zu einer nationalen Institution umzubilden wäre. Könnte sich Bayern mit Preussen verständigen, so wäre alles fertig und auch uns in Baden geholfen.

„Der Fürst führte mir die Schwierigkeiten vor, den bayerischen Hof und die bayerischen Kammern zu einem Entschlusse zu bringen, räumte aber auch ein, dass blosses Zuwarten zu einer gewaltsamen Katastrophe führe, zu der die Macht der Dinge hintreibe.

„Es gibt zwei Wege: Entweder man lässt die Dinge gehen, indem man die Hände faltet. Dann bekommen wir eine gewaltsame Umgestaltung, die Viele innerlich wünschen, vielleicht nicht in der abscheulichen Form eines erneuten Bürgerkrieges, eher in der Form eines Krieges mit Frankreich. Dann diktirt der Sieger die Verfassung.

„Oder man bereitet im Frieden die Einigung vor. Letzteres wäre für die Freiheit nützlicher und mit dem

Rechte besser in Harmonie. Aber dann muss man vorwärts machen."

„Hohenlohe ersuchte mich, ihm meine Ansicht schriftlich zu formulieren. Er gab zu, dass der süddeutsche Statenverein unausführbar sei, weil die andern eher noch sich Preussen als Bayern unterordnen.

„Auch er hält den Ultramontanismus für den wahren Feind der fortschreitenden Menschheit, fürchtet denselben aber für Bayern nicht, wenn es demselben nicht gelingt, in Allianz mit Österreich und Frankreich die Dynastie zu gewinnen.

„Hohenlohe fürchtet, wenn die Frage einer gemeinsamen Gesetzgebung ernstlich komme, so werde die Kriegsfrage in den Vordergrund treten. Obwohl auch er dem Ausgange des Krieges mit Hoffnung und Zuversicht entgegen sieht, wünscht er doch, den Krieg zu vermeiden.

„Völderndorf meinte, Bayern sei durchaus noch nicht reif, um sich bei einer gemeinsamen Gesetzgebung zu beteiligen, aber es reife durch blosses Warten allmälich heran."

23. Mai. „In der Führer-Conferenz der National-Liberalen ward beschlossen:

1) Hessen mag vorerst den Eintritt in den Norddeutschen Bund betreiben.
2) Der Antrag, die einzelnen süddeutschen Staten zu gemeinsamer Beratung und Schlussfassung über gemeinsame Gesetze zuzulassen, soll im Reichstag eingebracht werden, sobald Aussicht ist, dass Bismarck denselben gewähren lässt.

Nun drängen sich die Vergnügungen heran, während zu Anfang der Session alles still und kühl war. Ich eile nach Hause zur Arbeit."

12.

Öffentliche Vorträge. Protestantentag in Bremen. Manifest des deutschen Protestantenvereins gegen die Berliner Pastoren. Die Bürgerweihe. Grosse Protestantenversammlung in Worms. Auszeichnungen. Hausbau vollzogen. Besuche. Grossfürstin Helene. Rohmer'sche Werke. Brater und Wackernagel tot. Verfassung der Grossloge zur Sonne. Berufssorgen. Der Offenburger Streit. Jolly und die liberalen Kammerführer. Neue Verständigung.

In dieser Periode meines Lebens liess ich mich öfters bestimmen, auch in andern deutschen Städten öffentliche Vorträge zu halten vor einem grösseren gemischten Publikum. Die einen wurden honoriert, die andern nicht. Ich that es aber immer nur, wenn ich in dieser Form für die politischen oder religiösen Ideen und Interessen wirken konnte, die mir teuer waren.

So hielt ich in Köln (März 1868) einen Vortrag über „die Religion des modernen Stats". Ich führte aus, dass auch der Stat einer Beziehung zu Gott d. h. der Religion nicht entbehren könne, dass aber für sein Leben die allgemeine, allen Culturvölkern gemeinsame, und alle geschichtlichen Religionen verbindende Religion der Humanität ausreiche. Die Freiheit des religiösen Einzellebens und der Kirchen wird dabei vollständig gewahrt.

Gewissermaassen die Ergänzung dazu und eine weitere Ausführung des Grundgedankens enthielt mein Vortrag auf dem deutschen Protestantentage zu Bremen zu Pfingsten 1868. Ich habe denselben in die „Gesammelten kleinen Schriften" (II. Bd. Nördlingen 1881) aufgenommen.

Wir waren in der freundlichen und wohlhäbigen Kaufmannsstadt sehr gut aufgenommen. Ich wohnte bei Herrn Mosle. Eine Anzahl Berliner Pastoren, zu einer

Conferenz versammelt, hatten sich bewogen gefunden, in orthodoxem Eifer und mit zelotischer Unduldsamkeit ein öffentliches Verdammungsurteil gegen den Protestantenverein auszusprechen. Ich arbeitete den Entwurf einer Erwiderung gegen diese Bannbulle aus, welcher von dem Ausschusse gebilligt wurde. Diese Antwort war ein Manifest vor der Nation über die Gesinnung des deutschen Protestantenvereins. Ich teile es daher hier vollständig mit.

Der Ausschuss des deutschen Protestanten-Vereins an die deutschen Protestanten.

„Nach dem dritten in der Pfingstwoche zu Bremen abgehaltenen Protestantentage hat eine grosse Anzahl von Pastoren der Berliner Pastoral-Conferenz am 10. Juni eine Erklärung veröffentlicht, welche die Mitglieder des deutschen Protestantenvereins beschuldigt, „mit der evangelischen Kirche thatsächlich gebrochen und den Glauben verlassen zu haben, auf den auch sie getauft sind".

„Uneingedenk der Mahnung: „Richtet nicht, auf dass ihr nicht gerichtet werdet", und ohne Vollmacht von irgendwem, haben sich diese Pastoren ein Richteramt über den deutschen Protestantenverein angemaasst und gegen denselben nach Art der römischen Curie eine Bannbulle erlassen.

„Das ist in dem State der Hohenzollern geschehen, die von jeher die religiöse und geistige Freiheit wider die Verdammungsucht engherziger Eiferer geschützt haben. In Berlin, der Hauptstadt des Norddeutschen Bundes, wo Friedrich Schleiermacher während eines Menschenalters vor Allen als Lehrer der Geistlichkeit geleuchtet und die Gebildeten wieder dem Christentum zugeführt hat, da unterfängt sich eine Gesellschaft von Pastoren, die Schüler

Schleiermachers als Ungläubige von der kirchlichen Gemeinschaft wegzuweisen.

„Dieses unchristliche und unprotestantische Gebahren veranlasst uns, die Mitglieder des engeren Ausschusses des deutschen Protestantenvereins, zu einer öffentlichen Erwiderung, nicht an diese Pastoren, aber an die Gemeinden, welche sie vor uns verwarnt haben.

„Unter schweren Seelenleiden und indem sie ihre ganze Existenz dafür eingesetzt, hat die deutsche Nation im sechszehnten Jahrhundert den Kampf wider die kirchliche Hierarchie unternommen und siegreich durchgeführt. Seither ist der protestantische Geist der Gewissenhaftigkeit und der religiösen Freiheit in dem deutschen Volke wirksam geblieben. Fürwahr, nicht deshalb hat Christus die Menschheit auch von dem „göttlichen" Gesetze des Moses und der jüdischen Priester befreit, damit sie wieder von dem Dogmengesetze der christlichen Theologen gebunden werde. Nicht deshalb hat Luther das christliche Gewissen von dem Zwang und Bann des Papstes, der Concilien und der Bischöfe befreit, damit es neuerdings in den Bann von Pastoralconferenzen falle.

„Die deutsche Nation hat neben jener ersten religiösen und kirchlichen Errungenschaft noch eine zweite geistige und weltliche Errungenschaft zu bewahren und zu pflegen, den Reichtum ihrer Litteratur und die Schätze ihrer Wissenschaft. Die wissenschaftliche Freiheit ist die jüngere ebenbürtige Schwester der ältern religiösen Freiheit, die volle Wahrhaftigkeit des denkenden Geistes die notwendige Ergänzung der Gewissensfreiheit. Auch dafür haben Hunderte und Tausende der besten Söhne unserer Nation alle ihre Lebenskraft eingesetzt.

„Im Angesichte nun der unseligen Entzweiung, welche zwischen der teils herkömmlichen, teils neuerdings wieder rückwärts geschraubten Pastorentheologie einerseits und der Denk- und Sprechweise der modernen Bildung andererseits eingetreten ist, hat sich der deutsche Protestantenverein in der Absicht gebildet: „Auf dem Grunde des evangelischen Christentums eine Erneuerung der protestantischen Kirche im Geiste evangelischer Freiheit und im Einklang mit der gesamten Culturentwickelung unserer Zeit anzustreben.“ (Statut des Prot.-Ver.)

„Eben die Herrschaft jener geistesbeschränkten und hierarchischen Richtung innerhalb der protestantischen Geistlichkeit, welche seit einem Menschenalter, nach dem Vorbilde der verwandten jesuitischen Richtung in der katholischen Kirche, sich in die theologischen Facultäten und in das Kirchenregiment eingeschlichen und die Wissenschaft und die Praxis vielfach verdorben hat, treibt die gebildeten Classen mehr und mehr aus der Kirche thatsächlich hinweg.

„Wir halten diese Entfremdung für ein nationales Unglück, weil sie das tiefe religiöse Bedürfnis des deutschen Volkes unbefriedigt lässt und auf Abwege verleitet. Würde das weiter so fort gehen, so würde die Kirche zu einer Secte zusammenschrumpfen und die Bildung sich von dem so verengten Christentume gänzlich lossagen. Diesen drohenden Übeln entgegen zu wirken, betrachtet der deutsche Protestantenverein als seine Hauptaufgabe.

„Jene Berliner Pastoren beschuldigen uns nun, nicht mehr an die heilige Schrift als „das Wort Gottes“ zu glauben. Mit diesem „Worte Gottes“ ist in der protestantischen Kirche unsäglicher Missbrauch getrieben worden. Man kann den Glauben daran consequenterweise bis zu

dem Wahne steigern, den auch ein „rechtgläubiger“ Berliner Pastor neuestens zum Erstaunen der gebildeten Welt bekannt hat, dass die naiv-kindliche Anschauung der Bibel, welche in der Erde die grosse ruhende Mitte des ganzen Weltgebäudes erblickt, um welche sich das Himmelsgewölbe mit allen wandelnden kleinen Gestirnen dreht, Wahrheit und alle Entdeckungen der Astronomie Irrtum seien. Man kann wieder in consequenter Weise mit dieser Berufung den völligen Umsturz unseres ganzen europäischen Stats- und Rechtssystems und die Wiederherstellung einer jüdischen Theokratie fordern. Wir haben es ja wiederum in diesen Tagen erlebt, dass nicht blos der Papst die moderne Verfassung und die Gesetze in Österreich aus diesem Grunde für nichtig erklärt hat, sondern auch wieder lutherische Pastoren in Sachsen die Drohung des Priesters Samuel, welcher den König Saul im Namen Gottes zwang, einen kriegsgefangenen König grausam hinzuschlachten, als ein passendes Vorbild für unser heutiges Gott Lob menschlicher gewordenes Völker- und Statsrecht erklärt haben. Wir lassen uns allerdings nicht mehr in diesem Netze fangen.

„Wir verehren die Bibel als das „ehrwürdigste Urkundenbuch der göttlichen Offenbarung“ (Protestantentag in Bremen), aber wir erblicken zugleich in jeder unwissenschaftlichen Beschränkung der Schriftforschung ein Attentat auf die evangelische Wahrheit und eine Verletzung der protestantischen Freiheit.

„Jene Berliner Pastoren vermessen sich ferner, unsern Glauben mit dem Maasstab der Trinitätsformel zu messen, welche in den unfruchtbaren Streitereien der byzantinischen Theologen im vierten Jahrhundert entstanden ist.

„Die Meinungen über diese dogmatischen Fragen sind in Wahrheit unter uns selber verschieden. Auch der Glaube, den jene Pastoren bekennen, wird in unserm Verein weder ausgeschlossen noch verdammt. Aber darin sind wir einig, dass die heutige Welt auch in ihrem religiösen Gefühle nicht mehr von jenem dogmatischen Kampf bewegt wird, welcher das verfallene griechisch-römische Kaiserreich zerrüttet und seinem Untergange näher geführt hat.

„Unsere Zeit legt überhaupt den Schwerpunkt nicht mehr in das theologische Dogma, sondern in das christliche Leben. Sie schätzt die christliche Gottes- und Menschenliebe weit höher als alle Rechtgläubigkeit. Der deutsche Protestantenverein vertritt das Recht der modernen protestantischen Welt, so zu sein und so zu denken, und lässt sich durch keine Bannbulle davon abschrecken.

„Mit Entrüstung weisen wir die Verläumdung zurück, dass wir nicht mehr an den lebendigen, schöpferischen Gott glauben. Aber wenn ein sehr grosser Teil der heutigen Christen sich Gott nicht im Widerspruch mit den — auch göttlichen — Naturgesetzen denken kann und deshalb den Gedanken eines „widernatürlichen“ Wunders verwirft, so behaupten wir ihr Recht, diese Meinung innerhalb der protestanischen Kirche auszusprechen. Wir glauben, dass der lebendige Gott auch in der modernen Geistesentwicklung sich wirksam erweise, und sehen in dem ohnmächtigen Versuche, dieselbe in die Gebundenheit früherer Jahrhunderte zurück zu zwängen, eine schwere Verkennung der göttlichen Weltleitung.

„Wir gestehen jenen Pastoren das Recht nicht zu, uns darüber zu verhören, ob wir glauben, dass Jesus Christus „wahrhaftiger Gott“ sei. Noch weniger sind sie

befugt, in unserm Namen die Frage zu beantworten. Aber wir wollen die unbestreitbare Thatsache nicht verheimlichen, dass die antike heidnische Welt der Griechen und Römer eher an Christus glauben lernte, wenn er ihr als Gott gepriesen wurde, und die heutige moderne Welt mit ihrem erweiterten Gottesbewusstsein und Naturbegriff weit eher für Christus gewonnen und erwärmt wird, wenn er ihr als Mensch menschlich dargestellt wird. Wir behaupten auch hier das volle Recht der protestantischen Welt, Christus geschichtlich zu erfassen und menschlich zu begreifen. Wer ihr dieses Recht abstreitet, der nötigt einen sehr grossen Teil der Gebildeten entweder zu offenbarer Heuchelei oder zur Lossagung vom Christentum. Wir wollen umgekehrt, dass sie aufrichtige Menschen und Christen bleiben.

„Jene Berliner Pastoren werfen uns ferner vor, wir glauben nicht an den heiligen Geist als „die dritte Person der Dreieinigkeit". Ob sie selber daran glauben und was sie darunter denken, wissen wir nicht. Aber wir wissen, dass der heutigen Welt der alte Streit der Theologen über die Natur des heiligen Geistes durchweg unverständlich und infolge dessen gleichgiltig geworden ist. Wir wissen ferner, dass der Geist der Heuchelei, des geistlichen Hochmuts, der Unduldsamkeit und der orthodoxen Verketzerungssucht kein heiliger Geist ist. Wir wissen, dass in dem ernsten Streben nach Wahrheit, in dem Geiste der freien Forschung, in dem Geiste der Wissenschaft heiliger Geist ist. Dafür, dass dieser heilige Geist in der protestantischen Kirche wirksam und hochgeehrt bleibe, arbeiten wir und vertrauen der Gemeinde, dass sie diesen Geist nimmer aus ihrer Mitte verbannen und nicht von ihrer Führung verdrängen lassen werde.

„Es ist nicht wahr, dass wir „der Majorität der Gemeinde“ eine willkürliche Macht über den Glauben der Kirche einräumen. Aber wir sind der Meinung, dass die Geistlichen nicht berufen sind, die Kirche zu beherrschen, sondern der Gemeinde zu dienen. Um keinen Preis wollen wir auf die grosse Errungenschaft der Reformation Verzicht leisten, welche die Laien aus der Knechtschaft des Klerus befreit und zu mündigen und vollberechtigten Mitgliedern der Kirche erhoben hat. Es ist eine arge Entstellung unserer Gesinnung, wenn jene Pastoren uns beschuldigen, wir wollten den Glauben und den Unglauben für gleichberechtigt in der Kirche erklären. Wir fordern nur die Gleichberechtigung der verschiedenen theologischen Richtungen und kirchlichen Parteien, welche sich innerhalb der evangelischen Kirche kraft der naturgemässen Entwicklung der Wissenschaft, der Bildung und des Geisteslebens geschichtlich ausgebildet haben. Wir protestiren gegen die anmaassliche Selbstüberhebung einer kirchlichen Partei, welche diesen Fortschritt des Lebens durch starre Formeln zu hemmen und die Ohnmacht ihrer Gründe durch die Keckheit ihrer Bannsprüche zu verbergen sucht.

„Es ist wieder nicht wahr, dass wir uns von dem „Bekenntnisgrund“ der Reformation losgesagt haben. Auf dem Protestantentage zu Neustadt 1867 haben wir die Bekenntnisse der Reformationszeit als „die Niederschläge der wunderbaren Lebensglut, welche damals durch die Adern des deutschen Volkes strömte“, gebührend anerkannt. Aber wir verwerfen allen Götzendienst, der mit diesen Bekenntnissen getrieben wird, als unprotestantisch und innerlich unwahr, und behaupten unser gutes Recht, auch die Form und den Inhalt derselben zu prüfen und je nach der

redlich gewonnenen Überzeugung zu berichtigen. Wir geben nicht zu, dass diese Bekenntnisse, welche das religiöse Bewusstsein ihrer Zeit bezeugen, zu Schlagbäumen missbraucht werden dürfen, um die Bewegung des kirchlichen Lebens einer zurückgebliebenen Priesterschaft tributpflichtig zu machen und den Fortschritt der Geister zu untersagen.

„Wir preisen die Union hoch als eine weltgeschichtliche That, durch welche der Ausschliessungs- und Verdammungseifer der lutherischen und reformierten Orthodoxie, welche den Protestantismus entzweit und gefährdet hat, überwunden worden ist. Wir wollen auch diese Errungenschaft unseres Jahrhunderts sowohl gegen offenen Angriff als gegen heimliche Untergrabung schützen helfen.

„Wir nehmen für uns und für unsere Glaubens- und Denkgenossen das volle Recht in Anspruch, ächte Söhne des Protestantismus zu sein, und wir protestiren laut und feierlich vor der Nation wider die Anmaassung aller hierarchisch gesinnten Pastoren in Berlin und anderwärts, welche das neunzehnte Jahrhundert auf den Standpunkt des siebzehnten Jahrhunderts, des traurigsten, welches die deutsche Nation erlebt hat, zurückzuführen unternehmen und uns unser Heimatsrecht in der protestantischen Kirche streitig machen wollen.

„Auch wir vertrauen auf den „Fels des Heils". Aber der Fels des Heils ist uns nicht der tote, in die Leichentücher überlieferter Formeln eingehüllte Christus, sondern der lebendige Christus, dessen Geist in dem Geiste der fortschreitenden Menschheit fortlebt und von Jahrhundert zu Jahrhundert sich verjüngend mit unsterblicher Jugendkraft fortwirkt."

Als ich von Köln nach Hause reiste und in Bonn Sy-

bel, Bluhme und Beseler gesehen hatte, übernachtete ich in Boppard und spazierte am Morgen darauf auf die Anhöhe. Hier kam mir der Gedanke, der Stat sollte in ähnlicher Weise, wie die Kirche durch die Confirmation und ihren Confirmationsunterricht auf ihre jugendlichen neuen Mitglieder wirke, die jungen Statsbürger zuvor in die Hauptbegriffe und Gesetze des States einführen und dann in feierlicher Weise als Bürger aufnehmen. Diese „Bürgerweihe“ sollte die Jugend mit Statsgeist erfüllen, sie erheben und zum Volksfeste werden. Ich habe den fruchtbaren Gedanken, der mich damals mächtig ergriff, in der „Gegenwart“ von Paul Lindau in Berlin näher entwickelt; aber meine Hoffnung, dass die preussische Regierung und dass Bismarck denselben aufnehme und zu patriotischen Zwecken ausführe, ging nicht in Erfüllung.

Ebenso hielt ich im März 1869 einige Vorträge in Köln, Aachen und Elberfeld über nationale Statenbildung und Legitimität und über die Einwirkung der Nationalität auf die religiösen Verhältnisse, welche auch in die gesammelten Schriften aufgenommen worden sind. (II. Band S. 70 ff., 132 ff.)

Sowohl in Köln, als in Aachen fand ich das protestantische Element der Bevölkerung in hervorragenderer, durch höhere Bildung und mehr Reichtum ausgezeichneter Stellung. In den Massen sah es noch finster aus. In dem Kreuzgange des Aachener Domes sah ich noch betende Weiber in gekreuzter Lage mit dem Ausdruck einer an Blödsinn grenzenden Stupidität, die mir mitleidswürdig schien.

In Elberfeld wohnte ich in der anmutigen Villa meines Freundes Walther Simons, eines grossen Kaufmanns,

und seiner Gattin, einer sehr liebenswürdigen, verständigen und energischen Frau. Eine echte deutsche Familie mit allen ihren Vorzügen.

Die leuchtendste Erscheinung in der Geschichte des deutschen Protestantenvereins war aber die Protestantenversammlung zu Worms am 31. Mai 1869.

Das prachtvolle Lutherdenkmal zu Worms war noch im Jahr 1868 in Gegenwart vieler Fürsten und kirchlicher Würdenträger feierlich enthüllt worden. Unsere Versammlung war veranstaltet worden, um im Namen der protestantischen Bevölkerung auf die anmaassende Aufforderung des Papstes Pius' IX. (vom 13. September 1868), in den Schafstall der römischen Kirche zurückzukehren, eine echt protestantische Antwort zu geben. Von allen Seiten strömten die Bürger und Bauern herbei. Die grosse Dreifaltigkeitskirche vermochte die Menge nicht zu fassen. Ungefähr 6000 Personen fanden darin Platz, eine grössere Anzahl wartete draussen vor der Kirche.

Die Verhandlungen begannen Vormittags 10½ Uhr mit einem von Pfarrer Briegleb gesprochenen Gebete, dem Gesang eines Männerchores und der Begrüssung durch Dr. Schröder. Dann schilderte Schenkel in einer meisterhaften Rede die Bedeutung des Ortes, wo einst Luther die heiligen Rechte des Gewissens und der Wahrhaftigkeit wider die päpstliche Bedrohung verteidigt habe, und die merkwürdigen Zeichen unserer Zeit, in der wieder ein Papst, von dem Jesuitenorden getrieben, sich erkühnt habe, die protestantische Welt durch die Aufforderung zu beleidigen, dass sie ihre Freiheit aufgebe, auf ihre Cultur und ihr Wissen verzichte und sich der römischen absoluten Herrschaft unterwerfe. Im Namen

des Ausschusses trug er dann eine Anzahl Resolutionen vor, welche einen Beifallssturm erregten. Es sprachen sich noch aus Pfarrer Otto Schellenberg aus Mannheim, Professor von Holtzendorff aus Berlin, Dr. Hase von Bielitz.

Als Präsident lud ich nun die Versammlung ein, wenn sie der Erklärung zustimme, „im Angesichte Gottes ihre Hände zum Himmel zu erheben". Es war ein ergreifender Moment, als plötzlich sich Aller Hände erhoben.

Dann sprach sich die Versammlung auch noch für das Gemeindeprincip als den Grundgedanken der protestantischen Kirchenverfassung aus, welches von Hofgerichtsadvokat Ohly aus Darmstadt begründet und von Prediger Dr. Lisco aus Berlin, Manchot aus Bremen und Steinacker aus Buttelstedt verteidigt wurde.

Damit schloss die Versammlung in der Kirche. Ihr folgte der grosse volkstümliche Akt auf dem Marktplatze, zu dem alles Volk durch Glockengeläute eingeladen ward. Es standen da und in den dahinführenden Strassen bei zwanzigtausend Menschen. Alle Fenster der umliegenden Häuser waren besetzt. Als Präsident verkündete ich vor der ernst gestimmten in lautloser Stille horchenden Menge:

„Auf die römische Einladung zur Rückkehr in den Schafstall Petri gehört eine deutsche Antwort. Wir wollen nicht Zwietracht stiften zwischen Protestanten und Katholiken, wir wollen leben in Frieden und Freundschaft als Söhne derselben Nation. Es ist jetzt aus mit Pfaffenlist und Pfaffentrug. Das mögen sie vernehmen an der Tiber. Nicht wieder soll, nach den bitteren Erfahrungen des dreissigjährigen Krieges, der confessionelle Friede in Deutschland gestört werden. Aber wir verleugnen den durch die Reformation gewonnenen Fortschritt nicht mehr. Rom

darf nicht mehr über uns herrschen. Wir treten allezeit ein für die deutsche Freiheit wider römischen Geistesdruck."

Darauf wurde von der Menge das Lutherlied gesungen: „Ein' feste Burg ist unser Gott". Die Posaunen begleiteten den Volksgesang, die Glocken hallten feierlich darein. Vieler Augen füllten sich mit Thränen heiliger Rührung.

Mit wenig Worten entliess ich die Versammlung, nachdem ich sie noch aufgefordert hatte, ein Hoch auf die That Luther's und auf die protestantische Glaubens- und Gewissensfreiheit auszubringen. Ein Sturm des Beifalls brauste empor. Das Volksgemüt war in der Tiefe ergriffen. Der Tag von Worms mit seiner gehobenen und begeisterten Stimmung war ein beredtes Zeugnis für den zugleich religiösen und freien Geist unseres Volkes.

Auch einige Anerkennung meiner wissenschaftlichen Thätigkeit erfreute mich in dieser Zeit. Voraus wurde ich durch eine Anzahl Artikel in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung im Juli 1868 überrascht, welche geradezu die Rohmer'sche Parteienlehre auf die Parlamentsparteien im Reichstage in Anwendung brachte, und sich rücksichtslos auf die Autorität Rohmer's und Bluntschli's berief. Nach 25 Jahren die erste offene Erklärung eines deutschen Regierungsorgans für diese Lehre, die berufen war, in die Verwirrung Licht und Ordnung zu bringen. Woher kam das? War das ein Zeichen wirklichen Verständnisses? Mein College v. Treitschke hatte das Princip nicht begriffen und in den preussischen Jahrbüchern noch seine Bedenken ausgesprochen (s. unten Cap. 14). Verstanden wird es erst, wenn dereinst die Rohmer'sche Psychologie verstanden wird.

Von Berlin erhielt ich den Kronenorden zweiter Classe und von Boston die Aufnahme in die dortige Akademie

der Wissenschaften, beides ganz ungesucht und unerwartet. (Juli 1868).

Mit Hilfe von Dr. Edgar Löning wurde nun auch eine Herausgabe des kleinen Statswörterbuchs in drei Bänden unternommen.

Im August 1868 bezog ich mein neues Haus (Plöckstrasse 68).

Von interessanten Besuchen im Sommer und Herbst 1868 erwähne ich den amerikanischen Gesandten Bancroft, dem zu Ehren ich ein gemeinsames Abendessen veranstaltete. Später kam der Dekan der herrlichen Westminsterabtei Stanley, in dessen Familie ich einen schönen Abend mit Helmholtz verlebte. Stanley gehört der liberalen Richtung innerhalb der englischen Hochkirche an und sprach wie ein deutscher Gelehrter von guter Art. Die Damen, die ihn begleiteten, seine Frau, eine Tochter des Lord Elgin, und deren Schwester, waren durchaus einfach und fein, wie die echte Aristokratie im Gegensatze zu den protzigen Gründerseelen.

Endlich die Grossfürstin Helene von Russland. Sie empfing mich ganz allein eines Abends bei einer Tasse Thee. Das Gespräch war ganz frei und ernst. Sie bemerkte, dass sie auch die Einführung der Bekenntnisfreiheit für Russland wünsche, dass da aber noch grosse Schwierigkeiten zu überwinden seien, vorzüglich in dem Volke wegen der vielen Sekten und des zum Aberglauben geneigten Charakters der Russen. Sie meinte, Preussen werde in Russland als ein Stat gefürchtet, der Eroberungen machen wolle. Für die Russen, die eher eine weibliche als männliche Rasse haben, ist das deutsche Element in den Ostseeprovinzen unentbehrlich. Ohne die Deutschen vermögen

sie Nichts. Aber der deutsche Adel in den Ostseeprovinzen ist eng und hochmütig gesinnt. Um die Bauern kümmert er sich nichts. Auch vor Oesterreich hat man Besorgnisse. Man fürchte, Österreich könnte, von England und Frankreich getrieben, sich der orientalischen Frage bemächtigen und nach Konstantinopel gehen. Der Kaiser Alexander II. ist persönlich geneigt, Freiheit zu gewähren.

Sie erzählte folgende Anekdote von dem Czaren Nicolaus. „Während seiner letzten Krankheit besuchte er mich. Ich war um ihn besorgt und bat ihn, sich besser zu schonen. Darauf gab er mir die Antwort: „Je suis comme un cheval de poste, qui fait son mieux, jusqu'à ce qu'il crève."

Auch die Herausgabe der Rohmerischen Werke wurde neuerdings auf zwei Zusammenkünften in München besprochen. Bei der ersten waren noch Brater, Ernst Rohmer, H. Schulthess und Gust. Widenmann anwesend (8. October 1868). Bei der zweiten (10. October 1869) hatte sich auch Seyerlen eingefunden. Ich übernahm die Herausgabe der Wissenschaft von Gott und das Leben Friedrich Rohmer's. Beide Arbeiten hatten mich schon lange ernstlich beschäftigt. Seyerlen sollte mit meiner und Widenmanns Hülfe die Psychologie (Wissenschaft vom Menschen) und die Logik bearbeiten. Die übrigen Freunde, unter denen Hottinger, sollten die Kleinen Schriften sammeln. Noch fehlt viel, um die Vorsätze zu erfüllen.

Auch der von Friedrich Rohmer am 2. Januar 1844 gestiftete Orden „der frei gewordenen Wissenschaft" wurde besprochen. Bereits waren zwei Hauptstellen (Theodor Rohmer und Alexander Bruckmann) erledigt, für andere drohte die Todesgefahr. Dennoch konnte an eine kräftige Er-

gänzung jetzt nicht gedacht und musste alles Weitere vertagt werden.

Wenige Tage nach der zweiten Zusammenkunft starb mein treuer Freund Brater (20. October 1869). Er hatte an den Verhandlungen noch einen innerlichsten Anteil genommen, auch an den religiösen, entschiedener noch als in früheren Zeiten, in denen er sich oft reserviert gehalten hatte, ganz frei von allen Rücksichten, wie ein verklärter Geist. Als er von mir Abschied nahm, sprach sein Auge deutlich aus, was der Mund verschwieg, dass er mir zum letzten Male in diesem Leben begegnet sei.

Mit ihm ist ein edler Mensch, ein verlässiger Freund, ein Patriot, der Alles was er besass und sich selbst dem Vaterlande zu opfern stets bereit war, dahin gegangen. Sein Leben war ein langes, kampfbereites Martyrium für die Befreiung und Einigung des deutschen Volkes von dem Drucke einer engherzigen Bureaukratie und einer partikularistischen Dynastenpolitik und der elenden Zerklüftung und zwieträchtigen Ohnmacht des Bundes.

Ich fühlte mich nun einsamer, als ich je für möglich gehalten; aber die Einsamkeit, in der grosse Erinnerungen an bedeutende Männer mich umschwebten, war mir doch lieber als die schale Gesellschaft, in welcher der Leib übersättigt, aber der Durst und Hunger des Geistes nicht gestillt wurden.

Zwei Monate später starb auch mein Schwager Wilhelm Wackernagel in Basel (22. Dec. 1869). Ich wusste vorher nicht einmal, dass er krank war, und konnte auch dem Begräbnis nicht beiwohnen. Er war ein grosser Gelehrter als Germanist, ein guter Professor, ein warmer Freund seiner adoptiven Vaterstadt Basel und ein geliebtes

Familienhaupt. Für meine Natur und Ideen hatte er kein rechtes Verständnis. Er betrachtete sie mit einer achtungsvollen Scheu zweifelnd aus der Ferne.

Auch in freimaurerischen Angelegenheiten war ich damals thätig. Ich hatte im Auftrage der Grossloge zur Sonne in Bayreuth eine neue Bundesverfassung für dieselbe entworfen. Dieser Entwurf wurde auf einer Konferenz zu Stuttgart im October 1868 beraten und gutgeheissen, sowohl in seinen allgemeinen Grundsätzen als in der Organisation, welche nach föderativen Principien bearbeitet war: ein gewählter Grossmeister auf eine Amtsdauer von drei Jahren, höchstens auf zwei Amtsdauern zu wählen; ein Bundesrat in Bayreuth, aus Vertretern der einzelnen Logen; eine Grosslogenversammlung mit wechselndem Sitze aus Repräsentanten (Vorsitzende und Abgeordnete) der Logen.

Trotz aller dieser zerstreuten Thätigkeit oder vielmehr eben wegen derselben, überkam mich das Gefühl, dass es so auf die Dauer nicht fortgehe. Meine Wirksamkeit an der Universität litt spürbar darunter. Die Zahl der Studierenden in Heidelberg hatte in letzter Zeit abgenommen und, was für mich besonders empfindlich war, die Zahl der Ausländer vornehmlich. Wieder erhob sich die Frage: Soll ich auf die politische Thätigkeit ganz verzichten und mich ausschliesslich auf die akademische und schriftstellerische beschränken? Ich war wohl entschlossen, kein eigentliches Statsamt anzunehmen, aber ohne jede politische Teilnahme als blosser Gelehrter zu leben, das genügte meiner Natur doch nicht. Nur so viel war mir klar, ich musste mich wieder mehr auf meinen Lehrberuf concentrieren. Ich sagte mir: „So lange der Süden noch vom Norden politisch getrennt bleibt, so lange muss ich im Süden bleiben. Wenn aber

später der Süden geeinigt sein wird, dann werde ich zu alt sein, um mich in eine neue Stellung hineinzubegeben, und nochmals mich mit meiner Familie umpflanzen zu lassen. Dabei geht zu viel Kraft und Leben verloren. Eine Professur in Berlin sagt mir nicht zu. Ein anderes Amt ist zur Zeit unmöglich. Die einzige Möglichkeit für mich, eine praktische Wirksamkeit in Berlin, ausserhalb des Reichstags, und zugleich meine Universitätsstellung in Heidelberg zu verbinden, wäre eine Stelle im Bundesrat. Aber eine solche gibt es einstweilen noch nicht."

Im Spätherbst 1868 bis in das Frühjahr 1869 entbrannte ein erbitterter Streit innerhalb der bisherigen liberalen Partei in Baden, der unter dem Namen des Offenburger Streites bekannt ist, und an dem ich mitbeteiligt war.

Der Schluss der letzten Kammersitzung hatte mit einer harten Dissonanz geendigt. Die schroffe Entlassung der Minister Stabel und Ludwig und die gegenüber der Kammer rücksichtslose Bildung des Ministeriums Jolly hatte eine bittere Missstimmung hervorgebracht. Insbesondere die Führer der zweiten Kammer, Lamey, Eckhard, Kiefer, waren tief verletzt. Das Misstrauen, dass Jolly im Gegensatze zu der bisherigen badischen Politik in illiberaler Weise, gestützt auf die Beamten und die Polizeigewalt, die Regierung des Landes leiten wolle, wurde durch einzelne Vorfälle gereizt. Auch an der Universität erfuhr man mit Unwillen, dass Jolly, unter dem Einflusse für Orthodoxie schwärmender Damen, den Oberkirchenrat moralisch genötigt habe, sich gegen eine Anstellung des holländischen Geistlichen Pierson auszusprechen, obwohl die Kirchenbehörde geneigt gewesen war, ein günstiges Gutachten ab-

zugeben, und fürchtete auch auf kirchlichem und wissenschaftlichem Gebiete ein reactionäres Vorgehen. Die Wahlen zum Zollparlamente waren überdem ungünstig ausgefallen für die liberalen Führer der zweiten Kammer. Gerade die entschiedensten und hervorragendsten unter denselben waren gegenüber den Ultramontanen in der Minderheit geblieben. Früher hatte zwischen der Regierung und der Volksvertretung ein wechselseitiges Vertrauensverhältnis bestanden, das jetzt erschüttert war. Die liberale Partei konnte nicht zugleich eine geringschätzige Behandlung von oben und die Anfeindung von unten ertragen. Die Stellung gegenüber der Regierung bedurfte einer Klärung.

So traten am 8. November eine Anzahl von Kammermitgliedern zu Offenburg zu einer vertraulichen Besprechung zusammen, ausser den obengenannten auch Fauler, Hebting, Holtzmann, Kusel, Paravicini, Turban und andere. Da ich in der ersten Kammer immer in freundlicher Fühlung mit den Führern der zweiten Kammer geblieben war, so folgte ich der dringenden Einladung, an dieser Beratung Teil zu nehmen.

Einstimmig wurde beschlossen, die liberale Partei zu selbständiger und thatkräftiger Wirksamkeit wieder zu sammeln. Dieser Entschluss wurde mit sachlichen Vorschlägen in einem vertraulichen Kreisschreiben an die Freunde versandt und Ministerialrat Kiefer in Karlsruhe als Adresse bezeichnet, an welche die Beitrittserklärungen mitzuteilen seien.

Mir schien die Frage so zu liegen: Bleibt Baden ein wirklich constitutioneller Stat, oder sinkt es wieder in das frühere Beamtenregiment zurück? D. h. wird der badische Stat im Einverständnis von Regierung und Volksvertretung

oder einseitig, ohne Rücksicht auf diese, verwaltet? Soll die ganze ruhmreiche Zeit der liberalen Erhebung wieder begraben werden?

Zugleich mit dem Kreisschreiben wurde der Entwurf zu einem Programm der liberalen Partei mitgeteilt. Darin wurde voraus erklärt, „dass auch in Zukunft mit allem Nachdruck ein möglichst baldiger und möglichst enger Anschluss des Südens und insbesondere Badens an den norddeutschen Bund angestrebt werden solle", aber auch die Meinung ausgesprochen, „dass in der Zwischenzeit nicht jede Reform aufgeschoben werden dürfe, sondern im Gegenteil durch Ausbildung der badischen Verfassung, Gesetzgebung und Selbstverwaltung das badische Gemeinwesen möglichst zu vervollkommnen und als gesundes Glied in den Körper des deutschen Reiches einzuführen sei." Im Militärwesen wurde, soweit das bewährte System der preussischen Heeresorganisation es gestatte, Sparsamkeit empfohlen.

Das Programm sprach sich gegen eine Nachahmung der Politik des preussischen Cultusministeriums (von Mühler) aus, welche eine beschränkte Orthodoxie und einen krankhaften Pietismus begünstige und die geistigen Interessen der deutschen Nation dadurch schwer schädige. Es verlangte entschiedene Durchführung der Rechte des States und der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber der Kirchengewalt.

Dasselbe trug ferner, nicht ohne Bedenken, auf eine Reform der Wahlordnung der zweiten Kammer an, in dem Sinne, dass anstatt des Ortsbürgerrechtes das Statsbürgerrecht zur Grundbedingung des Stimmrechtes gemacht, die geheime Stimmgebung eingeführt, die Verteilung der Wahlkreise einer Revision unterworfen und die directe Wahl statt der Wahl durch Wahlmänner eingeführt, endlich die

Wahlen je auf vier Jahre, mit Erneuerung der Hälfte je zu zwei Jahren, vorgenommen werden.

Auch die Reform der Ersten Kammer zur Ausgleichung der seit der Gründung der Verfassung eingetretenen socialen Wandlungen (die früheren Grundherren waren blosse Grossgrundbesitzer geworden) und zur verstärkten Vertretung der Elemente höherer Cultur (Wissenschaft, Industrie und Handel, grosses Vermögen) wurde empfohlen.

Ein einjähriges Budget und das Recht der Initiative für jede Kammer wurde beantragt.

Ferner wurde eine Reform der Gemeindegesetzgebung und eine Revision des Gemeindesteuerwesens angeregt.

Endlich wurden noch besondere Punkte bezüglich der Verwaltung und der Lösung der socialen Fragen der näheren Erwägung vorbehalten.

Der offenbar gewordene Konflikt zwischen der Kammermehrheit und dem Ministerium Jolly hätte sich bei sachlicher und leidenschaftsloser Erörterung unschwer ausgleichen lassen. Aber Jolly war wüthend über die Kündigung des Vertrauens, und die Regierungspresse zog es vor, anstatt die Reformanträge zu prüfen und je nach Umständen zu billigen oder zu bekämpfen und zu berichtigen, gegen die Personen der liberalen Führer einen erbitterten Kampf zu beginnen, ihre Motive zu entstellen und ihr Streben zu verdächtigen. Da so ziemlich alle selbständigen und bekannten Kammermitglieder der liberalen Partei, auch die als vorzugsweise regierungsfreundlich und gemässigt geltenden, wie Kirsner, Paravicini, Turban, die Offenburger Erklärung unterzeichnet hatten, so machten diese persönlichen Angriffe einen höchst peinlichen Eindruck.

Vollends wurde es aber wie ein Faustschlag in's Ge-

sicht der liberalen Führer empfunden, als Jolly den Ministerialrat Kiefer in ein Postamt versetzte und dadurch nötigte, den Statsdienst überhaupt aufzugeben. Zwar hatte der Minister Recht, nicht zu dulden, dass ein Ministerialbureau zum Centrum und Sammelplatz der Kammeropposition gemacht werde, und insofern Grund, die Versetzung Kiefers zu fordern; aber das musste dann auf eine seinen Kenntnissen und seiner Stellung angemessene Stelle geschehen. So hatte vor dem Bürgerkriege von 1866 auch Lamey den damaligen Ministerialrat Jolly in den Verwaltungsgerichtshof versetzt. Die brüske Art der Versetzung Kiefers aber erbitterte auf's äusserste und trug vieles dazu bei, den Streit zu erhitzen und zu vergiften.

Das Publikum war auf dieses Zerwürfnis nicht vorbereitet und verstand den Streit nicht recht. Um so heftiger tobte derselbe in den Zeitungen.

Ich wurde von diesem Streite auch innerlich betroffen. Ich hatte Jahre lang mit Jolly freundlich zusammen gewirkt, und es war mir schmerzlich, wahrzunehmen, dass er persönlich sich von mir in demselben Maasse entfremdet habe, wie die Regierung von der Volksvertretung und den liberalen Intentionen derselben. Es kam mir vor, wie wenn auf die fruchtbare Periode liberaler Reform, an der wir gemeinsam gearbeitet hatten, nun ein trauriger Rückfall in vergangene Zeiten folge. Ich erinnerte mich, dass ganz gewöhnlich in Deutschland auf eine kurze Spanne liberalen Aufschwunges oder nach einer revolutionären Erhebung eine lange Zeit der Erschlaffung und der Reaction zu folgen pflege, so schon 1818 nach den Befreiungskriegen von 1813—1815, dann wieder 1832 nach der Erhebung von 1830, nochmals 1851 nach der Umwälzung von 1848/49.

Deshalb war ich entschlossen, damit nicht ebenso nach 1866 wieder dieselbe rückläufige Wendung eintrete, den liberalen Grundcharakter der nationalen Bewegung bewahren zu helfen.

Ich schrieb damals: „Wer die ungeheuren Anstrengungen kennt, welche in der ganzen katholischen Welt im Hinblick auf das ökumenische Concil zu Rom gemacht werden, um die Herrschaft der mittelalterlichen Hierarchie wieder aufzurichten, den modernen Stat zu bekämpfen und die Cultur des neunzehnten Jahrhunderts mit der Macht der Unwissenheit, des Aberglaubens und des Fanatismus zu unterdrücken, der weiss auch, dass dieser Gefahr nicht mit blossen Regierungsmaassregeln zu begegnen ist, der wird die Erweckung des denkenden Volksgeistes und die Sammlung der liberalen Partei in jedem von jener Herrschaft bedrohten Lande für ein dringendes Zeitbedürfnis halten.

„Wer endlich bedenkt, dass in Baden die noch nicht überall gesicherte nationale Gesinnung nicht durch den Beamteneinfluss allein, so wichtig derselbe ist, befestigt, ausgebreitet und erfrischt wird, dem wird es auch verständlich werden, wesshalb die Offenburger einen so grossen Nachdruck auf die Wiederbelebung des Zusammenhangs mit dem Volke legen.“

Eine neue Zusammenkunft der Partei in Offenburg setzte das Programm derselben fest (26. Dec. 1868). Dasselbe wich nur wenig von dem Entwurfe ab. Die nationale Gesinnung wurde noch entschiedener betont, aber eine unzweideutig liberale Politik als Grundbedingung ihres Erfolges hervorgehoben. Ob die Wahlen zur zweiten Kammer direct oder indirect geschehen sollen, wurde als offene Frage bezeichnet.

Auch auf die Universität wirkte das Zerwürfnis störend ein. Nach der Übung schien meine Wahl zum Pro-

rector für das Jahr Ostern 1869 bis Ostern 1870 gesichert. Aber nun fiel die Wahl mitten in den Offenburger Streit hinein und wurde nun plötzlich bestritten. Eine Anzahl Ultramontane und vormalige Grossdeutsche waren ohnehin abgeneigt. Nun traten denselben auch die preussisch gesinnten Unitarier, von v. Treitschke für Jolly geworben, bei. Den Ausschlag gaben die, welche fürchteten, meine Wahl in diesem Augenblick bedeute eine Demonstration gegen das vorgesetzte Ministerium. So einigte sich eine Mehrheit für die Wahl von Kopp.

Meine nahezu einstimmige Wahl zum Mitgliede des akademischen Senats, die einige Wochen später erfolgte, bewies mir indessen, dass nicht Abneigung gegen meine Person, sondern wesentlich politische Rücksichten auf das Ministerium die Nichtwahl zum Prorector bestimmt hatten.

Mit Unrecht wurde ich übrigens von Vielen und auch in der radikalen Presse als der eigentliche Autor des Streites betrachtet. Ich hatte nur zögernd mich angeschlossen, und die leidenschaftliche Polemik war mir nichts weniger als sympathisch. Fortwährend bemühte ich mich, auch auf Kiefer, der mit Grund sehr erregt und von Natur heftig war, ermässigend einzuwirken. Im Angesichte der steigenden äusseren Gefahren wünschte ich sehnlich eine Verständigung innerhalb der zerklüfteten liberalen und nationalen Partei und geriet sogar in den wiederum ganz falschen Verdacht, dass ich die Offenburger Sache preiszugeben geneigt sei. Bei der grossen Landesversammlung, welche am 23. Mai stattfand, lag mir vornehmlich das schwere Werk ob, zwischen den verschiedenen Richtungen Frieden zu stiften. Ich war entschlossen, entweder die Verständigung unter den Liberalen herzustellen, die ich um Badens und

Deutschlands willen für durchaus notwendig erachtete, oder mich ganz von der Politik zurückzuziehen.

Noch am 20. Mai (1869) fand in dem grossen Saale der Harmonie in Heidelberg ein erregter Kampf innerhalb der Partei statt. Wir (Holtzmann und Wundt mit mir) hatten als Abgeordnete die Wähler dazu eingeladen. Die Anhänger Jolly's hatten sich ebenfalls eingefunden, in grosser Zahl von Studierenden begleitet. Es handelte sich um eine Meinungsäusserung für die Offenburger Versammlung.

Da bekam ich recht den Eindruck von der Unbeständigkeit und Unsicherheit der öffentlichen Meinung. Meine Rede für die Offenburger und ebenso die Schenkel's wurde mit lautem, sogar stürmischem Beifall aufgenommen; aber ganz denselben Beifallssturm erhielt auch die Rede Treitschke's, die gegen die Offenburger und für das Ministerium Jolly sich aussprach. Jedenfalls hatte ein ansehnlicher Teil der Zuhörer abwechselnd beiden zugejubelt. Die Brüder der Loge hielten sich in der Krisis treu. Wir waren verdächtigt worden, die nationale Sache zu verlassen. Das aber lag uns ganz ferne. Wir wollten nur nicht, dass die kalte und harte Methode einer preussischen Beamtenherrschaft durch Jolly in Baden eingeschmuggelt und nachgeahmt und die süddeutsche freiere Art unterdrückt werde. Mit demokratischer Lebhaftigkeit erwiderte auch Schenkel in diesem Sinne die Rede Treitschke's, der mit Begeisterung die preussische stramme Verwaltung pries.

In Offenburg hatten sich zwei Fractionen gebildet. Bevor die grosse Hauptversammlung stattfand, wurde zwischen denselben verhandelt. Das Friedensbedürfnis wurde beiderseits lebhaft gefühlt. Aber es war nicht leicht, die Formel zu finden. Die Selbständigkeit der Partei gegen-

über der Regierung musste unbedingt gewahrt bleiben. Das gestanden auch die Freunde dieser nun zu. Ein volles Vertrauen konnte auch nicht ausgesprochen werden, denn das bedeutete Abbitte und Demütigung der Kammerpartei. Aber diese gestand ihrerseits zu, dass sie bereit sei, die Regierung zu unterstützen, wenn sie in Übereinstimmung mit den liberalen Begehren handle.

Endlich glückte es mir, indem ich zwischen beiden Gruppen verhandelte, ein Einverständnis zu erzielen. Die zahlreich aus dem ganzen Lande besuchte Hauptversammlung zu Offenburg am 23. Mai 1869 genehmigte sodann die vorbereiteten Beschlüsse. Die Reden vor derselben dienten nur zur Illustration. Diesmal sprach auch Treitschke versöhnlich, er hütete sich, seine Verachtung den Liberalen nochmals auszusprechen, und mässigte seinen Preussenfanatismus, wogegen Kiefer es umgekehrt übernahm, den preussischen Stat zu verherrlichen.

Einstimmig wurde eine Adresse an den Grossherzog beschlossen und von diesem sofort beantwortet. Der Grossherzog sprach aus, wie dankbar er die hingebende thatkräftige Unterstützung schätze, welche die Unterzeichner der Adresse, mit Hintansetzung jeder anderen Rücksicht, für die ungeschwächte Fortführung der freisinnigen und nationalen Politik seiner Regierung verheissen. Der Schluss lautete: „Ich stütze darauf das Vertrauen, es werde mit der Kraft, welche die Eintracht verleiht, gelingen, Mein Volk zu dem Ziele zu führen, das Ich Mir als höchste Regentenaufgabe gestellt habe: ein freies Statsleben im Innern, ruhend auf der sicheren Grundlage geistiger Bildung und sittlich-religiösen Ernstes, und mutige, entschlossene Teilnahme an der nationalen Wiedergeburt Deutschlands.“

Das Schreiben war an Jolly als Statsminister gerichtet und wurde von diesem veröffentlicht. Dasselbe spricht den Geist, in dem die Versöhnung gesucht wurde, ebenso schön als wahr aus.

Jolly beachtete die Warnung, die er von den Offenburgern erhalten hatte, und brachte in dem nächsten Landtage eine Reihe Reformvorschläge zur Sprache im Sinne des Offenburger Programms. Turban wurde später in das Ministerium aufgenommen und Kiefer wieder eine würdige Statsstellung als Statsanwalt angeboten. Aber der Streit liess doch manche bittere Erinnerung zurück, und der Bruch persönlicher Freundschaft liess sich nicht so leicht vergessen. Ich empfand immer in meinem Leben heftigen Seelenschmerz, wenn ich das Vertrauen zu einem alten Freund verlor. Dieses Leid hatte ich auch diesmal erfahren. Nur die Zeit konnte die Wunde heilen.

Das Ministerium Jolly stand jetzt fester als vor dem Streit; die Kammer hatte zwar wieder an Bedeutung gewonnen, aber ihre Führer mussten sich darauf beschränken, Controlle zu üben. Zur Mitregierung wurden sie nicht berufen.

13.

Zollparlament. Hohenlohe wider die Jesuitenpolitik Roms. Pius IX. Fest der gemischten Schulen. Wahl der Universität in die Erste Kammer. Für die Arbeiter. Juristentag in Heidelberg. Protestantentag in Berlin. Badischer Landtag. Pfingstbeschlüsse auf der Wartburg. Kaisertitel. Der Krieg. Stimmungen. Aufsichtscommission der Reserve-Lazarethe. Wörth. Turkos. Versailler Verträge. Berichterstattung in der Ersten Kammer. Tod Roth's.

Die Sitzung des Zollparlamentes im Juni 1869 war dürr und unbehaglich. Fürst Hohenlohe teilte mir

eine Depesche mit in Sachen des heiligen Stuhls und des Concils. Er hatte zu statlicher Vorsicht und gemeinsamem Vorgehen gemahnt, leider vergeblich. Frankreich verschob die Antwort auf die Zeit nach den Wahlen. Österreich scheute sich, und Preussen schätzte die Sache zu gering.

Ich sprach mit ihm auch über die Jesuiten und er stimmte mir bei, dass nur die Auflösung dieses Ordens den Frieden bringen werde. Indem man den Orden angreift, trifft man den päpstlichen Absolutismus in's Herz.

Er meinte, es wäre gut, wenn die katholischen Laien, voraus die frommen, zusammenträten, vorerst nur mit dem unscheinbaren Verlangen, dass der römischen Jesuitenpolitik widerstanden werde. Später könnten die Liberalen energischer vorgehen. Er meinte, sogar den Probst und Jörg werde es zu arg. Döllinger sei längst von der Verderblichkeit der Jesuitenpolitik überzeugt.

Ich besprach die Bildung eines katholischen Laienvereins auch mit unsern Badenern; Fauler war sehr dafür, Kirsner bedenklicher.

In dem Unionsverein hielt ich (17. Juni) einen Vortrag über Rom und das Papsttum. Bancroft schenkte mir den „Recueil des allocutions de Pius IX“. Ich ersah daraus, das Pius IX. von Anfang an eine bestimmte auf absolute Herrschaft des Papsttums gerichtete Politik bekannt hat und nicht erst, wie man gewöhnlich meint, nach und nach in den Dienst des Jesuitenordens gelangt ist. Er ist selber der Führer in dem Kampfe. Ein mystischer Zug geht durch seine Seele; er hält sich für berufen, die Vergöttlichung der Maria durchzusetzen. Dabei ist er voll Schlauheit, nach italienischer Art, und fanatisch. Die Welt

kennt er höchstens von der schlechten Seite und ist augenscheinlich unwissend.

In Heidelberg, wohin ich möglichst bald zurückkehrte, wurde die Einführung der aus Kindern aller Confessionen gemischten Volksschule festlich gefeiert (13. Juni). Das war eine furchtbare Niederlage der Ultramontanen. Ich hatte eine so grosse Aufregung, wie an diesem Tage, noch nicht in Heidelberg gesehen, nicht einmal im Jahre 1866. Abends war Bankett in der Harmonie. Ich wünschte mich zu entziehen, wurde aber hingeholt. In meiner Rede suchte ich die katholischen Laien zur Selbständigkeit anzufeuern.

Die Zeit war überhaupt durch die Wahlen aufgeregt. Fast jeden Sonntag gab es grosse Versammlung. Ich war auch ein paar Mal genötigt zu sprechen, so in Wiesloch und mit Lamey in Tauberbischofsheim. Die Rückfahrt war wie ein Triumphzug. Auf jeder Station waren die Liberalen gesammelt und wurde Hoch gerufen. Es war das Gegenstück zu der Wahlreise des Bischofs Kübel.

Nun kam auch die Wahl der Universität in die Erste Kammer. Jolly, der bisherige Vertreter, war aufmerksam gemacht worden, dass es nicht schicklich wäre, als Minister sich wählen zu lassen, und hatte abgelehnt. Ich hatte erklärt, ich sei principiell gegen die Wahl eines vorgesetzten Ministers, aber würde unter den jetzigen Umständen ausnahmsweise einer Wiederwahl nicht entgegen sein. Die Mehrheit nahm die Ablehnung „mit Bedauern“ an. Nun wurde ich mit 27 Stimmen von 31 Stimmen gewählt. Ich glaubte so eine noch günstigere Stellung in der Ersten Kammer zu erhalten und nahm die Wahl an.

Zur Erholung brachte ich einige Zeit am Vierwaldstättersee auf dem Axenstein zu. Ich traf hier einen

Elsässischen Fabrikanten, H. Trapp, Vorstand des Handelsgerichtes, mit dem ich mich gerne über die Arbeiterfrage unterhielt.

Ich stellte das Problem so:

> Gegenwärtig Kampf der Arbeit wider das Capital (Besitz). In Zukunft Übergang aus Arbeit zu Besitz.

Aber ist das möglich? Wie ist es möglich?

Eine demokratische Betreibung der Fabrik auf gemeinsame Rechnung geht nicht. Es lässt sich weder ohne Schaden mit der Menge beraten, was zu thun sei, noch kann die Majorität über eine Speculation entscheiden. Da ist der leitende Individualgeist unentbehrlich.

Ebenso wenig geht eine Beteiligung aller Arbeiter mit Aktien. Das würde auch zu einem demokratischen Betriebe führen. Da die Arbeiter Alles sehen und erfahren und mitmachen, so würden sie die Direction nicht frei gewähren lassen, obwohl das andere Aktionäre thun.

Eine Verteilung der Gewinnquote hilft auch nicht. Sie würde doch nur kleine Teile für die Arbeiter gewähren. Wenn aber der Fabrikant 70 oder 80 % erhielte, und die Arbeiter zusammen nur 20 oder 30 %, so würde der Gegensatz um so schroffer scheinen. Und wie bei Verlust, statt Gewinn? Jenen könnten die Arbeiter gar nicht ertragen.

Eher geht es, einen Teil des Gewinns nicht zur Verteilung, wohl aber zur Altersversorgung und dergleichen im Interesse der Arbeiter anzulegen.

Jedenfalls wird das Gesetz zwingen müssen; denn freiwillig thun die Fabrikanten nicht das Nötige. In Mühlhausen haben sich nur ungefähr ein Dritteil der Fabrikanten bei den Anstalten für die Arbeiter beteiligt, zwei Dritteile thun nichts. Ebensowenig sorgen die Arbeiter ohne

Zwang für sich. Sie sind voll Misstrauen gegen die Fabrikherrn, wenn diese ihnen eine Leistung der Art zumuten, und durchaus abgeneigt, sich etwas abziehen zu lassen, wenngleich das zu ihrem Vorteil geschähe.

Ich notirte mir damals so das Gespräch mit dem Mühlhäuser, der politisch ganz französisch und national ganz deutsch gesinnt war; ein zäher Allemanne, der „die Wälschen“ nicht sehr hoch schätzt.

Vom 26. bis 28. August 1869 war der deutsche Juristentag in Heidelberg versammelt. Ich hatte schon mit den Vorbereitungen viel zu schaffen. Wir bauten eine grosse Festhalle, welche mit dem Museum verbunden ward und dasselbe vergrösserte. Mein Sohn Fritz hatte den Holzbau entworfen und geleitet. In dem Saale ging es Nachmittags und Abends fröhlich zu. Aber in dem hohen und weiten, mit Draperien geschmückten Raume wurde die Stimme des Redners nur in der Nähe verstanden; in der Ferne verhallte sie unvernehmlich.

Nur nach lebhaften Kämpfen setzte ich es durch, dass die Fahne des norddeutschen Bundes auf dem Gipfel des Gebäudes wehte, an der Spitze der übrigen Fahnen deutscher Länder.

Von Karlsruhe waren auch Minister erschienen, aber nicht der Grossherzog. Die Beleuchtung des Schlosses habe ich nie schöner gesehen als damals. Wir fuhren auf mehreren grossen Schiffen von Neckargemünd auf dem Neckar, der in der Nähe Heidelbergs von tausend Flammen und kleinen geschmückten Schiffen glänzend belebt wurde. Ein zauberhaft reizender Anblick.

Im October 1869 hatte ich in Berlin die Leitung des vierten deutschen Protestantentages zu besorgen.

Bisher hatte der Protestantenverein seine Verhandlungen immer in der Kirche gehabt, in Eisenach, Neustadt, Bremen. Diesesmal hatten die oberen Kirchenbehörden Berlins die Benutzung einer Kirche ausdrücklich verboten, sogar die Abhaltung eines Gottesdienstes in einer Kirche untersagt, den Anträgen des städtischen Magistrates entgegen, der sich freundlich und gastlich erwiesen hatte. Der Consistorialpräsident Hegel, ein orthodox gewordener Sohn des pantheistischen Philosophen, meinte, die Kirche würde durch den Verein entweiht werden.

Die Verhandlungen am 6. und 7. October in dem schön decorierten Saale wurden durch diesen Kirchenbann der Zeloten eher gesteigert und gehoben, als verkümmert. Die beiden Predigten von Oberhofprediger Schwarz aus Gotha und Archidiaconus Schiffmann in Stettin waren ein beredtes Zeugnis für den zugleich religiösen und geistig freien Sinn der Versammlung. Professor Holtzmann hielt ein ausgezeichnetes Referat über die Schulfrage. Er erklärte sich entschieden gegen die Confessionsschule und für eine interconfessionelle Volksschule, aber mit Religionsunterricht, welcher je nach den in der Schule vertretenen Confessionen sich verzweige.

In meiner Eröffnungsrede war ich dem Berliner Kirchenregimente scharf zu Leibe gegangen. Einige Stellen setze ich her:

„Noch niemals ist mir das Bedürfnis des Protestantenvereins so klar vor die Seele getreten, als heute, als gerade in Berlin, wo der Gegensatz zwischen der Gesinnung der Gemeinde und der Denkweise der Kirchenbehörde schroffer hervorgetreten ist als irgendwo. — Wir haben nichts Anderes für möglich gehalten, als dass die intelligente Hauptstadt Preussens und Deutschlands, welche eben ihren Schleier-

macher und ihren Humboldt festlich gefeiert hat, einem Verein, welcher die Versöhnung der Religion mit der Cultur anstrebt, einen freundlichen Empfang bereiten werde. Um so auffallender ist uns die Handlungsweise der Oberkirchenbehörde gewesen, welche uns sogar zu einem protestantischen Gottesdienste die Kirche verschlossen hat. Ich gestehe, dass mir das Verfahren der Kirchenregierung unverständlich und unbegreiflich ist. Es ist mir unbegreiflich schon vom kirchenrechtlichen Standpunkte. Wem gehört denn die Kirche? Wem anders als der Kirchengemeinde, welche uns den Gebrauch ihrer Kirche überlassen hat.

„Unverständlich ist das Verfahren aber ebenso vom kirchenpolitischen Standpunkte. In einer Stadt, wo das Princip der Union zuerst proclamiert worden ist, wo zum ersten Male von dem Throne aus der theologischen Verketzerungssucht der confessionalistischen Eiferer ein Ende gemacht und bewiesen wurde, dass trotz dogmatischer Differenzen eine freundliche Gemeinschaft unter einander möglich sei, da mussten wir das Gegenteil von alle dem in derselben Stadt erfahren, wir mussten erfahren, dass hier die Verketzerungssucht neue Anregung erhält und die zu Recht bestehende Gemeinschaft der deutschen Protestanten missachtet wird. Wäre die Union im Kirchenregiment ebenso lebendig wie in uns, so hätte es uns als willkommene Bundesgenossen empfangen, nicht aber die Thüre verschlossen.

„Und nur Eines erlauben Sie mir hinzuzufügen. Wenn es Preussens Beruf ist, Deutschland zu einigen, wenn Berlin wie in politischer und wissenschaftlicher, so auch in kirchlicher Hinsicht Hauptstadt Deutschlands werden soll, wo die Augen der deutschen Nation eine geistige Führung

suchen, dann musste eine Kirchenregierung, welche auf einem so hohen Standpunkte steht, von dem aus die ganze Entwickelung des Geistes überschaut werden kann, doch der Aufgabe sich bewusst werden, alle Richtungen des deutschen protestantischen Lebens freundlich zu vereinigen, dann durfte man wahrlich nicht auf einen so engherzigen Standpunkt zurückgehen, wie ihn das ganze übrige Deutschland nicht mehr kennt.

„In dem Erlasse des Consistoriums ist als Hauptgrund aufgeführt, der Protestantenverein stehe nicht auf dem Boden der Bekenntnisse. Ja es ist wahr, wir nehmen Jeden auf, der Protestant sein will und Toleranz übt, wir fragen nicht, ob er noch festhält an dem Inhalte der reformatorischen Bekenntnisse. Man verhehle sich doch ja nicht, dass seitdem diese Bekenntnisse verfasst worden sind, die Weltanschauung eine ganz und gar andere geworden ist und zwar nicht bloss bei den Gelehrten, sondern selbst bei dem einfachsten Bauernkinde. Was heute in der schlichtesten Dorfschule gelehrt wird, das steht im Widerspruch mit den Anschauungen der alten Kirchenlehre. Die kindliche Anschauung der Bibel hatte sich noch eine dreifache Welt vorgestellt, zunächst die Erde, als eine grosse flache Scheibe, den Wohnort des Menschen, dann den Himmel als ein darüber gespanntes festes Gewölbe mit beweglichen Lichtern erleuchtet, den glänzenden Wohnort Gottes, der Engel und der seligen Geister, endlich in der Tiefe unter der Erde die Hölle als einen finstern, nur von unheimlichen Flammen durchglühten Raum, den Aufenthaltsort des Teufels und der bösen Geister. Heute aber weiss jedes Kind, dass diese Vorstellung dem Bereiche der Phantasie angehört, dass die Erde nur einer von vielen Planeten ist, die

um die Sonne kreisen, dass der Himmel sich in den unermesslichen Äther ausgedehnt hat, durch welchen sich die ungezählten Sonnen bewegen, dass der alte Raum der Hölle verschwunden ist in dem Einen Weltkörper. Ebenso hat die naive Vorstellung der mosaischen Schöpfungssage weichen müssen vor den Entdeckungen der modernen Naturwissenschaft. Auch die biblische Geschichte hat einen ganz andern Charakter bekommen, seitdem sie mit der wissenschaftlichen Untersuchung in Berührung getreten ist. — Und wie der Naturbegriff, so hat sich auch der Gottesbegriff verändert, er ist grösser geworden. Was ist dieser Thatsache gegenüber zu thun? Wenn Manche sagen, jene Ergebnisse der neueren Wissenschaft mögen wohl Eigentum der Gelehrten sein, aber das Volk soll vor dieser Speise bewahrt bleiben, so antworten wir: Wahrheit und Religion sind für Alle, sie sind kein Vorrecht der Vornehmen und der Gebildeten. Was würde die Folge eines so widersinnigen Unternehmens sein? Die protestantische Kirche würde eine Sekte werden aus einigen Geistlichen, welche des Brodes wegen sich fügen, einer Anzahl von Gläubigen, deren Geist abgeschlossen geblieben ist gegen alle Bildung, und aus einer grossen Anzahl von Heuchlern. Gott bewahre uns vor einer solchen Kirche.

„Wir haben ein anderes Ideal von der Kirche. Wir sind überzeugt, dass nach Gottes Anordnung Kopf und Herz der Menschheit nicht zu feindseligem Widerspruche bestimmt sind und dass, wenn beide gesund sind, Glauben und Wissen in innigster Harmonie sein können. Darum sind wir voll Zuversicht auf den endlichen Sieg unserer Sache.

„Es kommt ganz gewiss die Zeit, wo der Grundgedanke des Protestantenvereins seinen siegreichen Einzug

halten wird in die Kirche, wo selbst die Kirchenregierungen eine Umbildung von seinem Geiste erfahren müssen. Wir alten Männer erleben sie vielleicht nicht mehr. Aber unsere Söhne werden sie erleben. Es ist ein ganz vergebliches Bemühen, wenn man unsere Bestrebungen durch Verbote und Ausschliessungen hemmen will: diese kurzsichtigen und engherzigen Unterdrückungsversuche streiten wider Gott, wider den heiligen Geist und wider den Geist der Menschheit."

Auf dem Landtage von 1869/70 wurden mehrere wichtige Gesetze beraten und vereinbart, zum Teil solche, welche durch den Offenburger Streit angeregt worden waren; unter anderm ein Verfassungsgesetz über die Wahlen zur Zweiten Kammer, zwar mit Beibehaltung der indirecten Wahl durch Wahlmänner, aber ohne Classenunterschiede, ein Gesetz über die Gemeindeverfassung, über die bürgerliche Eheschliessung, die Stiftungen, zum Schutze der Fabrikkinder u. s. f. Da zwischen den beiden Kammern einige Differenzen stattfanden, arbeitete ich an der Ausgleichung derselben mit Erfolg. Der Grossherzog sprach mir bei dem Abschiedsdiner seinen Dank dafür aus. Auf meine Äusserung, dass die geistigen Zustände in Berlin unerträglich seien, bemerkte er, es sei eine Wendung im Gange. Bismarck sehe ein, dass hier etwas geschehen müsse, und der König sei nicht abgeneigt. Meiner Andeutung, dass er — der Grossherzog — wohl bei seiner Anwesenheit in Berlin in diesem Sinne gewirkt haben werde, widersprach er nicht und fügte bei, er könnte mir mehr Detail mitteilen, aber er müsse sich mit der allgemeinen Bemerkung begnügen. Im Übrigen sprach er wieder wie früher ebenso offen, als freundlich.

Die neue Wahl zum Prorector fiel diesmal fast einstimmig für mich aus. Der Sturm und das Schwanken war vorüber. Um so stürmischer ward das Jahr meines Prorectorates nach Aussen.

Zu Pfingsten 1870 war der engere Ausschuss des Protestantenvereins in Eisenach versammelt. In dem Gefühle, dass ein grosser Kampf bevorstehe, wurde die Sitzung auf die Wartburg verlegt und da im Angesicht der grünen Waldberge und in Erinnerung an Luther die grosse Frage erwogen.

Anwesend waren Bluntschli, Holtzendorff, Schenkel, Schwarz, Thomas, Exter, Baumgarten, Schläger, Ohly, Räbiger, Seydel, Kreuznacher, Zittel, Fresenius, Schiffmann, Manchot, Holtzmann, und Hönig als Secretär.

Das vatikanische Concil Pius' IX. war in vollem Gang. Es war bereits klar, dass die schüchterne Opposition der deutschen Bischöfe nichts vermochte und der Jesuitenorden seine und des Papstes Pläne durchsetzte. Die Unfehlbarkeit des Papstes, das neue Dogma eines hierarchischen Geistesdespotismus, war noch nicht proclamiert, aber in deutlicher Aussicht. Sollte die Welt sich diese Verhöhnung der Vernunft gefallen lassen? Alle Wissenschaft, alle Cultur, alle Freiheit war bedroht. Die finstere Macht einer totgeglaubten früheren Weltanschauung erhob sich wie ein Gespenst und bemächtigte sich der geängstigten und abergläubischen Gemüter.

Wir entschlossen uns nach reiflicher Überlegung offenen Widerspruch zu erheben und einzutreten für die bedrohten Güter der Menschheit. Der Jesuitenorden sollte energisch bekämpft und zunächst Deutschland von demselben gereinigt werden. Ich übernahm die Aufgabe, auf dem

nächsten Protestantentage zu Darmstadt die Bedeutung des Concils für Deutschland zu beleuchten und den Antrag auf ein statliches Verbot des Jesuitenordens in Deutschland zu begründen.

Professor Baumgarten ward die zweite Aufgabe übertragen, das Papsttum d. h. die falsche hierarchische Autorität innerhalb der protestantischen Kirche ebenso offen zu bekämpfen.

Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. Obwohl Jeder wusste, dass dieser Kampf vielfältige Gefahren auch für uns herbeiziehe, war die Stimmung doch eine gehobene. Die Ausführung wurde aber durch den Krieg vertagt, den inzwischen die römische Herrschsucht in Allianz mit der französischen entzündete. Was in der Peterskirche beschlossen worden, das sollte der Kaiser Napoléon III. mit seiner Heeresmacht ausführen, die erneuerte päpstliche Weltherrschaft über die Geister. Die Weltherrschaft über die Leiber wurde dann dem Kaiser überlassen.

Von Eisenach begab ich mich nach Berlin zum Zollparlament. In vertrauten Kreisen wurde besprochen, dass dem König als Präsidenten des Norddeutschen Bundes der Titel „Norddeutscher Kaiser“ angeboten werde. Bismarck war für die Idee. Ich meinte, warum nicht „Deutscher Kaiser“? Es geht in Einem hin. Die Führer der Nationalliberalen waren auch dafür, aber sie verlangten zugleich ein verantwortliches Ministerium, das Bismarck nicht gewähren wollte.

Im Sommer kam das Kriegsgewitter zum Ausbruch, das Europa umgestaltete. An demselben Tage (13. Juli), an dem zu Rom das Concil mit 451 bejahenden Stimmen gegen 88 verneinende und 62 reservierende die Unfehlbar-

keit des Papstes beschloss, wies der greise König Wilhelm von Preussen die beleidigende Zumutung des französischen Botschafters zurück, dass für alle Zukunft alle Hohenzollern auf die Krone Spaniens verzichten sollten.

Friedenshoffnungen und Kriegsbefürchtungen wogten in jenen gespannten Tagen wechselnd hin und her. Der Kaiser Napoleon selber schwankte. Er hatte keine rechte Zuversicht auf seinen gewünschten Sieg und scheute die Verantwortlichkeit für die blutige That. Aber zuletzt überwogen der Ehrgeiz, der Wunsch, seine Dynastie durch Eroberungen zu befestigen, die Bestürmung seiner ultramontanen Gemahlin und die Ratschläge der Mehrzahl der Minister, und trieben zum Kriege, der übermütig begonnen wurde.

England hätte den Krieg verhindern können, aber die englische Politik hatte schon lange die männlichen Entschlüsse verlernt. Der König Wilhelm benahm sich in Ems vortrefflich. Er bewährte zugleich seine Friedensliebe und sein deutsches Ehrgefühl. Die deutsche Nation war empört über die Frechheit des französischen Verlangens. Sie empfand dasselbe wie eine tötliche Beleidigung und wie eine rohe Kränkung ihres verehrten greisen Hauptes. Eine Zeit lang hatte sie mit köstlicher Seelenruhe dem frevelhaften Treiben zugesehen. Dann kam der urgermanische Zorn über sie. Die französische Kriegserklärung schreckte Niemanden. Voll Mut und voll Gottvertrauen zog das Volksheer in den Krieg.

Die würdige, männliche und gehobene Stimmung, welche überall sich kund gab, übertraf weit Alles, was ich je erlebt hatte. Eine solche Einigkeit aller Classen, ohne Unterschied der Stämme, der Confessionen, der Parteien war mir neu. Von den Höchsten bis zu den ge-

ringsten Tagelöhnern herab wetteiferte Jeder in freudiger Begeisterung für das Vaterland. Das Gefühl, dass die höhere Macht des Schicksals spürbar mitbestimme, war allgemein. Es war etwas Wunderbares in dem erregten gemeinsamen Volksgeiste, der Alle erfüllte und Alle antrieb, ihre kleinen Eigeninteressen dem grossen Ganzen willig unterzuordnen.

Nur Eine Wahrnehmung ermässigte und störte die sonstige Freude und den Stolz an der grossartigen Erhebung der deutschen Nation, nämlich die ungenügende Zeichnung der Anleihe, welche ausgeschrieben ward. In dieser Hinsicht waren die Franzosen uns Deutschen gewaltig überlegen.

Am 17. Juli feierte die Universität ein schönes patriotisches Fest. Ursprünglich war die Absicht, den Abschied des Professors Goldschmidt, der in das Oberhandelsgericht nach Leipzig berufen war, durch einen Commers zu feiern. Nun aber war der Mobilisierungsbefehl gekommen. Eine sehr grosse Anzahl von Studenten war plötzlich zu dem Heere einberufen worden. So wurde das Fest zu einem allgemeinen Abschiedsfeste auch der Studierenden gesteigert, die in den Krieg zogen. Der grosse Saal des Museums, mit Fahnen geschmückt, fasste die bewegte Menge der Akademiker kaum. Auch Ausländer nahmen Teil und wurden von der Begeisterung mitergriffen. Eine nordamerikanische Zeitung berichtete darüber mit Wärme und charakterisierte die Hauptreden von Goldschmidt, Bluntschli und von Treitschke. Aber auch einige Studierende sprachen vortrefflich. Dazwischen erschallten neben den ernsten Reden lustige Studentenlieder nach deutscher Art. Die patriotische Stimmung der Jugend trieb prächtige Blüten.

Am 18. Juli wurde die französische Kriegserklärung in Berlin eröffnet. An demselben Tage verkündete in öffentlicher Sitzung unter dem Vorsitze des Papstes das römische Concil die Unfehlbarkeit des Papstes als Universalbischofs. Die Minderheit war nicht mehr anwesend, und auf ihrer Flucht zur Unterwerfung bereit.

Es folgten nun ernste Tage der Spannung und der Anstrengung. Männer und Frauen wurden in Anspruch genommen, für die Verwundeten und Kranken der Heere, Freunde und Feinde, sorgen zu helfen. Die Männer rüsteten sich, um auf den Schlachtfeldern und in den militärischen Lazarethen Hilfe zu bringen, die Frauen übernahmen unter ärztlicher Leitung die Pflege in den Reserve-Lazarethen, welche auch in Heidelberg gebildet wurden, sorgten für die Küche, arbeiteten für Kleidungsstücke, Wäsche, Verbandzeug.

Unter dem Namen der Aufsichtscommission für die Reserve-Lazarethe wurde ein Centralcomité gebildet, welches die Oberleitung besorgte, und um dasselbe her ein weiterer Ausschuss zur Controlle und für wichtige Fragen. Die Frauen wurden zu einem Frauenverein geordnet, mit drei selbständigen Abteilungen 1) für Küche und Erfrischung, 2) für Weisszeug und Verbandzeug, 3) für Krankenpflege. Jede Abteilung hatte einen leitenden Ausschuss von Frauen, aber mit einem männlichen Beirat.

Als Vorsitzendem der Aufsichtscommission lag mir die fortgesetzte Geschäftsleitung ob. Die Vorlesungen hörten auf, an Studien war nicht zu denken. Während Monaten war meine ganze Thätigkeit für diese Arbeiten in Anspruch genommen. Auch meine Frau half mit unermüdlichem Fleisse teils als Kassierin, teils in dem Frauen-

vereine mit und nicht minder meine Töchter. Die Anstrengungen, die mit all dem verbunden waren, brachten doch meinen kräftigen Körper sehr herunter. Es kam im Herbst eine Erkältung hinzu, und ich ward während einiger Zeit unfähig zu jeder Arbeit und fürchtete einen Nervenschlag. Aber dann erholte sich in der Ruhe meine glückliche Natur bald wieder.

Die Grossherzogin war mit ihren Kindern und der Prinzessin Wilhelm von Baden, einer Enkelin des russischen Kaisers Nicolaus, nach Heidelberg gekommen, weil der Aufenthalt in Karlsruhe zu gefährlich schien. Die beiden hohen Damen nahmen denn auch öfter Teil an den Verhandlungen unserer Aufsichtscommission und interessierten sich lebhaft für den Frauenverein, der die Räume des Museums besetzt hielt.

Seit dem Kampfe um Weissenburg und der Schlacht von Wörth gab es Arbeit genug für Verwundete, Kranke und Gefangene. Die erste Nachricht von dem Siege der deutschen Südarmee unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm über das französische Heer unter Marschall Mac Mahon am 6. August war der Grossherzogin telegraphisch zugekommen, und diese teilte mir ohne Verzug die freudige Botschaft mit. Wir waren damals in dem Gartenhäuschen des Logengartens in vertrautem Kreise beisammen, als der Hofmeister des Prinzen in der Nacht mir die Nachricht überbrachte, die mit Jubel begrüsst ward. Wir eilten in's Museum, im Nu war die ganze Stadt von dem herrlichen Siege erfüllt.

Ähnliches wurde mehrmals erlebt, aber dieser erste Sieg war doch wie ein erster Kuss der Liebe. Gewöhnlich erhielt ich zuerst alle Telegramme und beförderte dann die

Nachrichten weiter. Wenn aus meinem Hause die Fahnen heraushiengen, so wusste die Stadt, dass gute Neuigkeiten gekommen waren.

Auch Turkos lernten wir bei der Gelegenheit kennen. Darunter waren ganz gute Bursche, welche froh waren, human behandelt zu werden, aber auch halb wilde Bestien, die wir aus den Lazarethen entfernen mussten. Ich war entrüstet über die Verwendung halb Wilder in einem europäischen Kriege unter civilisierten Völkern und richtete ein Schreiben an einen Freund im Hauptquartier, über diese Verletzung des Völkerrechtes Klage zu führen und Abhilfe zu verlangen.

Ich benutzte die Rectoratsrede am 22. November 1870, um mich über das moderne Völkerrecht in dem französisch-deutschen Kriege auszusprechen.[1]) Es geschah durchaus von dem Standpunkte meines Wahlspruches aus: „gerecht und frei". Manche verwunderten sich, dass man in Deutschland gegenwärtig auch die Fehler, welche Deutsche gemacht, so offen besprechen dürfe.[2])

---

[1]) Im Druck erschienen bei Georg Mohr in Heidelberg 1870 in 4°. 32 S., und bei Bassermann in Heidelberg 1871 in 8°. 31 S.

[2]) Anm. des Herausgebers. Nach dem Friedensschluss im Jahr 1871 kam Bluntschli auf die Frage nochmals eingehender zurück in dem Aufsatz: „Völkerrechtliche Betrachtungen über den französisch-deutschen Krieg 1870/71", welchen er in Fr. v. Holtzendorff's Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege des Deutschen Reichs, I. Jahrgang, Leipzig 1871, S. 270—342 erscheinen liess. Er behandelte darin die nachfolgenden Puncte: 1) die Kriegsursache und die Verhinderung des Kriegs, 2) die Kriegsführung, 3) die Behandlung der feindlichen Personen und ihres Vermögens, 4) die Besitznahme und Verwaltung des feindlichen Landes, 5) die Krankenpflege, 6) die Rechte und Pflichten der Neutralen, 7) den Friedensschluss und die Abtretung von Elsass-Lothringen.

Im December wurden die Versailler Verträge über die Erweiterung des Norddeutschen Bundes zum deutschen Reiche abgeschlossen. Der Vertrag Badens mit dem Norddeutschen Bunde wurde dem ausserordentlichen Landtage vorgelegt. Mir war in der Ersten Kammer die Berichterstattung übertragen worden.

Einige Stellen aus dem Berichte verdeutlichen am besten meine Gefühle und Ansichten:

„Der Zwiespalt, der während eines vollen Jahrhunderts durch Deutschland gegangen ist, war auch in unserem Hause spürbar und infolge dessen waren die Meinungen mehr oder weniger geteilt. Heute haben wir die Freude, einig zu sein.

„Wenn man erwägt, dass im Jahr 1866 noch die deutsche Nation in zwei feindlichen Lagern sich selber bekämpfte, so ist es ein ungeheures Ereignis, dass vier Jahre später dieselbe Nation unter Einer Fahne einmütig für das Vaterland streitet. In dieser ganz kurzen Zeit haben sich die Geschicke erfüllt. In der That, jeder von uns hatte im Sommer dieses Jahres das Gefühl, die grössten Ereignisse zu erleben, die je da waren in der deutschen Nation. Die tausendjährige Geschichte von Deutschland ist reich an grossen Momenten, aber ich glaube nicht, dass ein einziges aufgeführt werden kann aus früherer Zeit, das den Vergleich aushält mit dem, was wir im Jahre 1870 erlebt haben.

„So lange es eine deutsche Nation gibt, war dieselbe niemals einig in dem Grade, wie in diesem Sommer; niemals ging ein so grossartiger Geist der Erhebung durch die ganze Nation wie in diesem Jahre. Es war in der That eine ganz wunderbare Erscheinung, wie vom Fürsten

bis zum gemeinen Mann herab Ein grosses Gefühl, Ein Geist die ganze Nation erhob.

„In der That, diese ganze grossartige Bewegung war nicht bloss ein Werk einzelner Menschen, sondern etwas Schicksalsmässiges, es war eine Spur einer höheren Leitung darin wahrzunehmen, und wir dürfen uns nicht schämen, dass das deutsche Volk den Glauben an Gott noch in seiner Seele trägt und offen ausspricht. Wir verdienen unsern Sieg nur, wenn wir diesen Glauben bewährt haben.

„Ein solches Feuer war übrigens notwendig, um den spröden Stoff, um den harten Stoff auch des süddeutschen Particularismus, wie er in manchen Kreisen und Staten geschichtlich überliefert war, flüssig zu machen. Nur bei einem so grossen nationalen Feuer konnte die deutsche Einigung, sowie die deutsche Verfassung hergestellt werden, wie wir sie gegenwärtig haben oder auf dem Wege sind, sie zu bekommen.

„Die Verfassung ist bekanntermaassen der Hauptsache nach — im Einzelnen hat sie wohl auch Verbesserungen erfahren durch den Reichstag — das Werk eines genialen Statsmannes, des Grafen Bismarck.

„Es wäre leicht, dieses Werk der Kritik zu unterwerfen. Es ist wahr, diese Verfassung ist nicht wie viele andere ein systematisch correktes Werk, sie ist vielmehr ein Ineinander von ganz verschiedenen Systemen. Sie macht nicht einmal den Eindruck eines harmonischen Organismus, sie ist vielmehr ein Compromiss von verschiedenen organischen Schöpfungen. Es ist etwas darin von einem ziemlich losen Statenbunde, etwas darin von einer Nachbildung bundesstatlicher Verfassung, sodann wieder etwas von einer Einheit, wie sie ein Reich und sogar ein

Einzelstat hat. Aus alle dem ist sie in höchst eigentümlicher Weise zusammengeschmiedet. Nur Ein Gedanke geht durch, der Gedanke, die gegebenen realen Momente trotz ihrer disparaten Tendenzen zusammen zu fassen zu einer in sich festen kräftigen Einheit. Die Verfassung ist insofern weniger ein Werk des logischen Denkens, als das Werk des eisernen Willens.

„Dass sie aber trotzdem lebensfähig sei, und darauf kommt es an, das hat sie bereits bewiesen; denn in der kurzen Zeit ihres Bestandes ist sie erheblich gewachsen, und wo Wachstum ist, da ist Leben."

Nachdem sodann die Hauptbestimmungen der Verfassung charakterisiert und die Vorbehalte Bayerns beleuchtet worden, hob ich den Mangel hervor, dass „die grossen geistigen Interessen der Gewissensfreiheit, der Bekenntnisfreiheit, der wissenschaftlichen Forschung und Thätigkeit, einer hohen und allgemeinen Bildung, der Kunstentwickelung, die doch in Wahrheit nicht blosse Landesinteressen, sondern deutsche Interessen von höchstem Belange sind, mit keiner Silbe beachtet worden sind. Es ist das um so bedenklicher, als die grossen Fragen von Kirche und Stat schliesslich doch nicht ausgetragen werden können in den einzelnen Ländern, sondern nur in dem ganzen Reiche."

Sehr warm sprach ich mich über den neuen Titel Deutscher Kaiser aus: „Das ist nicht ein blosser Titel, das ist eine wirkliche Institution, welche Folgen haben wird.

„Es widerspricht aller Logik und daher auch dem natürlichen Gefühle der Könige in Deutschland, dass der eine König sich dem andern König unterordnen müsse,

aber es ist ganz naturgemäss, dass die Könige von Bayern und Württemberg als deutsche Fürsten untergeordnet sind dem deutschen Kaiser. Auch in der Seele des Bauern wird der Conflikt gelöst, wenn er weiss, dass an der Spitze des ganzen deutschen Gesamtvaterlandes der deutsche Kaiser steht, wie als Haupt seines Stammes und Landes der König. Ebenso wird es den andern kaiserlichen Völkern klar, dass Deutschland nicht eine Macht zweiten, sondern ersten Ranges sei. Endlich liegt in dem Titel auch eine Befriedigung der Volksphantasie und eine freudige Erinnerung an die grosse Zeit der deutschen Geschichte."

Ich erinnerte endlich daran, dass ich bereits im Jahr 1866 im Namen einer Commission die beiden Wünsche für die Neugestaltung von Deutschland klar ausgesprochen habe, die nun in Erfüllung gegangen sind, nämlich die Einführung eines „gemeinsamen, deutschen Statsbürgerrechtes", welches alle deutschen Landesbürger zu gleichen Rechten und Pflichten verbinde, und zweitens, dass der König von Preussen „als gemeinsames Bundes- und Reichsoberhaupt zum Deutschen Kaiser" erhoben werde.

Die Verträge und die Verfassung wurden einstimmig gut geheissen.

Ich aber dankte Gott, dass er mir vergönnt habe, im Alter noch die Hoffnungen der Jugend erfüllt zu sehen. Mein politischer Ehrgeiz war befriedigt. Ich hatte das Grösste erlebt.

In diese gehobene Stimmung am Jahresschlusse 1870 kam nun plötzlich die Trauerkunde von dem Hinscheiden meines Freundes Roth in Teuffen (27. December). Ich hatte ihn noch im Herbst in seinem neuen Hause besucht und ihn allerdings kränklich gefunden. Wieder war ein

Band zerrissen, das mich mit den alten Freunden in der Schweiz verbunden hatte. Es ward einsamer und stiller in dem Kreise.

Mit Cap. 13 endet die Niederschrift der Denkwürdigkeiten. Das Bild seiner letzten 10 Lebensjahre mit eigener Hand zu zeichnen, daran hat den Verfasser der Tod verhindert, welcher ihn so plötzlich und so gut wie unvorhergesehen mitten aus der schönsten Thätigkeit heraus von dieser Welt abrief.

Der Herausgeber sieht sich damit vor die Aufgabe gestellt, dieses letzte Jahrzehnt aus dem Leben des Vollendeten ergänzend nachzutragen. Und er glaubt dieser Aufgabe am besten dadurch zu genügen, dass er chronikartig aus den einzelnen Jahren das Wichtigste zusammenstellt, und zwar in der Art, dass Bluntschli selbst, so viel nur immer möglich, mit seinen eigenen Worten erzählend und redend eingeführt wird, wofür die Tagebücher und die ungemein reiche Correspondenz die Mittel an die Hand geben.

Wo der Herausgeber berichtet, ist daher im Folgenden kleinerer Druck zur Anwendung gebracht. Wo Bluntschli selbst berichtet, da liegen überall, wofern nichts Anderes bemerkt ist, die Aufzeichnungen des Tagebuchs im Wortlaute zu Grund. Die Anmerkungen unter dem Text sind vom Herausgeber.

14.

Aus dem Jahr 1871.

Entschluss, die parlamentarische Thätigkeit abzuschliessen. Alabamasache. 40jähriges Ehejubiläum. Berliner Aufenthalt. Fest

der Bürgerweihe. Über die Parteienlehre gegen Treitschke. Vollendung des Statswörterbuchs. Professor Pierantoni. Badische General-Synode. Streit und Spaltung innerhalb der Universität. Erholungsreise nach der Schweiz. Plan der Herausgabe von Friedrich Rohmer's Wissenschaft und Leben. Wider die Jesuiten. Ausschluss von der Ersten Kammer. Beteiligung an der Rheinischen Creditbank. Ministerialentscheid in der Universitätssache. Maurerisches. Decorationen.

1. Januar. Deutschland ist nun eine grosse Weltmacht, zusammengeschmiedet mit Gewalt im Kriegsfeuer. Diese eiserne Periode gehört Bismarck; „Blut und Eisen" ist und bleibt sein Wahlspruch. — Die folgende Periode wird die geistige Entwickelung sein. Die lässt sich heute nur vorbereiten, nicht erreichen.

Ich ziehe mich nun zurück und will noch für die Ideen von Friedrich Rohmer arbeiten und für meine Wissenschaft. — In den Reichstag mag ich nicht mehr. In den Bundesrat, wo eigentlich meine natürliche Stelle wäre, werde ich schwerlich geschickt.

---

6. Januar. Meinen Entschluss, keine Wahl zum Reichstag anzunehmen, an Kiefer und hier (in Heidelberg) mitgeteilt. — Mein Wunsch ist, die letzten Lebensjahre im Dienst der Wissenschaft und als Privatmann (individuell) zu vollbringen und nur für Grosses und Dauerndes ernster zu arbeiten.

Deutschland wird in der nächsten Zeit stramm regiert. So lange Bismarck die Dinge besorgt, ist für eine liberale und ideale Natur innerhalb der Leitung kein Platz; und ausserhalb derselben als Opposition keine Aussicht. Ich kann als Private mehr wirken für die Zukunft, als in der

Eigenschaft eines Reichstagsmitglieds oder selbst als Mitglied des Bundesrats.

Demgemäss wies denn auch Bluntschli die von seinem früheren Wahlbezirk zum Zollparlament ihm angetragene Candidatur für den Reichstag in einer Zuschrift vom 18. Januar an die Wähler von Bretten, Eppingen, Sinsheim und Mosbach dankend zurück.

Februar. Ich erfahre, dass sowohl die englischen als die amerikanischen Zeitungen sich günstig über mein Gutachten in der Alabamasache [1]) aussprechen und Hoffnung vorhanden sei, den Streit auf dieser Grundlage zu erledigen. Das wäre prächtig.

Um was es sich dabei handelte und welches Gewicht von der Vereinigten-Staten Regierung dem Urteil Bluntschli's beigemessen wurde, dafür spricht ein Brief Bancroft's an Bluntschli aus demselben Jahr. Er lautet:

---

[1]) Die Abhandlung Bluntschli's „über den Alabamastreit" kam in französicher Sprache unter dem Titel: „Opinion impartiale sur la question de la Alabama et sur la manière de la résoudre, suivie d'une lettre de M. Lieber sur l'arbitrage international" im Juli 1870 in der zu Gent unter der Redaction von Rolin-Jaequemyns erscheinenden Revue de droit international et de législation comparée (t. II, p. 452—579) und sodann in Separat-Abzug im November 1870 bei Putkammer und Mühlbrecht zu Berlin heraus. Sie ward sofort von Bancroft, dem damaligen Gesandten der Vereinigten Staten am Berliner Hofe, der nordamerikanischen Regierung „zur Kenntnis und Aufklärung vorgelegt" (Brief Bancroft's an Bluntschli vom 2. August 1870).

Ueber den Vertrag von Washington v. 8. Mai 1871 zwischen England und Amerika, betr. die Einsetzung eines Schiedsgerichts zur friedlichen Schlichtung der Alabamasache, vergl. Schulthess, Europäischer Geschichtskalender, 12. Jahrgang 1871, S. 345 f.; über den Zusammentritt des Schiedsgerichts am 17. Dez. 1871 und über den Urtheilsspruch am 15. Septbr. 1872 vergl. ebendas. 13. Jahrgang 1872, S. 325. 335. 337—341. 346—349.

Berlin, American Legation, 20. August 1871.

Verehrtester Gönner und Freund!

Meine Regierung hat sehr gewünscht, deutsche Gelehrte als Schiedsrichter in dem Alabamastreit ernennen zu lassen. Die englischen Minister aber haben gar nichts davon hören wollen; ja sie haben sogar ihre Einwilligung zu dem Vorschlag verweigert, den Deutschen Kaiser wenigstens ein Mitglied der Commission wählen zu lassen.

Darüber ist man doch übereingekommen, dass die Schweiz einen von den 5 Schiedsrichtern ernennen soll. Sie würden mir einen neuen Beweis Ihrer Freundschaft erteilen, wenn Sie die Namen von denjenigen Gelehrten oder Statsmännern der Schweiz, die zu einem solchen wichtigen Amt am besten passen, mir zur Kenntnis bringen wollten.

Wenn Sie ein paar Augenblicke sparen können, bitte ich Sie mir Ideen und Rath hierüber mitzuteilen.

Mit aufrichtiger Hochachtung und Anhänglichkeit

Ihr ergebener Geo. Bancroft.

---

7. März. Kaum war die Friedensfeier vorüber, so fällt in die grosse Zeit die private Feier meiner 40-jährigen Ehe. Das Fest war sehr gelungen. Ausser der Familie nahmen als Gäste Teil die Familien Weber und Holtzmann, Löning, Schenkel, Frau Feuerbach.

In der That kann ich mit Befriedigung auf die 40-jährige Periode zurückblicken: Glücklich in der Familie, bei meiner Frau Ruhe und in den Kindern Segen. Ich habe Grund, Gott dafür zu danken.

Die Feier war zauberhaft. Erst ein Tableau: Die Sage von Barbarossa im Untersberg. Dann wurde vom Garten aus das Haus beleuchtet, und der Siegeskranz über der Veranda wieder angezündet. Wendete sich der Blick dem Berge zu, so prangte der Logengarten in bengalischem

Feuer, und die Lampen von der Siegesfeier erglänzten voller und besser als damals, da der Wind ruhte.

Als wir bei Tische sassen, erschien der Liederkranz mit Lichtern und Laternen im Garten und sang sehr schön feierliche Lieder.

Es war eine „Mondbeglänzte Zaubernacht."

Aus Anlass der Rückkehr des Kaisers aus dem Feld (17. März) und der Eröffnung des ersten deutschen Reichstags zu Berlin (21. März) begab sich Bluntschli nach der Reichshauptstadt. Er hatte am 12. März ein längeres Schreiben von Professor Baum in Strassburg erhalten, welches ihm „die ernstlich drohende Eventualität" der Abtretung der beinahe ganz protestantischen Stadt Weissenburg samt 4 Kantonen (circa 10 Quadratmeilen) Elsässischen Landes an Bayern meldete, und worin weiterhin ebenso vom deutsch-nationalen wie vom protestantischen Gesichtspunkt aus auf's dringlichste seine Mitwirkung erbeten wurde zur Abwendung einer solchen verhängnisvollen Zerstückelung des Elsasses. Eben diese Absicht führte Bluntschli nach Berlin. Daneben wollte er aber auch den Fürsten Bismarck für den von Holtzendorff (in einem Brief an Bl. vom 19. Februar und in der Protest. Kirchenzeitung Nr. 6 vom 11. Februar[1]) angeregten Gedanken der Einführung eines jährlichen, zugleich auch (nur nicht ausschliesslich) kirchlich zu begehenden, Nationalfestes zur Feier der Begründung des Deutschen Reiches und Stiftung des Deutschen Kaisertums gewinnen. Die offizielle Einrichtung eines solchen Festes lehnte der Reichskanzler, wie er Bluntschli zu Ende Juni antworten liess, ab. Im Übrigen mögen über diesen Berliner Aufenthalt Bluntschli's Briefe an seine Frau berichten.

Berlin, 23. März 1871.

Meine Reise ging ohne Störung gut von Statten. Gestern sah ich Holtzendorff und wohnte einer Festrede

[1]) Vergl. auch die Adresse an den Kaiser für ein alljährliches allgemein deutsches Volks- und Kirchenfest in der Protest. Kirchen-Zeitung 1871, Nr. 9. S. 196 f.

von Curtius in der Universität bei, in der einiges Gute in gelehrte Reminiscenzen aus Griechenland und Rom gehüllt war. Nachmittags schrieb ich an Fürst Bismarck und sprach Roggenbach und Lamey.

Abends Beleuchtung der Stadt zu Ehren des Kaisers. Einige öffentliche Gebäude waren sehr glänzend, auch einige Privatgebäude. Aber die Stadt ist zu gross für eine derartige Illumination. Es gibt zu viel dunkle oder nur spärlich mit Lichtern besetzte Stellen.

Heute will ich zu Sternberg und vielleicht den Grossherzog sprechen.

Berlin, 23. März 1871. Abends.

Heute morgen sprach ich Baron Ungern-Sternberg. Er erzählte mir von Versailles und von der stillen, aber wichtigen Arbeit des Grossherzogs für Herstellung des Deutschen Reichs und des Kaisertums. Schon Nachmittag liess mich der Grossherzog rufen, unmittelbar nach der Audienz der Badischen Reichstagsmitglieder und vor dem Diner im Schloss, das der Kaiser dem Reichstag gibt. Ich begegnete vor der Thüre der Grossherzogin, die mir freundlich die Hand schüttelte. Auch der Grossherzog war sehr liebenswürdig und sprach viel von den Eindrücken der weltgeschichtlichen Wandlung, von dem anfänglichen Widerstand der preussischen Conservativen, von der wachsenden Einsicht, dass die Haltung den Ultramontanen gegenüber von Seite der preussischen Regierung unrichtig gewesen, vom Elsass und den dortigen Aufgaben der Regierung. Er hofft, dass Weissenburg bleibt. Ich bemerkte, dass nur die Eitelkeit, nicht ein Interesse Bayern's dies Begehren veranlasst habe. Ich sagte ihm, dass ich Nichts mehr wünsche, als die mir noch vergönnte Zeit friedlicher Geistesarbeit

zu widmen, und dass ich durch die Ereignisse, deren wunderbare Grösse ich ohne die Mitwirkung Gottes nicht zu begreifen vermöge, völlig befriedigt sei. Er forderte mich auf, wenn er mir hier förderlich sein könne, es ihm zu sagen. Ich erbat nur, dass er den Kaiser aufmerksam mache auf die Petition für ein jährliches Volksfest, und entwickelte ihm in Kürze meinen Gedanken einer politischen Befruchtung der jungen Männer mit gesunden Ideen, analog der kirchlichen Confirmation. Die Sache schien ihm sehr einzuleuchten. Er sprach beim Abschied die Erwartung aus, dass er mich jedenfalls noch hier zu sehen denke.

Wie sehr Bluntschli der Gedanke eines solchen Festes am Herzen lag, erhellt daraus, dass er noch ein Jahr vor seinem Tod, in einem Brief vom 2. September 1880 an ein befreundetes Reichstagsmitglied, diesen Gedanken genauer ausgeführt und auf seine Verwirklichung hingearbeitet hat. Er schreibt daselbst, wie folgt: „Die deutsche Nation lebt auch nicht vom Brod allein. Sie bedarf zur Befriedigung ihrer gemütlichen Bedürfnisse noch anderer Nahrung. Ein alljährlich wiederkehrendes deutsches Nationalfest scheint mir unentbehrlich und zur Belebung des nationalen Bewusstseins notwendig.

„Bis jetzt konnte die Sedanfeier vom 2. September einigermassen dafür dienen. Aber die Erinnerung an eine glorreiche Schlacht hat einen zu militärischen Charakter, um die civilen Bedürfnisse und Neigungen zu befriedigen, nimmt allmälig ab und kann unter Umständen politisch anstössig werden.

„Das Andenken an den Versailler und den Frankfurter Friedensvertrag war von Anfang an nicht so wirksam, um eine Feier zu begründen. Die Massen werden durch die blutige Tragödie einer Schlacht tiefer erregt, als durch die fruchtbarsten Werke der Diplomatie. Überdem war auch eine solche Feier zu sehr durch die Erinnerung an ein geschichtliches Ereignis beschränkt und musste bald wieder erblassen.

„Eine lebendigere und gegenwärtige Beziehung hatte die Feier des kaiserlichen Geburtsfestes. Aber dieselbe wäre bei jedem Thron-

wechsel einer Änderung ausgesetzt. Man ist nicht sicher, dass dasselbe immer in eine gute Jahreszeit fällt. Überdem stösst man auf eine Gleichgültigkeit der grossen Massen, welchen die Person des Kaisers zu ferne und zu hoch erscheint, um sich alljährlich durch solche persönliche Feier erwärmen und erheben zu lassen.

„Ein wahres Volksfest setzt voraus, dass alle Classen der Bevölkerung und immer wieder gerne sich beteiligen. Das wird am ehesten bewirkt, wenn an dem Festtag etwas geschieht, was alle interessirt. Es wird auch dann nur ganz gelingen, wenn auch das weibliche Geschlecht dafür begeistert wird. Dazu ist nötig eine schöne Jahreszeit, voraus der Frühling, und die Anwesenheit junger Männer als Hauptpersonen.

„Alle diese Grundbedingungen eines heitern und doch ernsten Volksfestes, welches alle Volksclassen gleichmässig anzieht, werden dadurch erfüllt, dass alle jungen Männer, welche in einem Jahre ihre politische Volljährigkeit erlangen, in jeder Gemeinde oder in den Kreisen an demselben Tage, am besten an einem Sonntag im Monat Mai, versammelt und in feierlicher Weise durch ein Gelübde dem Kaiser und Reich verpflichtet werden. Damit lässt sich leicht, wie mit der kirchlichen Confirmation, ein Volksfest verbinden, das je nach der Landessitte manchfaltig ausgebildet werden kann. Es würde so das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu dem Reich geweckt, die Bedeutung des Reichs in glänzendem Licht gezeigt, die Phantasie des Volks angeregt und das Gemüt mit dem Geist gehoben werden.

„Der Gedanke ist uralt. Schon vor anderthalbtausend Jahren haben unsere heidnischen Vorfahren die Mündigerklärung der Jünglinge gefeiert.

„Soll das Werk gelingen, so müssen die Reichsregierung und die verschiedenen Parteien im Reichstag zusammenwirken. Principielle Bedenken können nur Ultramontane und Welfen haben, aber auch ihnen wird es schwer, sich zu entziehen, wenn die anderen Parteien die Nation aufrufen.

„Vielleicht finden Sie Gelegenheit, die Frage mit dem Fürsten Bismarck und mit den Parteiführern im Reichstag zu besprechen. Sie müsste sorgfältig in der Presse erörtert und vorbereitet werden, bevor man zu einer öffentlichen That übergienge."

Berlin, 26. März 1871.

Vorgestern war eine Versammlung des Unions-Vereins, der ich beiwohnte. Die Hessische Kirchenfrage kam zur Sprache, und ich ergriff den Anlass, vor radicaler Principienreiterei zu warnen.[1] Nachher ging's in die Juristische Gesellschaft, die ein Festsouper gab. Ich kam erst nach 1½ Uhr nach Hause. Sonderbar! den Berlinern steigt der Wein zu Kopfe, uns erwärmt er nur das Blut und belebt die Stimmung. — Heute Mittag speise ich bei Bancroft mit Bennigsen und Bunsen.

Berlin, 27. März 1871.

Holtzendorff ist hier in alter Weise thätig für die Wissenschaft und die Praxis. Er ist Einer der Wenigen, welche Ideen und Initiative haben. Ich bemerkte ihm heute,

[1]) Es handelte sich um die Ablehnung des Kurhessischen Kirchenverfassungsentwurfs, welchen Minister v. Mühler vorgelegt hatte, durch das preussische Abgeordnetenhaus (6. Febr.), als nicht „liberal genug", während die Kurhessen selbst, die Vilmarianer ausgenommen, voran Ötker für Annahme waren. Hierüber vergl. Protest. Kirchen-Zeitung 1871, Nr. 2—10, vor allem aber den Briefwechsel zwischen Ötker und dem Redakteur der Prost. K.-Ztg., P. W. Schmidt, ebendaselbst in Nr. 12, 13 und 16, und was Bluntschli's Auftreten im Berliner Unionsverein betrifft, ibid. Nr. 13, S. 284, Anm. — Ötker hatte am 18. März an Bluntschli von Berlin aus geschrieben: „Sie werden vernommen haben, wie schmachvoll unsere hessische Kirchenangelegenheit durch die berliner und altpreussischen Principienreiter und Nihilisten zu Fall gebracht worden ist. Nicht der geringste Teil von Schuld fällt dabei auf unsere hiesigen Vereinsgenossen, namentlich auf die Mitarbeiter der Protest. Kirchenzeitung. Dr. Wehrenpfennig ist so wütend, dass er ganz aus dem Protestanten-Verein austreten will. So stark geht's bei mir nicht her; allein ich möchte doch zu bedenken geben, ob nicht unser Ausschuss der Sache seine Aufmerksamkeit widmen sollte, sei's auch nur zu dem Ende, um einen gleichen Ausgang bei der demnächstigen Wiederaufnahme der Angelegenheit verhüten zu helfen."

betr. die Frage der unteren Classen, insbesondere der niederen Arbeiter: Die Einen glauben, das Problem lediglich wirtschaftlich zu lösen, die Anderen lediglich mit moralischen Ideen und Kräften. Beides ist falsch. Das Problem ist nur durch eine Verbindung von Moral und Wirtschaft, nur durch Verbindung von idealem Streben und materieller Leistung zu lösen. Holtzendorff war völlig einverstanden.

Roggenbach arbeitet an einer neuen Parteibildung; aber er ist nicht zu einem parlamentarischen Führer geboren.

Vermutlich komme ich Mittwoch nach Hause; ich denke, morgen Nachts abzureisen.

Über die Parteienlehre gegen Treitschke.

Im Februar- und Märzheft der Preussischen Jahrbücher[1]) hatte v. Treitschke zwei Aufsätze über die Parteien erscheinen lassen. Über den ersten derselben schrieb schon am 26. Februar Ernst Rohmer in Nördlingen an Bluntschli: „Lebhaft bewegt hat mich Treitschke's Artikel über die Parteien im Februarheft der Preussischen Jahrbücher. Ich entnehme daraus, dass ohne die Psychologie (nämlich Friedrich Rohmer's) die Parteienlehre nie verstanden werden wird. Stauffenberg sprach sich früher schon ähnlich wie Treitschke gegen mich aus.“

Bluntchli selbst aber richtete folgendes Schreiben an Treitschke:

Heidelberg, 17. April 1871.

Hochgeehrter Herr College!

Für die freundliche Zusendung Ihrer beiden Aufsätze über die Parteien glaube ich Ihnen am besten dadurch zu danken, dass ich Ihnen meine Eindrücke bei dem Lesen derselben offen mitteile.

---

[1]) Preussische Jahrbücher 1871. 27. Band. S. 175 ff.; 347 ff.

Dass ich gegen den ersten Aufsatz Vieles zu erinnern und einzuwenden habe, und zwar nicht bloss in den Stellen, in denen Sie meine Schrift über die Parteien[1]) besprechen, wird Sie nicht befremden. Der Widerstreit der Meinungen aber stört und verletzt mich nicht, wenn sie, wie hier, auf beiden Seiten ehrlich und wohl erwogen sind. Indem er die Dinge von verschiedenen Seiten her beleuchtet, fördert er ja nur die Erkenntnis. Ich lasse mir auch durch den Widerspruch die Freude nicht trüben, welche ich von Ihren scharf und keck gezeichneten geschichtlichen Zeichnungen habe. In der historischen Juristenschule erzogen, habe ich mir das Verständnis für geschichtliche Bildung bewahrt.

Auch das irrt mich nicht, dass Sie es vorziehen, den Wechsel der Parteien concret zu schildern, als das Wiederkehrende und Bleibende in dem Wechsel, wie es mir ein geistiges Bedürfnis ist, in der menschlichen Natur zu suchen. Vor 30 Jahren war ich auch noch auf dem Standpunkt, den Sie mit so frischem Mute und so glänzendem Erfolg vertreten. Wer weiss, ob Ihnen nach 10 Jahren derselbe noch die frühere Befriedigung gewähren wird?

Nur Eines hat mich in Ihrer Polemik verdrossen, und ich darf Ihnen das nicht verbergen, weil nur die Aussprache von der Bitterkeit der Empfindung befreit.

Indem Sie die psychologische Parteienlehre wie ein blosses Spiel mit Bildern und Vergleichen behandeln, werden Sie ungerecht gegen einen Toten und gegen einen Lebenden. In Rohmer war dieselbe entstanden, nicht aus

[1]) Charakter und Geist der politischen Parteien dargestellt von J. C. Bluntschli. Nördlingen, C. H. Beck, 1869. Vergl. Bluntschli, Lehre vom modernen Staat. III. Theil: Politik als Wissenschaft. Stuttgart, Cotta, 1876. XII. Buch: Die politischen Parteien. S. 497—637.

irgend einem leichtfertigen oder ehrgeizigen Streben, sondern als unabweisbare Anwendung seiner psychologischen Betrachtung der Menschennatur. Ich aber habe dieselbe in zahllosen Fällen bei näherer Beobachtung der Menschen während fast eines Menschenalters, und auch in der Zeit, als ich von Rohmer ganz getrennt war, bestätigt und bewährt gefunden. Im Einzelnen habe ich mich freilich oft geirrt, im Ganzen aber war mir diese Lehre ein Licht, das eine Menge von Rätseln löste. Es hat niemals eine Lehre gegeben, die weniger Schuldoctrin war und mehr auf Lebenserfahrung beruhte, als diese. Ich begreife, dass Ihnen der nicht begriffene Grundgedanke, wie tausend Anderen, als ein blosses Bild und als eine leere Formel erscheinen mag. Aber je aufrichtiger die Achtung ist, welche ich für Sie hege, um so schmerzlicher war mir jener ungerechte Vorwurf, der den Charakter verletzt.

Ganz anders war mein Eindruck bei Lesung des zweiten Aufsatzes, der sich der Praxis der Gegenwart zuwendet. Da könnte ich fast Alles unterschreiben. Die Ausführung und die Räte, welche Sie geben, stimmen auch so auffallend mit den Gedanken und Mahnungen überein, welche in meiner Schrift über die Parteien ausgesprochen sind, dass mir der Ton und die herbe Polemik im ersten Aufsatz gegen jene Schrift noch weniger als zuvor gerechtfertigt schien.

Ich hoffe, dass Sie die offene Äusserung meiner Empfindungen nicht missverstehen werden.

Über die Persönlichkeit Rohmer's, die allerdings mit keiner anderen, die ich kenne, zu vergleichen war, wird seine Biographie, an der ich seit Jahren arbeite, einigen Aufschluss geben. Die kurze Lebenszeit, die mir

noch verstattet ist, gedenke ich zu benutzen, um der Nachwelt die Erinnerung an dieses seltsame Leben wahrheitsgetreu und seine Wissenschaft von Gott und Welt zu bewahren. Ich halte mich dazu für verpflichtet, und ich will diese Pflicht, so gut ich kann, erfüllen. Ich thue das aber mit voller Resignation auf jede Anerkennung in der Gegenwart, wenn auch nicht ohne Hoffnung, dass spätere Geschlechter dankbar dafür sein werden.

Die Discussion über die Anträge der Ultramontanen im Reichstag wirkte wie ein Gewitter, das die Luft reinigt. Mit Ihrer Rede war ich sehr einverstanden. Die Bildung einer „liberalen Reichspartei" wird, fürchte ich, den richtigen Gedanken einer Verbindung der Liberal-Nationalen und der Frei-Conservativen nicht fördern, sondern erschweren. Den Kern derselben bildet weniger „das Reich", als die Particularstaten im Reich.

Mit besten Wünschen
Ihr Bluntschli.

Eine Woche vor diesem Brief an v. Treitschke hatte Bluntschli den XI. und letzten Band des Statswörterbuchs dem Grossherzog von Baden, dem König Ludwig II. von Bayern und dem Deutschen Kaiser übersandt.

Zu Pfingsten. Versammlung der Delegierten des Protestanten-Vereins in Wiesbaden.[1])

11. Juni. Todestag von Friedrich Rohmer. Ich ar-

---

[1]) Über die Beschlüsse „gegen die Vergewaltigung freisinniger evangelischer Theologen durch die Consistorien" vergl. Schulthess, Europäischer Geschichtskal. 12. Jahrgang, 1871, S. 159.

beite an meinem Testament. Ich möchte mich nicht gern von dem Tod überraschen lassen und bin zu alt, um ihn für entfernt zu halten.

18. Juli.[1]) Dieser Tage hatte ich einen interessanten Besuch aus Italien von Professor Pierantoni, einem Riesen (vielleicht vom Stamm der alten Samniter, aus den Abruzzen), dem Schwiegersohn von Mancini, den wir im vorigen Jahr zum Ehrendoctor gemacht haben. Er wohnt in Florenz-Modena und hält hier Vorlesungen. Er gehört zu den feurigen Patrioten, hat unter Garibaldi in Italien gekämpft und ist ein Freund der Allianz zwischen Deutschland und Italien. Er kommt von München, wo er auch Döllinger und Huber sah, deren Streben er aus politischen Gründen fördert, nicht aus religiösen; denn die Religion betrachtet er nach Art der Italiener lediglich als herkömmliche Form, ohne den Inhalt irgendwie zu werten. Er will mein Völkerrecht übersetzen.

---

6. August. Am 1. August Eröffnung der General-Synode in Karlsruhe und meine Wahl zum Präsidenten.[2]) Der Geist in der Synode scheint viel friedlicher zu sein als in der vorigen; es ist allgemein die Neigung vorhanden, den Streit zu vermeiden. Für die kirchlichen Zustände in Deutschland ist es sehr wichtig und förder-

[1]) Aus dem Tagebuch de d. 18. Juli, ergänzt durch einen Brief von demselben Tage an seine Frau, welche, um den Einzug der Truppen mitanzusehen und die Enkel bei dem Anlass zu grüssen, am 14. Juli nach München gereist war.

[2]) Bei den Wahlen zur Generalsynode am 16. Juni 1871 war Bluntschli von 2 Diöcesen, Mosbach und Neckargemünd, zum weltlichen Abgeordneten gewählt worden.

lich, wenn die Badische Synode beweist, dass der innere Friede und eine ruhige Entwicklung möglich sei trotz der Freiheit der Parteien. — Der Process von Schenkel gegen Pfarrer Specht wegen Injurie durch die Presse hätte am 3. August vor Gericht verhandelt werden sollen. Der Skandal schien für die Synode unpassend. Ich habe daher, wie es den Anschein hat mit Erfolg, den Frieden vermittelt. Specht nimmt die ehrverletzenden Ausdrücke zurück, und Schenkel verzichtet auf die Klage. Denen, die am Skandal Freude haben, ist freilich ein Schauspiel entzogen. Indessen würdiger ist dieser Ausgang.

Desto unangenehmer war es, dass in derselben Zeit an der Universität der Streit und die Spaltung ärger denn je wurden. Im Grunde ein blosser Etikettenstreit über den Vorsitz in den Sitzungen der Ökonomischen Commission zwischen dem Prorector und dem Direktor der genannten Commission wurde schliesslich zu einer vollständigen Revolution gegen Prorector und Senat und Regierung gesteigert, die alle nur an dem Gesetz festhielten.

Die Eitelkeit und Herrschsucht Schenkel's, der Eifer von Pagenstecher, die böse Leber von Renaud und die Reizbarkeit von Kopp wirkten zusammen. Im Hintergrunde die Interessen der Naturwissenschaft, deren Vertreter im Fett sitzen, und denen die Ökonomische Commission dient, haben das bewirkt.

Wenn die Professoren im Jahr 1869 aus politischem Ärger und politischem Servilismus die akademische Prorectoratswahl gegen mich entschieden, so haben sie diesmal umgekehrt aus einer akademischen Meinungsverschiedenheit eine politische Wahl entschieden. Ich habe vor der Wahl erklärt: Ich hätte die Erneuerungswahl zur Ersten Kammer

angenommen, wenn die normalen Verhältnisse der Universität fortdauerten, und ich sicher wäre des allgemeinen Vertrauens. Ich wisse aber, dass sich nun Parteien gebildet haben je nach der Ökonomischen Commission und dem Senat. Diese Parteibildung halte ich für principiell verwerflich und ihre Wirkungen auf den Frieden in der akademischen Körperschaft für verderblich, und werde daher keine Parteiwahl annehmen. Entweder eine Majorität würde gegen meine Wiederwahl zusammengebracht werden; das wäre politisch nachteilig auch für die Universität, wie für meine Stellung innerhalb der grossen liberal-nationalen Partei. Oder ich würde von einer kleinen Majorität gewählt; auch eine solche Stellung könnte ich schicklicherweise nicht annehmen.

Es wurde dann Zeller mit 22 Stimmen von 33 gewählt; 7 beharrten auf meiner Wahl, 4 stimmten anders, einige änderten nach meiner Erklärung die Zettel und stimmten nun für Zeller.

Schenkel hatte sich auch an dieser Intrigue beteiligt. Mein Vertrauen zu ihm ist erschüttert. Meine Neigung treibt mich zu brechen und zu erklären, dass ich mit ihm nicht mehr zusammen in engerer Verbindung arbeite. Aber mich hindert die Rücksicht auf die gemeinsame Sache, für welche ein solcher offener Bruch höchst nachteilig wäre.

Ich komme dazu:

1) In der Synode entschiedener noch als vorher auf friedliches Zusammenwirken hinzuarbeiten und jede Reizung, auch durch Schenkel, fern zu halten;

2) bei der Wahl in den Synodal-Ausschuss mich nötigenfalls meiner Wahl nicht zu widersetzen, und die

von Schenkel nicht zu befürworten. Es hiesse die Wahl Schenkel's jetzt Erneuerung des Kriegs. Gegenüber von Preussen und dem Kaiser ist aber der Friede verbunden mit ruhigem Festhalten der vollen Rechte auf Seite auch der freien Richtung das allein Correkte;

3) hinzuarbeiten, dass der Geschäftsführende Ausschuss des Protestanten-Vereins von Heidelberg weg und nach Berlin verlegt werde.

Am 21. August nach der Schweiz, während Frau und Töchter in Rothenfels waren. Ich hielt mich hauptsächlich in Brunnen auf: der Vierwaldstättersee und speciell der Urnersee ist und bleibt mein Liebling; nachher in Zürich.

Am 6. September in Constanz, woselbst Zusammenkunft mit Ernst Rohmer und Heinrich Schulthess.

Beschlüsse:

„Der Gottesbegriff“ erscheint als I. Band von „Friedrich Rohmer's Wissenschaft und Leben“, und zwar als 1. Hauptteil der Wissenschaft, als „die Wissenschaft von Gott“.

Der II. Band soll bringen den 2. Hauptteil der Wissenschaft, „die Wissenschaft vom Menschen: die Psychologie, Logik und Zeitrechnung“;

der III. Band die politischen Schriften;

der IV. Band die Parteienlehre;

der V. Band das Leben (Briefe, Gedichte).

Der Gottesbegriff, dessen Redaction ich übernommen, ist nunmehr vollendet.[1]) Ich bin befriedigt von dem Werk, das sicher bleiben wird. Über das Vorwort mit seinem grossen Styl waren die Meinigen sehr erstaunt.

Ich sehe die Biographie[2]) wieder durch und finde, es sei furchtbar viel darin. Für den Druck wird Manches wegzulassen, Anderes zu mildern sein. Es ist übrigens so viel, was nicht fehlen darf und dennoch den Menschen wie Wahnsinn vorkommen wird. Ich hoffe, dass das Gesamtbild versöhnlich wirken und doch in seiner wunderbaren Eigenart und Grösse — selbst durch die Schleier hindurch — einigermaassen erkannt werde. Aber ich habe auf jede starke Wirkung unter den Mitlebenden verzichtet und halte es für das Beste, wenn wenig darüber gesprochen wird. Erst nach 1940 beginnt ein grösseres Verständnis.

Aber ich kann nicht ruhig sterben, wenn ich nicht der Nachwelt die Kunde von diesem Leben gerettet habe.

---

[1]) Das Werk erschien noch im J. 1871 im Druck, und zwar im Verlag der C. H. Beck'schen Buchhandlung in Nördlingen, 26 Bogen stark. Der Seitentitel lautet: Friedrich Rohmer's Wissenschaft und Leben. Erster Band: die Wissenschaft von Gott. — Der Haupttitel lautet: Der Gottesbegriff.

I. Kritik des Gottesbegriffs in den gegenwärtigen Weltansichten von Theodor Rohmer.

II. Der makrokosmische Gottesbegriff von Friedrich Rohmer. Bearbeitet von J. C. B. (Johann Caspar Bluntschli).

III. Die mikrokosmische Welt nach Friedrich Rohmer. Dargestellt von J. C. B. (Johann Caspar Bluntschli).

[2]) Gemeint ist Bluntschli's Darstellung des Lebens von Friedrich Rohmer, welche den 5. Band von „Friedrich Rohmer's Wissenschaft und Leben" bilden soll.

Es treibt mich trotz aller Bedenken die Notwendigkeit der Pflicht. Gott wird gnädig sein.

25. September. Die Rohmer'schen Ideen und die Biographie, mit der ich mich wieder beschäftigt habe, regen mich doch wieder sehr auf. Ich kann nicht lange daran arbeiten und muss mich erholen, indem ich Anderes vornehme.

---

4. October. Protestantentag in Darmstadt. — Meine Rede: „Wider die Jesuiten" wird mir manchen Wespenstich eintragen. Es war aber nötig. Die grossen Feinde der civilisierten Menschheit sind die Jesuiten und die Communisten (Internationalen). Jene müssen angegriffen werden; denn sie haben in Rom[1]) die ganze Cultur angegriffen.

Die Regierung übergeht mich bei den Ernennungen zur Ersten Kammer. Dagegen kommt Mohl wieder, obwohl er wegen Invalidität in der letzten Sitzung feier-

[1]) nämlich durch die Proclamierung der päpstlichen Infallibilität auf dem Vatikanischen Concil. — Wie der Altkatholikenkongress zu München im September 1871 in seiner 6. Resolution, so forderte auch der Protestantentag zu Darmstadt im Oktober desselben Jahres in einer ähnlich lautenden Resolution das statliche Verbot des Jesuitenordens. Daraufhin erschien noch im Oktober 1871 eine ausdrückliche Gegenerklärung des Preussischen Episcopats zu Gunsten der Jesuiten, „welche auch der Autorität des Stats gegenüber den Gläubigen durch loyale und treue Haltung mit einem guten Beispiel vorangehen".

Über die Resolutionen des Protestantentages: 1) gegen das Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit, 2) gegen den Jesuiten-Orden und 3) gegen den Papismus innerhalb der protestantischen Kirche selbst, vergl. Schulthess, Europ. Geschichtskalender Jahrgang 1871 S. 205 f.

lich Abschied genommen hatte. Ich bin froh, von der Kammer erlöst und frei zu sein. Aber für die Erste Kammer sieht es schlimm aus. — Jolly wusste sehr wohl, dass ich die politische Führung der Ersten Kammer besessen und ihr eine Bedeutung verliehen hatte. Er wusste auch, dass ich oft den Frieden zwischen Regierung und Landtag schliesslich herbeigeführt hatte. Er wusste überdem, dass er mein Schüler in der Ersten Kammer gewesen war. Aber „Dankbarkeit ist nicht". Diessmal konnte er sich derselben sogar entziehen, ohne mich formal irgendwie anzutasten; er konnte gleichzeitig seine Missbilligung gegen die Heidelberger Professoren äussern, die mich nicht wieder wählen wollten. Aber schön war es doch nicht und gross auch nicht.

Meine Teilnahme an den Bankgeschäften der Rheinischen Creditbank und der Rheinischen Hypothekenbank ist mir ganz angenehm. Sie beschäftigt meine Neigung zu einiger Praxis und erhöht meine Einkünfte. Das aber ist nötig, damit ich meinen Kindern einiges Vermögen hinterlasse und einigen Fortschritt mache.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung enthält das von mir verfasste Antwortschreiben gegen die Bischöfe in der Jesuitensache. Das ist wichtig. Früher bekreuzten sie sich in Berlin vor dem Deutschen Protestanten-Verein. Jetzt sind sie mit uns gegen die Ultramontanen. Das kann Folgen haben.

Endlich der Entscheid des Ministeriums in der Universitätssache. Er greift durch und hebt die

Ökonomische Commission auf. — Die Lection war verdient, welche die Herren bekommen haben. Der hiesige Zustand aber wird schwerlich bald besser. — Mir thut's leid, dass Schenkel dabei so tief verhetzend mitgewirkt. Ich fürchte Schaden für wichtigere Dinge.

Die Ritualfrage kommt wieder. Das Gutachten von Kolb ist meinem Entwurf günstig. Es macht klar, dass die Anderen Gott und die Unsterblichkeit heraustreiben wollen. Dadurch wird die Sache ernsthaft. Ich werde nun das Gehenlassen auch aufgeben und entschieden eintreten. — Ohne Gott und ohne Unsterblichkeit ist die Maurerei Nichts als eine tönende Schelle.

Zum Schluss möge hier noch erwähnt sein, dass an Bluntschli in Anerkennung der hervorragenden Verdienste, welche er während des Kriegs 1870—1871 auf dem Gebiet der freiwilligen Krankenpflege geleistet, im Juli 1871 vom Grossherzog von Baden das Commenthur-Kreuz I. Classe des Ordens vom Zähringer Löwen, und vom Deutschen Kaiser im März 1872 das Ritterkreuz des k. Preussischen Kronenordens III. Klasse mit dem rothen Kreuz auf weissem Feld am Erinnerungsband verliehen wurde.

15.

Aus dem Jahre 1872.

Prorectoratswahl. Kirchenpolitische Vorträge und Aufsätze. Nachträgliches über die Versailler Kaiserproclamation. Auf dem Grossmeistertag in Berlin. Plan einer Conföderation der deutschen evangelischen Kirchen. Lage der evangelischen Kirche in Preussen. Berufung Herrmann's zum Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrats. Münchener Universitäts-Jubiläum.

Unterredung mit Döllinger über eine kirchliche Conföderation. Besuch bei Joh. Huber. Aufenthalt in Oberstdorf. Maurerisches. Auf dem Altkatholikencongress in Köln. Protestantentag zu Osnabrück. Franz Lieber's Tod. Erste Idee des internationalen wissenschaftlichen Instituts für Völkerrecht. Rückblick.

Zu Anfang des Jahres beschäftigte Bluntschli die bevorstehende Prorektoratswahl. Er hatte sich mit seinem Collegen Windscheid zuerst mündlich darüber benommen, stellte demselben dann aber auch noch schriftlich seine Auffassung der Sache in einem Brief vom 7. Januar dar. Er schreibt: „Lieber Freund! Wir sind einverstanden: 1) dass von einer von Dir ausgehenden Bewerbung um die Wahl keine Rede sein kann; 2) dass es im gegenwärtigen Augenblick durch die Interessen der Universität und des States zugleich geboten wird, die Wahl nicht auf einen Mann zu lenken, der in dem neuerlichen Streite auf einer Partei Führer ist oder als Führer betrachtet wird, sondern vielmehr auf einen Mann, der als unbefangen gilt.

„Ich weiss Keinen, der mehr als Du in diesem Rufe steht. Wenn daher die Collegen, welche des Streites überdrüssig sind, Dich wählen helfen, und wenn eine Majorität aus beiden Parteien zusammengebracht wird, so bin ich der Meinung, dass das einfache Pflichtgefühl auch in Dir sich stark genug bewähren wird, um aus der nicht angenehmen, aber schönen Aufgabe, den Frieden im Innern und im Verhältnis zur Regierung herzustellen, nicht zurückzuweichen.

„Würde die streitsüchtige Actionspartei siegen und ihren Führer zum Prorector wählen, so würde das für die Universität sehr bedenkliche Folgen haben. Ich sehe dann nur 3 Möglichkeiten:

1) die Regierung bestätigt nicht;

2) die Regierung bestätigt, nachdem sie zuvor sich versichert hat, dass der Gewählte entschlossen sei, nun die neue Ordnung bona fide durchzuführen;

3) sie bestätigt ohne diese Sicherheit.

„In den Fällen 1) und 2) wird entweder die Universität oder ihr Prorector gedemütigt und neue Erbitterung erzeugt, und die Verlegenheiten gehen von vorne an.

In dem 3. Fall dauert der Streit mit der Regierung fort und

wird ebenso wie bisher eine Reihe neuer Schläge für die akademischen Behörden und in Folge davon neue Veranlassung zum Hass und zur Erbitterung nach sich ziehen.

„Seit bald einem Jahre warne ich vor all' den falschen Schritten, immer vergeblich. Der Eifer und die Eitelkeit sind stärker als die Einsicht. Jeder Schritt, den die Mehrheit bisher gemacht, war von einem Misserfolg begleitet. Mich wundert's, dass es die Herren noch nicht merken, wie thöricht ihre Operation geleitet war. Daran aber, dass heute schon die Führer selber vernünftig stimmen, die heute wirklich Grund zum Ärger haben, ist vorderhand gar nicht zu denken. Sie werden sich nur nach und nach in die Wirklichkeit schicken, die sie nicht beherrschen. Es ist aber hohe Zeit, dass sich die, welche nicht so leidenschaftlich und nicht so blind sind, ermannen und sich nicht von den Heissspornen treiben und schleppen lassen."

Die Prorectoratswahl fiel nicht im Sinne Bluntschli's aus; es ward für das Jahr 1872 als Prorector Professor Renaud gewählt.

Im Verlauf der Monate Januar und Februar ergiengen aus einer ganzen Anzahl deutscher Städte, aus Crefeld, Elberfeld, Köln, Offenbach, Worms, Mannheim, Freiburg i. B., Carlsruhe, Baden-Baden, Ansuchen an Bluntschli, über Gegenstände, welche mit den religiösen Bewegungen der Gegenwart zusammenhängen, speciell über die Jesuitenfrage und über das Verhältnis Rom's zu Deutschland, in ihrer Mitte öffentlichen Vortrag zu halten. Gleichzeitig liess er in der von Paul Lindau so eben neugegründeten Wochenschrift „die Gegenwart" eine Reihe von Artikeln unter dem Titel: „Deutsche Briefe über das Verhältnis von Stat und Kirche" erscheinen. In acht Aufsätzen behandelt er darin 1) den Dualismus von Stat und Kirche (Gegenwart, Jahrgang 1872, Nr. 6), 2) den Stat als Geisteswesen (Nr. 7), 3) den interconfessionellen Charakter des heutigen Stats (Nr. 9), 4) was heisst christlicher Stat? (Nr. 13), 5) die grosse Excommunication und die Pflicht des Stats (Nr. 16), 6) Gegensätze der christlichen Religion und des States (Nr. 29), 7) Ist die Kirche nur als eine religiöse Gesellschaft zu betrachten? (Nr. 31), 8) Sonderung oder Trennung von Stat und

Kirche? (Nr. 47 und 49). — Ausserdem beleuchtete er in derselben Wochenschrift 1) den Wechsel im preussischen Cultministerium (Sturz v. Mühler's Nr. 2), 2) den Kampf um die statliche Aufsicht der Schule im Preussischen Abgeordnetenhaus (Nr. 4), 3) die Debatte über die Jesuiten im Deutschen Reichstag (Nr. 20), endlich 4) die nächste Papstwahl und das Recht der Staten (Nr. 24).

Im Tagebuch findet sich bloss die nachfolgende Notiz:

17. und 18. Februar. Vortrag in Karlsruhe und in Baden über: „Der Jesuitenorden und das Deutsche Reich." [1]) Der Eindruck war bedeutend, besonders in Baden, wo die Loge gute Einleitung traf. [2])

In Karlsruhe erzählte v. Ungern-Sternberg von Versailles über die Kaiserproclamation. Schon im August 1870 ergieng der erste Brief des Grossherzogs von Baden an den König von Bayern mit dem Vorschlag zur Kaiserwürde. Erst im Dezember 1870 traf der Brief des Königs von Bayern ein, worin er König Wilhelm aufforderte, die Kaiserwürde zu erneuern.

Noch am 17. Januar 1871 bestanden am Hofe Differenzen über den Titel. Der Kronprinz verlangte: „Kaiser von Deutschland"; Bismarck: „Deutscher Kaiser". Der König war mehr zum Erstern geneigt, was aber den Unterhandlungen von Bismarck mit den Fürsten zuwider war; dieselben giengen nicht darauf ein. Noch war man ohne Entscheid, und doch sollte am 18. morgens die Proclama-

[1]) Vergl. die Abhandlung „der Jesuitenorden und das Deutsche Reich" in den „Gesammelten kleinen Schriften Bluntschli's". II. Band. Nördlingen, Beck 1881, S. 181—235.

[2]) Weitere Vorträge wurden angekündigt und gehalten für Mannheim am 9. März, Köln 16. März, Elberfeld 18. März, Crefeld 20. März.

tion vor sich gehen. Vorher sprach Bismarck mit dem Grossherzog. Dieser erklärte, er werde eine Form suchen, die nicht vorgreife. Bismarck zweifelte. Dann im Spiegelsaal rief der Grossherzog: „Es lebe Kaiser Wilhelm!" Der König war mit missmutigem Gesicht gekommen. Erst als er bei den Deputierten der Regimenter war und den Jubel sah, wurde er heiterer, und bei Tafel stiess er mit Bismarck in anerkennendster Form an.

Zu Pfingsten in Berlin am Grossmeistertag. Der Grosslogenbund kommt zu Stande.[1]) Audienz bei dem Kronprinzen.

---

8. Juli. Gelzer war lange hier bei mir auf der Reise nach Ems zum Kaiser. Der Feldzug gegen die römische Curie wurde durchgesprochen und die Notwendigkeit eines geistigen Kampfes betont. Gelzer erzählte Einiges von seinen Beziehungen zu Bismarck, der lange nicht über Rom mit ihm sprechen wollte, aber es zuletzt that, nachdem er bereits zum Kampfe entschieden war. — Theiner hat seine Notizen aus den Akten Clemens' XIV contra Jesuiten gerettet.

Ich betonte lebhaft das politische Bedürfnis, innerhalb der protestantischen Kirche Frieden zu schaffen, was nur dadurch geschehen könne, dass die Zeloten gehindert werden, zu verfolgen. Man muss die Parteien, die sich verbissen haben, durch eine neue That ablenken. Der Gedanke einer Conföderation (nicht Union) der deutschen

[1]) Es handelte sich um die Gründung und Einrichtung eines Bundes der sämtlichen Deutschen Grosslogen.

evangelischen Kirchen nach Analogie des Grosslogenbundes wurde erörtert. Grundlagen: 1) jede Kirche bleibt in sich frei; 2) Herstellung einer nationalen Verbindung, welche die Gegensätze mit Liebe gewähren lässt; aber 3) der Curie gegenüber die Freiheit sichert und 4) den Frieden mit dem Stat erhält. Wenn der Kaiser darauf eingienge, so würde eine Commission von Führern der verschiedenen Parteien zusammenberufen werden müssen. In München können vielleicht die Dinge weiter vorbereitet werden.[1])

19. Juli. Archidiaconus Schiffmann aus Stettin war bei Holtzmann mit mir zusammen. Er ist der Meinung, Hoffmann wolle zum Schluss noch das Ziel seines langjährigen Strebens, die hierarchische Herrschaft mit Entfernung der protestantenvereinlichen Pfarrer, erreichen; er wisse wohl, dass das System doch fallen werde, wenn der Kronprinz zur Regierung komme. Ich bin der Meinung, dass Hoffmann ein Hofmann ist und Zugeständnisse machen wird, wenn er muss. Er ist kein Fanatiker der Orthodoxie, wenn gleich hart und zähe wie die Schwaben. Die politische Lage erträgt diese Herrschaft nicht. Bismarck kann sie nicht zugeben, während er Rom den Krieg erklärt; er bedarf der liberalen Allianz.

Der Kaiser freilich wird diese Sachlage schwerer verstehen. Schiffmann hat wohl darin Recht, dass er sagt: „Man kann dem Kaiser nicht mit theologischen Motiven beikommen, da hält er sich an die Ratgeber der Kirche, und diese behaupten, das Kirchenrecht erfordere die

[1]) Bluntschli denkt an die Beiziehung der Altkatholiken, in welchen er gleichfalls eine deutsche „evangelische“ Kirchengemeinschaft erkennt, evangelisch nicht im rechtlichen und historischen, wohl aber im sachlichen Sinn.

Strenge." Aber der Kaiser ist eine gerechte Natur, und er begreift die politischen Interessen; er weiss, dass es seine Pflicht ist, preussische und deutsche Politik zu treiben, und wird sich überzeugen, dass Preussen heute keine Politik à la Wöllner, sondern eine Politik im Geiste Friedrichs des Grossen verlangt.

---

28. Juli. Heute teilt mir Herrmann mit, dass er mit dem Minister Falk in Leipzig zusammengetroffen sei, und dieser ihm formell die Stelle eines Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrats angetragen habe. Auch der Kaiser wünscht ihn. Er ist noch zweifelhaft; aber er wird annehmen, wenn er einigermaassen auf Erfolg hoffen kann. Er verlangt eine Synodal-Verfassung und eine freiere Behandlung der kirchlichen Fragen; keine Verfolgung der protestantenvereinlichen Geistlichen. Ich denke das wird er durchsetzen, da Falk entschieden hilft, und offenbar der Kaiser es auch wünscht. Bedenklicher für ihn ist es, dass die Richtung, zu welcher er die Hand bieten kann, hinter Manchem zurückbleiben wird, was über kurz oder lang als unabweisliche Forderung sich geltend machen dürfte. Indessen es ist so hohe Zeit, dass die Berliner bornierte Kirchenleitung ein Ende nehme, dass er schwerlich der Pflicht sich entziehen kann, für die Besserung einzustehen. Er hat bei Falk auf Berufung tüchtiger Theologen gedrungen und Holtzmann und Hausrath in Vorschlag gebracht. In Baden ist Herrmann offenbar freier geworden.

Am 30. Juli reiste Bluntschli nach München zum 400jährigen Jubiläum der Universität. Die glänzende Feier ward am 1. August

durch eine Festrede des Professors Dr. Döllinger eröffnet, welcher ausdrücklich für das Jahr der Jubiläumsfeier von der Universität München zum Rektor erwählt worden war. Über den Münchener Aufenthalt findet sich im Tagebuch, sowie in zwei Briefen an seine Frau vom 31. Juli und 1. August, Nachfolgendes angemerkt:

31. Juli. Begrüssung alter Freunde. Sybel und Max Müller sprachen warm und gut, jener für die Deputationen, dieser für die Fremden. Döllinger erwiderte trefflich.

Windscheid und ich gehen mit den alten Collegen, unter denen ich manche Schüler habe. Lediglich aus dem kleinlich-gehässigen Coteriegeist heraus hatte der Senat den Prorektor Renaud hieher als Deputation gesandt, anstatt mich (der ich im Senat war) und Windscheid zu senden, welche als alte Münchener Professoren die geeigneten Personen waren. Die Folge ist nun, dass Renaud hier wie eine Null, und Windscheid und ich als gewichtige Zahlen behandelt werden. Die natürliche Strafe folgte schnell der Rücksichtslosigkeit.

Abends als Festoper Lohengrin in prachtvoller Ausstattung. Der König war anwesend. Mir machte die Musik den Eindruck grossen Ernstes und energischen Wesens. Die Töne entsprachen den Gedanken und Stimmungen. Aber Vieles ist zu breit; es wird Einem nichts geschenkt. Die Kunst braucht aber nicht alles Leben darzustellen, sondern nur das gehobene und bedeutsame.

1. August. Im Zuge giengen Windscheid und ich nicht mit den Deputationen, sondern vorne unter den hiesigen Juristen mit dem Dekan Planck. Wir bekamen auch in der Aula beste Plätze. Die Münchner betrachten uns als Collegen und Gäste zugleich. Der Umstand, dass

wir nicht zur Heidelberger Deputation gehören, ist uns hier offenbar förderlich. Wir werden überall bevorzugt.

Die Rede von Döllinger war sehr weitschauend und inhaltsreich, energisch und doch zugleich maassvoll.

Ich sprach Fürst Hohenlohe und Graf Bothmer (General). Dieser klagte über den particularistischen Geist in der Leitung der Armee. Die Alten bleiben trotz des Kriegs und hindern die Reform. Sybel brachte sogar die Nachricht, dass innerhalb 14 Tagen ein klerikales Ministerium da sein werde. Lutz hat ihm diese Furcht eingejagt; ich glaube es noch nicht. Über die Bewegung im Grossen bin ich vollkommen ruhig. Ich sprach das auch gegen Döllinger aus: „das Wellengekräusel wird die Strömung nicht aufhalten". Er war derselben Hoffnung.

Der König ist abgeschlossen von der Welt, voll Ehrfurcht vor seiner Würde. In grossen Momenten hat er aber meist das Rechte gethan. Die Idealität seiner Natur hat ihm über die Schwierigkeiten weggeholfen.

In den Toasten bei dem Festmahl vermisste ich die Wärme und Kraft der nationalen Gesinnung. Lutz, der das Hoch auf den Kaiser ausbrachte, glaubte das entschuldigen zu müssen durch den Hinblick auf den König, dessen Vorbild erlaube, dass wir den Kaiser feiern dürfen.

2. August. Das städtische Mahl im alten Rathaussaal war etwas frischer. Es fehlt nicht an der Gesinnung der Bürger, sondern in der Höhe. Brinz klagte mir über Bismarck. Ich erwiderte: Bismarck versteht die Politik besser als die Andern, die gut thun würden, ihm als Führer zu folgen, statt ihm Schwierigkeiten zu machen.

Das Kellerfest mit 4—5000 Teilnehmern war prächtig.

Diese einfache Fidelität ist nur in München möglich mit solchem imposanten Glanze.

3. August. Heute war ich lange bei Döllinger. Ich entwickelte den Gedanken einer kirchlichen Conföderation zunächst unter den Protestanten, dann auch mit den Katholiken. Das Gespräch war sehr belebt und offen. Schade, dass es nicht fixiert werden konnte. Ich will wenigstens Einiges anzumerken versuchen.

Döllinger: In der Union der Vereinigten Staten ist gegenwärtig ein starkes Streben vorhanden, die vielen Sekten (Denominationen) mit der bischöflichen Kirche durch eine „Association“ zu verbinden. Diese dient zu festem Halt, als conservative Gestaltung; die Sekten geben ihre Richtung nicht auf, aber sie halten die Anlehnung an einen festen Körper für nützlich.

Ich bemerkte, in Deutschland könne man sich an die verschiedenen Landeskirchen halten und brauche nur ein nationales Band wechselseitigen und freundlichen Zusammenhalts.

Er hob die Schwierigkeit hervor, dass die religiöse Gemeinschaft zum Kern eine gemeinsame Lehre haben müsse; gab aber zu, dass es unmöglich sei für die Protestanten, das Augsburger Bekenntnis in seinem Wortlaut heute noch als Grundlage zu brauchen. Eher noch das Apostolicum.

Ich: Auch das geht nicht. Es würden berechtigte und gute Bestandteile sich nicht dadurch binden lassen.

Selbst das begriff Er; aber fürchtete, wenn die Altkatholiken so grosse Zugeständnisse an den protestantischen Geist machen, würde die Möglichkeit ihrer Verbindung mit der griechischen und der englisch-bischöflichen Kirche gefährdet. Darauf müssen sie aber Wert legen.

Ich: Die Jünger Christi hatten gar nicht dieselbe Vorstellung von ihm und dennoch hielt er sie zusammen. Die Mannichfaltigkeit der Auffassung hinderte ihn nicht.

Er: Die Person Christi war so mächtig, dass er damals sie alle zusammenhielt trotz der Verschiedenheit.

Ich: Die Idee dieser Persönlichkeit lebt fort in der Menschheit und hat dieselbe Kraft.

Er: Werden wir dann nicht in den unfruchtbaren Deutschkatholicismus verfallen?

Ich: Deshalb nicht, weil die Verbindung nur ein weiter Rahmen sein soll, der die verschiedenen Kirchen und Richtungen zusammenfasst, aber diesen nichts nimmt von ihrer Eigenart, als die Feindseligkeit gegen Andere. Im Innern unter sich mögen sie jede ihre Weise behalten und ausbilden. Ein gemeinsames Bekenntnis ist heute unmöglich. Vielleicht entwickelt sich später eines. Vor der Hand brauchen wir Frieden und freie Entfaltung der Meinungen. Denn die Gedanken der Menschheit sind in einer Gährung begriffen, die man nicht hemmen darf. Die heilige Allianz, die politisch Nichts taugte, hatte doch eine wahre Idee ausgesprochen, als sie die Gemeinschaft dreier Kirchen im Princip aussprach und die Idee der christlichen Völkerfamilie verkündete, welche katholische, protestantische und griechische Kirche verbinde.

Er: Das ist richtig. Kaiser Franz und Metternich haben das verdorben, und auch die russische Politik hat es ausbeuten wollen. Kaiser Alexander selber hatte wohl eine freiere Tendenz. Die nationale Seite ist übrigens in religiösen Dingen nur secundär.

Ich: Einverstanden. Aber sie ist von grosser Bedeutung; und so sehr ich zugebe, dass in dem universellen

Geist der katholischen Kirche Grösse ist, so ist es doch ebenso gewiss, dass die Despotie Roms und der italienischen Pfaffen diesen universellen Zug nur zu ihrem antinationalen Vorteile ausbeutet. Da hilft nur die nationale Selbständigkeit, um dieser Despotie zu widerstehen.

Er: Allerdings, in secundärer Weise, so dass der universelle Grundcharakter erhalten bleibt, wird eine nationale Gestalt der Kirche unvermeidlich sein.

Ich: Ich halte gegenwärtig die Bildung einer deutschen Nationalkirche für unmöglich, weil die Gegensätze des Glaubens, des Cultus, der Verfassung zu gross sind. Aber sie lässt sich für die Zukunft vorbereiten, indem man ein nationales Band um die vorhandenen deutschen Kirchen schlingt.

Er: Schon diese Verbindung ist furchtbar schwierig. Unsere Landbevölkerung ist noch ganz in der Gewalt des Klerus. Die Majorität in der Kammer ist noch ultramontan. Wie es wird bei einer Kammerauflösung ist schwer zu sagen. Vielleicht verliert die Partei die Majorität, aber sie wird sicher der Majorität nahe kommen. Auch am Hofe sind feindliche Elemente genug. Das ganze Haus des Prinzen Luitpold hält es mit der römischen Partei und stützt sich auf den österreichischen Hof; nicht gerade, weil sie an den Syllabus und die Unfehlbarkeit glauben, sondern weil sie das fait accompli beider annehmen und meinen, das verlange die Politik Bayerns und seiner Dynastie.

Ich: Das ist ein schwerer Irrtum. Umgekehrt, Bayern könnte in Deutschland eine grosse Rolle spielen, wenn es als historische katholische Macht die kirchliche Frage in national-deutschem und in modernem Geiste löste. Man würde dann sicher in Berlin ihm die Führung der Katho-

liken gerne überlassen. Dass der österreichische Hof ultramontan ist, ist freilich bedenklich. Indessen Österreich ist genötigt, sich mit Deutschland und Russland freundlich zu stellen; denn wenn es die Feindschaft dieser auf sich zöge, wäre es sofort verloren.

Er: Seit dem Tod der Erzherzogin Sophie ist es auch am Wiener Hofe besser geworden, aber noch fehlt es an der vollen Einsicht.

Ich: Ohne die Hilfe des Deutschen Kaisers wird es überhaupt nicht gehen. Es kommt darauf an, ob der Kaiser auf den Gedanken eingeht.

Er: Der Kaiser wird schwerlich die Initiative ergreifen. Eher wird er gewähren lassen und sogar gerne sehen, wenn Etwas zu Stande kommt.

Ich: Wir sind nun einmal im Kampf mit Rom. Ob Bismarck auch diesen Geisteskampf siegreich durchführen wird, weiss ich noch nicht. Aber dass er denselben mit Energie führen wird, daran zweifle ich nicht. Ich vermute, er wird denselben mit einigen heftigen Schlägen zu Ende bringen wollen. Aber was auf vielhundertjähriger Geschichte beruht, das lässt sich nicht so schnell umändern. Einige grosse Schläge sind gut und nötig; aber es wächst nachher immer wieder die alte Natur heraus. Die Verblüffung geht bald vorüber. Ich rechne auf einen Kampf, der noch viele Generationen und selbst Jahrhunderte dauert.

Er: Ich ebenfalls; wir sind im Anfang und werden nur die Anfänge erleben. Wer wie ich in der katholischen Kirche erzogen und von ihrem Gedankenkreis erfüllt ist, der weiss, wie schwer dieser Kampf sein wird.

Ich: Ich begreife das, wenn gleich ich ausserhalb stehe. Die Grösse Luther's ist mir aber nie so gross er-

schienen, als in unseren Tagen. Der Mann hat damals viel mehr gewagt, als Einer heute es muss. Und doch wie schwer ist das?

Er: Luther hätte im Angesicht des Scheiterhaufens nicht gewankt, das ist gewiss. Er war ein seltener Mann.

Ich: Es freut mich, dass Sie in Ihrer Rede so beredt und wahr von der Geistesgrösse Luther's gesprochen haben.

Er: Wo war das?

Ich: In den öffentlichen Vorträgen hier.

Er: Luther musste furchtbare Kämpfe in sich durchmachen, um zu dieser Kühnheit zu kommen.

Ich: Ich habe die Macht der kirchlichen Autorität nie schmerzlicher erfahren, als in dem Falle Haneberg's. Er ist ein gebrochener Mann, und ich zweifle, ob er im Frieden mit sich selbst sterben wird.

Er: Die Macht der Autorität ist furchtbar. Wer im Glauben an dieselbe erzogen ist, für den ist es ungemein schwer, sich zur Freiheit durchzuarbeiten. Es erscheint ihm das wie eine Sünde.

Ich: Und doch ist eben die Verläugnung dessen, was der Mensch als wahr und recht erkennt, die schwere Sünde wider den heiligen Geist. Zwei Parteien gebe ich verloren, die wir zur Seite lassen müssen: 1) die, welche sich der Tyrannei Roms zu Füssen werfen, und 2) die, welche von Religion überhaupt nichts mehr wissen wollen. Dazwischen ist viel, und das lässt sich organisieren oder doch verbinden. Mit dem Dogma geht es nicht, auch nicht mit dem Cultus. Das mag verschieden bleiben, wie die Farben, in die das Licht zerfällt.

Er: Allerdings ist am ehesten auf dem ethischen Ge-

biet eine Verständigung möglich. Würde diese gelingen, dann würde hinterdrein auch eine religiöse im engern Sinn möglich werden. Hätten sich die Leute ethisch zusammengefunden, dann würden sie manche dogmatische Frage mit andern Augen betrachten und Vieles annehmen, was ihnen vor jener Verständigung unleidlich erschien.

Ich: Gut, versuchen wir's auf diesem Wege. Ich möchte vorerst nur die protestantischen Kirchen Deutschlands verbunden sehen, aber das so machen, dass die spätere Verbindung mit den Katholiken vorbehalten und möglich wird. Wie wenig schliesslich es auf die dogmatischen Formeln ankommt, dafür habe ich eine seltsame Lebenserfahrung. Als Studierender machte ich mir den Scherz, meine Freunde, Studenten der reformierten Theologie, zu fragen: „In dem grossen Streit über den Wert des Glaubens und der Werke, was denkt Ihr?" Die Antwort war: „Die Katholiken legen den Nachdruck auf den Glauben, die Protestanten auf die Werke." So sehr war die Geschichte der Reformation vergessen und hatte sich die Wendung vollzogen. Und doch waren das gute Protestanten.

Er: Ich bin schon lange überzeugt, dass gerade über das Verhältnis von Glauben und Werken katholische und protestantische Theologen sich leicht verständigen könnten. Ich habe das einigen lutherischen Geistlichen gesagt, die mich besuchten. Sie schlugen anfangs die Hände über dem Kopf zusammen, so sehr waren sie überrascht; und doch ist's so. Dennoch ist das Dogma das innerste Geistesproduct der Religion.

Ich: Aber gerade darum lässt sich kein Dogma erzwingen. Und in unserer Zeit muss Jeder sich das selber

in seinem Innern zurechtlegen dürfen. Ich erkläre Ihnen: wenn die katholische Kirche das Princip der Geistesfreiheit voll und ganz anerkennen und sich von der Herrschaft der römischen Politik frei machen wollte, dann würde ich über die meisten Dinge des Cultus gern und leicht mich mit ihr verständigen. Der protestantische Cultus ist zu kahl und dürftig. Aber jeder Versuch, ihn zu verbessern, scheitert an dem gerechten Misstrauen der Bevölkerung, man wolle sie katholisch machen und unter die Herrschaft des Papstes bringen. Das will sie nicht, um keinen Preis der Welt. Wäre aber die Freiheit des Wissens und Denkens und des Glaubens gewahrt, dann würde mit mehr Unbefangenheit das Gute anerkannt, wo es sich findet.

Über Laurent bemerkte Döllinger: Er ist unter den französischen Schriftstellern über religiöse Dinge der bedeutendste. Seine Schriften sind reich an Ideen und an Wissen, allerdings auch rhetorisch ausgeputzt, nach Art der Romanen.

Auf Laurent kam er infolge meiner Bemerkung, dass Laurent mir geschrieben, er verzweifle an den katholischen Völkern, weil sie sich so spalten, dass die Massen dem Aberglauben und dem Clerus verfallen, und die gebildeten Classen die Religion überhaupt aus Hass gegen diese Unvernunft verwerfen.

5. August. Bei Johannes Huber. Er klagt über die bayerischen Zustände und über die Politik von Lutz: Nichts thun für die Altkatholiken, das ist die Parole. Vergeblich petitionieren sie um Überlassung einer Kirche; sie kriegen sie nicht. Auch Pözl (von Prantl beeinflusst) verhält sich eher abgeneigt als fördernd. Es fehlt immer wieder an politischem Verstand und Mut. Einige wollen

für gescheit und mutig angesehen werden, welche über die katholische und jede Kirche spotten und die Altkatholiken verhöhnen, dass sie nicht weiter gehen. Sie thun aber selber Nichts, um die Zustände zu bessern, sondern denken nur an sich, nicht an das arme Volk, und helfen, ohne es zu merken, die Autorität der Kirche stärken.

---

6. August bis 9. September: In Oberstdorf mit meiner Familie.

Seit vielen Jahren sah ich wieder alle meine Kinder und nun auch die Schwiegerkinder und Enkel beisammen. Die Familie Hecker aus München und die meines Sohnes Carl aus Zürich trafen hier mit mir zusammen. Die kleinen Vettern und Basen lernten sich kennen. Für den Grossvater war es eine grosse Freude, sie um sich zu sehen und die verschiedenen Charaktere zu beobachten.

Mir gieng es hier auch sonst sehr gut. Ich konnte leicht 6—7 Stunden täglich in den Bergen und Thälern herumsteigen, ohne sonderliche Ermüdung zu verspüren. Als ich vor einigen Jahren mit Herrmann im Schwarzwald Erholung suchte, war ich weniger kräftig als heuer.

Mit meiner Frau fuhr ich in einem Einspänner über Füssen nach Hohenschwangau; dann über Reutti, Schattwald u. s. f. zurück. In Hohenschwangau sah ich das Zimmer des Königs; es athmet mit seinen Gemälden und Nippsachen, wie das ganze Schloss, Romantik, mittelalterliches Rittertum und Märchenwelt: Nichts, was auf heutiges Leben hinwiese. Auf dieser Reise fasste ich den Entschluss, nun meine Denkwürdigkeiten zu schreiben, zunächst für meine Kinder, in zweiter Linie, so dass Man-

ches wegfällt, für die Lesewelt. Ein erstes Capitel wurde entworfen.

Mit Widenmann und Schulthess bei Ernst Rohmer. Besprechung über die fernere Herausgabe der Rohmer'schen Werke.[1]) Widenmann berichtet, dass Seyerlen nun mehr Musse erhalte (er ist in Tübingen Archidiaconus geworden) und bereit sei mitzuarbeiten. Er habe sich aber dahin ausgesprochen, dass für eine Logik Friedrich Rohmer's nur wenig sicherer Stoff vorhanden sei; dagegen lasse sich eine Logik nach F. R. schreiben und ihr Verhältnis zu Aristoteles, Hegel u. s. w. polemisch gegen diese darstellen. Das ist's gerade, was nötig ist, eine solche wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der hergebrachten Doctrin. Wir haben keine Brücken zu der heutigen Schultheorie hinüber. Die Gegenwart wird den Rohmer'schen Gedankengang nicht begreifen, da sie an die experimentelle und analytische Methode der Naturwissenschaft gewohnt ist und dann in Kant'schen Categorien oder in Hegel'scher Dialektik denkt. Erst die spätere Zeit wird den unermesslichen Fortschritt verstehen. Ich gab Widenmann die Biographie mit, so weit sie vorgearbeitet ist[2]); ohne sie kann Keiner arbeiten.

---

[1]) Ernst Rohmer mit seiner Frau aus Nördlingen und Heinrich Schulthess aus München waren, um mit Bluntschli wieder einmal näher zu verkehren, gleichfalls zu längerem Aufenthalt in Oberstdorf eingetroffen; Dr. Gustav Widenmann kam wenigstens auf einige Tage von Ulm herüber.

[2]) Vergl. S. 286. Anm. — Gemeint ist die von Bluntschli in Gestalt einer Biographie entworfene Darstellung des wissenschaftlichen Entwicklungsgangs Friedrich Rohmer's.

13.—14. September. Verhandlungen in Heidelberg der Commission über die Ritualfrage unter Leitung des Grossmeisters Feustel. Das Bedürfnis, die Logen des Südens zusammenzufassen und als geordneter Körper zu wirken, wurde schliesslich allgemein empfunden und eine neue Commission zur Revision niedergesetzt.[1])

Mein Entwurf hatte drei Gegner:

a) Anhänger des Alten, welche möglichst wenig Änderung wollten, b) Anhänger des Neuen, denen ich viel zu wenig einschneidend reformiert hatte, c) principielle Radikale, denen die religiöse Seite und insbesondere die Unsterblichkeit in meinem Ritual zu entschieden betont war.

In der Commission wurde die Gottesidee sehr entschieden betont und allseitig zugestanden. Über die Unsterblichkeit muss noch weiter verhandelt werden; die Entscheidung dieser Frage ist in privaten Besprechungen vorzubereiten.

15. September. Grossloge in Heidelberg. Ich wurde für die nächsten 3 Jahre zum Grossmeister (nemlich der Grossloge Bayreuth) gewählt, nachdem Feustel abdankte. Er hat aber meine Vertretung angenommen. — Mein Grossmeisteramt werde ich zuerst in der Gründung der Strassburger Loge feierlich ausüben, das ist eine Gunst des Geschicks; auch werde ich den ersten Grosslogentag zu Pfingsten in Bayreuth leiten müssen.

---

[1]) Es handelte sich um die Ausarbeitung 1) der Bundesverfassung, 2) der Rituale für den Logenbund, der unter der Grossen Loge „zur Sonne“ in Bayreuth steht (s. oben S. 238). Bluntschli's Entwürfe zu beiden wurden in der Folge mit geringfügigen Modificationen angenommen.

20.—24. September in Köln bei dem Congress der Altkatholiken, zu welchem ich als Präsident des Deutschen Protestanten-Vereins neben hochgestellten Vertretern der anglikanischen, russischen, griechischen und orientalischen Kirche von dem Centralcomité eingeladen worden war.[1]) Ich verhandelte mit Wülffing, Schulte, Friedrich, Huber, Reinkens, Knoodt; auch Pfarrer Renftle von Mehring habe ich gesprochen.

Meine kurze Rede über die Wege der Verständigung zwischen den christlichen Confessionen macht gegenwärtig die Runde durch die Zeitungen, und ich erhalte von verschiedenen Seiten freudige Zustimmung über den Grundgedanken. Ich habe denselben auch der „Gegenwart" geschrieben, in der ich über den Congress berichtet habe.[2])

In seiner Rede entwickelte Bluntschli im wesentlichen dieselben Gedanken, welche ihn in der Münchener Unterredung mit Döllinger (s. ob. S. 298 ff.) bewegt hatten. Was er unter dem Gedanken einer kirchlichen Conföderation eigentlich verstehe, das spricht er in seinem Bericht in der „Gegenwart" so klar und unmissverständlich als nur möglich in folgenden Worten aus:

„Die Altkatholiken stehen in Lehre und Cultus der anglikanischen und der russischen Kirche näher, als uns Protestanten; aber das nationale und geistige Bedürfnis, sich mit den deutschen Protestanten zu verständigen, ist dennoch grösser. Ich halte nun zur Zeit eine Einigung über das Dogma für unmöglich. Dieselbe ist nicht ein-

---

[1]) Über die Verhandlungen vergl. Schulthess, Europäischer Geschichtskalender. 13. Jahrgang, 1872, S. 186 ff.

[2]) cf. Paul Lindau's Wochenschrift: die Gegenwart, Jahrgang 1872, Nr. 38.

mal unter den Protestanten selber möglich, um so weniger mit den Katholiken. Weder die Berufung auf alte kirchliche Glaubensformeln noch der Versuch zu einer neuen Formulierung wird gegenwärtig die Einigung begründen. Die Verschiedenheit der Ansichten, der Bildung, der Gewohnheit und der Autorität ist ein unüberwindliches Hindernis. Die dogmatische Einigung ist aber auch nicht nötig. Die Einheit und Herrlichkeit des Sonnenlichts wird nicht dadurch aufgehoben, dass dasselbe, wenn es die irdischen Körper berührt, durch die Strahlenbrechung in mancherlei Farben sich auflöst. Ebenso nimmt die göttliche und absolute Wahrheit, wenn sie in den Menschengeist eintritt, je nach der Art und Fähigkeit der Menschen, je nach ihrer Bildung und Auffassung verschiedene Formen und Farben an. Jede von Menschen formulierte Wahrheit ist daher relativ. Das war schon so zur Zeit der ersten Jünger und Apostel, von denen jeder ein anderes Bild des Meisters in seine Seele aufnahm.

„Auch eine Einigung über die Kirchenverfassung und den Cultus ist gegenwärtig nicht möglich. Die geschichtlichen Gegensätze sind zu fest begründet, die verschiedenen Sitten zu mächtig und die Vorurteile zu zähe, um sich einer gemeinsamen Form zu fügen. Aber über zwei Dinge können wir in Deutschland, Protestanten und Katholiken, uns wohl verständigen. Wir verwerfen gemeinsam den Absolutismus Roms über die Geister. Wir sehen darin eine verderbliche herrschsüchtige Politik, aber keine Religion. Wir bekämpfen ebenso gemeinsam den Jesuitismus, der die Geister tötet und die Charaktere entmannt und verdirbt. Neben dieser negativen Gemeinschaft können wir uns auch über die positive Forderung verständi-

gen, dass die Rechte der Gemeinden aus dem tiefen Verfall wieder aufgerichtet, und den Laien eine würdigere Stellung verschafft werde in allen Kirchen, die noch ein Gefühl haben für Menschenwürde und für natürliches Christenrecht.

„Soll man deshalb verzweifeln an der künftigen Wiedervereinigung? oder an der gegenwärtigen Verständigung? Durchaus nicht. Es gibt einen Boden, auf welchem wir uns leicht verständigen werden. Derselbe liegt nicht auf Seiten der Dogmen, nicht auf Seiten des Cultus und der Verfassung, er liegt auf Seiten der Moral und des Lebens. Diese ethische Seite im Christentum ist doch schliesslich die Hauptsache. Es kommt vorerst auf das Leben an. In dieser Hinsicht aber besteht bereits in Deutschland unter den gebildeten Classen und sogar in weiteren Volkskreisen eine viel grössere Harmonie der Grundansichten, als sich viele Theologen vorstellen. Wir sind im Wesentlichen hier unter uns einig. Von da aus lassen sich die Wege der Verständigung finden.

„Eine Erfahrung solcher Art haben wir Protestanten schon gemacht. Während Jahrhunderten bekämpften sich innerhalb des deutschen Protestantismus die lutherische und die reformierte Kirche bis auf den Tod. Wechselseitig verdammten sie sich. Heute steht es so: abgesehen von einigen beschränkten Pastoren betrachten sich Lutheraner und Reformierte, nicht bloss der gebildeten Classen, auch unter den Bauern, als Glieder der gemeinsamen protestantischen Kirche und sind im Wesentlichen Eines Sinnes. Selbst da, wo die Union nicht formell vollzogen ist, werden in den lutherischen Gemeinden Reformierte und in reformierten Gemeinden Lutheraner zum Abendmahl zugelassen, obwohl

das Dogma der beiden Kirchen gerade in der Auffassung des Abendmahls sehr verschieden ist. Das brüderliche Volksgefühl setzt sich über die dogmatische Schranke hinweg und überlässt es jedem Individuum, sich selber mit der kirchlichen Sitte und seinem Gewissen zurechtzufinden. Ich meine, das ist in gewissem Grade ein Vorbild auch für die angestrebte Verständigung der Katholiken mit den Protestanten.

„Wenn wir nur erst darauf verzichten, eine unmögliche formelle Einigung anzustreben, und dahin gelangen, das bisherige eitele und enge Kirchenprincip durch ein veredeltes und human-christliches Princip zu ersetzen, so haben wir, wenn nicht Alles, doch sehr Vieles gewonnen. Das bisherige Kirchenprincip lautet: Wir allein sind im Besitze aller Wahrheit; alle Anderen sind dem Irrtum verfallen und daher der Verdammnis. Diese Ausschliesslichkeit jeder Kirche und diese Verdammungssucht gegen alle anderen, — das war der charakteristische Zug in allen kirchlichen Kämpfen der letzten Jahrhunderte. Mit diesem bösen Princip muss gründlich gebrochen werden, wenn es besser werden soll. In Zukunft soll jede Kirche sagen: ich glaube im Besitz göttlicher Wahrheit zu sein, aber ich maasse mir nicht an zu meinen, dass ich allein von der göttlichen Wahrheit erleuchtet sei. Im Gegenteil, ich erkenne es an, dass die göttliche Wahrheit in dem menschlichen Geiste menschliche Gestalt annimmt und dass jede menschliche Formulierung der Wahrheit relativ ist.

„Deshalb sage ich: jede Kirche soll die andere, wenn sie aufrichtig ist, gelten lassen und achten, und sich nicht anmaassen, eine andere Kirche zu unterdrücken oder

zu beherrschen, auch nicht sich anmaassen, die andere zu verdammen.

„Auf diesem Boden ist zwar nicht eine volle Einigung, aber eine friedliche und freundliche Verständigung möglich. Es mag dann jede Kirche in ihrer eigentümlichen Weise sich fortbilden, sie mögen sich einander annähern und eine weitere Einigung vorbereiten. Inzwischen aber mögen die verschiedenen Kirchen unter einander Gastfreundschaft üben, wie die Altkatholiken heute schon Gastfreundschaft üben gegen Anglicaner, Russen, Armenier und deutsche Protestanten."

Anfangs October. Fahrt nach Osnabrück zum Protestantentag.[1]) Ich fürchte, dass sie mich nicht von dem Vorsitz entlassen werden. Die Fortführung der Geschäfte hier ist aber durch die Haltung Schenkel's sehr unangenehm geworden. Ohne persönliches Vertrauen ist ein intimes Zusammenwirken unmöglich, ein vorsichtig formelles aber ungenügend.

In Osnabrück: Mein Wunsch vom Präsidium abzutreten, wird nicht erfüllt, da Holtzendorff die Leitung nicht übernehmen will. Die Dinge selbst aber gingen gut. Gleichzeitig (1.—3. Oct.) tagte der s. g. evangelische Kirchentag in Halle, und fand in Worms die Feier des 50jährigen Bestands der Union (zwischen Lutheranern und Reformierten) statt. Offenbar macht der Kirchentag eine

[1]) Über die Verhandlungen vergl. Schulthess, Europ. Geschichtskalender, 13. Jahrg., 1872, S. 200 ff.

Wendung, der confessionelle Parteihader und die kleinliche Rechthaberei der Theologen und Pastoren tritt zurück, und es bereitet sich eine Annäherung vor.

In seinem Bericht über den 6. deutschen Protestantentag an die „Gegenwart“ (Nr 40) äussert sich Bluntschli u. a. wie folgt:

„Die Aufgabe (nämlich des deutschen Protestantismus Rom gegenüber) lässt sich nur lösen, wenn der Geist der Freiheit, welcher keine Unterdrückung eines redlichen Wahrheitsstrebens duldet, und der Geist der Liebe, welcher die eitle oder fanatische Verdammungssucht gegen Andersgläubige unmöglich macht, auch in der Kirche zu voller Wirkung gelangt.

„Aber wird dadurch nicht jede Ordnung in der Kirche aufgehoben? Wird nicht jeder Gegensatz unter den Kirchen verwischt? Wird nicht zuletzt Christentum und Heidentum, Christentum, Judentum und Islam, Theismus und Pantheismus verbunden?

„Auch diese Fragen fasste der deutsche Protestantenverein in's Auge und versuchte es, eine für ängstliche Gemüter beruhigende Antwort zu geben. Unter Berufung auf seine Beschlüsse von Eisenach, Berlin und Darmstadt hat er denn in Osnabrück folgende positive Erklärung über den unentbehrlichen Gehalt und die Schranke der kirchlichen Bekenntnisfreiheit ausgesprochen:

„1) Der alleinige Grund der evangelischen Kirche ist Christi Person, seine Lehre und sein Werk. Das einzige Merkmal des Christen ist die Aufnahme des Evangeliums von Christo in freier Überzeugung und ihre Bethätigung durch die Liebe.

2) Die notwendigen, aber auch allein zulässigen Schranken der evangelischen Freiheit ergeben sich aus

der gewissenhaften Anwendung dieser christlich-evangelischen Grundsätze.“

„Die wissenschaftliche Freiheit kann sich allerdings auch diese Schranken nicht gefallen lassen. Aber die christliche Kirche darf sich nicht ablösen von der Person ihres Stifters und Hauptes, wenngleich sie eine dogmatische Formulierung dieser Person, die doch nur Einzelnen, nicht Allen zusagen kann, nicht länger zur Bedingung der Zugehörigkeit machen darf.[1])

„Es giebt kein beredteres Zeugnis für die einzige Grösse der Person Jesu, als dass diese Person nach bald 2000 Jahren noch die verschiedensten Geister in den verschiedensten Kirchen, von den strengsten und engsten Orthodoxen an bis zu den freiesten und weitherzigsten Liberalen und sogar Radikalen an sich zu ziehen und zu begeistern vermag. Diese Erfahrung, die wir immer wieder in neuen Gestalten machen, sollte doch endlich auch die christlichen Kirchen bestimmen, nicht feindlich und gehässig zu trennen und zu verdammen, was doch geschichtlich und in Wahrheit durch Christus verbunden ist.“

---

7. October. Ich erhalte die unerwartete und schmerzliche Nachricht von dem (am 2. October zu Newyork erfolgten) Tod meines Freundes Lieber. — Nun denke ich nicht mehr daran, im Jahr 1876 nach Amerika zu gehen.

Einer der letzten Gedanken von Dr. Franz Lieber, Professor der Statswissenschaft am Columbia College in Newyork, war die

[1]) Es hatte daher der Protestantentag schon zu Darmstadt erklärt: „die angestrebte deutsche Volkskirche umfasst alle die, welche Jesus Christus als das wahre geistige Haupt der Kirche und als das höchste Vorbild des religiösen und sittlichen Lebens verehren.“

Gründung eines internationalen wissenschaftlichen Congresses für Völkerrecht gewesen. Dieser Gedanke ward von dem Genfer Gustave Moynier[1]) auf's lebhafteste unterstützt; seine Verwirklichung aber wurde noch im Todesjahre Lieber's von Rolin-Jaequemyns in die Hand genommen, dem Chef-Redacteur der Genter Revue de droit international, welche, auf dem neutralen Boden Belgiens erscheinend, seit ihrer Entstehung den natürlichen Vereinigungspunkt für die internationalen Bestrebungen auf dem Gebiet des Völkerrechts abgegeben hatte. Hierüber berichtet Rolin-Jaequemyns an Bluntschli in einem Brief vom 17. November 1872, wie folgt:

„Monsieur Moynier vous entretiendra sans doute d'une idée fort caressée par notre regretté et vénérable ami, M. Lieber: celle d'un congrès ou plutôt d'une conférence de juristes internationaux, ayant pour but de revêtir d'une autorité scientifique collective et de recommander ainsi à l'opinion publique et à l'attention des gouvernements, l'expression de certaines propositions de droit international, qui répondent spécialement aux besoins actuels. Je me propose, à la suite des conversations que j'ai eues avec M. Moynier, de formuler dans ce sens un projet d'appel, qui sera soumis à votre avis avant de recevoir aucune publicité ultérieure."

Den Tag zuvor (16. Novbr.) hatte Bluntschli dem Fürsten Bismarck die soeben erschienene 2. Auflage seines „Völkerrechtsbuchs"[2]) zugesandt. In dem Begleitbrief an den Fürsten Reichskanzler schrieb er:

Ich kann mir wohl vorstellen, dass in der Praxis des Kriegs und der grossen politischen Action sich manche Forderungen der Wissenschaft des Völkerrechts allzu ideal und kaum ausführbar darstellen und gelegentlich auch als unbequem und hemmend erweisen mögen. Aber trotzdem kann ich von dem Glauben nicht lassen, dass die Bestim-

[1]) Moynier war einer der hauptsächlichsten Mitbegründer der Genfer Convention des roten Kreuzes von 1864 und damals Président du comité international de secours aux militaires blessés à Genève.

[2]) Das moderne Völkerrecht der civilisierten Staten als Rechtsbuch dargestellt. 2. Auflage. Nördlingen, Beck, 1872.

mung und der Fortschritt der Menschheit durch die Ausbildung und Anerkennung des Völkerrechts bedingt ist.

Zugleich erlaube ich mir Euer Durchlaucht ein paar Vorträge ehrerbietigst zu überreichen, in denen ich im vorigen Winter das Verhältnis des deutschen Geistes zum römischen [1]) und die deutschen Erfahrungen über die Jesuiten [2]) zu beleuchten versucht habe.

Das Jahr 1872 schloss Bluntschli mit nachfolgender Aufzeichnung, resp. Rückblick ab:

Weihnachten. Ich schreibe an meiner Biographie. Mich freut es, dass ich die Briefe von jeher gesammelt und in den meisten Jahren Notizen aufgeschrieben habe, die nun die Erinnerung auffrischen.

Aber herausgeben kann ich das Buch nicht, bevor ich mich gänzlich zur Ruhe gesetzt habe. Wann wird das geschehen? Der späteste Termin ist mein Doctorjubiläum August 1879. Wahrscheinlich früher. Hätte ich so viel Vermögen, um es ruhig thun zu können, würde ich's heute schon thun. Alte Männer passen nicht mehr, um Studenten zu docieren. Zu Hause wollte ich lieber die wenigen Werke fördern, die ich noch zu schreiben vorhabe, und meiner Freiheit geniessen. Die widrigen Erfahrungen an meinen hiesigen Collegen haben freilich auch ihr Teil an dem Wunsche mich zurückzuziehen.

Ob ich noch einmal mich wählen lassen werde? Noch weiss ich's nicht. Der geistige Kampf zieht mich an.

[1]) Vergl. die Schrift: „Rom und die Deutschen“ in den Deutschen Zeit- und Streitfragen von Fr. v. Holtzendorff u. W. Oncken. 1872, Heft 7 u. 8. (80 S.).

[2]) Vergl. oben S. 292 Anm. 1.

Die öffentlichen Vorträge habe ich abgeschlossen mit der Rede gegen Rom und die Jesuiten. Das soll das schickliche Ende sein.

16.
Aus dem Jahre 1873.

Pläne für die Zukunft. Übertragung seiner Schriften in fremde Sprachen. Der Sturz von Thiers. Maurerisches. Beratung über die Herausgabe der Biographie Friedrich Rohmer's und der Selbstbiographie. Herrmann's Kirchenverfassungsentwurf und der Fall Sydow. Protestantentag in Leipzig. Erkrankung. Badische politische Zustände. Wahl in die Zweite Kammer. Ablehnung einer Wahl in den Reichstag. Festfahrt auf der neuen Schwarzwaldbahn. Antrag auf Verfassungsrevision. Völkerrechtliche Wirksamkeit. Rolin Jaequemyns in Paris. Vertrauliches Rundschreiben, betr. die Gründung eines internationalen Instituts für Völkerrecht. Bluntschli's Schreiben an den Grossherzog in derselben Sache. Der Artikel in der Gegenwart. Feststellung des Statuts. Die Gründung des Instituts zu Gent am 10. September. Die internationale Conferenz für Reform und Codification des Völkerrechts in Brüssel am 10. October. Verhältnis beider Institute. Kleinere Aufsätze.

Januar. Viel erwäge ich, wie ich meine letzten Jahre am besten verwende. Am Ende behält der Entschluss die Oberhand, in der Professur bis 1879 auszuharren. Dabei möchte ich aber einen Winter mit meiner Familie in Italien (Rom etc.) verleben. Es bleiben also noch 12 Semester. — Die Werke, die ich noch zu schreiben vorhabe, sind:

1) Meine Biographie, nebst
2) einer Auswahl der interessantesten Briefe.
3) Herausgabe der Rohmer'schen Wissenschaft, und

3a) Vollendung der Biographie von Friedrich Rohmer.
4) Politik.
5) Sammlung der Kleinen Schriften über Recht und Rechtsreform.
6) Statslehre für den deutschen Bürger, kurz, aber klassisch.

---

5. Januar. Eröffnung der Loge in Strassburg; ich sprach persönlich.

März. Ein Engländer, Francis R. Japp, M. A., hat meine Schrift über die „Altasiatischen Gottes- und Weltideen" vortrefflich in's Englische übersetzt. Wenn das Büchlein in London erscheint, so wird es auch in Indien und China Leser finden und zum Verständnis der Ideen beitragen.

Schriften von mir sind bereits in acht lebenden Sprachen erschienen oder in der Arbeit, nämlich in Deutsch, Französisch, Englisch, Russisch, Holländisch, Italienisch, Griechisch, Ungarisch.

---

24. Mai. Sturz von Thiers. Erhebung von Mac Mahon zum Präsidenten. Es war für die Conservativen und Royalisten höchste Zeit zu der Wendung, und es ist günstig für sie, dass sich dieselbe in legalen Formen vollzog. — Thiers hätte wider Willen Gambetta zum Sieg verholfen.

Ob Mac Mahon ein Monk sein wird, bleibt abzuwarten. Immer noch halte ich die Chance eines Napoleon für die günstigste, wenngleich sie heute noch unreif ist. Henri V. ist und bleibt Don Quixotte, und die Orléans sind zu kleinlich und zu geizig, um die Nation anzuziehen.

Zu Pfingsten, am 1. Juni, präsidierte ich den ersten Grosslogentag in Bayreuth. Es ging gut. Die Reformpläne in der Maurerei standen zur Verhandlung. Meine Antwort auf die Anregung von Ficke hat allgemein den Eindruck des Richtigen und Möglichen gemacht. Ich wohnte bei Feustel und sprach auch Richard Wagner, sah seinen Theaterbau — Idee der Olympischen Spiele in die deutsche Oper übersetzt: ideale Mustervorstellungen. Anerkennenswert ist das künstlerische Ideal.

13. Juli. In Zürich an dem Jubiläum der Zürcher Loge (100 J.) und von Bruder Gysi (50 J.). Ich hielt die Hauptrede über die neue Wendung innerhalb der Maurerei zu einer Teilnahme an den grossen Kämpfen der Gegenwart. Die Wirkung war bedeutend; den Jungen ist freie Bahn verschafft und die Richtung bezeichnet, und die Alten sind beruhigt.

---

7. August. Besuch des Amerikaners H. Seymour aus Syracus, Stat New-York, eines Freimaurers und Hauptes der Old Fellows. Verhandlung über letztere, die in den Vereinigten Staten 500,000 Mitglieder zählen und anfangen, sich in Deutschland auszubreiten; bereits bestehen einige Logen in Berlin, Dresden, Stuttgart u. s. w. — Offenbar liegt hier ein fruchtbares Feld zur Wirksamkeit unter den Arbeitern, im Gegensatz zu den Katholischen Gesellenvereinen und den internationalen Rotten. Die deutsche Maurerei muss die Sache fördern.

13. August. Mein Kreisschreiben an die deutschen Logen betreffend die äussere Wirksamkeit der Maurerei.

---

geneigt, das Werk zu fördern; sie wollten keine General-Synode, nur Landes-Synoden und Provincialkirchen. Herrmann verbat sich aber das Einschreiten des Gesamtministeriums. Schwierig ist es, die eingerissene Anarchie und den Eifer selbstherrlicher Pastoren zu bewältigen. Endlich kommt doch eine Wendung zum Durchbruch.

Der Hof wollte durchaus Sydow abgesetzt wissen. Hoffmann kämpfte bis zum äussersten für die Absetzung und stellte dieselbe geradezu als Pflicht gegen Christus und die Unangreifbarkeit der christlichen Religion hin. Es war nicht leicht, eine Majorität dagegen zu schaffen. Dorner half als theologische Autorität und als Freund von Herrmann, während Twesten für Absetzung sprach. Der Kaiser vollzog widerwillig, aber pflichtgetreu den (die Absetzung ablehnenden) Beschluss (des Oberkirchenrats); er handelte wieder als Ehrenmann. Herrmann hat sich doch ausgezeichnet gehalten in der schweren Zeit.

Begierig bin ich, was meine Protestanten-Vereinsgenossen nun ohne mich in Leipzig machen. Ich habe Herrmann gesagt, dass ich den radikalen Versuch, den landesherrlichen Summepiscopat anzugreifen, nicht billige und wenn trotz meiner Warnungen der Protestanten-Verein in diesem Sinn Beschluss fasse, mich gänzlich zurückziehen werde.

Er billigte das sehr und meinte, dann wäre der Protestanten-Verein verloren. In Berlin wirke der Name desselben wie ein rotes Tuch auf den Bullen; die Leute kommen ausser sich. Er habe grosse Mühe gehabt, als er erklärte, dass er die Farbe des Protestanten-Vereins ebenso wenig für entscheidend betrachte, als die Farbe der Lutherischen Pastoren-Vereine, sondern sich erst den Mann be-

sehe, — für eine solche Unbefangenheit ein Verständnis zu finden.

15.—29. August in der Schweiz, erst in Thun, dann in Zürich. Meine Frau war mit; aber ich war in meinem Gesundheitszustand sehr herunter, so dass ich gar nichts unternehmen konnte.

Eine Halsentzündung hatte mich gehindert, den Protestantentag in Leipzig zu besuchen.[1] Dann wollte ich mich in der Schweiz erholen. Aber die erste Anstrengung (Nachtfahrt und in Thun Zusammentreffen mit Kern) war zu gross. Meine Kräfte waren ganz erschöpft, und ich fürchtete in der Schwäche einen Nervenschlag.

Das Bedürfnis einer gründlichen Erholung ist klar. Verschiedene Projekte. Endlich noch Besuch eines Seebads (Scheveningen) nach der wohl aufregenden Versammlung des internationalen Instituts für Völkerrecht in Gent, woran ich innerlich den lebhaftesten Anteil nehme.

Über die Verhandlungen des Protestantentags in Leipzig schreibt Schellenberg von Eisenach aus am 17. August an Bluntschli: „Es drängt mich, Ihnen das grosse Bedauern auszudrücken, dass Sie erkrankten. Der Verlauf der Tage war zwar, gottlob, recht glücklich. Aber doch fehlte den Tagen der edle und grosse Stempel, den Sie mit Ihren Worten dem Ganzen stets verleihen. Und das that uns gerade in Leipzig, in der Aula (!) not."

Am 22. Juli war Eckhard bei mir in Heidelberg. Wir hatten ein langes Gespräch über die politischen

[1]) Er fand daselbst vom 12.—14. August statt. Über die beiden Resolutionen betr. 1) die obligatorische Civilehe und 2) die protestantische Kirchenverfassung vergl. Schulthess, Europ. Geschichtskalender, 14. Jahrgang, S. 173 ff.

Zustände. Er will nicht mehr in die Kammer, trotzdem seine Führung nötig wäre; er hat kein Vertrauen in die nächste Zeit. Jolly ist ein Absolutist; die Beamtung ist über ihn erbost; seine eigenen Ministerialräte sind alle von ihm verletzt; im Volk hat er keine Stütze. Er handelt verschlossen, willkürlich, und ahmt nicht die guten, sondern die unangenehmen Seiten des preussischen Regiments nach. Als Eckhardt Jolly wegen meiner Nichternennung in die Erste Kammer ernstlich zu Leibe ging, meinte er, die Universität werde mich wählen, und er könne dafür sorgen. Aber noch habe ich keine Lust anzunehmen, die Erste Kammer ist ruiniert. Zum zweiten Male kann ich sie nicht verjüngen. Dazu kommt die Domänenfrage und die ganze Verwirrung, in die wir durch die Politik der letzten Jahre mit Jolly hineingeraten sind. Einzig wenn die Universitätswahl den Frieden herstellen wollte, könnte ich mich nicht entziehen.

3. August. Teilnahme an der Versammlung der liberal-nationalen Kammermitglieder und Parteiführer. Es waren unter Eckhard's Vorsitz etwa 115 Mann anwesend. — Ich berührte den wunden Punkt, nämlich die Gefahr, dass alle Führer zurücktreten und die Partei kopflos werde. Der Eindruck war bedeutend, aber Eckhard will doch nicht mehr, und auch Lamey hat ein Mandat (für Baden) ausgeschlagen. Ich wurde wieder in den leitenden Centralausschuss gewählt. Vergeblich suchte ich mich zu entziehen.

Oktober. Inzwischen kam die Frage an mich, in die badische Zweite Kammer zu gehen. Unerwartet erhielt ich (am 5. Oktober) aus dem katholischen Schwarzwald die Einladung, das Abgeordnetenmandat für den 14. badischen

Ämterwahlbezirk Villingen anzunehmen. Ich besann mich lange. Endlich sagte ich zu, bewogen durch den Umstand, dass die Führer der liberal-nationalen Partei grossenteils weg sind und die Partei ohne Kopf ist. Bei der Wahl am 23. Oktober siegte ich glänzend mit 116 gegen 17 Stimmen. Es ist das eine Satisfaction für mich, die das Land giebt, gegenüber dem Verfahren der Regierung, die mich nicht in der Ersten Kammer festhielt. Noch bleibt eine politische Hauptaufgabe: das Verhältnis des Landes zum Reich zu bestimmen und in diesem Sinn eine Verfassungsrevision zu beantragen. Die Volksvertretung muss wieder zur Macht werden gegenüber der Regierung.

---

30. November. In Karlsruhe. — Meine Stellung in der Zweiten Kammer (— die Kammern waren am 20. November zusammengetreten —) macht sich ganz gut. Die Herren aus der Ersten Kammer bedauerten es sehr, dass ich nicht mehr bei ihnen sei; seither sei kein Leben mehr. Aber sie fanden es ganz recht, dass ich in die Zweite Kammer gegangen sei, weil nur da was zu machen sei. Die Erste Kammer ist offenbar von der Regierung vernachlässigt und auf dem Aussterbe-Etat. Von der Bedeutung der Zweiten Kammer hängt die Existenz des Stats Baden grossenteils ab. Wäre auch sie nicht mehr eine Potenz, dann würde die Meinung bald überwiegen, dass es besser sei, direkt als indirekt von Preussen regiert zu werden.

Anfangs war es im Plan, mich zum Präsidenten zu wählen. Ich war aber entschieden dagegen; das hiesse mich neutralisieren. Jetzt habe ich als erster Vizepräsident — Präsident ist Kirsner, zweiter Vizepräsident Kiefer —

eine ehrenhafte Stellung und zugleich volle Freiheit der Aktion.

Jolly war offenbar unzufrieden mit meiner Wahl; er hat sich aber in die Notwendigkeit gefunden, mit mir als Führer rechnen zu müssen, und mir selbst bemerkt, die Zweite Kammer bedeute jetzt mehr als im vorigen Landtag.

In der Adressdebatte am 28. November — die Adresse war von mir entworfen und der Adresseentwurf von der Commission gutgeheissen worden — brachte ich die jährigen Landtage und das Jahresbudget zur Sprache. Früher hatte die Regierung Opposition gemacht. Nun erklärte Jolly seine Bereitwilligkeit.

3. Dezember. Gestern Abend erklärte ich in der Parteiversammlung meine Ablehnung einer Wahl in den Reichstag und die Gründe derselben. Ich kann dem dringenden Verlangen, das an mich gestellt wird, eine Wahl anzunehmen, nicht entsprechen; denn die Folge wäre, dass ich im Wintersemester überhaupt nicht mehr lesen würde, sondern nur noch im Sommersemester. Mein Entschluss war zwar der Partei nicht erwünscht, aber er wurde doch begriffen. Es soll noch ein Versuch der Partei gemacht werden, Lamey zur Annahme zu bestimmen; Kiefer und ich werden morgen zu dem Zweck nach Mannheim gehen.[1])

18. Dezember. Am vorigen Montag (15. Dezember) machte ich die Festfahrt auf der neuen Eisenbahn auf den Schwarzwald mit. Das Wetter war günstig und die Temperatur gemässigt. Die Bahn ist in der That grossartig. Sie windet sich in merkwürdigen Schlangenlinien durch die engen und rauhen Bergthäler und gräbt

[1]) Aus einem Brief an seine Frau.

sich in einer Menge von Tunneln durch die widerstrebenden Höhen und Berge durch. Die Bevölkerung nahm einen lebhaften Anteil, namentlich in Hornberg und Tryberg. Als wir Abends durch Hornberg fuhren, war das ganze Städtchen und in der Höhe das Schloss beleuchtet; es war ein reizender Anblick. Das Festmahl fand in Tryberg statt. Die Toaste waren reichlich. Mir war die Aufgabe gestellt worden, auf das badische Volk und die Schwarzwälder insbesondere ein Hoch auszubringen. Ich sagte, das badische Volk sei ein gemütliches Volk, welches starke Gegensätze vertrage und verbinde, und daran wohl thue. Die Vertreter der ultramontanen Partei sassen an einem andern Tisch, aber in meiner Nähe, und schauten erst misstrauisch auf mich. Dann aber fasste Buss, als ich diesen gemütlichen Zug hervorhob, meine Hand, um sein Einverständnis zu bezeugen. Natürlich hatte das eine allgemeine und lautere Heiterkeit zur Folge.[1])

Am 22. Dezember, unmittelbar vor ihrer Vertagung bis zum 12. Januar 1874, verhandelte die II. Kammer den Antrag Bluntschli's auf Verfassungsrevision. Derselbe ward in Gestalt einer Resolution unter Zustimmung der Regierung mit allen gegen die Stimmen der ultramontanen Minderheit angenommen. Es waren darin vornehmlich in's Auge gefasst: einjährige Budget- und Landtagsperioden, Abänderung des Systems der Wahlmännerwahlen im Sinn der direkten Reichstagswahlen, endlich die Organisation des Landtags und vorzüglich die Frage, ob auch jetzt noch das Zweikammersystem beizubehalten oder eher durch eine Versammlung zu ersetzen sei, in welcher die berechtigten Interessen Beachtung finden[2]), deren Wahrung bisher vorzugsweise der I. Kammer vorbehalten war.

---

[1]) Aus einem Brief an seine Frau.

[2]) Vergl. Schulthess, Europ. Geschichtskalender, 14. Jahrg., S. 237 f.

Wir kommen nunmehr auf Bluntschli's Thätigkeit auf dem Gebiet des Völkerrechts.

Am 5. Februar 1873 erhielt er ein Schreiben von Rolin-Jacquemyns nachfolgenden Inhalts:

Très-honoré Monsieur!

Si j'ai longtemps gardé le silence sur la communication que vous avez bien voulu me faire par votre honorée lettre du 22. Novembre, ce n'est pas, veuillez le croire, que je sois demeuré indifférent à l'idée que vous y émettez et à celle, dont je vous avais précédemment entretenu. C'est que j'ai voulu, avant de formuler un projet relatif à la mise en oeuvre de ces idées, écarter certaines objections pratiques qui auraient pu en entraver d'avance la réalisation. La principale de ces objections consiste dans l'état de tension qui existe en ce moment dans les rapports scientifiques entre la France et l'Allemagne, et même, en dehors de l'Allemagne, entre certains savants français et ceux des étrangers et neutres qui n'ont pas absolument épousé la cause de leur pays pendant la dernière guerre. J'ai donc avant tout voulu me rendre à Paris pour y constater par moi-même l'état des esprits. Vous serez sans doute en effet d'accord avec moi qu'il serait, si non indispensable, du moins fort à souhaiter que, dans une réunion internationale de jurisconsultes, et à plus forte raison dans une académie permanente la France fût, dès le principe, représentée par quelques hommes éminents.

J'ai eu le regret de constater tout d'abord que, dans ce malheureux pays, le gros de l'opinion est encore fort malade. Cela ne m' a pas trop surpris. Mais ce qui m' a surpris davantage, ç'a été de voir un homme comme Laboulaye porter au plus haut degré d'exaltation les sentiments populaires de haine nationale et de divorce scientifique avec l'Allemagne. Nous étions tombés d'accord, Moynier et moi, qu'il eût été désirable de l'associer à l'exécution de notre idée. Je l'ai vu entrer dans de véritables transports à la seule pensée qu'il pourrait avoir à s'asseoir à côté de savants allemands et à leur serrer la main. Heureusement tous les membres de l'Institut ne sont pas dans les mêmes dispositions, et à côté de MM. Franck, Caro et autres, qui éprouvent également le besoin de dire des injures aux Allemands, il y a beaucoup d'esprits plus raisonnables à qui il ne manque qu'un peu de

hardiesse et de dédain des journaux pour se prononcer hautement en sens contraire. M. Ch. Vergé, que j'ai vu, est de ce nombre, et, d'après ce que l'on m' a dit, M. Cauchy, que je n'ai pas réussi à voir, est dans les mêmes dispositions. J'ai également remarqué, que M. Pradier-Fordiré serait disposé à nous appuyer. Seulement il m' a paru que ces noms n'étaient pas assez imposants, et c'est dans cette pensée que je me suis adressé à deux autres membres de l'Institut, qui sont en outre d'anciens hommes d'état, et qui, malgré leur couleur politique, jouissent encore d'une grande autorité: les anciens ministres Drouyn de Lhuis et de Parieu. Tous deux m'ont accueulli avec la plus grande bienveillance, et se montrés prêts à donner la main à notre projet. Si donc ils persistent dans leurs dispositions et que MM. Vergé et Cauchy se montrent, comme tout le fait croire, disposés à les suivre, nous aurions là, à défaut de M. Laboulaye, quatre noms français fort respectables, appartenant à des hommes qui ont rendu des services au droit international.

Zu Anfang März sodann liess Rolin-Jaequemyns zugleich im Namen von Bluntschli, Holtzendorff, Carlos Calvo, Mancini und Moynier seine Note confidentielle sur un projet de Congrès ou de conférence juridique internationale en vue: 1º de formuler quelques principes fondamentaux du droit international, 2º de constituer un corps permanent ou académie pour l'étude et les progrès du droit international ausgehen. Dieses identische Rundschreiben wurde gerichtet à un nombre restreint de personnes qui se sont fait connaître soit par leurs écrits sur le droit international, soit par des services éclatants rendus à cette science comme négociateurs de traités célèbres, ou comme membres du tribunal arbitral de Génève.

Es wird in dem umfangreichen Schriftstück der Plan der Errichtung eines internationalen wissenschaftlichen Instituts für Völkerrecht ausführlich erörtert, und es werden sodann die betr. Herren um ihr Gutachten über den ihnen unterbreiteten Plan und um ihre Mitwirkung zu dessen Realisirung ersucht.

Daraufhin fertigte Bluntschli einen ersten Entwurf des Statuts für die zu gründende „Internationale Akademie für Völkerrecht" in 7 Paragraphen, und gab von dem geplanten Unternehmen

dem Grossherzog Kunde in einem Schreiben vom 3. März. Dasselbe lautet, wie folgt:

„Euer Königlichen Hoheit beehre ich mich, von einem internationalen Unternehmen unterthänigst Kenntnis zu geben, das sich zwar noch in dem Stadium vertraulicher Besprechung befindet, aber vermutlich im Laufe dieses Jahres zu einem vorläufigen Abschluss gelangen wird.

„Es handelt sich um die Stiftung einer internationalen Akademie für Völkerrecht, für welche bereits eine Reihe notabler Männer der Wissenschaft in Deutschland, Belgien, Italien, Frankreich, Niederlande, Nordamerika und der Schweiz gewonnen sind. Die beiliegende vertrauliche Denkschrift des Herrn Rolin-Jacquemyns gibt darüber nähere Aufschlüsse.

„Wenn gleich die Wissenschaft die Macht nicht hat, die aufgeregten Leidenschaften der Völker und ihrer Regierungen zu stäter Beachtung des Völkerrechts anzuhalten, so übt doch das wissenschaftlich begründete und klar ausgesprochene Rechtsbewusstsein einen wohlthätigen Einfluss aus auf die friedlichen Beziehungen der Nationen; es hilft auch, Zweifel und Streitigkeiten unter den Regierungen richtig auszugleichen, und trägt selbst im Kriege Einiges zur Ermässigung der grossen Gefahren für die Rechtssicherheit Aller bei.

„Die Schaffung eines dauernden Organs, welches dem Rechtsbewusstsein der civilisierten Welt zum Ausdruck dient, kann daher für die Menschheit segensreiche Folgen haben, wenn dieselbe im rechten Geist geschieht und das Organ mit richtigem Takte handelt.

„Von Anfang an ist das Wohlwollen der Fürsten und der leitenden Statsmänner von grösster Bedeutung für das Gelingen des edlen Werkes. Eine Akademie der Art bedarf zwar, um wirksam zu werden, voller wissenschaftlicher Unabhängigkeit und Freiheit; aber sie kann auch nur dann wirken, wenn es ihr gelingt, bei den Regierungen und den Völkern Vertrauen zu erwerben.

„Das glückliche Gefühl, welches ich empfinde, bei dieser Schöpfung mitwirken zu dürfen, wird erheblich erhöht und gestärkt, wenn ich hoffen darf, dabei auch im Sinn und Geist Eurer Königl. Hoheit zu handeln. Für die Sache ist die moralische Unterstützung und gnädige Förderung Eurer Königl. Hoheit von höchstem Wert.“

Der Grossherzog nahm die Mitteilung so beifällig auf und interessirte sich so lebhaft für den Plan, dass er sich am 17. Mai zu Carlsruhe in besonderer Audienz von Bluntschli persönlich über das Project referieren liess.

Dem deutschen Publikum aber gab Bluntschli von dem Unternehmen Kunde in der Wochenschrift „die Gegenwart“ (1873, Nr. 35, IV. Band, S. 129 f.). In dem Artikel: „Ein wissenschaftliches internationales Institut für Völkerrecht“ legt er den Gedanken und die Bedeutung eines solchen dauernden und collectiven Organs für die Wissenschaft des Völkerrechts dar und stellt den wesentlichen Unterschied klar zwischen einer Institution dieser Art auf der einen, und zwischen ad hoc zusammentretenden internationalen Schiedsgerichten und vollends zwischen den Friedenscongressen der Privatvereine auf der andern Seite.

Am 22. März schrieb Bluntschli einen 2. verbesserten Statutenentwurf in 16 Paragraphen nieder und liess ihn noch an demselben Tage nach Gent abgehen:

Kaisers Geburtstag. 22. März.

Ich habe an Rolin-Jaequemyns meinen Entwurf zu einem Statut abgeschickt:

I. der internationalen Akademie für Völkerrecht,

II. der internationalen Gesellschaft für Völkerrecht.

Jene soll eine bleibende Institution werden von Notabilitäten aller Völker; diese in freier und weiter Weise sich daran anschliessen. Ich bin glücklich, diesen Gedanken zuerst als Vorschlag zur Sprache gebracht und daher einen Anteil zu haben an der Schaffung einer Institution der Menschheit, die in der Zukunft wachsen und segensreich wirken wird. Der Gedanke findet allgemeinen Beifall und wird vermutlich schon im Herbst realisiert.

Am 18. Mai erschienen Rolin-Jaequemyns aus Gent und Westlake aus London in Heidelberg bei Bluntschli, um sich mit ihm über den Statutenentwurf zu besprechen. Bluntschli's Vorlage ward mit einigen Modificationen im einzelnen angenommen. Der Statutenentwurf, wie er in Heidelberg festgestellt wurde, lautete demnach:

I.

Statut des internationalen Instituts[1]) für Völkerrecht.

Art. 1.

Das internationale Institut[1]) für Völkerrecht (Institut de droi international) soll dem gemeinsamen Rechtsbewusstsein der civilisierten Welt zum wissenschaftlichen Organe dienen.

Es hat die Aufgabe, durch Aussprache allgemeiner völkerrechtlicher Grundsätze die Kenntnis, Verbreitung und Fortbildung des Völkerrechts zu fördern, bei Zweifeln und in Streitfällen der Staten rechtliche Gutachten zu erteilen und je nach Umständen, so weit die Einsicht und die Autorität der Wissenschaft reicht, an der Sicherung des Friedens und des freundlichen Verkehrs aller Nationen mitzuarbeiten und im Kriege für die Beachtung der völkerrechtlichen Schranken der Gewalt und für die völkerrechtlichen Pflichten der Humanität einzustehen.

Art. 2.

Die Akademie ernennt ihre Mitglieder durch freie Wahl aus den Männern von verschiedenen Nationen, welche sich durch wissenschaftliche oder praktische Leistungen für das Völkerrecht verdient gemacht haben.

Wenn in einem Lande eine Gesellschaft für Völkerrecht besteht, welche sich der allgemeinen internationalen Gesellschaft und dem internationalen Institut für Völkerrecht anschliesst, so ist es derselben gestattet, für erledigte Stellen ihres Landes Vorschläge zur Wahl zu machen. Das Institut ist aber nicht an diese Vorschläge gebunden.

Art. 3.

Die Gültigkeit und Wirksamkeit der Wahl wird bedingt

[1]) In Bluntschli's Entwurf hiess es statt Institut überall Akademie.

[1) dadurch, dass die Statsregierung des Landes, dem der Gewählte zugehört, nicht innerhalb dreier Monate nach der Mitteilung der Wahl gegen dieselbe ihr Veto einlegt] [1]),

2] durch die Annahme der Wahl von Seite des Gewählten. —

Das Mitglied des Instituts, dessen Wahl wirksam geworden ist, erhält ein Diplom.

Art. 4.

Diplomaten im activen Statsdienst dürfen nicht gewählt werden.

Wenn Mitglieder des Instituts in den activen diplomatischen Statsdienst eintreten, so ruht ihre Stimme im Institut auf so lange, als sie in diesem Dienst wirken.

Art. 5.

Die Stellen in dem internationalen Institut sollen höchstens 50 betragen. Sie werden mit Rücksicht auf die verschiedenen Völker (nations) verteilt [in der Weise, dass

a) auf die Grossstaten von mehr als 30 Millionen Einwohnern höchstens 6 Stellen,

b) auf die Staten von 20—30 Millionen höchstens 4 Stellen,

c) auf die Staten von 10—20 Millionen höchstens 3 Stellen,

d) auf die Staten unter 10 Millionen höchstens 2 Stellen

kommen]. [2])

Ob eine vacante Stelle zu besetzen ist, hängt von dem Beschluss des Instituts ab.

Art. 6

Das Institut erwählt aus seiner Mitte einen ständigen Schriftführer (Secrétaire général) je auf 6 Jahre, mit Wiederwählbarkeit.

Der Schriftführer besorgt alle einleitenden und ausführenden Geschäfte des Instituts, und verwahrt sein Archiv und sein Siegel.

Der Wohnsitz des Schriftführers gilt als Wohnsitz des Instituts.

Dem Schriftführer werden für wichtige Fälle einige andere Mitglieder des Instituts als Beiräte beigeordnet oder von demselben zugezogen.

---

[1]) Dieses Veto der Regierungen wurde bei der Heidelberger Besprechung am 18. Mai gestrichen.

[2]) Dieser Unterschied zwischen den grossen, mittleren und kleineren Staten in Absicht auf die Zahl ihrer Vertreter im Institut wurde gleichfalls fallen gelassen.

Art. 7.

Das Institut ernennt einen leitenden Ausschuss von 5—7 Mitgliedern, welche in Verbindung mit dem Schriftführer die Geschäfte vorbereiten oder ausführen, insbesondere auch die Gegenstände bezeichnen und vorbereiten, welche in den Versammlungen des Instituts vorgelegt werden sollen. Der Ausschuss ernennt die Personen, welche diese Beratungsgegenstände durch ihr Gutachten vorbereiten.

Er versammelt sich alljährlich mindestens 2 mal.

Art. 8.

Das Institut ernennt auf je 3 Jahre einen Cassierer für seine Vermögensverwaltung und Rechnungsstellung, und einige ökonomische Vertrauensmänner zur Controle und Oberaufsicht.

Der Cassierer und diese Vertrauensmänner können ausserhalb der Mitglieder des Instituts aus geeigneten Personen am Wohnsitz des Instituts genommen werden.

Art. 9.

Das Institut bestimmt selber den Ort und die Zeit seiner Zusammenkunft.

In der Regel soll jährlich eine Sitzung stattfinden.

Art. 10.

Nach Bedürfniss ladet das Institut auch zu allgemeinen Congressen ein, an welchen alle Mitglieder der internationalen Gesellschaft für Völkerrecht Teil zu nehmen berechtigt sind.

Art. 11.

Jede Versammlung des Instituts ernennt einen ersten und einen zweiten Vorsitzenden für die betreffende Sitzung und bis zur nächsten Jahresversammlung.

Die Wahl geschieht durch Acclamation, oder, wenn mehr als 10 Mitglieder es verlangen[1]), durch geheimes Stimmenmehr vermittelst Stimmzettel.

Art. 12.

In der Regel geschehen die Abstimmungen in den Sitzungen des Instituts bei Beschlussfassungen mündlich und öffentlich, bei Wahlen

[1]) In einem Brief an Bluntschli vom 21. Juni schlägt Rolin-Jacquemyns vor, die Zahl der Reclamanten für geheimes Scrutinium von 10 auf 5 zu reducieren.

schriftlich und geheim. Nur die anwesenden Mitglieder des Instituts sind dabei berechtigt, ein Stimmrecht auszuüben. Es ist jedoch zulässig, dass ein Mitglied, welches verhindert ist zu erscheinen, einem andern Mitglied (Akademiker) die Vollmacht erteilt, für es zu stimmen.

Art. 13.

Ausnahmsweise dürfen in besonderen Fällen, wenn der geschäftsführende Ausschuss es zweckmässig findet, die Stimmen auf dem Wege der Correspondenz eingeholt werden.

Art. 14.

Bei Streitfragen zwischen zwei oder mehreren Staten ist den Mitgliedern des Instituts, welche diesen Staten zugehören, wohl Gelegenheit zu geben, ihre Meinung zu äussern; aber dieselben haben sich der Abstimmung zu enthalten.

Art. 15.

Das Institut bezeichnet eine oder mehrere wissenschaftliche Zeitschriften als Organe für seine öffentlichen Mitteilungen.

Art. 16.

Die Kosten des Instituts werden gedeckt:

1. durch freiwillige Stiftungen, Geschenke, Vermächtnisse seiner Freunde und Gönner;

[2. durch regelmässige Beiträge der Staten.][1])

2. (3.) durch die Honorare der Parteien, welche die Thätigkeit des Instituts ansprechen;

3. (4.) durch die regelmässigen Beiträge der Mitglieder und Freunde der Institution.

Es soll allmählich für eine ausreichende Dotation der einzelnen Stellen des Instituts und des Schriftführeramts gesorgt werden.

II.

Statut der internationalen Gesellschaft für Völkerrecht.

Art. 1.

Im Anschluss an das internationale Institut für Völkerrecht wird eine internationale **Gesellschaft** für Völkerrecht gebildet.

---

[1]) Dieser Passus betr. die **regelmässigen** Beiträge der Staten wurde in Heidelberg am 18. Mai gestrichen.

Art. 2.

Dieselbe gliedert sich in Form nationaler Gesellschaften für Völkerrecht, welche sich in den verschiedenen Staten je nach der Landesweise entweder zu selbständigen Vereinen bilden und sich ihre Verfassung selber geben, oder sich mit anderen bestehenden Vereinen verbinden.

Art. 3.

Um als Mitglied der allgemeinen internationalen Gesellschaft für Völkerrecht anerkannt und beachtet zu werden, ist erforderlich:

1) die Anmeldung sei es bei dem Schriftführeramt des internationalen Instituts (zur Zeit in Gent in Belgien), sei es bei einem Landesverein, der mit dem Institut in Verbindung steht;

2) ein einmaliger Beitrag von 25 francs, 20 Mark, 1 Pfund Sterling in die Casse des Instituts;

3) die Entrichtung eines jährlichen Beitrags von mindestens 5 francs, 4 Mark an diese Casse.

Jeder unbescholtene und gebildete Mann ist zum Beitritt berechtigt, ohne Unterschied der Nationalität und der Statsgenossenschaft. Die Beschränkungen, welche für die Teilnahme an dem Institut gelten, fallen hier weg.

Art. 4.

Die Mitglieder der Gesellschaft sind berechtigt, an den Congressen Teil zu nehmen, welche das Institut veranstaltet.

Sie erhalten die Publicationen des Instituts.

Art. 5.

Die Mitglieder eines Landes sind berechtigt, für die Besetzung einer offenen Stelle in dem internationalen Institut für ihr Land gemeinsame Vorschläge zu machen.

Art. 6.

Die Congresse werden von dem internationalen Institut für Völkerrecht einberufen und geleitet.

Sie sind berechtigt, ihre Meinung frei auszusprechen. Ihre Beschlüsse und Meinungsäusserungen haben zwar für das Institut keine verbindliche Kraft, kommen aber bei den Beratungen desselben in Betracht und haben als Äusserungen der öffentlichen Meinung eine moralische Bedeutung.

Am 6. September reiste Bluntschli nach Gent ab zur Gründung des internationalen Instituts für Völkerrecht. Er kam in Gent am 7. an und nahm sein Absteigequartier im Hotel Royal.

Vom 8.—10. dauerten die Verhandlungen; am 10. erfolgte die Errichtung des Instituts.

10. September. Liste der Mitglieder.

Anwesend die mit * bezeichneten:

Deutschland: *Bluntschli, Goldschmidt, Heffter, v. Holtzendorff, Ahrens.

Belgien: *Rolin-Jaequemyns, *de Laveleye, Laurent.

Spanien: Nicasio Landa.

Süd-Amerika: *Carlos Calva.

Nord-Amerika: *Dudley Field, Beach-Lawrence, Washburne, Wharton, Woolsey.

Frankreich: Drouyn de Lhuys, de Parieu, Vergé, Hautefeuille, Lucas, Cauchy, Mossé.

England: *Lorimer, Westlake, Vernon Harcourt, Mountague Bernard.

Italien: *Mancini, *Pierantoni, Sclopis, Esperson, Vidari.

Niederlande: *Asser.

Russland: *Besobrasoff, (Bulmerincq).

Schweden: v. Olivecrona, (Naumann).

Schweiz: *Moynier.

Österreich: (v. Stein. Neumann).[1]

11. September. Wahl des Bureau:

Präsident: Mancini.

Vizepräsidenten: Bluntschli, de Parieu.

Generalsekretär: Rolin-Jaequemyns.

[1]) Die in Klammer stehenden Namen gehören den Herren an, die als Mitglieder in Aussicht genommen waren, ihren Beitritt aber noch nicht erklärt hatten.

In einem Brief vom 10. September an seine Frau schreibt er:

Wir haben hier ein sehr angestrengtes Leben. Morgens Sitzung, dann Frühstück; nachher wieder Sitzung, dann Diner. Das Statut ist durchberaten, und wir haben uns immer verständigt. Es fehlen viele Mitglieder, durch Krankheit verhindert. Die Franzosen, die früher zugesagt hatten, fehlen, zum Teil aus politischen Gründen. Sie haben Furcht vor uns und können es nicht fassen, dass sie nicht mehr, oder, wie sie sagen, in diesem unglücklichen Moment nicht an der Spitze Europa's seien.

Von Gent aus begab sich Bluntschli mit Besobrasoff über Antwerpen und Rotterdam in das Seebad Scheveningen. Er hielt sich dort vom 14. bis zum 23. September auf. Die Seeluft und die Abreibungen mit Seewasser erfrischten und stärkten ihn. Auch besuchte er von da aus in Gemeinschaft mit Besobrasoff wiederholt den Haag und Amsterdam.

In einem Brief vom 17. September an seine Frau schreibt er:

Vorigen Montag (15. Sept.) sah ich die Eröffnung der Kammern im Haag. Bei dieser Gelegenheit sah ich auch den Oraniensaal in dem Ständehaus, der akustisch so gebaut ist, dass man, was in einer Ecke geflüstert wird, in der entgegengesetzten fernen Ecke hört. Die schlauen Holländer haben das oft bei diplomatischen Verhandlungen benutzt, um die Geheimnisse der Fremden zu erlauschen.

Am 19. September schreibt er:

Heute reist Besobrasoff nach Brüssel—Paris ab. Er war ein interessanter und sehr verständiger Gesellschafter. Auch politisch harmonierten wir sehr. Aber er ist ein melancholischer Russe, unglücklich darüber, dass die Russen an Bildung noch so weit hinter Westeuropa zurückstehen und nun im Übermaass für den Krieg erzogen werden, während sie den Frieden lieben und des Friedens be-

dürfen, um von innen heraus vorwärts zu kommen. Das Verlangen mancher Russen nach Constantinopel hält er für eine romantische Träumerei, ganz ähnlich den früheren deutschen Träumen einer römischen Weltherrschaft. Die starke Mischung der slavischen mit finnischen Elementen in dem russischen Volk hält er in ähnlicher Weise für den Hauptgrund, wesshalb die Russen allein unter allen Slaven es zu einem Stat gebracht haben, wie Bismarck in der Mischung von Germanen und Slaven in Preussen eine Hauptursache erkennt, dass die Preussen allein unter den Deutschen einen grossen deutschen Stat hervorgebracht haben.

Am 25. September war Bluntschli wieder in Heidelberg zurück.

Wenige Tage darauf erhielt Bluntschli von Brüssel aus (von dem Vorsitzenden des dortigen Localcomités Visschers) eine schriftliche Einladung zu der auf den 10. October dorthin von einer amerikanischen Gesellschaft ausgeschriebenen Conférence internationale pour la réforme et la codification du droit des gens, und zu Anfang October reiste der Secretär dieser amerikanischen Committee for Codification of the international Law, J. Miles aus Boston, von Paris her zu ihm, um ihn zu dieser internationalen Conferenz zu holen.

Anfangs hatte ich keine Lust. Die Rücksicht, das Verhältnis dieser Conferenz zu dem Genter Institut zu klären und friedlich zu gestalten, und die Besorgnis, dass wenn kein Deutscher in Brüssel erscheine, wie kein Franzose in Gent war, dann ein Gegensatz zwischen den beiden Vereinen in der öffentlichen Meinung kaum zu vermeiden sei, bestimmte mich hinzugehen. Die Conferenz währte vom 10.—13. Oktober.

Aus dem Bericht über „das Genter Institut und die Brüsseler internationale Conferenz für Völkerrecht", welchen Bluntschli für „die Gegenwart (IV. Band, Nr. 45) schrieb, und

auf den er in seinem Tagebuch ausdrücklich verweist, heben wir Folgendes aus:

Im September dieses Jahrs wurde zu Gent ein internationales Institut für Völkerrecht (Akademie) gegründet, und im October desselben Jahrs wurde eine internationale Conferenz in Brüssel ebenfalls im Interesse der Fortbildung des Völkerrechts abgehalten.

Die öffentliche Meinung ist noch nicht hinreichend aufgeklärt über den Charakter und die Ziele dieser beiden Versammlungen. Da ich — zu meinem Bedauern der einzige Deutsche, der persönlich anwesend sein konnte — an den Verhandlungen sowohl in Gent als in Brüssel teilgenommen habe, so halte ich mich für verpflichtet, dem deutschen Publikum in der deutschen Presse die erforderlichen Aufschlüsse zu geben und Rechenschaft abzulegen.

Das Institut, welches am 10. September in Gent gegründet wurde (Institut de droit international), hat ausschliesslich einen wissenschaftlichen Charakter, aber allerdings mit Aufgaben von höchstem praktischem Interesse. Bisher wurde das Völkerrecht hauptsächlich von zwei Seiten her gefördert, einmal durch die Thätigkeit der Diplomatie, und sodann durch die Arbeiten einzelner Rechtsgelehrten. Das Genter Institut will diesen beiden Kräften, ohne dieselben irgendwie zu schwächen, eine dritte hinzufügen, indem es einen dauernden wissenschaftlichen Körper schafft, welcher sich eignet, „dem Rechtsbewusstsein der civilisierten Welt zum Ausdruck zu dienen".

Bei der Gründung des Instituts waren Rechtskundige des Völkerrechts von neun Nationen erschienen. Ausserdem hatte eine Anzahl angesehener Männer aus den verschiedenen Ländern ihre Zustimmung und ihren Beitritt angezeigt.

Die Zahl der wirklichen Mitglieder des Instituts muss beschränkt sein, damit der Zweck einer gemeinsamen wissenschaftlichen Beratung und Meinungsäusserung erreicht werden kann. Von den 50 Stellen, auf welche das Institut höchstens berechnet ist, sind gegenwärtig bereits 35 besetzt.

Es ist unläugbar, dass die in der Welt bekanntesten und anerkanntesten Vertreter der Wissenschaft des Völkerrechts grösstenteils schon Mitglieder des Instituts sind. Eben deshalb wird eine Meinungsäusserung dieses Körpers, zumal wenn sie einstimmig oder nahezu einstimmig ist, eine unbestreitbare wissenschaftliche Autorität sein, welche von den Regierungen und von den Völkern beachtet wird.

Das Institut hat weder die Macht noch die Anmaassung, die Gesetze der Humanität, welche alle Völker verbinden, mit einem Rechtszwang auszurüsten; noch vermag es die Welt vor verderblichen Kriegen zu bewahren. Aber indem es die Zweifel über das geltende Völkerrecht zu beseitigen, den Rechtswahrheiten, welche die Menschheit als Grundbedingungen ihrer Wohlfahrt erkennt, eine laute Stimme zu verschaffen, den Streit der Völker durch unbefangene Meinungsäusserung über Recht und Unrecht zu klären und zu schlichten und mit der Fortbildung des Völkerrechts den Frieden und den Fortschritt aller zu fördern sich bemüht, erfüllt es eine hohe, heilige Aufgabe im Dienst der Menschheit. Dafür ist das Institut gegründet worden. In diesem Geist wird es arbeiten. Dazu bedarf es auch und wünscht es die Unterstützung der öffentlichen Meinung.

Ausser den wirklichen Mitgliedern giebt es noch eine nicht beschränkte Zahl von Hilfsmitgliedern in den verschiedenen Ländern. Nur sind aus beiden Classen „die Diplomaten im activen Statsdienst" ausgeschlossen,

damit die wissenschaftliche Unbefangenheit besser gesichert und auch vor Verdacht geschützt werde.

Endlich ist noch eine dritte Classe von Mitgliedern, die Ehrenmitglieder, vorgesehen. Man dachte dabei an Gönner, welche das Institut fördern. Insbesondere hoffte man auch, die nicht unbedeutenden Kosten des Instituts eher decken zu können, wenn solchen Personen (wozu auch Gesellschaften, Städte, Körperschaften gehören), welche dem Institut einen Beitrag von mindestens 3000 Franken zuwenden, die Ehre und das Recht der Ehrenmitgliedschaft zugesichert wird.

Gleichzeitig, wie in Europa der Gedanke des Instituts angeregt und durch Briefe und persönliche Besprechung vorbereitet wurde, bestellte eine nord-amerikanische Versammlung in New-York einen Ausschuss, um die Codification des Völkerrechts zu fördern, unter dem Vorsitz von Dudley-Field, dem Verfasser der „Outlines of an International Code". Im Auftrag dieses Ausschusses bereiste ein anderer angesehener Amerikaner, James P. Miles, Europa und beriet sich da mit mehreren Notabilitäten der Völkerrechtswissenschaft.

Von dieser „International Code Committee" wurde nun die Brüsseler Conferenz veranstaltet, und es wurden zu derselben sowohl Rechtsgelehrte des Völkerrechts (grösstenteils dieselben Personen, welche Mitglieder des Genter Instituts sind), als auch andere Männer, Politiker, Nationalökonomen, Philanthropen, Friedensfreunde eingeladen, ungefähr 40—50.

In der That, es war einige Gefahr vorhanden, dass die beiden Conferenzen, statt sich zu ergänzen, in einen Gegensatz geraten und dass, trotz der edeln Absichten des

einladenden Ausschusses, eher eine Verwirrung der öffentlichen Meinung als ein Fortschritt des Völkerrechts daraus hervorgehe. Doch glückte es vollständig, das Verhältnis der beiden Vereine richtig zu bestimmen und freundlich zu gestalten. Die Brüsseler Conferenz erkannte an, dass das Genter Institut vorzugsweise geeignet sei, die wissenschaftlichen Vorarbeiten für ein völkerrechtliches Rechtsbuch zu machen, dass es weit zweckmässiger sei, dem Institut die Wahl der Stoffe, die zuerst behandelt werden, und die erste Formulierung der Rechtssätze zu überlassen, als selber Ausschüsse für diese Zwecke zu ernennen, zu denen doch am ehesten dieselben Personen beauftragt würden, die im Genter Institut bereits an diesen Aufgaben arbeiten.

Der in Brüssel gestiftete internationale Verein für Völkerrecht umfasst einen viel weiteren Kreis von Personen, als das Institut von Gent, und ist allen geöffnet, welche sich für die Fortbildung und Sicherung des Völkerrechts interessieren. Er will seine Wirksamkeit vorzüglich den praktischen Aufgaben zuwenden, und insbesondere auf die öffentliche Meinung und durch sie auf die Regierungen und Parlamente wirken. Daher wird er die von dem Genter Institut ausgearbeiteten Vorschläge prüfen, und zwar nicht ausschliesslich von dem Gesichtspunkt der Jurisprudenz aus, sondern ebenso mit Rücksicht auf die politischen und socialen Interessen. Er behält sich auch vor, einzelne Gegenstände, wie z. B. den Schutz der Erfindungen, in ihren internationalen Beziehungen selbständig zu studieren und auf eine gemeinsame Lösung der Frage hinzuarbeiten. Beide Vereine behalten sich ihre volle Selbständigkeit vor.

Für diese Zwecke können auch die Friedensgesellschaften wohlthätig wirken, und ebenso philanthropische Vereine, wie sie in Amerika, England, Frankreich, Holland, Belgien bestehen. Der neue Verein ist aber doch nur ein völkerrechtlicher. Sein Name ist: Verein für die Reform und Codification des Völkerrechts (Association for the Reform and Codification of the Law of Nations, Association pour la réforme et la codification du Droit des Gens).

Unter den anwesenden Notabeln in Brüssel traten bedeutsam hervor Henry Richard, der durch seinen erfolgreichen Antrag im englischen Parlament zu Gunsten der schiedsrichterlichen Erledigung völkerrechtlicher Streitigkeiten einen gefeierten Namen erworben hat, ferner die Engländer Webster, der in Wien in ähnlichem Sinn bei Gelegenheit der Weltausstellung gewirkt hat, der Advocat Jencken und der Professor Aymors in London, die Nordamerikaner Miles und Thompson, der Holländer Predius, die Franzosen Passy und Giraud, der Spanier Marco Artu.

Der zweite Hauptgegenstand der Beratung in Brüssel betraf die völkerrechtlichen Schiedsgerichte (l'arbitrage). Darüber war man einig, dass die schiedsrichterliche Erledigung der völkerrechtlichen Streitigkeiten als Regel zu empfehlen sei, weil sie für eine gerechte Entscheidung mehr Garantien darbiete als die Mittel der Gewalt oder des Krieges. Die Meinungsverschiedenheit bezog sich nur auf die Frage, ob und welche Ausnahmen zulässig seien. Die Einen wollten die Regel möglichst absolut aussprechen, die Andern verwarfen das als unrichtig und unpraktisch. Schliesslich verständigte man sich über eine Formel, welche die Zulässigkeit von Ausnahmen anerkennt,

wenn die Existenz oder die Lebensbedingungen eines Volks in Frage sind.

Am Schlusse der Conferenz wurden noch Einleitungen getroffen zur Gründung völkerrechtlicher Vereine in den verschiedenen Ländern. In den Vorstand wurden gewählt: Dudley-Field (New-Nork), Ehrenpräsident; Visschers (Brüssel), Präsident; Mountague Bernard (London), Bluntschli, Giraud (Paris), Mancini (Rom), Predius (Haag) als Vicepräsidenten; sodann die Generalsekretäre: Miles für Amerika, Jencken für England, de Laveleye für den europäischen Continent. Ich habe die Wahl nur vorläufig angenommen, bis es gelingt, einen andern deutschen Vertreter der Völkerrechtswissenschaft zu gewinnen.

Am letzten Abend der Versammlung wurden die Mitglieder zu einem glänzenden Diner eingeladen von Hrn. Dudley-Field, als dem Vorstand des amerikanischen Comité. Der Saal war mit Fahnen der verschiedenen Völker geschmückt, von denen Mitglieder anwesend waren. Freilich fehlte die Fahne des Deutschen Reichs, die in Brüssel noch nicht zu finden war, und es vertrat deshalb die preussische Fahne deren Stelle.

Da Deutschland (l'Allemagne) in der alphabetischen Aufzählung der Staten allen voraus geht, so war ich genötigt, zuerst im Namen der deutschen Nation dem Vorsitzenden zu antworten, der „auf alle Nationen" toastiert hatte. Bei dieser Gelegenheit sprach ich deutsch und führte die zwei Gedanken aus, 1) dass die deutsche Gesinnung und die deutsche Politik willig die Freiheit aller Völker anerkenne, keine Vormundschaft über andere Staten anstrebe und entschieden friedlich sei, 2) dass die deutsche Nation die mancherlei Vorzüge anderer Völker neidlos an-

erkenne, aber in Einer grossen Sache die Ehre für sich anspreche, mehr als jede andere Nation für die Freiheit des Geistes in religiöser und intellektueller Beziehung geleistet und geopfert zu haben, und dass ihr gegenwärtiger Kampf wider klerikale Anmaassung ein Dienst sei, den sie der Menschheit leiste. Ich darf wohl sagen, dass diese Äusserungen mit lebhaftestem Beifall aufgenommen wurden.

Noch sei erwähnt, dass Bluntschli in diesem Jahr an kleineren politischen Aufsätzen in der Gegenwart (Band III. Nr. 6. 16. 20) erscheinen liess: 1) die Geistlichkeit und der Stat; 2) Ist das deutsche Reich ein Stat? 3) Zwei Feinde unseres Stats und unserer Cultur (die Ultramontanen und die Internationalen). Ausserdem schrieb er in diesem Jahre die zwei Aufsätze nieder 1) über „die Entwickelung des Rechts und das Recht der Entwickelung" und 2) über „Recht und Billigkeit" welche er später in den Gesammelten kleinen Schriften I. Band (S. 44 ff. und S. 56 ff., Nördlingen, C. H. Beck 1879) im Druck hat erscheinen lassen.

17.

Aus dem Jahre 1874.

Politische Thätigkeit im Landtag. 5. Aufl. des Allgemeinen Statsrechts. Holtzmann nach Strassburg. Windscheid nach Leipzig. Der Protestantentag in Wiesbaden. Die Brüsseler europäische Statenconferenz zum Zweck der Codification des Kriegsvölkerrechts. Bluntschli's Berichte darüber. Zweite Versammlung des Instituts und der internationalen Gesellschaft für Völkerrecht zu Genf im September. Bei Hottinger am Genfersee. Deutsche Statslehre für Gebildete. Besprechungen mit Gelzer. Rede am Johannisfest in Mannheim. Kleinere litterarische Veröffentlichungen Bluntschli's.

Januar. Die politische Thätigkeit im Landtag behagt meiner Natur. Ich fühle mich wohler und frischer

als seit langem. Der Vogel in der Luft, der Fisch im Wasser, und der Politiker in der Kammer.

Renaud versucht, die in den Heidelberger Professorenkreisen geübte Streitlust auf den Landtag überzutragen und die Erste Kammer wider die Zweite zu verhetzen. Das soll ihm schlecht bekommen. Er wird als Beispiel dienen, dass der Professorendünkel in Scherben geht, wenn er sich herausnimmt, ohne politischen Geist den Politiker zu spielen.

Mit Jolly habe ich öfter und gut verkehrt. Ich behaupte die Selbständigkeit der Partei auch ihm gegenüber, aber stütze die Regierung zugleich, mit der ein Einverständnis hergestellt wird.

Februar. Am 7. Februar zeigte die Cotta'sche Verlagsbuchhandlung in Stuttgart an, dass an eine 5. Auflage des „Allgemeinen Statsrechts" gedacht werden dürfe. — Bluntschli erwiederte: „Schon seit längerer Zeit beschäftigt mich der Gedanke, ausser dem „Allgemeinen Statsrecht" noch die „Politik" zu schreiben; oder besser diese mit jenem zusammen in umgearbeiteter Gestalt neu herauszugeben. Ich sehe mich daher nun veranlasst, Ihnen von diesem Gedanken Kenntnis zu geben. Ich halte die Ausführung in 3 Bänden in ungefährer Grösse der bisherigen für möglich und zwar so, dass Band 1 die allgemeine Statslehre enthielte, Band 2 das Stats- und Verfassungsrecht, Band 3 die Politik. Es könnte jeder Band für sich stehen; nur Band 1 wäre für Band 2 und 3 die Grundlage. Der Titel für alle 3 Bände: die Lehre vom modernen Stat. In Band 1 würde Manches ganz neu beigefügt, aber auch das Alte gründlich revidiert und erneuert. — Band 2 würde wesentlich auf dem „Allgemeinen Statsrecht" ruhen, aber ebenfalls neu bearbeitet werden. — Band 3 würde ganz neu."

März. Dem kindischen Conflict des Reichstags mit dem Kaiser [1]) treten wir hier scharf entgegen. Wir können jetzt doctrinäre Händel nicht brauchen.

[1]) Es handelte sich um das Reichsmilitärgesetz, speciell

Mai-Juni. Die Fortsetzung der Kammersession im Mai und Juni genierte mich in meinen Vorlesungen, die stark besucht sind, und nötigte zu angestrengter Arbeit, da ich am Ende für den kranken Präsidenten Kirsner eintreten musste.

Der Hof ist augenscheinlich unzufrieden. Vermutlich ist die Verfassungsrevision der Hauptgrund der Unzufriedenheit. Es ist das um so weniger verständlich, als die Dynastie eine Abfindung für die Domänen wünscht, und das ohne Verfassungsreform gar nicht zu machen ist.

Wie wenig begreifen sie, dass die Fortdauer des Stats bedingt ist durch eine selbständige Volksvertretung; eine servile ist weder dem Lande nützlich, noch der Monarchie. Immer wieder lässt sich eine reactionäre Gegenströmung verspüren. Bei dem Schlussdiner sagte ich das offen der Prinzessin Wilhelm, es komme mir vor, dass nach dem grossen Fortschritt der Bildung des Reichs nun wieder ein Rückschlag des Particularismus sich zeige. Aber ich wisse auch, dass die Bewegung im Grossen vorwärts gehe, und halte es nicht für weise, wenn wir uns in dem vorübergehenden Moment der Ebbe Blössen geben und dann wieder von der Flut überrascht werden.

Juli. Nun geht auch Holtzmann fort nach Strassburg. Ich gönne ihm den Ruf von Herzen und freue mich, dass der Bann gebrochen ist, der über der freisinnigen

---

um die gesetzliche Fixierung der Friedenspräsenzstärke auf 401659 Mann, wogegen der Reichstag und die Reichstagscommission anfangs eine ganze Menge von Schwierigkeiten erhob. cf. Schulthess, Europ. Geschichtskalender. 15. Jahrgang, S. 35—109.

Theologie von Heidelberg lag. Aber der persönliche Verlust fällt mir schwer. Mit den Familien Holtzmann und Weber waren die Meinigen am besten befreundet. Die Lücke ist empfindlich.

Weniger bedaure ich den Abgang von Windscheid nach Leipzig. Wie man die beste Professur in Deutschland aufgeben kann, verstehe ich nicht, wenn man doch nur Professor ist und sein will. Es scheint, seine Frau ist wesentlich mit im Spiel dabei. Er selbst hat sich hier ziemlich schwach benommen; sonst wäre es längst besser geworden. Er hatte die Stellung dazu, die Dinge zu ordnen, und überdem noch das Vertrauen von Jolly. Aber er ist wohl ein feiner Kopf und trefflicher Docent, dagegen kein politischer Mann.

Nach Holtzmann's Abgang trete ich von der Leitung des Protestanten-Vereins zurück. Die Verluste sind hier zu gross. Rothe, Zittel, O. Schellenberg durch den Tod, Holtzmann durch Wegzug aus dem geschäftsführenden Ausschuss entfernt; Schenkel oft kränklich. Da kann ich die Verantwortlichkeit nicht allein tragen, mit Hönig zusammen. — Überdem bin ich der Meinung, dass eine Änderung auch in der Organisation nötig ist.

Am 28.—30. September tagte unter dem Vorsitz von Bluntschli der achte Deutsche Protestantentag zu Wiesbaden. Es ward nach Bluntschli's Antrag einstimmig der Beschluss gefasst, die Centralleitung von nun an nach Berlin zu verlegen und den Vorstand des Berliner Unionsvereins mit der Wahl des geschäftsführenden Ausschusses zu beauftragen. Zugleich aber ward auf den Vorschlag

Schellenberg's (des Bruders des Verewigten) Bluntschli einstimmig zum dauernden Ehrenpräsidenten des Vereins ernannt[1]). — In dem Rückblick auf die bisherige zehnjährige Vereinsthätigkeit, womit Bluntschli in längerer Rede die Verhandlungen eröffnete, äusserte er u. a.:

„Das Kirchenregiment im grossen und ganzen ist uns noch immer mehr feindlich, als freundlich gesinnt, der Stat behandelt uns ebenfalls noch nicht gerecht. Es sind Missverständnisse in den höchsten Regionen der Statsverwaltung wirksam, wo sie am wenigsten Platz haben sollten. Die grosse Entwicklung des deutschen Stats hat keine zuverlässigeren Freunde als die Männer des deutschen Protestantenvereins: für den Kampf wider die Hierarchie hat der Stat keinen energischeren Bundesgenossen als den deutschen Protestantenverein. Dieser Kampf kann nicht durch Polizeimaassregeln, er muss durch geistige Mächte zu Ende geführt werden. Das ist nicht möglich ohne zwei Dinge, ohne Religiosität und geistige Freiheit. Diese aber sind das Wesen des deutschen Protestantismus, welche unser Verein immer hoch gehalten hat und immer hoch halten wird.

„Mit Wehmut erfüllt mich dabei, dass diese einfache Sachlage heute noch nicht verstanden wird und zwar da, wo man am ersten sie würdigen musste. Wir werden mit Ängstlichkeit, Misstrauen und Vorurteilen da beurteilt, wo wir die grösste Verehrung fühlen. Das ist ein schmerzliches Gefühl, dem ich hier offen Ausdruck gebe. Wie es erlaubt war, von dem falsch unterrichteten an den besser zu unterrichtenden Papst zu appellieren, so erlaube ich mir im Namen des deutschen Protestantenvereins von dem ge-

[1]) cf. Prot. Kirchenzeitung 1874, Nr. 41.

täuschten Kaiser an den wahrhaft blickenden und gerechten Kaiser zu appellieren. Dann wird das Urteil anders ausfallen. Auch hier ist ein Zeichen, wie weit theologische Verbissenheit und Intrigue zu wirken vermag. Der deutsche Kaiser ist seinem ganzen Wesen nach gerecht und wahrhaftig, er ist auch innerlich frei. Langjährige künstliche Einwirkung der ihn umgebenden Hoftheologen haben ein so seltsames, unwahres und verschobenes Bild vom Protestantenverein ihm vor die Seele geführt, dass er diese falsche Vorstellung nicht so leicht los wird. Aber wir haben schon mehr als einmal erlebt, dass dieser Mann im kritischen Moment die Dinge begreift, wie sie sind. Wie er das politisch gethan hat gegenüber den legitimistischen Schrullen und das Schwert gezogen für die Einigung der deutschen Nation, so hat er auch mit andern Vorurteilen brechend den Kampf gegen die römische Hierarchie und das Papsttum unternommen. Das Licht dieses Kampfes wird zulezt auch den deutschen Protestantenverein so beleuchten, dass er gerechter urteilen wird."

Dazu bemerkt Bluntschli im Tagebuch:

Der Protestantentag in Wiesbaden ging gut von statten. Es wurde der Abschluss der bisherigen Heidelbergerperiode würdig vollzogen, und die Aussicht auf die folgende Berlinerperiode mutig eröffnet.

Meine Rede machte einen tiefen Eindruck auch ausserhalb des Hörerkreises in Deutschland. Die Ansprache an den Kaiser und der Appell von dem getäuschten an den klar blickenden wirkte besonders stark. Ich kann begreifen, wenn der Kaiser im ersten Moment über die „unverschämte" Apostrophe ärgerlich sein mag, aber vielleicht besinnt er sich doch. Und dann findet er, dass ich Recht hatte.

Jedenfalls wird er einsehen, dass meine Rede aufrichtig und nicht boshaft war. Die Pietät ist deutlich im Hintergrund. In Wahrheit, ich verehre den alten Herrn trotz jenes ungerechten Verhaltens gegen die liberalen Kirchenbestrebungen sehr.

Auch in diesem Jahre war Bluntschli in hervorragender Weise auf dem Gebiet des Völkerrechts thätig. In dieser Beziehung kommt vor allem sein Anteil in Betracht an der auf den Vorschlag Russlands zu Brüssel vom 27. Juli bis 28. August versammelten internationalen Conferenz, auf welcher sämtliche europäische Staten vertreten waren zum Zweck „genauerer völkerrechtlicher Festsetzung der im Kriegszustand zulässigen Gesetze und Gebräuche.“ — Wir lassen ihn hierüber selbst berichten.

Am 24. Juli Abends erhielt ich von dem badischen Ministerium des Auswärtigen ganz unerwartet ein Telegramm des Inhalts, dass ich zum Reichsbevollmächtigten für die Conferenz in Brüssel ernannt und ersucht sei, dort am 26. d. M. bei dem ersten Bevollmächtigten, Generalmajor von Voigts-Rhetz, meine Vollmacht und Instruktion selbst in Empfang zu nehmen.

Durch ein Schreiben des badischen Ministeriums des Auswärtigen vom 27. Juli, das mir nach Brüssel nachgesandt wurde, wurde ich des Nähern darüber verständigt, dass S. M. der Kaiser und König auf den Vorschlag S. K. H. des Grossherzogs von Baden mich zu Allerhöchst Seinem Bevollmächtigten auf der in Brüssel bevorstehenden Conferenz zur Beratung gewisser Fragen des Kriegsvölkerrechts zu ernennen geruht habe. Die vom Deutschen Kaiser für mich vollzogene Vollmacht sei der Beschleunigung halber dem zum ersten und stimmführenden Kais. Bevollmächtigten ernannten General-Major und Direktor des Allgemeinen

Kriegsdepartements, v. Voigts-Rhetz, zugestellt worden, welcher sich unverzüglich nach Brüssel begebe und bei welchem die Vollmacht am 26. des Monats in Empfang genommen werden könne. Auch sei derselbe gleichzeitig beauftragt worden, die ihm erteilte, Allerhöchsten Orts festgestellte Instruktion seinen Mitbevollmächtigten vorzulegen und deren etwaige Bemerkungen und Vorschläge dazu entgegenzunehmen.

Brief vom 26. Juli an seine Frau unmittelbar nach seiner Ankunft in Brüssel:

Zu Deiner Beruhigung schreibe ich Dir ohne Verzug. Die Reise ging gut. Von Köln aus telegraphierte ich an General von Voigts-Rhetz, weiss aber immer noch nichts von ihm, nicht einmal seine Adresse. Ich gehe in die deutsche Gesandtschaft, um da nachzuforschen. Am Montag sollen die Sitzungen beginnen, zunächst nur mit Eröffnung der Vollmachten. Bis jetzt höre ich nur von Generalen. Aber ich wette, wenn erst bekannt wird, dass ich vom Deutschen Reich delegiert bin, so werden sich die andern Staten beeilen, auch Rechtsgelehrte nachzuschicken. In einigen Stunden weiss ich vielleicht mehr; für jetzt bin ich wie ein Pfadsucher in unbekanntem Land. Was ich weiss, habe ich nur aus den Zeitungen.

2. Brief vom 26. Juli Abends aus Brüssel an seine Frau:

Anfangs bin ich hier vergeblich umhergerannt, um den General von Voigts-Rhetz zu suchen. Die deutsche Gesandtschaft hatte vor ein paar Tagen ihr Quartier geändert und war nicht zu finden. Nun fing ich an, einige Gasthöfe zu besuchen. Da traf ich noch auf der Strasse einen alten Bekannten, Baron Leonrod, nun bayerischer General, der ebenfalls als Bevollmächtigter bezeichnet ist,

und der mir zurief: „Kennen Sie mich denn nicht mehr? Wir waren ja öfter bei König Max zusammen.“ Mit ihm ging ich dann weiter auf die Suche. Endlich fanden wir, wiederum auf der Strasse, den General Voigts, der mich sehr freundlich empfing, und mit dem ich dann näher verhandelte. Er ist ein sehr gewandter gescheiter Militär. Auch er hatte seine Ernennung ebenso unerwartet wie ich empfangen und scherzte darüber: „Wir Preussen sind das so gewohnt. Wir werden in's Wasser geworfen und müssen schwimmen oder versaufen. Das Erstere zieht man vor. So geht's doch.“

Meine Vollmacht erhielt ich. Sie ist vom Kaiser eigenhändig am 22. Juli in Gastein unterzeichnet. Wir sind hier 5 Reichsbevollmächtigte:

General v. Voigts-Rhetz (Preussen),
General Freiherr v. Leonrod (Bayern),
Major Freiherr v. Welck (Sachsen),
Statsrat v. Soden (Württemberg),
Dr. Bluntschli (Baden).

Wir wurden erst als Delegierte dieser Staten angesehen. Wir sind aber sämtlich Delegierte und Bevollmächtigte des Deutschen Reichs.

Ich schrieb darüber an die Redaction der Augsburger Allgemeinen Zeitung am 3. August: „Eine Reihe von auswärtigen und deutschen Zeitungen haben die irrige Nachricht verbreitet, dass die deutschen Delegierten zu der Brüsseler Conferenz für Kriegsvölkerrecht Bevollmächtigte der Staten Preussen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden seien. Dieselben sind zwar im Einverständnis mit den Regierungen der genannten Staten, aber sie sind sämtlich „im Namen des Deutschen Reichs“ ernannt und mit

besonderen Vollmachten des Deutschen Kaisers versehen worden. Die Einheit des Deutschen Reichs, alle Staten inbegriffen, ist dadurch unzweideutig gewahrt. Alle deutschen Bevollmächtigten sind angewiesen, in Gemeinschaft und gemäss der Instruction des Kaisers zu handeln. Der Erste Bevollmächtigte der deutschen Delegation führt die Eine Stimme des Reichs, aber auch die anderen Bevollmächtigten können im Einverständnis mit demselben an den Verhandlungen und Vorbereitungen nicht bloss unter sich, sondern ebenso mit den Delegierten der anderen Staten persönlich Anteil nehmen. Es ist daher auch nicht correct, dieselben als ad latus Beigeordnete zu bezeichnen."

Brief vom 27. Juli an seine Frau:

Die Eröffnung der Conferenz oder, wie sie hier ungenau sagen, des Congresses ist vollzogen in einem schönen Salon des Ministeriums des Auswärtigen. Graf d'Aspremont-Lynden eröffnete mit wenigen begrüssenden Worten. Da der belgische Minister auf die Ehre verzichtet, so wird der russische Delegierte, Statsrat Baron v. Jomini, zum Vorsitzenden gewählt: — Kaiser Alexander hat die ganze Sache betrieben, in der That aus Liebe zur Humanität. v. Jomini verlas darauf seine (natürlich auf Mitteilung berechnete) Instruction, welche den Gedanken des Kaisers Alexander klar darlegte: Menschlichkeit, aber keine Utopie, Ermässigung der Wildheit des Kriegs, bei voller Energie der Kriegsführung.

Mein Völkerrecht ist natürlich wohlbekannt. Ein Russe sagte mir, sie haben ihr Project auf dieser Grundlage ausgearbeitet. Oberst Hammer gab sich als ein früherer Schüler von mir (in Zürich) zu erkennen.

Brief vom 28. Juli an seine Frau:

Meine Stellung ist bis jetzt unter den Generalen sehr gut, weil ich vorzugsweise die Rechtswissenschaft repräsentiere. Sie studieren alle mein Buch, und wenn es ein Glück ist, wie die Götter von Weihrauch zu leben, so habe ich zur Stunde noch dieses zweifelhafte Glück.

Brief vom 4. August an seine Frau:

Gestern waren wir etwa 30 Personen vom König von Belgien zur Tafel in dem königlichen Landhaus Laeken eingeladen. Die Tafel war zu Ehren des Königs von Sachsen. Ausser der deutschen Legation und Gesandtschaft waren nur Belgier anwesend. Ich sass der Königin von Belgien gegenüber, zur Linken des Generals Frisson, der dem König von Sachsen gegenüber sass, in der Mitte des Tischs. Der König von Sachsen erinnerte mich, dass er mich schon einmal in Dresden am Juristentage von 1861 gesehen habe. Ich wusste es nicht, wohl aber, dass ich damals seinem Vater vorgestellt war.

Ich habe gestern einige starke Verstösse gemacht gegen die Sitte, indem ich mich allzu ungeniert aussprach. Die Herren fürchten sich entsetzlich vor den Verhandlungen. Ich sagte ihnen, jede Codification sei vorzugsweise für die Kleinen und Schwachen ein Schutz, für die Grossen und Starken, die sich selber beschränken, eine Ermässigung ihrer Macht. Der Gesichtspunct war den Herren neu, auch dem König von Belgien; aber einige schienen denselben zu begreifen.

5. August. Ich schreibe den Schluss am roten Tisch, während die Kriegsgefangenen verhandelt werden. Es ist sehr amusant zu sehen, wie sehr sich unser General Voigts bemüht, gegen den französischen General Arnaudeaud höflich

zu sein, und wie ruhig-fein dieser erwidert. Keiner von beiden vergibt seinem State das Mindeste, aber beide benehmen sich als Kenner des Kriegs und Generale.

8. August. Vorgestern besuchte mich Bulmerincq aus Dorpat mit Rolin. Rolin sagte mir, mein Völkerrecht werde gegenwärtig in's Chinesische übersetzt. Es ist das komisch, wenn man an die chinesischen Zöpfe denkt, aber auch erfreulich und bedeutend, wenn man den Zusammenhang der Menschheit erwägt.

22. August. Inzwischen sind auch die Türken angelangt. Einer derselben, der in Berlin studiert hatte, spricht ganz gut deutsch. Es wird in 10 Jahren bei einem neuen völkerrechtlichen Congress sicher nicht bloss französisch, sondern auch deutsch gesprochen werden. Es ist für uns doch sehr schwer, die französischen Feinheiten richtig zu verstehen. Mehr als Einmal haben wir bemerkt, dass die Franzosen einen anderen Sinn mit dem Worte verbinden als wir.

Tagebuchaufzeichnungen vom 1.—18. August:

Der General v. Voigts-Rhetz ist ein echter Pommer, ein Mann von Geist, ungeheurer Arbeitskraft, von Sorgfalt und Energie; im Verkehr liebenswürdig, aber nicht frei von den Eigenschaften, welche bewirken, dass die Preussen mehr gefürchtet als geliebt werden. Er ist durchaus Militär und denkt wie ein Militär, weniger wie ein Statsmann. Die fremden Bevollmächtigten fürchten und achten ihn alle. Ich habe ihm gesagt, dass es so sei. Er bemüht sich, die Härten des Generals durch freundliche Formen zu ermässigen.

Der Baron v. Jomini, Präsident der Conferenz, ist

das Gegenteil; ein gewandter Diplomat, aalglatt, leicht, immer bereit, die Meinung der Anderen aufzunehmen und zu formulieren. Über das schwierige Recht der Occupation hat er unbedenklich einen zweiten russischen Vorschlag gemacht, der ebenso übertrieben für die Bevölkerung war, wie der erste für die Macht des Occupanten; und auf unsere Erinnerung hin einen dritten, der sich in der Mitte hält. Jomini denkt nur daran, die Codification durchzusetzen, weil der Kaiser es so haben will; der Inhalt ist ihm gleichgiltig. Nur zieht er vor, wohlwollend und human zu sein, als grausam und hart.

Der Petersburger Professor Martens, der später auch noch der russischen Delegation beigeordnet wurde, und an dem ersten Project schon gearbeitet hat, ist ein ganz junger Mann, der noch 1870 bei mir in Heidelberg gehört hat.

Von den Franzosen ist der eine, der Minister Baron Baude Orleanist, der andere, General Arnaudeaud Bonapartist. Die Franzosen benehmen sich gut, mit ruhiger Würde und geschickt, und sehr oft stimmen sie mit uns, und wir (Voigts) mit ihnen.

Der Schwede, Oberst Staaff, ist jedenfalls mehr Philanthrop als Militär oder Statsmann. Er ist stolz auf die Genfer Convention, die er hat machen helfen, und beschönigt ihre Fehler möglichst.

Oberst Hammer, der Delegierte der Schweiz, hält sich im Ganzen verständig; aber er spricht mehr, als es sich für einen kleinen, neutralen Stat schickt, und macht daher gelegentlich den Eindruck der Unbescheidenheit.

Der englische General Hersford spricht fast gar nicht, hat aber, wie wir vermuten, eine vortreffliche Satyre

über die Verhandlungen der Conferenz in die Pall-Mall Gazette geschrieben, voll guten Humors.

Wir werden nicht sehr viel machen. Dennoch betrachte ich das als einen wichtigen Anfang eines künftigen grösseren Werks. Es ist Etwas, wenn sich die europäischen Staten über einige Grundsätze vereinbaren, welche die Brutalität des Kriegs einigermaassen durch Regulierung mildern. Die von England geforderte und England zugestandene Weglassung des Seerechts d. h. die Beibehaltung der Seebarbarei ist freilich bedenklich; aber mit der Zeit wird die Folge eines civilisierten Landkriegs auch für den zu civilisierenden Seekrieg nicht ausbleiben.

Für mich war es eine grosse Auszeichnung, berufen zu werden; und ich bin hier ebenso aufgenommen worden.

---

18. August. Heute dinierten wir zusammen. Ich bekam den Eindruck, dass General v. Voigts-Rhetz und sicher die preussische Militärpartei auf baldigen Krieg hofft und den Krieg wünscht. „Wir sehen ja, dass Frankreich mit äusserster Anstrengung sich auf den Revanchekrieg vorbereitet. Sollen wir denn warten, bis die Franzosen vollständig gerüstet sind?“ Ich hatte gehofft, keinen Krieg mehr zu erleben. Die Hoffnung ist eitel, wie ich fürchte. Vielleicht ist ein erneuerter Kampf der beiden Nationen um das Übergewicht unvermeidlich, und zugleich ein Kampf der modernen Welt wider das römische Papsttum. Nun gut, wenn er nur zu gutem Ende führt. Ich rechne darauf, dass wir mit der Weltgeschichte, nicht gegen diese marschieren. Das ist mein Trost.

Die alten Rohmer'schen Ideen von der Zerstörung von Paris und der Verteilung Frankreichs kehren wieder

in meiner Erinnerung. Aber ich liebe sie nicht. Mit dem General Arnaudeaud erging ich mich lieber in der Ahnung des künftigen Weltfriedens unter den Vereinigten Staten von Europa. Und wenn unsere Conferenz Einiges beiträgt, den Krieg weniger brutal zu machen, als er ist, so ist das schon ein schönes Werk.

---

17. October. Ich muss noch Einiges nachholen. Der Gesamteindruck der Brüsseler Conferenz ist doch ein recht günstiger. Durch den russischen Vorschlag wurde die Codification des Völkerrechts gerade an dem schwierigsten Zipfel, nemlich an dem des Kriegsrechts, kühn angefasst. Verglichen mit einem so umfassenden Werke war die St. Petersburger Convention vom Jahr 1868 über die Sprenggeschosse doch nur ein kleines Vorspiel. Es war in der That ein Wagnis, unter den europäischen Staten dasselbe Werk anzuregen, welches der Präsident Lincoln 1863 für die Armee der Vereinigten Staten von Amerika vollzogen hatte. Die wahre Aufgabe der Conferenz war daher: Rechtsregeln festzusetzen, welche die Rücksicht auf die kriegführenden Mächte und die Armeen, mit den Rücksichten der Gerechtigkeit und der Humanität und der Sorge für die friedliche Bevölkerung zu combinieren und auszugleichen angethan sind. Aber das Werk gelang. In fünfwöchiger Arbeit hat die Brüsseler Conferenz den russischen Entwurf im Ganzen und im Einzelnen sorgfältig erwogen und schliesslich einen modificierten neuen Entwurf vereinbart. Es war ein grosser Erfolg für v. Jomini, die einstimmige Annahme der Déclaration des lois et coutumes de la guerre zu erreichen; das Document ist schliesslich von sämtlichen Delegierten aller europäischen

Staten unterschrieben worden. Allerdings ist noch die Sanction der Regierungen vorbehalten, und es hat die Brüsseler Erklärung (Codification) des Kriegsvölkerrechts nicht die formelle Autorität eines Gesetzes oder eines Vertrags. Aber es ist diese Unterzeichnung doch ein unverwerfliches Zeugnis für das heutige Rechtsbewusstsein der europäischen Welt, und die Einmütigkeit so vieler berufenen Vertreter der verschiedensten Staten hat eine Collectivautorität. Die Brüsseler Erklärung ist ein erfolgreich durchgeführtes grosses Werk europäischer Rechtsbildung, welches seinen Urhebern zu hoher Ehre gereicht.

Auch ich habe die Unterschrift Aller unter meinem Motto: „Völkerrecht ist Völkerpflicht". Nur Voigts-Rhetz zog es vor, mir lieber einen paradoxen Satz zu Ehren des Kriegs zu schreiben und zu unterschreiben, als sich durch die Unterschrift jenes Satzes der Gefahr auszusetzen, denselben doch zu verläugnen, wenn er für Preussen handeln müsse. Er hält's wie der alte Wrangel: „Für Preussen alliiere ich mir mit dem Teufel."

Am Schluss der Session wurde noch ein allgemeines photographisches Bild der Versammlung aufgenommen.

Über die Brüsseler Conferenz hat Bluntschli ausführlich berichtet einmal in der Wochenschrift „die Gegenwart" Band VI, Nr. 43 und 44 (1874, 24. und 31. October) unter dem Titel: „Die Aussprache des Kriegsvölkerrechts durch die europäische Statenconferenz zu Brüssel", und sodann in einer Reihe von sieben Artikeln in der Augsb. Allg. Zeitung 1874, Nr. 240, 244, 253, 259, 265, 271, 280 (28. Aug. — 7. Oct.) unter der Chiffre 5 und mit dem Titel: „Die europäische Statenconferenz für das Kriegsvölkerrecht in Brüssel."

In Einem Zuge reiste ich von Brüssel über Metz, Strassburg, Basel nach Brunnen am Vierwaldstättersee, wo meine Familie in der Villa Aufdermaur einen herrlichen Landaufenthalt machte. Ich konnte nur zwei Tage da bleiben (29. und 30. August): dann gieng's über Bern nach Genf zu der Versammlung des Instituts für Völkerrecht (Eröffnung am 31. August).

Die Verhandlungen waren interessant: aber leider war Rolin durch den Tod seines Schwiegervaters Jaequemyns abberufen. Nicht ohne Mühe gelang es, allzu hitzige Anträge zu beseitigen.

Von der (zweiten) Versammlung der „Gesellschaft für die Verbesserung und Codification des Völkerrechts", die nach dem Institut, vom 7.—10. September, ebenfalls in Genf tagte — das Institut trat zusammen, um zu arbeiten, die internationale Gesellschaft, um Reclame zu machen, — zog ich mich zurück und lehnte auch die Wiederwahl unter die Vicepräsidenten ab. Das Institut ist mir viel wichtiger, und ich habe die Zeit nicht zu weiteren Agitationen.

Nachdem ich also der internationalen Gesellschaft glücklich entronnen war, begab ich mich zu Freund Hottinger. Am 6. September traf ich auf seiner schönen und stillen Villa Bel-air près la Tour de Peilz, C. de Vaud ein und brachte bei ihm einige Tage in Ruhe zu. Da schrieb ich das Vorwort zu der „Deutschen Statslehre für Gebildete". Das Buch macht mir Freude. Ich hoffe es schlägt durch.[1]) Ich mache damit den Versuch, dem Bedürfnis zahlreicher gebildeter deutscher Statsbürger, die

[1]) Es erschien noch im Jahr 1874 bei C. H. Beck in Nördlingen.

nicht auf einer Universität Statswissenschaft studiert haben und doch nähere Kenntnisse vom Stat sich zu erwerben wünschen, Befriedigung zu verschaffen durch eine ausführlichere, allgemein verständliche, aber wissenschaftlich begründete Darstellung des deutschen Statswesens.

Zum Schluss hielt ich mich noch einige Tage in Zürich auf; dann kehrte ich nach Hause zurück.

---

21. November. Gelzer war heute hier. Mit ihm habe ich wieder von der Notwendigkeit gesprochen, der deutschen Nation ihre Pflicht gegen die Menschheit zum Bewusstsein zu bringen und durch Übung derselben auch die Zuneigung der anderen Nationen zu gewinnen, die heute die Deutschen fürchten, höchstens achten und ehren, nicht lieben. — Ebenso sprachen wir von dem Mangel der Leitung, welche die geistigen Kräfte nicht beizieht. Bismarck mag selbständige Köpfe nicht, und will nur als Dictator regieren. Darin ist er nicht so gross wie Stein. — Gelzer will eine politische Zeitschrift herausgeben. — Ist er dafür nicht zu furchtsam und zu weich?

22. November. Johannisfest in Mannheim. — Ich sprach von der Notwendigkeit der Religion neben der Geistesfreiheit. „Würden die Massen religionslos, so würden die Einen der Bestialität verfallen, die andern dem Aberglauben. Nur einige seltene gutgeartete Denker könnten wohl ohne Religion gut und glücklich leben.“ — „Die Chemie hat gar eine Autorität in den Fragen des Geistes; denn sie kennt nur die wägbaren und sinnlich wahrnehmbaren Dinge, und nur im Kleinen und Einzelnen. Aber sie hat keine Möglichkeit, auch nur den kleinsten und einfach-

sten logischen Gedanken zu erklären. Ihre Autorität ist daher begrenzt auf die Materie. Sie giebt selbst zu, dass diese überall im Universum denselben Gesetzen unterthan sei. Da ist doch klar, dass diese Naturgesetze nicht die zufällige Wirkung der kleinsten Atome sind. Die Einheit der Naturgesetze weist auf den Einen Geist als Gesetzgeber hin, ohne den sie unerklärlich wären. Vollends der endliche Menschengeist ist unerklärlich ohne Ableitung von dem Gottesgeist."

Noch sei zum Schluss erwähnt, dass Bluntschli in der „Gegenwart", V. Band, Nr. 22 und 23 (30. Mai und 6. Juni 1874) auf Wunsch des Herausgebers eine autobiographische Skizze, ein gedrängtes Lebensbild seiner selbst, erscheinen liess. Ausserdem schrieb er für dieselbe Wochenschrift eine längere Abhandlung über „die Bürgerweihe als Volksfest" (Gegenwart, Band VI, Nr. 31, 32; 1. u. 8. August 1874 s. oben cap. 12, S. 231), sowie einen hochinteressanten Artikel: „Politisches und juristisches Urteil im Hinblick auf den Prozess Arnim" (Gegenwart, Band VII, Nr. 1; 2. Januar 1875), worin er den Gegensatz der politischen und der juristischen Bedeutung des Streites zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsbotschafter und ebenso den Unterschied der politischen und der juristischen Methode der Beurteilung, der bei dieser Gelegenheit grell hervorgetreten war, beleuchtet und aus diesen Erfahrungen fruchtbare Lehren zieht, welche auf unser Statsleben und auf unsere Justiz klärend und berichtigend nachwirken sollen.

Endlich liess er den Teil seines in 2. umgearb. Auflage erschienenen „Völkerrechts", welcher das Kriegsrecht behandelt, separat in kleinerem Taschenformat in der C. H. Beck'schen Buchhandlung zu Nördlingen erscheinen (Aug. 1874) unter dem Titel: „Das moderne Kriegsrecht der civilisierten Staten." 2. Auflage.

18.

Aus dem Jahre 1875.

Lehre vom modernen Stat. Geschichte des Schweizerischen Bundesrechts. Hitzig stirbt. Die Opposition gegen die Brüsseler Declaration des Kriegsvölkerrechts. Die Entwickelungstufen des Kriegsvölkerrechts. Wahl zum Obmann der Stadtverordneten. Parteistreit bei der Bürgermeisterwahl. Mitglied der k. niederländischen Akademie der Wissenschaften zu Amsterdam. Über das Verhältnis zwischen Belgien und Deutschland. Briefe von Rolin-Jaequemyns. Charakter des Jahres 1875. Grosslogentag in Bayreuth. Sorge um das Leben seiner Frau. In Heerle-Minderhout bei Rolin. Versammlung des Instituts im Haag. Teilnehmer an der Versammlung. Weitere Bekanntschaften. Gespräch mit der Königin. In Scheveningen. Nach Heidelberg zurück. Ausfall der Abgeordnetenwahl in Heidelberg. Politische Studie über die Schweizerische Nationalität. Drohender erneuter Zwiespalt innerhalb der Universität. Robert v. Mohl's Tod. Die Geldverhältnisse in Deutschland. Zustand seiner Frau. Kritische Lage des Museums.

Januar. Das Jahr wird fruchtbar an Büchern. Es beginnen damit

1) eine fünfte Auflage des Allgemeinen Statsrechts bei Cotta, nun ganz umgearbeitet als Band I und II der „Lehre vom modernen Stat“. Der Band I: „Allgemeine Statslehre“ ist im Manuscript fertig, und wird noch im Mai erscheinen. Band II: „Allgemeines Statsrecht“ soll noch bis Ostern revidiert werden und wird noch vor Ende des Jahrs im Druck fertig. Band III: „Politik als Wissenschaft“ ist teilweise vorgearbeitet, aber neu zu schreiben und kann dann im Jahr 1876 folgen[1];

[1]) Band I. der Lehre vom modernen Stat erschien in Stuttgart bei Cotta 1875; Band II. und III. im J. 1876.

2) eine zweite Auflage der „Geschichte des schweizerischen Bundesrechts von den ersten ewigen Bünden bis auf die Gegenwart“ bei Meyer und Zeller (Fr. Vogel) in Stuttgart[1];

3) im Manuscript fertig ist die „Übersetzung und Erläuterung des Brüsseler Kriegsvölkerrechts“.

---

16. Januar. Mein Vortrag hier über die Bedeutung der Brüsseler Conferenz scheint Eindruck gemacht zu haben.

Am 17. und 18. Januar waren meine Söhne Carl und Fritz hier. Ich habe mit ihnen auch die Sorge für das „Bluntschliarchiv“ besprochen.

---

22. Januar. Heute ist der alte Kirchenrat Hitzig gestorben, vorige Woche seine Frau. Die rasche Folge dieser Todesfälle in Einem Hause hat etwas Tragisches, und dennoch ist es für den alten Herrn besser so, als noch ein neues Leben mit zerstörter Familie versuchen, ohne Freude und ohne Frucht. Hitzig war eins der seltenen Originale; ein gelehrtes Haus, nicht frei von Schrullen und Eigenheiten, aber im Grunde ein Mensch voll Scharfsinn und Humor. Er ist mir nur ganz vorübergehend näher gekommen. Im Ganzen lebte er einsam.

Im Februar liess Bluntschli in der Augsburger Allgemeinen Zeitung (Nr. 54 und 60) zwei Artikel erscheinen unter der

[1] Es erschien in 2. A. im Jahr 1875 der 1. Band des genannten Werks. Der 2. Band, enthaltend das Urkundenbuch, erforderte keine neue Auflage, erhielt aber einen Anhang von $1^1/_2$ Bogen.

Chiffre β und mit dem Titel: „Die Opposition gegen die brüsseler Conferenz über das Kriegsvölkerrecht".

Im ersten Artikel: „England und der Continent" führt er aus: Die entschiedene Weigerung Englands an der internationalen europäischen Conferenz für Kriegsvölkerrecht sich ferner zu beteiligen, und der schroffe Ton der englischen Note konnten die Besorgnis erwecken, dass es zu einer autoritativen Aussprache des europäischen Kriegsvölkerrechts überhaupt nicht kommen werde. Inzwischen mehren sich jedoch von allen Seiten die Nachrichten, dass die russische Einladung (vom 26. September 1874 zur Fortsetzung der Conferenzen in Petersburg) von den übrigen Staten keineswegs ebenso abgelehnt werde, wie von England (durch die Note Derby's vom 20. Januar 1875).[1] Es stellt sich immer klarer heraus, dass die englische Auffassung eine isolierte und für Europa in keiner Weise massgebend ist.

Die abweisende und isolierte Haltung Englands ist ganz entschieden bewirkt durch die Rücksicht auf die bisher von England geübte Praxis im Seekrieg, die in der That heute noch weniger civilisiert ist, als die Kriegspraxis im Landkrieg. Im Gefühl seiner Übermacht zur See will England heute noch das sog. Recht der Seebeute üben wider Kauffarteischiffe und Waren der feindlichen Nation, während im Landkrieg jede Plünderung untersagt ist. Nicht ohne Grund besorgt England, dass die civilisierende Codification des Landkriegsrechts später auch eine civilisierende Codi-

---

[1]) Die beiden Aktenstücke, das russische und das englische, sind publiziert worden im Journal de St. Pétersbourg 7 (19) Février 1875. 51me Année, Nr. 36. — Vergl. Schulthess, Europ. Geschichtskalender 1874, S. 495; 1875, S. 280 u. 469.

fication des Seekriegsrechts zur Folge haben werde. Der letzteren will es möglichst lang widerstehen, und desshalb tritt es auch der ersteren entgegen. Offenbar ist das der Hauptgrund, welcher das unfreundliche Verhalten Englands der russischen Reform gegenüber erklärt. Aus der fadenscheinigen Umhüllung mit humanen und freisinnigen Phrasen ist dieses durchaus selbstsüchtige Motiv nicht schwer herauszufinden. Wenn aber einmal die Brüsseler Declaration als gemeinsames völkerrechtliches Statut für den europäischen Continent anerkannt sein wird, so wird die Sonderhaltung Englands ziemlich unschädlich sein; dann ist der Hauptzweck erreicht, und es wird sogar England selber sich auf die Dauer der Beachtung des Statuts nicht entziehen können.

Der zweite Artikel: „Bedenken der neutralen Staten“ führt aus: Von allen Bedenken, die gegen die Brüsseler Erklärung erhoben worden sind, kehrt in verschiedenen Fassungen als das stärkste die Behauptung wieder, das Brüsseler Statut sei für die grossen Militärmächte annehmbar und nützlich, aber nicht für die kleinen neutralen Staten (Schweiz, Belgien, Niederlande); es erleichtere den Angriff jener und schwäche die Verteidigung dieser. Dieser Vorwurf ist völlig unbegründet. Ganz im Gegenteil, das Brüsseler Statut kommt vorzugsweise den kleinen und schwachen Staten zugute, indem es auch der starken Übermacht die Zügel humaner Rechtsordnung anlegt, und der willkürlichen und grausamen Anwendung der militärischen Gewalt rechtliche Schranken entgegensetzt. Das ist ja die Natur aller Rechtsordnung und das Ziel aller Codification, dass sie die brutale Gewalt zu humaner Beachtung der Rechte Anderer nötigt. Sie dient regelmässig den Schwachen zum Schutz

wider den Starken. Auch an der Codification des Kriegsvölkerrechts haben nicht die grossen Militärmächte, welche eben um ihrer Macht willen sich selber nötigenfalls mit Gewalt helfen können, sondern die kleinen Staten, die zu schwach sind, um der Gewalt mit Gewalt zu begegnen, das Hauptinteresse. Jene beschränken sich selbst, indem sie zur Codification die Hand bieten; diese werden gestärkt durch billiges Recht, das von allen Völkern anerkannt wird. Die neutralen friedlichen Staten haben daher von der Brüsseler Codification in keiner Beziehung eine Gefährdung, wohl aber in vielen Stücken eine höchst wertvolle Kräftigung ihres und des gemeinsamen Völkerrechts zu erwarten.

Um dieselbe Zeit schrieb Bluntschli für die Wochenschrift „die Gegenwart“ (Band VII. Nr. 6) einen Artikel über „die Entwickelungsstufen des Kriegsvölkerrechts“. Er schilderte darin in grossen Zügen 1) die altjüdische Kriegsführung, 2) das römische Kriegsrecht und die römische Kriegspraxis, 3) die mittelalterlichen und germanischen Kriegsgebräuche und legt sodann am Schluss 4) die Grundgedanken des modernen Rechts dar.

Dieselben sind:

1) Auch in dem Feinde ist die Menschennatur und das Menschenrecht allezeit zu achten.

2) Der Krieg ist ein gewaltsamer Streit der Völker (Staten) um ihr Recht, ihre Entwicklung, und für einen gesicherten Frieden; daher durchbricht wohl der Krieg, soweit es nötig ist, die friedliche Rechtsordnung mit Gewalt, aber er bestreitet nicht die natürliche Rechtsordnung, sondern will sie verteidigen oder verbessern.

3) Der Krieg ist ein Streit der Staten (wirklicher oder werdender) mit den Staten, nicht ein Streit mit den Privatpersonen. Daher besteht das Privatrecht auch

im Kriege fort und muss sich nur solche Störungen und Einschränkungen gefallen lassen, welche für die Kriegsführung unvermeidlich sind.

4) Man darf auch im Kriege dem Feinde kein Übel und keine Schädigung zufügen, welche nicht durch das Bedürfnis der Kriegführung gefordert und nicht durch die erlaubten Kriegsmittel gerechtfertigt werden. Jede unnötige Grausamkeit, alle Plünderung, jede zwecklose und rachsüchtige Brandstiftung ist völkerrechtswidrig.

Anfangs März. In letzter Zeit hatte ich viel zu thun mit den städtischen Wahlen zu der Stadtverordnetenversammlung nach der neuen Städteordnung von 1874. Ich leitete die Vorbesprechungen aller drei Classen der Urwähler. Die Folge ist, dass ich mich der Wahl zum Obmann der Stadtverordneten nicht entziehen kann. Dagegen habe ich die Wahl zum Stadtrat, die mir die Bürger angeboten haben, abgelehnt.

Die italienische Reise geht mir nicht aus dem Sinn. Dies Jahr wird nichts daraus. Aber ich hoffe, über's Jahr endlich den Vorsatz auszuführen.

---

28. April. Heute die Bürgermeisterwahl. Der Kampf war sehr leidenschaftlich geworden, die Wählerschaft in zwei beinahe gleiche Hälften gespalten. Die grosse Masse war durch die Freunde des seitherigen Oberbürgermeisters Krausmann und durch ihn selber aufgeregt und gereizt worden gegen „die Professoren und Doctoren".

Zuletzt schien es der Gegensatz zu sein, der in der Schweiz die „Bürger" und die „Herren" entzweit. Auch hier nannten sich die Einen die „Bürgerpartei", die Andern wurden, weil sie mehr den gebildeten Kreisen angehörten und auf's Museum gehen, die „Herren" genannt. Manche erklärten, es sei ein Kampf von Krausmann contra Bluntschli. Ich erklärte mich gegen seine Wiederwahl teils aus Anstandsgründen, teils weil er mir als Charakter nicht zuverlässig genug war. Ich bemühte mich aber, den Streit zu ermässigen und die spätere Versöhnung offen zu halten. In diesem Geiste war mein Circular an die Gegner verfasst, das von unserer Partei gutgeheissen ward und auf Schwankende einen guten Eindruck machte. Wir siegten mit 62 gegen 51 Stimmen. Die Schwankenden waren schliesslich zu uns übergegangen, weil nur so der Friede herzustellen war.

---

5. Mai. Meine Wahl in die königlich Niederländische Akademie der Wissenschaften zu Amsterdam.

Juni. Mein Artikel in der Flandre Libérale über Belgien ist eine Warnung an die Belgier. Er macht grosses Aufsehen und ist doch ganz natürlich und einfach mit gesundem Menschenverstand geschrieben.

Der belgische Episcopat und die belgische klerikale Presse hatte längst auf alle Weise den deutschen Episcopat in seinem Widerstand gegen die Statsgewalt ermuntert, jetzt aber machte ein Belgier Duchesne dem Erzbischof von Paris das Anerbieten, gegen eine bestimmte Summe Geldes den deutschen Reichskanzler zu ermorden. Darauf stellte die deutsche Reichsregierung die Forderung (3. Februar), dass die belgische Regierung, wofern die belgischen Gesetze kein Mittel bieten, Duchesne zur Verantwortung zu ziehen, für die Ergänzung dieser Lücke auf dem

Wege der Gesetzgebung sorgen möge. Das ultramontane belgische Cabinet, dessen Seele der Finanzminister Malou war, verschanzte sich erst hinter die belgische Neutralität, gab aber schliesslich, als die Situation Deutschlands auch Frankreich gegenüber sich kriegerisch anzulassen begann, nach, worauf die deutsche Reichsregierung die Hoffnung aussprach (17. Juni), dass die belgische Regierung in derselben versöhnlichen und gutnachbarlichen Gesinnung, welche sie in dem Fall Duchesne bewiesen, künftighin auch die Wiederkehr von Einmischungen belgischer Unterthanen in die inneren deutschen Conflikte verhindern werde.[1])

Diese belgisch-deutsche Verwicklung ward nun für Bluntschli der Anlass, sich über Belgien, das er aus eigener wiederholter Anschauung kennen gelernt hatte, und über sein dermaliges Verhältnis zu Deutschland in zwei Artikeln auszusprechen, welche er in Nr. 24 und 25 des VII. Bandes der Gegenwart (12. und 19. Juni 1875) erscheinen liess.

Der erste Artikel: „Belgisches Volk und Land" führt aus: Das belgische Volk ist nicht so jung, wie der belgische Stat, der erst durch die Revolution von 1830 eine selbständige europäische Stellung gefordert und 1831 erlangt hat. Obwohl dasselbe aus zwei sehr verschiedenen Bestandteilen gemischt ist, den romanischen Wallonen und den germanischen Vlämen, so fühlen sich die Belgier doch schon seit alter Zeit durch die Gemeinschaft ihres Landes und ihrer Geschichte zu einer eigenartigen Nationalität verbunden. Aber trotz dieses nationalen Gemeingefühls sind innerhalb des belgischen States und Volkes drei sehr bedeutende Gegensätze mächtig und bergen mancherlei Gefahren für die Einheit und Sicherheit des Stats. Der erste Gegensatz ist der Gegensatz der Sprache und Sitte, des Charakters und Geistes zwischen Wallonen und

[1]) cf. Schulthess, Europ. Geschichtskalender, 16. Jahrgang, 1875, S. 53, 65, 100, 118, 131, 147, 444—449.

Vlämen. Dieser Rassegegensatz wird durchkreuzt durch einen zweiten Gegensatz religiöser und politischer Natur, nämlich durch den Parteigegensatz der Liberalen und Katholiken, wie die Belgier ihre beiden Hauptparteien bezeichnen; wir würden sie eher Liberale und Ultramontane nennen. Würden die beiden Gegensätze sich decken, so würde der Stat ohne Rettung auseinander reissen. Dazu kommt noch ein dritter Gegensatz, der sociale Gegensatz von Stadt und Land. Die Städte sind zum Teil reich, wie voraus Brüssel, zum Teil aber auch, wie z. B. Brügge, verkommen. Auf sie vornehmlich ist die belgische Bildung und die belgische Freiheit gestützt. Das Land ist fruchtbar und wird fleissig bewirtschaftet. Aber ein grosser Teil der Landbevölkerung ist sehr unwissend und abergläubisch und wird ganz von den Geistlichen beherrscht. Wäre in Belgien das allgemeine und gleiche Stimmrecht eingeführt, so würden die belgischen Kammern sofort tiefer sinken, als sie gegenwärtig stehen; denn das Gewicht der Unwissenden würde dann entscheiden, und da diese grossenteils willenlose Diener des Klerus sind, so würde die Herrschaft des Klerus über den Stat vollendet.

Der zweite Artikel behandelt „die belgische Verfassung und die belgische Neutralität“. Auf diesen beiden Dingen beruht wesentlich die politische Existenz und die Sicherheit des belgischen Stats. Denn die Verfassung ermässigt die vorhandenen Gegensätze und verbindet sie zu einer Rechts- und Statsordnung. Die Neutralität aber sichert Belgien vor den europäischen Kämpfen und Stürmen.

I. Die Verfassung. Die belgische Verfassung vom 7. Februar 1831 ist das gemeinsame Werk der liberalen

und der katholischen Partei, welche sich in der Absicht verbündet hatten, ihr Vaterland von Holland loszureissen und als selbständiges Gemeinwesen zu constituieren. Die constitutionellen Ideen, welche in der Pariser Julirevolution von 1830 auch in Frankreich gesiegt hatten, und die liberalen Principien, wie sie damals von französischen und deutschen Liberalen verkündet wurden, fanden in derselben einen klaren und entschiedenen Ausdruck. Man betrachtete die belgische Verfassung als das Muster einer vortrefflichen Statsordnung.

Aber in einer Hauptsache hatten sich die Liberalen in ihrem naiven Vertrauen auf abstracte Grundrechte und radicale Freiheitsformeln arg getäuscht. Als sie „die Freiheit der Culte“ proclamierten (Art. 14), bedachten sie nicht, dass es in Belgien nur einen Cultus, nur eine Kirche gebe, welche eine allgemeine Cultusfreiheit, wie sie die Liberalen wollten, als gottlosen Wahnsinn verdammt, und die ihnen garantierte Cultusfreiheit als Herrschaft des Papstes und der Bischöfe über die ganze Bevölkerung und über den Stat versteht. Als die Liberalen alle statlichen Aufsichtsrechte gegenüber der Kirche aufgaben, und der römischen Curie die belgische Geistlichkeit vorbehaltlos zur Verfügung stellten (Art. 16), überlegten sie nicht, dass die katholische Kirche nicht eine blosse Gesellschaft sei, gleich anderen Gesellschaften und Vereinen, die dem Stat gehorchen, sondern eine selbstbewusste, von dem Geiste römischer und Universalherrschaft erfüllte Grossmacht, welche auf den kleinen belgischen Stat von ihrer eingebildeten Höhe herabsehe, wie auf einen dienstpflichtigen Hörigen. Als sie „die Freiheit des Unterrichts“ verkündeten (Art. 17), vergassen sie die Pflicht des Stats, für allgemeine nationale

Volksbildung zu sorgen, übersahen sie, dass die von der Kirche geübte Unterrichtsfreiheit Herrschaft des Klerus bedeute über die Erziehung der Massen, und eröffneten sie dem verderblichen Zwiespalt in der Erziehung, welcher die ganze Nation in zwei feindliche Lager auseinander reisst, freie Bahn.

Der neue belgische Stat hatte das seltene Glück, eine politisch hochgebildete, dem constitutionellen Königtum und den verfassungsmässigen Volksfreiheiten zugeneigte, verständige und wohlwollende Dynastie zu erhalten. Wenn der belgische Stat bisher glücklich die inneren Gegensätze und Gefahren überstanden hat, so haben die belgischen Könige ein sehr grosses Verdienst an diesen Erfolgen. Die landläufige Vorstellung von dem belgischen Königtum, die man in Belgien selbst und auswärts oft vernimmt, ist sicher falsch und stellt die Dinge auf den Kopf. Diese Vorstellung lautet scharf ausgedrückt so: der König unterschreibt, was die Minister ihm vorlegen. Die Minister machen ihre Anträge nach den Wünschen und Ansichten der Kammermehrheit. Die Kammermehrheit ist der Ausdruck der Majorität der Wähler. Also herrschen im Grunde diese. Consequent müsste man fortfahren: Die Wählermassen werden in ihrer Majorität von den Bischöfen geleitet, und die Bischöfe erhalten ihre Direction aus dem Vatican, von dem Papst und den Jesuiten. Also würde Belgien von dem Papst und den Jesuiten regiert, wenn die katholische Partei die Mehrheit der Deputierten und Senatoren ernennt. Eine solche Provinz des römischen Kirchenstats mag das Ideal und Ziel der Jesuiten und des Papstes sein. Ausführbar wäre es aber nur mit Vernichtung des belgischen Stats, völliger Unterdrückung der Liberalen und Unter-

werfung des Königtums. So ist es in Wahrheit doch nicht. Noch hat der belgische Stat in sich Lebenskraft und Freiheit. Noch sind seine Institutionen weltlich und nicht kirchlich. Noch steht an der Spitze des Stats ein König, der ein Verständnis hat für die Würde des Stats und die Freiheit des Volks und den Willen hat, seine Königspflicht zu üben, welche keineswegs die Pflicht eines päpstlichen Präfekten ist.

II. Die Neutralität. — Der belgische Boden war in den letzten Jahrhunderten ganz gewöhnlich der Hauptschauplatz in den europäischen Kriegen zwischen Franzosen und Spaniern, Franzosen und Engländern, Franzosen und Holländern, Franzosen und Deutschen. Die belgische Neutralität bedeutet Einfriedung des belgischen Gebiets, Zurückweisung der fremden Heere. Sie bedeutet Sicherheit, Freiheit, Wohlstand Belgiens und ist daher ein höchst wertvolles Gut für Belgien.

Aber die Verkündung der Neutralität hat keine Zaubermacht. Die Belgier müssen sowohl selber sie beachten, als im Notfall mit voller Anstrengung sie verteidigen. Es ist daher für Belgien in hohem Grad gefährlich, dass manche belgische Bischöfe und die Jesuiten, die im Lande Autorität haben, sich um die Neutralitätspflichten eben so wenig kümmern als um die Verfassung. Die vaticanische Politik ist grosse universelle Politik. Die belgischen Bischöfe, die Jesuiten, die Ordensleute nehmen an dieser Politik teils als Führer, teils als Werkzeuge einen eifrigen Anteil. Dadurch verletzen sie die Grundlage der belgischen Neutralität und gefährden sie den Frieden Belgiens.

Die beiden Nachbarstaten Frankreich und die Niederlande finden in Belgien stammverwandte und cultur-

verwandte Volksteile. Würde die Neutralität Belgiens gebrochen, so würde die Anziehung des Südens durch Frankreich, des Nordens durch die Niederlande gewaltig vergrössert. Oft schon hat Frankreich seinen heftigen Appetit nach dem Besitze von Belgien, mindestens von dem südlichen Belgien bis über Brüssel hinauf, verraten. Schon einmal hatte es Belgien verschlungen. Man kann nicht zweifeln: wenn es der Vatican in seinem Interesse findet, den Arm Frankreichs zum Dienste der päpstlichen Herrschaft zu bewaffnen, so ist er gern bereit, den Franzosen Belgien als Beute und Preis dafür hinzugeben. Im Angesichte dieser Politik kann die belgische Regierung die Mahnung keinen Augenblick ausser Acht lassen: Videant consules, ne quid detrimenti capiat respublica.

Im Westen freilich ist England und im Osten ist das Deutsche Reich geneigt, die belgische Neutralität anzuerkennen und zu schützen. Diese beiden Mächte haben keinen Antrieb und keine Hoffnung, belgisches Gebiet für sich zu erwerben. Die Interessen beider Mächte werden durch den Bestand eines friedlichen Mittelstats gefördert. Im Jahr 1870 hat Deutschland Belgien gerettet. Das ist auch in der belgischen Kammer neuerlich anerkannt worden. Die Hauptlast der Verteidigung der belgischen Selbständigkeit, wenn dieselbe angegriffen werden sollte, ruht auf den starken Schultern des deutschen Volks. Das darf man in Belgien nicht vergessen. Deshalb nötigt schon die Politik der Selbsterhaltung die belgische Regierung, mag sie im übrigen im Innern sich mehr auf die katholische oder auf die liberale Partei stützen, — darüber zu entscheiden ist lediglich Sache der Belgier, wir mischen uns nicht in ihre inneren Angelegenheiten, — gute Freundschaft

mit Deutschland zu halten. Deshalb aber darf sie auch nicht zulassen, dass der Fanatismus der Priester das Deutsche Reich beleidige und in dem schweren Kampf, den die römische Curie ihm aufgenötigt hat, seine Feinde unterstütze.

Diese beiden Artikel liess Bluntschli in französischer Übersetzung in dem belgischen Blatt: La Flandre libérale noch im Juni erscheinen. Vorher schon, am 16. April, hatte ihm Rolin-Jaequemyns geschrieben: Nous voici embarqués en Belgique dans une sorte d'imbroglio diplomatique avec l'Allemagne. La question est: n'est-ce qu'un prologue? Ou est-ce le drame sérieux qui commence? Dieu veuille que ce ne soit qu'un prologue, et que le drame puisse ne commencer jamais. Nous sommes atteints au coeur d'une maladie mortelle: notre chère constitution belge nous a dôtés d'une catégorie de fonctionnaires qui n'en sont pas, et de non-fonctionnaires qui sont payés par le budget, protégés par les lois pénales et plus puissants en fait que le Roi et ses ministres. Aujourd'hui que les questions nationales deviennent des questions internationales, et que le droit des gens entre partout, cette situation qui n'était qu'un danger intérieur peut devenir un danger extérieur. Mais il est de l'intérêt bien entendu de l'Allemagne de ne pas hâter un pareil résultat; car, dans la situation actuelle de la Belgique, toute apparence de pression venue du dehors serait plutôt favorable que défavorable à l'ultramontanisme, et cela non seulement en Belgique, mais en Angleterre, en France, en Italie etc.

Jetzt aber, am 29. Juni, schrieb er an Bluntschli: J'ai lu dans la Flandre libérale la traduction de vos articles sur la Belgique. Je suis charmé de voir qu'une voix amie, liberale et impartiale, parle de notre pays sans flatterie, mais en tenant compte des circonstances où nous nous trouvons. La presse allemande en général n'est pas aussi courtoise. On devrait se dire que si notre neutralité et nos libertés risquent d'être exploitées par l'ultramontanisme, grâce à l'ignorance des masses, c'est un peu la faute de l'Europe tout entière, qui nous a foulés aux pieds pendant deux siècles, et n'a considéré notre pays que comme un champ de bataille ou une proie; quant à 1830 eût certainement mieux valu ne pas nous séparer de la Hollande. Mais, étant donnée cette séparation, je crois qu'il était difficile de faire une constitution autre que celle que nous avons. Il est à noter en effet

que l'erreur des libéraux belges à cette époque a été celle de tout le libéralisme européen, et encore celle des libéraux allemands en 1848. Tous ceux qui nous considéraient comme un Musterstat, et qui ont contribué à faire des constitutions calquées sur la nôtre, ont été complices de cette erreur. Aujourd'hui encore je ne pense pas que la devise de notre parti libéral doive être de modifier la constitution formellement: nous n'y réussirions d'ailleurs ni par les voies légales, ni par les voies révolutionaires, à moins de faire appel à l'étranger, ce qui serait un suicide. Mieux vaut procéder par interprétation et application juridique progressive, à la manière anglaise ou romaine, en adaptant le tente vieilli à l'esprit nouveau et aux besoins actuels. Je crois que cela est parfaitement possible. Excusez cette longue lettre. J'aime tant mon pays, qu'il m'est difficile d'en parler brièvement. — Und am 3. Juli schreibt er: Je viens de lire dans la Flandre libérale la fin de votre étude sur la Belgique. C'est excellent. Merci de vos bons conseils à notre pays, de la bien-veillance avec laquelle vous en parlez et de ce que vous ditez de notre neutralité.[1])

---

27. Juni. Dieses Jahr macht mir in einer Reihe von Erlebnissen und Erscheinungen einen seltsam aufregenden Eindruck. Es hat etwas Pathisches, heftig Drohendes, was sich aber bald wieder sehr ermässigt und am Ende gut verläuft. Die momentane Kriegsgefahr ist nur das grösste Beispiel dieser Art. In den persönlichen Erlebnissen erfahren ich und andere dasselbe. Erst heftige Erschütterung und Bedrohung; dann heftige Gegenwehr;

[1]) Es darf hier wohl auch bemerkt werden, dass der k. belgische Generalconsul L. Pelzer in Berlin in einer Zuschrift an den Redacteur der „Gegenwart“ über die Artikel Bluntschli's äusserte: Es ist nicht möglich die dortigen Verhältnisse richtiger zu beurteilen, und ich habe beide Artikel dem Cabinetschef des Königs eingeschickt. Manch guter Ratschlag, in sehr wohlwollender Weise gegeben, kann bei uns verwendet werden. Ich, als Belgier, kann die ganze Auffassung nicht genug bewundern.

endlich guter Ausgang. Hängt das mit dem Zeitgeist zusammen?

Das Gefühl der Unsicherheit bleibt aber trotz der günstigen Entwickelung.

---

8. August. Versammlung der Grossloge zu Bayreuth. Ich sprach von den idealen Aufgaben der Maurerei in unserer Zeit. Der Vortrag soll gedruckt werden.

Zweimal wohnte ich den Proben zum Siegfried im Wagnertheater bei. Die Musik ist ganz dramatisch geworden, mehr als früher; höchst ernst, zum Teil voll Schwung und charakteristisch. Aber die alte Oper ist mir doch lieber. Die neue wird zu schwer und zu langathmig. Man ruht nicht aus und gibt sich nicht der Melodie hin.

---

19. August. Für meine Frau fängt mir an, bange zu werden. Sie hat sehr gealtert und ist sehr schwach. Sie darf und kann nicht steigen, sich nicht anstrengen, und doch treibt sie die Sorge dazu. Ihr Auge ist noch hell und strahlend. Der Aufenthalt im Schwarzwald (Hirschau bei Tryberg) thut ihr wohl. Meine Töchter sind bei ihr und die herzigen Enkel Hecker, Ruodi und Anna.

Ich gehe morgen nach Heerle-Minderhout zu Rolin-Jaequemyns, dann nach dem Haag zu dem Institut für Völkerrecht und später nach Scheveningen.

Der dritte Zusammentritt des „Instituts für Völkerrecht" war auf den 25. August anberaumt worden und zwar im Haag. Eben dahin hatte auch die Association for the Reform and Codification of the Law of Nations ihre diessjährige Zusammenkunft am

1. September verlegt und Bluntschli um sein Erscheinen auf der Conferenz wiederholt ersucht.

In einem überaus liebenswürdigen Briefe hatte Rolin-Jaequemyns Bluntschli eingeladen, etwas früher von Hause abzureisen, um noch vor der Versammlung des Instituts einige Tage mit ihm auf seinem Landgut Heerle-Minderhout bei Hoogstraete in der Provinz Antwerpen zu verbringen; er werde daselbst vom 21. August ab auch noch andere Freunde und Collegen: Westlake, Lorimer, Moynier, Martens, Rivier, de Laveleye u. s. w. antreffen. Der Brief war vom 17. August datirt, und sofort nach Empfang desselben entschloss sich Bluntschli zur Abreise.

Heerle-Minderhout ist eine sehr interessante Schöpfung des Herrn Jaequemyns, Schwiegervaters von Rolin-Jaequemyns, der vor einem Jahr gestorben ist, während das Institut in Genf versammelt war. Aus einer Wüste (Heide und Sumpf), welche von Spanien an der Grenze von Holland künstlich hergestellt worden, machte er eine wirtschaftliche Gegend. Das Gut hat 2000 Hektaren. Alle Jahre werden neue Waldungen angelegt. Jetzt schon wohnen mehrere Hunderte auf dem Terrain. Schloss und Wirtschaft sind sehr schön; die Ställe voll Vieh, eine grosse Ziegelfabrik dabei. Westlake[1]) mit Frau, Lorimer[2]) mit Frau und Sohn, später Martens[3]) waren ebenfalls da. Es war wie in einem feinen englischen Landhaus. Die Engländer machten sogar Toilette.

Es wurde unter uns die wichtige Frage der Seebeute besprochen. Wir Continentalen sind wohl einig in der Verurteilung dieser traditionellen Methode, den Streit der Staten zur Plünderung der Privatpersonen zu benutzen

[1]) Advocat aus London.

[2]) Professor zu Edinburgh.

[3]) Professor aus St. Petersburg.

und statt die feindliche Kriegsmacht zu bekämpfen, den friedlichen Handel zu vernichten. Aber es ist mir bei dieser Erörterung neuerdings klar geworden, dass die Engländer zur Zeit noch nicht gesonnen sind, auf diese bisher geübte Kriegsmanier zu verzichten und dem fortschreitenden Rechtsbewusstsein der übrigen Völker dieses Zugeständnis zu machen. Sie betrachten die ganze Frage als nicht discutierbar und fast wie einen Angriff auf die englische Freiheit. Sowohl der liberale Westlake, als auch der Tory Lorimer traten für das Prisenrecht, welches in der Wegnahme der s. g. feindlichen Kauffarteischiffe samt Ladung besteht, sehr lebhaft ein.

Vom 25. August an im Haag Versammlung „des Instituts für Völkerrecht“. Ich musste in Abwesenheit von Mancini präsidieren. Mit dem Gang der Dinge bin ich zufrieden. Ich habe darüber in die „Gegenwart“ berichtet (Band VIII. Nr. 37 und 38).

Aus diesem Bericht entnehmen wir Folgendes: Der Empfang in der niederländischen Hauptstadt war sehr freundlich. Es hatte sich ein Empfangscomité aus Freunden der Fortbildung des Völkerrechts gebildet, an dessen Spitze der Deputierte zu den Generalstaten Bredius stand. Die Regierung stellte sowohl die berühmte Treveskammer[1] in dem Binnenhof d. h. in dem alten Palast der Grafen von Holland, als den Sitzungssaal der zweiten Kammer der Generalstaten zur Verfügung des „Instituts“. Sofort nach dem Empfang, welcher durch eine Rede von Bredius und eine Antwort von Bluntschli eingeleitet worden war, bestellte das „Institut“ sein Bureau (Bluntschli, Präsident, 1. Vizepräsident de Parieu, 2. Vicepräsident Asser). Dann verteilten sich die Mitglieder für die vorbereitenden Arbeiten in die Commissionen. Die Anträge dieser wurden sodann der Plenarversammlung in feierlicher

[1]) Vergl. oben Cap. 16, S. 337.

Sitzung vorgelegt, an der sich mehrere Minister und höhere Beamte, Diplomaten, die Presse und ein ausgewähltes Publicum beteiligten Der leitende Minister Heemskerk begrüsste die Versammlung im Namen der Regierung in anerkennender Weise, und der Generalsecretär des „Instituts" Rolin-Jaequemyns verlas in dieser Schlusssitzung einen Bericht über die Arbeiten des „Instituts" während des letzten Jahres.

Über die Anträge der einzelnen Commissionen

1) für internationales Privatrecht (Commission de droit international privé): Berichterstatter Asser,

2) für völkerrechtliche Schiedsgerichte: Berichterstatter Rivier,

3) für Revision der s. g. 3 Regeln von Washington[1]): Berichterstatter Bluntschli,

4) für Prüfung des Entwurfs der brüsseler Conferenz über das Kriegsvölkerrecht: Berichterstatter Rolin-Jaequemyns,

5) für die Reform des Seekriegsrechts: Berichterstatter de Laveleye, Pierantoni und Alberic Rolin,

6) für Anwendung des Völkerrechts auf orientalische (nichchristliche) Staten (Commission des nations orientales): Berichterstatter Travers Twiss,

sowie über die Gutheissung der betreffenden Commissionsanträge durch „das Institut" (d. i. durch die Plenarversammlung) verweisen wir auf Bluntschli's Bericht in der „Gegenwart" Band VIII, Nr. 38 (18. September 1875). Wir fügen nur noch an, dass als Versammlungsort für das Jahr 1876 Oxford, Heidelberg, Zürich in's Auge gefasst, ein definitiver Entscheid indessen noch nicht getroffen wurde, und dass zum Schluss die Mitglieder des „Instituts" von der Königin von Holland am 31. August zu einem Gartenfest in das Palais au Bois geladen wurden.

---

[1]) Über diese Regeln, welche den völkerrechtlichen Grundsatz umschreiben, dass eine neutrale Macht für den Schaden verantwortlich ist, welchen ein in ihren Häfen ausgerüstetes und bemanntes Schiff einer befreundeten Macht zufügt [Vertrag von Washington vom Mai 1871, s. oben S. 271], vergl. Schulthess, Europ. Geschichtskalender, XII. Jahrgang, 1871, S. 345.

Die vielen Diners und Soiréen sind mir zuwider.

Von Collegen erwähne ich de Parieu, der den Mut hat, neben mir im Institut zu sitzen, trotz der französischen Vorurteile. De Parieu war Bonapartist, hält aber die Republik gegenwärtig für die einzige Möglichkeit und betrachtet den Klerikalismus in Frankreich als Gegengewicht gegen Revolution und Communismus, während ich darin die Anreizung und den Vorläufer dieser sehe.

Rolin-Jaequemyns ist wie immer der eigentliche Träger des Instituts und die arbeitende Seele desselben. Es ist ein Glück, dass er sehr reich ist, besonders seit dem Tod seines Schwiegervaters.

Vor den Engländern Westlake, einem im Einzelnen scharfsichtigen Juristen, Lorimer, der wie ein Deutscher der naturrechtlichen Schule in Abstractionen schwärmt, Mountague Bernard, der die wissenschaftliche Schärfe mit statsmännischer Sorgfalt und Vorsicht verbindet, Travers Twiss, der ein liebenswürdiger Gesellschafter ist, habe ich persönlichen Respect.

Asser ist ein Mann des internationalen Privatrechts (Civilist), aber ein feiner Kopf mit viel Bildung. Auch er scheint reich.

Liebenswürdig ist Rivier, geborner Schweizer, jetzt Rector der Universität Brüssel, und voll Eifer und Geschick.

De Laveleye aus Liège ist ebenfalls ein sehr wertvolles Mitglied. Ich habe seine Schrift über „Protestantismus und Katholicismus“ mit einer deutschen Einleitung in Deutschland eingeführt. [1])

---

[1]) Ernst Rohmer hatte die Broschüre in's Deutsche übersetzen lassen und Bluntschli ersucht, eine Einleitung zu der deutschen

Moynier aus Genf ist ein seltenes Redactionstalent, von Natur, nicht von Beruf ein juristischer Kopf, voll humaner Gesinnung.

Besobrasoff, den Russen, liebe ich seiner Aufrichtigkeit und seines Geistes wegen. Er ist Russe durch und durch, und dennoch ein Freund der Deutschen.

Weniger traue ich in dieser Hinsicht Martens, obwohl er deutsche Bildung hat und von deutschem Ursprung ist. Aber er ist russificiert, und das Germanische ist ihm antipathisch. Mir gegenüber ist er freundlich.

Bulmerincq will nicht als Russe zählen. Er ist und denkt deutsch und verlässt Russland (Dorpat) bald, um nach Wiesbaden zu ziehen.

Marquardsen war ausser mir der einzige Deutsche in dieser Sitzung. Gut, dass wenigstens noch Einer kam.

Weiter machte ich Bekanntschaft mit den Ministern a) des Auswärtigen, de Willeboys und seiner Frau, die ich bei dem Diner, das auf Kosten der Regierung gegeben wurde, zur Tafel führte. Sie ist Katholikin, mit Ketteler und dem katholischen deutschen Adel bekannt; b) des Innern, Heemskerk, mit schlauem Gesicht, Führer des Ministeriums; c) der Finanzen, der eine deutsche Frau hat, eine Nichte des Feldmarschalls Manteuffel, gescheite Leute; d) mit einem gewesenen Minister des Äussern,

---

Übersetzung mitzugeben, die die Schrift dem deutschen Publicum näher brächte. So erschien bei C. H. Beck zu Nördlingen im Jahr 1875: Laveleye, Emil von, Protestantismus und Katholicismus in ihren Beziehungen zur Freiheit und Wohlfahrt der Völker. Autorisierte deutsche Ausgabe mit Vorwort von J. C. Bluntschli. IX und 55 S. gr. 8.

Cremer, der bei dem Festdiner auf mich toastierte, mit Laune, in guter Meinung, aber unfein.

Auch den Prinzen von Oranien, Grossmeister der Holländischen Logen, lernte ich kennen.

Endlich hatte ich eine Unterredung mit der Königin, deren dynastisch-particularistische Leidenschaft im Gespräch mit mir in hellen Flammen aufloderte. Ich war überrascht von der Lebhaftigkeit, mit der sie ihre Feindschaft gegen die neue Gestaltung der Welt äusserte.

Sie: Wie geht es Ihnen?

Ich: Ich fühle mich glücklich, diese grosse Zeit erlebt zu haben.

Sie: Sie nennen die Zeit gross? Ich finde nichts Grosses darin. Jede frühere war besser. Man beruft sich auf Eisenbahnen und Telegraphen. Diese Grösse gestehe ich zu.

Ich: Ich denke, die Zeit ist auch gross in Ideen und in idealen Werken.

Sie: Das bestreite ich. Wir haben nur noch Soldaten, da Jeder für die Waffen erzogen wird. Was finden Sie gross?

Ich: Wenn ich an Deutschland denke, und die Entwickelung Deutschlands in unserer Zeit vergleiche mit den Zuständen seit dem Westfälischen Frieden, so sehe ich darin etwas sehr Grosses.

Sie: Sie sprechen nicht als Deutscher. Sie sind geborner Schweizer.

Ich: Eben deshalb urteile ich unbefangen. Ich kenne die particularistischen Gefühle aus Erfahrung. Die Schweizer sind Particularisten. Das hindert mich nicht die nationalen Gefühle zu verstehen.

Sie: Ich bin auch Particularistin. Ich bin eine geborene Deutsche: Ich bin Württembergerin und fühle als Württembergerin. Es giebt keine grossen Männer gegenwärtig.

Ich: Ich glaube, dass es sogar grosse Statsmänner giebt.

Mein Wort, ich freue mich in dieser grossen Zeit zu leben, hat offenbar auf die Königin wie ein Feuerfunken gewirkt, der eine Mine entzündet. Es waren wie zwei Wetterwolken, die von verschiedenen Seiten auf einander stiessen. Und das Alles beim Empfang des Instituts, nachdem sie mich hatte holen lassen, damit ich im Garten (au bois) neben ihr sitze. — Das Gespräch erinnerte mich an die früheren Gespräche, die ich in der Schweiz mit ihrem Freunde Gonzenbach hatte, auch einem laudator temporis acti.

Die Holländer scheinen mir an Selbstgenügsamkeit krank zu sein, obwohl es sehr taktlos von Pierantoni war, sie „europäische Chinesen" an dem Fest zu nennen, das sie uns gaben.

Die Conferenz der „Gesellschaft für Verbesserung und Codification des Völkerrechts" im Haag in der ersten Septemberwoche machte ich nicht mit, sondern begab mich vom 1.—5. September mit Besobrasoff nach Scheveningen.

Am 2. September, bei der Sedanfeier — es waren etwas über 100 Deutsche anwesend — musste ich den Toast auf den Kaiser übernehmen. Ich sass am Ehrenplatz, und meine Rede besprach den Unterschied zwischen

dem römischen Kaiser deutscher Nation im Mittelalter und dem heutigen deutschen Kaiser und unser Verhältnis zu fremden Nationen.

4. September. Ich begegnete der Königin am Strand und grüsste sie aus der Ferne. Als sie mich erkannte, wendete sie sich zu mir, und ich trat näher. Sie hatte offenbar überlegt, dass sie sich am 31. August hatte zu weit hinreissen lassen, und suchte durch Liebenswürdigkeit den Eindruck zu verwischen. Sie bat mich, noch einen Tag zuzugeben und am Montag bei ihr zu speisen, und sagte, sie nehme es mir übel, wenn ich sie nicht später wieder besuche. Mit Einem Wort: sie war äusserst gnädig. Ich gehe aber morgen doch mit Besobrasoff fort.

6. September. Nach Heidelberg zurück, bis Frankfurt mit Besobrasoff, der mir wieder einen sehr guten Eindruck machte: ein aufrichtiger, liebenswürdiger und geistreicher Mensch, aber merkwürdig empfänglich für Eindrücke Anderer und, wie er sagt, schwach und leitbar. Sonderbare Mischung von freiem Geist und frommer Sitte: auch er führt das Heiligenbild mit sich, das ihm als Knaben der Vater verehrt hatte.

An der diesjährigen Versammlung des Deutschen Protestantenvereins (9. deutscher Protestantentag) zu Breslau vom 28. bis 30. September nahm Bluntschli nicht Anteil.

---

15. October. Abgeordnetenwahl in Heidelberg. Es ist Krausmann gelungen, die unteren Classen der Bürger wider die Gebildeten zu verhetzen und die Wahlmännerwahlen mit Ausschliessung fast aller wissen-

schaftlich Gebildeten spiessbürgerlich zu leiten. Daher ist er auch heute als Abgeordneter gewählt worden, nicht ohne Widerspruch einer Minderheit, in der die meisten Freimaurer mitstimmten.

Wie bei den städtischen Wahlen im Frühjahr so trat auch jetzt wieder der Gegensatz der Altbürger zu den Neubürgern (den früheren Niedergelassenen) und der Ungelehrten wider die Gelehrten schroff hervor. Allerdings ist das das Werk eines ehrgeizigen Demagogen, der Revanche wollte für seine Nichtwiederwahl als Bürgermeister. Aber wenn nicht das Instrument so geartet wäre, den Classenhass und die Classenvorurteile aufzunehmen, so hätte er die Melodie nicht mit Erfolg spielen können.

Es wird viel Anstrengung kosten, um diese Torheit zu überwinden. Man war allzu freigebig mit Stimmrechten, ohne die politische Reife hinreichend zu erwägen. Die Leute müssen durch ihren Schaden belehrt werden. Wenn auf dem Lande die Pfaffen die Wahlen der Bauern und in der Stadt die Ungebildeten entscheiden, so geht es nicht vorwärts im Deutschen Reich.

---

21. October. Ich habe für die „Gegenwart" eine politische Studie über „die schweizerische Nationalität" geschrieben,[1]) veranlasst durch ein Buch von Hilty.[2]) — Ich hoffe, dass damit vielen Schweizern und Deutschen

[1]) Gegenwart, Band VIII, Nr. 49 und 51 (4. und 18. Dezember 1875). — Die Studie ist auch in die Gesammelten kleinen Schriften aufgenommen, Band II, S. 114 ff.

[2]) C. Hilty, Professor in Bern, Vorlesungen über die Politik der Eidgenossenschaft. Bern, 1875.

ein Licht aufgesteckt wird. Der Artikel enthält Gedanken, die mir sehr teuer sind. Hoffentlich wird er gut aufgenommen. Wenn Einige schmähen, so ficht mich das nicht an.

Hilty hatte den Gedanken wissenschaftlich zu begründen gesucht, dass es eine eigenartige schweizerische Nationalität gebe, dass dieselbe jedoch nicht in die Anfänge der Schweizergeschichte zurückverlegt werden dürfe, sondern als der Abschluss der früheren Geschichte und als die langsam herangereifte Frucht der Gegenwart zu betrachten sei, da sie durchaus das Werk der politischen Idee sei, und die Schweizer demgemäss noch immer fortfahren müssen eine Nation zu werden.

Dem gegenüber betont Bluntschli, dass zur schweizerischen Nationalität neben der politischen Idee wesentlich auch die Natur des Landes mitwirke: der landschaftlich eigentümliche Charakter der Schweiz erzeuge in ihren Bewohnern ein eigenartiges Gefühl gemeinsamer Heimat, welche sie trotz der Verschiedenheit der Sprache dennoch als Söhne desselben Vaterlandes verbinde.

Wenn man indessen auch eine relative Eigenartigkeit einer politischen Schweizernationalität anerkennen müsse, so dürfe man doch niemals die Fortdauer der nationalen Culturgemeinschaft der deutschen Schweizer mit der deutschen Nation, der französischen Schweizer mit der französischen Nation und der italienischen Schweizer mit der italienischen Nation ausser Acht lassen. Die schweizerische Nationalität muss mit diesem ursprünglichen und mächtigen Nationalitätsverbande rechnen. Ihre Teile sind unablöslich mit den grossen Nationen zu einer Culturgemeinschaft geeinigt, die ihr geistiges Leben bedingt. Um deswillen muss die politische Nationalität der Schweizer in allen Culturbeziehungen international bleiben. Je entschiedener die eigentliche Nationalität Culturgemeinschaft bedeutet, um so bedeutsamer macht sich dieser internationale Charakter der schweizerischen Nationalität geltend. Er ist zu einem Lebensprincip der Schweiz geworden und gibt ihr in der europäischen Statenfamilie eine Bedeutung, welche eine kleine einsprachige Völkerschaft von dritthalb Millionen Menschen nimmermehr behaupten könnte.

Die Schweiz hat in der That ein schweres Problem für sich glücklich gelöst, das für Europa noch nicht gelöst ist. Es ist ihr gelungen, die

deutsche, die französische und die italienische Nationalität, soweit sie in Bruchstücken in ihr vertreten sind, friedlich zu verbinden und gleichzeitig mehreren Nationalitäten gerecht zu werden. Alle werden geeinigt durch das öffentliche Recht und durch die Liebe zu dem gemeinsamen Vaterlande. Die volle Freiheit, welche in allen Culturbeziehungen den verschiedenen Nationalitäten gestattet wird, so dass Jeder, der Deutsche und der Wälsche, nach seiner Weise leben und sprechen kann, bewirkt die Zufriedenheit Aller. Aber sie allein erklärt nicht den grossen Erfolg; denn die Freiheit für sich allein kann auch die Gegensätze schroffer ausbilden und zum Streit reizen. Zu der Achtung der Freiheit ist das Rechts- und Statsbewusstsein hinzugetreten, welches seinem Wesen nach nicht national, sondern menschlich ist und die notwendigen Grundbedingungen eines friedlichen und freundlichen Nebeneinanderseins und Zusammenwirkens ebenso der verschiedenen Nationalitätsangehörigen, wie der verschiedenen Confessionsgenossen erkennt und als Rechtsinstitutionen und Rechtsgesetze ausprägt.

Dadurch hat die Schweiz in ihrem Bereiche Ideen und Principien geklärt und verwirklicht, welche für die ganze europäische Statenwelt segensreich und fruchtbar, welche bestimmt sind, dereinst auch den Frieden Europa's zu sichern. Sie hat der Freiheit und dem freundlichen Zusammenwirken der grossen romanischen, germanischen, und wesshalb nicht auch der slavischen Nationalitäten als Genossen der civilisierten Menschheit durch ihr Beispiel die Wege gezeigt. Wenn dereinst das Ideal der Zukunft verwirklicht sein wird, dann mag die internationale Schweizernationalität in der grösseren europäischen Gemeinschaft aufgelöst werden. Sie wird nicht vergeblich und nicht unrühmlich gelebt haben.

---

24. October. Wieder brennt es lichterloh in der Universität. Ich habe an Jolly geschrieben und ihn aufgefordert, den Brand zu löschen, bevor er die Universität ruiniert. Tiefe und starke Verstimmung hatten schon gewisse Ordensverleihungen und Besoldungszulagen erregt, welche Vielen in keinem Verhältnis zu den Leistungen

der betreffenden Docenten zu stehen schienen. Meine Erfahrungen über Ordens- und Besoldungsbewerbungen der Professoren sind so unerfreulich, dass ich vorziehe, dieses Thema nicht weiter zu berühren. Sodann aber erhob sich Klage darüber, dass die Wahl zur Ersten Kammer wieder von Wenigen unter der Hand entschieden werde, welche Stimmen sammeln, aber ohne Allen Kenntnis zu geben und ohne ihnen einen Einfluss zu gestatten. Es verabredete sich daher eine Minorität von Professoren, vom Wahlakt wegzubleiben, was zur Folge hatte, dass am Wahltage die erforderliche Stimmenzahl fehlte. Darob grosse Entrüstung auf Seiten der Majorität. Der Prorector (Geh. Rat Dr. Kuno Fischer) ist ausser sich und will um jeden Preis weggehen. Denn weil die Betreffenden es unterlassen hatten, von ihrer beabsichtigten Wahlenthaltung ihm vorher Nachricht zu geben, so betrachtet er die Sache als eine gegen ihn persönlich gerichtete Intrigue.

So schwierig es ist, so muss endlich Frieden gestiftet werden. Sonst geht Alles aus Rand und Band. Soll geholfen werden, so müssen zwei Dinge geschehen:

1) Die Führer der sog. Majorität müssen die bisherige Methode, von einem engsten Kreise aus durch vorherige Stimmensammlung Alles bestimmen zu wollen, aufgeben und auf dem Fuss der Gleichberechtigung Aller freundlich und collegialisch verhandeln.

2) Die Führer der ausgebliebenen Opposition müssen dem Prorector erklären, dass sie nicht gegen ihn conspiriert haben, und sie können das um so leichter, da es wahr ist.

So kann, was einen neuen Riss drohte, zur leidlichen Verständigung und zum Frieden umgewandelt werden. Aber das ist nur durch persönliche Besprechung und

Einwirkung zu erreichen, indem man Alle zusammenruft und zwar zu dem bestimmten Zweck, die Universität vor der Erneuerung der Streitigkeiten zu retten. Wenn das nicht gelingt, so geht sie für einige Zeit unter, und wenn es wieder zum Bruch der gesellschaftlichen Beziehungen kommt, so wird das Leben hier zur Hölle.

---

6. November. Plötzliche Nachricht von Robert v. Mohl's Tod. Er war mein Vorgänger in der hiesigen Professur. Der Tod von Mohl ist, wie es scheint, sehr ruhig erfolgt, ohne Krankheit, leise in der Nacht (vom 4. auf den 5. November). Am Tag vorher war er noch im Reichstag und ass mit seinen Landsgenossen zu Mittag. Es fehlte ihm nichts, als er sich zu Bette legte. Der Tod kam im Schlaf über ihn, ohne dass er es gewahr wurde. Ein beneidenswertes oder vielmehr ein Los, das ich mir auch wünsche!

---

8. Dezember. Meine Frau ist so schwach, dass die kleinste Aufregung ihr Beklemmung verursacht. Sie wird den Winter schwerlich überleben. Meine schönen Träume von der goldenen Hochzeit, die ich bald erleben werde, sind dahin.

---

30. Dezember. Generalversammlung im Museum. Der Umbau und Neubau des Museums kostete statt der 120,000 ℳ des Voranschlags und der Creditbewilligung über 140,000 ℳ mehr. Der Architekt Behagel hatte eigenmächtig und leichtsinnig diese Überschreitung des Baubudgets um mehr als die doppelte Summe verursacht, ohne zu fragen. Der Ausschuss hatte wenig Auf-

sicht geübt. Alle vertrauten, dass vor dem Gelingen des Bau's die Vorwürfe verstummen werden.

Innerhalb der Gesellschaft trat eine gefährliche Stimmung ein. Es drohte ein Zwiespalt, der den Ruin der Gesellschaft bewirkt hätte.

Mein Versuch, eine Verständigung zu bewirken, war schliesslich glücklich. Grundlage war: Anerkennung des Baues als gelungen, klarer Tadel der Verletzung der Ordnung, Stärkung dieser, Aussicht auf Indemnität, wenn dieselbe verlangt und näher begründet werde und ein Deckungsplan vorgelegt sei.

Ich begründete in der Versammlung den sorgfältig ausgearbeiteten Antrag, der ohne Discussion einstimmig angenommen wurde. Damit war die Gefahr einer Spaltung beseitigt.

Also das Jahr mit seinen heftigen pathischen Stürmen (Blasten) glücklich vorüber.

19.

Aus dem Jahre 1876.

Ausblick. Vermächtnis an die Heidelberger Loge. Todesfälle im Freundes- und Familienkreise: Bluntschli's Frau stirbt. Badische politische Zustände. Institut für Völkerrecht. Wissenschaftliche Auszeichnungen. Der Kaiser von Brasilien. Protestantentag in Heidelberg. Italienische Reise. Natur- und Menschen-Geschichte. Auf der Generalsynode in Karlsruhe. Rede des Grossherzogs. Über die rechtliche Verantwortlichkeit und Unverantwortlichkeit des Papstes. Zur deutschen Doctorfrage gegen Mommsen. Der Process Bauffremont-Bibesco. Völkerrechtliche Briefe.

1. Januar. Ob die Conferenz in Petersburg stattfinden wird, ist zweifelhaft wegen der türkischen Frage.

Ich will mich bemühen in der Kammer für bessere Besoldung der Geistlichen noch zu wirken. Vielleicht mein letztes Kammergeschäft.

Es wäre nicht unmöglich, obwohl ganz thöricht, wenn etwa ein neues Ministerium sich auf die Erste Kammer stützen wollte.

Mein Versuch einer Verfassungsreform stiess im vorigen Jahr bei dem Hof und daher auch in der Ersten Kammer und beim Ministerium auf Hindernisse. Jetzt habe ich die Reform aufgegeben, da ich sehe, dass der Stat doch nicht zu halten ist. Wenn das Reich vollends die Eisenbahnen an sich zieht, und die ganze Civil- und Strafgesetzgebung mitsamt dem Process einheitlich ordnet, so hat das Land thatsächlich die Stellung einer Provinz, und die Statsexistenz ist nur noch Schein. Ein Stat ohne Diplomatie, ohne Heer, ohne Eisenbahnen, ohne Posten, ohne Münzrecht, ohne eine eigene Rechtsgesetzgebung und Gerichtsorganisation ist kein Stat mehr. Das ist nicht zu ändern, weil es das Ergebnis grosser mächtiger Kräfte und nationaler Entwickelung ist. Damit sinkt aber das Interesse an dem Land; das Reich ist allein noch lebendig.

---

4. Januar. Gedanke, als Vermächtnis an die Brüder der Loge Ruprecht zu den 5 Rosen zu widmen:

a) die Schrift über Gott und Natur,

b) einen noch zu bearbeitenden Aufsatz über Unsterblichkeit.[1])

[1]) Diesen Plan hat Bluntschli verwirklicht, indem er im Jahr 1878 bei Köbel in Heidelberg „Freimaurergespräche I. über Gott und Natur, II. über Unsterblichkeit. Ein Vermächtnis

Sie mag dieselben drucken lassen und zunächst für Brüder, aber nicht ausschliesslich herausgeben. Der Erlös soll zu humanitären Zwecken verwendet werden.

---

30. Januar. Heute kam die überraschende Nachricht von dem Tode Gustav Widenmann's. Ein schmerzlicher Schlag für die Rohmer'sche Wissenschaft und eine Mahnung nicht zu zaudern.[1])

---

24. Februar. Nachricht von dem plötzlichen Tode Hottinger's.[2]) Ein neuer schwerer Schlag für den kleinen Kreis der Rohmer'schen Freunde! Hottinger war ein nobler Mensch im Vollsinn des Worts. Sein Charakter war männlich, eher als sein Geist, und doch hatte auch dieser ein Verständnis für Linien, die den Meisten verborgen bleiben.

Ich fürchte, meine Frau wird die Dritte sein, die in diesem Jahr aus diesem engen Freundeskreise abscheidet. Ich bin Gott dankbar für jede kurze Spanne Zeit, die er ihr schenkt.

---

22. März. Seither ist es mit meiner Frau sehr

an die Brüder" erscheinen liess, welche schon im J. 1879 in 2. Auflage ausgiengen. — Sodann gab er dieselbe Schrift mit unwesentlichen Veränderungen für das gebildete Publikum überhaupt bei C. H. Beck in Nördlingen im J. 1880 heraus u. d. T.: „Gespräche über Gott und Natur und über Unsterblichkeit von Dr. J. C. Bluntschli". VI u. 85 S. kl. 8.

[1]) Dr. Gustav Widenmann starb als praktischer Arzt zu Ulm am 28. Januar.

[2]) Herr von Hottinger-Waldersee schied am 20. Februar aus diesem Leben in seiner Villa Bel-air bei La Tour de Peilz am Genfer See.

schlimm geworden. Gestern war sie sehr verändert; sie hatte den Ausdruck einer Sterbenden und nur halbe Besinnung. Unsere Ehe war doch eine glückliche und gesegnete. Ich danke Gott, wenn er sie gelinde zu sich ruft.

3. April. Um Mittag 12 Uhr starb meine Frau. Der Tod war, wie ich gehofft, ohne schweren Kampf, ein Einschlummern. Wir verlieren viel an ihr. Sie war mir eine treue Gefährtin; ihrer Sorge und Liebe habe ich so viel zu verdanken. Und ebenso war sie ihren Kindern eine liebe, treue Mutter; sie verehren und lieben sie alle auf's innigste.

5. April. Abends 4 Uhr Begräbnis.

Ich habe zwei Grabplätze in dem reservierten Raum des Friedhofs erworben, wo auch Häusser, Thibaut und Voss begraben sind. Eine ruhige stille Ecke. Das eine Grab ist für sie, das andere für mich. Ich wünsche Ein Denkmal für uns beide. Mein Sohn Fritz will es entwerfen.

Die Feier in der Peterskirche und die ganze Bestattung war erhebend. Pfarrer Schellenberg hielt die Leichenrede und las die Lebensskizze, die ich niedergeschrieben hatte. Es war alles würdig, einfach und edel. Das Publikum nahm ungewöhnlichen Anteil. Man sah überall, dass die Frau hoch geachtet war in ihrer bescheidenen stillen Tugend.

12. April. Die Grossherzogin liess mich zu sich rufen, um mir persönlich ihre Teilnahme auszudrücken. Sie war sehr herzlich und schüttelte mir beim Kommen und Gehen warm und eifrig die Hand. Sie zeigte ein Verständnis der schlichten, aber kernvollen Natur meiner sel. Frau. Ich war von diesem Besuch innerlich befriedigt und

gerührt. Es war etwas so Natürliches, Menschliches, Edles in dem ganzen Verhalten, dass es mich tief ergriff.

Überhaupt bin ich von der allgemeinen Teilnahme in sehr wohlthuender Weise berührt. Ich sehe daraus, dass ich wirklich von den Menschen geachtet und von Vielen geliebt werde.

---

18. März. In Karlsruhe war Sturmwetter wie in der äusseren Natur, so in der Partei. Es drohte Spaltung in der liberalen Partei, welche in der Kammer die entschiedene Mehrheit bildet, und Zusammenstoss der Volksvertretung mit dem Ministerium Jolly, dessen Sturz — es ist dies ein öffentliches Geheimnis — auch in manchen hohen Kreisen mit Vergnügen betrachtet würde. Das Ministerium hatte zwei Vorlagen von politischer Tragweite gemacht, die eine über die obligatorische Einführung confessionell gemischter Volksschulen, die andere über Besserstellung der gering besoldeten Pfarrer durch Statszuschüsse zu dem Pfarreinkommen. Durch die erste Vorlage hatte das Ministerium die Wünsche des Landtags freundlich berücksichtigt. Dennoch schien es auch da über einige Nebenbestimmungen zu einem Streit zwischen Kammer und Ministerium zu kommen. Noch bedenklicher schien die Meinungsverschiedenheit über die zweite Gesetzesvorlage. Die lithographische Correspondenz, das Organ der Partei, von Kiefer redigiert, und die Karlsruher Zeitung, das Organ des Ministeriums, waren einander scharf und nicht ohne Leidenschaft entgegengetreten. Die Frage, ob die Geistlichen, welche Statsunterstützung erhalten, einen Revers ausstellen sollen, den Statsgesetzen Gehorsam zu leisten, war von beiden Seiten zu einer Principien- und Cardinal-

frage aufgebauscht und zugespitzt worden. Dennoch waren in der Sache beide Teile einig, dass der Stat nicht an rebellische Pfarrer Geld zahlen dürfe. Das Sturmwetter ist indessen doch milderen und freundlicheren Stimmungen gewichen. Zwischen Kiefer und Jolly haben eingehende Besprechungen stattgefunden, und es ist über beide Vorlagen ein Einverständnis wenigstens in so weit erzielt, dass man der endlichen Vereinbarung sicher ist. Die badische Krisis darf als überwunden, und die Sicherheit des Ministeriums als neu gestärkt betrachtet werden.[1])

Ende Juni. Die Kammerzustände sind nicht erfreulich. Die Erste Kammer ist ohne Leben und ohne Kraft. In der Zweiten ist etwas mehr Charakter und Geist; aber auch da sind die Dinge zerfahren, und die Partei wird mit Mühe zusammengehalten. Die grosse nationale Strömung unterhöhlt fortwährend die particulare Existenz, und doch klammern sich Manche ängstlich daran. Der Hof drückt auf Jolly, und sucht durch diesen den Druck auf die Kammer zu verbreiten. In dieser ist Kiefer sehr entschieden zum Widerstand entschlossen, und der Versuch, eine Spaltung der Partei zu veranlassen und den Abfall der Masse von den Führern zu bewirken, ist misslungen; aber durch eigenmächtiges, zuweilen schroffes Vorgehen und durch kleinliches und doctrinäres Beharren und Zwingen macht er die Leute missmutig.

Kiefer ist ein vortrefflicher Mensch, voll Ideen und reicher Belesenheit, von unermüdlichem Eifer und Fleiss

[1]) Vergl. Bluntschli's Correspondenz „Aus Baden, 16. März unter der Chiffre γ in der A. A. Z. Nr. 79 (19. März 1876) S. 1188 f.

und von ehrlicher Gesinnung, aber immer bereit auf die Mensur zu gehen; er will das Gute, ist opferbereit, studiert die Sachen, hat Mut und Schneide, aber er ist zu eigenartig, zu herrisch, zu sehr von seiner eigenen Meinung erfüllt und getrieben und dabei zu doctrinär angelegt, um ein guter Parteiführer zu sein.

Die ewigen bitteren Ausfälle gegen die Ultramontanen, und dieser hinwiederum gegen die Liberalen, und der ganze unnötige Eifer des unfruchtbaren Culturkampfs sind mir auch zuwider. Ich selbst schlage zuweilen einen andern Ton an, der den Leuten gefällt, der aber doch keine Nachfolge findet.

---

15. Juli. Endlich Kammerschluss, — die Kammern waren am 23. November 1875 zusammengetreten. Gemeinsames Kammeressen, aber nicht im Schloss. Die Minister nehmen Teil, aber nicht als Gäste, sondern als Mitglieder. Im Privatgespräch nach Tisch brach der Hass der Ultramontanen — es waren von ihnen Förderer und Lender anwesend — gegen Jolly aus. Sie erklärten sich mit Lamey oder mir leichter zu verstehen, trotz der verschiedenen Richtung und gestanden, manches gelernt zu haben, im Gegensatz zu den Fanatikern. Das Verhältnis der liberalen Partei zu dem Ministerium ist sehr kühl, nicht feindlich, aber auch nicht vertraulich.

---

15. Juli. Ob das Institut für Völkerrecht in diesem Jahr zu Zürich, wie bestimmt war, sich versammeln werde, ist zweifelhaft geworden. Ich rate davon ab. Der Krieg macht befangen und lenkt ab.[1])

---

[1]) Der Zusammentritt des Instituts wurde denn auch abgesagt.

Ich habe von Rom eine schöne kupferne Tafel erhalten mit der Inschrift, dass ich als Mitglied der Akademie der Lüchse (Accademia Reale dei Lincei) aufgenommen sei. Eine vortreffliche Methode des Diploms, von römischer Eleganz und Dauerhaftigkeit.

---

1. August. Heute besuchte der Kaiser von Brasilien ganz allein mein Colleg und setzte sich von 9—10 Uhr auf eine Studentenbank. Die Stühle verbat er sich. Ein freundlicher alter Herr von 51 Jahren, der aber einem Sechziger ähnlich sieht.

---

12. August. Endigung des 1. Teils der Biographie.

Ende August (28.—31.) Protestantentag (zehnter) in Heidelberg, den ich präsidieren musste. Die Sache verlief im Grossen und Ganzen gut, nicht ohne Schwierigkeit im Einzelnen.

Die Resolutionen, die im Namen von Wendt und Höchstetter in Carlsruhe veröffentlicht worden, waren sehr unglücklich. Die Thesen über das Thema: „Stoff und Behandlungsweise des Religionsunterrichts in Schule und Haus“ waren durchaus in radicalem kirchenfeindlichem Geiste geschrieben und überspannten die statlichen und voraus die schulmeisterlichen Rechte auf's unerträglichste. Ich opponierte im Engeren Ausschuss sehr entschieden und führte aus, die einfache Annahme dieser Thesen, die nur auf Wissenschaft und Verstand (Kritik), aber nicht auf Religion und Kirche Rücksicht nehmen und überhaupt gar nicht zu wissen scheinen, was Religion ist,

würde den Protestanten-Verein wenigstens in Baden gänzlich ruinieren. Wollten wir solche Ansichten zu den unsrigen machen, so würden wir mit unserer Verfassung und Gesetzgebung und mit dem Bedürfnis und den Zuständen unseres Volks in einen Widerspruch geraten, den dieses nicht dulden würde.

Der Ausschuss beschloss sodann, sich mit der Aussprache neuer, blosser Resolutionen zu begnügen, und die Thesen der Referenten von diesen begründen zu lassen, ohne dafür einzustehen. Abends ergab sich dann in der Commission, dass Wendt selbst sich mit meinen Ansichten einverstanden erklärte und behauptete, die angefochtensten Stellen seien gar nicht von ihm verfasst, sondern von (P. W.) Schmidt hineinredigiert worden. Es kamen nun im Einverständnis mit den Referenten neue Thesen zu Stande, die einstimmig angenommen wurden.

Am Tage darauf predigte Baumgarten und bezeichnete Schenkel von der Kanzel — zwar ohne Nennung des Namens, aber für Jedermann verständlich — als den Sünder, der bekennen müsse, er habe Unrecht gethan, als er die Kirche den Pietisten verschloss.[1]) Schenkel verliess die Kirche krank vor Wut. Ich war als Präsident genötigt, das Verfahren Baumgarten's zu tadeln. In der Sache konnte ich ihm nicht Unrecht geben, aber die Form war arges Unrecht. Vergeblich berief sich Baumgarten auf den Streit zwischen Paulus und Petrus. Die standen sich auf gleichem Boden gegenüber; jener kanzelte nicht als Richter und Prediger diesen als den Zuhörer ab, der nichts entgegnen konnte.

---

[1]) Vgl. hierüber Protest. Kirchenzeitung 1876, Nr. 37, S. 788.

Ausgezeichnet waren die Reden von Wendt über die Schule, von Lammers und Hossbach über die Sonntagsruhe und Sonntagsfeier.

In meinem Toast auf den Grossherzog hob ich den Unterschied hervor zwischen Gleichberechtigung der kirchlichen Parteien in Baden, die wir haben, und Gleichschätzung, die wir gar nicht wollen.

---

2. September. Endlich italienische Reise.

Bluntschli hielt sich 8 Tage in der Schweiz, in Zürich und in Brunnen auf, fuhr dann mit eigenem Wagen über den St. Gotthard und blieb bis Ende September in Oberitalien, wo er die Borromäischen Inseln, Mailand, Venedig, Verona und den Gardasee besuchte. — Auf dieser Reise bemerkt er im Tagebuch:

Ich lese mit grossem Interesse das Buch von Edgar Quinet: „Die Schöpfung“, worin er den inneren Zusammenhang der Menschengeschichte und der Naturgeschichte zu finden sucht. Diese Art von Betrachtung sagt mir mehr zu und befriedigt mich mehr, als sowohl die reine Speculation, die nur ewige Abstractionen sieht, ohne Leben und ohne Entwicklung, als auch die gewöhnliche Naturwissenschaft, welche über der Erscheinung den Geist vergisst. Die Rohmer'sche Speculation ist freilich von anderer Art; sie hat die Entwicklung der Eigenschaft aus der Unterlage und damit das Werden der Natur und folglich auch Gottes begriffen.

Quinet schliesst oft von der makrokosmischen Natur auf die mikrokosmischen Wesen und umgekehrt, ohne sich jedoch dieses Gegensatzes völlig bewusst zu sein.

Wie jede grosse Weltperiode der Erde eine besondere Pflanzen- und Tierwelt hervorgebracht hat, so auch jedes Zeitalter der Menschen seine besonderen politischen und plastischen künstlichen Formen. In den späteren ist ebenso die Erinnerung an die früheren geblieben.

Es ist ebenso wahr: Nichts wiederholt sich im Leben, wie: es giebt nichts Neues unter der Sonne und Alles wiederholt sich.

Das Wesen ist ewig, die Form der Erscheinung veränderlich und wechselnd.

Während des Octobers (5.—30.) in Carlsruhe auf der Synode.[1]) Zum dritten und wohl zum letzten Male fungierte ich als Präsident der Synode. — Dieselbe war friedlicher und fruchtbarer als ihre beiden Vorgängerinnen. Doch lagen wichtige Fragen vor. Es wurde ein neues Schulbuch: „Biblische Geschichte“ durchberaten und angenommen, und ebenso eine neue Agende, Kirchenbuch genannt. Zu einem neuen Lehrbuch der Religion anstatt des Katechismus und zu einem neuen Gesangbuch wurde die Einleitung getroffen. Die Synode sprach sich über die Notwendigkeit einer Kirchensteuer aus. — Nur einen dunkeln Punkt hatte die Synode, dass der Landesbischof sich nichts um sie zu kümmern schien: er war während der Zeit, dass die Synode tagte, auf der Auerhahnjagd.

[1]) Bei den Neuwahlen zur badischen Generalsynode, welche am 15. Juni stattgefunden hatten, war Bluntschli von der Diöcese Sinsheim als weltlicher Abgeordneter einstimmig gewählt worden; auch die Diöcese Mosbach hatte seine Wahl in hartem Kampf mit der orthodoxen Partei durchgesetzt.

31. October. Schluss der Synode.

Meine Schlussrede gab der Befriedigung Ausdruck über das einträchtige Zusammenwirken.

Es hatte doch gewirkt, dass ich den Präsidenten des Oberkirchenrats, Statsrat Nüsslin, noch mahnte, er solle den Grossherzog von dem Schluss brieflich unterrichten.

Der Grossherzog erklärte umgehend, dass er die Synode zu empfangen wünsche und in der Nacht nach Carlsruhe reisen werde, so dass er am Dienstag (31. Oct.) Morgens nach 6 Uhr da sei.

Er benutzte die Gelegenheit, bei dem Diner, das er der Synode gab, eine politische Rede zu halten. Sehr bestimmt erklärte er, dass er reichstreu bleibe und seine Regierung nicht abfalle von der liberalen Richtung.[1])

Viel energischer noch sprach er sich im Privatgespräch mit Kiefer aus: „Sogar wenn ich meine ganze Vergangenheit Preis geben wollte, ich könnte es nicht. Wie kann man mir denn das zutrauen?“ — Nur das klärte er nicht auf, warum er Lamey nicht berufen hatte. Das ist der dunkle Punkt. Lamey war als Vertrauensmann der Kammer nicht zu umgehen, und ihm war an Bedeutung Niemand gleich, weder Turban, noch Stösser, noch gar Obkircher, den er zu Rate zog.

Meine Tafelrede im Schloss hat, wie ich sehe, sehr gefallen. Ich war nicht zufrieden mit mir. Die Sache war wohl gut, aber die Form hätte besser sein sollen.

---

[1]) Am 21. September war Jolly entlassen worden und an seine Stelle als Ministerpräsident Turban getreten; Stösser wurde Minister des Innern. Über die Rede des Grossherzogs vergl. Schulthess, Europ. Geschichtskalender, 17. Jahrgang, 1876, S. 190 f.

16. Dezember. Tod von Carl Gysi am 11. Dezember auf dem Heimstein. Ich war verhindert zum Begräbnis hinzureisen.

Ich arbeite wieder stark an dem zweiten Teil meiner Biographie.

Über Bluntschli's litterarische, resp. publicistische Thätigkeit im Jahr 1876 ist folgendes nachzutragen:

1) Im Februar und März veröffentlichte er in der Wochenschrift „die Gegenwart“ eine völker- und statsrechtliche Studie über die rechtliche Unverantwortlichkeit und Verantwortlichkeit des römischen Papsts[1]). Nachdem er das italienische Garantiengesetz vom 13. Mai 1871 einer Kritik unterzogen und den Unterschied der eigentlichen weltlichen Souveränetät der Statsgewalt und der uneigentlichen, bloss geistlichen Souveränetät des Papstes als der höchsten kirchlichen Autorität klargestellt hat, gelangt er zu folgenden Ergebnissen:

a) Es gibt keine allgemeine Rechtspflicht, weder des Statsrechts, noch des Völkerrechts, welche die Staten nötigen würde, dem Papst eine privilegierte Rechtsstellung, insbesondere die Privilegien der Immunität und Exterritorialität zu gewähren und denselben von der verfassungsmässigen Unterordnung unter die Statsgesetze und Unterwerfung unter die Polizei- und Gerichtsholeit des Stats zu befreien. Wohl aber können politische Gründe, sei es einzelne Staten, sei es die civilisierten Staten überhaupt dazu bestimmen, mit Rücksicht auf den Glauben und die Wünsche der römisch-katholischen Bevölkerungen ihrer Länder und aus Ehrerbietung für die weltgeschichtliche Institution des römischen Papsttums und seine universelle Bedeutung, den Päpsten eine privilegierte und eximierte Rechtsstellung, nach Analogie der souveränen Rechte der Statshäupter, zu gewähren.

---

[1]) Gegenwart, Band IX, Nr. 8, 9, 10. — Diese Abhandlung erschien auch als besondere Schrift u. d. T.: Die rechtliche Unverantwortlichkeit und Verantwortlichkeit des römischen Papsts. Eine völker- und statsrechtliche Studie. Beigabe: das italienische Garantiengesetz. gr. 8. 36 S. Nördlingen, C. H. Beck, 1876.

b) Sowohl Rechtsgründe, als politische Gründe sprechen dafür, dass die Staten die Erteilung dieses Rechtsprivilegiums an die Päpste an die Bedingung knüpfen, dass die Päpste ihrerseits die verfassungsmässige Rechtsordnung der Länder respektieren und keine von dem Völkerrecht als Friedensbruch verbotene Handlung wider die Staten üben.

c) Wenn gleich die Papstfreiheit im weitesten Umfang geschützt wenden mag, so darf doch kein Stat gestatten, dass sein Gebiet und sein Privilegium zu völkerrechtswidrigen Friedensbrüchen wider einen andern Stat vom Papst missbraucht werde. Dafür ist jeder Stat den andern Staten verantwortlich, wie wenn ein entthronter Souverän von dem Gebiet eines neutralen States den Krieg erneuern wollte.

2. Im Mai ging er ebenfalls in der Gegenwart (Band IX. Nr. 21) in einem Aufsatz: „Zur deutschen Doctorfrage“ gegen Mommsen vor. Er schreibt: Ich will auf die für die Universitäten und Facultäten kränkende Form, in welcher die neuesten Reformvorschläge Mommsen's veröffentlicht worden sind, nichts erwidern. Aber ich darf es nicht unterlassen, auf die Verderblichkeit der Mittel hinzuweisen, mit welchen Mommsen seinen Reformplan durchsetzen will. Diese Mittel sind ein sehr viel grösseres Übel als die Missbräuche, die mit denselben bekämpft werden sollen. Mommsen ruft die Macht des preussischen Cultusministeriums zu Hülfe und fordert, dass dieses seine Reformen — natürlich ohne eine abweichende Meinung zu dulden, oder auch nur zu hören — den kleineren deutschen Bundesregierungen aufnötige, er erwartet dann, dass diese hinwieder ihre Universitäten zwingen werden. Wenn das Alles nicht geschehen oder nicht helfen sollte, dann droht er mit einer Excommunication der einen Universitäten wider die andere.

Die Erteilung wissenschaftlicher Ehren ist der Natur der Sache gemäss und nach der überlieferten Sitte ein Gebiet, in welchem die Universitäten selbständig walten. Nirgends weniger ist ein Reglementieren und Dirigieren der Statsgewalt am Platz. So verkommen sind unsere Facultäten nicht, um ein täppisches Eingreifen des Polizeistocks geduldig zu ertragen, selbst dann nicht, wenn die Gewalt den Mantel der höheren Sittlichkeit umhängt und im Namen des Grossstats die Kleinstaterei zu züchtigen vorgibt. Die Excommunicationen der Pfaffen aber sind mit vollem Recht so verhasst, dass ihre Nachbildung in

neuen Excommunicationen der Professoren sicher in Deutschland keine Billigung und keine Nachahmung finden wird.

3) Sehr in Anspruch, auch gemütlich, nahm ihn in diesem Jahr der Fall Bauffremont-Bibesco. Er arbeitete für die Fürstin Bibesco ein Rechtsgutachten aus und veröffentlichte bei Bassermann in Heidelberg die Schrift: „Deutsche Naturalisation einer separierten Französin und Wirkungen der Naturalisation. Beleuchtung einer Frage des internationalen Rechts bei Gelegenheit des Streits zwischen dem Prinzen von Bauffremont und der Fürstin Bibesco" (gr. 8. 52 S.). — Ausserdem berichtete er über diesen in rechtlicher Hinsicht hochinteressanten und äusserst verwickelten Process in der Gegenwart[1]), und gieng in der Augsburger Allgemeinen Zeitung[2]) sehr energisch gegen Dr. Stölzel vor, welcher, und zwar wohlverstanden vom Standpunct des Deutschen Rechts aus, die Rechtmässigkeit der zweiten Ehe der Fürstin bestritten und die Nichtigkeit der vor dem Berliner Standesamt vollzogenen Eheschliessung behauptet hatte.

Der Fall war der: Valentine de Riquet, Gräfin von Caraman-Chimay, einer vornehmen und reichen belgischen Adelsfamilie entsprossen, hatte sich mit dem Fürsten Bauffremont, einem französischen Offizier, vermählt, die Ehe war jedoch durch die französischen Gerichte auf Anrufen der Frau im J. 1872 getrennt und der Mann als der schuldige Teil angenommen worden. Das französische Recht lässt nun aber bloss Trennung (separatio perpetua) zu Tisch und Bett, nicht aber Trennung (solutio) des ehelichen Bandes d. h. volle und wirkliche Scheidung zu, während das Preussische Landrecht (II, 1, §. 734) und das neue Deutsche Reichsrecht (Reichsgesetz vom 6. Februar 1875, §. 77) der separatio perpetua des kanonischen Rechts alle bürgerlichen Wirkungen einer gänzlichen Ehescheidung zuerkennt. Um daher eine neue Ehe mit dem Fürsten Bibesco, ebenfalls einem französischen Offizier, eingehen zu können, liess sich die separierte Fürstin Bauffremont in Sachsen-Altenburg als Deutsche naturalisieren und schloss sodann diese zweite Ehe am 24. October 1875 vor dem Berliner Stan-

[1]) X. Band, Nr. 43: Der Fall Bauffremont-Bibesco. Zur Beleuchtung der Mängel unserer Rechtszustände.

[2]) Beilage Nr. 281. S. 4291: Zum Process Bauffremont.

desamt ab. Da das Auswärtige Amt des Deutschen Reichs die Gültigkeit und Wirksamkeit der deutschen Naturalisation in Sachsen-Altenburg ausdrücklich für den ganzen Umfang des Deutschen Reichs anerkannt hat, so bestand nach Deutschem Recht die zweite Ehe der Fürstin unzweifelhaft zu Recht. Ebenso waren aber auch, was Bluntschli freilich bestreitet, die französischen Gerichte in ihrem Recht, wenn sie die zweite Ehe der Fürstin nach französischem Recht und für Frankreich für nichtig erklärten; denn da die séparation de corps, auch wenn sie à perpétuité ausgesprochen ist, die Eigenschaften der Ehegattin als solcher nicht aufhebt, so kann eine von ihrem Mann separierte Frau ohne dessen Autorisation sich in einem fremden Lande nicht naturalisieren lassen.

4) Endlich liess Bluntschli Angesichts der Kämpfe in der Türkei „Völkerrechtliche Briefe" erscheinen. In dem 1. Artikel behandelt er das Recht der europäischen Intervention in der Türkei[1]), im 2. die Neutralität Rumäniens im Fall eines russisch-türkischen Kriegs[2]), im 3. den Angriff Rüstow's auf das Kriegsvölkerrecht überhaupt und speciell auf den völkerrechtlichen Grundsatz, dass der Krieg nur als Rechtshilfe erlaubt ist.[3])

---

[1]) Gegenwart, Band X. Nr. 50. (9. Dez. 1876).

[2]) Ebendaselbst, Band X, Nr. 52. (23. Dez. 1876).

[3]) Ebendaselbst, Band XI. Nr. 2. (13. Jan. 1877). Dieser 3. Artikel ist unter dem Titel „Kriegsvölkerrecht und Kriegsgebrauch" in die Gesammelten kleinen Schriften, Band II. S. 256 ff. aufgenommen worden. — Dem „kritischen Versuch" des Generals der Cavallerie z. D., J. v. Hartmann, über Militärische Notwendigkeit und Humanität, welcher in Rodenberg's Deutscher Rundschau 1877, Octoberheft S. 111—128 und Decemberheft S. 450—471 erschien, widmete Bluntschli hiernach eine besondere Widerlegung nicht. Auch hier werden die beiden Sätze Bluntschli's bestritten, 1) dass der civilisierte Krieg nicht mehr auf wechselseitige Schädigung und Tötung gerichtet sein dürfe, sondern nur auf ein gerechtes Friedensziel, weshalb jede unnötige Tötung selbst der bewaffneten Feinde Unrecht sei, und 2) dass das Privateigentum auch im Krieg von Seiten der siegenden Kriegsgewalt zu respectieren sei und nur infolge der militärischen

20.

Aus dem Jahre 1877.

Wahl zum Prorector. Siebenzigster Geburtstag. Zürcher Zustände. König von Schweden. Ehrenmitglied der St. Petersburger Universität. Deutsche Revue. Regierungsjubiläum des Grossherzogs. Manifest des Instituts für Völkerrecht im russisch-türkischen Krieg. Mitglied der belgischen Akademie der Wissenschaften in Brüssel. Die Berliner kirchlichen Wirren. Ablehnung einer Wiederwahl in die Kammer. Universitätsjubiläum in Tübingen. In der Schweiz. Versammlung des völkerrechtlichen Instituts in Zürich. In Basel in der Redactions-Commission für eidgenössisches Obligationenrecht. Prorectoratsrede über die Einteilung der Universität in Facultäten. Publicistische Thätigkeit. Das Völkerrecht in 3. Auflage.

13. Januar. Heute wurde ich wieder zum Prorector gewählt. Ich hätte das nicht für möglich gehalten nach den früheren Kämpfen und nach der Acht, die von der s. g. Majorität gegen die ganze Minderheit ausgesprochen war.

Die Not hat das zuwege gebracht. Viele fürchteten, wenn Pagenstecher gewählt werde, so gebe es neuen Unfrieden, Verwirrung und Conflicte. Die medicinische Facultät brachte mich als Gegencandidaten in Vorschlag und betrieb meine Wahl eifrig. Ich selbst wünschte nicht gewählt zu werden und that nichts dafür. Einige der Gegner stimmten gar nicht. Die Wahl kam erst im zweiten Wahl-

Notwendigkeit angegriffen werden dürfe. Dem gegenüber behauptet der militärische Verfasser, die Kriegsgewalt müsse ungehemmt durch moralische und völkerrechtliche Schranken alle sich darbietenden Mittel verwenden dürfen und zu verwenden wissen; sie sei in ihrem Machtbereich vollständig souverän und müsse vollständig rücksichtslos verfahren.

gang mit 15 Stimmen gegen 12 zu Stande. Ich erklärte anzunehmen, weil ich die Wahl nicht als Parteiwahl betrachte.

---

4. März. In wenigen Tagen werde ich meinen 70sten Geburtstag feiern.[1]) Von den Werken, die ich im Anfang des J. 1873 (cf. oben Cap. 16) vor Augen gehabt, ist seither Manches beendet oder nahezu vollendet.

Meine Biographie ist bis 1856 fortgeschritten. Die Rohmer'sche Biographie ist dadurch ebenfalls gefördert. Die Rohmer'sche Wissenschaft bedarf noch Arbeit.

Die Politik und die Statslehre für das Volk sind geschrieben.

Ich nehme Neues vor:

a) Zwei Gespräche über Gott und Unsterblichkeit: — Vermächtnis Bluntschli (s. ob. Cap. 19).

b) Friedrich II. von Staufen } als Statsphilosophen.
c) Marsilius von Padua }

Vor Ostern (1. April) war ich etwa 10 Tage in Zürich. Meine alten Freunde: Alexander Schweizer, Ferd. Keller, Muralt, Meyer u. s. f. habe ich gesehen und Jugenderinnerungen aufgeweckt. Die Lebensschlange beisst sich in den Schwanz. Der Lebensring wird abgeschlossen.

Die Zustände in Zürich sind aber unbehaglich. Die Herrschaft einer rohen Demokratie ist für Gebildete kaum erträglich, und die Reichen werden ausgepresst wie volle Orangen.

---

[1]) Bluntschli meint den Antritt seines 70. Lebensjahrs.

3. April. Antritt des Prorectorats.

Abends Diner bei dem König von Schweden im Europäischen Hof. Der König ist ein sehr unterrichteter Mann von gefälligem natürlichem Wesen. Nach Upsala zur Jubiläumsfeier gehe ich doch nicht. Das wäre bei meinem Alter ein Wagnis.

---

6. April. Aus Petersburg erfahre ich durch Martens meine Ernennung zum Ehrenmitglied der kaiserlichen St. Petersburger Universität (die Wahl war auf Antrag der juristischen Facultät am 14./26. März erfolgt).

Bismarck's Rücktritt[1]) macht mir einen peinlichen Eindruck. Ich sehe darin die Macht der Hofcabale und den Hass der Weiber.

---

28. und 29. April in Karlsruhe beim 25jährigen Regierungsjubiläum des Grossherzogs. Ich war „Glückwunschdrilling" 1) für die Universität als Prorector, 2) für die Kammer als Vicepräsident der II. Kammer, 3) für die protestantische Kirche als vormaliger Präsident der Synode und Mitglied des Generalsynodalausschusses. Ich wurde zur Haupttafel vom Sonntag (29. April) geladen, bei welcher der Kaiser, die Kaiserin, der Kronprinz und eine Menge Fürstlichkeiten anwesend waren.

Am 26. Mai 1877 erliess das Institut de Droit international zu Gent, „dessen Bestreben darauf gerichtet ist, das Organ des juristischen Gewissens der civilisierten Welt zu werden, und welches

[1]) cf. Schulthess, Europ. Geschichtskalender 1877 S. 84.

sich zur Aufgabe gestellt hat, in seinem Teil auf die Beobachtung der Kriegsgesetze hinzuarbeiten", Angesichts des russisch-türkischen Kriegs ein Manifest an die Kriegführenden, in welchem die Grundsätze des modernen Kriegsvölkerrechts, wie sie teils durch europäische Verträge (Pariser Congress 1856, Petersburger Declaration 1868) förmlich sanctioniert, teils von der Brüsseler Internationalen Conferenz 1874 wenigstens als Ausdruck der gemeinsamen europäischen Rechtsüberzeugung formuliert worden sind, aufgeführt und den Kriegführenden eingeschärft werden. Das Manifest hat den Titel: "Les Lois de la Guerre. Appel aux Belligérants et à la Presse", und ist unterzeichnet von Bluntschli als Präsident, von de Parieu (Paris) als erstem, und von Asser (Amsterdam) als zweitem Vicepräsidenten.

---

7. Juni. Ernennung zum Mitglied der belgischen Akademie der Wissenschaften in Brüssel (Académie Royale des Sciences, des Lettres et des Beaux-Arts de Belgique).

---

24. Juli. Herrmann aus Berlin war bei mir. Er erzählte mir seine Kämpfe und seine wiederholten Entlassungsgesuche an den Kaiser, als dieser sich durch die Bestürmungen des Hofpredigers Kögel und die orthodoxen Hofeinflüsse bewegen liess, Hegel[1]) im Amt zu halten und dadurch das Werk Herrmann's zu erschüttern. Dem Kaiser gingen diese Dinge sehr nahe. Er ist hier mit dem Herzen engagiert und überzeugt, er habe einen Fehler gemacht, als er sich bewegen liess, Sydow im Amt zu halten. Aber

[1]) Der Präsident des Brandenburger Consistoriums, Dr. Hegel, war in einem Immediatschreiben vom 23. Februar 1877 um seinen Abschied eingekommen, welchen dann der Kaiser durch Allerhöchsten Bescheid vom 12. Juni ablehnte. cf. Protest. Kirchenzeitung 1877, Nr. 25.

er wollte auch nicht in die Entlassung Herrmann's willigen und drang sehr ernstlich in diesen, zu bleiben. Er schrieb ihm eigenhändig, um ihn zu überzeugen, dass er ihn nicht verlassen dürfe; Er komme sonst in den falschen Schein, dass er die Kirchenverfassung bereue. Auch Falk und Bismarck suchten ihn zu halten, um ein Abbröckeln zu vermeiden. Am verkehrtesten hatte der Protestanten-Verein in Berlin gehandelt. Sie hatten den Orthodoxen die Macht in die Hände gespielt und den Kaiser tief verletzt.[1]) Herrmann konnte nicht gehen, aber er erbat sich einen längeren Urlaub und stellte späteres Gehen in Aussicht. Er ist entmutigt durch die Berliner Erfahrungen.

Der (liberale) Partei-Ausschuss versammelte sich bei mir. Ich wurde dringlich angegangen, die Wahl in die Kammer wieder anzunehmen. Nach nochmaliger Erwägung blieb ich bei dem Entschluss, eine Wahl abzulehnen, und schrieb an Kiefer (25. Juli) meinen definitiven Entschluss.

---

15. August. Ich war als Abgeordneter der Universität bei der 400jährigen Jubelfeier in Tübingen. Dieselbe war durchweg gelungen. Ich wurde Abends von den Deputierten zum Sprecher bei der Tafel gewählt, wie Zeller

[1]) Vergl. den Antrag Kochhann's auf Abschaffung des Apostolicums, Protest. Kirchen-Zeitung 1877, Nr. 24 und 27. — Über diese „Berliner Affaire“ schreibt Holtzmann am 2. Juli an Bluntschli: „Die Berliner Freunde sehen jetzt selbst ein, dass es besser gewesen wäre, meinen Rat zu befolgen und jegliche neue Action zu unterlassen, so lange der Kaiser lebt. Hätten sie sich das apostolische Plaisir geschenkt, so wäre jetzt Hossbach Superintendent, während es ihm, wie die Dinge liegen, leicht an die Existenz gehen kann.“

zum Sprecher bei der Gratulation in der Aula. Mein Sitz bei dem Festessen, an dem 240 Personen teilnahmen, war an dem Königstisch neben Gerber, dem ich zum erstenmal persönlich begegnete. Er hat etwas Gefälliges und Kluges, machte mir aber den Eindruck eines Hofmannes, nicht eines Statsmanns. Der schwäbische Charakter des Festes trat überall in den Vordergrund. Ich selbst musste auf das Land Württemberg toastieren und daher ebenfalls die schwäbische Art feiern: ich that es aber nicht ohne einige Andeutungen in nationalem und liberalem Geist. Der Toast schlug durch, wie die lebhafte Zustimmung zeigte. Die Königin liess mir hinterher durch den Rector ihre Befriedigung ausdrücken, und der König that es persönlich ebenfalls am Tage darauf in Bebenhausen.

Das Fest, welches der König in Bebenhausen gab, war sehr eigentümlich. Die unteren Räume, die Refectorien, die Kreuzgänge und in der Mitte der Garten, alles war besetzt. Nahezu 1000 Personen waren da. Man sass an Tischen und bekam kalte Speisen, Bier, Wein und Cigarren reichlich. Der König ging vergnügt herum und liess sich's wohl gefallen, wenn die Studenten einen Salamander auf ihn rieben. Mir fiel auf, wie die Universitäten durch das Studentenleben doch in die höchsten Kreise hinauf wirken. Sie sind doch ein populäres Institut in Deutschland.

Für mich war das Wichtigste, mit Seyerlen zu sprechen. Er versicherte mich, dass er nach wie vor von der Grösse und Wahrheit der Rohmer'schen Wissenschaft durchdrungen sei, obwohl die Zeit gar kein Verständnis dafür habe und sich in ganz anderen Bahnen bewege. Er

freute sich, dass sein Manuscript[1]) bei mir ruhe, und versprach, sobald es seine theologischen Berufsarbeiten gestatten, „die Wissenschaft vom Menschen“ wieder fortzusetzen.

---

17. August. Nach der Schweiz auf den Giessbach zur Erholung. Hier vollendete ich am 24. August meine Schrift: Freimaurergespräche über Gott und Natur.

4. September. Bei dem alten Schulfreund, Minister Kern, im Hotel du Lac (Zürich) zu Mittag gegessen. Hier erfuhr ich zuerst den Tod von Thiers (3. Septbr.). Ein harter Schlag für die liberale Partei in Frankreich. Um Thiers einigten sich alle ihre Fractionen, jede hatte die Aussicht, dass seine Präsidentschaft ihren Sieg bedeute. Aber werden sie sich wieder einigen? und um wen? Gambetta's Zeit ist noch nicht da. Seine Wahl würde noch Viele erschrecken. Ob Grévy?

---

6. September. Auf dem Ütliberger Bahnhof traf ich Widmer, der meinte, ich solle das Obligationenrecht redigieren. Wäre ich 20 Jahre jünger, so wäre das meine grösste Freude; jetzt liegt mir die Sache fern. Dennoch wäre die Frage zu erwägen, ob ich und unter welchen Bedingungen noch ein letztes Werk für die Schweiz übernehmen kann und darf. Die Verantwortlichkeit und die Ehre sind beide sehr gross. Es wäre ein würdiger Abschluss meines Lebens.

[1]) Es enthielt die 20 ersten Paragraphen meiner Bearbeitung der Rohmer'schen Wissenschaft vom Menschen, die ich in den Jahren 1873/75 niedergeschrieben und der Münchener Verabredung von 1869 gemäss (vergl. oben c. 12) Bluntschli, wie zuvor Dr. Gustav Widenmann zur Durchsicht vorgelegt hatte.

Am 17. August war von dem Justiz- und Polizei-Departement der Schweizerischen Eidgenossenschaft, resp. von dessen Chef, Bundesrat Anderwert in Bern, das Ansuchen an Bluntschli gerichtet worden, bei den Arbeiten der Commission zur Beratung des (revidirten) Entwurfs zu einem Schweizerischen Obligationenrecht mit Einschluss des Handels- und Wechselrechts, welche am 10. September zu Basel zusammentreten sollte, mitzuwirken, da auch Professor Rivier aus Brüssel an den Beratungen teilnehmen werde. Bluntschli entschloss sich, wie aus dem Nachfolgenden erhellt, dem Ansinnen zu entsprechen.

---

10. September und folgende: Versammlung des völkerrechtlichen Instituts in Zürich. Die Versammlung war verhältnismässig schwach besucht, aber über die Verhandlungen selbst — sie betrafen vornehmlich die Reform des Seekriegsrechts — bin ich befriedigt. Die Stadt gab ein schönes Souper im „Schnecken", dem Lokal „der Böcke". Die Feier nahm nach der Natur des Orts einen persönlichen Zug, mit Rücksicht auf meine Eigenschaft als Züricher.

De Parieu präsidierte. Bulmerincq und Rolin waren besonders thätig. Die Engländer Mountague-Bernard und Holland bildeten die Opposition in der seerechtlichen Frage, aber sehr gemässigt. Die grosse Mehrheit des Instituts sprach sich sehr entschieden sowohl für den Grundsatz aus, dass das Privateigentum, sowohl das feindliche als das neutrale, auf neutralen und auf feindlichen Schiffen für unverletzlich zu erklären sei, als auch für die nötige Beschränkung dieses Grundsatzes im Interesse der Kriegsführung, so dass Waren, die für den Kriegszweck bestimmt oder unmittelbar verwendbar sind, und Handelsschiffe, welche die Blokade brechen oder zur Teilnahme an der

Kriegsführung bestimmt sind, in Beschlag genommen werden dürfen.

Bluntschli hat hierüber des Näheren berichtet in dem Artikel: „Die Abschaffung der Seebeute und das völkerrechtliche Institut“ in der Gegenwart, Band XII, Nr. 42. Und eingehend hat er die Frage behandelt in seiner Schrift: „Das Beuterecht im Krieg und das Seebeuterecht insbesondere. Eine völkerrechtliche Untersuchung“, welche Ende October im Druck erschienen ist.[1])

Vom 13.—30. September in Basel. Strenge Arbeit in der eidgenössischen Commission für die Redaction des Schweizerischen Obligationenrechts. Die Sache interessiert mich sehr, und ich werde nun in der engeren Redactionscommission arbeiten, dass etwas Tüchtiges zustande kommt.

Von Personen notiere ich:

1) Bundesrat Anderwert, Präsident. Er treibt unaufhörlich zur Arbeit, hat einen natürlichen Scharfblick und fördert das Ganze.

2) Fick, Redactor, unermüdlich, voller Kenntnisse und sehr unbefangen, stets bereit, auf andere Meinungen einzugehen. Er hat die Resignation, mir die letzte Redaction des Allgemeinen Teils vorzugsweise zu überlassen.

3) Professor v. Wyss von Basel, Sohn meines alten Freundes v. Wyss, ein sehr feiner juristischer Kopf.

4) Professor Heusler von Basel, gescheit, aber etwas zum Sarcasmus geneigt.

5) Rivier, fein im Einzelnen und formcorrect.

6) Friedrich, Genfer mit deutschem Blut, überaus gewandt als Übersetzer, immer auf Kürzung dringend. Ich nannte ihnen einen boucher de mots, einen Wortmetzger.

---

[1]) Nördlingen, C. H. Beck, 1878. gr. 8. V und 168 S.

7) Brocher von Genf, von gründlicher französischer Bildung.

8) Ruchonnet, Waadtländer, ein feiner Civilist, innerhalb gewisser Grenzen, die in der Regel vom Code civil gezogen sind.

Ferner 9) Brunner, Advokat von Bern, 10) Burckhardt von Basel, kaufmännisch gebildet, 11) Weber und 12) Niggeler, zwei Bundesrichter, 13) Carrard, Waadtländer, 14) Kopp, Schultheiss von Luzern, 15) Äpli von St. Gallen, 16) Hilty von Bern und noch zwei weitere Mitglieder.

Die engere Redactions-Commission besteht aus Bluntschli, Fick, Wyss, Rivier, Friedrich. Wir werden Anfangs Januar 1878 in Bern zusammentreten.

Besonders interessant ist das Verhältnis der Deutschen zu den Welschen. Jene sind im Gedanken, diese in der Form überlegen.

Wenn die Mischung glückt, so ist ein schönes Werk zu erwarten, ein Vorbild für das spätere romanisch-germanische Europa.

Am 22. November meine Rede als Prorector über die Einteilung der Universität in Facultäten.[1]) Ich bearbeite den Gedanken nochmals für die Gegenwart.[2])

An Stelle der vom Mittelalter her überlieferten Einteilung in 4 Facultäten verlangt Bluntschli die rationellere, dem heutigen Stand der Wissenschaft wie den praktischen Bedürfnissen besser entsprechende Einteilung in 5 Facultäten, wie sie auf der jüngsten deutschen Univer-

[1]) Im Druck erschienen Heidelberg, Buchdruckerei von J. Hörning, 1877. 4.

[2]) siehe den Artikel: „Die Einteilung der Universitäten in Facultäten" in der Gegenwart, Band XII, Nr. 48 (1. Dezember 1877).

sität, auf der im Jahr 1870 neugegründeten kaiserlichen Universität Strassburg durchgeführt ist, nämlich 1) die theologische Facultät, 2) die juristische Facultät erweitert zu einer rechts- und statswissenschaftlichen Facultät, so dass sie zwei Gruppen in sich begreift, die politischen Wissenschaften und die Rechtswissenschaft, 3) die medicinische Facultät, endlich die Trennung der philosophischen Facultät in 2 Facultäten, deren eine 4) unter dem Namen der philosophischen oder philosophisch-historischen Facultät die humanistischen oder Geisteswissenschaften und deren andere 5) unter dem Namen mathematisch-naturwissenschaftliche Facultät die Naturwissenschaften zusammenfasst.

An kleineren litterarischen Arbeiten veröffentlichte Bluntschli im Jahr 1877:

1) die Palatina im Vatican (Gegenwart, Band XI, Nr. 7),

2) das Kriegsvölkerrecht in dem russisch-türkischen Krieg (Gegenwart, Band XI, Nr. 23).

Ausserdem war er in der neu gegründeten Deutschen Revue publicistisch thätig. Er liess darin die Artikel erscheinen: 1) Fürst Bismarck (1. Heft, Juli 1877), 2) die deutsche Politik in der orientalischen Frage (2. Heft, Juli), 3) der Panslavismus (4. Heft August), 4) der Dreikaiserbund und die Dreikaiservölker (6. Heft, September), 5) die französische Krisis und ihre Wirkungen (Dezember 1877).

Endlich bearbeitete er in diesem Jahr die 3. Auflage seines Werks „Das moderne Völkerrecht der civilisierten Staten als Rechtsbuch dargestellt.“[1])

21.

Aus dem Jahre 1878.

In Bern in der Redactionscommission. Die Organisation des europäischen Statenvereins. Der Kronprinz von Schweden. Sieb-

[1]) 3. mit Rücksicht auf die neueren Ereignisse bis 1877 ergänzte Auflage. gr. 8. XII und 541 S. mit dem Porträt des Verfassers in Stahlstich. Nördlingen, C. H. Beck, 1878.

zigjährige Geburtstagsfeier. Anregung zur Einführung der Schulsparkassen in Heidelberg und Zürich. In Bern. König Oskar von Schweden. Der Wylerfeldprocess. Hetzereien in Heidelberg. Die Attentate auf den Kaiser. Vorschlag, den Grossen Kurfürsten auf dem Weg eines Nationalgeschenks dem Kaiser zu ersetzen. Auf dem Grosslogentag in Hamburg. Rolin Minister. Städtischer Wahlkampf in Heidelberg. Briefwechsel mit Al. Schweizer. Reichstagswahlen. Erholung und Arbeiten in der Schweiz. Ehrengrossmeister. Präsident der Rheinischen Creditbank. Publicistische Thätigkeit.

Vom 3.—13. Januar in Bern in der engern Redactions-Commission. Wir haben scharf gearbeitet, wie ich hoffe mit Erfolg.

Bei einem gemütlichen Diner, das Anderwert gab, sah ich zum erstenmal den Bundesrat Welti, den besten Kopf im Bundesrat. Auch Heer lernte ich kennen; Schenk und Hammer hatte ich früher gesehen. Die Calamität der Schweizer Eisenbahnen, die alle bankerott sind, drückte die Stimmung. Bei dem Gotthard ist überdem die Ehre der Schweiz afficiert, nicht bloss das Interesse. Ich sprach sehr entschieden aus, dass die Schweiz allen Credit im Ausland verlöre, wenn sie nicht die erforderlichen 8 Millionen aufbrächte.

Ich machte in Bern die Erfahrung, dass auch in den bundesrätlichen Kreisen neben der Anhänglichkeit an die Republik und neben der Neigung, die Neutralität zu bewahren, die Einsicht sehr gewachsen ist in die grosse Bedeutung des Deutschen Reichs, und die Möglichkeit vorbedacht wird, wenn Frankreich den Angriff durch die Schweiz wage, sich mit Deutschland zu alliieren. Die Gedanken, die ich nach 1866 in meiner Broschüre ausgesprochen, sind heute so ziemlich Gemeingut geworden.

Im März werde ich wieder nach Bern gehen und dann zu der grossen Commission nach Zürich.

In Heidelberg hatte ich schon vorher meinen Aufsatz geschrieben: „Die Organisation des europäischen Staten-Vereins", der nächstens in die Gegenwart kommt.

Derselbe erschien im XIII. Band dieser Wochenschrift in den Nummern 6, 8 und 9 (9. und 23. Februar, 2. März 1878) und behandelt

1) den Plan Heinrich's IV. und Sully's,

2) den Plan Lorimer's, den dieser im 2. Heft des Jahrgangs 1877 der Genter Revue de Droit international unter dem Titel dargelegt hatte: „Le Problème final du Droit international", und stellt demselben, der auf die Gründung einer europäischen Gesamtrepublik nach Art der Union der Vereinigten Staten von Nordamerika hinauskam,

3) den Vorschlag eines europäischen Statenbundes (Conföderation) entgegen, dessen Organe sein würden

a) ein Bundesrat bestehend aus 21 Delegierten, je 2 von einer jeden der 6 Grossmächte, je einer von den 9 übrigen Staten-Regierungen frei ernannt, und

b) ein Repräsentantenhaus (Senat) bestehend aus 105 Mitgliedern, je 10 von der Volksvertretung einer jeden Grossmacht, je 5 von den Kammern der übrigen Staten erwählt.

Denn die gegenwärtige europäische Statenwelt gliedert sich in ungefähr 15 Staten, resp. Statengruppen, welche als politische Wesen in Betracht kommen, nämlich I. die 6 Grossmächte: Deutsches Reich, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Österreich-Ungarn, Russland; II. neun andere Staten und Statengruppen von Bedeutung: Belgien, Dänemark, Griechenland und die osmanischen Länder, die Niederlande mit Luxemburg, Portugal, Rumänien-Serbien-Montenegro, Schweden-Norwegen, Schweiz, Spanien [1])

Seit 14. Januar gebe ich dem Kronprinzen Gustav von Schweden einen Überblick über das Völkerrecht in

[1]) Der Aufsatz ist aufgenommen in die „Gesammelten kleinen Schriften", Band II. S. 279 ff.

etwa 12 Stunden in meiner Wohnung. Roggenbach hatte mich im Auftrag der Königin darum ersucht.

Meine Geburtstagsfeier (Vollendung des siebenzigsten Lebensjahrs) vom 7. März 1878, die ich als ein Familienfest in der Stille zu geniessen dachte, wurde durch vielseitige Teilnahme zu einem öffentlichen Feste.

Der Vorabend wurde von der Stadt durch ein Fackelständchen eingeweiht. Am Geburtstag selbst kamen zahlreiche Deputationen und Freunde zum Glückwunsch, zuerst Herr Metz für die Rheinische Creditbank, dann Vertreter der Loge, darauf die Deputationen des Senats, des Stadtrats und der Stadtverordneten, die eine schöne Adresse überbrachten, des Kreisausschusses und des Bezirksrats, des Kirchengemeinderats, der Juristenfacultät, der Studenten. Ausserdem trafen viele Briefe und Telegramme ein, voraus die Briefe von Lamey und Nokk und das Telegramm von Kiefer bedeutend. Nachmittags erschien auch der Erbgrossherzog, und nach ihm Frau v. Nelidoff. Der Tag war mühevoll, aber wohlthuend.

Am 10. Logenfest. Ausserordentliche Beteiligung von 150 Brüdern, unter denen sehr viele Gäste aus der Nähe und Ferne. Viele erklärten, sie haben nie ein so schönes Fest erlebt. Die Maurerei versteht sich auf Formen.

Wer wie ich Gelegenheit hatte, fünf Generationen der Menschen persönlich kennen zu lernen, der weiss, dass die Menschheit langsam fortschreitet, und dass die Enkel den Grosseltern — trotz aller Fortschritte der Cultur, des Wissens, des öffentlichen und des Privat-Lebens — in

den wesentlichsten Dingen, in ihrer geistigen und gemütlichen Natur, in ihren Tugenden und ihren Fehlern gleich sind.

Wenn die Völker neue Verfassungen bekommen, so meinen sie oft andere Personen zu werden. Aber in der neuen Tracht wirken die alten Tugenden und Laster fort. Das Volk bleibt dasselbe, wie es sich auch kleiden und maskieren mag.

Dem Stadtrat von Zürich, wie von Heidelberg stellte Bluntschli die Summe von je 500 ℳ zur Verfügung, um damit Schulkindern vorzugsweise aus der Klasse der Arbeiterbevölkerung ohne Unterschied der Confession Sparbücher anzuschaffen mit einer ersten Einlage von je 5 Mark für ein Kind. Der Zuschrift, die er an den Stadtrat von Heidelberg und von Zürich richtete, entnehmen wir Folgendes:

„Indem ich mich dankbar fühle gegen Gott, der mir ein glückliches Alter verliehen hat, und gegen meine Mitbürger, die mir so viele Beweise ihrer freundlichen Gesinnung gegeben haben, fühle ich mich an dem heutigen Tag gedrungen, meiner Dankbarkeit einen thätigen Ausdruck zu geben.

„Da ich nur über bescheidene Mittel zu verfügen habe, so überlegte ich, ob ich nicht dadurch am wirksamsten etwas Gutes stiften könne, dass ich den Anstoss zu einer gemeinnützlichen Einrichtung gebe, die eines weiteren Wachstums fähig sei.

„Da hat mich das Vorbild meines verehrten Freundes, des Professors Friedrich Laurent in Gent bestimmt, die bereits bewährte Einrichtung der Sparbücher für Volksschüler in Heidelberg (in Zürich) anzuregen und dafür Ihre Hülfe zu erbitten.

„Gewiss ist es eine der dringendsten und wichtigsten Aufgaben unseres Jahrhunderts, die Zustände der Arbeiterbevölkerung moralisch, geistig und ökonomisch zu verbessern. Nur dadurch retten wir die zahlreichsten Classen vor dem Verderben und vermeiden wir den unsinnigen und für das ganze Volk sehr gefährlichen Classenhass und Classenkampf.

„Laurent[1]) hat mit richtigem Blick erkannt, dass die Erziehung der Schulkinder auch die Tugend des Sparens beachten lehren und üben solle, dass mit Hülfe der Kindersparbücher auch der Nachwuchs der arbeitenden Classen moralisch gestärkt und gehoben werde, denn ohne Fleiss, Sorgfalt, Selbstbeherrschung kann man nicht sparen, dass die sparenden Kinder an Ordnung gewöhnt und dass ihnen die Wege gezeigt werden, auf denen allein auch der Ärmste sich allmählich einiges Vermögen erwerben kann.

„Die Durchführung dieses Werks ist aber nur möglich, wenn humane und geschäftskundige Männer und wenn insbesondere die Lehrer in der Volksschule und Fortbildungsschule sich desselben annehmen." — Folgt die Aufforderung, die Einrichtung der Schulsparkassen, die in so manchen belgischen, französischen und anderen auswärtigen Städten gedeihen, auch in Heidelberg und Zürich in's Leben zu rufen.

Auch die Aufmerksamkeit des Reichskanzleramtspräsidenten v. Hofmann, der aus Anlass der Finanzministerconferenz (5—8. August) nach Heidelberg kam, lenkte Bluntschli in persönlicher Besprechung auf das Institut der Schulsparcassen hin. Derselbe liess sich darauf sowohl von Bluntschli, als auch von Laurent brieflich ausführlich über die Einrichtung referieren, damit er in den Stand gesetzt werde, zur Verbreitung derselben etwas beizutragen. Er schrieb am 7. September an Bluntschli: „Ich halte es gerade in der gegenwärtigen Zeit für ungemein wichtig, dass schon in der Jugend durch frühzeitige Gewöhnung der Spartrieb gefördert und damit der natürliche Sinn für Privaterwerb und Privateigentum gegen die künstliche Zerstörung durch socialdemokratische Lehren geschützt wird."

Von Mitte März bis Mitte April in der Schweiz Erst eine Woche in Zürich in Familienangelegenheiten. Dann nach Bern zu den Beratungen der Commission für ein schweizerisches Obligationenrecht. Den diessmaligen

[1]) Vergl. Bluntschli's Bericht über Friedrich Laurent, seine Persönlichkeit und sein Wirken in der Gegenwart Band XIII. Nr. 1. (5. Januar 1878).

Gegenstand der Beratung bildeten das Gesellschafts- und das Wechselrecht.

---

16. April. Bei König Oskar II. zu Tisch. Das Gespräch drehte sich um meinen Vorschlag einer Organisation Europa's. Er sagte mir: „Unter den Königen wird keiner eher als ich für diese Idee sich bereit finden. Ich bin aufrichtig und warm für dieselbe."

Mai 1878. Wissenschaftlicher Kampf mit Ihering und Genossen in Gutachten über den Process der Stadt Bern gegen die Schweizerische Centralbahngesellschaft.

Bluntschli vertrat die Stadt Bern, Ihering die Bahngesellschaft. Dieser hatte zu Gunsten seiner Auffassung und gegen Bluntschli's Rechtsgutachten 11 Erklärungen von deutschen Professoren und Richtern beigebracht, „in der augenscheinlichen Tendenz, berühmte Namen in die Wagschale zu werfen und unseren Oberrichtern deutlich zu verstehen zu geben, dass sie keinen Anspruch hätten, zu den Juristen gezählt zu werden, wenn sie sich herausnehmen sollten, nicht seiner Meinung zu sein." [1])

14. Juli. Nachricht aus Bern, dass die Stadt Bern den Process gegen die Centralbahn durch einstimmigen Spruch des Obergerichts gewonnen hat. Damit habe ich einen Sieg über Ihering samt den zahlreichen deutschen Gelehrten, die er als Eideshelfer beigezogen, und über König (in Bern) und Laband (in Strassburg) erfochten. Der gesunde Menschenverstand hat die Gelehrten überwunden.

---

[1]) Schreiben von Fürsprech Dr. Brunner in Bern an Bluntschli vom 22. April.

Der Gemeinderat der Stadt Bern aber schrieb an Bluntschli am 21. October, wie folgt: „Nach dem erfreulichen Ausgang, welchen der Wylerfeldprocess der Einwohnergemeinde Bern gegen die Schweizerische Centralbahn infolge obergerichtlichen Urteils vom 11. Juli 1878 genommen hat, erfüllt die Stadtbehörde eine angenehme Pflicht, indem sie Ihnen für die in Ihren beiden Gutachten gegebene klare und vollständige Darstellung des Thatbestandes und die gründliche Erörterung desselben ihren warmen Dank ausspricht. Der von gegnerischer Seite anfänglich nicht erfolglos unternommene Versuch, die Angelegenheit zu verwickeln und einen Druck sowohl auf die öffentliche Meinung als auf die urteilenden Gerichte auszuüben, ist grossenteils infolge Ihrer trefflichen Auseinandersetzungen missglückt, und Sie haben dadurch ganz wesentlich dazu beigetragen, das gute Recht der Stadt zur Anerkennung zu bringen. Es gereicht uns überdies zu besonderer Freude und Ehre, unsern Dank einem schweizerischen Juristen von europäischem Ruf, welcher auch im Ausland seinem Vaterlande mit Liebe zugethan geblieben ist und für dessen Wohlfahrt in anerkennenswerter Weise gearbeitet hat und noch fortarbeitet, abstatten zu können."

Ende Mai. Die unteren Schichten der hiesigen Bürger werden beständig von Krausmann gegen die jetzige Stadtverwaltung aufgehetzt, die in 3 Jahren mehr geleistet hat als die frühere in 30 Jahren. Grosse Versammlung in der Harmonie zur Besprechung über die städtische Verwaltung, von mir präsidiert. Die Gegner, obwohl eingeladen, hielten es für klüger, nicht zu kommen. Sie können um so leichter im Dunkeln lügen und verläumden und verhetzen.

---

3. Juni. Ich wurde furchtbar aufgeregt

1) durch das Attentat von Hödel auf den Kaiser,

2) durch den Zusammenstoss der beiden Panzerschiffe König Wilhelm und Grosser Kurfürst und den Verlust des letzteren samt zahlreicher Mannschaft,

3) durch das zweite gefährlichere Attentat des Mörders Nobiling gegen den Kaiser,

4) durch die Verhandlungen des Reichstags, der statt sich mit der Regierung zu verständigen, den tugendhaften Constitutionellen spielte.

O diese Doctrinäre, die nie begreifen, dass man im öffentlichen Leben wie im Privatleben den Gefahren je nach ihrer besonderen Beschaffenheit begegnen muss, und die an der normalen Diät festhalten, wenn das Fieber Änderung erfordert! Wenn die national-liberale Partei auch jetzt sich nur verneinend gegen besondere Maassregeln in eigentümlicher Gefahr verhält, so ist sie im Volke rettungslos verloren. Der Doctrinarismus, wie er voraus durch Lasker vertreten wird, darf nicht die Partei beherrschen, wenn sie fortwirken soll.

---

7. Juni. Gestern wurde ich von Laur angegangen, einen Aufruf mitzuunterzeichnen zur Unterstützung der Wittwen und Waisen der beim Untergang des Grossen Kurfürsten verunglückten Matrosen. Ich weigerte mich, weil der Gegenstand zu klein sei für die Erregung der Nation und diesem Bedürfnis leicht abgeholfen werde durch den Invalidenfonds und die Hilfe der Seestädte.

Dagegen schlug ich vor, eine grosse That zu unternehmen und den Grossen Kurfürsten dem Kaiser zu ersetzen in Form eines grossartigen Nationalgeschenks, indem durch freiwillige Beiträge aller Classen und Stände dem Kaiser die Mittel zur Verfügung gestellt würden, ein neues Schiff „Grosser Kurfürst“ zum Ersatz des untergegangenen zu beschaffen. In diesem Sinn wurde denn auch

von einer kleinen Anzahl Spitzen der Heidelberger Behörden [1]) beschlossen. Den Aufruf verfasste ich. Derselbe wird an die Bürgermeister der grösseren Städte und an eine Anzahl hervorragender Männer versendet. Ob er wirken wird, hängt davon ab, dass der Gedanke in Berlin und insbesondere in den deutschen Seestädten Unterstützung und die richtige Form findet, und sich dort ein Centralcomité bildet, welches die Leitung übernimmt.

---

7. Juni. Ich fahre mit Professor Laur Nachts nach Berlin und von da nach Hamburg zum Grosslogentag.

Hauptsitzung, Sonntag 9. Juni. Erst die Frage nach Bildung Einer Grossloge für ganz Deutschland. Ich wies mit grosser Kraft darauf hin, dass eine engere Verbindung und eine stätigere Leitung nötig sei. Es wurde eine Commission niedergesetzt zur Ausarbeitung eines Entwurfs; ich bin Mitglied derselben. Die Commission einigte sich nach der Sitzung in der Hauptsache. Ich mache eine Denkschrift und die ersten Vorschläge.

Ich sprach ein zweites Mal, zwar äusserlich ruhig, aber mit innerer Erregung, um die Notwendigkeit zu begründen, dass die Gottesidee als Grundidee der Maurerei gegen Materialisten und Atheisten entschieden betont werde. Ich erhielt den Auftrag, den Entwurf einer Resolution zu machen, der denn auch am nächsten Tag einstimmig gutgeheissen wurde. Ich wahrte darin die individuelle

---

[1]) Dr. Karlowa, d. Z. Prorektor, Oberst und Bezirkscommandeur v. Horn, Oberbürgermeister Bilabel, Dr. Bluntschli, Obmann der Stadtverordneten, Haape, Amtmann, Dr. Blum, Reichstagsabgeordneter, Dr. Laur, Professor, Vorsteher der Loge.

Freiheit auch des Unglaubens, aber hob die Aufgabe der Loge nachdrücklich hervor, Gott zu ehren.

Mitte Juni. Der Sieg der Liberalen in Belgien (bei den Erneuerungswahlen der Hälfte der Kammer und des Senats) ist mir eine Freude. Nun wird wohl Rolin auch in die Regierung kommen.

Ende Juni. Rolin ist wirklich Minister des Innern geworden in dem neuen Cabinet Frère-Orban, daher genötigt, seine Stelle als Generalsecretär des Instituts aufzugeben. Sie wird vorläufig von Rivier und Alberic Rolin besorgt.

Juli. Grosser Wahlkampf in der Stadt Heidelberg aus Anlass der Stadtverordnetenwahlen. Die s. g. Bürgerpartei, wesentlich Anhänger von Krausmann, wollte eine Umwälzung durchsetzen und Revanche nehmen für die Beseitigung des Oberbürgermeisters Krausmann im J. 1875. Dieser sollte Obmann der Stadtverordneten werden und so auch über mich triumphieren.

Die Massen wurden heftig aufgewühlt.

In der Classe der Mindestbesteuerten siegte die Liste der Bürgerpartei. Obwohl diese Classe nur etwa 14 % der Steuern bezahlt, wurde doch geschrieen, die sämtlichen Verbesserungen der letzten Jahre seien aus den Taschen dieser wenig bemittelten Bürger bezahlt worden. Doch hatten wir eine starke Minderheit auch hier.

Dagegen haben wir in der Classe der Mittelbesteuerten, die 33 % zahlen, gesiegt. Und bei der Abstimmung

der höchstbesteuerten Classe, welche 53 % bezahlt, ergab sich für uns, die s. g. Rathauspartei, ein Verhältnis von $^3/_4$ gegen $^1/_4$.

Nach diesem entscheidenden Sieg trat eine Verständigung der beiden Parteien ein; die Bürgerpartei liess ihr Haupt, Krausmann, fallen. Er ist nun definitiv beseitigt.

---

19. Juli. Meinen Vorschlag für die Bildung einer Reichsgrossloge statt des Grosslogentags fertig gemacht und abgesendet.

Ebenfalls im Juli wurde das Freimaurergespräch über Unsterblichkeit vollendet.

---

4. August. Gestern Abends habe ich den Schluss des Freimaurergesprächs über Unsterblichkeit in der Loge vorgelesen. Es hat einen tiefen Eindruck gemacht.

Von Alexander Schweizer, dem ich ausführlich über seine Schrift: „Die Zukunft der Religion“[1]) geschrieben, habe ich einen bedeutenden und recht erfreulichen Brief erhalten.

Bluntschli schreibt an Al. Schweizer am 25. Juli: „Lieber Freund! Mit grossem Interesse habe ich Deine Schrift „Die Zukunft der Religion“ gelesen und erwogen. Es freut mich, dass wir uns in dem Kampf für die idealen Güter, unter denen der Gottesbegriff doch das unentbehrlichste und höchste ist, als Kampfgenossen begegnen. In Bälde hoffe ich Dir eine Gegengabe bieten zu können, die ich freilich nicht für die Öffentlichkeit, sondern für die Loge bestimmt habe, der Du fremd bist: „Freimaurergespräche über I. Gott und Natur, II. die Unsterblichkeit.“ Deine Kritik der religionsfeindlichen Stimmen hat mir sehr gefallen. In Einer Beziehung aber weicht mein Gedankengang von dem Deinigen ab.

[1]) Leipzig 1878, IV. u. 67 S.

„Ganz einverstanden bin ich, dass die Naturwissenschaft, welche die Erscheinungswelt und in der Regel nur stückweise untersucht, sich bescheiden muss, über diese Erscheinung Aufschlüsse zu geben, aber mit ihren Waagen und Mikroskopen und mit ihren Experimenten die Natur des Geistes nicht zu erkennen vermag. Aber ich bin trotzdem der Meinung, dass sogar die Naturwissenschaft, wenn sie folgerichtig denkt, auf den Geist und auf Gott treffen muss. Denn sie stösst überall, sogar in der Mathematik, welche der Vorstellung des unendlich Kleinen und des unendlich Grossen nicht entbehren kann, wenn gleich klein und gross bloss relativ und insofern endliche Vorstellungen sind, auf Unendliches, Unwägbares, Unsichtbares, wie z. B. auf den Äther, der überall ist, oder auf den unermesslichen Raum, der alle beschränkten Räume notwendig umgibt, oder auf die unendliche Zeit u. s. f. Und wenn sie den inneren Zusammenhang, die Harmonie, die Gesetze der äusserlich sichtbaren Natur erwägt, so ist es unmöglich, dass sie die Weisheit und Vorherbestimmung nicht gewahr werden soll. Die Darwin'sche Zuchtwahl hat nur einen Sinn, wenn im Hintergrund ein Wesen ist, welches Zuchtwahl übt. Ich bin kein Mathematiker, aber ich habe die feste Überzeugung, dass es einem Mathematiker gar nicht schwer fallen sollte, mit Zahlen nachzuweisen, dass auf dem von Darwin vermuteten Wege des erblich gewordenen Zufalls ebenso unmöglich die Arten der Tiere oder gar der Mensch hervorgebracht worden sein können, als eine Ilias jemals nach Billionen Jahrhunderten durch blosse tägliche Drehung der Buchstaben, aus denen sie gedruckt wird, hervorgehen könnte. Ich verstehe nicht, wie sich die Menschen so viel Mühe geben können, an die Stelle des ordnenden Geistes den impotenten Zufall zu setzen und sich vor diesem unsinnigen Götzen zu beugen.

„Hierin wirst Du mir wohl zustimmen können. Aber schwerlich darin, wenn ich die Schranken, die Kant dem Verstande und der Erkenntnis gesetzt hat, nicht respectiere.

„Es kann Niemand anders denken, als die Natur seines Geistes von ihm fordert. Nach der Natur meines Geistes muss ich Unendliches, muss ich Gott nicht bloss fühlen oder glauben, nein auch denken, wohl wissend, dass mein Gedanke nur von ferne und nur sehr unvollständig dem Unendlichen folgt. Mir ist in meinem Geistesbewusstsein die Existenz Gottes viel gewisser und sicherer als meine

eigene Existenz. Ich kann mir vorstellen, dass diese früher nicht war, und ich kann Zweifel haben, ob sie nach dem Tode noch sein wird. Aber ich habe gar keinen Zweifel und kann gar nicht denken, dass Gott nicht sei.

„Ich bin sehr entschieden der Meinung, dass so das ewige und höchste Sein und Leben nicht nur dem Gemüt und dem Glauben, und nicht bloss der Phantasie und der Kunst sich erschliesst, sondern ganz ebenso bestimmt und noch klarer dem logischen Gedanken.

„Deshalb gebe ich auch nicht zu, dass Wissenschaft und Religion verschiedene Objecte haben und sich widersprechen, und gebe nicht zu, dass eine Wissenschaft der andern widerstreite. Wohl aber erkenne ich an, dass für die Naturwissenschaft die Betrachtung der Erscheinung und die Schlussfolgerung aus dieser unentbehrlich sei, wie die Geisteswissenschaft der Folgerung aus dem Geistesbewusstsein heraus nicht entbehren kann."

Alexander Schweizer erwiederte am 1. August:

„Lieber Freund! Wäre Dein Brief Inhalt einer Deiner Druckschriften, so hätte ich eifrig gerade das citiert, was er zustimmend und ergänzend, ja scheinbar abweichend ausspricht. Denn so wenig die Apologie der Religion die Frage, wie weit das Erkennen der Philosophie, ja der Mathematik und Naturwissenschaft über die Erscheinungswelt hinausreiche, mit zu umfassen hat, würde ich doch gerne, was eine wissenschaftliche Autorität zur Verteidigung der Religion durch's Denken vorträgt, erwähnt haben. Ohnehin gehe ich mit Dir nicht nur soweit du selbst es wahrscheinlich findest, sondern auch in der Überzeugung, dass Kant das Wissen viel zu sehr eingegrenzt hat. Zunächst will ich nur vom exacten, empirischen Wissen die Religion unterscheiden, somit von der Naturforschung, zumal die Religion ursprünglich kein Wissen ist, sondern erst abgeleitet in's Wissen übergeht. Ich möchte die Naturforscher so gänzlich frei lassen, dass sie, keinerlei Behinderung von der Religion her besorgen müssend, fähig werden, diese unbefangener zu würdigen.

„Dass es eine Philosophie geben muss, habe ich bestimmt genug gesagt, wenn gleich sie der Kantischen Ernüchterung bedarf. Ein speculatives Erkennen aus dem Geiste von oben herab anerkenne ich mit Schleiermacher, aber es ist doch vom exacten, für Jeden gleich

beweisbaren Erkennen verschieden, so dass der Naturforscher es nicht in sein Gebiet ziehen kann, und, wo er auf Gott stösst, anfangen müsste, in die Philosophie überzugehen zu einer sehr andern Methode, als die in seinem Gebiet notwendige. Das unendlich Grosse und Kleine sind ihm Grenzbegriffe, ohne welche kein Denken vor sich gehen kann. Auch ich habe den Darwin'schen Zufall abgewiesen und die Notwendigkeit ihm zunächst substituiert, habe von grossen Naturforschern gesprochen, die den Zweckbegriff nicht scheuen und in der Weltharmonie einen Ausdruck Gottes verehren, habe angedeutet, dass das Strauss'sche „Angelegtsein des Universums zur Vernunft" einen Anleger voraussetze, habe bezweifelt, dass die Darwin'sche Hypothese das Entstehen auch nur einer einzigen Art erklären könne, habe die Ilias erwähnt, welche niemals zufällig aus Buchstaben zusammengeriete.

„Auch wo Du abweichend Dich erklärst, ist die Verständigung möglich. „Du musst Gott nicht nur fühlen und glauben, sondern auch denken"; aber dass dieses aus Fühlen und Glauben abgeleitete oder dann bloss formale Denken logischer Grenzbegriffe vom exakt erkennenden sich unterscheide, gibst Du ja zu, wenn „Dein Gedanke nur von ferne und nur unvollständig dem Unendlichen folgt", wie ich sage in andeutend symbolischer Sprache. Gerade dieses ist das Ziel und der Schluss meines Büchleins, dass die Religion mit ihrem Denken nicht dahinfalle, schon weil sie kein exaktes und zutreffendes Wissen sei. Statt aber in das immer streitige Problem einzugehen, wie viel das philosophische Denken hier erweise, genügt mir zur Verteidigung der Religion das minder bestreitbare, was sie im Gemüt, im Glauben, in der Kunst sei, woneben mir persönlich nichts willkommener wäre, als ein Nachweis, dass sie auch im logischen Gedanken Gottes sich wiederfinden könne. Auch ich will nicht, dass Wissenschaft (im höheren Sinn) und Religion verschiedene Objecte haben oder gar sich widersprechen, und freue mich, dass auch Du „der Naturwissenschaft die Betrachtung der Erscheinungswelt und die Schlussfolgerung aus ihr" als Gegenstand anweisest, woneben ich „die Geisteswissenschaft mit der Folgerung aus dem Geistesbewusstsein heraus" höchlich willkommen heisse und ihr Leistungen wünsche, die durchschlagen könnten.

4. August. Die Wahlen in der Stadt zum Reichstag (30. Juli) sind auch glücklich vorüber. Der Gefahr,

dass ich selber nochmals die Last auf mich nehme, der ich unter Umständen nicht hätte ausweichen können, bin ich entgangen, da Dr. Blum die Resolutionen annahm, die verlangen, dass er ein Einverständnis mit Bismarck suche.

Am 12. August begann unsere Beratung der engeren Redactions-Commission für das Schweizerische Obligationenrecht in Zürich. Da die Arbeiten länger dauerten, so kam ich zu dem Entschluss, nicht nach Paris zu gehen,[1]) weil ich dann gar keine Erholung hätte, und einer solchen doch bedürftig war.

Nun nach Engelberg, wo ich mich in der grossartigen Urnatur, wie sie das Hochgebirge darbietet, wie verjüngt fühlte.

Seit 6. September in Brunnen an meinem lieben Urnersee.

Seit 16. September in Luzern in der Commission für Obligationenrecht. Strenge Arbeit. Überdem habe ich noch während der Sitzungen ein Rechtsgutachten gegen Professor König ausgearbeitet in der Regresssache der Winterthurer Bank contra Basler Häuser. Das Gutachten von König verursachte mir geradezu ein geistiges Leiden: viel Gelehr-

---

[1]) nämlich zur diessjährigen Versammlung des völkerrechtlichen Instituts, die vom 2.—5. September in Paris stattfand. Bluntschli hatte zuvor die ernstliche Absicht, nach Paris zu gehen. Da er sie aus Gesundheitsrücksichten auszuführen sich verhindert sah, so war Deutschland auf der Versammlung in Paris überhaupt nicht vertreten.

Auch an dem 11. Deutschen Protestantentag, der am 9. und 10. October in Hildesheim versammelt war, nahm Bluntschli nicht teil.

samkeit und wenig Verstand, künstlicher Durcheinander, dessen Knäuel entwirrt werden musste.[1])

Dann Verhandlung über die Nationalbahn mit den Directoren der Rheinischen Creditbank in Mannheim,[2]) mit Bundesrat Heer und mit der Winterthurerdirection. Zuweilen brummte der Kopf, und ich war genötigt, kleine Erholungen durchzusetzen.

Seit 10. Oktober wieder in Heidelberg.

13. Oktober. Grosslogenversammlung in Mannheim. Mein Amt ist zu Ende, und ich bin nach der Verfassung nicht wählbar für die nächste Amtsperiode. Dagegen werde ich zum Ehrengrossmeister (nämlich der Grossloge Bayreuth) und zur Vertretung am Grosslogentag bezeichnet.

November. Ich werde genötigt, das Präsidium der Rheinischen Creditbank zu übernehmen (da der seitherige Präsident, F. Reiss, den dringenden Wunsch kundgab, sich von den Geschäften zurückzuziehen).

Ich bin seit Oktober mit Artikeln über Eigentum, Erbrecht, Lohn, vierten Stand — lauter brennende

[1]) Wie in 1. Instanz vor dem Civilgericht Basel, so siegte auch im Regressprocess vor dem Appellationsgericht Basel die von Bluntschli vertretene Winterthurerbank glänzend gegen die von ihr beklagten, von Professor König in 2. Instanz durch Rechtsgutachten unterstützten Baslerhäuser.

[2]) Bluntschli war an der Gründung der Rheinischen Credit- und Hypothekenbank zu Mannheim beteiligt (s. oben cap. 14), und blieb bei ihr als Mitglied des Aufsichtsrats und zuletzt als Präsident bis zu seinem Tode thätig.

Fragen der Zeit — beschäftigt. Ich habe das Gefühl, dass ich hier noch eine Rohmer'sche Mission zu erfüllen habe.

Gegenüber einer einseitig nationalökonomischen Auffassung und Behandlung der Eigentums-, Lohn-, Erbrechtsfrage erblickt Bluntschli in diesen Grundfragen **Rechtsfragen** und unternimmt es nun, dieselben einer unbefangenen und umsichtigen Prüfung zu unterziehen, um die betreffenden Verhältnisse, denen die Socialdemokratie den Krieg erklärt, in ihrer inneren Berechtigung klar zu machen und sie als die Fundamente der menschlichen Rechtsordnung zu erweisen d. h. einer Ordnung, die nicht bloss auf materiellen Verhältnissen, sondern zugleich auf sittlichen Gesetzen beruht. Denn Recht ist nicht eine brutale Gewaltordnung, sondern die als notwendig erkannte und anerkannte ideal-reale Lebensordnung der Menschen, welche ihre Beziehungen zu Personen und Sachen so regelt, wie es ihr friedliches Nebeneinanderleben und die Erfüllung ihrer Bestimmung erfordern (Gegenwart Band XIV. S. 179).

So liess denn Bluntschli in der Gegenwart nach dem grundlegenden Artikel: „Die Gefahren der Socialdemokratie und die Juristen" (Band XIV. 1878, Nr. 38) die Aufsätze erscheinen: 1) das Privateigentum als Rechtsinstitution (Band XIV. Nr. 51), 2) Kapital und Ersparnis (Band XV. 1879, Nr. 1), 3) das Grundeigentum (Band XVI. 1879, Nr. 29), 4) Gesamteigentum und privates Eigentum (Band XVI. Nr. 31), 5) das Erbrecht und die Reform des Erbrechts (Band XVI. Nr. 33 u. 36, 16. August und 6. September 1879).[1]

Ferner setzte er die völkerrechtlichen Briefe (s. cap. 19) fort, indem er in der Gegenwart vom Jahr 1878 1) die Congressfrage (Band XIII. Nr. 20) und 2) das Vertragsrecht (ib. Nr. 23) behandelte.

Endlich schrieb er in die Deutsche Revue vom Jahr 1878 die Artikel 1) Neutralität und dauernd neutrale Staten (Februarheft), 2) der russisch-türkische Friede und der europäische Friede (Aprilheft).

[1]) Dieser leztgenannte Aufsatz ist aufgenommen in die Gesammelten kleinen Schriften, Band I. S. 233 ff.

3) deutsche Träume über die orientalische Frage (Juniheft), 4) der europäische Congress in Berlin und der Berliner Friede im Orient (Augustheft), 5) die Parteien im deutschen Reichstag (Novemberheft), 6) das Wachstum des Deutschen Reichs (Dezemberheft).

22.

Aus dem Jahre 1879.

In Basel. Freimaurergespräche 2. Aufl. Savignyfeier. Ehrendoctor der Universität Edinburgh. Maurerische Verfassungscommission in Berlin. Treitschke. Herrmann. In Zürich beim Abschluss der Arbeiten der schweiz. Redactions-Commission. Zwei Rechtsgutachten über Nachbesteuerung des Tabaks und über die rumänische Judenfrage. Grosslogentag in Frankfurt a. M. 50jähriges Doctorjubiläum. Die Haltung der badischen Regierung und mein Quiescierungsgesuch. Schweizerreise. In Brüssel beim Zusammentritt des Instituts für Völkerrecht. Über völkerrechtliche Schiedsgerichte an Professor Vögelin. Baron Völderndorff. Reform des Erbrechts. Schreiben an den Protestantenverein. Letzte litterarische Plane. Wahl zur Ersten Kammer durch die Universität. Publicistische Thätigkeit.

Am 2. Januar nach Basel zu der Gesetzes-Redactions-Commission. In Basel bis 12. Januar.

Meine Freimaurergespräche finden eine unerwartet günstige Aufnahme. Schon wird eine zweite Auflage gedruckt. — Auch von Holtzmann, der schwer krank lag und dem Tode nahe, erhalte ich einen freundlichen Dank für die Gespräche.

---

21. Februar. Savignyfeier[1]) veranstaltet durch

[1]) Am 21. Februar 1879 waren es 100 Jahre, dass Savigny geboren wurde.

den historisch-philosophischen Verein, nachdem die Juristenfacultät sie abgelehnt hatte.

Mein Vortrag im Grossen Museumssaal wurde gut aufgenommen, wie eine Ehrenrettung der Universität.

Derselbe wurde abgedruckt, nicht wie gehalten, aber wie geschrieben, in Westermann's Illustrierten Deutschen Monatsheften.[1])

Februar. Die Universität Edinburgh wählt mich mit Holtzendorff zu ihren Doctoren und ladet uns ein, im April dort der Feierlichkeit der Creirung zum juristischen Ehrendoctor beizuwohnen. Freundliches Schreiben von Lorimer.

Ich lehne ab, dahin zu gehen, verdanke aber die Beehrung. Überdem widerspricht es unseren Begriffen, dass man von einer andern Universität zum Doctor derselben Facultät gemacht werde, in der man bereits Doctor geworden ist.

---

9. März. In Berlin in Sachen des Grosslogenbundes. Anwesend die Mitglieder der Verfassungs-Commission. Im allgemeinen wurde mein Entwurf angenommen, aber die vorgeschlagene „Deutsche Grossloge" in eine conföderative Form: „Bund der vereinigten deutschen Grosslogen" umgebildet. Der Kronprinz ist von uns als Deutscher Grossmeister in Aussicht genommen.

---

22. März. Kaisertag. Ich schreibe an Treitschke, um ihn zu beraten über den Verfall der national-liberalen

[1]) Juniheft 1879, S. 316—329.

Partei, deren Unglück Lasker ist. — Kann ich Etwas thun?

Herrmann[1]) vertraute mir heute, er sehne sich nach einer Thätigkeit. Ich habe empfohlen, er solle es machen wie Niebuhr und an der Universität wirken.

1.—21. April. In Zürich bei der Redactions-Commission. Die Redactionsarbeiten scheinen nun beendigt.[2])

Mai. Zwei Rechtsgutachten

1) gegen die Nachbesteuerung des Tabaks (für die Handelskammern von Frankfurt a/M., Mannheim, Heidelberg u. s. w. erstattet),[3])

2) für Gleichberechtigung der Rumänischen Juden (erstattet im Auftrag der Alliance Israëlite Universelle und des Israelitischen Rumänischen Comité's).[4])

---

[1]) Am 3. Mai 1878 hatte der Kaiser die Entlassung Herrmann's als Präsidenten des evang. Oberkircheurats genehmigt, und Herrmann darauf sich nach Heidelberg zurückgezogen.

[2]) Im Dezember 1879 wurden die beiden von der Redactionscommission festgestellten Entwürfe (Obligationen- und Handelsrecht) von dem eidgenössischen Justizdepartement bei der Bundesversammlung eingereicht. Beide Räte (National- und Ständerat) setzten sofort Commissionen zur Prüfung nieder, und am 15. Juni 1881 einigten sich die beiden Räte über das neue schweizerische Obligationen- und Handelsrecht.

[3]) Im Druck erschienen u. d. T.: „Die Nachbesteuerung des Tabaks und die Rechtsordnung". Als Mscr. gedruckt. gr. 8. 15 S. (Heidelberg, Köster) Frankfurt a. M. 1879. — Am 8. Juli 1879 lehnte der Deutsche Reichstag die Nachsteuer von Tabak ab, vergl. Schulthess, Europ. Geschichtskalender, 20. Jahrgang 1879 S. 199 und 211.

[4]) Im Druck erschienen u. d. T.: „Der Stat Rumänien und

4. Juni. Zu Pfingsten in Frankfurt zum Grosslogentag. Ich habe aber an den Sitzungen keinen Anteil genommen, da ich Abends zuvor die Stimmung der Grosslogen und selbst der meisten Logen unseres Systems und Verbandes kennen lernte. Von den 3 Berliner Grosslogen war nur die Grossloge Royal-York der Verfassungsreform günstig; die beiden andern, die Grosse Landes-Loge und die 3 Weltkugeln, verhielten sich entschieden ablehnend. Sie fürchteten für ihre Hochgrade und für ihre Souveränetät, wenn die übrigen Grosslogen zu dem engeren Bund hinzutreten. Von den übrigen Grosslogen war nicht einmal mehr Bayreuth entschieden für den Entwurf; nur Hamburg und Darmstadt noch einigermaassen, Sachsen suchte einen anständigen Rückzug, Frankfurt selbst war entschieden ablehnend. Der Geist des Particularismus war viel stärker vertreten, als der der Nationalität. Die Nichtberliner Grosslogen hinwiederum hegten die entgegengesetzte Besorgnis, von Berlin vergewaltigt zu werden.

Ich schrieb, nachdem ich vom Samstag auf Sonntag ziemlich unruhig geschlafen und Alles überlegt hatte, an die beiden anderen Vertreter von Bayreuth, dass ich mich an den Verhandlungen nicht weiter beteiligen werde. Man hatte mich nicht einmal zum voraus von der Meinung der Logen unterrichtet; sonst wäre ich gar nicht nach Frankfurt gegangen.

Das Project ist jedenfalls zur Zeit ganz aussichtslos, und damit auch jede Reform, welche der deutschen Mau-

das Rechtsverhältnis der Juden in Rumänien". Ein Rechtsgutachten. 8. 27 S. Berlin, Löwenthal, 1879. Über die Rumänische Judenfrage vergl. Schulthess, Europ. Geschichtscalender 1879, S. 516—520; 1880, S. 493 f.

rerei ein thatkräftiges Wirken ermöglicht. Der alte Schlendrian, die Gemütsduselei und das Scheinleben werden fortdauern. Soll es je wieder besser werden, was mir zweifelhaft ist, so kann nur durch neue Männer Etwas erreicht werden. Meine maurerische Thätigkeit ist jetzt abgeschlossen. Ich hatte, wenn gleich nie zuversichtlich, gehofft, den Bund, dessen Organisation vortrefflich ist, und der eine Fülle von Ideen in seinen Symbolen veranschaulicht, wirksam zu machen zur Stärkung der moralischen Kräfte in der Nation, die idealen Güter im Gegensatz zu blossem Materialismus auch in den Mittelclassen zu Ehren zu bringen, für geistige Freiheit ohne Zügellosigkeit und Rohheit besser zu arbeiten und auch Humanität gegenüber den untern Classen zu üben. Meine Illusion ist zerstört. Das Instrument ist unbrauchbar.

Ich habe mich auch darin getäuscht, dass ich meinte, mit der Güte des Strebens und der Klarheit des Gedankens durchzudringen. Ein Sieg war nur möglich, wenn die fleissige Bearbeitung der Personen vorhergieng und auch die Eitelkeit der andern Führer gekitzelt wurde. Dazu hatte ich weder Zeit noch Lust.

Diese Aufgabe ist zu Ende. Ich werde nicht decken, aber ich werde mich zu Nichts wählen lassen und keine grössere Versammlung, namentlich keinen Grosslogentag mehr besuchen.

---

3. August. 50jähriges Doctorjubiläum.

Am 31. Juli hielt ich die letzte Vorlesung über Völkerrecht in dem Semester und wurde durch eine freundliche Ovation meiner Zuhörer auf's angenehmste überrascht. Ohne eine Ahnung gieng ich in's Colleg und wurde vor

der bekränzten Thüre von einer Deputation der Studierenden empfangen, die mir eröffnete, letztere hätten den Anlass ergriffen, um mir ihre Dankbarkeit und Liebe zu bezeugen. Das Katheder war reich mit Pflanzen und Blumen geschmückt. Das ganze Auditorium stand auf, als ich erschien, und blieb stehen, während ein Studierender, Fuld von Berlin, eine gewandte und feurige Rede hielt, um mich zu beglückwünschen und zu feiern. Ich war wirklich gerührt von dem ganz ungewöhnlichen Erguss von Anhänglichkeit und Verehrung, den die Studenten aus eigenem freiem Antrieb veranstaltet hatten.

2. August. Nachmittags erschienen schon einige Deputationen. Die Creditbank überbrachte ein wertvolles Geschenk, die Statue des Moses von Michel Angelo in Bronceguss auf Postament. Die sinnige Gabe freute mich sehr. — Abends grosser Fackelzug der Studierenden, von Nichtfarbentragenden geführt und in sehr grosser Zahl unterstützt.

Die Hauptfeier war von der Universität auf den 3. August verlegt worden, damit diese teilnehmen könne. Der eigentliche Promotionstag war der 29. August, der in die Ferien fällt. Es war ein sehr schöner, aber sehr heisser Sonntag und Sonnentag.

Am Morgen früh fand sich im Garten ein Chor von Sängern ein, von der Loge berufen. Sie sangen schöne und ernste Lieder. Nach 10 Uhr erschienen die Deputationen nach einander, die ich alle stehend im Salon empfieng, und deren Begrüssung ich erwiderte: der Prorector mit der grossen Deputation des Senats, die Juristenfacultät, welche eine künstlerisch geschmückte Urkunde übergab, die philosophische Facultät, welche mir das philosophische Doc-

tordiplom überbrachte, die ausserordentlichen Professoren der Juristenfacultät, deren jeder eine Festschrift verfasst hatte, die Deputationen der auswärtigen Universitäten [1]), mehrere Vertreter des Instituts für Völkerrecht (Bulmerincq, Martens, Rivier), Abordnungen der Burschenschaft und der Corps, des Protestanten-Vereins, des Frauen-Vereins, der eine Palme überreichte, der Krankenhaus-Commission, der Loge, der Stadtverordneten, des historisch-philosophischen Vereins, der Museumsgesellschaft.

Sehr gelungen war das Festmahl. Der Prorector v. Dusch hielt die erste Rede und betonte auch die politische Thätigkeit; Schulze stellte die gesamte Thätigkeit in ausführlicher Rede dar. Dann kam ich zum Wort und sprach ganz von Innen heraus, wie es der Moment eingab, über die politische und die wissenschaftliche Seite in meiner Natur und die wechselnde Bethätigung beider im Leben, wie über die Früchte derselben und den Fortschritt zu einer historisch-philosophischen Ansicht, über das Verhältnis der Schweiz zu Deutschland u. s. f. Die Rede machte Eindruck durch ihre Unmittelbarkeit. Sehr schön sprach Orelli als Schweizer und hob die 3 Werke hervor: Stats- und Rechtsgeschichte, Züricher Gesetzbuch, Schweizerisches Obligationen- und Handelsrecht. Die Schleussen des Redestroms waren nun offen. Es sprachen unter Anderen v. Martitz (im Namen der Universitätsdelegierten auf

---

[1]) Es waren persönlich vertreten die Universitäten Breslau durch Prof. Gierke, München durch Prof. Hecker, Bluntschli's Schwiegersohn, Tübingen durch Prof. v. Martitz, Würzburg durch Prof. Schröder, Zürich durch Prof. Orelli, Brüssel durch Prof. Rivier, zugleich seit Rolin's Abgang Generalsecretär des Instituts für Völkerrecht, Dorpat durch Prof. Edgar Loening, Petersburg durch Prof. Martens.

meine wissenschaftlichen Verdienste), Professor Erdmannsdörfer, Bekker (auf meine Frische im Alter), Bulmerincq (auf mich als den Mitstifter, Präsidenten, eifrigen Berater und unermüdeten Mitarbeiter des Instituts für Völkerrecht), Friedreich, Oberbürgermeister Bilabel (auf meine communalen und lokalen Verdienste, insbesondere als Obmann der Stadtverordneten). — Es war ein freier und gemütlicher Ton bei der Tafel, keine Steife und kein gemachtes Wesen.

Am folgenden Tag gab ich im Speyrerhof meiner Familie ein Essen, als Nachfeier. Dazu waren ebenfalls erschienen Rivier aus Brüssel, Martens aus Petersburg, Orelli aus Zürich. Das war eine reizende Idylle, ebenfalls gewürzt durch gute Worte.

Gratulationsschreiben, grossen Teils in schönen Urkunden, kamen von den Universitäten Berlin, Bonn, Breslau, Erlangen, Freiburg, Giessen, Göttingen, Greifswald, Halle, Heidelberg, Jena, Kiel, Königsberg, Leipzig, Marburg, München, Rostock, Strassburg, Tübingen, Würzburg, Basel, Bern, Zürich, Czernowitz, Graz, Innsbruck, Prag, Dorpat, St. Petersburg. Sodann von dem Eidgenössischen Bundesrat Anderwert, von der Regierung und von dem Stadtrat Zürich, von dem Stadtrat Heidelberg, von dem Heidelberger Frauen-Verein, von dem Heidelberger Arbeiterbildungs-Verein, von der Loge Ludwigsburg, von der Zunftgesellschaft zum Widder in Zürich.

Ausserdem erhielt ich über 40 Glückwunschtelegramme und eine Masse von Briefen, darunter ein äusserst herzliches Schreiben von Windscheid in Leipzig und ein nicht minder freundschaftliches von Rolin-Jaequemyns in Brüssel.

Besonders wertvoll waren die vielen Festschriften,

die nicht bloss mir, sondern der wissenschaftlichen Welt zu gute kommen. Ich erhielt an Festschriften von der Universität München ein schön ausgestattetes Buch von Holtzendorff: Wesen und Wert der öffentlichen Meinung[1]; von der Universität Zürich von Orelli: Rechtsschulen und Rechtslitteratur in der Schweiz[2]; von Breslau von Gierke: Joh. Althusius[3]; von Giessen von Gareis: das heutige Völkerrecht und der Sklavenhandel[4]; von Dorpat von E. Löning: die Haftung des Stats für Versehen seiner Beamten[5]; von Würzburg von Held: das Kaisertum als Rechtsbegriff[6]; von Heidelberg von Bekker: das Recht des Besitzes bei den Römern.[7]

---

[1]) Holtzendorff, Franz v. —, Wesen und Wert der öffentlichen Meinung. 2. A. 8. VII, 159 S. München, 1880.

[2]) Orelli, Prof. Dr. Al. v. —, Rechtsschulen und Rechtsliteratur in der Schweiz vom Ende des Mittelalters bis zur Gründung der Universitäten von Zürich und Bern. Festschrift zum 50. Doctorjubiläum von Professor Bluntschli in Heidelberg, dargebracht von der statswissenschaftlichen Facultät der. Universität Zürich. Zürich, 1879. 8. 106 S.

[3]) Gierke, Prof. Dr. Otto —, Johannes Althusius und die Entwickelung der naturrechtlichen Statstheorien, zugleich ein Beitrag zur Geschichte der Rechtssystematik. [Untersuchungen zur deutschen Stats- und Rechtsgeschichte, 7.] Breslau, 1879. XVIII, 332 S. gr. 8.

[4]) Gareis, Prof. Dr. Carl —, Das heutige Völkerrecht und der Menschenhandel. Eine völkerrechtliche Abhandlung, zugleich Ausgabe des deutschen Textes der Verträge v. 20. Dezember 1841 und 29. März 1879. gr. 8. 54 S. Berlin, 1879.

[5]) Loening, Prof. Dr. Edgar —, Die Haftung des Stats aus rechtswidrigen Handlungen seiner Beamten nach deutschem Privat- und Statsrecht. Eine Festschrift. Lex.-8. VII, 135 S. Frankfurt a M. 1879.

[6]) Held, Prof. Dr. Joseph v. —, Das Kaisertum als Rechtsbegriff. Gratulationsschrift an J. C. Bluntschli, dargebracht von der rechts- und statswissenschaftlichen Facultät der Universität Würzburg. 4. 64 S. Würzburg, 1879.

[7]) Bekker, Prof. Dr. Ernst Imman. — Das Recht des Besitzes

Sodann wurden mir von den ausserordentlichen Professoren der Heidelberger Juristenfacultät: Amann[1]), Buhl[2]), Cohn[3]), Richard Loening[4]) und Strauch[5]), sowie von dem Privatdocenten der Nationalökonomie Leser in der philosophischen Facultät[6]) sechs Abhandlungen dargebracht, von jedem einzeln und von allen in Gemeinschaft herausgegeben.

Endlich wurde mir von dem König von Belgien das Commandeurkreuz des Leopoldordens und vom Kaiser von Russland der Stanislausorden I. Classe mit Stern und grossem Band übersandt.

Ich hielt die Strapaze des Festtags vortrefflich aus. Am Schluss alles Empfangs von Deputationen war ich wohl

bei den Römern. Festgabe an J. C. Bluntschli zum Doctorjubiläum. gr. 8. IV, 417 S. Leipzig 1880.

[1]) Amann, Dr. Julius —, Über den Begriff des procurator und des mandatarius nach römischem Recht. Heidelberg, C. Winter, 1879. gr. 8. 35 S.

[2]) Buhl, Dr. Heinrich —, Zur Rechtsgeschichte des deutschen Sortimentsbuchhandels. Ebendas. 1879. gr. 8. 51 S.

[3]) Cohn, Dr. Georg —, Beiträge zur Lehre vom einheitlichen Wechselrecht. Ebendas. 1880. gr. 8. 144 S.

[4]) Loening, Dr. Richard —, Der Reinigungseid bei Ungerichtsklagen im deutschen Mittelalter. gr. 8. XV und 316 S. Heidelberg, 1880, C. Winter.

[5]) Strauch, Dr. Hermann —, Zur Interventionslehre. Eine völkerrechtliche Studie. Ebendas. 1879. gr. 8. 39 S.

[6]) Leser, Dr. Emanuel —, Ein Accisestreit in England. Ebend. 1879. gr. 8. 75 S.

Die Gesamtausgabe der von den genannten jüngeren Heidelberger Collegen Bluntschli's veranstalteten „Festgaben" erschien unter dem Titel: „Festgabe zum 50jährigen Doctorjubiläum (3. August 1879) des Herrn Geh. Rats Professor Dr. J. C. Bluntschli dargebracht von den Docenten der Universität Heidelberg: J. Amann, H. Buhl, G. Cohn, Em. Leser, Rich. Loening, H. Strauch." Heidelberg, Carl Winter's Universitätsbuchhandlung, 1880.

etwas müde, aber bei dem Festmahl merkwürdig frisch und belebt. Gott bin ich dankbar für das noch kraftvolle und gesunde Alter.

Das Fest war sehr schön, der 3. August einer der glücklichsten und sonnigsten Tage meines Lebens. Aber es hatte durch die Haltung der badischen Regierung doch einen bittern Bei- und Nachgeschmack bekommen. Zwar der Grossherzog hatte ein freundliches Handschreiben geschickt, das in Ton und Inhalt anerkennend und wohlwollend war. Aber vom Ministerium erschien Niemand; Stösser begnügte sich, ein ziemlich kühles Gratulationsschreiben zu schicken. Und der Antrag des Senats, mir das Grosskreuz des Zähringer Ordens zu geben, war sogar von dem Ministerium abgelehnt worden, wie man nachher erfuhr, weil das Ministerium beschlossen hatte, überhaupt nicht mehr an Professoren diese höchste Auszeichnung zu vergeben. So wenig ich nach Orden strebe und so wenig Gebrauch ich von dem Spielzeug mache, so hat mich diese Art bureaukratischer Missachtung doch sehr verdrossen. Schlimmer war, dass die Ablehnung der ganzen Universität galt und von dieser als eine ihr zugedachte capitis diminutio angesehen ward, als deren erstes Exempel ich, ihr Senior, an meinem Ehrentage ausersehen wurde. Die Universität Heidelberg erträgt es nicht, dass man ihre Spitze lediglich nach badischen Beamtenrangclassen behandle. Sie ist keine badische Landesschule, sondern eine deutsche und sogar eine Hochschule für alle Völker. So muss sie auch behandelt werden; es war ein grosser Fehler, Alles nach der bureaukratischen Elle zu messen.

Ich hatte schon vor Jahren mir dieses Jubiläum, wenn ich es erleben sollte, als Schlusstermin meiner akademischen

Wirksamkeit gedacht. Indessen hatte die Liebe der Studenten, die mir bezeugte, dass meine Wirksamkeit noch bedeutend sei, sodann meine gute Gesundheit und meine Frische, die von allen Seiten erkannt und anerkannt wurde, endlich die Freundlichkeit meiner Collegen, die mir zuredeten, dass ich fortführe, mich dazu bestimmt, diesen Vorsatz aufzugeben. Nun kam aber die Missachtung von Karlsruhe hinzu und brachte neuerdings eine Änderung. Ich schrieb an den Minister Stösser und bat um Quiescierung. Die Facultät beschloss eine Abordnung nach Karlsruhe, um mich zu erhalten. Stösser erklärte seine Abwesenheit beim Fest und den Mangel einer Abordnung aus zufälligen Gründen und bat das zu entschuldigen. Am 29. September kam endlich von Karlsruhe durch Nokk in einem sehr anerkennenden Brief die offizielle Bitte an mich, dass ich bleiben möchte. Und so zog ich denn mit Rücksicht auf das Ersuchen der Facultät und den „dringenden Wunsch“ der Grossherzoglichen Regierung am 30. September mein Quiescierungsgesuch zurück.

Vom 7.—27. August. Erholungsreise in die Schweiz nach Bern, Interlaken, Mürren, zuletzt nach meinem lieben Brunnen, wo ich in der Villa Aufdermaur höchst angenehm wohnte und mich in der herrlichen Natur trefflich erholte.

Vom 31. August bis 5. September in Brüssel bei der Versammlung des Instituts für Völkerrecht. — Die Versammlung war sehr besucht. Ich wurde überaus freundlich aufgenommen und erhielt bei einem Déjeuner

bei Rolin ein prächtiges Album mit den Photographien der Mitglieder. Abends zuvor war grosses opulentes Diner bei Arntz, der einen Toast voll Herzlichkeit hielt. Ich erwiderte in grossem Styl. Es waren anwesend der Grossvater Rolin, der Minister Rolin-Jaequemyns, Westlake, Bulmerincq, Clunet, Holland, Moynier, Schulze und einige Damen. Es war ein schöner Abend. — Am Donnerstag Abends (4. September) empfing der König die Mitglieder des Instituts und die Minister zur Soiree.

Der Sitz des Instituts wird von Gent nach Brüssel verlegt, Generalsecretär wird Professor Rivier in Brüssel. In der Versammlung wird der Antrag gestellt und einstimmig gutgeheissen, dass das Institut ein allgemein verständliches, für die Armeen brauchbares, dem heutigen Stand des Völkerrechts entsprechendes Manuel des Kriegsvölkerrechts ausarbeiten lasse und den Regierungen zur Verfügung stelle. Die Kriegsartikel, welche den Truppen in vielen Staten mitgeteilt werden, sind meistens schon vor mehreren Jahrzehnten verfasst worden und zum Teil veraltet. Selbst die Lieber-Lincoln'sche Instruction für die nordamerikanische Armee von 1864 bedarf doch heute einer Umarbeitung. Die neuen Manuels für das französische, russische, niederländische Heer sind ebenfalls der Verbesserung fähig. Eine gut stylisierte, populäre und zugleich wissenschaftlich richtige kurze Darstellung war so eine würdige Aufgabe der Akademie. — Der Auftrag, ein für den Gebrauch der verschiedenen Armeen dienliches, kurz und klar gefasstes Manuel des Droits de la guerre auszuarbeiten, wurde einer Commission gegeben und das Genfer Mitglied Moynier mit der Redaction betraut.[1])

Am 16. September erhielt Bluntschli von Professor S. Vögelin Sohn in Zürich ein Schreiben, worin dieser berichtet: „Schon seit Jahren trage ich mich mit einem Gedanken, für den ich seit einiger Zeit folgende Formulierung gefunden habe.

[1]) Aus dem Bericht Bluntschli's: „Das Institut für Völkerrecht und das Manuel des Kriegsvölkerrechts für die Armeen" in der Gegenwart XVIII. Band 1880, Nr. 27.

Motion.

Der Bundesrat ist bevollmächtigt, Namens der Schweizerischen Eidgenossenschaft den Europäischen Cabinetten den Vorschlag einer Convention zu unterbreiten, deren Glieder sich verpflichten, politische Differenzen, die sich zwischen ihnen ergeben sollten, in erster Linie einem aus ihrer Mitte bestellten Schiedsgericht zu unterbreiten. Der Spruch dieses Schiedsgerichts hat nur moralisches Gewicht und präjudiciert nicht die spätere Action der Mitglieder der Convention.

Meine Bitte an Sie geht nun dahin, Sie möchten mich gütigst orientieren, wie weit eine solche Motion mit den Beschlüssen des Congresses für internationales Recht cooperieren oder gar coincidieren würde."

Darauf erwiederte Bluntschli am 22. September, wie folgt:

„Seitdem zuerst Sir Henry Ritchard 1873 im Englischen Unterhause den Antrag entwickelt und durchgesetzt hat, bei völkerrechtlichen Streitigkeiten unter den Staten das schiedsgerichtliche Verfahren zur Vertragspflicht zu machen, ist dieser Gedanke wiederholt in andern Parlamenten, insbesondere in den Niederlanden, in Belgien, in Italien empfohlen worden. Vorerst ohne praktischen Erfolg. Nur die italienische Regierung nahm die Schiedsgerichtsclausel seither in ihre Verträge auf.

„Meines Erachtens sind die Versuche, das schiedsrichterliche Verfahren wenigstens auf so lange, als es noch kein festes völkerrechtliches Tribunal gibt, als völkerrechtliche Pflicht vertragsmässig vorzuschreiben, hauptsächlich daran gescheitert, dass der Unterschied nicht beachtet wurde zwischen:

a) den Lebensfragen der Völker und der Staten, und

b) den mancherlei, aber im Grunde immer untergeordneten Streitigkeiten der Völker und der Staten über Verwaltung und Rechtspflege, Auslegung von Handels-, Zoll-, Eisenbahn-, Telegraphen-, wirtschaftlichen Verträgen, über Entschädigungen und Grenzstreitigkeiten u. s. f. Man kann dieselben als Verwaltungsstreitigkeiten bezeichnen.

„Die Fragen erster Gattung können nicht durch Schiedsgerichte entschieden werden und nicht mit Aussicht auf Erfolg begutachtet werden. Wird ein Volk in seiner statlichen Existenz oder in seiner Entwicklung gehemmt oder bedroht, oder wird die Freiheit eines Stats, sich selbst zu bestimmen angegriffen, so gibt es in dem heutigen Zu-

stand der europäischen Statenwelt noch kein anderes Mittel, diese höchsten Güter zu schützen, als den Krieg. Die Völker sind genötigt, zu ihrer Rettung ihre volle Kraft und selbst ihr Leben einzusetzen. Kein Volk wird solche Lebensfragen dem Urteil irgend eines Schiedsgerichts d. h. der Meinung einiger weniger Rechtsgelehrten und Statsmänner überlassen. Es wird nur sich selbst vertrauen.

„Die Fragen der zweiten Gattung hingegen eignen sich unbedenklich für das schiedsrichterliche Verfahren, und zwar durchaus nicht bloss in „moralischem“ Sinn, sondern in dem rechtlichen Sinn eines verbindlichen Urteils. Für Fragen dieser Gattung ist der Krieg immer ein ungeeignetes, weil ein ganz unverhältnismässiges Mittel. Der Entscheid über diese Fragen wird daher ganz zweckmässig einigen wenigen sach- und rechtskundigen Männern anvertraut.

„Das im Jahr 1874 in Gent gegründete Institut für Völkerrecht, eine wissenschaftliche Akademie, in welcher fast alle europäischen und amerikanischen Kulturvölker vertreten sind, hat ein Statut ausgearbeitet, welches das schiedsrichterliche Verfahren näher regelt und manche Zweifel, die in der Praxis störend auftreten, zum voraus beseitigt. Offenbar würde sich das Institut, welches unablässig an der Klärung und Vervollkommnung zunächst des völkerrechtlichen Bewusstseins der civilisierten Welt arbeitet, durch seine Zusammensetzung aus wissenschaftlichen Notabeln aller Nationen und durch seine Unbefangenheit und Unabhängigkeit vortrefflich dazu eignen, in völkerrechtlichen Streitigkeiten der Staten wohldurchdachte Gutachten zu geben und selbst entweder im Ganzen oder durch Ernennung einzelner Mitglieder als Schiedsgericht zu fungieren.

„Die Schweiz hat in der europäischen Statenwelt einen guten Ruf und ist durch ihre neutrale und eminent friedliche Politik, wie durch ihre Verbindung von deutschen, französischen, italienischen und romanischen Volkselementen, die sich alle als Eidgenossen wohl und frei fühlen, wohl geeignet, Vorschläge zur Sprache zu bringen, welche den Völkerfrieden und das Völkerrecht zu fördern bestimmt sind. Würde sie einen Antrag stellen, vertragsmässig ein schiedsrichterliches Verfahren für alle Verwaltungsstreitigkeiten unter den europäischen Staten vorzuschreiben, so ist es nicht undenkbar, dass manche Staten darauf eingehen würden.“

---

6. September. Mich besuchte Baron Völderndorff aus München, ein alter treuer Freund. Es war mir eine rechte Freude, ihn wiederzusehen. Wir besprachen unter anderm Bismarck's Kirchenpolitik. Die katholische Kirche hat er offenbar gar nicht gekannt. Er hatte 1868 gemeint, die preussischen Bischöfe seien vorerst Preussen, dann erst römische Bischöfe. So wenig wusste er von der Erziehung des Clerus. Das Circular von Hohenlohe hat man in Berlin mitleidig belächelt. Jetzt ist die Sache für eine ganze Generation verdorben.

Dann kam ich auf die drei Ministerien, die ich in Baden erlebt:

I. Stabel-Lamey-Roggenbach: — darin war statsmännischer und liberaler Geist.

II. Jolly: Bureaukratie nimmt überhand, aber an der Spitze doch ein politischer Kopf, wenngleich etwas doctrinär, dessen liberale Ideen stark versetzt waren mit absolutistischen Neigungen.

III. Turban-Stösser: blosse Bureaukratie, ohne politischen Geist, wohlwollend, aber schwach gegen den Hof.

10. September. Meine „Reform des Erbrechts" (Artikel der Gegenwart s. Schluss des vorigen Capitels) scheint Aufsehen zu machen. Es wäre mir lieber, sie würde von Bismarck oder dem Kronprinzen erfasst. Einstweilen rechne ich auf viel Missverständnis. Die Menge der Gebildeten merkt gar nicht den Unterschied zwischen der liberalen Reform und dem radicalen Socialismus. Ich werde wohl gar für einen verkappten Socialisten gehalten, wie einst für einen Jesuiten. Es ist kaum zu fassen, wie borniert die Leute sind.

---

29. September. Mein Schreiben an den Protestantenverein. Es enthält eine ausführliche Antwort auf den schönen Glückwunsch[1]) und meine Äusserung über die Zeitströmung, sowie meinen Rat über das Verhalten des Vereins ihr gegenüber.[2])

---

8. Oktober.

Ernst Rohmer war hier. Wir einigten uns über Folgendes:

1) Der II. Band der Gesammelten kleinen Schriften soll im Dezember beginnen und auf Ostern 1880 fertig werden.[3])

2) Die Gespräche über Gott, Natur, Unsterblichkeit sollen mit Weglassung der freimaurerischen Erinnerungen in den Buchhandel kommen.[4])

3) Die deutsche Statslehre für Gebildete erscheint in neuer umgearbeiteter Auflage, aber so, dass sie vorzugsweise für Studierte und Studierende sich eignet, und in dieser Form Aussicht auf öftere Auflagen entsteht. Die „gebildeten“ Deutschen sind noch zu wenig gebildet für Politik. Das hat die Erfahrung gezeigt, und noch nicht geneigt, Bildung in solcher Form zu begehren. Eher lesen und kaufen Studenten und Beamte das Buch.[5])

---

[1]) welchen der Protestanten-Verein durch den Mund seines geschäftsführenden Ausschusses Bluntschli zu seinem Doktorjubiläum dargebracht hatte, cf. Prot. Kirchenzeitung 1879 Nr. 32, S. 684.

[2]) Bluntschli's Antwortschreiben, s. ebdas. Nr. 42, S. 803.

[3]) Der I. Band der Gesammelten kleinen Schriften, enthaltend „Aufsätze über Recht und Stat“ war zum 3. August 1879 erschienen. Der II. Band: „Aufsätze über Politik und Völkerrecht“ erschien 1881: beide im Verlag von C. H. Beck in Nördlingen.

[4]) Vergl. oben cap. 19, S. 395, Anm. 1.

[5]) Dasselbe erschien u. d. T.: Deutche Statslehre und die

4) Von meiner Selbstbiographie soll der I. Band 1883 (spätestens), der II. Band 1884 erscheinen. Der III. und letzte mag dann auf sich warten lassen bis nach meinem Tode.

5) Bis 1885 soll die Rohmer'sche Biographie und Geschichte der Rohmer'schen Wissenschaft erscheinen.

6) Seyerlen soll die Psychologie (Friedrich Rohmer's Wissenschaft vom Menschen) fertig machen[1]) und die Anfrage an ihn gerichtet werden, bis wann? Sollte er sich ausser Stands dazu erklären, so muss ich den Torso, so gut es geht, sammeln und bearbeiten.

7) Auch die kleinen Schriften von Friedrich Rohmer sollen gesammelt werden, und

8) Die Gedichte und wichtigsten Briefe folgen.

Das ist die Hauptarbeit meiner nächsten Lebensjahre und wohl die letzte.

---

9. November. Also doch nochmals in die Badische Kammer und in die Erste Kammer, infolge einer Wahl der

---

heutige Statenwelt. Ein Grundriss mit vorzüglicher Rücksicht auf die Verfassungen von Deutschland und Österreich-Ungarn. 2. umgearb. Aufl. der „Deutschen Statslehre für Gebildete". gr. 8, XII, 479 S. Nördlingen, C. H. Beck, 1880.

[1]) Vergl. oben cap. 20, S. 416, Anm. 1. — Die Anfrage Bluntschli's an mich erging am 4. Dezember 1879. Im August 1880 konnte ich ihm melden, dass ich die Arbeit auf's Neue in Angriff zu nehmen nunmehr in der Lage und das Werk fortzusetzen gewillt sei, auch die Hoffnung habe, der enormen Schwierigkeiten ungeachtet dasselbe zu Ende zu führen. Im Oktober desselben Jahres besprach ich auch persönlich noch mit ihm bei einem Besuch in Heidelberg diese Angelegenheit, die ihm überaus am Herzen lag. Es war das letzte Mal, dass ich ihn sah. Und ich danke Gott, dass es mir, wenn auch erst nach seinem Tod, möglich geworden ist, die Zusage, die ich ihm damals auf's Neue geben musste, zur Erfüllung zu bringen.

Universität, aber ohne Lust und voll Verstimmung über das Benehmen vieler Professoren.

Wenn der Teufel der Factionen und Coterien in die Gelehrten fährt, dann sind sie unleidlich verrannt und eigensinnig. Sind die Deutschen überhaupt keine statlichen Geschöpfe, so sind die Professoren im Durchschnitt die unstatlichsten aller Wesen, weil sie nur an sich und ihre Coterie denken und darüber die Pflicht gegen das Ganze, den Stat, wie Staub von ihren Kleidern wegblasen.

Anfangs, als eine erhebliche Anzahl von Wählern mit der Aufforderung an mich kam, ich solle mich wählen lassen, weil sonst Niemand da sei, der eine Mehrheit finde und geeignet und bereit sei, lehnte ich ab. Endlich gab ich nach aus politischen und moralischen Motiven, weil ich

1) es für nötig halte, wenn die eng confessionelle dunkle Wolke von Berlin her nach Karlsruhe geweht wird, diesem Andrang zu begegnen und das Gewitter ohne Landschaden vorüberziehen zu lassen,

2) weil ich ein freundliches Verhältnis zur Zweiten Kammer für nötig erachte, im Gegensatz zu der junkerhaften Überspannung, wie sie Renaud angestrebt hat,

3) weil ich aus Rücksicht der Dankbarkeit auf das freundliche Benehmen der Universität bei meinem Jubiläum mich in einer Verlegenheit derselben nicht entziehen mag.

Ich erklärte das in einem Schreiben an Alle, das aber keine besondere Wirkung gehabt hat, wenigstens keine sichtbare.

Renaud und Kopp hatten Kuno Fischer in Vorschlag gebracht. Es zeigte sich aber bald, dass er die Mehrheit nicht erlange. Nun gab die Faction ihn auf, suchte aber die ganze Wahl zu verhindern, indem sie sich fern hielt,

damit nicht die nötige Stimmenzahl von 3/4 aller Wähler sich einfinde. Von 39 erschienen so nur 25, und die Wahl unterblieb.

Da ordnete das Ministerium eine neue Wahl an, mit der Bestimmung, wenn die Mehrheit aller Berechtigten anwesend sei, solle gewählt werden. Das zweitemal erschienen so 24. Davon fielen 19 Stimmen auf mich. Meine Stimme, die ich verworfen, dazu gerechnet, ist die absolute Mehrheit aller Wähler für mich.

Ich konnte nicht anders als annehmen. Die Erste Kammer wird nun entscheiden.

---

18. November. Kammereröffnung.

Die Thronrede ist offenbar, wenigstens in der Hauptstelle „Frieden mit der Kirche", das Werk des Grossherzogs selbst. Sie verrät die Stimmung, aber es fehlt die Klarheit des Gedankens. Im allgemeinen hat sie einen ungünstigen Eindruck gemacht. Aber sehr gefährlich ist die Wendung nicht, obwohl sie es werden kann. Die Minister versichern, dass die gesetzlichen Rechte nicht aufgegeben werden sollen.

In der Ersten Kammer wurde ich persönlich sehr gut aufgenommen. Ich täusche mich aber nicht, dass dem Führer v. Marschal und seinem Anhang es lieber gewesen wäre, wenn ich nicht gekommen wäre. Denn dann war er der Herrschaft beinahe sicher. Jetzt ist's so nicht möglich. Die Verhandlung in der Ersten Kammer über die Heidelberger Wahl war sehr bewegt und interessant. Alle waren einig in der entschiedenen Verurteilung der streikenden Minderheit. Uneinig war die Kammer, ob die

Wahl, wenn der Buchstabe der Verfassung entgegenstand, trotzdem giltig sei, entsprechend dem Geist der Verfassung. Die Mehrheit entschied aber für Giltigkeit. Turban und Stösser haben für Anerkennung der Wahl gewirkt.

Im übrigen weiss ich, dass ich nicht die Gunst des Hofes und daher auch nicht der Minister habe. Ich bin ihnen zu frei, namentlich in religiöser Beziehung, und sie scheuen mich wegen meiner Verbindung mit dem Protestantenverein. Aber die Situation ist trotzdem für mich ganz gut, und ich handle nach meiner Art.

Publicistisch thätig war Bluntschli im Jahre 1879, indem er in Fleischer's Deutscher Revue im Aprilheft 1879 (S. 68—71) den Artikel „Verständigung oder Auflösung", im Oktoberheft 1879 (S. 60—64) den Artikel „die neue Lage" erscheinen liess.

Zu dem Bedeutendsten aber, was Bluntschli veröffentlicht hat, gehört sein Artikel im Februarheft der Deutschen Revue des Jahres 1879, S. 223—229: „Englische Parlaments-Regierung. — Deutsche Beamten-Regierung." Denn er spricht hier seine Gedanken über die wahre deutsche Statsform aus, über die richtige, der Eigenart des deutschen Wesens entsprechende Verfassungsform des deutschen Stats der Gegenwart und der Zukunft. Er weist hier nach, dass unser deutsches Regierungssystem eine bessere Grundlage hat, als die parlamentarische Regierung, wie sie in England und Belgien besteht, und dass wir gut thun, diese deutsche Grundlage einer königlichen Beamtenregierung beizubehalten und sie mit dem Repräsentativsystem in Einklang zu bringen.

Denselben Gedanken hat er noch einmal in der Gegenwart behandelt (Band XX, Nr. 37; 10. September 1881) unter dem Titel: „Tröstlicher Gedanke, Englische und Deutsche Art." Hier zeigt er, dass die wesentlich deutsche, weil naturgemäss aus der deutschen Geschichte und aus den deutschen Volkszuständen erwachsene Verfassung, nemlich die Statsform einer königlichen Beamtenregierung[1]) mit

[1]) Die Monarchie stützt sich dabei auf eine immer neu aus

Controle der Volksvertretung und eines Zusammenwirkens jener mit dieser für die Gesetzgebung, mehr Gewähr bietet sowohl für die allgemeine Volksfreiheit und Volksteilnahme am öffentlichen Leben, als auch für eine unparteiische, sachkundige und zweckmäsige Verwaltung und Regierung, als die englische Parlamentsregierung. Der Grundgedanke der deutschen Verfassung ist nicht etwa auf einer untergeordneten Stufe der Entwicklung des modernen Stats, sondern er ist höher und dem Statsideale näher als die parlamentarische Parteiregierung Englands. Das einzusehen, so schliesst Bluntschli, hat doch auch in dieser verwirrten Zeit etwas Tröstliches. — Es war der letzte Artikel, den er schrieb; verfasst hat er ihn auf einer Ferienreise zu Bex im Rhonethal anfangs September 1881.

23.

Aus dem Jahre 1880.

Der Jahresanfang. Die kirchlichen Zustände in Preussen. Das neue badische Gesetz über die wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen. Über deutsche und englische Universitäten. In Engelberg. Briefwechsel mit Döllinger. In Oxford bei der Versammlung des Instituts für Völkerrecht. Doctor of Civil Law. Briefwechsel mit Moltke. Heidelberger Pfarrwahl. Rohmer'sche Mission. Bundespräsident Anderwert stirbt. Ehrenmitglied der Universität Lahore. Das römische Papsttum und das Völkerrecht.

Das neue Jahr beginnt mit dem Krachen der Eisdecke, dem heftigen Eisgang und den Überschwemmungen, welche

---

dem Volk durch höhere Bildung, Cultur und öffentlichen Dienst hervorgehende Geistes- und Amtsaristokratie; sie regiert mit Hilfe eines durch die Gymnasial- und Universitätsbildung oder durch die Militärschule erzogenen und zum öffentlichen Dienst herangebildeten, aus allen Volksklassen, vorzugsweise aber aus den gebildeten Familien sich rekrutierenden Standes, der von den wechselnden Parteistimmungen und Volkswahlen unabhängig, mit pragmatischen Rechten ausgestattet und daher in seinem Lebensberufe gesichert, dem König, von dem er die Ämter empfängt und in dessen Namen er sie verwaltet, ergeben und treu verbunden ist.

die Stockungen verursachen, mit furchtbaren Stürmen, vorzüglich in Schottland, mit einem neuen Attentat auf den König von Spanien,[1]) mit dem französischen Ministerwechsel auf der schiefen Ebene des Radikalismus.[2])

Ich fürchte, der Anfang weist auf grosse Stürme und Erschütterungen im Jahr.

---

5. Januar. Gestern Gespräch mit Herrmann über die kirchlichen Zustände Preussens, insbesondere über den Fall Hossbach.[3]) Der Kaiser fürchtete wirklich das Schlimmste, wenn nicht in den Kampf des Glaubens mit dem Unglauben energischer eingegriffen nnd der Prediger Hossbach auch von seinem Amte entsetzt werde. Offenbar betrachtet er die Kirche wie das Heer als einen Körper, der von oben her regiert werden müsse, und wo der Gehorsam gegen die obere Autorität Pflicht Aller sei. Die Ächtheit, der heilige Ernst seines Individuums weckt Ehrfurcht und Liebe, die Täuschung derselben durch Hofintrigue und die Unkenntnis des wirklichen Sachverhalts erregt Bekümmernis. Immerhin kann der Kaiser in kirchlichen Dingen, ohne verantwortliche Minister, tiefer als oberster Bischof eingreifen; aber den gesetzlichen Gang muss er doch beachten. Er hat es auch schliesslich gethan; aber die Gefahr lag sehr nahe, dass der persönliche Wille des Kaisers für den Präsidenten und den Oberkirchenrat auch da bestimmend werde, wo sie als Richter selbständig urteilen sollten.

---

[1]) 30. Dezember 1879.

[2]) 29. Dezember 1879: de Freycinet Ministerpräsident.

[3]) Vergl. hierüber Protest. Kirchenzeitung 1877, Nr. 26 und 40; 1878, Nr. 6—9; Nr. 13 und 14.

Das religiöse Missverständnis ist die Quelle zahlreicher Missgriffe in Preussen und in Baden.

---

5. Januar. Nachricht von dem Tod von Anselm Feuerbach († 4. Januar zu Venedig). — Auch Heffter gestorben.

Mitte Februar. Die badischen Verhandlungen teils mit der Curie, teils unter den Parteien über das Examensgesetz der Geistlichen machen mir einen kläglichen Eindruck.[1])

In der Thronrede war das Friedensverlangen des Stats so stark ausgedrückt, dass es schien, als habe die Kirche weniger zu leiden als der Stat, während in Wahrheit diese in der grössten Not war, da ihre älteren Geistlichen überlastet und die Caplane ohne Aussicht auf Pfründen, die Candidaten der Theologie ohne Hoffnung auf Anstellung waren.[2])

Dann verhandelte der Minister Stösser mit der (Freiburger) Curie, sprach den „Wunsch" aus, dass der Bischof

[1]) Es handelte sich um die Aufhebung des s. g. Statsexamens d. h. der den Candidaten des geistlichen Amtes durch das Gesetz vom 19. Februar 1874 auferlegten Verpflichtung zur Ablegung einer allgemein-wissenschaftlichen Prüfung vor einer statlichen Prüfungsbehörde neben der theologischen Fachprüfung vor der Kirchenbehörde.

[2]) da nemlich die Freiburger erzbischöfliche Curie den Candidaten des Priesteramts nicht nur die Unterwerfung unter die Statsprüfung, sondern sogar die Bitte an die Statsregierung um Dispens von derselben untersagt hatte. Infolge dieser Maassregel waren nicht weniger als 240 Pfarrstellen in Baden unbesetzt, und binnen weniger Jahre, wenn nemlich die älteren Geistlichen vollends wegstarben, musste es dahin kommen, dass in Baden ein Zustand eintrat gleich dem in einer mit Interdict belegten katholischen Provinz. Vergl. Schulthess, Europ. Geschichtskalender, 21. Jahrgang, 1880, S. 69 f.

(d. h. der Erzbistumsverweser) sein Verbot vorher zurückziehe, bevor der Gesetzesentwurf zur Beratung komme, und legte das Gesetz doch vor, obwohl der Bischof (d. h. der Erzbistumsverweser Lothar v. Kübel) den Wunsch mit Berufung auf seine göttliche Mission und die noch weiteren Ansprüche der Kirche unerfüllt liess.[1])

Der erste Entwurf wahrte immerhin die Form der statlichen Continuität in der Gesetzgebung, behielt einen gewissen Einfluss des Stats auf das Examen bei, dem ein Regierungscommissär anwohnen sollte, enthielt die Drohung, bei erneuten Händeln auf das frühere Gesetz von 1874 zurückzugreifen, aber nahm sachlich auf die Wünsche der Kirche Rücksicht, indem er die Prüfung in der Hauptsache ihr überliess.[2])

Als der Minister in der II. Kammer auf Widerstand stiess,[3]) drohte er mit Kammerauflösung, hatte aber dabei die Unvorsichtigkeit, zu erklären, der Bischof habe die „Grossmut“ der Regierung angerufen, während die nachher mitgeteilte Correspondenz das Gegenteil zeigte.[4])

---

[1]) cf. Schulthess a. a. O. S. 35, 36.

[2]) Für diesen 1. Regierungsentwurf (cf. Schulthess a. a. O. S. 42—44), welcher die allgemein-wissenschaftliche Statsprüfung der Candidaten des geistl. Amtes ersetzen wollte durch eine theologische Fachprüfung, vorzunehmen durch die katholisch-theologische Facultät der Universität Freiburg unter Anwohnung eines statlich ernannten Commissärs, sprach sich Bluntschli als Berichterstatter der Commission der I. Kammer sehr energisch aus, cf. Dove, Ztschr. für Kirchenrecht XVI. Band, 1881, S. 155—164, woselbst der Bericht wörtlich zu lesen ist.

[3]) Die liberale Partei in der II. Kammer beschloss am 20. Jan., der Examensvorlage nicht zuzustimmen, wofern sich die Curie nicht zur ausdrücklichen Zurücknahme der Prüfungsverbote verstehe; Schulthess a. a. O. S. 46.

[4]) S. das Schreiben des Erzbistumsverwesers v. Kübel an das

Von da an war ein Umschwung in der öffentlichen Meinung zu verspüren zu Gunsten der Opposition der Kammer und gegen die Regierung.

Die Opposition wurde von Kiefer mit Leidenschaft geführt, und der Hass gegen Stösser, dem Kiefer die Hindernisse seiner Wahl zuschrieb, war der Wind, welcher in die glühende Kohle bliess und sie entflammte. „Stösser muss fallen", war der leitende Gedanke.

Es wurde nun gefordert, dass erst der Bischof sich unterwerfe, und ein Eintreten in das Gesetz auf so lange verweigert, bis dieser das Verbot zurückgenommen habe.[1])

Der ruhigere Lamey mitigierte den Eifer und bemächtigte sich der II. Kammer,[2]) indem er die vorherige Zurücknahme des bischöflichen Verbotes zwar auch verlangte, aber ohne Anerkennung des (statlichen) Gesetzes (v. J. 1874) und ohne Demütigung des Bischofs, lediglich in Aussicht auf den bevorstehenden Frieden. Dagegen versprach er dem Bischof viel mehr, als dieser verlangt hatte, nämlich völlige Beseitigung des Gesetzes von 1874 und sogar eines statlichen Commissärs.

Natürlich ging der Bischof nun darauf ein. Die Zurücknahme seines Verbots war eine blosse Formalität; in der Sache gab der Stat seine bisherige Stellung ganz auf.

Für Lamey war das unbedenklich; denn er hatte

Grossh. Badische Ministerium des Innern vom 5. Jan. 1880 bei Schulthess a. a. O. S. 36, bei Dove, Zeitschrift für Kirchenrecht, Band XV, 1880, S. 495.

[1]) Beschluss der Commission der II. Kammer vom 30. Jan. S. Schulthess, a. a. O. S. 53.

[2]) Lamey war der Berichterstatter der Commission der II. Kammer über den Regierungsentwurf, cf. seinen Bericht bei Dove XV, S. 478—494.

schon vorher die Jolly'sche Politik und das Jolly'sche Gesetz (vom 19. Februar 1874) bekämpft. Aber für die Kammer und die liberale Partei war das eine starke Zumutung. Denn diese hatte die Politik und das Gesetz mitgemacht und ausdrücklich, auch gegen Lamey's Widerspruch, gebilligt, und sollte nun sich selber in dem Maasse dementieren.

Dennoch geschah es. Nachdem zuvor auf die formelle Nachgiebigkeit des Bischofs viel zu viel Gewicht gelegt worden, wurde nun die sachliche Nachgiebigkeit des Stats in Scene gesetzt. Ich habe den Eindruck: der Bischof macht ein tiefes Compliment vor den Vertretern des Stats und öffnet die Pforte zum Hofe von Canossa: „Ist's gefällig, meine Herrn, einzutreten?" Sie treten ein stolzen Hauptes und stehen nun darin.[1])

Jetzt urplötzlich wieder Nachgeben der Regierung gegen die Kammer und blinde Unterwerfung dieser unter die Lamey'sche Schrulle.[2])

[1]) Am 12. Februar 1880 gab Lothar Kübel dem Grossh. Ministerium des Innern die Erklärung ab: „in der Erkenntnis, dass nach dem bisherigen Gang der Landständischen Verhandlungen durch unser Entgegenkommen eine den Interessen der Kirche entsprechendere Änderung des Gesetzes vom 19. Februar in Aussicht steht, nehmen wir anmit die Verbote wegen Dispenseinholung vom Statsexamen zurück."

[2]) Sofort zog die Statsregierung ihren ersten Entwurf zurück und legte schon am 13. Februar den Kammern einen zweiten, neuen Entwurf vor, in welchem, ganz entsprechend dem von Lamey in seinem ablehnenden Bericht zum ersten Regierungsentwurf eingenommenen Standpunkt, jeder Einfluss des Stats auf das theologische Examen und jede Beteiligung des Stats an der (jetzt vollständig dem Bischof überlassenen) Prüfung der Candidaten des geistlichen Standes aufgegeben war. Auf den Commissionsbericht Lamey's hin nahm die II. Kammer einstimmig diesen 2. Entwurf an (25. Februar); und der I. Kammer blieb

Auf die I. Kammer wird gar keine Rücksicht genommen; nicht einmal auf Preussen und seine Verhandlung mit dem Vatican. Man scheut sich nicht, diesem eine starke Waffe in die Hand zu geben, die er gegen unseren Verbündeten und in Wahrheit Schutzherrn verwenden kann!

Und das Alles soll Politik sein? Ich kann darin nur eine politische Unfähigkeit von so hohem Grad entdecken, dass eigentlich die Fortexistenz des Stats in Frage gestellt wird.

---

18. Februar. Die Rede von Max Müller über „individuelle Freiheit" im Februarheft der Deutschen Rundschau v. J. 1880 hat mich lebhaft interessiert, gelegentlich zu Widerspruch oder neuen Gedanken angeregt.

Die deutschen Universitäten üben doch noch mehr Einfluss und auch Macht aus auf den Stat, als die englischen.

In Deutschland haben geradezu alle Beamten in ihren schönsten Jugendjahren ihre erste volle Freiheit und zugleich ihre wissenschaftliche Anregung und Bildung auf der Universität erhalten. Ebenso alle Pfarrer, alle Ärzte, alle höheren Lehrer. Die Universitätszeit leuchtet auch im spä-

---

nichts übrig, als der Vereinbarung zwischen Regierung und II. Kammer beizutreten (2. März). Vergl. Schulthess a. a. O. S. 69, 75, 81.

Die sämtlichen Aktenstücke, betr. das badische Gesetz vom 5. März 1880 über die allgemein-wissenschaftliche Vorbildung der Candidaten des geistlichen Standes, finden sich abgedruckt bei Dove, Zeitschrift für Kirchenrecht XV, S. 463—503, XVI, S. 155—167.

In sachlicher Beziehung aber verweise ich, was die Frage nach der allgemein-wissenschaftlichen Vorbildung der Geistlichen und nach dem Modus ihres Nachweises anbelangt, auf meine Äusserung in der Protest. Kirchen-Zeitung 1880, Nr. 4, S. 91, 92.

teren Leben in der Erinnerung fort, mit der Farbenpracht und dem Reize der ewigen und göttlichen Jugend.

Nur die militärische Bildung hält dem das Gegengewicht.

Das aber bedeutet inferiore Stellung von Handwerk, Handel, Landwirtschaft. Die Vertreter dieser in den Parlamenten sind nur dann von Einfluss, wenn auch sie die Universitätsbildung oder die militärische Bildung für sich haben.

10.—29. August. Schweizeraufenthalt in Engelberg im Engel. Fast täglich Gewitter, nur etwa drei ganz schöne Tage. Es wimmelte von Professoren aus Heidelberg, Tübingen, Strassburg, Leipzig, Berlin, Bonn u. s. f. Der Aufenthalt ist übrigens sehr angenehm, heiter und bequem.

Von Döllinger erhielt ich einen interessanten Brief.

Bluntschli hatte am 9. August an Döllinger geschrieben: „Ihre Rede über die Geschichte Bayerns und des Hauses Wittelsbach[1]), die ich in der Allgemeinen Zeitung mit dem höchstem Interesse gelesen habe, hat auf mich einen so tiefen und bedeutenden Eindruck gemacht, dass ich mir die Freude nicht versagen kann, Ihnen dafür persönlich zu danken. Die gerechte Würdigung sowohl der Verdienste als der Fehler Ihrer Fürsten, der männliche Freimut, welcher die Wahrheit ausspricht ohne die Ehrerbietung zu verletzen, welche die gefeierte Dynastie mit Recht beansprucht, die wissenschaftliche Unbefangenheit, welche sich auch durch confessionelle Vorurteile nicht trüben und stören lässt, und vor allem die echt deutsche Gesinnung,

[1]) Aus Anlass des 700jährigen Wittelsbacher Regierungsjubiläums, welches in Bayern am 25. August offiziell gefeiert wurde, hielt J. v. Döllinger in der Festsitzung der k. bayerischen Akademie der Wissenschaften am 28. Juli 1880 eine Rede: „Das Haus Wittelsbach und seine Bedeutung in der Geschichte“ (als Separatdruck veröffentlicht im Verlag von C. H. Beck in Nördlingen).

welche die angestammte Neigung zu dem bayrischen Stamm und zu der bayrischen Dynastie nicht verdrängt, sondern erleuchtet und erwärmt und den grossen Aufgaben und Zielen der ganzen Nation willig dienstbar macht, alle diese Vorzüge Ihrer Rede haben meine lebhafteste Sympathie aufgeregt. Indem ich mich in Gedanken in die fünfziger Jahre zurückversetze, als ich noch die Ehre hatte, mit Ihnen als College an der Universität München zu wirken, erfreue ich mich doppelt der grossen Fortschritte, welche München, Bayern und Deutschland gemacht haben. Damals wäre eine solche Rede weder gehalten noch so beifällig und dankbar aufgenommen worden.

„Wenn ich mir erlaube zu erinnern, dass doch noch vor dem König Maximilian I. der Grossherzog Carl August von Sachsen-Weimar seinem freilich nur kleinen Lande eine moderne Repräsentativverfassung gegeben hat, und dass Carl August das aus innerer Neigung zu der edleren Statsform gethan hat, während in Bayern wie in Baden finanzielle Verlegenheiten, das Bedürfnis, die verschiedenen Landesteile rascher zu einigen, und das Streben, dem Drucke der verbündeten Grossmächte Österreich und Preussen, von den Landtagen unterstützt, besser zu widerstehen, die Einführung der Verfassung von 1818 sehr wesentlich bestimmt haben, so werden Sie diese geringfügige Berichtigung mir nicht übel nehmen."

Darauf erwiderte Döllinger von Tegernsee aus am 13. Aug.: „Sie haben ganz Recht: in den fünfziger Jahren wäre eine von der Akademie ausgehende Rede solchen Inhalts noch nicht möglich gewesen; die damals und in den folgenden Jahren ausgestreute Saat musste erst aufgehen und heranreifen. Dass wir dem König Max II. und dem Kreise von ausgezeichneten Männern, die er in München versammelt, grossen Dank schulden, habe ich schon lange anerkannt und ausgesprochen. Sie, verehrter Freund, können sicher nur mit hoher Befriedigung auf Ihre Münchener Wirksamkeit zurückblicken. Für uns Einheimische — ich nehme mich nicht aus — hat es indessen noch einer ganz andern Gattung von Lehrmeistern bedurft, um gründlich orientiert und von gewissen ererbten Wahngebilden radical curiert zu werden: ich meine Pius IX. und Napoleon III., und was an diesen hängt. Möchte nur ein so nützlicher und eindringlicher Lehr-Cursus, wie das vaticanische Concil etc., für mich etwas früher gekommen sein!

„Von Ihrer Berichtigung kann ich doch noch für den eben stattfindenden akademischen Druck meiner Rede Gebrauch machen.

„Mit dem Wunsche schliessend, dass mir bald eine persönliche Begegnung und Besprechung mit Ihnen vergönnt werden möge, zeichne ich in freundschaftlicher Verehrung Ihr ergebenster J. v. Döllinger."

2.—15. September Reise nach England und insbesondere nach Oxford zum Institut für Völkerrecht. Dr. Millar aus Virginien, ein sehr anhänglicher Schüler von mir, und Olds, ebenfalls ein junger Amerikaner, ersterer statswissenschaftlich und völkerrechtlich gebildet, letzterer Naturforscher, beide Freimaurer, begleiteten mich und unterstützten mich in dem fremden Lande. Wir waren sehr vergnügt zusammen.

London imponierte mir wohl durch die unübersehbare Grösse und durch die Zweckmässigkeit vieler Einrichtungen zu Gunsten der freien Bewegung des riesigen Verkehrs, der Gesundheit und der Sicherheit, aber gar nicht durch Schönheit und nicht durch Reichtum der Lebensgenüsse. Alles ist Geschäft; das Nichtgeschäftliche vollzieht sich durchaus nur im Innern der Familien und Clubs, Nichts öffentlich und gemeinsam.

Im klösterlichen Oxford ist es ebenso. Die englische Gastfreundschaft aber war reichlich und bewundernswürdig. Dr. Millar, den ich als Begleiter angemeldet hatte, erhielt wie ich zwei Zimmer in All Souls College; ich das des früheren Präsidenten. Frühstück und Lunch überreich. Das Diner fein, aber steif; immer in Frack und weisser Halsbinde.

Die Verhandlungen des Instituts liefen gut ab. Über meine Ernennung zum Doctor of Civil Law (D. C. L.) habe

ich in der Gegenwart näher berichtet.[1]) Die Auszeichnung ist für das Institut sehr ehrenvoll.

Es war mir sehr interessant, die englische Grösse und Art in der Nähe anzuschauen. Aber ich fühle nicht, wie in Italien, den Stachel, das Land von Zeit zu Zeit wiederzusehen. Brüssel war mir eine Erquickung nach dem ernsten Londoner Leben.

Die Hauptgegenstände auf der Oxforder Versammlung des Instituts für Völkerrecht betrafen:

1. Die Revision der Statuten. Die Maximalzahl der Mitglieder und ebenso der Associés, welche gewählt werden dürfen, wird auf je 60 festgesetzt. Früher gab es nur 50 Mitgliederstellen und war die Zahl der Associés unbeschränkt.

2. Die Frage der Auslieferung politischer Flüchtlinge. Über dieses Thema hatte Bluntschli ein schriftlich abgefasstes Referat eingereicht, in welchem er insbesondere zwei Grundsätze aussprach:

a) Handlungen, welche die Merkmale gemeiner Verbrechen an sich tragen, wie insbesondere Mord, Brandstiftung, Diebstahl, begründen nicht schon desshalb eine Ausnahme von der Auslieferung, weil ihre Urheber dabei politische Absichten verfolgten.

b) Um die Handlungen zu beurteilen, welche bei einer Auflehnung, einem Aufstand oder in einem Bürgerkrieg verübt worden sind, kommt es darauf an, ob dieselben Handlungen, in einem gewöhnlichen Kriege begangen, durch das Kriegsvölkerrecht entschuldigt waren oder nicht.[2])

[1]) Das Institut für Völkerrecht. Bericht über die Versammlung in Oxford 1880. I. Artikel, Gegenwart Band XVIII, Nr. 40; II. Artikel, ebendas. Nr. 41 (2. und 9. Oktober 1880).

[2]) Vergl. Bluntschli's lichtvolle Auseinandersetzung „Über das Asylrecht und die Auslieferungspflicht“ in der Wiener „Presse“ vom 7. April 1881, Nr. 96. Die Redaction der genannten Zeitung hatte sich an ihn, als die unbestrittenste Autorität in Sachen des Statsrechts, mit der Bitte gewendet, seine Anschauung über die jetzt allenthalben discutierte Frage ihr bekannt zu geben. — In einem

3. Das Manuel des Droits de la Guerre. Dasselbe wurde entsprechend den Beschlüssen der Versammlung zu Brüssel v. J. 1879 (s. ob. cap. 22, S. 450) von dem Genfer Moynier, einem der Stifter des Instituts, im Anschluss an die Brüsseler Erklärung von 1874 (s. ob. cap. 17, S. 359 f.) entworfen und vielfältig von andern Akademikern näher geprüft und gelegentlich berichtigt. Am 18.—20. Juni versammelte sich sodann eine Commission des Instituts bei Bluntschli in Heidelberg, um gemeinsam den Text des kriegsvölkerrechtlichen Handbüchleins für die Armeen durchzuberaten und festzustellen. Es hatten sich ausser Moynier dazu eingefunden: Rivier aus Brüssel, Hall aus London, Holland aus Oxford, Martens aus St. Petersburg, Schulze aus Heidelberg. Alle Beschlüsse wurden nach ernster Debatte schliesslich einstimmig gefasst. Die Redaction ist durchweg klar, kurz, scharf, ohne doctrinär zu werden, doch prinzipiell, auch für den einfachen Unteroffizier und Soldaten fasslich. — In Oxford wurde die letzte Redaction wieder von der Commission geprüft, dann aber das Ganze in Bausch und Bogen, so wie es nun festgestellt war, von dem Institut genehmigt. Das Institut hat weiter beschlossen, diese Arbeit durch den Druck zu veröffentlichen und sie sämtlichen Regierungen zu beliebiger Benützung bei ihren Vorschriften mitzuteilen; es hofft damit ein nützliches Werk im Dienst der Menschheit und der Menschlichkeit geschaffen zu haben.

4. Der Beschluss der Universität Oxford, die bisherigen Präsidenten des Instituts — Mancini, Bluntschli, de Parieu, Rolin-Jaequemyns — zu Ehrendoctoren von Oxford zu ernennen. Die Auszeichnung eines Doctors juris civilis von Oxford wurde denn auch in Ausführung jenes Beschlusses am 8. September feierlichst von der in der Universitätsaula, dem s. g. Sheldontheater, versammelten grossen Convocation der Oxforder Universität an Bluntschli und

zweiten Artikel vom 14. April 1881, Nr. 103 behandelte er „die Auslieferung bei gemischten Verbrechen“ (Fürstenmord oder Angriff auf das Leben des Statsoberhaupts) und beantwortet die von der Redaction der Wiener „Presse“ ihm vorgelegte Frage, inwieweit völkerrechtlich Grundsätze über das Auslieferungsverfahren statuiert werden können, und was zu geschehen hat, wenn eine Macht es verweigern sollte, sich den internationalen Beschlüssen der Majorität der europäischen Mächte zu fügen, resp. anzuschliessen.

Rolin verliehen. Die Erteilung derselben an Mancini und de Parieu dagegen musste unterbleiben, da die persönliche Gegenwart der damit zu Bekleidenden statutenmässig erforderlich ist, Mancini und de Parieu aber verhindert waren in Oxford zu erscheinen.[1])

Weihnachten. Von Moltke habe ich einen höchst bedeutenden Brief erhalten über das Manuel des Droits de la guerre; er vertritt die militärische Auffassung des Problems. Ich habe demselben geantwortet und den Standpunkt des Rechts gewahrt.[2])

---

[1]) Aus Bluntschli's Bericht in der Gegenwart 1880, Nr. 1. 40. 41. — Über den Doctor of Civil Law von Oxford und dessen Verleihung an Bluntschli vgl. den Brief des Oxforder Professors Thom. Ersk. Holland an Bluntschli vom 16. Juli 1880: „Les autorités de l'Université, ayant appris que l'Institut allait lui faire l'honneur d'une visite, ont délibéré là-dessus. Elles se sont décidées, sur ma proposition, d'offrir, en témoignage de respect, à notre Président (Mountague Bernard ward auf der Oxforder Institutsversammlung Präsident und besass als früherer Oxforder Professor schon den betreffenden Grad) ainsi qu'à nos anciens Présidents le grade de Docteur en droit honoris causa. Le Vicechancelier et d'autres personnes, dont la présence est indispensable, reviendront à Oxford tout exprès (die Versammlung des Instituts fiel in die Zeit der Universitätsferien) pour y tenir une „convocation“ spéciale, dans laquelle ces grades sont conférés. Il est entendu qu'ils ne peuvent être conférés qu'aux personnes qui, eux aussi, sont présents et par voie d'investitura corporalis. J'espère que vous voudrez bien accepter ce compliment, et je crois qu'une pareille cérémonie aura le meilleur effet en Angleterre, parceque ces grades honoraires d'Oxford ne sont offerts qu'aux hommes d'état les plus distingués.

[2]) Bluntschli liess die zwei Briefe zuerst in französcher Übersetzung im ersten Heft des Jahrgangs 1881 der Revue de Droit International (am 1. Februar ausgegeben), dann im deutschen Originaltext in der Gegenwart Band XIX, Nr. 6 (5. Februar 1881) erscheinen. Sie sind auch aufgenommen in die Gesammelten kleinen Schriften, Bd. II, S. 271—278.

Brief des Grafen v. Moltke an Bluntschli:

Berlin, den 11. Dezember 1880.

Geehrter Herr Geheimerat!

Sie haben die Güte gehabt, mir das Handbuch mitzuteilen, welches das Institut für internationales Recht veröffentlicht, und wünschen meine Anerkennung desselben.

Zunächst würdige ich vollkommen das menschenfreundliche Bestreben, die Leiden zu mildern, welche der Krieg mit sich führt.

Der ewige Friede ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner, und der Krieg ein Glied in Gottes Weltordnung. In ihm entfalten sich die edelsten Tugenden des Menschen, Mut und Entsagung, Pflichttreue und Opferwilligkeit mit Einsetzung des Lebens. Ohne den Krieg würde die Welt im Materialismus versumpfen. Durchaus einverstanden bin ich ferner mit dem in der Vorrede ausgesprochenen Satz, dass die allmählich fortschreitende Gesittung sich auch in der Kriegführung abspiegeln muss, aber ich gehe weiter und glaube, dass sie allein, nicht ein codificiertes Kriegsrecht, dies Ziel zu erreichen vermag.

Jedes Gesetz bedingt eine Autorität, welche dessen Ausführung überwacht und handhabt, und diese Gewalt eben fehlt für die Einhaltung internationaler Verabredungen. Welche dritte Staten werden nur desshalb zu den Waffen greifen, weil von zwei kriegführenden Mächten durch eine oder beide die lois de la guerre verletzt sind? Der irdische Richter fehlt. Hier ist nur Erfolg zu erwarten von der religiösen und sittlichen Erziehung der Einzelnen, von dem Ehrgefühl und dem Rechtssinne der Führer, welche sich selbst das Gesetz geben und danach handeln, soweit die abnormen Zustände des Krieges es überhaupt möglich machen.

Nun kann doch auch nicht in Abrede gestellt werden, dass wirklich die Humanität der Kriegführung der allgemeinen Milderung der Sitten gefolgt ist. Man vergleiche nur die Verwilderung des dreissigjährigen Krieges mit den Kämpfen der Neuzeit.

Ein wichtiger Schritt zur Erreichung des erwünschten Zieles ist in unseren Tagen die Einführung der allgemeinen Militärpflicht gewesen, welche die gebildeten Stände in die Armeen einreiht. Freilich sind auch die rohen und gewaltthätigen Elemente geblieben, aber sie bilden nicht mehr wie früher den alleinigen Bestand.

Zwei wirksame Mittel liegen ausserdem in der Hand der Regierungen, um den schlimmsten Ausschreitungen vorzubeugen: die schon im Frieden gehandhabte und eingelebte strenge Mannszucht und die administrative Vorsorge für Ernährung der Truppen im Felde.

Ohne diese Vorsorge ist auch die Disciplin nur in beschränktem Maasse aufrecht zu erhalten. Der Soldat, welcher Leiden und Entbehrungen, Anstrengung und Gefahr erduldet, kann daher nicht nur en proportion avec les ressources du pays, er muss Alles nehmen, was zu seiner Existenz nötig ist. Das Übermenschliche darf man von ihm nicht fordern.

Die grösste Wohlthat im Kriege ist die schnelle Beendigung des Krieges, und dazu müssen alle nicht geradezu verwerflichen Mittel freistehen. Ich kann mich in keiner Weise einverstanden erklären mit der Déclaration de St. Pétersbourg, dass die „Schwächung der feindlichen Streitmacht" das allein berechtigte Vorgehen im Kriege sei. Nein, alle Hilfsquellen der feindlichen Regierung müssen in Anspruch genommen werden, ihre Finanzen, Eisenbahnen, Lebensmittel, selbst ihr Prestige.

Mit dieser Energie, und doch mit mehr Mässigung wie je zuvor, ist der letzte Krieg gegen Frankreich geführt worden. Nach zwei Monaten war der Feldzug entschieden und erst, als eine revolutionäre Regierung ihn zum Verderben des eigenen Landes noch vier Monate länger fortsetzte, nahmen die Kämpfe einen erbitterten Charakter an.

Gerne erkenne ich an, dass das Manuel in klaren und kurzen Sätzen den Notwendigkeiten im Kriege in höherem Maasse Rechnung trägt, als dies in früheren Versuchen der Fall gewesen ist. Aber selbst die Anerkennung der dort aufgestellten Regeln durch die Regierungen sichert noch nicht die Ausführung. Dass auf einen Parlamentär nicht geschossen werden darf, ist ein längst allseitig zugestandener Kriegsgebrauch, und doch haben wir denselben im letzten Feldzuge mehrfach übertreten gesehen.

Kein auswendig gelernter Paragraph wird den Soldaten überzeugen, dass er (§ 2 ad 4) in der nichtorganisierten Bevölkerung, welche (spontanément, also aus eignem Antrieb) die Waffen ergreift, und durch welche er bei Tag wie bei Nacht nicht einen Augenblick seines Lebens sicher ist, einen regelrechten Feind zu erblicken hat. Einzelne Forderungen des Manuel dürften unausführbar sein, z. B. die Feststellung

der Identität der Gefallenen nach einer grossen Schlacht. Andere würden zu Bedenken Anlass geben, wenn nicht die Einschaltung von lorsque les circonstances le permettent, s'il se peut, si possible, s'il-y-a nécessité etc. ihnen eine Elasticität verliehe, ohne welche der bittere Ernst der Wirklichkeit die Fessel sprengen würde, welche sie auferlegen.

Im Kriege, wo alles individuell aufgefasst sein will, werden, wie ich glaube, nur die Paragraphen wirksam werden, welche sich wesentlich an die Führer wenden. Dahin gehört, was das Manuel über Verwundete, Kranke, Ärzte und Sanitätsmaterial festsetzen will. Die allgemeine Anerkennung schon dieser Grundsätze, sowie die über Behandlung der Gefangenen würde ein wesentlicher Fortschritt zu dem Ziele sein, welches das Institut für Völkerrecht mit so rühmlicher Beharrlichkeit erstrebt.

Hochachtungsvoll ergebenst

Graf Moltke
General-Feldmarschall.

Antwort Bluntschli's:

Heidelberg, Weinachten 1880.

Euer Excellenz

bin ich in hohem Grade zu Dank verpflichtet für die einlässliche und wohlwollende Mitteilung Ihrer Meinung über das Manuel des Lois de la Guerre. Ich betrachte diese Meinungsäusserung, welche zu ernster Erwägung anregt, als ein höchst wichtiges Zeugnis von geschichtlichem Werte und werde dasselbe ohne Verzug zur Kenntnis der Mitglieder des völkerrechtlichen Instituts bringen.

Vorläufig glaube ich, meinen Dank Eurer Excellenz dadurch am besten zu bethätigen, dass ich die Ansichten, von welchen die Mitglieder des Institutes bestimmt werden, mit einigen Strichen zeichne und so den Thatbestand der verschiedenen Auffassungen feststelle.

Selbstverständlich empfangen dieselben Dinge eine verschiedene Beleuchtung und erscheinen in anderem Bilde, je nachdem sie entweder von militärischem oder von juristischem Standpunkte aus betrachtet werden. Der Unterschied wird ermässigt, nicht aufgehoben, wenn ein erlauchter Feldherr von der Höhe seiner Stellung aus auch die grossen sittlichen und politischen Lebensaufgaben der Staten mit in Erwägung zieht, und die Vertreter der Völkerrechtswissenschaft ihrerseits

sich bemühen, die Rechtsnormen den militärischen Bedürfnissen anzupassen.

Aber immer wird der militärischen Betrachtung die Rücksicht auf die Sicherheit und den Sieg des Heeres näher liegen als die Sorge für die unkriegerische Bevölkerung, während der Jurist in der Überzeugung, dass das Recht eine Schutzwehr für Alle, auch für die Schwachen wider die Starken sei, die Pflicht nicht abweisen darf, den unentbehrlichen Rechtsschutz auch den Privaten in dem von feindlichen Truppen besetzten Lande zuzugestehen.

Wohl mögen einzelne Mitglieder des Institutes die Hoffnung nicht aufgeben, dass es dereinst der Menschheit bei fortschreitender Gesittung gelingen werde, den heutigen Krieg zwischen souveränen Staten durch eine geordnete Völkerrechtspflege zu ersetzen. Aber die Gesamtheit aller Mitglieder sieht ein, dass diese Hoffnung in unserer Zeit ohne Aussicht auf Erfüllung ist und beschränkt ihre Thätigkeit vorzüglich auf zwei erreichbare Aufgaben:

1. Für geringfügige Streitigkeiten unter den Staten den Rechtsweg zu eröffnen und zu ebenen, da in solchen Sachen der Krieg jedenfalls ein unverhältnismässiges Mittel der Rechtshilfe ist.
2. Die Klärung und Stärkung der Rechtsordnung auch während eines Krieges zu befördern.

Rückhaltslos gestehe ich zu, dass seit der Einführung der stehenden Heere, welche eine strengere Disciplin ermöglichte und eine bessere Vorsorge für den Unterhalt der Truppen verlangte, der Kriegsgebrauch besser geworden ist und dass den militärischen Führern das Hauptverdienst dieser Besserung gebührt. Das wilde barbarische Beutemachen ist früher durch Heerführer verboten worden, bevor die Juristen sich von der Widerrechtlichkeit desselben überzeugten. Wenn aber heute ein von der civilisierten Welt anerkanntes Rechtsgesetz dem Soldaten alles Beutemachen im Landkriege überhaupt verwehrt, so ist das ein grosser Fortschritt der Civilisation, an dem auch die Juristen einen Anteil haben.

Seitdem die allgemeine Wehrpflicht die Berufsheere zu Volksheeren erweitert hat, ist auch der Krieg zum Volkskriege geworden. Damit ist aber auch die Bedeutung und das Bedürfnis der Gesetzgebung gewachsen; denn das Recht ist, bei der Verschiedenheit der Bildung und der Ansichten unter Einzelnen und ganzen Volksklassen, fast die

einzige sittliche Macht, welche von Allen als notwendig empfunden wird und Alle durch gemeinsame Normen verbindet. Es ist nun sicher eine tröstliche, ja eine erhebende Erscheinung, die wir in dem völkerrechtlichen Institute fortwährend wahrnehmen, dass sich immer entschiedener eine allgemeine, alle Kulturvölker einigende Rechtsüberzeugung herausbildet. Deutsche und Franzosen, Engländer und Russen, Spanier und Niederländer, Italiener und Östreicher, die sich als Nationen leicht trennen und widerstreiten, sind grösstenteiles alle ganz einig über die Grundsätze des Völkerrechtes.

Deshalb ist es möglich, sogar ein Kriegsvölkerrecht auszusprechen, welches von dem Rechtsbewusstsein aller civilisierten Völker gebilligt wird. Wenn aber eine Rechtsnorm als allgemein giltig anerkannt ist, dann übt sie auch in den Gemütern und auf die Sitten eine Autorität aus, welche sinnlichen Begierden einen Zügel anlegt und die Barbarei überwindet.

Wir kennen die Mängel in der Durchführung des Völkerrechtes und wir wissen, dass der Krieg, der die Völker von Grund aus aufregt, die guten Eigenschaften wie die schlechten Neigungen in der Menschennatur spannt und treibt. Gerade deshalb drängt sich dem Juristen das Bedürfnis auf, die als notwendig erkannten Rechtssätze dem Rechtsgefühle auch der Massen und dem Rechtsbewusstsein ihrer Führer in klarem Ausdrucke vorzulegen. Er vertraut dabei, dass diese Aussprache in dem eigenen Gewissen der Beteiligten ein gutes Gehör und in der öffentlichen Meinung aller Völker einen starken Wiederhall finde.

Jeder Stat hat zunächst selber die Aufgabe, innerhalb seines Machtbereiches für Beobachtung des Völkerrechtes zu sorgen und offenbare Verletzungen desselben zu bestrafen. Auch die Handhabung des Kriegsvölkerrechtes muss voraus dem State anvertraut werden, welcher die öffentliche Gewalt da ausübt, wo eine völkerrechtswidrige Handlung vorkommt. Kein Stat wird leichthin und ohne Schaden und Gefahr sich dem gerechten Vorwurfe aussetzen, dass er seine völkerrechtlichen Pflichten missachte, selbst dann nicht, wenn er weiss, dass er von dritten Staten deshalb nicht mit Krieg bedroht wird. Jeder Stat, auch der mächtigste, wird an Ehre vor Gott und den Menschen erheblich gewinnen, wenn er in Beachtung und Wahrung des Völkerrechtes treu und aufrichtig erfunden wird.

Sollten wir uns täuschen, wenn wir annehmen, dass der Glaube an das Völkerrecht als eine heilige und notwendige Lebensordnung unter den Menschen auch die Handhabung der Disciplin in dem Heere erleichtert und fördert, und manche schädliche Missgriffe und Ausschreitungen verhüten hilft? Ich wenigstens bin überzeugt, dass die abscheuliche, vom Altertume überlieferte Meinung, dass im Kriege alles Recht aufhöre und wider die feindliche Nation Alles erlaubt sei, die unvermeidlichen Leiden und Übel des Krieges ohne Nutzen für eine energische Kriegsführung, die auch ich für eine Wohlthat halte, unnötigerweise vergrössert.

Die ermässigende Klausel in manchen Rechtsregeln: „je nach Umständen“, „wenn möglich“, „so weit notwendig“ und dergleichen betrachten auch wir als Ventile, welche die eiserne Rechtsnorm während der gefährlichen Erhitzung der Gemüter und im Kampfe mit wechselnden Gefahren vor Sprengung bewahren und so die Brauchbarkeit der Regeln in vielen anderen Fällen sichern sollen. Ebenso wird die böse Erfahrung, dass in jedem Kriege viele auch unbestrafte Rechtsverletzungen unvermeidlich sind, den Juristen nicht bestimmen, die notwendige Rechtsnorm selbst zu verwerfen. Vielmehr wird er, wenn z. B. auf Parlamentäre völkerrechtswidrig geschossen worden, das Rechtsgebot, das die Parlamentäre für unverletzlich erklärt, nur um so nachdrücklicher behaupten und einschärfen.

Ich hoffe, Euer Excellenz werden die aufrichtige Darlegung dieser Ansichten wohlwollend aufnehmen und dieselbe auch als eine Äusserung wie meines Dankes so meiner persönlichen Verehrung und ehrerbietigen Hochachtung betrachten.

Euer Excellenz

ergebenster

Dr. Bluntschli,

Geheimerat und Professor.

---

28. November. Hier neuerdings streitige Pfarrwahl. Ich vertrete die billige Rücksicht auf die orthodoxe Minderheit und erfahre das rücksichtslose Abweisen selbst jeder Besprechung, veranlasst durch Schenkel, welcher den Pre-

diger der Minderheit, Professor Frommel, schon deshalb nicht duldet, weil derselbe vor Jahren den Protest gegen ihn unterschrieben hat. Es ist unbegreiflich, dass seine Leidenschaft so sehr über seinen Verstand herrscht.

Ich habe den Eindruck, dass wir in einer Zeitphase leben, welche die Köpfe verwirrt und alle rohen Leidenschaften in Gährung bringt. Was ist das?

In der Heidelberger Zeitung vom 27. Nov. erliess Bluntschli an die Mitglieder der evangelischen Kirchengemeindeversammlung folgende Erklärung:

„Nach der Kirchengemeindeversammlung vom 14. November und bevor die Mitglieder auseinandergingen, erklärte ich denselben, dass ich mich des Auftrags mehrerer Frauen aus hiesiger Stadt zu entledigen und eine Bitte derselben vorzutragen habe. Ich ersuchte die Herren, welche mir dafür Gehör schenken wollen, noch zusammen zu bleiben. Darauf wurde entgegnet, es werde ohnehin noch eine allgemeine Besprechung über die Pfarrwahl stattfinden, und es wurde sodann ohne irgend einen Widerspruch Freitag Abend (26. Novbr.) als Zeit und das Gebäude der Harmonie als Ort dieser Versammlung allgemein gutgeheissen. Infolge dessen versprach ich, dann die Bitte jener Damen vorzutragen.

„In der Zwischenzeit haben jedoch diejenigen Herren, welche sich der Leitung der Wahl thatsächlich bemächtigt haben, für angemessen erachtet, die allgemeine Versammlung und eine offene Besprechung zu verhindern. Damit ist mir der Mund geschlossen und den anderen Mitgliedern das Ohr zugehalten worden. Deshalb spreche ich mich durch den Mund der Presse aus.

„Es haben mich eine Anzahl hiesiger Frauen ersucht, ihre Bitte der Kirchengemeindeversammlung vorzutragen, dass es ihnen möglich gemacht werde, Herrn Gymnasialprofessor Frommel nicht wie bisher in einer abgesonderten Capelle, sondern in der gemeinsamen Kirche predigen zu hören. Diese Damen haben wohl gewusst, dass ich ihre religiöse Richtung persönlich nicht teile und dass Herr Frommel keineswegs der Vertreter meiner Ansichten sei. Wenn sie sich trotzdem an mich gewendet haben, so erklärt sich das daraus, dass sie mir vertrauten, ich werde so geistig-frei und so weitherzig sein, dass ich gerne

auch auf andere von den meinigen abweichende Ansichten und Bedürfnisse billige Rücksicht nehme und dass mir jede Unterdrückung einer berechtigten Minderheit verhasst sei.

„In der That habe ich den gegenwärtigen Moment für geeignet gehalten, die Separation aufzuheben, die evangelische Gemeinde wieder zu einigen und der Kirche Badens und den deutschen Landeskirchen und Kirchenregimenten einen leuchtenden Beweis zu geben, dass der Liberalismus Heidelbergs weder so einseitig und intolerant, noch so himmelstürmerisch sei, als er verschrieen worden ist. Denn alle Welt weiss, dass die liberale Richtung in Heidelberg in ganz unbestrittener Herrschaft und stärkster Majorität ist und nicht das Mindeste von der kleinen Zahl der Orthodoxen im alten Sinn zu besorgen hat. Die billige Berücksichtigung der streng-gläubigen Minderheit konnte daher hier von keinem vernünftigen Menschen als Schwäche oder Abfall oder beginnende Reaction ausgelegt werden. Sie konnte nur verstanden werden als Bewahrung des grossen Princips der Gleichberechtigung der verschiedenen Richtungen, welche innerhalb der protestantischen Kirche überall bestehen, insbesondere der Verehrer des alten hergebrachten Kirchenglaubens und der Freunde einer kritischen Reform.

„Im Übrigen erlaube ich mir nur noch ein paar kurze Bemerkungen hinzuzufügen:

1) Die Gleichberechtigung der kritischen mit der altgläubigen Richtung in der protestantischen Kirche musste auch nach Einführung der neuen Kirchenverfassung auf den drei Landessynoden, denen zu präsidieren ich die Ehre hatte, in schweren Kämpfen erstritten werden. Ich habe für die endliche Anerkennung dieses Princips meine Person eingesetzt. Desshalb kann ich nicht dieses Princip da verläugnen, wo meine Partei in der Mehrheit und daher in der Lage ist, nach demselben auch gegen die orthodoxe Partei so zu handeln, wie sie wünscht und verlangt, dass ihr gegenüber gehandelt werde.

2) In Erinnerung daran, dass schon die erstmalige Zurückweisung der Minderheit dem Ansehen der liberalen Sache in Deutschland grossen Schaden zugefügt und den leidenschaftlichen öffentlichen Protest und den Austritt des Professors Baumgarten aus dem Deutschen Protestantenverein zur Folge gehabt hat, habe ich mich an Hrn. Prediger Hossbach in Berlin gewendet, der die ganze Bitterkeit des unduldsamen Hegel'schen Kirchenregiments gekostet hat, und diesem die

Frage vorgelegt. Herr Hossbach hat mir Folgendes geantwortet: „Wenn dort schon 3 Geistliche unserer Richtung sind, wenn dort, wie die Sektenbildung beweist, eine kleine Partei vorhanden ist, die das Bedürfnis nach einem Geistlichen einer andern Richtung hat, so würde der kirchliche Liberalismus sich selbst untreu allen seinen feierlich ausgesprochenen Grundsätzen in's Gesicht schlagen, wenn er diesem Bedürfnis der Minderheit nicht gerecht wird. Es wäre meiner Meinung nach ein Armutszeugnis, das er sich ausstellt, wenn er zeigt, dass er da, wo er im Besitze der Macht ist, nicht besser sei als unsere Gegner, sondern gleich unduldsam und ausschliessend.“

Daraufhin kam am 27. November Abends doch noch eine Versammlung im Museumssaal unter Bluntschli's Präsidium zu Stande. Sie zählte etwa 200 Personen und fasste, nachdem insbesondere Professor Bassermann sich sehr nachdrücklich für die Auffassung Bluntschli's erklärt hatte, nachfolgende Resolution:

„In der Absicht, 1) die bestehende Separation der altgläubigen Partei zu beseitigen, 2) den inneren Frieden in der Gemeinde herzustellen, 3) dem liberalen Princip der Gleichberechtigung verschiedener Richtungen innerhalb der protestantischen Kirche treu zu bleiben, 4) in Heidelberg, wo die liberale Richtung unbestritten herrscht, ein Beispiel weitherziger Duldsamkeit zu geben, im klaren Gegensatze zu dem unduldsamen Druck, der in Berlin und anderwärts gegen die liberale Richtung ausgeübt wird, ersuchen wir die Kirchengemeindeversammlung, dem von der Minderheit erbetenen Herrn Professor Frommel die vacante Pfarrstelle zu übertragen.“

Dennoch siegte bei der am folgenden Tage (28. November) vorgenommenen Pfarrwahl die Schenkel'sche Partei mit 51 Stimmen gegen 27, die auf Frommel fielen.[1]).

Sylvester. In diesen Tagen las ich die Biographie von Friedrich Rohmer wieder. Sie hat mich sehr aufgeregt und mir meine Mission an die Nachwelt lebhaft in Erinnerung gebracht.

---

[1]) Vergl. Protest. Kirchen-Zeitung 1880, Nr. 52, S. 1233 ff.

Der Selbstmord von Bundesrat Anderwert (er erschoss sich am 25. Dezember) hat mich erschüttert. Wenige Tage vorher hatte ich ihm noch Glück gewünscht zu der Wahl zum Bundespräsidenten.[1]) Er war doch eine liebenswürdige Natur und gescheit. Er muss sehr krank gewesen sein, so dass er gegen die Schmutzpresse keines Widerstands fähig war.

Aus Lahore eine Auszeichnung von der dortigen Universität als Ehrenmitglied.

Gott gebe Glück zum Jahr 1881. Meine Gesundheit ist gut und meine Arbeit gesegnet.

Die Abhandlung des Belgiers Dr. jur. Ernst Nys „Le droit international et la papauté"[2]), welche im Jahr 1879 in's Englische übersetzt und dann von Professor Lorimer in Edinburg besprochen wurde[3]), gab Bluntschli Veranlassung, im Jahr 1880 auch seinerseits noch einmal über die völkerrechtliche Stellung des des weltlichen Dominiums entkleideten Papsttums sich auszusprechen. Er that dies in der Abhandlung: „Das römische Papsttum und das Völkerrecht" (Gesammelte kleine Schriften, Band II, S. 236—255). Nachdem er in grossen Zügen das Verhältnis von Stat und Kirche nach den modernen Principien dargelegt, entwickelt er, dass dem Papst in seiner Eigenschaft als Haupt der universellen römisch-katholischen Kirche immer noch wenigstens eine Quasi-Souveränetät zukommt, und dass auf die-

---

[1]) Vergl. Schulthess, Europ. Geschichtskalender 21. Jahrgang 1880, S. 428.

[2]) Revue de Droit international, Bd. X, 1878, Nr. IV, V, VI.

[3]) In dem Journal of Juris prudence and Scottish Law Magazine, October 1879; cf. Dove, Zeitschrift für Kirchenrecht, Band XV (1880), Heft 1, S. 93 ff.

sem völkerrechtlichen Grunde einmal die Fähigkeit des Papsts beruht, Concordate d. i. quasi-völkerrechtliche Verträge mit den Staten abzuschliessen, durch welche die Beziehungen zwischen einem Stat und der katholischen Kirche geregelt werden, und sodann das päpstliche Gesandtenrecht, das active und das passive, mittelst dessen zwischen dem Papst und den Staten ein quasi-völkerrechtlicher Verkehr hergestellt wird, nur dass, während der eigentliche Gesandtenverkehr zugleich Völkerrecht und Völkerpflicht ist, es dem Papst gegenüber der freien Entschliessung der Staten vorbehalten bleibt, ob sie Gesandte an den Papst senden und Boten des Papsts empfangen, überhaupt ob sie mit dem Vatican einen fortdauernden Geschäftsverkehr unterhalten wollen oder nicht.

Ausserdem liess Bluntschli in der Revue de Droit international in den Jahren 1879, 1880 und 1881 (Tom. XI. XII. XIII) eine Reihe von Abhandlungen über den Berliner Congress erscheinen, welche (die Übersetzung in's Französische ist von Ernest Nys besorgt) dann auch in Separatabdruck im J. 1881 in Brüssel bei Muquardt erschienen sind u. d. T.: „Le Congrès de Berlin et sa Portée au point de vue du droit international" 104 S. Lex.-8. In der ersten Hälfte (S. 1—56) bespricht er 1) die grossen europäischen Congresse des 19. Jahrhunderts, 2) die Präliminarien des Berliner Congresses, 3) den Congress selbst und die daran beteiligten Mächte, 4) die Congressbeschlüsse, 5) die Freiheit der Culte und die Gleichberechtigung der religiösen Bekenntnisse; und behandelt sodann in der zweiten Hälfte (S. 57—104) der Reihe nach die neuen Statenbildungen auf der Balkanhalbinsel.

24.

Aus dem letzten Lebensjahre 1881.

Jahresantritt. Litterarische Thätigkeit. Ermordung Kaiser Alexander's II. Persönliches. Auf dem Protestantentag in Berlin. Chinesische Besuche. Japanische Übersetzung des Allgemeinen Statsrechts. Bei den Commissionssitzungen des völkerrechtlichen Instituts in Wiesbaden. Erholungsreise nach Bex in's Rhonethal. Letzte Äusserungen über sein Verhältnis zu Friedrich Rohmer.

Wirksamkeit auf der Generalsynode, in Heidelberger städtischen und in Deutschen politischen Angelegenheiten. Tod. Begräbnis. Nekrologe. Bluntschli-Stiftung. Bibliothek.

Januar. Die Sylvesternacht habe ich in heiterer Stimmung mit meinen Töchtern, Frl. Arnold und Dr. Schulze verlebt. — Die Aussicht in das Jahr ernst, aber nicht ohne Hoffnung. Die Zeit macht mir den Eindruck einer leidenschaftlichen, unverständigen Verwirrung.

9. Januar. Nachricht von Pözl's Tod. Wieder Einer abgelebt, mit dem ich lange freundlich gearbeitet hatte!

Die Einladung Dr. Stinzing's, eine kurze Biographie Ludwig Keller's für die Allgemeine Deutsche Biographie zu schreiben, habe ich mit Vergnügen angenommen. [1])

In der zweiten Hälfte des Monats Januar erhielt Bluntschli von der Wittwe Franz Lieber's dessen Miscellaneous Writings (Kleine Schriften) zugesandt, welche auf ihre Veranlassung von dem Präsidenten der Johns Hopkins University in Baltimore, Dr. Gilman, herausgegeben wurden und das Jahr zuvor in Philadelphia in 2 Bänden erschienen waren. Bluntschli hatte dazu auf Wunsch der amerikanischen Herausgeber im J. 1879 an Stelle eines Vorworts eine Abhandlung geschrieben über „die Bedeutung Lieber's für die Wissenschaft vom Stat und für das Völkerrecht", welche, von Herbert B. Adams in's Englische übersetzt, dem 2. Band einverleibt ist.

---

[1]) Professor Dr. Stinzing in Bonn führte für die Allgem. deutsche Biographie (auf Veranlassung Seiner Majestät des Königs von Bayern hersgeg. durch die historische Commission bei der k. Akademie der Wissenschaften in München, Leipzig, Duncker und Humblot) eine Art von Subredaction des juristischen Teils. — Bluntschli's Artikel: „Friedrich Ludwig Keller vom Steinbock" erschien im XV. Band, Leipzig 1882, S. 570—579. — Er hatte ihn schon zu Anfang April 1881 an Prof. Dr. Stinzing eingesandt.

Im Verlauf des Jahres 1881 schrieb Bluntschli, veranlasst durch Gierke's Jubiläumsschrift[1]), für Westermann's Illustrierte deutsche Monatshefte eine Abhandlung über „Johannes Althusius"[2]) und fertigte die 3. Auflage seiner Geschichte der neueren Statswissenschaft, welche dann im September 1881 im Druck vollendet wurde[3]).

Ausserdem bearbeitete er für die 13. Auflage des Brockhaus-schen Conversationslexikons die statsrechtlichen Artikel in lit. A und B, nachdem er in den Jahren 1877/79 für die 12. Auflage des genannten Werks die ganze Reihe der statsrechtlichen Artikel von lit. K ab teils umgearbeitet, teils durchgesehen hatte.

---

14. März. Gestern wurde Kaiser Alexander II. von Russland durch geworfene Sprengkugeln ermordet, nachdem vorher seit Monaten Loris Melikoff der Dictatur entkleidet gewesen. Der allein war klug genug, die Verschwörer zu bändigen. Der arme Kaiser hatte Grosses geleistet, die Bauern befreit, Grösseres angestrebt, aber wenig erreicht. Was wird werden?

Der neue Kaiser wird wohl den Versuch von Reformen machen, ob mit Glück und Segen, steht noch in Frage. Jedenfalls hat unser Kaiser einen guten Freund verloren. Für die nächste Zeit wird Russland Alles zusammennehmen müssen, um im Innern die Ordnung herzustellen. Zu auswärtigen Kriegen fehlt heute Alles noch. Aber später werden wir in Russland einen Feind bekommen, wenn die Po-

---

[1]) s. oben S. 445.

[2]) erschienen im Maiheft des Jahres 1881 (Band 50, Nr. 296. S. 181—186.

[3]) Geschichte der neueren Statswissenschaft, Allgemeines Statsrecht und Politik. Seit dem 16. Jahrh. bis zur Gegenwart. 3. Aufl. München und Leipzig, R. Oldenburg, 1881. VIII und 763 S. gr. 8.

[A. u. d. T.: Geschichte der Wissenschaften in Deutschland. Neuere Zeit. Bd. I.]

litik nicht mehr von dem Verstand, sondern von der Leidenschaft und der Eitelkeit in Petersburg geleitet wird. Ich hoffe, dass ich das nicht mehr erlebe. Ich habe genug von Krieg erlebt.

Am 16. Februar war Bluntschli auf den Vorschlag von Professor Martens einstimmig zum auswärtigen Mitglied der Petersburger Gesellschaft für internationales Recht (Société de droit international) erwählt worden. Am 13. April schreibt er in sein Tagebuch:

Persönliche Notiz.

Nun auch Mitglied der Akademie von Turin. Also jetzt folgender Akademien Mitglied:

Institut de France Paris.
Accademia dei Lincei Rom.
Königlich Belgische Akademie Brüssel.
Königlich Niederländische in Amsterdam.
Academy of Sciences Boston.
Königliche Akademie zu Turin.
Institut für Völkerrecht Brüssel.

Ferner Ehrendoctor der Universitäten Wien, Moskau, Oxford, Lahore; Mitglied der Universität St. Petersburg.

Orden:

Ritter des Bayerischen Ordens für Kunst und Wissenschaft,
" " Bayerischen Ordens vom heiligen Michael.
Comthurkreuz des Zähringer Löwen mit Stern,
" des Preussischen Kronenordens,
" des Sächsischen Albertordens,
" des Russischen St. Annenordens,
" des Belgischen Leopoldordens.
Grosskreuz des Russischen Stanislausordens.

In der Pfingstwoche (8.—10. Juni) beim (13.) Protestantentag in Berlin.[1]) Die Verhandlungen fanden in der Singakademie statt. Mein Vortrag am 10. Juni behandelte „die Unterschiede zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert mit Bezug auf das Verhältnis des kirchlichen Glaubens zu der Gesellschaft“: vermutlich meine letzte grosse Rede vor einem gemischten Publikum. Ich hatte sie diessmal zuvor niedergeschrieben, aber trotzdem ganz frei und daher anders und besser gehalten.[2]) Ich kann nicht anders als aus dem unmittelbaren Gefühl und Gedanken heraus reden. — Das Publikum war gewählt, aber wenig zahlreich, die Presse freundlich.

Am Schlusse seines Vortrags fasste Bluntschli das Ergebnis seiner Prüfung in folgende Sätze zusammen:

1) Die Bekenntnisschriften des Reformationszeitalters haben als Ausdruck des damaligen gehobenen religiösen Bewusstseins einen hohen, voraus geschichtlichen Wert. Wenn dieselben aber heute wie eine gesetzliche Glaubensvorschrift für die protestantischen Gemeinden behandelt werden, so wird zunächst die Mehrzahl der gebildeten Gemeindeglieder, welche darin nicht mehr den Ausdruck ihres religiösen Bewusstseins erkennen, eher der Kirche entfremdet, als von ihr angezogen und erbaut.

Werden dieselben zu einer Bedingung des geistlichen Berufs gemacht, so entstehen daraus, bei dem heutigen Zustand der Wissenschaft, für die Kirche keine Vorteile, wohl aber schwere Nachteile und grosse Gefahren. Vorerst die Gefahr, dass junge Männer, deren Herz sie für den kirchlichen Beruf geeignet und geneigt macht,

---

[1]) Vergl. den Bericht über den 13. Protestantentag zu Berlin in der Protest. Kirchenzeitung 1881 Nr. 24—27.

[2]) Ebendeswegen sind denn auch, da eine stenographische Aufzeichnung nicht vorgenommen ward, in der gedruckten Rede, welche Bluntschli's schriftliche Aufzeichnung wiedergibt (Protest. Kirchenzeitung Nr. 26), viele gerade der zündendsten und treffendsten Stellen fortgeblieben.

und deren Geist nach Wahrheit begehrt — gerade die geistigsten Naturen lieben die Wahrheit am meisten und fügen sich einem fremden Verbot nach Wahrheit zu forschen am wenigsten — von dem Studium der Theologie abgeschreckt werden und sich anderen Berufen zuwenden. Sodann das Übel, dass reife Männer, welche als Geistliche in den Gemeinden segensreich wirken, in den Conflikt verwickelt werden zwischen ihrer gewissenhaften Überzeugung und den kirchenregimentlichen Vorschriften, sich der Chicane und Quälerei ausgesetzt sehen und, wenn sie nichts Schlimmeres riskieren, doch die Freudigkeit und Heiterkeit der Seele verlieren, welche in ihrem idealen Beruf unentbehrlich ist. Noch schädlicher aber ist die Wirkung, dass heuchlerische zelotische Naturen, welche die Kirche entehren und verderben, durch eine solche Kirchenpolitik angezogen, angereizt und begünstigt werden, und dass eine Zahl von denkträgen, unwissenschaftlichen Geistlichen, welche den geistlichen Beruf immer als Broterwerb betreiben, durch die Versicherungsprämie, welche auf gedankenloses Nachsagen vorgeschriebener Glaubensformeln gesetzt wird, angelockt und befördert wird.

2) Die heutige Welt hat unzweifelhaft mehr Empfänglichkeit und Verständnis für die moralischen Wahrheiten und die moralische Wirkung des Christentums, als für die überlieferten kirchlichen Dogmen. Will daher der Geistliche in ihr wirken, so muss er eher auf die Bethätigung christlicher Liebe den Nachdruck legen, als auf die theologische Rechtgläubigkeit.

Allerdings ist das Christentum nicht eine blosse Tugendlehre, sondern eine weltgeschichtliche Religion für die Menschheit. Deshalb wird, solange die christliche Religion fortlebt unter den Menschen, die Persönlichkeit Jesu Christi, ihres Stifters, von entscheidender Bedeutung sein und bleiben, und wird der Cultus der christlichen Kirche an sein Leben als den Mittelpunct ihres Lebens und den Urquell ihres Glaubens sich anlehnen müssen. Aus diesem Grunde sind die schwierigen Fragen nach der Persönlichkeit Jesu von so eminenter Bedeutung.

Aber es ist meines Erachtens, bei dem Auseinandergehen der Meinungen in unserer Zeit, ganz unmöglich, irgend eine dogmatische Formel zu finden, welche die einzige Natur dieser Person mit Worten klar und überzeugend darstellt und welche alle die befriedigt, die Christus verehren. Den Einen wird eine Formulierung viel zu

wenig, den Andern viel zu viel sagen. Es gibt wohl auch heute noch einzelne geistreiche und hochgebildete Männer, welche wirklich an die Gottheit Christi glauben. Aber es gibt heute sehr viel mehr denkende Männer, welchen diese Formel ganz unverständlich und unannehmbar geworden ist, weil sie mit ihrem höheren und weiteren Gottesbegriff unvereinbar erscheint. Es ist gewiss, dass grosse Massen von Gebildeten eher Vertrauen zu Christus gewinnen, wenn er ihnen als Mensch psychologisch verständlich gemacht wird und menschlich näher tritt, als wenn er als Gott dargestellt wird, was nur ihren Widerspruch reizt. Liegt es denn im Interesse und ist es eine Pflicht der Kirche, alle diese wohlgesinnten und redlichen Leute für immer zu Feinden des Christentums zu machen, statt ihnen die Wege zu zeigen, wie sie Christen werden? Jesus selber hat in seinem Leben anders gehandelt. Er wurde von seinen Jüngern sehr verschieden und sehr unvollständig verstanden, und er hat sie dennoch alle um sich gesammelt und zu Aposteln gemacht.

3) Vieles was in dem überlieferten Kirchenglauben den Menschen des 16. Jahrhunderts glaublich vorkam, erscheint der kritischeren Denkweise der heutigen Welt als irrtümlich oder sagenhaft. Die heutigen Geistlichen sind daher genötigt, diese veränderte Weltansicht und diese Berichtigung der Wissenschaft zu beachten. Aber es ist ihnen auch heute nicht verwehrt, auf ein grösseres, unbestreitbares Wunder hinzuweisen, nämlich den weltgeschichtlichen Zusammenhang der Geschichte der Juden, der Römer und der Germanen, welche alle während vieler Jahrhunderte, ohne es zu wissen und zu wollen, kraft höherer Leitung die Mission des Christentums für die Menschheit vorbereitet und ihr gedient haben, der Gemeinde aufzuzeigen und dadurch die Bedeutung und den Wert des Christentums derselben klar zu machen.

4) Das wichtigste und für das Leben fruchtbarste Moment in der christlichen Religion ist und bleibt aber der lebendige Glaube an den ewigen selbstbewussten Gott, aus dessen Geist der Menschengeist stammt, den Christus uns als seinen Vater und unsern Vater zu lieben, zu dem zu beten und dem in Freiheit nachzufolgen er gelehrt hat, und die Menschenliebe, welche die Kinder Gottes, des gemeinsamen Vaters, mit einander verbindet. In dieser Beziehung kann mit grossem Erfolg sehr viel mehr noch geleistet werden, als wirklich

geschieht. Unsere der Überschätzung der materiellen Dinge zugeneigtè Zeit bedarf zu ihrer Heilung der idealen Güter, die doch alle zuletzt auf den lebendigen Einen Gott hinweisen, an den Christus geglaubt hat, zu dem alle Religion hinführen muss.

Indem die Kirche diesen Glauben und diese Liebe fortwährend weckt, stärkt und sowohl für das innere Seelenleben als für die äusseren Beziehungen fruchtbar macht, erfüllt sie ihre höchste und eine auch heute erfüllbare Aufgabe und hilft sie die heiligen idealen Güter der Menschheit bewahren und diese selber ihrer Vervollkommnung und ihrer Bestimmung zuführen.

Andere mögen anders denken über diese Frage. Ich aber denke so und habe mich für verpflichtet erachtet, rückhaltlos und rücksichtslos meine Ansicht vor Ihnen auszusprechen.

---

18. Juni in Heidelberg zurück:

Wie die Sonne im Thau der Blüte,
Spiegelt Gott sich im Menschengemüte.
Dem Wilden wild,
Dem Milden mild
Erscheint das Gottesbild.
Je tiefer forscht des Menschen Geist,
So grösser und grösser sich Gott erweist.

---

21. Juni. Angenehmer Abend in meinem Hause mit Herrn Martin und Frau, Dr. Millar und Olds. Martin war ursprünglich amerikanischer Missionär in China, nun in hoher Stellung als Vorstand des Diplomatischen Instituts, einer Diplomatenschule in Peking, ein fein gebildeter Mann von scharfem Verstand, religiös tief und frei; die Frau sehr liebenswürdig und fein. Er überbringt mir in einer seltsam chinesisch gebundenen Decke ein Buch mit dem Titel: „Bluntschli's International Law“, mein Völkerrecht in chinesischer Sprache und Schrift gut gedruckt.

---

24. Juni. Ich erhalte eine Zusendung aus Japan. Der Japanese Hirata, der bei mir in Heidelberg gehört hatte, schickt mir den ersten Teil meines Statsrechts, den er mit grossem Fleiss in's Japanische übersetzt und im April d. J. in Tokio veröffentlicht hat.

---

22. Juli. Der chinesische Gesandtschaftsattaché in Berlin King-In-Thai besuchte mich, ein sehr angenehmer und gescheiter junger Mann, gross gewachsen, mit kohlschwarzem Haar, den Zopf aufgeheftet. Er stammt aus der inneren Stadt Peking — hinter den neuen Thoren —, wo, wie es scheint, die vornehme Bevölkerung der herrschenden Rasse wohnt. Er ist Mongole und gehört zu der Partei, welche China mit Benutzung der europäischen Cultur vorwärts bringen möchte. Aber das ist nicht im Sinn der herrschenden Partei, welche hochmütig ist auf ihre uralte Cultur und alles Fremde gering schätzt. Er selbst sprach sehr frei; aber als er die chinesische Tugend in der Verehrung der Eltern und des Alters pries, wurde sein Ausdruck rührend liebenswürdig.

Diese Aufzeichnung vom 22. Juli ist die letzte in Bluntschli's Tagebuch. Aus dem letzten Vierteljahr seines Lebens und über seinen Tod ist Folgendes zu berichten.

Für den Zusammentritt des Instituts für Völkerrecht im Jahr 1881 war Turin in Aussicht genommen worden. Die Plenarsitzung daselbst wurde jedoch auf Bluntschli's Antrag aus finanziellen Gründen auf das Jahr 1882 verschoben. Dagegen tagten die beiden Commissionen für Prisenrecht und für den Orient in Wiesbaden vom 4.—6. September. Es waren mit Bluntschli zusammen 9 Mitglieder anwesend; v. Bulmerincq referierte über ein internationales Prisenreglement.

Gleich nach Schluss dieser Commissionssitzungen reiste Bluntschli mit seinen beiden Töchtern Elina und Emma nach Bex im Rhonethal. Hier fand sich auch seine älteste Tochter, Frau Hofrat Hecker aus München, mit ihren erwachsenen Kindern Hermann und Elisabeth ein, und er verbrachte auf diese Weise mit den Seinen zusammen einige Wochen in der schönen Gegend.

Über seinen Aufenthalt daselbst berichtet die Tochter Elina, wie folgt:

Während der ganzen Zeit war der Vater so frisch und heiter, so milde und anregend, und zu jeder Unternehmung bereit. Ohne Ermüdung machte er lange Spaziergänge, und lebhaft erfreute er sich an der reichen Natur. Am schönsten und frischesten ist mir immer eine Tour in das Chamounixthal in Erinnerung geblieben, die ich mit ihm zusammen machte. Wir fuhren von Martigny aus über den steilen Pass der Tête noire und kamen nach zehnstündiger anstrengender Fahrt in Chamounix an. Als der Vater auf der kahlen Passhöhe zum erstenmal den Gipfel des Montblanc erblickte, da nahm er unter dem vollen Eindruck des mächtigen ehrwürdigen Bergriesen seinen Hut ab, um ihn zu begrüssen. Auf dem Wege trafen wir mit Vaters ältestem Enkel, Hermann Hecker, zusammen, noch früh genug, um gemeinsam den vollen gewaltigen Eindruck des starren Fels- und Gletscherbildes in uns aufzunehmen. Die von Zeit und Stürmen verwitterten zackigen und spitzen Aiguilles, die Massen von Schnee und Eis, die das grüne Thal umfassen, machten einen nie erlebten grossartigen Eindruck auf uns, der beinahe beängstigend wirkte. Am nächsten Tage wanderten wir zurück, da der Vater sagte, er habe nun die Wirkung dieser Bergwelt voll in sich aufgenommen, das genüge ihm. So fuhren und giengen wir abwechselnd wieder über die Tête noire zurück, der Vater mit jugendlicher Frische immer voraus, uns (Tochter und Enkel) stets anregend durch seine Gespräche. Damals hat er sich bemüht, uns in die Rohmer'sche Denkweise einzuführen, und auf dem Wege hat er uns die Unterscheidung von Unterlage und Eigenschaft erklärt und uns zum Nachdenken darüber aufgefordert. Wie lebhaft er bis in die letzte Zeit damit beschäftigt war, das hat er mir auch später noch einmal auf einem Spaziergang auf die Molkenkur, von Heidelberg aus, ausgesprochen, wo er ganz erfüllt von der Wahrheit der Rohmer'schen Ideen mir Vieles erklärte und sprach: „Man schätzt mich als Lehrer des Statsrechts, ich

habe einen Namen erworben, der auch im Ausland bekannt und geehrt ist; was aber das Bedeutendste in mir ist, das kennt die Welt nicht, und das ist, dass ich Friedrich Rohmer und seine Lehre verstanden habe." Das sagte er im Tone solch' ernster Überzeugung, dass ich ganz ergriffen war. — Am 25. September kamen wir nach Heidelberg zurück und schon am 27. musste Vater zur Synode in Carlsruhe sein.

Soweit der Reisebericht der Tochter.

Am 5. August hatten die Wahlen zur badischen Generalsynode stattgefunden, und Bluntschli war von der Diöcese Müllheim einstimmig zum weltlichen Abgeordneten gewählt worden. Die Synode trat am 27. September in Carlsruhe zusammen und Bluntschli wurde abermals zum Präsidenten berufen.[1])

Während der Dauer der Session kam er häufig von Carlsruhe nach Heidelberg herüber, da auch städtische Sitzungen seine Anwesenheit nötig machten. Am 17. October (Montag) war er zum letztenmal in Heidelberg zu einer langen und stürmischen Sitzung. Er kam erregt nach Hause, freute sich aber, dass es ihm gelungen war, mit seiner Meinung durchzudringen. In der That hatte er es verstanden, Complicationen der langwierigsten und schwierigsten Art in Verwaltung und Haushalt der Stadt Heidelberg in diesen Tagen, und zwar mitten zwischen die Verhandlungen der Synode hinein, durch seinen Einfluss zu lösen.[2]) Noch denselben Abend nach der Sitzung fuhr er nach Carlsruhe zurück. Am Dienstag spürte er infolge der Anstrengung und Ermüdung einen Schwindelanfall, der ihn nötigte, das Präsidium auf kurze Zeit abzugeben; doch erholte er sich bald wieder.

Auch politisch war Bluntschli während seiner letzten Tage noch überaus thätig. Die neuen Reichstagswahlen standen bevor, und es hatte der Ausschuss der national-liberalen Partei von Heidelberg einen Aufruf zu Gunsten der Wiederwahl des seitherigen Reichstagsabgeordneten, Dr. Blum, erlassen und Bluntschli um seine Unterschrift angegangen. Bluntschli war aber mit der Haltung der

---

[1]) Über die Verhandlungen vergl. den Bericht in der Protest. Kirchen-Zeitung 1881, Nr. 45. S. 1050 ff. und Nr. 46. S. 1073 ff.

[2]) Vergl. den Nekrolog von Heinze in der Wiener Neuen Presse vom 29. October 1881.

Heidelberger Parteigenossen nicht ganz einverstanden. Er schrieb in diesem Betreff an den Ausschussvorstand, Rector Dr. Thorbecke in Heidelberg, von Carlsruhe aus am 9. October, wie folgt:

„Ich habe den Entwurf eines Wahlaufrufs für die Wahl von Dr. Blum näher erwogen, dabei aber die Ansicht gewonnen, dass ich denselben nicht unterzeichnen kann, ohne in Widerspruch zu geraten mit dem, was ich gegenwärtig für geboten halte.

„Eine einfache Empfehlung des bisherigen Abgeordneten hätte ich unterschreiben können. Wenn man aber auf eine nähere Motivierung der Aufgaben eingehen will, so scheint mir unerlässlich, dass der Stellung zum Reichskanzler gedacht werde, die doch entscheidend ist. Die blosse Verwerfung der Reaction — (in dem Wahlaufruf war die Rede von einer dunkeln Reaction, von welcher auch das Land Baden gegenwärtig bedroht sei) — genügt mir nicht. Sie treibt in ihrer Consequenz in das Lager der Fortschrittspartei, welche zur Warnung nützlich, aber zum Regieren unfähig ist.

„Die Offenburger Erklärung ist vorsichtiger gehalten. Eine Berufung auf die Erklärung der Gesamtpartei und von Offenburg hätte mir besser gefallen. Aber ich verzichte darauf, meine abweichende Ansicht in einem geänderten Vorschlag auszusprechen, weil ich doch verhindert bin, denselben zu vertreten.

„Die Correctur der bestehenden Gesetze halte ich in manchen Stücken für teils notwendig, teils zweckmässig. Daher komme ich hier nicht aus mit der blossen Aussprache, für das „errungene Recht“ wider die Reaction zu kämpfen.

„Die wirtschaftlichen Fragen werden meines Erachtens viel zu sehr abstract beurteilt, bald aus dem Princip der Handels- und Gewerbefreiheit, bald aus dem des Schutzes der nationalen Arbeit und der Ordnung. Ich bin ein Gegner jeder einseitigen Doctrin nach diesen Schablonen, verwerfe jede einseitige doctrinäre Herrschaft der beiden Principien und bin der Meinung, es müssen beide Grundsätze sich wechselseitig berichtigen und ergänzen, um wahr zu sein und je nach den Umständen den Bedürfnissen des Reiches und seiner Bürger zu dienen.

„Die ausdrückliche Verwerfung des Tabakmonopols auch in den beiden Parteierklärungen (nämlich der Gesamterklärung und der Offenburger) halte ich für einen Fehler, weil die Art, wie am besten, d. h. für den Stat am ergiebigsten und für die Bürger am erträglichsten,

die Steuer einzurichten sei, und ob eine Steuer Bedürfnis sei, viel mehr von den Umständen und ihrer Not, als von principiellen Meinungen abhängt.

„Ich weiss, dass über alle diese Dinge die Meinungen auch unter den Liberalen und Nationalen auseinandergehen. Gerade deshalb scheint mir jede im Einzelnen bindende Äusserung besser wegzubleiben.

„Den gemeinnützigen, opferbereiten Sinn von Dr. Blum erkenne ich ohne Rückhalt gerne an und weiss es zu schätzen, dass er die höchst undankbare Aufgabe, neuerdings sich wählen zu lassen, wieder auf sich nehmen will."

In einem Brief vom 10. October übersandte Bluntschli nun doch eine Reihe von Abänderungsvorschlägen zu dem Wahlaufruf an die Heidelberger Parteigenossen und schrieb:

„Herr Dr. Blum ist ein erklärter Gegner des Tabakmonopols. Wird indessen der Passus vom Tabakmonopol seiner Absolutheit entkleidet, so kann ich am Ende mich zur Unterschrift bequemen."

Er erteilte auch in der That in einem Schreiben vom 14. October seine Unterschrift zu der Einladung zu einer allgemeinen Versammlung. Ja er liess sich bereit finden, die auf Sonntag, den 23. October, eben zum Zweck der Wiederwahl Dr. Blum's anberaumte Volksversammlung in Heidelberg zu präsidieren. Aber er sollte diesen Tag nicht mehr erleben.

Am Freitag, den 21. October, Morgens gegen 10 Uhr schloss er die Session der Synode[1]) mit ergreifenden, aus der Tiefe des Herzens kommenden Worten. Unter den vier Synoden, die er miterlebt (1867, 1871, 1876 und 1881) sei diese die friedlichste gewesen, und er hoffe auch eine friedliche Lösung der beiden noch ausstehenden Aufgaben. Er bitte die Mitglieder, diese ernste Friedensstimmung auch hinauszutragen in das Land, damit die beiden Commissionen, ungestört durch äussere Einwirkungen — (es war von der äussersten Rechten ein Petitionssturm für den alten Katechismus, von der äussersten Linken ein solcher für das alte Gesangbuch angekündigt worden), — ihren Beruf erfüllen können. Dann schloss er in seiner kernigen Art die Synode

[1]) Dieselbe sollte etwa nach Jahresfrist noch einmal zusammentreten zur Schlussberatung des Katechismus und des Gesangbuchs.

mit voller Stimme und aus Herzensgrund mit dem kräftig-kurzen Gebet: „Ehre sei Gott in der Höhe, Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.“ Gegen zwölf Uhr begab er sich von der Präsidialwohnung heiter und froh in die Wohnung des Vicepräsidenten, Prälat Doll, um von dort mit dem Bureau der Synode in das Grossherzogl. Schloss zu gehen, wo der Grossherzog, welcher zu diesem Zweck mit der Grossherzogin von Baden-Baden herüber gekommen war, die nachträglichen Glückwünsche der Synode zur silbernen Hochzeitsfeier entgegenzunehmen bereit war. In der Nähe der Prälatenwohnung, auf dem schönen freien Schlossplatz, wo von den alten Lindenbäumen die gelben Blätter niederrieselten, sank er plötzlich zusammen. Einige Beamte des gegenüberliegenden Finanzministeriums eilten dem Bewusstlosen zu Hilfe und brachten ihn in einem Wagen in das städtische Krankenhaus, wo alle Belebungsversuche sich bald als vergeblich erwiesen. Um ein Uhr standen schon seine erschütterten Freunde an dem Totenbett des teuern unvergesslichen Mannes. Aber er starb einen schönen Tod! Mitten aus der Freude über ein schön vollendetes Werk, ohne die Beschwerden des Alters auch nur im Geringsten verspürt zu haben, gieng er ein in das Land der Seligen, von dem er noch Abends zuvor im Kreise einiger Synodalen der Rechten und der Linken geredet und seinen festen Glauben an die Unsterblichkeit des Geistes ausgesprochen hatte. [1])

Am 22. October, Abends 5 Uhr fand die Einsegnung der Leiche durch Prälat Doll, den Vicepräsidenten der Synode, in Anwesenheit der Carlsruher Geistlichen und zahlreicher Synodalen statt. Auch der Grossherzog war durch Statsminister Turban und Geh. Rat v. Ungern-Sternberg vertreten. Der Gedächtnisrede lagen die obengenannten letzten Gebetsworte des Entschlafenen zu Grunde. [2])

Am 24. October erfolgte die Beerdigung zu Heidelberg. Um 10 Uhr Morgens begannen die Leichenfeierlichkeiten in der St. Peterskirche inmitten einer überaus zahlreichen Trauerversammlung. Die kirchliche Leichenrede, durch einen auf der Orgel vorgetragenen Choral eingeleitet, hielt von der Kanzel aus Stadtpfarrer Hönig. Darauf spra-

[1]) Aus dem Bericht Emil Zittel's über Bluntschli's Tod an die Protest. Kirchenzeitung 1881, Nr. 43. S. 993 f.

[2]) Aus demselben Bericht Emil Zittel's.

chen im Auftrag der Generalsynode Dekan O. Schellenberg, im Namen der Universität Geh. Rat Professor Dr. Schulze. Ein in Heidelberg studierender Grieche, ein Schüler Bluntschli's, Dr. S. A. Kapetanakis, brachte im Namen seiner griechischen Schüler ein letztes Lebewohl dar und legte einen Lorbeerkranz auf den Sarg nieder.[1]) Desgleichen wurden von der Heidelberger Studentenschaft und dem anglo-amerikanischen Club Kränze niedergelegt. Es folgte ein kurzes Gebet mit dem Vaterunser, und die Feierlichkeit in der Kirche war vorüber.

Darauf formierte sich der Leichenzug zum Friedhof. Er wurde von einem Musikkorps eröffnet, welches den Beethoven'schen Trauermarsch spielte. Es folgten zwei Oberpedelle mit den verhüllten akademischen Sceptern. Diesen schloss sich die Studentenschaft an, voran die Corps, in der Mitte die nichtfarbentragenden Studenten und am Ende die beiden Burschenschaften. Alsdann kam der Leichenwagen, reich mit Blumen und Kränzen bedeckt; die Rosse wurden von den Vertretern des Ausschusses der Heidelberger Studentenschaft geführt. Dicht hinter dem Sarge wurden die zahlreichen Orden des Verstorbenen auf einem Sammtkissen getragen. Es folgten die Familienangehörigen. Nach ihnen schritten in der vorher bekannt gegebenen Reihenfolge einher: das Corpus academicum geführt durch den zeitigen Prorector, das Offiziercorps, die Vorstände und Mitglieder der Grossherzogl. Statsbehörden und der Lehranstalten, der Stadtrat und die Stadtverordneten, die Freimaurer, sämtliche übrige Verehrer und Freunde des Verstorbenen. Unter den Leidtragenden befanden sich auch General v. Neubronn, als Vertreter des Grossherzogs, Verwaltungsgerichtsrat Sachs, als Vertreter der Grossherzogin, Mitglieder der Regierung und des Oberkirchenrats. Auf dem Friedhofe verrichtete Stadtpfarrer Hönig noch ein kurzes ergreifendes Gebet, worauf Dekan Schellenberg im Namen des Protestantenvereins eine Palme auf das Grab niederlegte als Zeichen des Sieges und des Friedens. Damit schloss die Leichenfeier.

[1]) Diese 4 Reden sind nebst zwei dem Andenken Bluntschli's gewidmeten Gedichten, dem einen von Dr. Lobstein, dem andern von Bruno Johannsen, in Heidelberg bei Emmerling vereint im Druck erschienen u. d. T.: Am Sarge des Herrn Geheimrat Professor Dr. Johann Caspar Bluntschli.

Aus den zahlreichen Nekrologen, welche dem Andenken Bluntschli's gewidmet wurden, heben wir hervor:

1) von Franz v. Holtzendorff in der Gegenwart Nr. 44 vom 29. October 1881, und sodann das grössere Lebensbild in den Deutschen Zeit- und Streitfragen, Jahrgang XI. Heft 161, mit dem Aufruf zur Errichtung einer Bluntschli-Stiftung für Allgemeines Statsrecht und Völkerrecht,[1])

2) von Alphonse Rivier, Notice sur M. Bluntschli,[2])

3) von Ermanno Ferrero, Giovanni Gaspare Bluntschli. Breve Commemorazione,[3])

4) von Professor H. Holtzmann in der Berliner Täglichen Rundschau Nr. 39 vom 8. November 1881,

5) von Professor Heinze in Heidelberg in der Wiener Neuen Presse vom 29. October 1881,

6) von Professor v. Bulmerincq in der Riga'schen Zeitung 1881 Nr. 246,

7) von Richard Norton in der Berliner Deutschen Montagszeitung 1881 Nr. 43,

8) von Fr. Helbig in der Gartenlaube 1881 Nr. 49,

9) von Professor Hermann Schulze, Discours sur M. Bluntschli.[4])

Diese Nekrologe leiden sämtlich an dem Mangel, dass sie das, was Bluntschli's ganzes Wesen zusammenhielt und zu einer inneren Einheit gestaltete, nemlich seine unauflösliche Verknüpfung mit Friedrich Rohmer's Person und Wissenschaft, entweder nicht kennen, oder absichtlich verschweigen, oder endlich nur ganz leichthin berühren und dazu in seiner Bedeutung vollständig verkennen. So fehlt der rote Faden, der sein ganzes Leben seit der Zeit seiner männlichen Reife bis an sein Ende fest durchzogen hat.

---

[1]) J. C. Bluntschli und seine Verdienste um die Statswissenschaften. Berlin, 1882. 43 S. 8.

[2]) Extrait de la Revue de Droit international et de Législation comparée, t. XIII, liv. 1. Bruxelles, 1882. 23 p. gr. 8.

[3]) Estr. dal Volume XVII degli Atti della R. Accademia delle Scienze di Torino. Turin, 1882. 13. S. gr. 8.

[4]) Extrait de l'Annuaire de l'Institut de Droit international. VI. année. Bruxelles, 1882. 7 p. kl. 8.

Schon im Jahre 1879 hatte Franz v. Holtzendorff sich mit dem Gedanken getragen, zu Bluntschli's Jubiläum eine Bluntschli-Stiftung zu Stande zu bringen mit dem Zweck, die Wissenschaften des Völkerrechts und des Allgemeinen Statsrechts durch Stellung von Preisfragen oder in sonst geeigneter Weise zu fördern.

Nach Bluntschli's Tod gelang es ihm, ein Gründungs-Comité zu constituieren, an welchem sich nicht weniger als 120 Männer der Wissenschaft und der Praxis aus Amerika, Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Italien, den Niederlanden, Russland, Schweden, der Schweiz und der Türkei beteiligten. Es wurde im Januar 1882 ein Aufruf zu Beitragsspenden an alle diejenigen erlassen, welche das Gedächtnis des Verstorbenen in einer seiner Sinnesart angemessenen Weise ehren wollen und gleichzeitig wünschen, dass damit ein dauernder Mittelpunkt für die statswissenschaftlichen Bestrebungen der modernen Culturstaten geschaffen werde.

Diese Bluntschli-Stiftung ist zu Stande gekommen. Sie verfügt zunächst über 36,000 Francs. Die bedeutendsten Beiträge leisteten die Schweiz und Hamburg; dann Nordamerika. Gar nicht beteiligt ist Frankreich. Das Statut wurde im J. 1883 entworfen und festgestellt. Ihren Sitz hat die Bluntschli-Stiftung in München.

Zum Schlusse muss noch erwähnt werden, dass Bluntschli's reichhaltige Bibliothek von der Johns Hopkins Universität in Baltimore erworben und daselbst im Januar 1883 in den Räumen des historischen Seminars, Nr. 113 West Monument Street, aufgestellt wurde.

Personen-Verzeichnis
zum III. Band.

Die Zahlen beziehen sich auf die Seiten.

G.

I.

M.

T.

Verzeichnis der Schriften Bluntschli's.

Die Zahlen beziehen sich auf den Band und die Seite der Denkwürdigkeiten, wo das betreffende Werk von Bluntschli besprochen wird.

1. Entwickelung der Erbfolge gegen den letzten Willen nach römischem Recht mit besonderer Rücksicht auf die Novelle 115. Bonn, A. Marcus, 1829 (Bluntschli's Doctordissertation). I, 85.
2. Denkschrift über die Verfassung der Standes Zürich. Zürich 1830. I, 113.
3. Geschichte der Zürcherischen Revolution (Aufsatz in Ranke's historisch-politischer Zeitschrift. Hamburg 1832. Bd. I. S. 593 ff). I, 114.
4. Das Volk und der Souverän im Allgemeinen betrachtet und mit besonderer Rücksicht auf die schweizerischen Verhältnisse. Zürich, Orell, Füssli & Comp., 1831. I, 133.
5. Über die Vergänglichkeit der Völker, 1836 (Gesammelte kleine Schriften II, 1 ff.).
6. Über die Sterblichkeit der geschichtlichen Familien, 1844. I, 347.
7. Streitschrift gegen Ignaz Theodor Scherr. Zürich und Frauenfeld 1837. I, 194.
8. Stats- und Rechtsgeschichte der Stadt und Landschaft Zürich. 2 Bände. Zürich, Orell, Füssli & Comp., 1838/39. — 2. A. 1856. I, 194.
9. Die neueren Rechtsschulen der deutschen Juristen (In Arnold Rüge's Halle'schen Jahrbüchern October 1839). Als besondere Schrift erschienen Zürich und Frauenfeld bei Ch. Beyel, 1841; 2. mit neuen Reformvorschlägen erweiterte A. ebendas. 1862. I, 196. 197.
10. Neues Vormundschaftsgesetz für den Canton Zürich mit Erläuterungen. Zürich 1841. I, 246.

11. Psychologische Studien über Stat und Kirche. Zürich und Frauenfeld, Ch. Beyel, 1844. I, 316. 325.
12. Über die Aufgabe der neueren Gesetzesbücher. — Über die bisherigen neuen Gesetzesbücher, das Preussische Landrecht, das Österreichische Gesetzbuch, den Code Napoleon. — Über die bisherigen Schweizerischen Gesetzbücher. — Über die Aufgabe der Zürcher Redaction. — (Vier Artikel im Beobachter aus der östlichen Schweiz, Januar und Februar 1844.) I, 346.
13. Die Urcantone und die ultramontane Partei (Eine Reihe von Artikeln in der Eidgenössischen Zeitung vom April 1845). I, 381 ff.
14. Geschichte des schweizerischen Bundesrechts von den ersten ewigen Bünden bis auf die Gegenwart. 1. Band, Zürich, 1846. 2. Band 1852. — 2. A. Stuttgart, Meyer und Zeller, 1875. I, 393; III, 365.
15. Stimme eines Schweizers für und über die Bundesreform. Zürich und Frauenfeld, 1847. I, 443.
16. Privatrechtliches Gesetzbuch für den Canton Zürich mit Erläuterungen. Zürich, Schulthess, 1853/55. — 2. A. 1864/65. I, 191. 345. 390; II, 33. 103. 115. 130. 142. 211. 250. — Vergl. Das Zürcherische Personen- und Familienrecht mit Erläuterungen. 4. A. bearbeitet unter Berücksichtigung der neueren Gesetzgebung und der gerichtlichen Praxis von J. H. Gwalter. Zürich, Schulthess, 1872 (gr. 8. XXXII, 446 S.).
17. Denkschrift über die Deutsche Verfassung an den König Max II. von Bayern im Jahr 1848. II, 89 f.
18. Blätter für politische Kritik, eine Zeitschrift im Jahr 1848. II, 89.
19. Bemerkungen über die neuesten Vorschläge zur Deutschen Verfassung. Eine Stimme aus Bayern. 1848. II, 89—94.
20. Allgemeines Statsrecht. Ein Band gr. 8. München, lit.-artist. Anstalt, 1851/52. — 2. A. ebendas. in 2 Bänden 1857. — 3. A. ebendas. in 2 Bänden 1863 — 4. A. ebendas. in 2 Bänden 1868. II, 108. 231.
21. Über die Reform der Ersten Kammer und des Adels. Ein Münchner Vortrag 1850. Im Druck erschienen ebendas. II, 111.
22. Gutachten, betr. eine projectierte Änderung der bayerischen Verfassung vom J. 1818, erstattet im Auftrag des König Max II. 1851. II, 116—120.
23. Kritische Überschau der Deutschen Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, gegründet mit Arndts und Pözl 1853, (später übergegangen in die Kritische Vierteljahrsschrift unter Pözl's Redaction). II, 132.

24. Deutsches Privatrecht. München, lit.-artist. Anstalt, 1853. — 2. A. ebendas. 1860. — 3. A. besorgt und ergänzt von Felix Dahn 1864. II, 134.
25. Über Vernunft und Glauben. — Über die Moral der Rede. (Zwei Artikel in den Münchener Neuesten Nachrichten 1855.) II, 231.
26. Über den Unterschied der mittelalterlichen und der modernen Statsidee. Ein Vortrag. München, 1855. II, 236. 241.
27. Über die gelehrten Schulen. Ein Promemoria an König Max II. 1855. II, 240.
28. Gutachten über das Verhältnis des bayerischen Concordats von 1817 zu der bayerischen Verfassung und dem Religionsedikt von 1818, erstattet auf Veranlassung Königs Max II. 1855. II, 241.
29. Denkschrift über das österreichische Concordat an König Max II. von Bayern 1856. II, 242.
30. Über arische Völker und arisches Recht. Ein Münchener Vortrag 1856. (Ges. kleine Schriften I, 63 ff.) II, 245.
31. Der Kampf der liberalen und der katholischen Partei in Belgien. Eine Warnung für Deutschland. Briefe eines Belgiers an einen Süddeutschen. (Anonym) Zürich, Meyer & Zeller, 1857. II, 246.
32. Die neuen Begründungen der Gesellschaft und des Gesellschaftsrechts. Eine Abhandlung in der kritischen Überschau vom Jahr 1857. II, 248.
33. Der Rechtsbegriff. Zwei Münchner Vorträge 1858. (Gesammelte kleine Schriften I, S. 1 ff.). II, 247.
34. Die Ehe. 1858. (Ges. kl. Schriften I, S. 134 ff.).
35. Das Eigentum. 1858. (Ebendas. I, S. 181 ff.).
36. Zur Revision der statlichen Grundbegriffe. 3 Artikel in der kritischen Vierteljahrsschrift von 1858. (Gesammelte kleine Schriften I, S. 287.) II, 248.
37. Über die alten indischen Kasten. Ein Münchner Vortrag 1859. II, 247.
38. Deutsches Statswörterbuch in Verbindung mit Carl Brater. 11 Bände. Leipzig und Zürich, 1857—1870. II, 218 ff.
39. Statswörterbuch in 3 Bänden. Auf Grundlage des Deutschen Statswörterbuchs von Bluntschli und Brater in 11 Bänden bearb. und herausgeg. von Edgar Loening. Zürich, Schulthess 1871—75. III, 235.
40. Gott und seine Schöpfung. Nördlingen, 1857. II, 271.
41. Der natürliche Weg des Menschen zu Gott. Nördlingen. 1858. II, 263. 271.

42. Mitbegründer
    a) der bayerischen Wochenschrift, erschienen zu München in 26 Nummern vom 2. April bis 24. September 1859. II, 273.
    b) der Süddeutschen Zeitung, erschienen zu München vom 1. October 1859 ab. II, 273.
    Vergl. die Artikel: α) Über das österreichische Protestantenpatent von 1859 und das Concordat von 1855. II, 274.
    β) Über die neueren Concordate zwischen Rom und den süddeutschen Staten. II, 274.
    γ) Die deutsche Nationalpflicht, April 1860. II, 276.
    δ) Zur Bundesreform, Mai 1860. II, 278.
    ε) Der deutsche Bund und seine Reform, August 1860. II, 279.
    ζ) Die deutsche Politik in der italienischen Frage, November 1860. II, 280.
43. Das Papsttum vor der napoleonischen und der deutschen Politik. (Anonym.) Berlin, Springer, 1859. II, 274.
44. Geschichte des Rechts der religiösen Bekenntnisfreiheit. Ein öffentlicher Vortrag (München 1860, Carlsruhe 1863). Elberfeld, Friderichs, 1867. (Ges. kleine Schriften I, S. 101 ff.) II, 283.
45. Erinnerung an F. L. Keller. Kritische Vierteljahrsschrift 1861 und in besonderem Abdruck. I, 169. II, 287.
46. Geschichte der neueren Statswissenschaft, allgemeines Statsrecht und Politik. Seit dem 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München, literarisch-artistische Anstalt, 1864. — 3. A. München und Leipzig, R. Oldenbourg, 1881. II, 302. III, 96. 483.
47. Über Friedrich den Grossen. Ein Münchner Vortrag aus dem Jahr 1861 (nicht gedruckt). II, 304.
48. Person und Persönlichkeit, Gesamtperson. Eine Abhandlung aus dem Jahr 1864. (Ges. kleine Schriften I, S. 91 ff.)
49. Altasiatische Gottes- und Weltideen (eine Reihe Carlsruher öffentlicher Vorträge im Winter 1864/65). Nördlingen, 1866. III, 121. 318.
50. Rundschreiben der Loge Ruprecht zu den 5 Rosen an ihre Schwesterlogen vom 14. October 1865 als Antwort auf die päpstliche Verdammung des Freimaurerbundes. III, 122 ff.
51. Das moderne Kriegsrecht der civilisierten Staten. Nördlingen, 1866. — 2. A. 1874. III, 169. 363.
52. Über die Bedeutung und die Fortschritte des modernen Völkerrechts. Ein öffentlicher Vortrag im November 1865. (Virchow & Holtzendorff, Sammlung gemeinverständlicher wissenschaftlicher Vorträge. 2. Heft. Berlin, 1871.) III, 170.

53. Die Neugestaltung Deutschlands und die Schweiz. (Anonym.) Zürich, 1866. III, 173.
54. Das moderne Völkerrecht der civilisierten Staten als Rechtsbuch dargestellt. Nördlingen, 1867. — 2. A. 1872. — 3. A. 1878. III, 173. 315. 419.
55. Das Verhältnis des modernen Stats zur Religion. Vortrag auf dem Protestantentag zu Bremen 1868. (Ges. kleine Schriften II, S. 148 ff.) III, 222.
56. Die Gründung der amerikanischen Union von 1787. Ein Vortrag. (Virchow & Holtzendorff, Sammlung gemeinverständl. wissenschaftl. Vorträge. 54. Heft. Berlin 1868. Vergl. Ges. kleine Schriften II. Bd. S. 41 ff.)
57. Die nationale Bedeutung des Protestanten-Vereins für Deutschland. Vortrag gehalten im Unions-Verein am 15. Mai 1868. Berlin, F. Lobeck 1868 (16 S. 8°).
58. Die nationale Statenbildung und der moderne deutsche Stat. Vortrag in Cöln 1869. (Ges. kleine Schriften II, S. 70 ff.) III, 231.
59. Einwirkung der Nationalität auf die Religion und kirchliche Dinge. Ein Vortrag im Jahr 1869. (Ges. kleine Schriften II, S. 132 ff.) III, 231.
60. Charakter und Geist der politischen Parteien. Nördlingen, 1869. III, 279.
61. Das moderne Völkerrecht in dem französisch-deutschen Krieg. Rectoratsrede am 22. November 1870. Heidelberg. Bassermann, 1871. III, 264.
62. Völkerrechtliche Betrachtungen über den französisch-deutschen Krieg 1870/71. (In Fr. v. Holtzendorff's Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege des Deutschen Reichs, I. Jahrgang. Leipzig, 1871. S. 270—342. III, 264.
63. Friedrich Rohmer's Wissenschaft und Leben. I. Band: Die Wissenschaft von Gott. Nördlingen, 1871. III, 286.
64. Deutsche Briefe über das Verhältnis von Stat und Kirche. Acht Aufsätze in Lindau's Wochenschrift „die Gegenwart", Jahrg. 1872. III, 291.
65. Der Jesuitenorden und das Deutsche Reich. Zwei Vorträge aus dem Jahr 1872. (Ges. kleine Schriften II. Bd., S. 1881 ff.) III, 292. 316.
66. Der Wechsel im preussischen Cultministerium (Sturz Mühler's). — Der Kampf um die statliche Aufsicht der Schule im preussischen Abgeordnetenhause. — Die Debatte über die Jesuiten im deut-

schen Reichstag. — Die nächste Papstwahl und das Recht der Staten. (Vier kleinere politische Artikel aus dem J. 1872. erschienen in der Gegenwart.) III, 292.

67. Rede auf dem Kölner Altkatholikencongress im September 1872. (Gegenwart 1872. Nr. 38.) III, 308.

68. Bericht über den 6. deutschen Protestantentag in Osnabrück im October 1872. (Gegenwart 1872, Nr. 40.) III, 313.

69. Rom und die Deutschen. Ein Vortrag aus dem Winter 1872. (Abgedruckt in v. Holtzendorff und W. Oncken. Deutsche Zeit- und Streitfragen. Heft 7 und 8. Berlin, 1872.) III, 316.

70. Ein wissenschaftliches internationales Institut für Völkerrecht. (Gegenwart 1873, Nr. 35.) III, 330.

71. Das Genter Institut und die Brüsseler internationale Conferenz für Völkerrecht. (Gegenwart 1873, Nr. 45.) III, 338.

72. Die Geistlichkeit und der Stat. — Ist das Deutsche Reich ein Stat? — Zwei Feinde unseres Stats und unserer Cultur. (Drei kleinere Artikel in der Gegenwart, Jahrgang 1873.) III, 345.

73. Die Entwickelung des Rechts und das Recht der Entwickelung. Eine Abhandlung aus dem J. 1873. (Ges. kleine Schriften I, S. 44 ff.) III, 345.

74. Recht und Billigkeit. Eine Abhandlung aus dem Jahr 1873. (Gesammelte kleine Schriften I, S. 56 ff.) III, 345.

75. Lehre vom modernen Stat. Stuttgart, J. G. Cotta. I. Teil: Allgemeine Statslehre. 5. umgearb. A. des 1. Bandes des Allgemeinen Statsrechts. 1875. II. Teil: Allgemeines Statsrecht. 5. umgearb. A. des 2. Bandes des Allgemeinen Statsrechts. 1876. III. Teil: Politik als Wissenschaft (neu). 1876. III, 346. 364.

76. Die Brüsseler internationale Conferenz für Kriegsvölkerrecht. (Gegenwart 1874, Nr. 43. 44.) III, 360.

77. Die Aussprache des Kriegsvölkerrechts durch die europäische Statenconferenz in Brüssel. (7 Artikel in der Augsb. Allg. Zeitung, Jahrgang 1874, Aug.—Oct.) III, 360.

78. Autobiographische Skizze. (Gegenwart 1874, Nr. 22. 23.) III, 363.

79. Die Bürgerweihe als Volksfest. (Ebendas. Nr. 31. 32.) III, 231.

80. Deutsche Statslehre für Gebildete. Nördlingen, 1874. III, 361.

81. Deutsche Statslehre und die heutige Statenwelt. Ein Grundriss mit vorzüglicher Rücksicht auf Deutschland und Österreich-Ungarn. 2. umgearb. A. der „Deutschen Statslehre für Gebildete“. Nördlingen, 1880. III, 453.

82. Politisches und juristisches Urteil im Hinblick auf den Prozess Arnim. (Gegenwart 1875, Nr. 1.) III, 363.
83. Die Opposition gegen die Brüsseler Conferenz über das Kriegsvölkerrecht. (Zwei Artikel in der Augsb. Allg. Ztg. v. J. 1875, Nr. 54 und 60.) III, 365.
84. Die Entwicklungsstufen des Kriegsvölkerrechts. (Gegenwart 1875, Nr. 6.) III, 368.
85. Belgisches Volk und Land, Belgische Verfassung und Neutralität. (Gegenwart 1875, Nr. 24 und 25.) III, 371 ff.
86. Die Versammlung des Instituts für Völkerrecht im Haag im J. 1875. (Gegenwart 1875, Nr. 37 und 38.) III, 381 ff.
87. Über die schweizerische Nationalität. Eine politische Studie. (Gegenwart 1875, Nr. 49 und 51. Ges. kleine Schriften II, S. 114 ff.) III, 388 ff.
88. Freimaurergespräche über Gott und Natur, und über Unsterblichkeit. Ein Vermächtnis an die Brüder. Heidelberg, 1878. — 2. A. 1879. III, 394.
89. Gespräche über Gott und Natur, und über Unsterblichkeit. Nördlingen, 1880. III, 395. 453.
90. Die rechtliche Unverantwortlichkeit und Verantwortlichkeit des römischen Papstes. Eine völker- und statsrechtliche Studie. Beigabe: das italienische Garantiengesetz. Nördlingen, 1876. III, 405.
91. Zur deutschen Doctorfrage gegen Mommsen. (Gegenwart 1876, Nr. 21.) III, 406.
92. Deutsche Naturalisation einer separierten Französin, und Wirkungen der Naturalisation. Beleuchtung einer Frage des internationalen Rechts bei Gelegenheit des Streits zwischen dem Prinzen von Bauffremont und der Fürstin Bibesco. Heidelberg, 1876. III, 407.
93. Der Fall Bauffremont-Bibesco. Zur Beleuchtung der Mängel unserer Rechtszustände (Gegenwart, 1876, Nr. 43). III, 407.
94. Zum Process Bauffremont. (Augsb. Allg. Ztg. 1876, Nr. 281, Beilage.) III, 407.
95. Völkerrechtliche Briefe aus den Jahren 1876, 1877 und 1878. (Gegenwart 1876, Nr. 50. 52; 1877, Nr. 2; 1878, Nr. 20 und 23), darunter über „Kriegsvölkerrecht und Kriegsgebrauch contra Rüstow“ (Ges. kleine Schriften II, S. 256 ff.). III, 408. 436.
96. Appel aux Belligérants v. 26. Mai 1877. III, 411.
97. Die Abschaffung der Seebeute und das völkerrechtliche Institut. (Gegenwart 1877, Nr. 42.) III, 417.

98. Das Beuterecht im Krieg und das Seebeuterecht insbesondere. Eine völkerrechtliche Untersuchung. Nördlingen, 1878. III, 417.
99. Die Einteilung der Universität in Facultäten. Prorektoratsrede am 22. November 1877. (Gegenwart 1877, Nr. 48.) III, 418.
100. Die Organisation des europäischen Statenvereins. (Gegenwart 1878, Nr. 6. 8. 9; Ges. kleine Schriften II, S. 279 ff.) III, 421.
101. Die Gefahren der Socialdemocratie und die Juristen. 6 Artikel über Eigenthum, Capital, Lohn, vierten Stand, Erbrecht (Gegenwart 1878, Nr. 38. 51; 1879, Nr. 1. 29. 31. 33 und 36). Darunter die Abhandlung „das Erbrecht und die Reform des Erbrechts." (Ges. kleine Schriften I, S. 233 ff.) III, 436; cf. I, 392.
102. Friedrich Carl v. Savigny (Westermann, illustrierte deutsche Monatshefte 1879, Juniheft). III, 438.
103. Die Nachbesteuerung des Tabaks und die Rechtsordnung. Ein Rechtsgutachten. Frankfurt a/M. 1879. III, 439.
104. Der Stat Rumänien und das Rechtsverhältniss der Juden in Rumänien. Ein Rechtsgutachten. Berlin 1879. III, 439.
105. Das Institut für Völkerrecht und das Manuel des Kriegsvölkerrechts für die Armeen (Gegenwart 1880, Nr. 27). III, 449.
106. Gesammelte kleine Schriften. 2 Bde. Nördlingen 1879. 1881. III, 453.
107. Englische Parlamentsregierung. — Deutsche Beamtenregierung (Deutsche Revue 1879, S. 222 ff.). III, 457.
108. Tröstlicher Gedanke: Englische und Deutsche Art (Gegenwart 1881, Nr. 37). III, 457.
109. Das Institut für Völkerrecht in Oxford im J. 1880 (Gegenwart 1880, Nr. 40 und 41). III, 468.
110. Manuel des Droits de la Guerre. Brüssel 1880. III, 469.
111. Über das Asylrecht und die Auslieferungspflicht (Zwei Artikel in der Wiener Presse 1881, Nr. 96 und 103). III, 468 f.
112. Briefwechsel mit Moltke über das Manuel (Gegenwart 1881, Nr. 6; Ges. kleine Schriften II, S. 271 ff.). III, 470 ff.
113. Das römische Papsttum und das Völkerrecht. Eine Abhandlung vom J. 1880 (Ges. kleine Schriften II, S. 236 ff.). III, 480.
114. Le congrès de Berlin et sa portée au point de vue du droit international. Brüssel 1881. III, 481.
115. Friedrich Ludwig Keller vom Steinbock (Allgemeine Deutsche Biographie, XV. Band, 1882). III, 482.
116. Johannes Althusius (Westermann's illustrierte Deutsche Monatshefte 1881, Maiheft). III, 483.
117. Die Bedeutung Franz Liebers für die Wissenschaft vom Stat und

für das Völkerrecht (Im 2. Band der Miscellaneous Writings Franz Liebers, Philadelphia 1880). III, 482.

118. Die Unterschiede zwischen dem XVI. und XIX. Jahrhundert mit Bezug auf das Verhältnis des kirchlichen Glaubens zur Gesellschaft. Vortrag auf dem Berliner Protestantentag im Juni 1881 (Protest. Kirchen-Zeitung 1881, Nr. 26). III, 485 ff.

Dazu kommen die Arbeiten Bluntschli's als praktischen Statsmanns auf dem Feld der Gesetzgebung und der Politik. Wir heben in dieser Beziehung, ausser dem oben schon aus der Münchener Periode Berührten von mehr privatem Charakter (s. Nr. 19. 21. 22. 27. 28. 29), Nachfolgendes hervor:

119. Rede im Grossen Rat von Zürich im J. 1839 in Sachen der Berufung von Dr. David Strauss. I, 207 ff.
120. Antrag im Grossen Rat von Zürich auf eine Reform der Züricher Kirchensynode vom J. 1839. I, 241.
121. Redaction des Vormundschaftsgesetzes für den Canton Zürich im J. 1841. I, 245.
122. Antrag im Grossen Rat Zürich auf eine neue Organisation des Erziehungsrats im Jahr 1844. I, 355.
123. Denkschrift an Papst Pius IX. betr. die Zurückberufung der Jesuiten aus Luzern im J. 1846. I, 428.
124. Entwurf einer Schweizerischen Bundesreform im J. 1847. I, 438
125. Entwurf einer neuen Züricherischen Verfassung im J. 1847. I, 439
126. Redaction des privatrechtlichen Gesetzbuchs für den Canton Zürich in den Jahren 1844—1854. I, 191. 345. II, 142. 211.
127. Bericht in der Badischen I. Kammer auf dem Landtag 1861/63 über a) die Reform der Gerichtsverfassung, b) die Reform der inneren Verwaltung, c) das Regentschaftsgesetz III, 29 ff.,

     wobei ad b) besonders hervorzuheben der Bericht über die Einrichtung einer Verwaltungsrechtspflege. III, 34 f.
128. Bericht in der Badischen I. Kammer betr. die Adresse an den Grossherzog in der Schleswig-Holsteinischen Frage vom 10. Dez. 1863. III, 74 ff.
129. Motion in der Badischen I. Kammer betr. eine Reform der I. Kammer vom 27. Febr. 1864. III, 84 ff.
130. Interpellation in der Badischen I. Kammer an das Ministerium Edelsheim vom 14. Mai 1866 betr. die Haltung Badens in der deutschen Krisis. III, 137 ff.
131. Bericht in der Badischen I. Kammer über die Versailler Verträge

(Vertrag Badens mit dem Norddeutschen Bund) vom Dezember 1870. III, 265 ff.

132. Antrag in der Badischen II. Kammer auf Verfassungs-Revision im November 1873. III, 325 f.

133. Mitarbeit an der Redaction des Schweizerischen Obligationenrechts, incl. des Handels- und Wechselrechts in den Jahren 1877/79. III, 415 ff.; 420 f. 424. 434. 437. 439.

Aus der Reihe der zahlreichen Rechtsgutachten heben wir ausser den schon oben (Nr. 103 u. 104) angeführten noch folgende hervor:

134. In Sachen des Hauses Rothschild in Paris gegen die schweizerische Nordostbahn vom J. 1859. II, 249.

135. In dem Process zwischen der Berner Regierung und der schweizerischen Centralbahn vom J. 1858. II, 249.

136. Ein Völkerrechtsfall aus der deutsch-französischen Occupationszeit 1870 (gedruckt).

137. Rechtsgutachten über die Schweizerbahnen 1873 (gedruckt).

138. Erwiderung auf das Rechtsgutachten des Professors Dr. Munzinger 1873 (gedruckt).

139. Bluntschli und Fick, zwei Rechtsgutachten über die Schweizerische Rentenanstalt 1876 (gedruckt).

140. Rechtsgutachten, Köster contra Holtzmann betr. 1876 (gedruckt).

141. Rechtsgutachten betr. die Bank in Winterthur 1877 (gedruckt).

142. Rechtsgutachten in Sachen der Bank in Winterthur 1878 (gedruckt). III, 435.

143 und 144. Zwei Rechtsgutachten in Sachen der Einwohnergemeinde Bern gegen die schweizerische Centralbahn (Wylerfeldprocess) 1877. 1878. III. 425.

Die Nummern 136—142 hat Bluntschli selbst auf der Heidelberger Universitätsbibliothek niedergelegt.

Daneben hat Bluntschli viele kleine Artikel veröffentlicht
in dem Constitutionellen I, 193.
in der Augsburger Allg. Zeitung I, 193.
in dem Beobachter aus der östlichen Schweiz I, 275.
in der Bayerischen Wochenschrift II, 273.
in der Süddeutschen Zeitung II, 273.
in Paul Lindau's Gegenwart III. 419. 436.
in Richard Fleischers Deutscher Revue III, 419. 436 f. 457.

Dazu kommen endlich noch die statsrechtlichen Artikel in Brockhaus' Conversations-Lexikon 12. und 13. Auflage. III, 483.

Zum Schluss ist noch nachzutragen, dass wie Bluntschli's „Modernes Völkerrecht der civilisierten Staten als Rechtsbuch dargestellt" (s. ob. Nr. 54) in den sämmtlichen 3 deutschen Auflagen von Dr. Lardy in Paris (s. ob. III, 171) ins Französische übersetzt wurde und zu Paris bei Guillaumin erschienen ist: — Droit International Codifié. 1. A. 1869. — 2. A. 1874. — 3. A. 1881. —, so auch seine „Lehre vom modernen Stat" in ihren 3 Bänden (s. ob. Nr. 75) von einem andern in Paris lebenden schweizerischen Landsmann, A. von Riedmatten, in's Französische übertragen wurde. Der 1. Band (Théorie Générale de l'État) und der 3. Band (La Politique) wurden in den Jahren 1877/79 ins Französische übersetzt und erschienen noch im Jahr 1879 zu Paris, und zwar gleichfalls in dem Verlag von Guillaumin. Die genannten 2 Bände erschienen sodann in 2ter Auflage im Jahr 1881, und dieser 2. Aufl. ward nunmehr auch die Übersetzung des 2. Bands (Droit Public Général), die inzwischen fertig gestellt worden war, beigegeben, so dass jetzt erst das Werk vollständig ins Französische übertragen war.

Verbesserungen und Berichtigungen.

S. 72 Z. 11 v. o. und dessgl. Z. 9 v. u. ist statt Christian VII. zu lesen: Friedrich VII.
S. 80 Z. 3 v. o. ist statt K. Barth zu lesen: Marquard Barth.
S. 80 Z. 5 v. o. ist statt Männer zu lesen: Mammen.
S. 102 Z. 15 v. u. ist statt Mycene zu lesen: Miseno.
S. 113 Z. 5 v. o. ist statt Bild zu lesen: Bildwerk.
S. 213 Z. 7 v. u. ist statt zwischeu zu lesen: zwischen.
S. 233 Z. 4 v. o. ist statt Hase zu lesen: Haase.
S. 336 Z. 12 v. o. ist statt Calva zu lesen: Calvo.
S. 343 Z. 14 v. u. ist statt Predius zu lesen: Bredius.
S. 377 Z. 4 v. u. ist nach 1850 einzusetzen: 11.
S. 385 Z. 1 v. o. ist statt Cremer zu lesen: Cremers.
S. 450 Z. 12 v. o. ist statt Ritchard zu lesen: Richard.

